SAMMLUNG DER IM GEBIETE DER INNEREN STAATS-VERWALTUNG DES KÖNIGREICHS...

Bavaria (Kingdom), Georg Ferdinand Döllinger





Sammlung

der

im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung

des

Königreichs Bayern

bestehenden

Verordnungen,

aus amtlichen Quellen geschöpft und systematisch geordnet

von

G. Döllinger,

königl. bayer. geheimem Hausarchivar und wirklichem Rath.

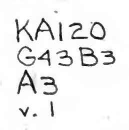
Erster Band.

Die Abtheilungen I. und II.

Staatsgebiet und Staatsverfassung enthaltend.

München, 1835.





Ludwig

von Gottes Gnaden König von Bayern etc. etc.

Nachdem Uns der Rath und Hausarchivar Döllinger um Ertheilung eines Privilegiums zur Herausgabe einer Zusammenstellung der sämmtlichen Verordnungen der innern Verwaltung allerunterthänigst gebeten hat, und Wir die Zweckmäßigkeit eines solchen Unternehmens allergnädigst anerkennen, so ertheilen Wir dem Bittsteller das nachgesuchte Privilegium, jedoch unbeschadet der Rechte Dritter, taxfrei auf den Zeitraum von fünfzehn Jahren vom Tage gegenwärtiger Ausfertigung anfangend, und gebieten demnach sämmtlichen Unterthanen Unseres Königreiches, insbesondere allen darin angesessenen Buchdruckern und Buchhändlern, bei Vermeidung Unserer Allerhöchsten Ungnade und einer Strafe von Einhundert Dukaten, wovon die eine Hälfte Unserm Aerar, die andere Hälfte dem Verleger zufallen soll, wider Wissen und Willen des rechtmäßigen Verlegers der zu veranstaltenden Herausgabe einer Zusammenstellung der sämmtlichen Verwaltungs-Normen, diese in keinerlei Form weder ganz, noch theilweise weder selbst nachzudrucken, noch den Verkauf fremder Nachdrücke zu übernehmen, oder auf irgend eine Art zu begünstigen.

Hiernach weisen Wir sämmtliche Obrigkeiten Unseres Königreiches an, den privilegirten Verleger der obenbezeichneten Herausgabe einer Zusammenstellung der sämmtlichen Verwaltungs-Normen gegen alle Beeinträchtigungen kräftigst zu schützen, und die ihnen angezeigten Nachdrücke, Auszüge oder Register sogleich wegnehmen und jenem zu seiner freien Disposition zustellen zu lassen.

Wir gestatten, daß dieses Privilegium zu Jedermanns Nachricht und Warnung dem mehrerwähnten Werke vorgedruckt, und dasselbe in gleicher Absicht durch das Regierungsblatt bekannt gemacht werde.

Zu dessen Urkunde haben Wir dieses Privilegium eigenhändig unterzeichnet und Unser geheimes Kanzlei-Insiegel beidrucken lassen. Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den vier und zwanzigsten Februar im Jahre Eintausend achthundert und vier und dreißig.

Ludwig.

(L. S.)

Fürst von Oettingen-Wallerstein.

Privilegium
für den königl. Rath und Hausarchivar Döllinger,
zur Herausgabe einer Zusammenstellung der sämmtlichen Verordnungen der innern Verwaltung.

Auf
Königlich Allerhöchsten Befehl
der General-Secretär
Fr. v. Kobell.

Vorrede.

Mit jener Schüchternheit, welche dem vorgerückteren Alter eigen ist, übergebe ich hiemit dem verehrlichen Publikum den ersten Band der Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen.

Ich habe diesem hochwichtigen Gegenstande mit Freuden den Rest meiner Lebenstage gewidmet, und weder Mühe noch Zeit gescheut, um ein Werk zu vollenden, das nicht nur von ganz Bayern mit Sehnsucht erwartet wird, sondern selbst im Auslande Anklang finden dürfte.

„Vierzig Jahre vulkanischer Erschütterungen" — sprach in der ersten Kammer der im Jahre 1831 versammelten Stände des Königreichs der nunmehrige königl. Staatsminister des Innern, Herr Fürst von Oettingen Wallerstein, Durchlaucht, — „Vierzig Jahre „vulkanischer Erschütterungen haben jede alte Tradition entwurzelt; die Sitte von ehemals „steht nicht mehr aufrecht, des Neuen ist kaum der Geschäftsmann kundig, weil der lebendige „Strom ununterbrochener Schöpfungen, der ewig fortsprudelnde Verordnungsborn nothwendiger „Weise viele übertäubt, noch mehrere des Nachdenkens, des Sichfestsetzens entwöhnt hat. Zu„dem wurde viel Befohlenes nie dem Drucke übergeben. So entbehrt unser Land des höchsten „aller Güter, der Kenntniß seiner Verwaltungs-Gesetze."

„Mit der Kenntniß der Normen mangelt aber auch die Prämisse des Vollzugs, es „mangelt der Sinn für Gesetzlichkeit, dieses höchste Palladium des Staatenlebens, und die Wir„kungen dieses Mangels liegen klar vor Augen."

„Hier ist es offenbar nicht gethan mit größerer Strenge der Befehle. Unsere Staats-„regierung hat der Hellung zu viel nach Bayern gebracht, um auf die Folgsamkeit der Däm-„merung zu bauen. Der passive Gehorsam der Vorzeit ist dahin, und ersetzt kann er nur „werden durch den aufgeklärten Gehorsam der Gesetzes-Achtung.“

„Man sammle vor Allem alle Verwaltungs-Verordnungen, und gebe das noch Beste-„hende öffentlich kund. Man setze den Bürger in den Fall, mit den Vorschriften in der Hand, „die Schritte der Beamten zu beobachten, so wird mancher unreife Tadel schwinden, die Kritik des „Luftgebildes dem gesunden Urtheile über die Thatsache Platz machen, das Vertrauen wieder-„kehren und die Verwaltung dem Verwalteten gegenüber jene Stellung erlangen, die ihr als „Vollstreckerin unbekannter Verordnungen, als Werkzeug eines unpromulgirten Buchstaben nie „zu Theil werden kann.“

Diese Worte haben nicht nur in den Herzen aller Bayern den einstimmigsten Anklang gefunden, sondern auch insbesondere die beiden Kammern des genannten Jahres veranlaßt, an Seine Majestät den König die gemeinsame Bitte zu stellen:

> „Es möge die Staatsregierung eine amtliche Sammlung der zerstreuten noch giltigen „Verwaltungs-Normen mit Hinweglassung der bereits aufgehobenen baldmöglichst „veranstalten.“

Seine Majestät der König haben diesem Wunsche in dem Landtagsabschiede vom Jahre 1831 sorgfältige Erwägung zuzusichern geruht, und der königlichen Zusage folgte alsbald der Vollzug.

Schon am 20. Juli 1832 erging an sämmtliche k. Kreisregierungen diesseits des Rheins die gegenwärtiger Vorrede unter Ziffer **I.** beigefügte Weisung. — Die Stellen und Behörden der Verwaltung wetteiferten in Kraft und Sorgfalt zur Beischaffung eines ganz vollständigen Materials, dem Allerhöchsten Auftrage zu genügen.

Mein Erbieten, diese Sammlung der zerstreuten Principien, nach klaren Theilen gesichtet und geordnet, auf meinen Namen herausgeben zu dürfen, wurde nicht nur durch hohen Ministerial-Erlaß vom 29. Januar 1834 (Anlage **II.**) genehmiget, sondern auch unter den Schutz des gegenwärtigem Werke vorgedruckten Privilegiums gestellt.

Indem ich hiemit das Resultat meiner Bemühungen in dem ersten Bande des Werkes vorzulegen beginne, möge es mir verstattet seyn, noch einige wenige Worte zur Würdigung und zum bessern Verständnisse des Ganzen zu sagen.

So nöthig es dem Staate ist, Gesetze zu geben, ebenso nothwendig ist es ihm auch, eine sichere und dauernde Wissenschaft derselben zu verbreiten. Dieses Erforderniß ist um so

gebietender, je verzweigter die Wirkung der Gesetze ist, oder je vernichtender der Hauch der Zeit jene bürgerlichen Institutionen berührte, für welche sie geschaffen worden sind. Im ganzen Organismus des Staates findet sich offenbar kein verschiedenartigeres und zugleich ausgedehnteres Gebiet als das der inneren Verwaltung, welche längst für die alles bewegende und erhaltende Seele des Staatslebens erkannt ist, eben deshalb aber auch mit jedem Wechsel in dem Innern und Aeußern in der unmittelbarsten und nächsten Berührung steht, und keinen großen oder kleinen Moment der Geschichte ganz spurlos an sich vorübergehen lassen kann.

Mit großen Zügen ist diese Erfahrung in die Annalen unseres eigenen Vaterlands gezeichnet. In wenigen deutschen Staaten war der Einfluß veränderter Verhältnisse sichtbarer als in Bayern. Aufgelöst sind jene Institutionen, welche die freie Bildung und den lebendigen Aufschwung des Staates ebensowohl wie seinen Wohlstand beengten, und die drückenden Geschäftsformen eines vergangenen Jahrhunderts verschwunden. Seit 1799 herrschte in Bayern ein ununterbrochenes Schaffen und Bilden neuer bürgerlicher Einrichtungen, die leider oft nur zu schnell wieder dem durch Zeitumstände provocirten Wechsel erlagen. So groß und wichtig waren die neuen Anordnungen im innern Staatsleben unsers Vaterlandes, so sehr umfassend, daß man wohl mit allem Rechte behaupten kann, Bayern sey, was die Verwaltungs-Gesetzgebung betrifft, von dem Beginne unsers gegenwärtigen Jahrhunderts an ein gänzlich neuer veränderter Staat geworden. Bei einem so bewegten Zustande kann es nicht Wunder nehmen, wenn die Zahl der erlassenen Verordnungen in's Unübersehbare steigt, und wenn wir behaupten, daß die nur in Regierungsblättern enthaltenen sich auf mehr als 6000 berechnen, die Menge der ungedruckten aber jedenfalls zum mindesten das Doppelte übersteigen mag. Erst durch die Verfassung vom 26. Mai 1818 hat die Verwaltungs-Gesetzgebung selbst eine bestimmtere Basis gewonnen und was auch nach dieser noch dunkel, zweifelhaft oder unvorhergesehen erschien, haben die Landtage im gemeinsamen Einverständnisse der Krone und der Nation mit dem Geiste jenes Gesetzes zu vereinigen gesucht.

Der Zeitpunkt, auf dieses öffentliche Ergebniß zurückzublicken, ja selbst die Fäden der Gegenwart mit denen der Vergangenheit inniger zu verbinden und die Durchgänge des schaffenden Geistes wo möglich zu zeigen, dürfte gewiß jetzt vorhanden seyn, wo das Bedürfniß nicht nur allseitig anerkannt, sondern dessen Abhilfe sogar von Seiner Majestät dem Könige sanctionirt ist. Sammlung und Sichtung des noch Geltenden, aber auch Darstellung des im Schaffungsprozesse Untergegangenen soll einen sichern Anhaltungspunkt für die Arbeiten der Gegenwart so wie für die Fortschritte der Zukunft geben. Die historische Thätigkeit muß hier dem Unternehmen zu Hilfe kommen, und es dürften zu dem Ende zwey Werke entstehen:

1) die Sammlung der im Gebiete der innern Verwaltung des Königreichs bestehenden Verordnungen;

2) die Geschichte der Verwaltung in allen Bestandtheilen der gegenwärtigen Bayerischen Monarchie von dem Zeitpunkte der Entwicklung des eigentlichen Verwaltungs-Organismus (Ende des sechzehnten Jahrhunderts) bis zu dem gegenwärtigen Momente.

Ersteres habe ich, das letztere hat der k. Ministerial-Rath und Vorstand des Reichsarchivs, Freiherr von Freyberg, übernommen. Das zuletzt genannte Werk wird jedoch nur die äußere Geschichte der Verwaltung und Gesetzgebung in dem Bayerischen Landesgebiet umfassen; meine Pflicht erscheint dadurch nicht ausgeschlossen, auch geschichtlich die Uebereinstimmung der bestehenden Normen, wo es der Zweck erforderte, darzuthun. Nur auf solche Weise, glaube ich, kann das Geltende aus der Masse des Vorhandenen klar hervortreten, und was jetzt in zahllosen Bänden und Acten-Fascikeln zerstreut, oft schwer, oft (bei nicht ganz vollständiger Generalien-Registratur) gar nicht, jedenfalls aber nur mit dem größten Zeitverluste zu finden ist, dem nützlichen Gebrauche wieder zugeführt werden. Das Werk wird den Staatsangehörigen über die Gränzlinien und die Pflicht der Verwaltung unterrichten, ihn unterscheiden lehren, was einem bloßen Vollzuge und was dem Gesetze selbst beyzumessen ist, ungerechtem Tadel der Behörden vorbeugen, und den Unterthanen manches Geld ersparen helfen, welches bis jetzt auf entweder an und für sich undurchführbare, oder auf unrichtig bearbeitete, gesetz- und verordnungswidrige, und eben wegen dieser Behandlungsweise fruchtlose Recurse verschwendet wurde. Auch wird es den Stände- und Landrathsmitgliedern die nöthigen Hilfsmittel an die Hand geben, Ansichten, wozu sie ihr Gefühl und tägliche Wahrnehmungen auffordern, auf streng positive Grundlagen zu stellen und mit der übrigen Gesetzgebung in genauen harmonischen Einklang zu bringen.

Uebrigens mögen bei Beurtheilung der Arbeit selbst folgende Gesichtspunkte erwogen werden.

I. Das Werk ist eine Quellensammlung, kein streng systematisches Lehrbuch, eine Sammlung der, lediglich im Gebiete der inneren Verwaltung bestehenden und in den sieben älteren Kreisen des Königreichs erlassenen Verordnungen. Es wurde daher alles ausgeschieden, was dem Ressort der übrigen Staatsministerien ausschliessend angehört, oder die Verwaltungs-Specialitäten des nach besonderen Gesetzen und Einrichtungen verwalteten Rheinkreises betrifft.

II. Die Eigenthümlichkeiten einer Verordnungensammlung, und der Zielpunkt nachhaltiger Brauchbarkeit für den Dienst gestatteten mir nicht, mein Buch auf den Standpunkt des Exzerpirens und Interpretirens zu stellen, vielmehr mußte ich mir zur Pflicht machen, alle Gesetze, Verordnungen und Entschließungen unverändert und nach ihrem vollständigen Wortlaute, mit der gewissenhaftesten urkundenmäßigen Treue wieder zu geben. Nur dieses Verfahren kann dem Buche bleibende Brauchbarkeit sichern, da der Practiker bei bloßen Auszügen eines Dritten nicht stehen bleiben darf.

Die wahre Hermeneutik und das wahre Verständniß ergibt sich einzig und allein aus der Fassung, aus der Stellung und aus dem vollständigen Zusammenhange der Verordnungen. Eben deßhalb mußte am Schlusse einer jeden publicirten Verordnung die Stelle des Organs ihrer Bekanntmachung angegeben werden. Die unter Allerhöchster Ueberschrift erschienenen Verfügungen sind durch Vorsetzung der Buchstaben C. Th. Ch. (Carl Theodor, Churfürst) M. J. Ch.-K. (Maximilian Joseph, Churfürst-König) oder L. K. (Ludwig König); die unter Ministerial-Unterschrift ergangenen k. Befehle und Entschließungen durch Vorsetzung der Worte: „Auf Befehl Seiner Majestät des Königs", endlich die Erlasse der Regierungen durch Vorsetzung der Worte: „Im Namen Seiner Majestät des Königs" bezeichnet.

Zugleich wurde am Ende der Entschließungen, so oft es sachdienlich schien, angezeigt, ob und unter welcher Tagsbezeichnung, dann auf welchem Wege und mit welchen Zusätzen die etwaigen besonderen Ausschreibungen der Kreisregierungen erfolgten. Auf diese Weise ist dem Werke die möglichste Specialität und Brauchbarkeit gesichert.

Die von den Kreisregierungen über einzelne Materien, unabhängig von der Allerhöchsten Stelle erlassenen erläuternden und instructiven Entschließungen, werden in einem Separat-Bande, nach den Kreisen geordnet, nachgetragen werden.

III. Uebrigens erhellt schon aus dem so eben Gesagten, daß dem Begriffe der Verordnungen alle jene höheren principiellen Weisungen angereiht wurden, welche ebensowohl durch die Entscheidung einzelner, zweifelhafter oder streitiger Fälle hervorgerufen worden sind, als auch zur Entscheidung künftiger dienen.

IV. Das System des Werkes war durch die Eigenthümlichkeit des vorliegenden reichhaltigen Materials bedingt. Ein blos synthetisches Ordnen schließt von selbst den Begriff der förmlichen Construction einer rein wissenschaftlichen Methode aus, und es wäre eine fruchtlose Mühe, bei einem aus so verschiedenartigen Verhältnissen, aus so vielen Theilen und Perioden entstandenen Ganzen überall hin organisches Leben auffinden zu wollen. Eine strenge Systematik würde zu einem fast gänzlich unpractischen Gebäude geführt haben und nur die Wahl zwischen zahllosen Wiederholungen oder zwischen einer Zersplitterung der Verordnungen bis in die kleinsten Theile gelassen haben. Es schien daher zweckdienlich, das vorhandene unabänderliche Material in größere Hauptabtheilungen zu sondern. Die klarste, leichteste und brauchbarste Uebersicht des Ganzen mußte jederzeit Motiv der Behandlung seyn.

Als Hauptabtheilungen sind festgesetzt, und nach ihrer Reihenfolge wird das Werk ununterbrochen erscheinen:

I. Staatsgebiet. — II. Staatsverfassung. — III. König und Königliche Familie. — IV. Organisation der Verwaltungsstellen und Behörden. — V. Staatsunterthanen (die Edicte I. III. IV. V. VI. VII. VIII. und die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen.) — VI. Ständeversammlung. — VII. Land-

rath. — VIII. Religion und Cultus. (Edict II. und dessen Anhänge.) — IX. Unterricht und Bildung, wissenschaftliche und bildende Sammlungen. — X. Militär-Gegenstände. — XI. Communal- und Stiftungssachen. — XII. Heimath, Ansässigmachung und Verehelichung. — XIII. Armenwesen. — XIV. Nationalöconomie (Statistik, Landwirthschaft, Gewerbe, Industrie, Handel, Creditwesen.) — XV. Allgemeine Staats- und Landespolizei (Detentions-Anstalten). — XVI. Medizinalwesen. — XVII. Bauwesen. — XVIII. Staatsdienst, Staats- und öffentliche Diener. (Edict IX.) Dienst- und Gerichts-Ordnung. — XIX. Organe der öffentlichen Bekanntmachung. — XX. Comptabilitäts-, Etats- und Rechnungswesen. — XXI. Aeußeres öffentliches Verhältniß.

Die Abtheilungen zerfallen in sich in die durch den Stoff gebotene Zahl von Abschnitten, Titeln und Paragraphen, deren specielles Verzeichuiß in der jedem Bande beigefügten Inhaltsanzeige ersichtlich werden wird. Ein kurzer Eingang wird sich über das Verhältniß der jeweiligen Abtheilung verbreiten, und den historischen sowohl, als den gegenwärtigen Standpunkt mit wenigen, aber bestimmten Worten zu bezeichnen streben.

V. Aufgenommen wurde von dem Neuern nur, was gegenwärtig noch wesentlichen und principiellen Werth behauptet; von dem Aeltern, was für die Gegenwart nützlich und zur Verständigung des Neuen unentbehrlich schien. Bloße Hinweisungen auf früher erlassene Verordnungen oder Berichtigungen wurden nach der Natur der Sache nicht abgedruckt, und mußten lediglich angemerkt werden. Auf offenbar vollständig Abgewürdigtes wurde theils in kleinern Notizen oder Vorworten aufmerksam gemacht, damit selbes den Ueberblick der Bestehenden nicht erschwere und das Werk dennoch für Entscheidung der nach früheren Verordnungen zu beurtheilenden Fälle vollständige Anhaltspunkte gewähre.

Wo die Frage des Abrogirtseyns irgend zweifelhaft erschien, mußte ich zur Aufnahme schreiten, da mir nicht zukommt, hierin durch mein Urtheil dem der Verwaltung und des Lesers vorzugreifen, welchen ich in dieser Quellensammlung das Material zur competenten Beurtheilung darzubieten hatte.

VI. Das Ganze wird mit einen möglichst genauen Sachregister geschlossen werden. Es soll bei dessen Anfertigung die strenge Mitte eingehalten werden zwischen jener Weitschweifigkeit, welche durch Aufnahme jeder, einen Gegenstand beiläufig erwähnenden Stelle, so oft den Nachschlagenden täuscht, und jener Kürze, welche gerade diejenigen Dinge wegläßt, worüber die Sammlung, hätte sich nur für den Aufsucher ein Schlüssel gefunden, die meiste Befriedigung gewährt haben würde.

In dieser Art hoffe ich ein für Beamte, Geistliche, Rechtsanwälte und Geschäftsleute jeder Art, insbesondere aber für Ständemitglieder, Landräthe, Magistratsräthe, Gemeinde-Bevollmächtigte, Gemeinde-Vorsteher u. s. w. unentbehrliches Handbuch liefern zu können.

Ich hoffe nicht ohne Grund die Nachsicht des denkenden, einsichtsvollen und wohlwollenden Publikums in Anspruch nehmen zu dürfen. Wer immer einer ähnlichen Arbeit sich unterzogen hat, wird gewiß die unendlichen Schwierigkeiten anerkennen, die sich derselben in den Weg stellen.

Ich bin nicht so stolz, zu glauben, daß mein Werk alles Zerstreute ohne alle Ausnahme in sich fasse, und Alles in der vollkommensten Weise geordnet, darstellen werde. Manches Wissenswürdige ist vielleicht der Sorgfalt der sammelnden Stelle und Behörde entgangen; ich nehme meine Arbeit keineswegs von dem, alle menschlichen Werke begleitenden Schicksale der Unvollkommenheit aus. Aber redlich war ich bemüht, die mir selbst gesetzte und durch die bewilligte Einsicht in die öffentlichen Materialien so unendlich erleichterte Aufgabe, mit Fleiß und Unverdrossenheit, nach bestem Wissen und Gewissen zu vollenden.

München im Juni 1835.

Georg Döllinger,
K. B. geheimer Hausarchivar und
wirklicher Rath.

Beilage I.

Königreich Bayern.

Staatsministerium des Innern.

Das k. Staatsministerium des Innern erachtet sich verpflichtet, alle auf die innere Verwaltung sich beziehenden, durch den Abschied vom 28. Dezember vorigen Jahres nicht ausdrücklich abgelehnten Wünsche und Anträge der Stände in der Art zu instruiren, daß selbe bis zum Beginne der nächsten Ständeversammlung entweder realisirt oder motivirt zu den Acten beschieden erscheinen. Insbesondere aber stellt sich der gegenwärtige Wunsch als höchst berücksichtigungswerth dar, da er eines der dringendsten Bedürfnisse des gesellschaftlichen Zustandes der bayerischen Nation und das einzige Mittel zu wahrhafter Geschäfts-Vereinfachung in sich schließt. Wohl ein Drittheil der jährlichen Schreiberei rührt aus dem Nichtbekanntseyn, nicht nur der Staatsbürger, sondern auch der Stellen und Behörden, mit der Gesammtheit aller bestehenden Verwaltungsnormen her. Eine oberflächliche Recherche in einem Kreise hat bereits bewiesen, daß nicht eine Behörde war, welche nicht etwas besessen hatte, das keine andere kannte. Dieses nicht Entrollt- und nicht Entwirrtseyn der vielen aus langjährigen Geschäftsstürmen hervorgegangenen Generalien, generalisirten und nicht generalisirten Principien, erzeugt Ungewißheit in dem Gange der Verwaltung, benimmt den Verwalteten die Achtung vor dem Gesetze und setzt die Verwaltungs-Hierarchie aus dem vollziehenden Standpunkte in den Fieberzustand steten Leuterirens, Belehrens, Anfragens und Reformirens.

Die monarchischeste aller Maßregeln ist die Wiederherstellung eines reinen Status quo der generellen sowohl, als der provinziellen Verwaltungs-Gesetzgebung, eines Code administratif des Bestehenden, welcher den Behörden als Richtschnur der Verbesserungen, als Ausgangspunkt, und den Staatsbürgern als Leuchte diene, als Beurtheilung ihres eigenen, so wie des Benehmens der Behörden. Die Arbeit hat bereits begonnen, die von dem Ministerium seit 1799 ausgegangenen Ausschreibungen und principiellen Weisungen sind bereits größtentheils gesammelt, ein besonderer Referent verzeichnet und scheidet das noch Bestehende von dem Abrogirten. Nun ist es nöthig, auch Abschriften und Abdrücke aller jener Verfügungen zu erlangen, welche seit dem Jahre 1799 von Seite der verschiedenen Provinzial-Stellen, Landes-Directionen, Kreis-Commissariate, Kreis-Regierungen u. s. w. sey es durch Druck, (einschlüssig der Intelligenzblätter) durch lithographirte, durch schriftliche Ausschreibung, oder durch Circularien, in irgend einer principiellen Eigenschaft an sämmtliche Kreisbehörden, oder an die Behörden einzelner Categorien generalisirt wurden.

Die königl. Kreisregierung wird demnach beauftragt, den ihr untergebenen Administrativ-Behörden ein Verzeichniß aller bei diesen vorfindlichen durch die Regierungsblätter nicht publicirten Administrativ-Generalien bis auf das Jahr 1799 zurück unter Angabe ihres Datums und Betreffes, abzufordern, hieraus die Zusammenstellung aller im gesammten Kreise, oder in einzelnen Theilen desselben, erschienenen Generalien, nach den verschiedenartigen Betreffen ausgeschieden, dem beiliegenden Formular entsprechend, anzufertigen und dieselbe, nebst beigefügten vollständigen Abdrücken oder Abschriften jeder verzeichneten Ausschreibung, oder was das Kreis-Intelligenz-Blatt betrifft, nebst einer Hinweisung auf Jahrgang und Seite des Intelligenzblattes, ungesäumt vorzulegen.

War ein Kreis früher aus mehreren Gebieten zusammengesetzt, oder gehörten dessen Bestandtheile früher mehreren Kreisen oder Provinzen an, so sind die Generalien jeder solchen Provinz oder jedes solchen Gebietes des Kreises, so wie sie sich aus den General-Acten der Aemter ergeben, zu sammeln, und in obiger Weise zusammen zu stellen und einzusenden.

München den 20. Juli 1832.

Auf
Seiner Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl.

Fürst von Oettingen-Wallerstein.

An
sämmtliche Kreis-Regierungen
Kammer des Innern diesseits des Rheins.

Die Zusammenstellung der im Gebiete der inneren Verwaltung bestehenden Verordnungen.

Durch den Minister
der General-Secretär.

In dessen Verhinderung
der geheime Secretär
Staudacher.

Beilage II.

Königreich Bayern.
Staatsministerium des Innern.

Die Stände des Reichs haben den Wunsch geäußert, daß alle im Gebiete der inneren Verwaltung theils vom k. Staats-Ministerium des Innern, theils von den k. Kreisregierungen ausgegangenen, nicht förmlich publicirten Administrativ-Verordnungen, so fern sie dermalen noch in Anwendung kommen, zusammengestellt werden.

Das k. Staats-Ministerium des Innern hat in Folge des ständischen Wunsches, die in Abschrift beiliegende Weisung erlassen.

Das Material des großen Unternehmens ist nunmehr gesammelt und zur Bearbeitung reif. Die Zusammenstellung, Sichtung und Kundgabe hat in der Art zu erfolgen, daß das Werk nicht nur einen

vollständigen Codex des zur Zeit noch bestehenden, sondern auch einen Behelf zur Erkennung des Abrogirten, aber oft zur Entscheidung früherer Fälle Unentbehrlichen darbiete.

An diese Arbeit wird sich später eine gleichfalls aus urkundlichen Quellen geschöpfte genaue Geschichte der Verwaltungs-Gesetzgebung aller Gebietstheile des jetzigen Bayerischen Staates von der Periode des 30jährigen Krieges bis zu dem Jahre 1799 als historische Basis des Ganzen anschliessen.

Dem k. Archivar, Rath Döllinger, werden nunmehr im Hinblicke auf seine bisherigen günstig aufgenommenen Verordnungs-Sammlungen und die hierin an den Tag gelegten Kenntnisse, die mit großen Kräften und Zeitaufwand gesammelten und gesichteten Materialien zu dem Zwecke zur Einsicht und Benützung verfügbar gestellt, um unter seinem Namen und auf sein Risico diese allgemeine Verordnungs-Sammlung nach den vorstehenden Directiven herauszugeben.

München den 29. Januar 1834.

Auf

Seiner Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl.

Fürst von Oettingen-Wallerstein.

An den königl. Archivar,
Rath Döllinger dahier.

Administrativ Verordnungen betr.

Durch den Minister
der General-Secretär.

In dessen Verhinderung
der geheime Secretär
Staudacher.

Uebersicht

der ersten Abtheilung.

Erster Abschnitt.

Umfang des Staatsgebiets.

Erster Titel.

Feststellung des ursprünglichen Bayerischen Landesgebietes durch Belehnung des Hauses Wittelsbach.

Zweiter Titel.

Trennung der Churpfalz von und Wiedervereinigung derselben mit Bayern.

Dritter Titel.

Gebietsveränderungen im Vollzuge der seit dem Jahre 1648 geschlossenen wichtigern Friedens-, Bundes-, Ländertausch- und Gränz-Verträgen.

I. Münster'scher Friedens-Vertrag vom 24. October 1648.

II. Teschner Friedens-Vertrag vom 10. Mai 1779.

III. Lüneviller Friedens-Vertrag vom 9. Febr. 1801. (Pariser Vertrag vom 24. Aug. 1801, Reichsdeputations-Hauptschluß vom 25. Febr. 1803.)

IV. Landes-Gränz- und Tausch-Vertrag mit der Krone Preußen vom 30. Juni 1803.

V. Preßburger Friedens-Vertrag vom 26. Dezember 1805.

VI. Vertrag zwischen Bayern und Frankreich vom Jahre 1806.

VII. Rheinische Bundes-Acte.

Zweiter Abschnitt.

Eintheilung des Staatsgebiets.

Erster Titel.

Eintheilung des Königreichs in 15 Kreise vom 21. Juni 1808.

Zweiter Titel.

Eintheilung des Königreichs in 9 Kreise vom 23. September 1810.

Dritter Titel.

Eintheilung des Königreichs in 8 Kreise vom 20. Febr. 1817.

Erste Abtheilung.

Staatsgebiet.

Einleitung.

Die Territorial-Verfassung des Königreiches nach Umfang und Eintheilung mit ihren Grundlagen in der Geschichte wurzelnd, kann nur aus ihrer geschichtlichen Entwicklung genau erkannt werden, da nur ein mit der Vergangenheit vertrauter Blick, eine genaue Kenntniß dessen, was war, und der Art und Weise, wie es sich zu dem Bestehenden umbildete, es möglich macht, die gegenwärtigen Gebietsverhältnisse richtig zu beurtheilen.

Es war sonach Aufgabe, nicht blos mit dem Bestehenden sich zu befassen, sondern auch auf das Entstehen desselben Bedacht zu nehmen. Um jedoch bei einem mehr dem Geschäftsmanne als dem Geschichtsforscher angehörenden Werke nicht den Hauptzweck „des praktischen Werthes" aus dem Gesichte zu verlieren, konnte gleichwohl nicht die Geschichte aller Gebiets-Veränderungen, bis in die kleinsten Einzelnheiten verfolgt, und vom Ursprunge bis auf die gegenwärtige Zeit herabgeführt a), sondern hier mußte eine Gränze darin gefunden werden, nur jene wichtigern Ereignisse auszuheben, welche auch jetzt noch rechtshistorische Bedeutung haben.

Unter diesen fielen vor allen aus der ältern Geschichte Bayerns zwei Hauptmomente ins Auge, deren praktischer Werth in ihren noch gegenwärtig wirkenden Folgen klar am Tage liegt.

Es war dies die Belehnung des Hauses Wittelsbach mit Bayern, und die Theilung von Pavia. Jene gab durch die Unterwerfung Bayerns unter erbliche Regenten die erste feste Begründung des gegenwärtigen Staatsgebietes und zugleich mit den durch die Theilung von Pavia hervorgerufenen Hausverträgen die segensreiche Erbfolge, welcher Bayern ein im In- und Auslande hochgefeiertes Regentenhaus verdankt.

Bei dem Einfluße dieser erhabenen Momente auf die Verwaltung selbst konnte die Aufnahme der hierauf Bezug nehmenden Urkunden nicht zurückgewiesen werden, und sie wurden demnach gewiß mit vollem Rechte der ganzen Sammlung vorangestellt.

Wenn dagegen von den vielfältigen andern Theilungen im churbayerischen und churpfälzischen Hause Umgang genommen wurde, so geschah dieses lediglich, weil dieselben gegenwärtig ihr volles früheres Interesse verloren haben.

Die Reihe der übrigen für den Umfang des gegenwärtigen Gebietes wichtigen Urkunden wurde mit dem Münster'schen Frieden eröffnet. Derselbe führte eine neue Ordnung der öffentlichen und Gebiets-Verhältnisse Deutschlands ein, auf welche der gegenwärtige Bestand der öffentlichen und Privatrechte sich gründet, und aus welcher die gegenwärtigen Religions-Gemeinde- und Stiftungs-Verhältnisse ihren Ursprung ableiten.

Diese besondre Bedeutsamkeit jenes organischen Documentes berechtigte zu der Voraussetzung, daß nicht nur bei Stiftungs- und Gemeinde-Verwaltungen, sondern auch bei allen mit diesen Verhältnissen betrauten Beamten der Wunsch nach Besitz und Einsicht desselben angeregt sey. Zudem ist jener Friedens-Vertrag noch wegen seinen Entscheidungen über das Gebiets-Verhältniß der Bayerischen Lande von größter Wichtigkeit.

---

a) Namentlich wurde von den Erwerbungen einzelner Gebietstheile, Aemter, Städte, Herrschaften u. s. w. durch Tausch, Kauf, Schenkung, Erbfall, Belehnungen u. s. w. Umgang genommen, weil diese einen geringeren praktischen Werth haben, und sich überdies, insbesondere in den Jahren 1162 bis 1752 meistens nicht urkundlich nachweisen lassen, was durch den Streit sich bewährt, der hierüber noch unter den Geschichtsforschern geführt wird. Man vergleiche jedoch hierüber die Abhandlung des von Lang „die Vereinigung des Bayerischen Staates aus seinen einzelnen Bestandtheilen, historisch entwickelt", abgedruckt in den Denkschriften der königl. Akademie der Wissenschaften zu München.

Mit ähnlicher Gewalt auf die staatsrechtlichen Zustände wirken der Lüneviller Friede v. J. 1801 und der zu dessen Vollzug am 25. Februar 1803 gefaßte Reichs-Deputations-Hauptschluß, dann der Preßburger Frieden v. J. 1805 und die rheinische Bundesacte v. J. 1806.

Der Abdruck dieser Urkunden war hiedurch und durch die vielfachen Beziehungen derselben auf die gegenwärtigen Bestandtheile des Königreichs und namentlich auf die subjicierten oder säcularisirten Gebiete der ehemaligen Reichsstände und Unmittelbaren dringend geboten, und mußte um so unbedenklicher gefunden werden, als die Zugänglichkeit zu diesen Quellen bisher oft den Rechtsbetheiligten fast unmöglich war.

Die Aufnahme der übrigen diplomatischen Documente bedarf keiner Rechtfertigung. Die Auswahl erstreckte sich jedoch ebenfalls nur auf diejenigen, welche unmittelbare Beziehung auf das Staatsgebiet haben, mit welchem Betreffe die erste Abtheilung überschrieben ist. Auch konnte nur auf diejenigen, welche bereits durch den Druck veröffentlich waren, Rücksicht genommen werden, da eine Mittheilung nicht publicirter diplomatischer Urkunden ausser der Berechtigung gegenwärtiger Sammlung lag.

Alle diese Verträge sind mit ihrem vollständigen Texte aufgenommen. Eines Theils, weil (wie in der Vorrede ausgeführt ist) an dem Grundsatze mußte festgehalten werden, jede Zersplitterung des Textes in gegenwärtiger Sammlung möglichst zu vermeiden, andern Theils, weil die auf das Staatsgebiet nicht bezüglichen Stellen dadurch ein praktisches Interesse gewinnen, daß sie mancherlei Verwaltungsbeziehungen enthalten. — Durch diese frühere Aufnahme des vollständigen Textes ist ferner der Abdruck theilweiser Stellen bei spätern Materien entbehrlich.

Der besondere Werth dieser Urkunden für den Geschäftsmann konnte nur dadurch gesichert bleiben, daß die authentische Publikation nach Form und Sprache ungeändert beibehalten wurde. Aus diesem Grunde sind bei dem Preßburger Frieden, dann dem Rieder-Vertrag u. a. der doppelte Text der Publication im Regierungsblatte gewählt, und namentlich bei dem münster'schen Frieden auch der lateinische Original-Text abgedruckt. Bei dem Reichsdeputations-Receß vom Jahre 1803 mußte ferner der französische Text dem deutschen zur Seite gestellt werden, weil gemäß ausdrücklicher Uebereinkunft dieser französische Text namentlich der ersten 47 Paragraphen als Originaltext zu betrachten ist, welcher in zweifelhaften Fällen vorzugsweise vor dem deutschen Texte die entscheidende Norm zu bilden hat. a) Bei denjenigen Verträgen endlich, bei welchen kein amtlicher deutscher Text besteht, konnte sachgemäß nur der französische Originaltext aufgenommen werden.

Was endlich den über die Eintheilung des Gebietes handelnden zweiten Abschnitt dieser ersten Abtheilung betrifft, so konnten die Mittheilungen der einschlägigen Organisationen nicht auf die letzte hierüber erschienene Allerhöchste Verordnung vom 20. Febr. 1817 beschränkt werden, weil die eben bezeichnete Verordnung auf die Territorial-Eintheilungen vom Jahre 1810 und diese letztere wieder auf jene vom Jahre 1808 ausdrücklich zurückgeht. Aus diesem Grunde mußten die über die eben bemerkten Kreis-Eintheilungen der Jahre 1808 und 1810 sprechenden Allerhöchsten Verordnungen sammt allen sie erläuternden Bestimmungen ebenfalls aufgenommen werden, wenn gleich die letzten sich mitunter auf nicht mehr bestehende Kreiseintheilungen und auf Gebietstheile erstrecken, welche seit dieser Zeit von Bayern getrennt wurden. — Ein weiteres Zurückleiten dieser Materie auf noch frühere Vorjahre wäre für den Praktiker werthlos gewesen. — Eben so ist, um einer zu großen Anhäufung des bestehenden Materials zu entgehen, von den Allerhöchsten Entschließungen über Organisation und Purification der einzelnen Landgerichte b) Umgang genommen; wenn sie nicht die Errichtung neuer oder die Aufhebung bestehender Landgerichte verfügten oder eine auf die ständische Wahlen bedeutungsvolle Zutheilung von ganzen Bezirken oder auch einzelnen Orten zu einem andern Kreise bewirkten.

---

a) M. vergl. Emminghaus Corp. jur. Germanici Thl. II. S. 562 in not; Martens recueil des principaux traités Sup. Tom. III. pag. 239; v. Berg juristische Beobachtungen Thl. III. S. 61.

b) M. vergl. hierüber Stadelmann's systematische Zusammenstellung sämmtlicher in den Bayerischen Reg. Ges. und allgemeinen Intell. Blättern erschienenen Verordnungen 2c. 2c. — Ansbach 1823. §. 70 und 71. S. 59.

Erster Abschnitt.

Umfang des Staatsgebietes.

Erster Titel.

Feststellung des ursprünglichen Bayrischen Landesgebietes durch Belehnung des Hauses Wittelsbach.

§. 1.

Lehnbrief des Herzogs Ludwig I. a)

§. 1. Belehnung des Herzogs Ludwigs I. (des Kellheimers.)

Otto quartus Dei gratia, Romanorum Rex, et Semper Augustus. Notum facimus aetati praesentium, et posteritati futurorum Christi fidelium, quod nos inspecta devotione, quam circa promotionem nostram Illustris Vir Ludovicus Dux Bavarorum fidelis, et dilectus noster erit omni tempore habiturus, regia Munificentia donamus, et praesentis paginae privilegio confirmamus, tam ipsi, quam universis sibi successuris Haeredibus, Ducatum Bavariae cum universis terris, et Possessionibus, quas idem Dux adhuc vivente antecessore nostro in manu sua, et possessione tenuit, tam cum hominibus, quam cunctis eis pertinentibus. Insuper concedimus eisdem curtem Moeringen, quae olim Illustrissimi genitoris nostri extitit cum pertinentiis ejus, et partem illam, quae contingit filias quondam

---

a) Eine Belehnungs-Urkunde des Otto des Größern ist nirgends aufzufinden. Glaubwürdige Geschichtschreiber sagen, daß Kaiser Friedrich I. den Herzog im Jahre 1180 mit Recht und Urtheil (ex sententia principum) zu Altenburg einsetzte. Höchst wahrscheinlich wurde über diesen feierlich und öffentlich (in conspectu populi) vorgenommenen Act keine Urkunde errichtet. (Man vergl. hierüber Buchberg's älteste Geschichte des Hauses Scheiern-Wittelsbach. S. 326.)

Philippi Regis, simul eidem Duci, et Haeredibus suis tradimus, et donamus per Excambium vel alio quolibet modo dispositurі, quod dictae Regis filiae nominatam Haereditatis suae portionem grato assensu in manus nostras Resignabunt, sic quoque dispositum est, et Statutum, ut dictus Dux cum curte memorata a nobis teneat ducentas Marcas in Liberis redditibus, et si de hac Summa quicquam defuerit, nos de aliis redditibus nostras in Bavaria defectum illum supplebimus. Si autem in bonis ipsis aliquid de Summa praescripta super fuerit, illud in nostros usus cedet. Et cum fratribus nostris Henrico Palatino comite Rheni, et W. Duce taliter ordinavimus, quod de bonis, et Hominibus quondam inclyti patris nostri adversum Ducem Bavariae, et Haeredes ejus nunquam actionem habebunt, item feuda, quae interfectores Regis Philippi Marchio Histriae, et Palatinus Comes de Widlingispahe ab imperio tenuere saepe dicto Duci et Haeredibus suis concedimus, et confirmamus, nemus, quod vocatur Bazhard, cum castro Nuuenburc, ad opus Ducis omni Jure conservaturi, sicut ipse Dux nos instruere poterit, et docere. Ad cujus Rei certam evidentiam, et perpetuam imposterum firmitudinem fide data promisimus, et jurare fecimus in animam nostram Comites, Adolphum de Schouuinberg, Conradum de Dicka, Bernhardum de Hurstimar Nobiles Viros, et fidelem nostrum gunsilium dapiferum, quod cuncta, quae prommissa sunt inviolabiter curabimus observare, et cum sigillo nostro Sigilla Principum, quae postulavit, huic Cartae jussimus adhiberi.

Datum apud Frankinfort Anno Dominicae incarnationis Millesimo. cc. viij. Indictione xija. xvij. calend. Decembris.

Aettenkhover Geschichte der Herzoge von Bayern. Regensburg. 1767. pag. 157.

Zweiter Titel.

Trennung der Churpfalz von und Wiedervereinigung derselben mit Bayern.

I. Trennung derselben.

§. 2.

§. 2. Theilung von Pavia.

Wür Rudolph: und Rueprecht von Gottes Genaden Pfalzgrauen bey Rhein: und Herzogen in Bayern ꝛc. versehen für Vns: und für Herzog Rueprechten vnsers Brueders Sun Herzog Adolphs seel. vnd für vnser Erben offentlich an diesem Brieue, daß Wür mit verdachten Mut: mit gutem Willen, und mit Rat unserer Landt, bej dem Rein zu Bayrn, zu Schwaben: und ze Oesterreich Freuntlich und Lieplich getailt haben mit vnserm lieben Herrn: und Vettern Kaiser Ludwigen von Rom: und mit seinen Kinden Ludwig Margrafen zu Brandenburg, Pfalzgrauen bey Rein und Herzogen in Bayrn, vnd Stephan Pfalzgrauen bei Rein: und Herzogen in Bayrn alß hernach geschriben stet, daß Vns ist ze vnsern Theil angefallen, die Gut, die zu der Pfalz gehörent, und gehören sullen, Burg, Stet, Markt-Grauen, Freyen, Dienstmann, Ritter, knecht, Land: und Leut: und die Veßten.

Thub: Burg: und statt.
Der Pfalzgrauen stein.
Stalberg die Burg.
Stalegk die Burg.
Brumshorn die Burg.
Bachrach
Diepach
Stegen
Manheim
Heimbach
Trechterhausen } die Teler.
Rimbull der Markt.
Fürstnberg die Burg.
Reichenstein die Burg.
Strenberg die Burg.
Allzei Burg: und Statt.
Wünheim Burg: und Statt.
Bachenheim die Burg.
Winzingen die Burg.
Wolffsperg die Burg.
Elbstein die Burg.
Erbach die Burg.
Lindenfehlß die Burg.
Reinhausen die Burg.
Heidlwerg die Ober- und Nider-Burg: und die Statt.
Weisenloh Burg: und Statt.
Herpfnberg die Burg.
Obernkrinn die Burg.
Landefer die Burg.
Turnau die Burg und die Pfalz: und waß darzue gehört.
Stainberg die Burg.
Wellerseu die Burg.
Neustatt die Statt.
Hillerspach die Statt.
Agersheim die Statt.
Vnd waß zu den vorgenanten Burgen: steten und Märkten gehörent.
Vnd darzu so ist vnnß geuallen zu unsern Tail aus Viztum Amt zu Lengueld:
Hitpoltstein die Burg.
Der Markt Hohenstein die Burg.
Harspurg der Markt.
Hertenstein die Burg.
Pagnutz
Velden
Plech } die Markt.
Frankenberg die Burg.
Waldeck die Burg.
Pressat
Kemnaten
Erndorf } die Märkt.
Turndorf die Burg.
Eschenbach der Markt.
Aurbach der Markt.
Uritstein die Burg.
Neuenmarkt die Statt mit der Hofmarch zu Pernzan.
Heunsperg die Burg.
Perge die Burg.
Merkenhausen die Burg halb.
Pfaffenhouen die Burg.
Lauterhouen der Markt.
Grinspeck die Burg.
Sulzbach Burg und Statt.
Werttenstein die Burg.
Rosenberg die Burg.
Hirsau der Markt.
Amberg die Statt.
Napurg die Statt.
Neustatt die Statt.
Stornstein die Burg.
Murach die Burg.
Viechtach der Markt.
Neunburg die Statt.
Wetternfeld die Burg.
Rottingen
Nittenau } die Märkt.
Draswitz
Peilnstain
Segensperg } die Burg.
Waldau die Burg halb.
Stepfenning
Schwartzenegg } die Burg.
Vnd waß die Burg: und die Märkte von dem Reichstern.
FloßBurg: und Märkt.
Parkstein die Burg.

Weiden
Vahrndräs } die Märkt.
Au

Vnd was zu den vorgenannten Bürgen-steten: und Märkten gehört.

So ist vnsern Herrn: und Vettern Kayser Ludwigen von Rom: und seinen Kinden Ludwigen Markgrauen zu Brandenburg Pfalzgraven bei Rhein: und Herzogen in Bayrn: und Stephan Pfalzgrauen bei Rein: und Herzog in Bayrn: und ir Erben zu ihrem thail angefallen.

München die statt.
Vohburg
Signburg } Burg und Märkt.
Mainburg
Gerolfingen die Burg.
Köſching Burg: und Markt.
Neuburg Burg: und Statt.
Fridberg Burg: und Statt.
Mühlhausen die Burg.
Schnaittach die Burg.
Schiltberg die Burg.
Aichach
Schrobenhausen } die Markt.
Möringen
Schwabegg die Burg.
Landsperg Burg: und Statt.
Lechsperg die Burg.
Wolfertshausen Burg: und Markt.
Tölz Burg: und Markt.
Grünenwalt die Burg.
Aybling die Burg: und Statt.
Schwaben Burg: und Markt.
Wasserburg Burg: und Statt.
Hadmarsperg die Burg.
Kuefstein Burg: und Statt.
Aurburg die Burg.
Rattenberg Burg: und Markt.
Werberg die Burg.
Kützbüchel die Statt.
Epps die Burg.
Falkenstein die Burg.
Dachau Burg: und Markt.
Haimbhausen die Burg.
Päl die Burg.
Widersperg die Burg.
Murnau Burg: und Markt.
Rottenegg die Burg.
Reichertshouen die Burg.

Hechstatt Burg: und Statt.
Hagel die Burg.
Donersperg die Burg.
Peitengau die Burg.
Schongau die Statt.
Valley die Burg.
Trewushein die Burg: und Wartstetten.
Arnsperg Burg: und Markt.
Neustatt die Statt.
Ingolstadt die Statt.
Alten Neuburg die Burg.
Rain die Statt.
Gamersheim
Geisenueld
Ebenhausen } die Markt.
Pfaffenhouen
Weilhim
Werde } die Statt.
Laugingen
Gundolfing Burg: und Statt.
Manching die Burg.
Vnd was zu dem Vitzdom Ambt München gehört: und gehören soll: vnd zu demselben Tail gesetzt, auch aus dem Vitzdom Ambt zu Lengenueld.
Lengenueld Burg: und Statt.
Calmünzburg Burg: und Markt.
Smidmühlen der Markt.
Regenstauf Burg: und Markt.
Die Vorstadt zu Regenspurg.
Weir die Burg.
Velburg Burg: und Markt.
Leutzmanstain die Burg.
Hembau die Statt.
Riedenburg Burg: und Statt vnd alle die Rechten zu Regenspurg in der Statt die zu der Burgschaft zu Riedenburg gehören.
Vnd der Werde in der Donau zu Regenspurg.

Lahenstein die Burg.
Egersperg die Burg.
Altmanstain die Burg: und Markt.
Holenstein die Burg.
Viechhausen die Burg.
Schwangdorf der Markt.
Vnd waſ zu den vorgenannten Burgen, Stett: und Märkten gehöret.

Vnd sullen Wür: und Unser Erben den Unsern Vnser vorgenannter Herr: vnd Vetter Kayser Ludwig seine kind Ludwig: und Stephan: und ir Erben, den Iren tail Inne haben mit allem dem, daſ zu demselben Vesten: und Guten gehört, mit Leuten an Guten, an Gerichten, Dörffern, Weilern, Wälden, Vörsten, Holzern, Wassern, Vischrain, Wiltpen, Strassen, Gelaiten, Circken, sältzen, Manlehen, Herrschaften: und Landgerichten: und anders, was darzu gehört, besuechts: und Vnbesuchts, vnd erpauens: und Vnerpauens, alſ es von vnsern Vordern herkommen ist.

Wür sullen auch leihen alle die Lehen, die zu Vnserm tail gehörent, alſ sullen sy auch leihen alle Lehen, die zu ihrem tail gehörent: und mit Nammen sullen Wür leihen, Cholenberg die Burg: vnd alſ der Strich geet, von Cholenberg, gen Weissenburg: vnd auf gen Franken und den Behammer Wald, so sullen sy mit Nammen leihen alle die Lehen, als der strich geet von Weissenburg auf gen den gepurg gen Schwaben: vnd gen Ober Bayrn ꝛc.

Vnd die Vesten: und gut.
Wasser Truchendingen.
Chorwolſheim.
Hochenart.
Löhr.
Stoffenhaim: und
Lerpau

sullen Wür: vnd sy miteinander eingewinnen: und miteinander thailen, als vil Wür gewinnen mügen.

Auch sullen Wür: und sy die Wachau in Oesterreich: und Was darzu gehört mit einander lesen: und gleich haben: und niessen.

Wür sullen auch: und Vnser Erben vnserm Herrn: und Vettern: vnd seinen Kinde Ludwigen: vnd Stephan: vnd Iren Erben mit Leib: und Gut mit gantzen Treuen zu legen: und geholfen sein gen allermeniglich, Wie er genannt sey yedman zu seinem Recht, also sullen sy vns herwider thun.

Wür sullen auch Vnser Herrschaft, Vest: und Gut niemand geben noch Verkauffen, und Was Wür ye Verkauffen miessen, die sullen Wür Ine zekauf geben, und anders niemand, daſ sullent sy vnſ herwider thun.

Wür sullen auch vnser Vest: vnd Gut, wie die genannt sind, nichtz Versetzen, keinem kunig noch Fürsten, er Pfaff oder Lay, also sullen sy auch thun.

Wür sullen auch Vnser Herrschaft, bürg, stet, noch gut niemand Leihen, Versetzen noch Verwerlen mit genärdt auf Ihrn schaden desshalb sullen sy vnſ herwider thun.

Vnd ob der Herrn Dienstmanen, Ritter- oder Knecht ainer- oder mer, die zu vnserm Land gehörent, von vnſ: und von dem Land keren wolten, so sullen Wür baidenthalben auf den- oder sy einander Geholff sein, als lang vnnz daſ wür, es darzu bringen, daſ sy bey der Herrschafft: und bei dem Land beleiben.

Wür sullen auch ire Diner, die In mit dem tail geuallen sind, oder in iren Landen gesessen sind, wider sy mit Versprechen, noch sye die vnsern wider vns.

Wür sullen auch den ersten Römischen kunig wehlen. für vns: vnd vnsern tail, so sullen vnsers lieben Herrn: vnd Vetern Kayser Ludwigs kind Ludwig: vnd Steffan, oder ir Erben den andern Römischen kunig wehlen, und also sull die Wechslung der Wal des Reichs zwischen vns: vnd vnsern Erben fürbas ewiglich beleiben.

Vnd Wene es darzu kumt, das Wür den Römischen kunig wehlen sullen, so sullen Wür: und vnser Erben vnser vorgenannt Vetern Ludwig: und Steffan und ir Erben bewarnen: und besorgen gen dem Römischen kunig, als vns selben, das in Widernar vm Lehen, vm Satzung: und vm ander Recht, die sy haben sullen von dem Reich: und die zu iren Landen gehörent, die Vnser baid Vettern gehabt haben: und an vns, und an sich bracht habent, dasselb sullen sy: und ir Erben vns: und vnsern Erben herwider thun: al offt die Wal des Reichs an sy kumbt.

Vnd ob Wür, oder Vnser thail, oder vnser Erben sy: oder ir Erben Irrten, oder yberfürn an der Wal des Reichs, und sy nicht wolten lassen welen, als sy billich solten, als vorgeschriben stet, so sullen Wür vnser thail: und vnser erben die Wal des Reichs verloren haben, vnd sull danne die Wal des Reichs an sy: und ir erben geuallen: und ewigelich an in beleiben.

Zu gleicher weiß sull die Wal des Reichs an Vns vnsern tail: vnd vnser Erben gefallen: vnd ewigelich an vns beleiben, Ob sye oder ir Erben vns vnsern tail: vnd vnsern Erben Irrten, oder yberfuren an der Wal, so wir welen sollten.

Vnd Ob Wür vnser tail: oder vnser erben on Erben Verfaren: so sullen vnser Land-Leut: und Herrschafft: und die Wal des Reichs auf sy, und ir Erben geuallen, vnd Erben, auch sullen herwider ir Land, Leut, vnd Herrschschaft: vnd die Wal des Reichs auf vnsern tail: vnd vnser Erben geuallen: und erben, Ob sy on erben Verfaren.

Vnd was krieg, miss hellung, und aufleuff geschecn zwischen Herren, Dienstmanen, Rittern: und knechten, die in vnsern Landten baiden halben gesessen sind, darum sullen Vnser Vitzdum baidenhalben täg geneinander suechen auf ain Recht, auf Syben Man, und sull ieder Vitzdum von seinem vnterthan ain recht thuen, also das der vntz den Man clagt, soll 4. Man haben: vnd der Clager sull 3. Man haben, vnd was die Siben enntailen, auf ir ayde, das sull darum geschehen, als untzher sittlich: und gewönlich ist gewesen, zwischen dem Obern: und Nidern Land ze Bayrn, vor dem Wald.

Vnd was grosser Aufläuff geschech, die die Vitzdum mit Vernichten mechten, darum sullen di Herren selb täg suechen geneinander auf Siben, oder auf Neun Man, die sy unter iren Leuten baidenthalb darzu nemmen, vnd sy sullent ain recht darum sprechen in der Beschaidenheit, als vor geschrieben steet.

Vnd welcher vntern Herrn die vorgeschrieben sach yberfuhr: vnd des mit widertat, wenn er zu rede wurd gesetzt darnach in ainem Monnat, so soll des Herrn Land: vnd Leut, der überfaren hat, dem andern, der yberfahren ist, geholffen sein, als lang vntz das ausgericht, und widertan wird.

Wür sullen auch vnser tail; vnd Vnser erben die Landgericht alle besitzen, die zu dem Landgericht gehören, das von dem Landgrauen von dem Leutnberg bekaufft ward, an das, was

zu den Guten gehört, zu Lengenueld: vnd zu dem tail, der nun zu München gelegt ist, daſ ſullen Vnſer Herr, und Vetter der Kayſer ſeine kind Ludwig vnd Steffan: und ir erben ſelb richten: und die Landgericht: und all andere Gericht ſelb in iren tail beſitzen: und richten, oder ir Ambtleut.

Sy ſullen auch alle die Landgericht beſitzen, die zu der Grafſchafft Hirſchberg gehörent: und damit ſullen Wür vnſer tail: vnd vnſer Erben nichts zeſchaffen haben, doch ſullen Wür Vnſer tail: und vnſer Erben alle andere Gericht in vnſerm tail richten, oder vnſer Ambtleut.

Wür ſullen auch vnſer tail: und Vnſer erben in vnſerm tail löſen, was darin Verſetzt, oder Verkimmert iſt, alſo ſullen vnſer Herr: und Vetter der Keyſer ſeine Kind Ludwig: und Steffan und ir Erben tun in ihrem tail.

Wür ſullen auch vnſer tail: und Vnſer erben in vnſerm tail gelten, Grauen, Freyen, Dinſtmanen, Rittern, knechten, Reichen: vnd Armen alles, das man in geltenſoll, Vntz biſ auf den heutigen tag, gar: und gentzlich, alſ ir Brieff ſagent, alß ſullent vnſer Herr und Vetter der Kayſer ſeine kind Ludwig: und Steffan: und ir erben thun in irem tail.

Auch ſullen vnſer Herr: und Vetter der Kayſer ſein kind Ludwig: und Steffan: und erben gelten, gen Augſpurg, gen Vlm: und in das Niderland ze Bayern, vnd damit ſullen Wür vnſer tail: vnd vnſer erben nichts zeſchaffen haben.

Iſt auch, das vnſer offtgenanter Herr: und Vetter der Kayſer ander erben gewinnet, mit den ſullen Wür vnſer tail: vnd erben leben, und gen in die tädingen, gedingen, gelübden: vnd Ordnung ſein in aller weiſ, alles gen vnſerm offtgenanten Vettern den Kayſer: und ſeinen kinden Ludwigen, und Steffan: und iren erben: vnd ſy allſam herwider gen vnſ, vnſerm tail: und vnſern erben.

Vnd daſ Wür vnſer tail: und Vnſer erben die vorgeſchriben tailunge: und Täding in allen ihren ſtucken, articlen vnd Puncten ſtätt: und gantz haben: und halten, daſ haben Wür gehaiſſen: und gelobt bey vnſern Treuen vnd leiblich zu den Heilligen geſchworen.

Vnd ob Wür vnſer tail, oder vnſer erben das yberfaren, ſo ſullen vnſer Land: vnd Leut vnſerm Herrn: und Vettern dem Kayſer ſeinen kinde Ludwig: und Steffan: und iren erben, Wartten, gehorſam, und beholfen ſein. als lang vntz das widertan wird, das yberfarn iſt, alſdann ſoll vns auch geſchechen, Ob ſye vnſ yberfieren, vnd des ſullen auch Land: und Leut baidenthalben ſchwören zu den Heilligen: vnd darüber zu Urkundte geben Wür dieſen Brieff mit vnſern Inſiglen, Verſiglten, und mit den gezeugen, die hernach geſchriben ſtenndt. ꝛc. ꝛc.

Daſ iſt geſchechen: vnd der Brief iſt gegeben ze Pavia an dem Freytag vor oſwaldi da man zallt von Chriſti geburt, drey zehnhundert Jar: und darnach in dem Neun: und zwainzigiſten Jare.

Fettenkhofer Geſchichte der Herzoge von Bayern. Regensburg. 1767. pag. 221.

II. Wiedervereinigung der Churpfalz mit Bayern.

A) Verträge zwischen Churbayern, Churpfalz, und Pfalzzweybrücken zur Sicherung dieser Wiedervereinigung.

§. 3.

Vertrag vom 26. September 1766.

§. 3. Hausvertrag v. J. 1766.

Von Gottes Gnaden Wir Maximilian Joseph in Ober- und Nieder-Bayern, auch der Ober-Pfalz, Herzog Pfalzgraf bey Rhein, des Heil. Römischen Reichs Erz-Truchseß und Churfürst, Landgraf zu Leuchtenberg ꝛc. ꝛc. und

Von Gottes Gnaden Wir Carl Theodor Pfalzgraf bey Rhein, des Heil. Römischen Reichs Erzschatzmeister und Churfürst in Bayern, zu Jülich, Cleve und Berg Herzog, Fürst zu Mörs, Marquis zu Bergen, Op Zoom, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Mark und Ravensberg, Herr zu Ravenstein ꝛc.

Urkunden und bekennen hiemit gegen einander für Uns, Unsere Erben und Nachkommen sämmtlich Herzogen in Bayern und Pfalzgrafen bey Rhein, die da vermög der gemeinschaftlichen Abkunft von einem Stammvater unter gleichem Schild, Nahmen und Stammen mit beständiger Blutsverwandtschaft, in ein Haus zusammen gehören.

Was massen Wir während Unserer Regierung sowohl aus eigener Erfahrung, als im Gegenhalt der vorgehenden Handlungen Unserer Vorfahren wahrgenommen, daß nun unsere beyde erbverbrüderte Häuser zu gebührenden Aufnahmen zu befördern, und bey ihrem altväterlichen Herkommen, Würde und Ansehen zu erhalten, auch zu Beywirkung der allgemeinen Ruhe und Wohlfarth Unserer Unterthanen, und in dem Heil. Römischen Reich, als Unserm werthesten Vaterland, Uns und Unsern Nachkommen an der Beybehaltung und genauen Beobachtung der in Unserm Haus zum öftern wiederholt — und erneuerten Haus Union und Erbeinungs-Verträgen fast alles gelegen und Gleichsam die Seele Unserer beyderseitigen Haus-Verfassung ausmachen hingegen aber auch beobachtet haben, daß in den vorigen Zeiten bey entstandenen Krieg und Spaltungen in viele Wege davon abgegangen worden, die da gleich anfänglich in derjenigen Erbeinungs-Erneuerung nicht nur einen Unterbruch und Einhalt veranlaßt, welche durch die in den Jahren 1552 bis 1563 a) zwischen Pfalzgrafen Friedrich II., Otto Heinrich und Friedrich III., dann Herzogen Albrechten den V. in Bayern, mit Zuziehung sämmtlicher Agnaten zum Besten des gesammten Hauses, und der vereinigten Landen und Leuten gepflogene Unterhandlungen schon wirklichen zum Beschluß, und allseitiger Einverständniß weitern Handlungen noch immer etwas zurückgelassen habe, so sich mit der angebohrnen Bluts-Verwandtschaft, und dem gemeinschaftlichen Interesse beyder erbverbrüderter Häuser nach den Gesetzen und Vorschriften Unserer Voreltern nicht wohl vereinbaren läßt, minder bey Uns und Unsern Nachkommen in der Aufrichtigkeit Unserer Gemüths-Beschaffenheit und freundschaftlichen Gesinnung neben der vorzüglichern Achtung und Zuneigung gegen Unser gemeinsammes Haus fernerhin Platz finden solle.

---

a) Die meisten der in diesem und in den folgenden Familienverträgen angeführten, weitern Verträge sind in Aettenkhofer Geschichte der Herzoge von Bayern abgedruckt.

Nachdem aber unterdessen auch dergleichen Steine des Anstosses auf die Seiten geräumet sind, und Wir dadurch auf das Neue in den Stand gesezt worden, nach dem Sinn, Willen und Meinung Unserer Voreltern und Stammvätern und nach ihrem Beyspiel in die vorige durchgehends unbedingte Haus und Erbeinung, mit gleicher Verbindlichkeit allerseits einzutreten, dieselbe zu wiederhohlen, zu erneuern und zu erläutern; als haben Wir Uns in solcher Absicht und sonderbaren Betrachtung, daß bey unerwartetem Erbfolg und Abgang ein oder des andern Hauptstammes sowohl die Wohlfarth Unsers gesammten Hauses zu Vermeidung alles Mißverstandes und fremden Eintrags, als auch das Heil Unserer Landen und Leuten, zu Beybehaltung künftiger Ruhe, Frieden und Sicherheit, davon abhängt, vorläufig, bis zur fernerweitern Berichtigung des ganzen Vorhabens unter anhoffenden Beytritt der übrigen im Leben sich befindenden Agnaten über nächfolgende Punkte mit reifem Vorbedacht und vieler Ueberlegung entschlossen, vereint und verglichen.

1. Gleichwie neben der Gemeinschaft der Abstammung von Ottone Wittelbacense und Ottone Illustri, der zwischen Kaiser Ludwig IV. und seinem, dann seines Bruders Pfalzgrafen Rudolph Söhnen, als den Stammvätern Unserer beyden Häuser zu Pavia im Jahre 1329 a) am St. Oßwaldstag getroffene und mit Beybriefen von dem Churfürsten in dem Römischen Reich bestätigt, und angenommener Theilung, und Erbeinungs-Vertrag, bey allen übrigen nachgefolgten Haus-Unions- und Erbverbrüderungs-Erneuerungen zum Grund genommen worden, und das eigentliche pragmatische Hausgesetze Unserer Voreltern ist, welches schon von der Zeit an, da Bayern und Pfalz zusammen kommen, nach den gemeinen Lehenrechten also hergebracht und durch beständige Observanz für und für beobachtet worden ist, dergestalten, daß die unter den Manns-Stammen vertheilt und altväterliche Stammgüter und Lande mit denjenigen, so nach der Hand am Lehen oder Eigen, weiteres erobert worden, unter der beständigen Erbeinungs-Verbindlichkeit vereinigt verbleiben und mit Ausschluß der weiblichen Descendenz an den überlebenden Manns-Stammen von einer Linie auf die andere zurückgefallen seyn, wie es sich bald darauf anno 1340 mit der Erbschaft des Landes in Niederbayern zugetragen hat; Als wird gedacht Pragmatisches Hausgesetze auch Unseres Orts dahier bey gegenwärtig vorhabender Erbeinungs-Erneuerung zum Grund genommen, und in Folge dessen Inhalts, alle bey damals unvertheilten Gemeinsamen Haus bestandene, besonders die in gedachten Theilungs-Vertrag mit Nahmen benannte Lande, Herrschaften, Pfleg- und Landgerichte, Städt, Märkt, Schlösser und Güter mit ihrem ganzen Umfang und Zugehörungen, in Bayern und am Rhein, in der obern Pfalz, in Schwaben, oder wie die sonst entlegen, auch das Land in Nieder-Bayern, so weit Wir im Innhaben und solches zu gewähren im Stand sind, wiederum auf das Neue versichert und mit dem beständigen Pakto mutuae Successionis wiederholter belegt.

2. Nachdem aber mittlerweil verschiedene in dem Pavii'schen Vertrag benahmte beträchtliche Orte von Bayern und Pfalz durch Krieg oder in andere Wege hinweg gekommen, andere hingegen von den nachfolgten Pfalzgrafen und Herzogen in Bayern erobert worden, und sich auf solche Art gleichsam selbsten zugetragen hat, daß die Letztere den Ersatz der Ersteren ausmachen, welches noch mehr aus dem Grunde folget, daß der Paviische Vertrag sich auf alle Erben und Nachkommen, mithin auch nach diesem Gesetze und Beyspiel der Stammsväterlichen Verordnungen hinwiederum auf ihre acquisita in gleicher Weiß und Verbindlichkeit erstreckt; so seynd Wir entschlossen und miteinander weiter dahin einverstanden, diese Unsere Erbverbrüde-

a) Man vergleiche den vorstehenden §. 2.

rungs-Erneuerung auf sämmtliche Acquisita, so nach dem Paviischen Vertrag bis auf die Art. III. festgesetzte Jahre, sowohl zu dem Herzogthum Bayern, als zu der Pfalzgrafschaft bey Rhein erobert worden, zu erstrecken, und damit jedem dieser Fürstenthümer als der Haupt-Masse des gesammten Hauses ohne Unterschied und Ausnahme einzuverleiben, folglichen auf alles unbewegliche zu erweitern, was bis dahin ab intestato verlassen, und dadurch a primo acquirente gleichsam selbst gedachten Haupt-Landes einverleibt worden ist.

Wann nun aber im übrigen, um allen künftigen Widerspruch und Anständen bestmöglichst vorzubiegen, vorläufig noch erforderlich ist, sämmtliche auf beyden Seiten vorhandene besondere Haus-Verträge, Lineal-Pacta, Verzichten, Testamente und dergleichen Dispositiones, einander gemeinschaftlich zu machen, und ohne allen Hinterhalt vorzulegen, und um deren Verstand und rechtliche Wirkung sowohl als auch die übrige entgegen stehende Umstände mit und neben einander in reife Ueberlegung zu ziehen, auch die Mittel und Wege im Fall zur gänzlichen Berichtigung Unseres Vorhabens noch einige nothwendig seyn sollten, zu unterreden, als welches noch eine längere Zeit erfordert; so haben wir Uns, um in diesem wichtigen Werk nichts ohne genügsame Vorbereitung zu übereilen, wegen der gänzlichen Berichtigung dahin verstanden, daß dasselbe in zwey Theil abgesondert und dahier neben obigen Erläuterungen, in Ansehung der Acquisiten derjenige als der erste Theil berichtiget werden solle, welchem keine sonderliche Verordnung und Anstände im Wege stehen.

3. Da nun der Paviische Vertrag obverstandener Massen schon für sich selbsten alle Erben, so hieran Theil nehmen, zur gleichmässigen Erbeinungs-Beypflichtung und Einschaltung ihrer Acquisiten den Weg bahnet, und in beyden Häusern nach ihrer ersten Abtheilung unter denen sich noch weiters vermehrten Linien zwar besondere Hausverträge oder Pacta Linialia, als nämlichen auf Seiten Pfalz anno 1357. und 1395, und auf Seiten Bayern anno 1349. 1353. und 1392 geschlossen worden, welche aber nicht nur gegen den ersten Haupt- und Stammvertrag zu Pavia nichts enthalten, noch sonsten von der Erbeinung eine Ausnahm machen, sondern jenes altväterliche Hausgesetze vielmehr selbsten zum Grund haben und mit einerley Absicht gänzlichen erreichen, die vermög derselben einstimmigen Verordnung und beständig beibehaltener Observanz von den Männlichen Geschlechts-Linien, eine nach der andern, die unbewegliche Güter, Land und Leute der vorabsterbenden, mit Ausschluß der nächstgesiepten Töchter und übrigen Allodial-Erben an sich gebracht, wie dann hiernach sämmtliche Agnaten durch den anno 1490 wiederholten Unions-Traktat nicht undeutlich zu erkennen gegeben, daß sie als sämmtliche erbverbrüderte Bluts-Verwandten an jenen vorbenannten sonderbaren Verträgen, auch überhaupt modo reciproco gemeinschaftlichen Antheil nehmen und durch den zu Cöln anno 1505 wegen dem Testament und Erbschaft des Herzogs Georgens in Nieder-Bayern erfolgt Königlichen Spruch die altväterliche Stammgüter mit den neuern Acquisitis also untermischt und mit einander vereiniget worden, daß dieser Unterschied von selbsten hinweg gefallen, und dadurch abgethan worden ist, ingleichen, da mehrmalen sämmtliche Agnaten bald darauf in Nürnberg, den 15. März 1524 in die bekannte Haus-Union und Erbeinung zusammen getreten, und neben dem Paviischen Vertrag absonderlich denjenigen Theil- und Erbeinungs-Brief, welchen die Herzoge in Bayern anno 1392 am Freytag vor St. Catharein unter sich geschlossen und in dieser Art der deutlichste ist, gemeinschaftlich zum Grund und allseitiger Verbindlichkeit angenommen, auch sich alle diese zusammen getragene Erbeinungs-Pacta der Erneuerung Willen, durch mehrfache Vidimus versichern lassen, also nehmen Wir hierinnfalls gar keinen Anstand, diese Unsere gemeinschaftliche Erbeinungs-Verbindlichkeit nicht nur bis auf gedachte Zeiten und sämmtliche bis dahin mit

Unsern übrigen Stammväterlichen Gütern vereinigte Acquisita zu erstrecken, sondern, nachdeme sowohl die Pfalzgrafen in den Jahren 1545, 1551 und 1557 mit ihren besondern Pactis successoriis auf die vorige Art fürgefahren, als auch Herzog Albrecht V in Bayern während denen obverstandener Massen mit ihnen anno 1552 und 1563 gepflogener Unterhandlungen auf eine durchgehends gemeinschaftliche Erbeinungs-Erneuerung, ohne alle Widerrede und Ausnahm verstanden gewesen, und von diesen Jahren an noch weiters, und zwar ab Seiten Bayern bis anno 1578 der nämliche Herzog Albrecht V. kurz vor seinem Ende die vom Kaiser Ferdinand I bestätigte Primogenitur und Fidei-Commiß-Constitution zurückgelassen und auf Seiten Pfalz bis auf das Jahr 1563, allen Pfalzgraf Wolfgang als der gemeinsame Stammvater aller heut zu Tag lebenden Pfalzgrafen bey Rhein unter seinen Kindern mit letzter Willens Verordnung, disponirt hat, zu erweitern, so daß die bis dahin in beiden Häusern erworbene Lande, Herrschaften, und Besitzungen mit deren Bonis activis ohne Ausnahme consolidiret, und unter der nämlichen Erbeinungs-Verbindlichkeit in steter Beobachtung des Wegs und Linial-Ordnung der Primogenitur unwiederrufen begriffen seyn sollen, als wenn sie wirklichen in dem Paviischen Vertrag mit Nahmen benahmet wären: Hieraus folgt.

4. Daß die Weibliche Descendenz hierauf in so lang keinen Zuspruch haben könne, als ein männlicher Sprossen durch Gottes Gnad von beyden Häusern im Leben ist, und daß deren Allodial-Erben Regreß Sprüche sich nur auf die von ein oder anderer Seite hinterlassende Mobilar-Verlassenschaft erstrecke, und dieses bey jedmaliger Erlöschung des Mannsstammes jener Linie, aus welcher selbe entsprossen seynd.

5. Wir haben uns ingleichen wegen denen sonderbaren Reichslehen, so Wir neben Unsern übrigen Landen besitzen und vom Römischen Reich sonderbar zum Lehen empfangen, insoweit unterredet und verglichen, daß auch dieselbe in diesem Pacto mutuae Successionis eingeschlossen und ohne Unterschied darunter verstanden seyn sollen, obschon etwa primus Acquirens die anfängliche Investitur-Briefe nicht nahmentlich auf beyde Häuser, und sämmtliche erbverbrüderte Agnaten, sondern nur überhaupt für seine Erben und Nachkommen erhalten und angesucht haben mögte, wie Wir Uns dann dessen sowohl nach dem eigentlichen Verstand gedachten Lehen Briefen, als auch in Kraft der goldenen Bull Kaiserl. Wahl-Capitulation und übrigen Reichs Konstitutionen, Inhalts welcher die denenselben gemäß gemachte Uniones und unter Churfürsten, Fürsten und Ständen aufgerichtete Erbverbrüderungen gehandhabet und geschützet werden sollen, verfolglich dann auch durch die Paviische Erbtheilung, als einer selbsten von einem regierenden Kaiser errichteten und jener Zeit von sämmtlichen Churfürsten begnehmigten wahren Erbverbrüderung und nach der Gewohnheit der bey andern altfürstlichen Häusern hergebracht üblichen Observanz allerdings, doch dem Lehen-Herrn im übrigen ohne allen Schaden und Abbruch berechtiget zu seyn erachten.

Sollten aber gleichwohl einige Lehen-Stücke wirklichen darunter begriffen seyn, welche ausdrücklich nur einer Linie allein, mit Ausschluß der andern durch die Belehnung zugedacht worden, oder die Letztere mit glaubwürdigen Anzeigen dahin ausgedrückt werden können, oder wo natura et qualitas feudi diesem Unserm Vorhaben selbsten im Wege stehet, da machen Wir Uns anheischig und versprechen einander auf das Kräftigste alle Gelegenheit zu Hülfe zu nehmen, und zu allen Zeiten nach möglicher Thunlichkeit dahin zu verwenden, damit auch solche feuda linealia vel impropria, durch besondere Verträge- und Investitur-Briefe auf das gesammte Haus gebracht und die reziprozirliche Lehensfolge gegeneinander, wie in den übrigen feudis avitis versichert werde.

Dahingegen im übrigen die Belehnung mit gesammter Hand bey Unsern beyden Häusern keineswegs Herkommens ist; so sollen dergleichen Investiturae simultaneae, wie in der kaiserlichen Wahl-Kapitulation verordnet ist, auch künftig nicht angesuchet, sondern es dießfalls bey dem alten Herkommen gelassen werden.

6. Betreffend die gemeinschaftliche Hülfe und Beystand in Fällen und Umständen, in welchen dieselbe einander zu leisten, auch die Art und Weise, wie solches geschehen solle, schon vorhin bedungen worden ist: Deßgleichen die Beobachtung jenes freundschaftlichen Vernehmens belangend, welches fast in allen wichtigen Haus-, Reichs- und Kriegs-Angelegenheiten oder bey dergleichen vorfallenden Handlungen mit auswärtigen Mächten und andern Reichs-Mitständen zu Erreichung der gemeinschaftlichen Haus-Interesse, erforderlich ist, und künftighin desto mehr beobachtet werden solle, als solches die wesentliche Verbindlichkeit der Unsern beyden Häusern angebohrnen Blutverwandtschaft und Erbeinung selbsten mit sich bringt: Dießfalls wollen Wir die in Annis 1724, 1728, 1734, 1746 und letzthin den am 5. Oktober 1761 getroffenen, und den 27. vorigen Monats und Jahrs ratifizirten Unions-Traktat, soweit einer durch den andern erläutert wird, gegenwärtig bestätigt und wiederholet haben, daher soll ein Theil des andern Nutzen zu befördern und Schaden zu wenden, sorgfältigst trachten, vorzüglich aber bey seinen Ländern, Leuten, Herkommen, Freyheiten, Dignitäten, rechtlichen Ansprüchen und guten Gewohnheiten, handhaben, helfen und schützen, auch selbsten in allweg dabey bleiben, und an solch freundvetterlichen Willen und Bestreben sich weder durch widerwärtigen Eintrag abwendig machen lassen, minder dergleichen schädlichen Einstraunungen und fremden Absichten oder auswärtigen Anbringungen ein Gehör geben, sondern im Fall ein erhebliches und billiges Bedenken obhanden zu seyn scheinet, solches einander sogleich selbsten ohne allen Hinterhalt in Erwartung freundschaftlicher Gegenerklärung zu erkennen geben und auf solche Weise in unverrückter Aufrichtigkeit und beständigen Wohlwollen verbleiben.

7. Wie nun bereits oben erwähnt worden, so solle gegenwärtiger vorläufiger Traktat zwar nur den ersten Theil des vorhandenen Haupt-Erbeinungs-Vertrags ausmachen: doch hat es dabey den Verstand und Meynung, daß bey allen vorberührten Punkten jetzt als dann und dann als jetzt eine unwiederrufliche Verbindlichkeit seyn und gleichviel gelten soll, als wenn dieselbe dem Haupt-Vertrag schon wirklichen einverleibt, und alles andere zu Stande gebracht worden wäre, wie dann hiemit einander feyerlich versichert wird, mit Untersuchung deren nach obgesetztem Ziel in beyden Häusern errichteten partikular Dispositionen ohne Zeitverlust weiters fürzuschreiten und mit Gottes Beystand auch den übrigen Theil, folglich das ganze Werk ehestens zu Stand zu bringen, daß allen bey Trennung beyderseitiger Landen zu befürchtenden schweren Unruhen möglichst vorgebogen und beyderseitigen Unterthanen bevorstehenden Unheil, Schaden und Verderben, soviel von menschlicher Vorsicht abhanget, auf ewige Zeiten gesteuert werde: Als zu wessen allem Festhalt- und Beglaubigung Wir beyde Eingangs benannte Churfürsten diesen Erbeinungs-Brief in zweyfacher Fertigung nicht nur mit eigenhändiger Nahmens-Unterschrift, wissent- und wohlbedächtlich unter Chur und Fürstlichen Hohen Worten und Ehren, an Eydes statt bekräftiget, sondern auch beyderseitige Unsere Hohe Insiegel daran zu hängen verfüget haben. So geschehen Nymphenburg den 5. Septembris, und Schwetzingen den 26. September des Jahrs 1766.

Martens recueil des principaux traités. Tom. I. pag. 403.

§. 4.

Vertrag vom 26. Februar 1771.

Von Gottes Gnaden Wir Maximilian Joseph in Ober- und Nieder-Bayern, auch der Obern-Pfalz Herzog, Pfalzgraf bey Rhein, des Heil. Römischen Reichs Erz-Truchseß und Churfürst Landgraf zu Leuchtenberg, ꝛc. ꝛc. und

§. 4. Hausvertrag v. Jahre 1771.

Von Gottes Gnaden, Wir Carl Theodor, Pfalzgraf bey Rhein, des Heil. Römischen Reichs Erz-Schatzmeister und Churfürst in Bayern, zu Jülich, Cleve und Berg Herzog, Fürst zu Mörs, Marquis zu Bergen Opzoom, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Mark und Ravensperg, Herr zu Ravenstein ꝛc. ꝛc. Urkunden und bekennen, daß Wir in dem Vorhaben die zwischen Unsern beyden Stammhäusern Blutsverwandtschaftlich obwaltende Erbeinungs-Rechte, nach Vorschrift und dem Beyspiel Unserer gemeinsamen Voreltern zu erneuern und die vorab schon auf sämmtliche Stammgenossenschaft bezielte Gemeinschaft, in nachbeschriebener Weise näher aufzuklären und mit seinen Erläuterungen zu bestimmen, folglichen nach Anweisung des schon voraus im Jahr 1766 [a], zwischen Uns beyden als dermaligen Hauptgliedern des gesammten Blutsverwandten-Hauses geschlossenen Traktats von demselben auf den zweyten noch übrigen Theil zukommen, sämmtliche dahin einschlagende auf beyden Seiten vorhandene, sowohl gemeinschaftliche als einseitige Hausverträge, oder sonderbare Lineal-Pakta, Verzichten, Testamenta und dergleichen Dispositiones, soviel Uns bekannt und in Unsern geheimen Briefsgewölbern anzutreffen gewesen, in glaubwürdigen Abschriften, gegen einander ausgewechselt, und nach reifer darüber gepflogener Berathschlagung, Uns nachfolgender Gesetze, Bündnisse und Ordnungen weiters verglichen, vereinigt und auf beständig unwiederrufliches Ende verstanden haben.

Erstlich: Bestätigen Wir gedachten im Jahre 1766 zu Schwetzingen den 22. und Nymphenburg den 5. September geschlossenen Erbeinungs-Rezeß und Vertrag, wie die Bedingnus Art. VII [b] solches mit sich bringt, nach seinem völligen Innhalt in allen und jeden Punkten, wie derselbe geordnet ist, in der nämlichen Maas und Verbindlichkeit, als wenn er gegenwärtigen Haupt-Rezeß selbsten würklich einverleibt worden wäre.

Zweytens: Haben Wir vermög desselben wegen der Erbfolge auf ein, oder des andern Unsers gemeinsamen Hauses, Bayerisch- oder Pfälz'scher Linie gänzlichen Abgang (vor welchen der gütige Gott beyde verwahren wolle) eine gemeinsame Erbeinung, und wechselweise Erbverbrüderung, nicht nur auf Unsern Hauptlanden, und altväterlichen Stammgütern, nach dem Zustand, wie sie nach der ersten Abtheilung, und nach Inhalt des Paviischen Vertrags, [c] beschaffen gewesen, und an Uns kommen seynd, zum Grund genommen, sondern auch in Rücksicht der verschiedenen, durch Auf- und Abnehmung gedachter Länder unterloffener Veränderungen, aus denen allda mit mehrern angeführten Ursachen, auf sämmtliche Acquisita, bis auf die Art. III festgesetzte Zeit erstrecket, benanntlichen auf Seiten Bayern bis anno 1578, da Herzog Albrecht V. die vom Kaiser Ferdinand bestätigte Primogenitur, und Fidei-Commis-Disposition, zurück gelassen, und auf Seiten Pfalz bis anno 1568, da Pfalzgraf Wolfgang der Stammvater aller noch lebender Pfalzgrafen bey Rhein unter seinen Kindern mit letzter Willensmeynung disponirt hat,

a) Man vergl. den vorstehenden §. 3.

b) Man vergl. den vorstehenden §. 3.

c) Man vergl. den vorstehenden §. 2.

So viel nun die von solcher Zeit an, weiter erworbene, und zwar insonderheit die lehnbare Acquisita betrifft; gleichwie Wir bereits in dem ersten vorläufigen Traktat Art. V wegen derselben Reunirung und Inkorporirung mit Unsern altväterlichen Hauptlanden oder Bayerischen und Pfälzischen Stammgütern nach Inhalt der goldnen Bull, kaiserlicher Wahl-Kapitulation und übrigen Reichs-Constitutionen die nöthige Vorsehung getroffen, und dergleichen Lehens Acquisita, gemeiniglich schon Unsern kaiserlichen Hauptlehen-Briefen einverleibt, oder unter dem allgemeinen Ausdruck der Landgraf- und Herrschaften verstanden sind; Also wollen Wir vorgedachte Reunir- und Inkorporirung, auf die übrige Lehnbare Acquisita, so Unsere Vorfahren nach obiger, in dem ersten Traktat bestimmter Zeit weiter erlangt haben, und auf Uns kommen sind, oder Wir und Unsere Nachkömmlinge von Sr. Kaiserlichen Majestät und dem Heilig. Röm. Reich selbsten erhalten oder noch künftig überkommen werden, auf gleiche Weise erstrecken und Kraft dieser Unserer Erbeinungs-Bestätigung Unseren altväterlichen Hauptlanden, soweit natura et qualitas feudi foeminiei nicht selbsten im Weg stehet, incorporirt, und mit derselben, denen Lehenherrlichen Gerechtsamen unabbrüchig reunirt haben.

Und zumalen bey solcher Reunirung weder sonderheitliche Lehens-Investituren noch sonderbare Lehensbriefe mehr nothwendig sind, also solle man sich zu dessen gänzlicher Vollstreckung bey Sr. Kaiserl. Majestät mit guter Gelegenheit gemeinschaftlich dahin bestreben, damit gegen Aufhebung sothaner sonderbaren Lehenbriefen, die Belehnung künftighin zugleich mit unter den Hauptlanden coram Throno geschehe.

Drittens: Belangend die Einschaltung der übrigen neuern Acquisiten, so unter die lehnbare Gattungen nicht gehören, wegen denenselben haben Wir auf Seiten Pfalz, weder in den Testamentis der sämmtlichen Pfalzgrafen bey Rhein, noch in andern dergleichen Handlungen und Urkunden eine Hinderniße, sondern vielmehr im Gegentheil, auch in denen Orleanischen Successions-Streit beobachtet, daß die Sache durch den Päbstlichen am 17. Febr. 1702 publizirten Super-Arbitral-Spruch, sowohl, als durch die mehrfältige in den Jahren 1673, 1728 und 1734 in jener Absicht widerholte Haus-Unions-Erneuerungen, zu Unsern Vorhaben, gleichsam schon geschlichtet ist, welche folglich diesem erneuerten Erbeinungs-Pacto einverleibt seyn, und mit den altväterlichen Landen beständig reunirt verbleiben sollen.

Wie dann auch da auf Seiten Bayern, Unser Antrag gleichstimmig dahin gehet, sämmtliche Acquisita mit den altväterlichen Stammgütern zu vereinigen, und gegenwärtigen Erbverbrüderung einzuschalten: In Folge dessen aber, wo vom Churfürst Maximilian I. ein dem Pfälzischen Haus bis daher unbekannt verbliebene Codicill dd. 5. July 1650 zum Vorschein kommen ist, Inhalt dessen nach gänzlichem Abgang der Männlich Wilhelminischen Linie die nächstgesiepte Allodial-Erben, vor dem Erbverbrüderten Landes-Nachfolger, in den Herrschaften Mindelheim, Wiesensteig, Mattigkofen, Winzer, und in den Degenbergischen Gütern succediren sollen. Dieser Codicill hingegen von Seiten Pfalz, absonderlich, was darinnen in Ansehung der Obern Pfalz wegen denen Böheimischen Kriegs-Schulden pr. 13 Millionen eingemischet worden, aus mehrfältigen auf vorhergehende Erbverbrüderungen und dem Verstand des Westphälischen Friedens selbsten gegründete Ursachen, mit feyerlichsten Verwahrungen protestirt wird. So seynd Wir Maximilian Joseph Churfürst in Bayern des Vorhabens, und machen Uns auch gegenwärtig, soweit es immer in Unsern Kräften stehet, anheischig, diesen An- und Gegenstand mit verstandenen Allodial-Erben, im Fall Uns die göttliche Vorsehung der Menschlichen Ordnung nach mit den Jahren von der Hoffnung ehelich gegenwärtiger Männlicher Leibes-Erben entfernen würde, unter Churpfälzischer Beystimmung und Mitwirkung auf hienach Art. IX. be-

stimmte Art, noch selbsten um so mehr zu schlichten, als in dem dreyßigjährigen Krieg Land und Leut an Gut und Blut bis auf die letzten Kräfte erschöpfet worden, die dortmalige Lasten noch zum Theil mit Passiv-Schulden auf sich tragen, und das übrige ebenfalls aus ihren Mitteln abgeführet haben, was nichts weniger, als die Vermehrung einer künftigen Allodial-Massa, sondern vielmehr den Aufnahm und die Erhaltung des gesammten Staates zum Grund gehabt hat, und Unsere Aufmerksamkeit desto mehr verdienet, damit durch zweifältige Ab- und Gegenberechnungen, die künftige Lands-Nachfolgern mit verstandenen Allodial-Erben, keinen weitern Unruhen ausgesetzt, sondern durch solche Unsere vorhabend zeitliche Vermittelung, wie durch nächstfolgend angeordnete Verzichten auf dem weitern mit selben sich ergebenden Fall, in Ruhe und Friede verbleiben. Sollte sich dahero

Viertens: Durch Göttliche Verhängnisse, über kurz oder lang würklichen zutragen, daß Wir Maximilian Joseph Churfürst, oder Unsere mit Göttlichem Beystand anhoffend Männliche Leibs-Erben, als vom Kayser Weil. Ludwigen IV. abstammende, und in dieser Linie zum Hause Bayern gehörige Fürsten, oder Wir Carl Theodor Churfürst, und Unsere freundlich geliebte Herren Vettern die dermalige Pfalzgrafen und Herzogen zu Zweybrücken, und Unsere, auch ihre anhoffende Eheleiblich Männliche Erben und Nachkommen, als Weil. von Pfalzgrafen Rudolph des Kayser Ludwigs Herrn Brudern abkommende und in dieser Linie zum Haus der Pfalzgrafen bey Rhein gehörige Fürsten, ohne Hinterlassung Männlicher Successionsfähiger Leibs-Erben, Ehelich und nicht ex dispari matrimonio entsprossen, gar ab- und aussterben würden, alsdann solle der andere Männliche Stamm (wie bereits Herzog Albrecht V. vor Uns in jenen mit Pfalzgrafen Friedrich II. Otto Heinrich und Friedrich III. diessfalls gepflogenen zehnjährigen Traktaten auch schon verstanden wären) alle des verabsterbenden mit dem Pacto et nexu mutuae Successionis behaftete Lande, Leuth, Lehen und Eigen, Pfandt- und Anwarthschaften, mit allen Rechten, Gerechtigkeiten und Zugehörungen, wie sie immer Nahmen haben, erben und an sich ziehen, in denselben als rechter Bluts-Verwandter und Lehens-Erbe ein, und des andern Stammes, der Herzogen in Bayern und Pfalzgrafen bey Rhein succediren, dieselbe regieren und besitzen, doch also

Fünftens: Daß auf den ereignenden Fall die Successions-Ordnung, die Chur-Linie, und in derselben den Landsfürsten, welcher in dem überlebenden Haus die Churlande besitzen, und das Haupt der ganzen Familie seyn wird, mit Ausschluß aller übrigen Agnaten allein treffen, und nach ihm wiederum auf den erstgebohrnen Prinzen kommen, sofort beständig bey der Chur-Linie, nach dem Recht der Erstgeburt und nach derselben Abgang wiederum bey der nachfolgend ältern Linie, welche der Zutritt zur Chur treffen wird, auf gleiche Weise verbleiben solle, also daß in denen angefallenen Landen, unter mehreren überlebenden Linien, keine Theilung zu gestatten, oder vorzunehmen ist, sondern wie dieselbe anfänglich unter Herzog Ludwigen Unsern gemeinsamen Stammvater beysammen gewesen, also wiederum zusammen und nach göttlicher Fügung ein oder das andere Haus dadurch desto mehr empor kommen, und immerwährend, wo nicht in ferner aufnehmenden Flor gebracht, doch wenigst in solch vereinbarten Stand erhalten werden solle, welchenfalls, da das Haus Bayern oder Pfalz vorabsterben würde, der Landnachfolger insonderheit verbunden wird, die gewöhnliche Residenz zu München, in den herobern Bayerischen Landen in Unsern gemeinsamen ältesten Stammhaus zu beziehen, und allda persönlich Hof zu halten, auch diese Lande selbsten zu regieren, vorzüglich aber nach Inhalt der eifrigen Fidei Kommissarischen Ermahnungen des Herzogs Albrechts V. sich zu fügen, mithin keine andere als die Katholische Religion, selbsten bekennen und in Bayern einzuführen, in Ansehung der untern

Pfalz am Rhein aber, sofort die weitere Verfügung wegen der Administration oder Verwaltung, zum Vortheil der nachgebohrnen Prinzen, die weder Pistnm noch eigene Lande, durch welche das gewöhnliche Appanage zessiret, besitzen; die vorsorgliche Veranstaltung zu treffen, daß dieselbe einem unter Ihnen ebenfalls Katholischer Religion in der Absicht zugetheilt werde, damit er desto füglicher zu einer convenablen Mariage gelangen, und dem besorglichen Abgang künftig Männlicher Succession desto mehr steuren möge; mit dem weitern Anhange, daß auch das Appanage oder der Unterhalt deren Nachgebohrnen mit bereits vorhin von dem Haus abgetheilten eigenen Landen nicht versehenen Prinzen nach Proportion dieses Zuwachses ebenfalls sonderbar auf dem Fall wo in jener Absicht die Verehelichung eines solchen Prinzens nach Fürstlicher Geburt und Stand einverständlich entschlossen wurde, vermehrt, und in ein jährlich gewisse Abgabe eingetheilt, jedoch dasjenige Quantum nicht überschritten werden solle, welches vorhin in dem abgestorbenen Haus ungefähr Herkommens war, und auf vorbestimmt sonderbaren Fall jährlich die Summe höchstens von Einmal Hundert Tausend Gulden nicht übersteiget.

Ingleichen wird auch ausdrücklich bedungen, und vorbehalten, daß keinem Regenten in das Herzogthum Bayern einige protestantische Ministros, Räthe und Beamten einzuführen, noch in der Pfalzgrafschaft bey Rhein, und derselben einverleibten Herzogthum, Graf- und Herrschaften, die vorgesetzte Landesbehörden, als Regierungen, Oberappellation- und Hofgericht, auch Ober-Landbeamten, mit andern, als Katholischen wohlqualifizirten Subjecten zu besetzen, erlaubt seyn; Wohingegen dem Reformirten Kirchenrath, Lutherischen Konsistorio, und Ehe- auch hiezu bestellten Ober-Appellations-Gerichte, und geistliche Güter-Verwaltung, in ihren hergebrachten Verfaß- und Ordnungen der Religions-Declaration gemäß, weniger der Gewissens-Freyheit der gesammten Landes-Einwohnerschaft, deren in dem Römischen Reich angenommenen drey Religionen, wie und wo es in gedachter Pfalzgrafschaft bey Rhein, deren incorporirten Zugehörungen, auch dem Herzogthume Sulzbach hergebracht ist, kein widriger Eintrag geschehen, sondern ein Unterthan, wie der andere, bey seinem häuslichen Wesen und Nahrungsstand ruhig gelassen und gehandhabet werden solle.

Sechstens: Wie es nun aber bey solch bedingter Erbeinung, mit den künftigen Verzichten in Ansehung der ausgesteuerten und unverziehenen Töchtern, auch mit Unsern Fräulichen Eheleiblichen Nachkommenschaft zu halten seye, darüber sind Wir folgendergestalten übereinsgekommen.

Zuförderst lassen Wir es bey demjenigen bewenden, was wegen Ihrer Versorgung, Heyrathgut und Aussteuerung, oder so lange sie unverheyrathet bleiben, wegen ihren Fürstlichen Unterhalt in jedem Haus Herkommens und bisher beobachtet worden ist, welches jedoch bey zuwachsenden Landen mit einer proportionirten Vermehrung wie bey dem Apanage zu verstehen ist, und im übrigem jedem Landes-Nachfolger selbsten oblieget, die unverheyrathete Prinzessinnen wie seine eigene Töchter zu berathen.

Siebentes: Hingegen sollen die Verzichten der künftig auszusteuren kommenden Prinzessinen zum besten des Mannes-Stammes Unseres gesammten Hauses ausdrücklich und deutlich eingerichtet, und zwar so viel Land und Leute sowohl des Herzogthums Bayern, als der Pfalzgrafschaft bey Rhein, sammt allen damit vereinbarten jetzt und künftigen Acquisiten, und Zugehörungen betrift, in denenselben ausdrücklich die vorzügliche Successions-Abwechselung für das gesammte Haus insgemein vorbehalten, in Ansehung der Baarschaften und Mobilien aber nur zum Besten der Fürstlichen Brüdern und Männlichen Agnatschaft in jeder sonderbaren Ab- oder Aftergetheilten Nebenlinie eingeschränkt, und dergleichen Verzicht in ein wie dem andern Haus

pro lege pragmatica, unveränderlich beybehalten, sofort, wann schon kein feyerlicher Actus hierüber ergehen würde oder könnte, gleichwohl die Töchter und Prinzessinnen insgesammt in Unsern Häusern schon ipso facto für würklichen also verziehen geachtet werden.

Achtens: Wir verstehen also unter dem Allodio, so auf gänzlichen Abgang des Männlichen Stammes von ein oder dem andern Haus denen Allodial-Erben, vor dem in denen ledigen Landen succedirenden Agnaten, vermög der in den Verzichten vorbehaltenen Regreß-Sprüchen, und Anwartschaft zufallen solle, nichts anders, wie Wir bereits in dem vorigen Traktat Art. IV. zu erkennen gegeben haben, als die würklich vorhandene Mobilar-Verlassenschaft, ausser dem Geschütz, Munition, und was sonsten zur Landeswehr gehörig ist, soviel nämlichen über Abzug der denen Landen und succedirenden Agnaten nicht zuzumuthen seyenden Fürstlichen Privat-Schulden, die entweder zu Anschaffung derley Mobiliarschaft kontrahirt worden, oder sonsten des Landes Nutzen und Nothwendigkeit nicht betreffe, an baarem Geld, Kleinodien, Silbergeschmeid, und andern Fahrnissen übrig verbleiben wird, jedoch mit der Bescheidenheit, daß jedem Theil die weitere Bestimmung durch selbstbeliebige Particular-Dispositionen vorbehalten seyn sollte, was zur Nothdurft oder Zierde deren Residenzien oder Fürstlichen Lustschlössern unverückt verbleiben müsse, oder sonsten ad usum publicum, zu Fortpflanzung der Künsten und Wissenschaften gehörig und nothwendig ist.

Neuntens: Damit aber gedachte Allodial-Erben sich auf Seiten Bayern so wenig, als auf Seiten Pfalz mit Fug beklagen mögen, daß ihnen durch vorverstandene Verzichten auf sämmtliche Inmobilia etwas entzogen würde, was Ihnen Unsere Voreltern zugedacht, oder denenselben sonsten von Rechtswegen gebühren könnte; So haben Wir in einer Seits zwischen obigen Ab- und Gegenberechnungen eine beyläufige Ausgleichung zu treffen, und anderseits als Oberste Vorsteher des Uns vorzüglich am Herzen liegenden gemeinen Wesens auf gänzlichen Abgang des Manns-Stammes in ein oder dem andern Hause folgendes Temperament und Vermittlung zielsetzlich getroffen, nämlich daß auf solchen Fall über die gewöhnliche Aussteurung und ihren mit vorberührten Vorbehalt zugedachte Mobiliar-Verlassenschaft, und zwar auf Seiten Pfalz, wann der Töchter oder Schwestern eine, zwey, drey oder viere sind jeder $\frac{125}{m}$ Reichsthaler, wo aber derselben mehr sind, für alle insgesammt $\frac{500}{m}$ Rthlr., und auf Seiten Bayern, wann der Töchter oder Schwestern nur zwey sind, jeder $\frac{250}{m}$ Rthlr, wann derselben aber mehr sind, für sämmtliche $\frac{650}{m}$ Rthlr., noch sonderbar als eine Abfertigung von allen unbeweglichen Gütern bezahlet werden, und sobald der Landes-Nachfolger genugsame Versicherung wegen den bestimmten Zahlungsfristen geleistet haben wird, von all weiterer Ansprache auf Eigen oder Lehn abstehen, und gänzlich hindan gerichtet seyn sollen. Wir versehen Uns, daß dieser Verordnung desto unverbrüchiger nachgelebt werde, weilen dieselbe das einzige Entscheidungs-Mittel ist, welches sowohl in dem Hause Bayern schon anno 1340 bey Erledigung des Landes in Niederbayern, als auch in dem Hause Pfalz bey Gelegenheit des Orleanischen Successions-Streits durch den Päpstlichen den 2. Febr. 1702 publizirten superarbitral-Spruch nach allen vergebens dawider versuchten Landesverderblichen Unruhen am Ende doch vorhanden genommen und in mehr andern fürstlichen Häusern also beobachtet worden ist: zumalen keinem Staat zugemuthet werden mag, wegen den Verlust dessen angebohrnen Landsfürsten, so allein in den Händen des göttlichen Verhängnisses stehet, bey den Nachfolgern von gleichem Geblüt und Stammen sich von dem in mehr hundert Jahren gemeiniglich durch dessen Mittel und Kräfte erworbenen Wachsthum entsetzet, oder derentwegen in Krieg und Unruhe verwickelt zu sehen.

Zehntens: Wir sollen und wollen Uns daher auf obbestimmten Fall, wenn Uns in Unsern Lebzeiten, oder Unsere Herrn Vettern Liebden Liebden die göttliche Vorsehung auf einer, oder der andern Seite von der Hoffnung ehelich gegenwärtiger Männlicher Leibeserben, menschlicher Ordnung nach, entfernen würde, nichts mehr angelegen seyn lassen, als nach der allda geäußerten Absicht, um sämmtliche unbewegliche Güter mit und bey Unsern altväterlichen Stammgütern ungetrennt zu erhalten, die ganze Sache mit denenjenigen Prinzessinnen, welche in dem Platz der nächstgesiepten Allodial-Erben eintreten, auf vorgemelte oder was immer für thunliche Wege ohne Verschreib- und Zertrümmerung unbeweglicher Güter selbsten, noch mittels Bestimmung und allenfallsigen Vermehrung des Pausch Quanti zu schlichten und durch einen sonderbaren Traktat in allseitige Einverständniß zu bringen, und hiezu ein Theil dem andern auf alle Art und Weise behülflich zu seyn: Würden aber wider Verhoffen dieselbe sich solcher schiedlichen Vermittelung weigern, und nicht dazu bewegen, sondern alles auf den ledigen, und leydigen Fall selbst ankommen lassen, oder Unsere Fräuliche Allodial-Nachkommenschaft der obbestimmten Verordnung und vorgeschriebenen Verzicht, gerichtlich oder aussergerichtlich, sonderbar mit thätiger Hand, oder dergleichen Anschlägen selbst oder durch fremde Beihülf widerstreben, und Unsere zur Ruhe und Frieden abzielende Landesväterliche Absicht zu zernichten trachten, auf solch unerwarteten Fall solle weder ein noch dem andern Theil an denen im gegenwärtigen Traktat Ihnen zu guten bestimmten Vortheilen, und von seiner Erbschaft, so sie bei nicht vorhandener Disposition ab intestato sonsten an sich bringen könnten, lediglich nichts zu Theil werden, sondern solche den Erbverbrüderten Landes-Nachfolgern gänzlich und eben als ob in deren Favor wirklichen also disponirt worden wäre, und dannoch im übrigen auf der Conservation sämmtlicher unbeweglicher Güter verharret, verfolglich zu dessen Bewirkung von einem Theil aus Uns, dem andern kräftige Hand geleistet und zeitlicher Vorschub geboten werden.

Eilftens: Behalten Wir Uns und Unsern Nachfolgern die Befugniß ausdrücklichen bevor über Unsere eigene nova Acquisita sowohl Mobilia als Immobilia frey und auf eine so verbindete Art disponiren zu können, daß, unter was immer für einen Vorwand, hiervon nichts abgeändert, sondern Unserer Disposition von Wort zu Wort nachgekommen, und der Inhalt dieses Traktats selbsten niemals zum Anlaß genommen werden solle, Unsere hierinfalls gemachte Verordnung zu alteriren, oder anders auszulegen, als es der klare Buchstab auszeiget. Im Fall Wir oder Unsere Nachfolgers aber, in Unsern Lebenszeiten, mit solch Unsern eigenen Immobilibus, novis Acquisitis, Namentlich und sonderheitlichen nicht disponiren würden, alsdann sollen dieselben unter Unserer übrigen Allodialschaft auch nicht begriffen, sondern ipso facto für wirkliche mit denen bonis avitis konsolidierten Stücke geachtet und angesehen werden, und dieser Erbeinungs-Verbindlichkeit einverleibet werden.

Zwölftens: Um auch diese Erbeinung in beständig wesentlicher Wirkung und Gedächtniß zu erhalten, und bey jeder Regierungs-Abwechselung gleichsam zu erneuern, auch zu Einpfropfung zuneiglicher Landmannschaft zwischen Unsern Erbvereinigten Unterthanen, sowohl gegen ihre wirklich regierenden, und anwarthenden Landes-Fürsten, als unter sich selbsten, haben Wir Uns wegen gemeinschaftlicher Eventual-Huldigung dahin unterredet, daß künftig bey jeder Erb- und Landes-Huldigung Unsere Stände und Unterthanen, neben den neuangehenden Landes-Fürsten gleich dem andern erbverbrüderten Hause, jedoch sämmtlichen übrigen Agnatis ejusdem Lineae an ihren Vorrechten und successiven Erbfolgs-Rang unschädlich und unhinderlich eventualiter mit denen Worten angeloben sollen: daß Sie zuförderst dem angehenden Landesfürsten und nach Abgang des männlichen Stammes seines ganzen Hauses, ingleichen eventualiter dem

nächstfolgend anwarthenden Landesfürsten der ältern Linie, nach dem Erstgeburt-Recht, und dem überlebend erbverbrüdert gesammten Hause treu, unterthänig und gewärtig seyn wollen und sollen, als getreuen Landes-Ständen und Unterthanen zustehet, welches bey dem nächsten Erfolg einer Landes-Huldigung mit denen Lands-Ständen gegen Versicherung der ihnen gebührenden Privilegien und Freyheiten zu unterhandeln und zum Erstenmal zum Vollzug zu bringen ist.

Wie Wir dann überhaupt, wann sich der Fall bey Uns oder Unsern Erben nähern würde, nichts ermangeln lassen wollen noch sollen, dem anwartenden Nachfolger in obbestimmter Maaß und Ordnung den Vorschritt zu Land und Leuten, vor allen andern fremden Ein- und Zudringungen zu erleichtern und die letztere nach Möglichkeit zu hintertreiben.

Dreyzehentens: Gleichwie es folglich nach ereigneten Falle in Ansehung der Allodial-Erben auf die Beschreibung und Anzeige der Mobiliar-Verlassenschaft, und dann auf die Berechnung und Auseinandersetzung der Landesfürstlichen Partikular-Schulden ankommt, welche aus der Massa allodiali vorzüglich und getreulich abzuführen sind; bringt es die gewöhnliche in Unsern Häusern beständig also beobachtete Ordnung mit sich, daß sowohl in diesen, als übrigen Dingen wegen einstweiliger Verwaltung und wirklicher Vertheilung der Allodial-Massa dem regierenden Landes-Nachfolger die erste Hand, als eine Folge der Landesfürstlichen Oberherrlichkeit nicht geweigert werde.

Welch alles dieselbe mit Zuziehung der Allodial-Erben nach Recht und Billigkeit auszurichten, und möglichen zu beschleunigen und wo sich wider Vermuthen Streit und Anstände, die sich gütlich nicht beylegen lassen, ereignen sollten, solche Fried- und Gerechtigkeit-liebende Biedermänner von Landsleuten zu Schiedsrichter niederzusetzen hat, wider welche weder ein noch der andere Theil eine rechtliche Ausstellung einzuwenden haben mag.

Vierzehntes: Damit aber die unter die Erbeinung begriffene Lande und Leute unveräußerlich in jedem Hause beysammen verbleiben und erhalten werden; Gleichwie in dem Pavischen und andern Hausverträgen schon darauf gedacht worden ist, auf die Fideicommiß- und Erbeinungs-Eigenschaft von selbst mit sich bringt, daß ausser den Nothfällen oder Verschaffung bessern Nutzens, weder Veräusserungen noch Verpfändungen Platz haben, so solle es auch künftig also beobachtet werden, und wenn ein Theil aus verstanden Ursachen veranlaßt oder gezwungen würde, dem andern Theil nicht nur das Verkauf-Recht, sondern auch der Einstandt gebühren, doch erstreckt sich die Meinung dieses Artikels auf die Landesfürstliche gemeine Handlungen mit ihren Land, Leuten und Unterthanen keineswegs, noch auf die Verträge und Receß, welche mit Nachbaren wegen strittigen Gränzen und Regalien oder dergleichen Gerechtsamen abgeschlossen worden und zum öftern vorfallen, es wäre dann, daß sie von einer sonderbaren Beträchtlichkeit wären, oder bey den unterhandelden Räthen solche Gefährten unterläuften, welche die erste Absicht blos vereiteln sollten. In diesem letztern Fall bleibt jedem Haus seiner Zeit die rechtliche Remedur von selbsten offen, wo unterdessen dergleichen nachbarliche Traktat und endliche Rezeß allein nach Gutbefinden zu freundvetterlichen Bezeugungen und nachrichtlichem Vernehmen einander communicirt werden mögen.

Fünfzehntens: Wegen dem Wittibsitz, welcher in Ansehung der überlebenden Frauen Fürstinnen vorzüglich in Bedacht zu nehmen ist, solle nicht nur dasjenige, was in Lebzeiten durch die Pakta dotalia nach eines jeden Hauses Herkommen bedungen worden, getreulich gehalten werden, und dem ablebenden Ehegemahl freystehen, denselben aus der Allodial-Massa nach Gefallen zu verbessern, sondern auch nach Befund der Umstände aus den Einkünften der Erbvereinigten Landen in soweit zu vermehren, als sich hieran kein nahmhaftes Uebermaß abnehmen läßt; zumahlen derglei-

chen Genuß ohnehin nur Leibs- und Lebenslänglich zu verreichen ist, und dem Land wiederum zurückfällt.

Dahero sollen auch die Anweisungen und Versicherungen auf unbewegliche Güter, anderer Gestalten nicht, als mit Vorbehalt der Landeshoheit und höchsten Regalien geschehen, und dem Land also vorgesehen werden, damit es niemalen von demselben zu einer Veräußerung kommen könne.

Sechszehntens: Im Fall eine ausgesteuerte fürstliche Prinzessin in ihren nach der Hand erfolgten Wittibstand aus erheblichen Ursachen in ihr Vaterland, um ihre übrige Lebenstage allda zuzubringen, zurückkehren wollte: Da versichet man sich beyderseits zu jedem Landes-Nachfolger, daß ihnen solches nicht abgeschlagen noch erschweret, sondern mit fürstlicher Wohnung und dergleichen geneigten Willen, wie den übrigen Frauen Wittiben in solcher Maaß begegnet werden solle, und wolle, als wenn es um eigene Töchter zu thun wäre.

Da Wir nun auf solche Weise nach Abgang ein oder des andern Hauses, Unsern Landen und Leuten, und der Aufrechthaltung Unseres gemeinsamen Geschlechtes, in den nothwendigsten Dingen vorgesehen zu seyn glauben; Also sollen und wollen Wir nicht nur selbsten bey dieser Erbeinungs-Erneuerung lebenslänglich verbleiben, sondern derselben als einem unwiderruflichen pragmatischen Hausgesetze unverbrüchlich nachleben, Unsere sämmtliche Erben und Nachkommen auf das Höchste ermahnet haben, dergestalten, daß dieselbe hiervon abzugehen weder Fug noch Macht haben, sondern hinwiederum verbunden seyn sollen, dasselbe in beständiger Wirkung und Verbindlichkeit zu erhalten, und dadurch die gemeinsamen Hausrechte nach dem Beyspiel Unserer Voreltern desto mehr zu festigen.

Im Fall sich aber hierinfalls einiger Zweifel oder Mißverstandt zutragen, oder in gewissen Nebendingen eine Aenderung und weitere Erläuterung nöthig seyn würde; So soll ein Theil allein ohne Vorwissen und Einwilligungen des andern nichts vorzunehmen befugt, sondern dergleichen einseitige Handlung nichtig und kraftlos seyn, mithin die Sache gemeinschaftlich, oder wo man sich nicht kürzlich in Güte mit einander verstehen könnte, durch gleiche Zusätze und Schiedrichter von solchen Landsleuten ausgetragen werden, welche ein wie dem andern Theil unbedenklich seynt.

Ueber welch gegenwärtigen, für Uns, Unsere Erben und Nachkommen, sämmtlichen Herzogen in Bayern und Pfalzgrafen bey Rhein, die da vermöge der gemeinschaftlichen Abkunft von einem Stammvater unter gleichem Schild, Nahmen und Stammen mit beständiger Blutsverwandschaft in ein Haus zusammen gehören, abgeschlossenen Haupt-Traktat, dann mehrmalen zwey gleichlautende Originalia verfasset und mit eigenhändiger Nahmens-Unterschrift, wissend und wohlbedächtlich unter Chur und fürstlichen Worten und Ehren an Eidesstatt bekräftiget, auch beyderseitige Unsere hohe Insiegel daran gelegt worden.

So geschehen München den 26. Febr. 1771.

Martens recueil des principaux traités. Tom. II. pag. 5.

---

§. 5.

Vertrag vom 19. Juny 1771. (puncto constituti mutui possessorii).

Von Gottes Gnaden Wir Maximilian Joseph, in Ober- und Niederbayern, auch der Obern Pfalz Herzog, Pfalzgraf bei Rhein, des heil. Römischen Reichs Erztruchseß und Churfürst, Landgraf zu Leuchtenberg rc. Und §. 5. Hausvertrag v. 1771.

Von Gottes Gnaden Wir Karl Theodor, Pfalzgraf bei Rhein, des Heil. Römischen Reichs Erzschatzmeister und Churfürst in Bayern, zu Jülich, Cleve und Berg Herzog, Fürst zu Mörs, Marquis zu Bergen Opzoom, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Mark Ravensberg, Herr zu Ravenstein rc. rc. bekennen für Uns und Unsere Erben, was gestalten Wir zu desto mehrerer Festhaltung Unserer im Jahr Siebenzehnhundert Sechs und Sechzig, und Siebenzehnhundert ein und Siebenzig erneuerten Haus-Union und Erbverbrüderung *), wie auch des wirklichen Vollzugs derselben und damit casu eveniente ein dritter mit anmaßlicher Possessions-Ergreifung das Prävenire zu spielen desto minder im Stande seyn mögte, Uns weiter miteinander dahin unterredet und einverstanden haben, daß

1. das constitutum possessorium auf alle und jede in dem pacto mutuae Successionis begriffene beiderseitige Lande und Besitzthümer zuvörderst Uns selbsten, und hiernächst auch allen darin eingeschlossenen Haus-Agnaten reciproce und eventualiter jedoch dergestalten hiermit eingeraumet seyn solle, daß solches zwar contra quemcunque tertium die volle Wirkung einer Compossession nach sich ziehen, inter compaciscentes aber so lang der im Haus-pacto begriffene beiderseitige Manns-Stamm dauert, zu gar keinen Gebrauch gegen einander dienen, folglich kein Theil dem andern bei seinem oder seiner Männlichen Descendenz-Lebzeiten, in den Regierungs- oder andern Geschäften, unter dem Vorwand des constituti einen Eingriff, Hinderniß und Einhalt erzeigen, oder sich im mindesten darin mischen; sondern nichtsdestoweniger ein jeder Theil ganz frei und ungesperrte Hand hierin haben und behalten solle; und weil auch

2. Der in den Gottes Händen stehende Successionsfall auf Unsere des Churfürsten von Bayern Seite dermal nur noch auf ein Paar Augen beruhet, mithin dieser von Gott zu verhütende Fall eine mehrere und zeitlichere Vorsorge erfordert, so ist ferner zwischen Uns abgeredt und beschlossen worden, daß all jene expeditiones, welche seiner Zeit zu Erlangung der natürlich und Solitarischen possession dienlich oder nöthig seyn mögten, gleich jetzo präparirt und hergestellt, sofort dahier in München dem Geheimen Raths-Kanzler, Freiherrn von Kreitmayr, oder da er den Fall nicht erlebt, nach seinem Tode also gleich einem andern vertrauten und beiderseits anständigen Substituto zur geheim und fleissigen Verwahr mit dem Anhang übergeben werden, daß derselbe, so bald nur der Fall sich ergibt, in instanti nicht nur die bis dahin in Blanco verbleibenden Data sammentlich schon in Bereitschaft liegender und mit der churfürstlichen eigenhändigen Unterschrift bezeichneter Expeditionen zu ersetzen, sondern auch solche durch einen hiesigen geheimen Secretarium unterzeichnen und unter dem größern geheimen Insiegel an die gehörige Ort ausfertigen und eilfertigst dahin überliefern zu lassen habe; damit die vorhin schon erlangte Possessio mere civilis durch den darauf erfolgend natürlichen Besitz nur desto mehr Kraft und auf diese Weise auch sein thätig und vollkommenes Wesen erreichen möge.

*) Man vergl. die vorstehenden §§. 3. und 4.

Urkundt dessen ist gegenwärtiges Instrument in duplo hierüber errichtet, und einem jeden compaciscirenden Theil ein Exemplar unter Unserer beiderseitigen Hand-Unterschrift und Siegels-Verdruckung zugestellet worden.

München den 19. Juny 1774.

Martens recueil des principaux traités T. II. pag. 294.

§. 6.

Accessions-Acte des Herzogs von Pfalzzweybrücken zu den Hausverträgen zwischen Churbayern und Churpfalz, von den Jahren 1766, 1771 und 1774.

§. 7. Accessions-Urkunde des Herzogs v. Pfalz-Zweybrücken zu den Hausverträgen von 1766, 1771 u. 1774.

Von Gottes Gnaden Wir Carl der Zweyte, Pfalzgraf bey Rhein, in Bayern, zu Jülich, Cleve und Berg Herzog etc. fügen hiemit zu wissen, nachdeme zwischen Weyl. Ihre der Herrn Churfürsten in Bayern Maximilian Josephs Liebden Höchstsel. Andenkens, und Unsers freundlich vielgeliebt und hochgeehrten Herrn Oheims des Herrn Churfürsten zu Pfalz, Carl Theodors Gnaden und Liebden in Gefolg der zwischen beyden Haupt-Aesten des Pfalz-Bayerischen Gesammt-Hauses errichteten uralten Stamm-Haus und Erbverträge, Einigungen, Fidei-Kommissarischen Dispositionen, und des sich darauf gründenden ohnwandelbaren Herkommens, wie solches seit mehrern Jahrhunderten sowohl in beyden Haupt-Aesten des Churhauses Pfalz und Bayern überhaupt, als in einem jeden der beyden Haupt-Aeste insonderheit, in Ansehung der Fidei-Kommissarischen Sukzession beobachtet worden, auch des Heil. Römischen Reichs Verfassung, Grundgesetzen, Lehen- und Sukzessions-Rechten gänzlich angemessen ist, sich aus wahrer deutsch-patriotischer Gesinnung, zu Erhaltung Friede und Eintracht, und damit Unser Uraltes Chur- und fürstliches Haus fernerhin, und zumalen bey sich nach göttlichen Willen ereignenden gänzlichen Abgang eines der beyden Haupt-Aeste im Mannsstamm bey seinem Wesen und Würden verbleiben, und dem heil. Reich stattlich zu dienen im Stand seyn möge, entschlossen, alle alte und darauf gefolgte Stamm- und Erbverträge, Haus-Unionen, Pakta, Testamentarische und andere Verordnungen, vor die Hand zu nehmen, auf das genaueste zu untersuchen und zu erwägen, so fort nach deren Anhandgebung ein deutliches, vollständiges und ausgiebiges Paktum und Hausgesetz zu gänzlicher Abschneidung aller erregt werden mögenden Zweifel, und dem Sinn der altväterlichen Verordnungen zuwiderlaufender Auslegungen, zur beständigen Norm vor sich und alle ihre Nachkommen, Pfalzgrafen bey Rhein und Herzogen in Bayern zu errichten, solch heilsames, gottgefälliges, dem Heil. Röm. Reich zur Ehre und Unterstützung, dem Pfalzbayerischen Gesammthaus aber zu Aufrechthaltung seiner wohl hergebrachten Rechte, Wesen und Würden gereichendes Werk auch wirklich mittelst der zwischen Eingangs Höchstgedachter beyder Herrn Churfürsten respektive höchstseeligen Liebden auch Gnaden und Liebden errichteten Verträgen von denen Jahren 1766 [a]) 1771 [b]) und 1774 [c]), zu Stand gekommen, sofort nach Vorschrift derselben auf erfolgten tödlichen Hintritt Ihro des Herrn Churfürsten zu Bayern Liebden hochseeligen Gedächtniß von Unsers Herrn Oheims des Herrn Churfürsten zu Pfalz Gnaden und Liebden, mehrern Inhalts Höchstdero gedruckten Patentes de dato München den 30. Dezember

---

a) Man vergl. den vorstehenden §. 3.

b) Man vergl. den vorstehenden §. 4.

c) Man vergl. den vorstehenden §. 5.

1777 a) die Possession aller von des Höchstseeligen Herrn Churfürsten Liebden verlassener Lande und Leute, als wahren und einigen Stamms- und Fidei-Commiß-Erben, rechtmäßig ergriffen, Ihro Gnaden und Liebden auch in solcher Qualität von Uns, als dermaligen nächsten Stamms-Agnaten geziemend anerkannt worden; daß wir zu noch mehrerer und ausdrücklicher Bezeugung, wasmassen wir nur ersagte erneuerte Hausverträge von denen Jahren 1766, 1771 und 1774 ihren ganzen Inhalt genehmigen, nöthig erachtet haben, denselben annoch förmlich, wie hiermit geschiehet, zu akzediren. Genehmigen dahero sothane Hausverträge d. 1766, 1771 und 1774 in allen ihren Punkten und Clausuln, gar nichts ausgenommen, vor Uns, unsere fürstl. Erben und Nachkommen und alle Agnaten des Pfälzischen Hauses und treten denenselben hierdurch förmlich, feyerlich, mit gutem Vorbedacht und rechtem Wissen, wie es denen Rechten nach am kräftigsten und beständigsten geschehen kann oder mag, und eben so verbindlich bey, als wann Wir allen bey deren Errichtung gepflogenen Handlungen in Person beygewohnet und selbige gleich anfänglich mit beliebt und abgeschlossen hätten, versprechen auch solche auf das heiligste zu beobachten, und so viel an Uns ist, nicht zu gestatten, daß darwider gethan oder gehandelt werde. Zu dessen Urkund haben Wir gegenwärtigen Accessions-Act eigenhändig unterschrieben und Unser geheimes Insiegel vordrucken lassen.

Geschehen Zweybrücken, den 8. März 1778.

Martens recueil des principaux traités. T. II. pag. 585.

§. 7.

Vertrag zwischen Churpfalz und Pfalzzweybrücken vom 13. May 1779.

Suivant la demande de Son Altesse Sérénissime Electorale Palatine et de Son Altesse Sérénissime le Duc des Deux-Ponts pour la garantie des pactes de famille de Leurs maisons des Années 1766, 1771 et 1774, les hautes Puissances contractantes du Traité de paix b) de même que les hautes Puissances mediâtrices ayant bien voulû garantir les dits pactes, Leurs Altesses sont convenues de la manière la plus formelle, et la plus obligatoire, de les observer, exécuter; et de n'y contrevenir en aucunne manière. §. 7. Vertrag zwischen Churpfalz u. Pfalzzweybrücken v. J. 1779.

Les Ratifications du présent Acte seront échangées en cette ville de Teschen dans le même terme, que celles du Traité de paix et des Conventions.

a) Man vergl. den nachstehenden §. 8.

b) Man vergl. den Art. VIII. des Teschner-Friedens, welcher lautet, wie folgt:

Les hautes Puissances contractantes et médiatrices du présens traité sont convenues de garantir, et garantissent formellement à toute la Maison Palatine, et nommément à la ligne de Birckenfeld les Traités et pactes de famille de 1766, 1771 et 1774 autant qu'ils sont conformes au Traité de Paix de Westphalie, et qu'il n'y est pas dérogé par les cessions faites par le présent Traité et Convention; ainsi que l'acte signé aujourd'hui entre le Sérénissime Electeur Palatin et Mr. le Duc des Deux-Ponts sur l'observation et l'exécution de leurs susdits pactes de famille, lequel est annexé au présent Traité, et censé en faire partie, comme s'il y étoit inseré mot à mot.

Kaiserliches Kommissionsdekret an die Reichsversammlung in Regensburg den Teschner-Frieden betr.

En foi de quoi nous soussignés Ministres plenipotentiaires avons signé en vertu de nos Pleinpouvoirs le présent Acte separé et y avons fait apposer le cachet de nos Armes.

Fait à Teschen le treize Mai mil sept cent soixante et dix-neuf.

Das kaiserliche Kommissionsdekret an die Reichsversammlung zu Regensburg den Teschner-Friedensschluß betr. Regensburg bei Neubauer.

b. Faktische Wiedervereinigung der Churpfalz mit Bayern.

§. 8.

Besitzergreifungs-Patent der Pfalzbayerischen Länder von Seiner churfürstlichen Durchlaucht Karl Theodor.

§. 8. Regierungs-Antritt Sr. churfürstlichen Durchlaucht Carl Theodors 1777.

Entbiethen Männiglich unsern Gruß, und Gnade bevor. Demnach der allmächtige ewige Gott, seinem unerforschlichen Rathe und Willen nach, den Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Maximilian Joseph, in Ober- und Niederbaiern, auch der Oberpfalz Herzogen, Pfalzgrafen bey Rhein, des Heil. Röm. Reichs Erztruchsessen und Churfürsten, Landgrafen zu Leuchtenberg, Unsern freundlich geliebtesten Herrn Vetter, aus dem zergänglichen in das ewige, zweifels ohne, glückselige Leben zu übersetzen beschlossen, und sich der Fall hiermit ereignet hat, wodurch Uns nicht nur die erledigte Chur, und das Erztruchsessen-Amt sammt der Oberpfalz nach dem Innhalte des westphälischen Friedensschlußes [a]), sondern auch alle übrigen nachgelassene Lande, sowohl Eigen als Lehen, in Kraft der gemeinen Reichslehenrechten, dann der güldenen Bulle, und in Unserm, von einem gemeinschaftlichen Stammvater abspressenden Gesamthaus, Pfalz und Bayern, gleich bey der ersten Abtheilung zu Pavia errichteten, seithero mehrfältig wiederholten, und noch letzthin in annis 1766 [b]), und 1771 [c]) bestättigten, und erneuerten Erb-Verbrüder- und mutuellen Successions-Ordnung, anfällig geworden sind; Wir auch oben derwegen schon in Lebzeiten hochermeldten Churfürstens Liebden auf allen seinen, in dem Pacto mutuae Successionis begriffenen Landen und Besitzthümern, mittels dessen durch einen besondern Vertrag de anno 1774 [d]) eingeraumten Constituti possessorii, die Compossessionem civilem erlanget, und dahero auch die natürlich und solitarische Possession nunmehr zu ergreifen, und die wirkliche Regierung in obermeldten Landen anzutretten, desto minderen Anstand genommen haben.

Als wollen Wir Uns zu sammentlichen Ständen, und Landsässen, Civil- und Militär-Bedienten, Unterthanen und Inwohnern, wessen Standes, Würde, oder Wesens sie in gedachten Landen immer seyn mögen, gnädigst und gänzlich versehen, daß Sie Uns von nun an für ihren rechtmäßigen und einzigen Landes Herrn so willig, als schuldigist erkennen, unverbrüchige Treue, und unweigerlichen Gehorsam, auch, sobald Wir es von Ihnen fordern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten, sofort sich in allen Stücken, wie es fromm- und christlichen

---

a) Man vergl. den weiter unten folgenden §. 9. dieser Abth.

b) Man vergl. den vorstehenden §. 3.

c) Man vergl. den vorstehenden §. 4.

d) Man vergl. den vorstehenden §. 5.

Unterthanen gegen ihre von Gott vorgesetzte Landesherrschaft und Obrigkeit gebühret, gegen Uns zu bezeigen, nicht ermangeln werden.

Wir versprechen, und versichern dagegen, daß Wir ihnen, sammt und sonders, Unsere landesväterliche Huld, Gnade, und Vorsorge, und Beschirmung angedeihen lassen, dieselbe bey ihren wohl hergebrachten Rechten, Freyheiten, Privilegien, und Begnadigungen schützen, und erhalten, solche wiederum bestättigen, und erneuern, keineswegs darwider handeln, oder andern etwas dergleichen gestatten, sohin die gemeine Wohlfahrt nach allen Unsern Kräften zu befördern, äußerst bemühet, und geflissen seyn wollen.

Damit aber auch die Regierungsgeschäfte durch obigen Todfall, und Unsere dermalig persönliche Abwesenheit, zum Schaden und Nachtheile des gemeinen Wesens, weder in Unterbruch, noch Verwirr- und Unordnung verfallen, sondern in ihrem unverrückten Gange verbleiben mögen; so ist Unser gnädigster Befehl, daß sammtliche Kollegien, Departements, Stationen und Aemter ihre Verrichtungen in statu quo, bis auf weitere Verordnung, einsweilen provisorio modo gebührend und ordentlich fortsetzen, sohin bey den Kollegien die Expeditionen zwar von nun an unter Unserm obigen Titel und Namen erlassen, die alte Sigille aber so lang, bis die neue allenthalben verfertiget sind, noch beybehalten werden sollen.

Und ob Wir wohl die Huldigungspflicht bey Unsern Ständen, Landsässen und Unterthanen bis zu völliger Berichtigung der Art und Weise, wie solche geschehen solle, noch ausgestellet seyn, sohin es diesfalls lediglich bey obverstandener Generalanweisung und Verordnung dermal bewenden lassen; so wollen Wir doch, daß Uns sammentliche, sowohl Civil- als Militärbediente, gleich nach der Publikation gegenwärtigen Patens, ohne mindesten Verschub auf gewöhnliche Weise eingepflichtet werden; wobey doch die Beamte, welche weder hier in loco, noch in den Regierungsstädten wohnen, zur Ersparung der beschwerlichen Reisekösten, theils weil sie sich zu gleicher Zeit von ihren Aemtern nicht wohl entfernen könnten, ihre Pflicht einsweilen nur schriftlich, unter eigner Handunterschrift, und Fertigung, jedoch längst inner zweymal 24 Stunden, a die publicationis vel notitiae, zu Unserm geheimen Rathe anhero einschicken, und dieses die nämliche Wirkung haben solle, als wenn es mittels eines leiblichen Eides geschehen wäre.

Wir verlassen Uns, es werde sich hierin nicht nur Niemand widersetzen, sondern vielmehr Jedermann diese Unsere gnädigste und gerechteste Verordnung als ein sichtig- und überzeugendes Merkmal der für Unsere Lande und Leute tragend huldreichesten Vorsorge mit schuldigstem Danke erkennen, sohin auch derselben treugehorsamst nachzukommen sich allerwegen angelegen seyn lassen a).

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 30. Dezember 1777.

Meyrische Verordnungs-Sammlung v. J. 1781. Bd. I. S. 376.

---

a) Ueber die wiederholte Trennung der Churpfalz von Bayern nach dem Lüneviller Frieden v. J. 1801 sind die weiter unten folgenden §§. 13 und 14, dann über die theilweise Wiedervereinigung der Churpfalz mit Bayern nach dem Pariser-Frieden v. J. 1814. die ebenfalls weiter unten folgenden §§. 42, 43, 44, 50, 51 und 52 gegenwärtiger Abtheilung zu vergleichen.

Dritter Titel.

Gebietsveränderungen im Vollzuge der seit dem Jahre 1648 geschlossenen wichtigern Friedens-, Bundes- Ländertausch- und Gränzverträge.

I. Münster'scher Friedens-Vertrag vom 24. Oktober 1648.

§. 9.

§. 9. Münster'scher Frieden.

In nomine S. S. et Individuae Trinitatis, Amen!

Notum sit universis et singulis, quorum interest, aut quomodolibet interesse potest. Postquam a multis Annis orta in imperio Romano dissidia, motusque Civiles eo usque increverunt, ut non modo universam Germaniam, sed et aliquod finitima Regna, potissimum vero Galliam ita involverint, ut diuturnum et acre exinde natum sit bellum. Primo quidem inter Serenissimum ac Potentissimum Principem ac Dominum Dn. *Ferdinandum II.* electum Romanorum Imperatorem semper Augustum, Germaniae, Hungariae, Bohemiae, Dalmatiae, Croatiae, Sclavoniae Regem, Archi-Ducem Austriae, Ducem Burgundiae, Brabantiae, Styriae, Carinthiae, Carniolae, Marchionem Moraviae, Ducem Luxemburgiae, Superioris ac Inferioris Silesiae, Würtembergae et Teckae, Principem Sueviae, Comitem Habspurgi, Tyrolis, Kyburgi et Goritiae, Marchionem S. Rom. Imperii, Burgoviae, ac Superioris et Inferioris Lusatiae, Dominum Marchiae Sclavonicae, Portus Naonis et Salinarum etc. inclitae memoriae, cum suis Foederatis et Adhaerentibus ex una: Et Serenissimum ac Potentissimum Principem ac Dominum, Dominum *Ludovicum XIII.* Galliarum et Navarrae Regem Christianissimum, inclitae memoriae, ejusque Foederatos et adhaerentes ex altera parte: Deinde post eorum e vita decessum, inter Serenissimum et Potentissimum Principem et Dominum, Dominum *Ferdinandum III.* electum Romanorum Imperatorem semper Au-

Im Namen der Hochheiligen unzertheilten Dreifaltigkeit, Amen!

Zu wissen sey allen und jeden, welchen solches nöthig, oder daran gelegen seyn mag. Nachdem die im Heil. Römischen Reich von vielen Jahren hero entstandene Spaltungen, und innerliche Kriege, so weit eingerissen, daß sie nicht nur gantz Teutschland, sondern auch etliche benachbarte Königreiche bevorab Frankreich, an den Reyhen gezogen, daß danneuhero ein langwährender und stark eingerissener Krieg entstanden. Und erstlich zwar zwischen dem Allerdurchleuchtigsten, Großmächtigsten Fürsten und Herrn Herrn Ferdinando dem Andern, erwehlten Römischen Kaiser, zu allen Zeiten Mehrern deß Reichs, in Germanien, Hungarn, Böhmen, Dalmatien, Croatien, Sclavonien König, Ertzhertzogen zu Oesterreich, Hertzogen zu Burgund, Brabant, Steyer, Kärndten, Crain, Marggrafen in Mähren, Hertzogen zu Lützelburg, Ober- und Nieder-Schlesien, Würtemberg und Teck, Fürsten in Schwaben, Grafen zu Habspurg, Tyrol, Kyburg und Görtz, Landgrafen in Elsaß, Marggrafen deß Heil. Römischen Reichs, zu Burgau, in Ober- und Nieder Laußnitz, Herrn der Windischen Marck, zu Portenau und zu Salins ꝛc. glorwürdigster Gedächtniß, samt dero Bunds- und Anverwandten, am Einen: Und dann dem auch Durchleuchtigsten, Großmächtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Ludwigen dieses Namens dem XIII. zu Frankreich und Navarren Allerchristlichsten Könige, glorwürdigsten Andenkens, und desselben Bunds- und sonsten Angehörigen, Anders Theils: Nachgehends auf derselben

gustum Germaniae, Hungariae, Bohemiae, Dalmatiae, Croatiae, Sclavoniae Regem, Archiducem Austriae, Ducem Burgundiae, Brabantiae, Styriae, Carinthiae, Carniolae, Marchionem Moraviae, Ducem Luxemburgiae, Superioris ac Inferioris Silesiae, Würtembergiae et Teckae, Principem Sueviae, Comitem Habsburgi, Tyrolis, Kyburgi et Goritiae, Marchionem S. Romani Imperii, Burgoviae, ac Superioris et Inferioris Lusatiae, Dominum Marchiae Sclavonicae, Portus Naonis et Salinorum, etc. cum suis Foederatis et Adhaerentibus ex una: Et Serenissimum ac Potentissimum Principem ac Dominum, Dominum *Ludovicum XIV.* Galliarum et Navarrae Regem Christianissimum, ejusque foederatos et Adhaerentes ex altera parte: unde multa sanguinis Christiani effusio, cum plurimarum Provinciarum desolatione secuta est; Tandem Divina Bonitate factum esse, ut annitente Serenissima Republica Veneta, (cujus Consilia difficillimis Christiani Orbis temporibus publicae saluti, et quieti nunquam defuere,) utrinque de Pace Universali suscepta sit cogitatio, in eumque finem ex mutua partium conventione, Hamburgi die 25. stylo novo, vel die 15. stylo veteri Decemb. An. Christi 1641 inita, constituta sit Dies 11. st. n. vel. 1. st. v. M. Julii An. Christi 1643 Congressui Plenipotentiariorum Monasterii et Osnabrugis Westphalorum instituendo: Comparentes igitur statuto tempore et loco utrinque legitime constituti Legati Plenipotentiarii, a parte quidem Imperatoris, Illustrissimi et excellentissimi Domini, Dn. Maximilianus Comes a Trautmannsdorff et Weinsberg, Baro in Gleichenberg, Neostadii ad Cocrum, Negau, Burgau et Totzenbach, Dominus in Teinitz, Eques Aurei Velleris, Consiliarius secretus, et Camerarius Sac. C. Maj. ejusque Aulae supremus Praefectus: Dominus Joannes Ludovicus Comes a Nassau, Catzenelenbogen, Vianden et Dietz Dn. in Beilstein, Consil. Secretus Imperatoris, et Au-

tödtlichen Hintritt, zwischen dem auch Allerdurchleuchtigsten und Großmächtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Ferdinando dem dritten, erwehlten Römischen Kaiser, zu allen Zeiten Mehrern des Reichs in Germanien, zu Hungarn, Böhmen, Dalmatien, Croatien, Sclavonien Könige, Ertzhertzogen zu Oesterreich, Hertzogen zu Burgund, Brabant, Steyer, Kärndten, Crain, Marggrafen in Mähren, Hertzogen zu Lützelburg, Ober- und Nieder-Schlesien, Würtemberg und Teck, Fürsten in Schwaben, Grafen zu Habspurg, Tyrol, Kyburg und Görtz, Marggrafen des Heil. Röm. Reichs zu Burgau, Ober- und Nieder-Laußnitz, Herrn der Windischen Mark zu Portenau und zu Salins rc. samt dero Bunds- und Anverwandten. Eins: Und dem auch Durchleuchtigsten Großmächtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Ludwigen, dem XIV., zu Franckreich und Navarren Allerchristlichsten König, auch desselben Bunds- und sonst Angehörigen Anders Theils. Dannenhero viel Christliches Blut-Vergiessungen sammt vieler Länder Verwüstungen erfolget. Endlich aber durch Verleihung göttlicher Gnaden es dahin kommen, daß durch Vermittelung der Durchleuchtigsten Herrschaft Venedig, (an welcher guten, zu dero gemeinen Wolfart und Beruhigung gerichteten Rahtschlägen, auch bei den allergefährlichsten der Christenheit Läufften es niemalen ermangelt) beiderseits auf einen allgemeinen Frieden bedacht, und zu solchem Ende, auf beiderseits Belieben, zu Hamburg am 25. Neues, oder am 15. altes Decembris, im Jahr Christi 1641 der 11. Tag Neues Calenders, oder der erste Tag, nach dem Calender im Monat Julio, im Jahr Christi 1643. der Gevollmächtigten Zusammenkunfft zu Münster und Osnabrück in Westphalen benennet, angesetzt und bestättigt worden. Als nun zu bestimmter Zeit und Ort beiderseits wohlverordnete Gevollmächtigte Gesandten erschienen, und zwar auf Seiten der Röm. Kais. Maj. die Hochgeborne Herren, Herr Maximilian Graf von Trautmannsdorf und Weinsperg, Freiherr zu Gleichenberg, Neustadt am

rei Velleris Eques: Dn. Isaacus Volmarus J. U. D. Sereniss. Domini Archiducis Ferdinandi Caroli Consiliarius, ejusque Camerae Praeses: A parte vero Regis Christianissimi, Celsissimus Princeps Dn. Henricus de Orleans, Dux de Longueville et de Estouteville, Princeps et Supremus Comes de Newschastel, Comes de Dunois et de Tancarville, Conestabilis haereditarius Normandiae, ejusdemque Provinciae Gubernator, et locum tenens Generalis, 100 Cataphractorum Equitum Dux, et Ordinum Regiorum Eques ect. Illustrissimi item ac Excellentissimi Domini, Dn. Claudius de Mesmes, Comes de Avaux, dictorum Ordinum Commendator, unus ex Praefectis aerarii Regii et Regni Gallici Minister, ect. Et Dominus Abel Servient, Comes de la Roche, des Aubiers, etiam unus ex Regni Gallici Ministris, etc. interventu et opera illustrissimi et Excellentissimi Legati Senatorisque Veneti, Domini Aloysii Contareni, Equitis, qui Mediatoris munere procul a partium studio totos bene 5. annos impigre perfunctus est, post invocatum Divini Numinis auxilium mutuasque Plenipotentiarum tabulas (quarum apographa sub finem hujus instrumenti de verbo ad verbum inserta sunt) rite commutatas, praesentibus, suffragantibus et consentientibus Sac. Rom. Imperii Electoribus, Principibus ac Statibus ad Divini Numinis gloriam, et Christianae Reipublicae salutem in mutuas pacis et amicitiae leges consenserunt, et convenerunt tenore sequenti:

Cocher, Regau, Burgau und Totzenbach, Herr zu Teinitz, Ritter deß gülden Flüß, Römisch Kais. Maj. geheimter Rath und Kämmerer und deroselben Oberhofmeister: Herr Johann Ludwig Graf zu Nassau, Katzenelnbogen, Vianden und Dietz, Herr zu Beilstein, Röm. Kais. Majestät geheimter Rath, und Ritter deß gülden Flüß: Herr Isaac Vollmar, beider Rechten Doktor, deß Durchleuchtigsten Herrn Erzherzogs Ferdinandi Caroli Rath, und dessen Kammer-Präsident: Auf Seiten aber deß Allerchristlichsten Königs, der Durchleuchtigste Fürst, Herr Heinrich von Orleans, Hertzog von Longueville und Estouteville, Fürst und höchster Graf von Neukastell, Graf von Dunois und Tankarville, Erb Conestabel in Normandy, und derselben Provintz Gubernator, General-Leutenant, über 100 Curassir Reiter Obrister, und der Königl. Orden Ritter, rc. wie auch die Hochgeborne Herren, Herr Claudius de Mesmes, Graf von Avaux, besagter Orden Commenthur, der Königl. Schatzkammer Verwalter, und der Cron Frankreich Minister rc., und Herr Abel Servient, Graf von Roche und Aubiers, auch einer der Cron Frankreich Minister rc., ist durch Vermittelung und Unterbauung deß auch Hochgebornen Herrn Herrn, Aloysii Contareni, Abgesandten, und deß Raths der Herrschaft Venedig Ritters, welcher beynahe fünff gantzer Jahr lang die Stelle eines Mittlers allerdings unpartheyisch und unverdrossen versehen und geführet, nach Anruffung Göttlichen Beistands, und ordentlicher Auswechselung beiderseits gevollmächtigten Gewalt-Brieffen (welcher Copeyen zu Ende gegenwärtigen Instruments von Wort zu Wort eingeführet werden), in Anwesenheit, Genehmhaltung und Mitbewilligung deß Heiligen Röm. Reichs Chur-Fürsten und Ständen, zu Göttlichen hochheiligen Nahmens Ehre, und Nutze der gantzen Christenheit, allerseits Fried- und Freundschafft gestiftet, und folgender Massen verglichen worden. Nemlich:

(Art. I.)

1. Pax sit Christiana, universalis et perpetua, veraque et sincera Amicitia inter Sacram Majest. Caesaream et Sacr. Majest. Christianissimam, nec non inter omnes et singulos Foederatos et Adhaerentes dictae Majestatis Caesareae, Domum Austriacam eorumque Haeredes et Successores, praecipue vero Electores, Principes et Status Imperii ex una: et omnes et singulos foederatos dictae Majestatis Christianissimae, eorumque Haeredes et Successores. Inprimis Serenissimam Reginam, Regnumque Sueciae ac respective Electores, Principes, Statusque imperii ex altera parte. Eaque ita sincere serioque servetur et colatur ut utraque pars alterius utilitatem, honorem ac commodum promoveat, omnique ex parte, et Universi Romani Imperii cum Regno Galliae, et vicissim Regni Galliae cum Romano Imperio fida vicinitas et secura studiorum Pacis atque amicitiae cultura revirescant et reflorescant.

(Art. I.)

1. Es sey ein Christlicher, allgemeiner, immerwährender Friede und wahre, aufrichtige Freundschaft, zwischen der Römischen Kais. Majestät und der Allerchristlichsten Majestät, als auch zwischen allen und jeden Bundsgenossen und Angehörigen besagter Kaiserl. Majestät, dem Hause Oesterreich, und derselben Erben und Nachfolgern, fürnemlich aber denen Chur-Fürsten und Ständen deß Heil. Römisch-Reichs an Einem: Auch allen und jeden besagter Allerchristlichsten Majestät Bunds-Verwandten und derselben Erben und Nachfolgern: fürnemlich der Durchläuchtigsten Königin und Cron Schweden; auch respective Churfürsten und Ständen deß Heiligen Römischen Reichs, am andern Theil. Und soll dieselbe dergestalt aufrichtig und ernstlich gehalten und respectirt werden, daß ein Theil deß andern Nutzen, Ehr und Frommen befördere, und allerseits zwischen dem gantzen Römischen Reiche mit der Cron Frankreich, und der Cron Frankreich mit dem Römischen Reiche eine treue Nachbarschaft und sichere Friedens- und Freundschaffts-Begängnisse wieder herfür grüne und blühe.

(Art. II.)

2. Sit utrinque perpetua oblivio et Amnestia omnium eorum, quae ab initio horum motuum, quocunque loco modove, ab una vel altera parte ultro citroque hostiliter facta sunt, ita, ut nec eorum nec ullius alterius rei causa vel praetextu alter alteri posthac quidquam hostilitatis aut inimicitiae, molestiae vel impedimenti, quoad personas, statum, bona vel securitatem, per se vel per alios, clam aut palam, directe vel inderecte, specie juris aut via facti, in Imperio, aut uspiam extra illud, non obstantibus ullis prioribus pactis in contrarium facientibus, inferat, vel inferri faciat, aut patiatur, sed omnes et singulae hinc inde tam ante bellum quam in bello, verbis, scriptis aut factis illatae injuriae, violentiae, hostilitates, damna, expensae absque omni personarum re-

(Art. II.)

2. Es seye beyderseits eine ewige Vergessenheit und Aufhebung alles dessen, so von Anbegin dieser Unruhe an Orten und Enden, auch Weise und Wege, von einem oder andern Theil hin und wieder feindlich fürgangen. Also, daß weder unterm Schein desselben, noch eines andern Dings halben, ein Theil dem andern etwas unfreund- oder feindliches, auch widriges und verhinderliches, betreffend die Personen, Stand, Güter und Sicherheit, durch sich oder durch andere, heimlich oder öffentlich, in geraden oder Nebenweg, unterm Schein Rechtens, oder gewaltthätig, im Heiligen Römischen Reich, oder irgendswo, ausserhalb desselben, ungehindert aller vorigen zuwider lauffenden Verträgen, zufüge, oder zufügen lasse und gestatte; Sondern alle und jede hin und her, so wohl für- als im Krieg, mit Worten, Schrifften, oder Thät-

rumve respectu, ita penitus abolitae sint, ut quidquid eo nomine alter adversus alterum praetendere posset, perpetua sit oblivione sepultum.

lichkeiten, zugefügte Injurien, Gewaltthaten, Feindlichkeiten, Schäden, Unkosten, ausser einigem der Personen, und Sachen Respect, sollen dergestalt gefallen und gäntzlich getilget seyn, daß alles dasjenige, was solcher massen ein Theil gegen den andern suchen möchte, in Ewigkeit vergessen und begraben sey.

3. Et ut eo sincerior amicitiae mutuae securitas inter Imperatorem, Regem Christianissimum, Electores, Principes et Status Imperii posthac servetur, (salvo assecurationis articulo infra descripto) alter alterius hostes praesentes aut futuros nullo unquam titulo vel praetextu, vel ullius controversiae bellive ratione, contra alterum armis, pecunia, milite, commeatu aliterve juvet, aut illis copiis, quas contra aliquem hujus Pacificationis consortema quocunque duci contigerit, receptum, stativa, transitum indulgeat.

3. Und damit desto aufrichtiger beiderseits Freundschafft und Sicherheit zwischen der Röm. Kais. Majestät dem Allerchristlichsten Könige, Churfürsten und Ständen deß Heiligen Röm. Reichs, erhalten werde, (vorbehältlich dessen zu Ends bemeldten Versicherungs-Punkten) so soll kein Theil deß andern Feinden, gegenwärtigen oder zukünfftigen, unter einigem Schein oder Praetext, oder unter einiger Strittigkeit oder Kriegs-Ursach, wider den andern mit Waffen, Geld, Volk, Proviant, oder anders Vorschub thun, oder einigen Völkern, so gegen denen diesem Friedensschlusse zugethanen von einem geführt werden möchten, einigen Unterschleiff, Quartier, oder Durchzug verstatten.

(Art. III.)

Circulus quidem Burgundicus sit, maneatque membrum Imperii, post controversias inter Galiam Hispaniamque sopitas, hac Pacificatione comprehensas. Bellis tamen in eo vertentibus, nec Imperator, nec ullus Imperii Status se immisceat. In futurum vero, si inter ea Regna controversiae oriantur, firma semper maneat inter universum Imperium et Reges Regnumque Galliae, de mutuis hostibus non juvandis, supra dictae reciprocae obligationis necessitas; singulis tamen Statibus liberum sit, huic illive Regno, extra Imperii limites suppetias ferre; non tamen aliter, quam secundum Imperii Constitutiones.

(Art. III.)

Es soll zwar der Burgundische Krayß seyn und bleiben ein Glied des Heil. Röm. Reichs, nachdem die Strittigkeiten zwischen den Kronen Frankreich und Hispanien werden beygelegt, und in diesem Friedensschluß begriffen seyn. Bey annoch währendem Kriege aber, soll weder die Römisch. Kais. Majestät, oder einiger Stand deß Röm. Reichs, sich nicht einmischen. Ins künftige aber, da zwischen beiden Reichen Strittigkeiten entstünden, soll zwischen dem gantzen Röm. Reich, denen Königen und Cron Frankreich, obangeregter Abrede und Obligation gemäß, beyderseits Feinden keinen Vorschub zu thun, steiff und fest verbleiben; Jedem Stand aber frey stehen, diesem oder jenem Reich, ausserhalb deß Römischen Reichs Gräntzen, Hülfe zu leisten; jedoch anderer Gestalt nicht, als denen Reichs-Satzungen gemäß.

(Art. IV.)

4. Controversia Lotharingica vel arbitris utrinque nominandis submittatur, vel Tractatu Gallo-Hispanico, vel alia amicabili via componatur, liberumque sit tam Imperatori, quam Electoribus, Principibus et Statibus Imperii ejus compositionem amicabili interpositione, aliisque pacificis officiis juvare ac promovere, non tamen armis et bellicis mediis.

(Art. IV.)

4. Die Lotharingische Sache soll entweder beiderseits benahmsten Schiedsleuten untergeben, oder in Frantzösischen und Hispanischen Traktaten, oder auf andere freundliche Wege verglichen werden. Und soll auch so wol der Röm. Kais. Majestät als Chur-Fürsten und Ständen deß Röm. Reichs dessen Vergleichung mittelst freundlicher Unterhaltung, und andern gütlichen Mitteln, jedoch ausser Waffen, um Kriegs-Prozeß zu befördern und zu suchen frey stehen.

(Art. V.)

5. Juxta hoc Amicitiae mutae et universalis Amnestiae fundamentum, universi et singuli Sacri Romani Imperii Electores, Principes, Status (comprehensa immediata Imperii nobilitate) eorumque Vasalli, Subditi, Cives et Incolae, quibus occassione Bohemiae, Germaniaeve motuum, vel Foederum hinc inde contractorum, ab una vel altera parte aliquid praejudicii aut damni quocunque modo vel praetextu illatum est, tam quoad Dictiones et Bona Feudalia, Subfeudalia et Allodialia, quam quoad dignitates, immunitates, Iura et Privilegia restituti sunto plenarie in eum utrinque Statum in Sacris et Profanis, quo ante destitutionem gavisi sunt, aut jure gaudere potuerunt, non obstantibus, sed anullatis quibuscunque interim in contrarium factis mutationibus.

(Art. V.)

5. Nebenst diesem beyderseits auf gute Freundschafft und allgemeine Amnesti begründetem Fundament, sollen alle und jede deß Heil. Röm. Reichs Chur-Fürsten, Stände (die ohnmittelbare freye Reichs-Ritterschaft mit eingeschlossen) und deren Lehnleute, Unterthanen, Bürger und Innwohner, welchen, aus Veranlassung der Böhmischen und Teutschen Unruhe, oder der hin- und wieder enstandenen Bündnissen, von einer oder andern Parthey ichtwas Nachtheils oder Schaden, unter einigem Praetext oder Schein, zugefügt worden wäre, sowol was anlanget die Landschafften, Lehen, Affterlehen, und eigenthümliche Güter, als Ehre, Würden, Freyheit, Recht und Gerechtigkeit, in den Stand, in Geistlichen und Weltlichen Sachen, in welchem sie sich für der Entsetzung und Destitution befunden oder mit Recht befinden mögen, vollkömmlich wieder eingesetzt werden: ohngehindert immittelst aller deme entgegen fürgegangenen Veränderungen, so hiemit cassirt sind.

6. Quod si restituendorum Bonorum et Jurium Possessores exceptionibus se justis munitos existimaverint, eae quidem restitutionem neutiquam impedient, hac tamen peracta, coram competenti Judice examinentur et discutiantur.

6. Falls auch die Besitzerbe derjenigen Güter und Gerechtigkeiten, so restituirt werden sollen, sich mit genugsamen Grund gefaßt zu seyn erachten würden, so sollen jedoch selbige die Restitution oder Wiedereinsetzung keineswegs behindern, es mögen aber solche, nach beschehener Restitution, für ordentlichem Richter examinirt und erörtert werden.

7. Et quamvis ex hac praecedenti regula generali facile dijudicari possit, qui et

7. Und obwoln aus dieser vorgehenden gemeinen Regul leicht zu urtheilen, welche, und

quatenus restituendi sint tamen ad instantiam aliquorum de quibusdam gravioris momenti causis, prout sequitur, specialiter mentionem fieri placuit, ita tamen, ut qui expresse non nominati vel expuncti sunt, propterea pro omissis vel exclusis non habeantur.

wie weit sie wieder in den vorigen Stand zu setzen seyen; So ist jedoch, auf etlicher Anhalten, von etlichen wichtigen Sachen, als folgt, sonderbare Anregung zu thun, beliebet worden, jedoch dergestalt, daß welche nicht ausdrucken- lich benennt, oder aufgehoben seyn, derentwegen nicht für ausgelassen oder ausgeschlossen gehalten werden sollen.

8. Cum Arrestum, quod mobilibus ad Principem Electorem Trevirensem spectantibus, et in Ducatum Luxemburgensem translatis, Imperator per Concilium Provinciale antehac imponi curavit, relaxatum quidem et abolitum, attamen ad quorundam instantiam iterum renovatum, insuper etiam sequestrum Praefecturae Bruch ad Archi-Episcopatum, et medietati Dominii Sancti Joannis, ad Joanum Rheinhardum de Soeteren spectanti, a praefato Concilio interdictum est concordatis inter Electoratum Trevirensem et Ducatum Burgundiae publica imperii interventione Anno Millesimo quingentesimo quadragesimo octavo Augustae Vindelicorum erectis repugnet, conventum est, ut praedictum Arrestum et Sequestrum a Concilio Luxemburgensi, quantocius tollatur, dicto Domino Electori bona sua, Praefectura et Dominium, tam Electoralia, quam Patrimonialia, una cum fructibus sequestratis relaxentur et tradantur, ac si quid forte amotum fuerit, reponatur, pleneque atque integre restituatur, impetrantibus ad Judicem Principis Electoris in Imperio competentem, pro obtinenda juris et justitiae administratione, remissis.

8. Demnach der Arrest, welcher auf die, dem Churfürsten zu Trier zuständige, und ins Hertzogthum Lützelburg überbrachte Mobilien, von der Röm. Kais. Majestät vermittelst des Landgerichts angelegt worden, zwar aufgehoben und gefallen, jedoch auf etlicher Anhalten hinwiederum erneuert worden: Ueber dieses die Sequestration deß Amts Bruch, so zum Ertzstifft, und mittelbaren Dominio zu St. Joannis, gehörig, und Johann Reinhard von Söteren zuständig, von besagter Landsversammlung angeleget ist: denen zwischen Chur, Trier und dem Hertzogthum Burgund, im Jahr 1548 durch öffentliche deß Heiligen Röm. Reiches Vermittelung, zu Augspurg aufgerichten Accorden zuwider läuft. So ist verglichen, daß vorbesagte Arrest und Sequestration von dem Lützelburgischen Landgerichte ehestens aufgehoben, gedachtem Herrn Churfürsten seine Mobilien, Amt und Jurisdiction, sowol Churfürstliche als Patrimonial-Güter, samt den bekummerten oder sequestrirten Abnutzungen eröffnet und erstattet, und da ichtwas darvon entkommen, solches wieder ersetzt, gantz und völlig gut gemachet werden solle, mit dem Beding, daß hiemit die Herren Impetrantes an deß H. Churfürsten im Röm. Reiche ordentlichen Richter, um Erhaltung Rechtlicher Gebühr und Execution, verwiesen seyn sollen.

9. Quod autem ad Castra Ehrnbreitstein et Hammerstein attinet, Imperator tempore et modo infra in Articulo Executionis definitis, praesidia inde deducet, aut deduci curabit, illaque Castra in manus Domini Electoris Trevirensis, ejusdemque Capituli Metropolitani pari potestate pro Imperio et Electoratu custodienda tradet, quo nomine

9. So viel aber die Vestungen Ehrenbreitstein und Hammerstein betrifft, wird die Röm. Kais. Majestät auf Zeit und Maß, als hierunden bei dem Executions-Puncten, geschlossen, die Besatzungen abführen lassen, und selbige Festungen in Handen deß Herrn Churfürsten zu Trier, und dessen Thum Kapituls, um zu gesammter Hand solche für das Röm. Reich,

et Capitaneus et novum praesidium ibi ab Electore constituendum, juramento fidelitatis pro ipso ejusque Capitulo pariter obstringi debebunt.

und das Churfürstenthum zu bewahren, stellen. Welchem nach so wol der Capitain, als neue, vom Herrn Churfürsten förders bestalte Besatzung dem Herrn Churfürsten, und dessen Capitul, zugleich die Pflicht leisten sollen.

10. Deinde vero Causam Palatinam Conventus Monasteriensis et Osnabrugensis eo deduxit, ut ea de re jam diu moto lis dirempta sit modo sequenti. a)

10. Nächst diesem hat die Pfältzische Sache der Convent zu Münster und Osnabrück dahin gebracht, daß die darüber für längst erregte Strittigkeit auf folgende Weiß beigelegt worden.

---

a) Der hier einschlagende fast ganz hiemit übereinstimmende Art. IV. §. 1 bis §. 23 inclus. des Osnabrücker Friedens lautet wörtlich wie folgt:

Articulus IV.

§. 1. Et quamvis ex hac praecedenti regula generali facile dijudicari possit, qui et quatenus restituendi sint, tamen ad instantiam aliquorum de quibusdam gravioris momenti causis, prout sequitur, specialiter mentionem fieri placuit, ita tamen, ut qui expresse non nominati vel expuncti sunt, propterea pro omissis vel exclusis non habeantur.

§. 2. Ante omnia vero causam Palatinam Conventus Osnabrugensis et Monasteriensis eo deduxit, ut ea de re jam diu mota lis dirempta sit modo sequenti.

§. 3. Et primo quidem qnod attinet domum Bavaricam, dignitas electoralis, quam Electores Palatini ante hac habuerunt, cum omnibus regaliis, oficiis, praecedentiis, insigniis, et juribus quibuscunque ad hanc dignitatem spectantibus, nullo prorsus excepto, ut et Palatinatus superior totus, una cum Comitatu Cham. cum omnibus eorum appertinentiis, regaliis ac juribus, sicut hactenus, ita et imposterum maneant penes Dominum Maximilianum, Comitem Palatinum Rheni, Bavariae Ducem, ejusque liberos totamque Lineam Guilhielmianam, quam diu masculi ex ea superstites fuerint.

§, 4. Vicissim Dominus Elector Bavariae pro se, haeredibus ac successoribus suis totaliter renunciet debito tredecim millionum, omnique praetensioni in Austriam superiorem, et statim a publicata pace omnia instrumenta desuper obtenta Caesareae Majestati ad cassandum et annullandum extradat.

§. 5. Quod ad Domum Palatinam attinet, Imperator cum Imperio publicae tranquillitatis causa consentit, ut vigore praesentis conventionis institutus sit Electoratus octavus, quo Dominus Carolus Ludovicus, Comes Palatinus ejusque heredes et agnati totius Lineae Rudolphinae, juxta ordinem succedendi in Aurea Bulla expressum, deinceps fruantur. Nihil tamen juris, praeter simultaneam investituram, ipsi Domino Carolo Ludovico aut ejus successoribus ad ea, quae cum dignitate Electorali Domino Electori Bavariae totique Lineae Guilhielmianae attributa sunt, competat.

§. 6. Deinde, ut inferior Palatinatus totus cum omnibus et singulis Ecclesiasticis et secularibus bonis, juribusque et appertinentiis, quibus ante motus Bohemicos Electores Principesque Palatini gavisi sunt, omnibusque documentis, regestis, rationariis, et caeteris actis huc spectantibus, eidem plenarie restituantur: Cassatis iis, quae in contrarium acta sunt, idque autoritate Caesarea effectum iri; ut neque Rex Catholicus, neque ullus alius, qui exinde aliquid tenet, se huic restitutioni ullo modo opponat.

11. Et primo quidem quod attinet Domum Bavaricam, Dignitas Electoralis, quam Electores Palatini ant chac habuerunt, cum

11. Und zwar fürs Erste, belangend das Haus Bayern, soll die Churfürstliche Dignität, welche die Churfürsten Pfalzgrafen hiebevor

---

§. 7. Cum autem certae quaedam praefecturae Stradae Montanae, antiquitus ad Electorem Moguntinensem pertinentes, anno demum millesimo quadringentesimo sexagesimo tertio, pro certa pecuniae summa Palatinis cum pacto perpetuae reluitionis impignoratae fuerint: ideo conventum est, ut hae Praefecturae penes modernum dominum Electorem Moguntinensem, ejusque in Archiepiscopatu Moguntinensi successores permaneant, dummodo pretium pignorationis sponte oblatum, infra terminum executioni conclusae pacis praefixum, parata pecunia exsolvat, lacteris que, ad quae juxta tenorem literarum oppignorationis tenetur, satis faciat.

§. 8. Electori quoque Trevirensi tanquam Episcopo Spirensi, Episcopo item Wormatiensi, jura, quae praetendunt in bona ecclesiastica, intra Palatinatus inferioris territorium sita, coram competenti judice prosequi liberum esto, nisi de his inter utrumque Principem amice conveniatur.

§. 9. Quod si vero contigerit lineam Guilhielmianam masculinam prorsus deficere superstite Palatina, non modo Palatinatus superior, sed etiam dignitas Electoralis, quae penes Bavariae Duces fuit, ad eosdem superstites Palatinos interim simultanea investitura gavisuros redeat, octavo tunc Electoratu prorsus expungendo; Ita tamen Palatinatus superior hoc casu ad palatinos superstites redeat, ut haeredibus allodialibus Electoris Bavariae actiones et beneficia, quae ipsis ibidem de jure competunt, reservata maneant.

§. 10. Pacta quoque gentilitia inter domum Electoralem Heidelbergensem et Neoburgicam, a prioribus Imperatoribus super Electorali successione confirmata, ut et totius lineae Rudolphinae jura, quatenus huic dispositioni contraria non sunt, salva rataque maneant.

§. 11. Adhaec si quae feuda Juliacensia aperta esse competenti via juris evictum fuerit, ea Palatinis evacuentur.

§. 12. Praeterea, ut dictus dominus Carolus Ludovicus aliquatenus liberetur onere pro spiciendi fratribus de appenagio, Caesarea Majestas ordinabit, ut dictis suis fratribus quadringenta Imperialium thalerorum millia intra quadriennium ab initio anni venturi millesimi sexcentesimi quadragesimi noni numerandum expendantur, singulisque annis centena millia solvantur, una cum annuo censu, quinque de centum computatis.

§. 13. Deinde tota domus Palatina cum omnibus et singulis, qui ei quocunque modo addicti sunt, aut fuerunt, praecipue vero ministri, qui ei in hoc conventu aut alias operam suam navarunt, ut et omnes Palatinatus exules, fruantur amnestia generali supra descripta, pari cum caeteris in ea comprehensis jure, et hac transactione singulariter in puncto gravaminum plenissime.

§. 14. Vicissim dominus Carolus Ludovicus cum fratribus Caesareae Majestati obedientiam et fidelitatem sicut caeteri Electores, Principesque Imperii, praestet, ac insuper Palatinatui superiori pro se et haeredibus suis, tum ipse, tum ejus fratres, donec ex linea Guilhielmiana haeredes legitimi et masculi superfuerint, renuncient.

§. 15. Cum autem de ejusdem Principis viduae matri, sororibusque praestando victalitio, et dote constituenda mentio injiceretur, pro benevolo Sacrae Caesareae Majestatis

omnibus Regaliis, Officiis, Praecedentiis, Insigniis et Juribus quibuscunque ad hanc dignitatem spectantibus, nullo prorsus excepto, ut et Palatinatus Superior totus, una cum Comitatu Cham, cum omnibus eorum appertinentiis, Regaliis ac Juribus, sicut hactenus, ita et in posterum maneant penes Dominum Maximilianum Comitem Palatinum Rheni, Bavariae Ducem, ejusque Liberos,

gehabt, sammt allen Regalien, Offizien, Praecedentien, Wapen und Gerechtigkeiten, so viel deren zu dieser Dignität gehörig, gäntzlich nichts ausgenommen, als auch die gantze Ober-Pfaltz samt der Graffschafft Cham, nebenst allen dazu angehörigen Regalien und Gerechtigkeiten, wie bißdahero also auch hinfüro, Herrn Maximiliano Pfaltzgrafen bey Rhein, Hertzogen in Bayern, dessen Erben und der gantzen Wilhel-

---

in domum Palatinam affectu, promissum est, dictae viduae matri pro victalitio semel pro semper viginti thalerorum Imperialium millia, singulis autem sororibus dicti domini Caroli Ludovici, quando nuptum elocatae fuerint, dena thalerorum Imperialium millia, nomine suae Majestatis exsolutum iri. De reliquo vero ipsis idem Princeps Carolus Ludovicus satisfacere teneatur.

§. 16. Comites in Leiningen et Daxburg saepe dictus dominus Carolus Ludovicus ejusque Successores in Palatinatu inferiori nulla in re turbet, sed jure suo a multis retro seculis obtento, et a Caesaribus confirmato, quiete et pacifice uti frui permittat.

§. 17. Liberam Imperii nobilitatem per Franconiam, Sueviam, et Tractum Rheni cum districtibus appertinentibus, in suo statu immediato inviolate relinquat.

§. 18. Feuda etiam ab Imperatore in Baronem Gerhardum de Waldenburg, dictum Schenkhern, Nicolaum Georgium Reigersberg, Cancellarium Moguntinum, et Henricum Brömser Baronem de Rüdesheim: Item ab Electore Bavariae in Baronem Joan. Adolphum Wolf, dictum Metternich, collata, rata maneant. Teneantur tamen ejusmodi vasalli domino Carolo Ludovico, velut domino directo, ejusque successoribus juramentum fidelitatis praestare, atque ab eodem feudorum suorum renovationem petere.

§. 19. Augustanae Confessionis consortibus, qui in possessione templorum fuerant, interque eos civibus et incolis Oppenheimensibus servetur status ecclesiasticus Anni millesimi sexcentesimi vicesimi quarti, caeterisque id desideraturis, Augustanae Confessionis exercitium, tam publice in templis ad statas horas, quam privatim in aedibus propriis, aut alienis ei rei destinatis, per suos aut vicinos verbi divini ministros peragere liberum esto.

§. 20. Princeps Ludovicus Philippus Comes Palatinus Rheni recuperet omnes ditiones, dignitates et jura in sacris et profanis, quae ipsi a majoribus ex successione et divisione ante tumultus bellicos obvenerunt.

§. 21. Princeps Fridericus Comes Palatinus Rheni quartam partem vectigalis Vilsbacensis, coenobium quoque Hornbach cum pertinentiis, quidquid juris parens ejus ante hac ibidem habuit ac possedit, recipiat respective retineat.

§. 22. Princeps Leopoldus Ludovicus Comes Palatinus Rheni restituatur penitus in comitatum Veldenz ad Mosellam, tam in ecclesiasticis quam politicis, contra omnia hactenus attentata, in eum, quo anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto ipsius parens fuit statum.

Neue Sammlung der Reichs-Abschiede vom Jahre 1552 bis 1654. Th. III. S. 578.

totamque Lineam Guilhelmianam, quamdiu masculi ex ea superstites fuerint.

12. Vicissim Dominus Elector Bavariae, pro se, haeredibus ac successoribus suis, totaliter renunciet debito tredecim Millionum, omnique praetensioni in Austriam Superiorem, et statim a publicata Pace omnia instrumenta insuper obtenta Caesareae Majestati ad cassandum et annullandum extradat.

13. Quod ad Domum Palatinam attinet, Imperator cum Imperio publicae tranquillitatis causa consentit, ut vigore praesentis Conventionis institutus sit Electoratus Octavus, quo Dn. Carolus Ludovicus Comes Palatinus Rheni, ejusque haredes et agnati totius Lineae Rudolphinae, juxta ordinem succedendi in Aurea Bulla expressum, deinceps fruantur, nihil tamen juris praeter simultaneam investituram ipsi Dn. Carolo Ludovico, aut ejus Successoribus, ad ea, quae cum dignitate Electorali Dn. Electori Bavariae totique Lineae Guilhelmianae attributa sunt, competat.

14. Deinde ut Inferior Palatinatus cum omnibus et singulis Ecclesiasticis et Secularibus bonis, juribus et appertinentiis, quibus ante motus Bohemicos Electores Principesque Palatini gavisi sunt, omnibusque Documentis, Regestis, rationariis et caeteris actis huc spectantibus, eidem plenarie restituantur, cassatis iis, quae in contrarium acta sunt, idque authoritate Caesarea effectum iri, ut neque Rex Catholicus, neque ullus alius, qui exinde aliquid tenet, se huic restitutione ullo modo opponat.

15. Cum autem certae quaedam Praefecturae Stradae - Montanae, antiquitus ad Electorem Moguntinensem pertinentes, Anno demum Millesimo, quadringentesimo sexagesimo tertio, pro certa pecuniae summa Palatinis, cum pacto perpetuae reluitionis

minischen Lini, so lang aus denselben Manns-Stamm am Leben seyn wird, verbleiben.

12. Dahingegen solle der Herr Churfürst in Bayern, für sich, seine Erben und Nachfolger gäntzlich verzeihen auf die dreyzehen Million Schuld, und allen Anspruch an Ober-Oesterreich: auch so bald, nach publicirtem Frieden, alle darüber erlangte Instrumenta der Römisch. Kaiserl. Majestät zu cassiren und zu annulliren, auslieffern.

13. So viel das Haus-Pfaltz betrifft, so thut die Römische Kaiserliche Majestät und das Reich, allgemeiner Beruhigung halber, einwilligen, daß in Krafft gegenwärtigen Vertrags, die achte Chur-Stelle verordnet werde: welche Herr Carl Ludwig, Pfaltzgrafe bey Rhein, dessen Erben, und Anverwandten der gantzen Rudolphischen Lini, vermög der in der gülden Bull fürgeschriebenen Successions-Ordnung, hinfüro geniessen möge; Es soll aber bemeldtem Herrn Carlen Ludwigen, oder dessen Successorn, von demjenigen, so dem Herrn Churfürsten in Bayern und der gantzen Wilhelmischen Lini conferirt worden, ausser der Mitbelehnung, kein Recht oder Anspruch zu statten kommen.

14. Solchem nach solle die gantze Unter-Pfalz, samt allen und jeden Geist- und Weltlichen Gütern, Rechten und Zugehörungen, welcher für der Böhmischen Unruhe die Chur-Fürsten Pfaltzgrafen genossen, mit zugleich allen Urkunden, Documenten, Registern und andern hierzu gehörigen Akten, Ihme völlig eingeraumt, und alles Widriges, so fürgelauffen, hiermit aufgehoben seyn, auch aus Kaiserlicher Authorität vollzogen werden: Dergestalt, daß weder die Königliche Majestät in Hispanien, noch jemands anders, welcher daraus etwas an sich gezogen, sich dieser Restitution auf einige Weise widersetze.

15. Indem aber etliche gewisse Aemter in der Bergstrassen, von Alters hero dem Chur-Fürsten zu Mayntz zuständig, endlich im Jahr 1463 für eine gewisse Summa Gelds, denen Pfaltzgrafen mit Beding und Vorbehalt der zu jederzeit vorbehalenen Ablösung verpfändet:

oppignoratae fuerint, ideoque conventum est, ut hae Praefecturae penes modernum Dominum Electorem Moguntinensem, ejusque in Archi-Episcopatu Moguntinensi Successores permaneant, dummodo pretium pignorationis sponte oblatum, intra terminum, executioni conclusae Pacis praefixum, parata pecunia exsolvat, caeterisque, ad quae juxta tenorem literarum oppignorationis tenetur, satisfaciat.

16. Electori quoque Trevirensi, tanquam Episcopo Spirensi, Episcopo item Wormatiensi, jura, quae praetendunt in Bona quaedam Ecclesiastica intra Palatinatus Inferioris Territorium sita, coram competenti Judice prosequi liberum esto, nisi de his inter utrumque Principem amice conveniatur.

17. Quod si vero contigerit Lineam Guilhelmianam Masculinam, prorsus deficere, superstite Palatina, non modo Palatinatus Superior, sed etiam dignitas Electoralis, quae penes Bavariae Duces fuit, ad eosdem superstites Palatinos, interim simultanea investitura gavisuros, redeat, Octavo nunc Electoratu prorsus expungendo. Ita tamen Palatinatus Superior hoc casu ad Palatinos superstites redeat; ut haeredibus allodialibus Electoris Bavariae actiones et beneficia, quae ipsis ibidem de jure competunt, reservata maneant.

18. Pacta quoque gentilitia inter Domum Electoralem Heidelbergensem et Neoburgicam, a prioribus Imperatoribus super Electorali successione confirmata, ut et totius Lineae Rudolphinae Jura, quatenus huic dispositioni contraria non sunt, salva rataque maneant.

19. Ad haec si quae Feuda Juliacensia aperta esse competenti via juris evictum fuerit, ea Palatinis evacuentur.

seynd, Hierum ist verglichen, daß diese Aemter bey dem itzigen Herrn Churfürsten zu Maynz, und dessen im Ertzstift Maynz Successoren, verbleiben sollen: Im Fall er nur das von selbsten angebotene Werth deß Pfandts, inner dem zur beschlossenen Friedens-Execution bestimmten Termins, mit paar Geld bezahlt: und dem andern, darzu er, vermög der Pfand-Verschreibung, angewiesen wird, im Genügen leistet.

16. Dem Herrn Churfürsten zu Trier, als Bischoffen zu Speyer, wie auch dem Bischoffen zu Worms, sollen die Rechtliche Ansprüche, so sie an die Geistliche in der Unter-Pfaltz Bottmässigkeit gelegene Güter führen, für ordentlichem Richter auszuführen frey stehen: dafern von ihnen kein gütlicher Vergleich vorgehet.

17. Da es sich aber zutrüge, daß der Wilhelmischer Lini Manns-Stamm gäntzlich abgienge, und die Pfältzische überbleibe, soll nicht allein die Ober-Pfaltz, sondern auch die Chur-Dignität, welche die Hertzogen in Bayern gehabt, an die übrigen oder nachlebende Pfaltzgrafen, so inmittelst der Mitbelehnung zu geniessen, dergestalt wieder zufallen, daß alsdann die Achte Churstelle gäntzlich aufgehebt werde. Jedoch solle auf diesem Fall, die Ober-pfaltz an die nachlebende Pfaltzgrafen gelangen, gleichwoln deß Churfürsten in Bayern Eigenthums-Erben ihre Actiones und Beneficia so ihnen der Orten von Rechtswegen gebühren, fürbehalten bleiben.

18. Die Stamm-Vereinigungen, so zwischen dem Hause Chur-Heydelberg und Neuburg, von vorigen Römischen Kaisern wegen der Churfürstlichen Succession bestättigt worden, wie auch der gantzen Rudolphischen Lini Rechtliche Ansprüche, so fern sie gegenwärtiger Verordnung nicht entgegen stehen, sollen an sich selbsten gültig und richtig verbleiben.

19. Ueber dieses, da etliche Gülchische Lehen offen stünden, und solches auf gebührende Rechtliche Wege erwiesen würde, sollen solche denen Pfaltzgrafen angewiesen werden.

20. Praeterea ut dictus Dominus Carolus Ludovicus aliquatenus liberetur onere prospiciendi Fratribus de appenagio: Caesarea Majestas ordinabit, ut dictis suis Fratribus quadringenta Imperialium Thalerorum millia, intra quadriennium, ab initio Anni venturi 1649 numerandum, expendantur, singulisque Annis 100,000 solvantur, una cum annuo censu 5. de 100. computatis.

21. Deinde tota Domus Palatina, cum omnibus et singulis, qui ei quocunque modo addicti sunt aut fuerunt, praecipue vero Ministri, qui ei in hoc conventu, aut alias operam suam navarunt, ut et omnes Palatinatus exules, fruantur Amnestia Generali supra descripta, pari cum caeteris in ea comprehensis jure, et hac transactione, singulariter in Puncto Gravaminum plenissime.

22. Vicissim Dominus Carolus Ludovicus cum fratribus Caesareae Majestati obedientiam et fidelitatem, sicut caeteri Electores Principesque Imperii, praestet, ac insuper Palatinatui Superiori pro se et haeredibus suis, tum ipse tum ejus Fratres, donec ex Linea Guilhelmiana haeredes legitimi et masculi superfuerint, renuncient.

23. Cum autem de ejusdem Principis Viduae Matri sororibusque praestando Victalitio et dote constituenda mentio injiceretur, pro benevolo Sacrae Caesareae Majestatis in Domum Palatinam affectu promissum est, dictae Viduae Matri pro Victalitio semel pro semper, viginti Talerorum Imperialium millia, singulis autem Sororibus dicti Domini Caroli Ludovici, quanto nuptum elocatae fuerint, dena Thalerorum Imperialium millia, nomine Suae Majestatis exsolutum iri de reliquo vero ipsis idem Princeps Carolus Ludovicus satisfacere teneatur.

24. Comites in Leiningen et Daxburg, saepe dictus Dominus Carolus Ludovicus ejusque Successores in Palatinatu Inferiori

20. Ferners, damit besagtem Herrn Carlen Ludwigen in etwas die Last, um für seine Brüder zu sorgen, erleichtert werde: Hierum will die Röm. Kais. Majestät verordnen, damit besagten seinen Brüdern 400,000 Reichsthaler innerhalb 4 Jahren, vom Eingang des künfftigen 1649 Jahrs anzurechnen, vergnügt, und jedes Jahrs 100,000 Rthlr. samt jährlichen Interessen 5 von 100 entrichtet werden.

21. Weiters soll das gantze Haus Pfaltz, sammt allen und jeden, welche demselben einigerley Weise zugethan seynd, oder gewesen, insonderheit aber diejenigen Ministri, so demselben bey gegenwärtigen Convent oder sonsten bedient, wie auch alle Pfältzische Exulanten, sollen der obbeschriebenen allgemeinen Amnesty fähig seyn. Auch mit andern so in derselben begriffen, gleichen Rechts und Vertrags geniessen: Massen in Puncto Gravaminum ausführlich versehen.

22. Hingegen soll der Herr Carl Ludwig sammt seinen Brüdern, der Röm. Kais. Majestät die Pflicht und Gehorsam, wie die übrige Churfürsten und Stände des Röm. Reichs leisten: und überdas wegen der Ober-Pfaltz, für sich und seine Erben, so wol er selbst, als seine Brüder, so lange von der Wilhelminischen Lini rechtmässige und männliche Erben übrig seyn werden, verzeihen.

23. Als aber wegen dessen Fürsten Frauen Mutter, als Wittiben, auch Schwestern Unterhalt, und Heyrathsgut, Meldung geschehen; So haben die Römisch Kais. Majestät zu Bezeugung dero gegen das Haus Pfaltz Gutthätigkeit, versprochen, besagter Frau Wittiben, wegen dero Unterhalt, eins für alles, zwanzigtausend Reichsthaler, jeglichen Schwestern aber gedachtes Herrn Karl Ludwigs, da sie zur Heyrath gelangten, zehntausend Reichsthaler, im Namen allerhöchstgedachter Kais. Majestät erlegen lassen. Im übrigen solle Herr Pfaltzgraf Carl Ludwig denselben ein Genügen leisten.

24. Die Grafen zu Leiningen und Daburg soll höchstgedachter Herr Carl Ludwig und dessen Nachfolger in der Unterpfaltz, in kei-

nulla in re turbet, sed jure suo a multis retro seculis obtento, et a Caesaribus confirmato, quiete ac pacifice uti frui permittat.

25. Liberam Imperii Nobilitatem per Franconiam, Sueviam, et Tractum Rheni, cum districtibus appertinentibus, in suo statu immediato inviolate relinquat.

26. Feuda etiam ab Imperatore in Baronem Gerhardum de Waldenburg, dictum Schenkheren, Nicolaum Georgium Reigersberg Cancellarium Monguntinum, et Henr. Brömbser Baronem de Rüdesheim: Item, ab Electore Bavariae, in Baronem Joannem-Adolphum Wolff, dictum Metternich collata, rata maneant, teneantur tamen ejusmodi Vasalli Domino Carolo Ludovico, velut Domino directo ejusque Successoribus Juramentum fidelitatis praestare, atque ab eodem Feudorum suorum renovationem petere.

27. Augustanae Confessionis Consortibus, qui in possessione Templorum fuerant, interque eos Civibus et Incolis Oppenheimensibus, servetur Status Ecclesiasticus Anni millesimi sexcentesimi vicessimi quarti, caeterisque id desideraturis Augustanae Confessionis Exercitium, tam publice in Templis ad statas horas, quam privatim in Aedibus propriis, aut alienis ei rei destinatis, per suos aut vicinos Verbi Divini Ministros peragere liberum esto.

28. Paragraphi: Princeps Ludovicus Philippus, etc. Princeps Fridericus, etc. et Princeps Leopoldus Ludovicus, etc. hic eodem modo inserti intelligantur, prout in Instrumento Caesareo-Suecico continentur. a)

29. Controversia, quae vertitur inter Episcopos respective Bambergensem et Herbipolensem, ac Marchiones Brandenburgicos,

ner Sache betrüben: sondern sie ihres, von Alters hero üblich hergebrachten, und von Kaisern zu Kaisern bestättigten Rechts geruhiglich und friedlich geniessen lassen.

25. Die freye Reichsritterschaft durch Franken, Schwaben und am Rheinstrom, samt denen darzu gehörigen Landschafften, soll er in ihrem ohnmittelbaren Stande unbekränkt lassen.

26. Diejenigen Lehen auch, so die Röm. Kais. Majestät dem Freyherrn Gerharden von Waldenburg genannt Schenkherrn, Niclas Georg Reicherspperger, Chur-Mayntzischem Cantzler, und Heinrich Brömser, Freyherrn von Rüdesheim, wie nicht wenigers der Herr Churfürst in Bayern dem Freyherrn Johann Adolph Wolffen, genannt Metternich, confirmirt und übergeben haben, sollen demselben verbleiben. Hingegen aber sollen gedachte Vasali Herrn Carlen Ludwigen, als ordentlichem Lehenherrn, und dessen Successorn die gewöhnliche Pflichte leisten, und bey demselben ihrer Lehen Erneuerunge suchen.

27. Der Augspurgischen Confessions-Verwandten, welche Kirchen inngehabt, und unter andern, den Bürgern und Innwohnern zu Oppenheim, sollen selbige, so viel die Kirchen belangt, in dem Stand, in welchem sie im Jahre 1624 gestanden, gelassen werden. Den übrigen aber, so der Augspurgischen Confession Exercitium so wol öffentlich in Kirchen, zu gewissen Zeiten und Stunden, als Privat und eigenen oder andern zu dem Ende bestimmten Wohnhäusern, entweder durch ihrige oder benachbarte Pfarrherrn, zu gebrauchen begehren, soll solches frey und offen stehen.

28. Diejenige Artikul, nemlich Pfaltzgraf Ludwig Philipps, rc. Pfaltzgraf Friedrich, rc. und Pfaltzgraf Leopold Ludwig, rc. sollen gleichfalls als dieses Orts mit eingeführt, verstanden werden; Allermassen in dem Kaiserlichen und Schwedischen Instrument befindlich. a)

29. Die Strittigkeit, so zwischen den Bischoffen respektive Bamberg und Würtzburg, und den Herrn Marggrafen zu Culmbach und

a) Man vergl. oben die §§. 20, 21, 22 in der Note zum 20ten Absatze.

Culmbachi et Onoltzbachi de Castro, Oppido, Praefectura et Monasterio Kitzingen in Franconia ad Maenum, aut amicabili compositione aut summario Juris processu terminetur intra biennium, sub poena, perdendae praetensionis imponenda tergiversanti, interim dictis Dominis Marchionibus restituatur nihilominus fortalitium Wiltzburg in eum statum, qui tempore traditionis descriptus fuit, ex conventionel et promisso.

Onolzbach, wegen deß Schlosses, Stadt, Amt und Kloster, Kitzingen, in Franken am Mayn, sich enthält, solle entweders vermittelst gütlichen Vertrags oder summarischen Rechtlichen Prozesses, innerhalb zweyer Jahrs-Friste, geendigt werden: bey Straff und Verlierung deß Anspruchs, so dem aufziehenden Theil aufzubürden. Immittelst soll bemeldtem Herren Marggrafen nichts desto wenigers die Vestung Wiltzburg in den Stand, welcher zur Zeit der Einnahm beschrieben sich befindet, vermög Vertrags und Zusag, gesetzt und restituirt werden.

30. Conventio inita circa alimenta Domini Christiani Wilhelmi Marchionis Brandenburgici huc repetita censeatur; prout continetur Articulo decimo quarto Instrumenti Caesario-Suecici. a)

30. Die Vergleichung, so wegen Herrn Christian Wilhelmen, Marggrafen zu Brandenburg, getroffen, soll allhie Platz haben: Massen solche in dem Kaiserlichen Schwedischen Instrument a), am 14. Artikul befindlich.

31. Rex Christianissimus tempore et modo inferius definitis circa deductionem praesidiorum, restituet Duci Würtembergico Civitates et fortalitia Hohentwiel, Schorndorff, Tübingen, aliaque omnia loca sine ulla reservatione, quae in Ducatu Würtembergico praesidiis suis tenet. In reliquis Paragraphus: Domus Würtembergica etc. sicut in Instrumento Caesareo Suecico a) insertus est; hic insertus intelligatur.

31. Der Allerchristlichste König wird auf Zeit und Weise, als unten benannt, nebenst Abführung der Besatzungen, dem Hertzogen zu Würtemberg, wieder einraumen die Städte, und Vestungen, Hohentwyl, Schorndorf, Tübingen und alle andere Plätze, ohne Vorbehalt: welche Er im Hertzogthum Würtemberg mit Volk besetzt hat. In übrigen der Artikel, das Haus Wurtemberg, rc. wie solcher im Kaiserlichen und Schwedischen Instrument a) einverleibt, soll auch dieses Orts als eingerückt verstanden seyn.

32. Principes quoque Würtembergici Lineae Montpelgardensis restituantur in omnes suas Ditiones in Alsatia vel ubicunque sitas, et nominatim in duo Feuda Burgundica. Clerval et Passavant, et ab utraque parte redintegrentur in eum statum, jura et praerogativas, quibus ante initium horum bellorum gavisi sunt.

32. Die Fürsten auch zu Würtemberg Mompelgardischer Lini sollen restituirt werden in alle ihrige im Elsaß gelegene Landschaften, und benanntlich in beide Burgundischen Lehen, Clerval und Passavant. Und sollen von beiderseits in den Stand, Gerechtigkeit und Freyheiten, welcher sie für Eingang dieser Kriegen genossen, restituirt werden.

33. Fridericus Marchio Badensis et Hochbergensis, ejusque Filii et Haeredes, cum omnibus, qui iisdem quocunque modo inservierunt, aut adhuc dum inserviunt, cujuscunque nominis aut conditionis sint, gaudeant et fruantur supra Articulo secundo et tertio descripta Amnestia cum omnibus suis Clausulis et Beneficiis, ejusque vigore restituantur plenissime in eum statum in Sacris et Profanis,

33. Marggraf Friederich zu Baden und Hochberg, auch dessen Söhne und Erben, samt allen denen welche ihnen einigerley Weise bedient sind, wessen Namens oder Stands sie auch wären, sollen fähig seyn und geniessen der droben am andern und 3 Artikul beschriebenen Amnestie, samt allen dero Clausuln und Beneficien, vermög welcher Herr Georg Friedrich Marggraf zu Baden und Hochberg, so viel

a) Man vergl. die neue Sammlung der Reichs-Abschiede. Th. III. S. 514. fg.

in quo ante exortos Bohemiae motus fuit Dominus Georgius Friedericus Marchio Badensis et Hochbergensis, quo ad Marchionatum Inferiorem Badensem, qui vulgo sub appellatione Baden-Durlach venit. Itemque quoad Marchionatum Hochbergensem, tum etiam quoad Ditiones Röttellen, Badenweiler et Sausenberg, non obstantibus, sed annullatis quibuscunque interim in contrarium factis mutationibus.

Deinde restituantur Marchioni Friderico Praefecturae Stein et Renchingen, absque onere aeris alieni interea temporis a Marchione Guilielmo contracti, ratione fructuum, interesse, aut sumptuum per transactionem Ettlingae anno Domini 1629 initam, dicto Guilielmo Marchioni Badensi cessae, cum omnibus juribus, Documentis Literariis, aliisque pertinentiis, ita ut tota illa actio sumptuum, ac fructum perceptorum et percipiendorum, cum omni damno et interesse, a tempore primae occupationis numerando, sublata et penitus extincta sit. Annua quoque pensitatio ex Marchionatu Inferiori Marchionatui Superiori pendi solita, virtute praesentium penitus sublata, annullata et annihilata sit, nec eo nomine quicquam vel de praeterito, vel de futuro, imposterum unquam praetendatur vel exigatur; Alternetur etiam in posterum inter utramque Lineam Badensem, Inferioris scilicet et Superioris Marchionatus Badensis Praecedentia et Sessio in Comitiis et Circuli Suevici, aliisque universalibus vel particularibus Imperii, aut quibuscunque Conventibus, pro nunc tamen eadem praecedentia penes Marchionem Fridericum, dum superstes erit, permanente.

34. De Baronatu Hohengeroltzeck conventum est, ut si Domina Principissa Badensis praetenta sua jura in dicto Baronatu Documentis Authenticis sufficienter probaverit, restitutio statim post latam desuper sententiam fiat cum omni causa omnique

die Unter-Marggrafſchafft Baden, ſo insgemein Baden-Durlach genannt wird, betreffen thut, ſoll völliglich wieder geſetzt werden, ſo wol in Geiſtlichen als Weltlichen, in denjenigen Stand, worinn er für erſtandener Böhmiſchen Unruhe ſich befunden. Jngleichen ſolle es gehalten werden mit der Marggrafſchafft Hochberg, als auch mit den Röttelen, Badenweiler und Sauſenberg, ungehindert der immittelſt entgegen lauffenden Aenderungen, ſo hiemit aufgehoben: Nächſt dieſem ſollen Marggraf Friedrichen wieder eingeraumt werden die Aemter Stein und Renchinchen, auſſer der bishero von Marggraf Wilhelmen gemachten Schuldenlaſt, betreffend die Abnutzung, Intereſſen oder Unkoſten, ſo vermög zu Ettlingen im Jahr 1629 getroffenen Vertrags, beſagtem Marggraf Wilhelmen zu Baden, mit allen Gerechtigkeiten, briefflichen Documenten und andern Zugehörungen, übergeben worden, daß alſo dergeſtalt alle Forderungen der Unkoſten und Abnützungen, ſamt allem Schaden und Intereſſe, von Zeiten der erſten Einnahm anzurechnen, aufgehoben und gäntzlich todt ſeyn. Es ſollen auch, Kraft dieſes, die jährliche Penſionen, ſo aus der Unter-Marggrafſchafft der Ober-Marggrafſchafft entrichtet worden, gäntzlich abgeſchafft und caſſirt ſeyn, und derentwegen nichts weiters von dem Vergangenen, oder Künfftigen hinfüro geſucht noch begehret werden. Es ſoll auch die Präcedentz ins Künftig zwiſchen beyden Badiſchen Linien, der Unter- und Ober-Marggrafſchafft Baden, wie auch die Seſſion bey den Reichs-Tägen und Schwäbiſchem Krayß, auch andern ſo wol allgemeinen deß H. Röm. Reichs, als particular Conventen alternirt und wechſelweiſe beobachtet werden. Jedoch daß dieſer Zeit beſagte Präcedentz oder Vorſitz Herrn Marggraf Friedrich, ſo lange er am Leben iſt, verbleibe.

34. Wegen der Freyherrſchafft Hohengeroltzeck iſt verglichen, auf den Fall die Frau Marggräfin zu Baden ihren Rechtlichen Zuſpruch an beſagte Baronat mit beglaubten Urkunden zu Genügen erweiſen wird, ſo ſoll die Wiedereinräumung hierüber ergangenem Urtheil,

jure vigore documentorum competenti. Cognitio autem haec finiatur a die publicatae Pacis intra biennium. Nullae denique actiones, transactiones vel exceptiones generales vel speciales clausulae in hoc Instrumento Pacis comprehensae, (quibus omnibus per expressum et in perpetuum vigore hujus derogatum sit) ab una vel altera parte ullo unquam tempore contra hanc specialem conventionem allegentur vel admittantur.

cum omni causa omnique jure, vermög der Documenten alsobald geschehen. Und diese Erörterung aber solle innerhalb zweyen Jahren, von Zeit des publicirten Friedens fürgehen: Und sollen endlich keine Handlungen, Verträge oder Vorbehaltungen, so wol allgemeine als sonderliche, in gegenwärtigem Friedens-Instrument befindliche Clausulae (welche insgesamt ausdrücklich, und auf Ewig, Kraft dieses sollen ungültig seyn) an einer oder andern Seiten zu einiger Zeit hinfüro, gegen diesen Special-Vergleich angezogen oder gestattet werden.

35. Paragraphi: Dux de Groy etc. Quod controversiam Nassau-Siegen, etc. Comitibus Nassau-Saraepontanis, etc. Domus Hanovica, etc. Joannes Albertus Comes Solmentis etc. Itemque restituatur Domus Solms, Hohensolms, etc. Comites de Isenburg etc. Rheingravii, etc. Vidua Domini Ernesti Comitis Sainensis, etc. Castrum etc. Commitatus Falkenstein, etc. Restituatur etiam domus Waldeck, etc. Joachimus Ernestus Comes Ottingensis, etc. Item domus Hohenloica, etc. Fridericus Ludovicus, etc. Ferdinandus Carolus etc. Domus Erbacensis, etc. Vidua et Haeredes Comitis à Brandenstein, etc. Baro Paulus Kevenhüller, etc. hic iisdem verbis inserti intelligantur, prout in Instrumento Caesareo Suecico continentur.[a])

35. Diejenige Artikul, nemlich, Hertzog von Croy rc. rc.: Die Sache Nassau-Siegen, rc. Johann Albrecht Grafe zu Solms, rc. Item das Haus Solms, Hohen-Solms, rc. die Grafen von Isenburg, rc. die Rheingrafen, rc. die Wittib Herrn Ernsten, Grafen zu Sayn, rc. das Schloß und Graffschafft Falkenstein, rc. Es soll auch wieder eingesetzt werden das Haus Waldeck, rc. Joachim Ernst Graf von Ottingen, rc. Item das Haus Hohenlohe, rc. Friedrich Ludwig, rc. Ferdinand Karlen, rc. Das Haus Erbach, rc. die Wittib und Erben deß Grafen von Braudenstein, rc. der Baron Paul Kevenhüller, rc. Diese allzumaln sollen dergestalt allhier einverleibet seyn, als ob sie mit gleichmässigen Worten, wie solches in dem Kaiserlichen und Schwedischen[a]) Instrument beschehen, eingeführt wären.

36. Contractus permutationes, transactiones, obligationes etc. instrumenta debiti vi metuve, seu Statibus seu Subditis illicite extorta, prout in Specie queruntur Spira, Weissenburgum ad Rhenum, Landavia, Reitlingen, Hailbronna, aliique, ut et redemptae cessaeque actiones abolitae, atque ita annullatae sunto, ut ullum judicium actionemve eo nomine intentare minime liceat. Quod si vero Debitores instrumenta crediti vi metuve creditoribus extorsevint, ea omnia restituantur, actionibus desuper salvis.

36. Die Contracten, Veränderungen, Verträge, Handschrifften und verbriefte Schulden, so durch Zwang und Furcht von Ständen oder Unterthanen erpreßt, (massen sich insonderheit beklagen die Städte Speyer, Weissenburg am Rhein, Landau, Reitlingen, Hailbrunn und andere,) wie auch an sich erkauffte und übergebene Forderungen, sollen gäntzlich aufgehoben und abgeschafft seyn. Also, daß keine gerichtliche Klage oder Prozeß durchaus statt finde. Da auch die Schuldner ihren Gläubigern die Schuldverschreibungen würden mit Gewalt und Furcht abgepreßt haben, sollen dieselbe solche wieder heraus zugeben schuldig und dem Schuldforderungen-Recht nichts benommen seyn.

a) Man vergl. die neue Sammlung der Reichs-Absch. Th. III. S. 511. fg.

37. Debita sive exemptionis, venditionis, annuorum redituum, sive alio nomine vocentur, si ab una alterave belligerantium parte in odium creditorum violenter extorta sint, contra debitores veram violentiam et realem solutionem intercessisse allegantes, et se ad probandum offerentes, nulli Processus executivi decernantur, nisi his exceptionibus praevia plenaria causae cognitione decisis. Processu desuper instituto a Pacis publicatione intra biennium finiendo sub poena perpetui silentii contumacibus debitoribus imponenda. Processus autem hactenus eo nomine contra ipsos decreti, una cum transactionibus et promissionibus pro futura creditorum restitutione factis, tollantur et enerventur, salvis tamen iis pecuniarum summis, quae flagrante bello pro aliis ad avertenda majora eorum pericula et damna bono animo et intentione erogatae sunt.

37. Dieser Schulden halb, so unterm Namen Kaufs, Verkaufs, jährlicher Gült, oder wie sie Namen haben mögen im Fall solche von einer oder andern kriegenden Parthey, aus Haß gegen die Creditoren, gewalthätig erzwungen worden, dafern die Debitorn ein warhafftigen Gewalt und Zwang, benebenst würcklicher Zahlung beybringen, und sich zum Beweisthum anerbieten werden, sollen keine Processus executivi erkannt werden, es seyen dann solche exceptiones in genugsamer Erkänntniß erörtert. Da nun der Prozeß hierüber würde angefangen, soll solcher innerhalb 2 Jahren, von Zeit deß publicirten Friedens, zu End gebracht werden, bey Straff deß ewigen Stillschweigen deß ungehorsamen Debitorn. Es sollen aber die bishero solcher Gestalt gegen diejenigen ertheilte Prozessen sammt den Verträgen, und beschehenen Vertröstungen, so wegen künftiger Restitution der Creditorn vorgangen, aufgehoben, und ungültig seyn: Jedoch mit Vorbehalt derjenigen Geld-Summen, welche bey wärendem Kriege für andere, zu Verhütung derselben grösser Gefahr und Schaden, aus gutem Hertzen und aufrichtiger Intention, vorgeschossen und hergeliehen worden.

38. Sententiae tempore belli de rebus mere secularibus pronunciatae, nisi processus vitium et defectus manifeste pateat, vel in continenti demonstrari possit, non quidem omnino sint nullae, ab effectu tamen rei judicatae suspendantur: donec acta Judicialia (si alterutra pars intra semestre ab inita Pace spacium petiverit revisionem) in Judicio competenti, modo ordinario vel extraordinario in Imperio usitato, revideantur et aequabili jure ponderentur, atque ita dictae sententiae vel confirmentur vel emendentur, vel si nulliter latae sint, plane rescindantur

38. Die Urtheil, welche, bey wärendem Kriege, über bloß weltlichen Sachen gefället, da in dem Prozeß kein öffentlicher Mangel und Fehler begangen, auch solcher stehendes Fusses zu erweisen wäre, sollen zwar nicht gäntzlich unkräfftig, die Execution aber in suspenso seyn, biß daß die gerichtliche Acten (falls der eine Theil, inner einer von getroffenen Frieden halben Jahresfrist die Revision suchen wird), bey Gerichte, entweders modo ordinario vel extraordinario, wie im Röm. Reiche Herkommens, revidirt, und vermittelst gleiches durchgehendes Rechtes erwogen, und dergestalt besagte Urtheil entweders confirmirt oder verbessert, oder da sie nichtiglich ergangen, gäntzlich aufgehoben werden.

39. Si quae etiam Feuda Regalia vel

39. Da auch ein hohes oder gemeines Le-

privata ab Anno millesimo sexcentesimo decimo octavo non fuerint renovata, nec interim eorum nomine praestita servitia, nemini id fraudi esto, sed tempus repetendae investiturae a die factae Pacis cedere incipiat.

40. Tandem omnes et singuli tam bellici Officiales militesque, quam Consiliarii et Ministri togati Civiles et Ecclesiastici, quocunque nomine aut conditione censentur, qui uni alterive parti earundemve Föderatis aut adhaerentibus, toga vel sago militarunt, a summo ad infimum, ab infimo ad summum absque ullo discrimine vel exceptione, cum uxoribus, liberis, haeredibus, successoribus servitoribus, quoad personas et bona in eum vitae, famae, honoris, conscientiae, libertatis, Jurium et privilegiorum statum, quo ante dictos motus gavisi sunt, aut jure gaudere potuerunt, utrinque restituti sunto, nec eorum personis aut bonis ullum creator praejudicium, ullave actio vel accusatio intentator, multo minus ulla poena, damnumve quocunque praetextu irrogator. Et haec quidem omnia quoad illos, qui Caesareae Majestatis et Domus Austriacae subditi et vasalli non sunt, plenissimum effectum habeant.

41. Qui vero subditi et vasalli haereditarii Imperatoris et Domus Austriacae sunt, eadem gaudeant Amnestia, quoad personas, vitam, famam et honores, habeantque securum reditum in pristinam patriam, ita tamen, ut se teneantur accomodare legibus patriis Regnorum et Provinciarum.

42. Quantum autem eorundem bona concernit, si ea, antequam in Coronae Galliae Succiaeve partes transierunt, confiscatione aut alio modo amissa fuere, etsi Plenipotentiarii Suecici diu multumque institerant, ut iis etiam illa restituerentur, tamen cum Sacrae

hen vom Jahr 1618 nicht erneuert, noch immittelst in deren Namen die Dienste verrichtet werden, soll solches niemands nachtheilig fallen: Sondern die Zeit der Belehnung zu erfordern, vom Tage an deß beschlossenen Friedens anfangen zu lauffen.

40. Es sollen endlich alle und jede so wol Kriegs-Offizirer und Landsknechte, als Räthe und sonsten weltliche und geistliche Ministeri, was Stands oder Namens sie seyn mögen, welche einer oder ander Parthey, derselben Bundsgenossen und Angehörigen, zu Fried- oder Kriegszeit gedienet, vom Höchsten auf den Niedrigsten, vom Niedrigsten bis zum Höchsten, ausser einigem Unterschied oder Vorbehalt, samt Weibern, Kindern, Erben, Nachfolgern, Dienern, so wol betreffend die Personen als Güter, in denjenigen Stand am Leben, Gerüchte, Ehren, Gewissen, Freyheit, Recht und Gerechtigkeit, worin sie für dieser Unruhe gestanden, oder von Rechtswegen stehen können, allerseits gesetzt werden, und solle weder ihren Personen oder Gütern einiges Nachtheil zugefügt, oder selbige mit Klag angefochten, vielwenigers Straffe oder Schaden, unter einigem Schein, zugezogen werden. Und dieses zwar alles soll an denen, welche der Kais. Majestät und Hauses Oesterreich Unterthanen und Lehenleute nicht sind, sein vollkommenen effect erreichen.

41. Welche aber Unterthanen und Erbliche Lehenleute der Kais. Maj. und Hauses Oesterreich sind, sollen ebenmässiger Amnesty geniessen, soviel die Personen, Leben, Gerüchte und Ehre betrifft. Und sollen in ihr voriges Vatterland ein sichern Rücketritt haben: Jedoch dergestalt, daß sie sich der Königreichen und Provincien inheimischen Gesetzen bequemen.

42. So viel aber ihre Güter betrifft, dafern selbige, ehe und bevor sie auf der Cron Frankreich und Schweden Seiten getretten, durch Confiscation, oder andere Weiß verlohren gangen, ob zwar die Schwedische Gevollmächtigten lang und viel angehalten, damit ih-

Caesareae Majestati hac in re ab aliis nihil praescribi, nec ob Caesareanorum constantem contradictionem aliter transigi potuerit, Ordinibusque Imperii ea propter bellum continuari e re Imperii non fuerit visum, porro quoque amissa sunto ac modernis possesoribus permanento.

nen dieselbe eingeräumt werden möchten: Jedoch, die Röm. Kais. Maj. in dieser Sache sich von andern nichts hat fürschreiben lassen, noch auch auf der Kais. beharrliche Widersprechung anderst accordirt werden mögen: Und derentwillen die Reichs-Stände den Krieg im Röm. Reich zu continuiren nicht rathsam ermessen können: Hierum sollen dieselbe Güter dergestalt verlohren seyn, und den jetzigen Besitzern verbleiben.

43. Illa vero bona, quae ipsis post, eam ob causam, quod pro Gallis aut Suecis contra Caesarem Domumque Austriacam arma sumsissent, erepta sunt, iisdem qualia nunc sunt, absque refusione tamen sumptuum et fructuum perceptorum, aut damni dati restituantur.

43. Die Güter aber, so ihnen nachgehends, der Ursach halber, weil sie sich zu Frankreich oder Schweden geschlagen, und wider die Röm. Kais. Maj. und das Haus Oesterreich die Waffen geführet, entzogen worden, sollen ihnen, wie sie anjetzo befindlich, ausser Erstattung der Unkosten, und genossenen Abnutzungen oder empfangenen Schadens restituirt werden.

44. De caetero in Bohemia aliisque quibuscunque Provinciis Haereditariis Imperatoris, Augustanae Confessioni addictis Subditis vel Creditoribus, eorumve haeredibus pro privatis suis praetensionibus, si quas habent, et earum nomine actiones intenderint aut prosecuti fuerint, Jus et Justitia aeque ac Catholicis citra respectum administretur.

44. Im übrigen durch Böhmen, und alle andere der Kais. Majestät Erbländer soll denen der Augspurgischen Confessions-Verwandten Unterthanen und Creditorn, und deren Erben, für ihre eigene Ansprüche, so sie dergleichen führten, und derentwillen Prozessen angezettelt und verfolget hätten, solle eben sowol, als denen Catholischen ohn Ansehen der Person, Recht gesprochen und geholffen werden.

45. A dicta tamen universali restitutione excepta sunto, quae restitui vel redhiberi nequeunt mobilia et se moventia, fructus percepti authoritate belligerantium partium interversa, itemque tam destructa, quam publicae securitatis causa in alios usus conversa aedificia, publica et privata, sacra et profana, nec non deposita publica vel privata hostilitatis intuitu confiscata, legitime vendita, sponte donata.

45. Nichts desto wenigers sollen von besagter allgemeiner Restitution ausgenommen seyn, diejenige Sachen, welche man nicht wieder haben noch geben kann, und beweglich seyn, die eingenommene Niessung so vermittelst der kriegenden Partheyen Authorität abhändig gemacht, ingleichem destruirt, auch gemeiner Sicherheit halben in einem andern Gebrauch verkehret worden, als da seynd gemeine und privat geist- und weltliche Wonhäuser, wie auch hinterlegte gemeine, oder privat-deposita, so Kriegswegen konfiszirt, ordentlich verkauft, und von freyer Hand geschenkt worden.

46. Quia vero etiam causa Juliaaensis Successionis inter interressatos, nisi praeveniatur, magnas aliquando turbas in Imperio excitare posset: Ideo conventum est, ut ea quoque Pace confecta, ordinario processu coram Caesarea Majestate vel amicabili com-

46. Sintemal aber die Gülchische Sukzessions-Sache unter denen Interessirten, dafern nicht fürgebauet wird, dem Römischen Reiche etwan grosse Unruhe gebähren möchte. Derentwillen ist vergliechen, daß auch dieselbe nach getroffenen Frieden, vermitlelst ordentliches Pro-

positione, vel alio legitimo modo sine mora dirimatur.

(Art. VI.)

47. Cum etiam ad majorem Imperii tranquillitatem stabiliendam, de controversiis circa Bona Ecclesiastica et libertatem Exercitii Religionis his ipsis de Pace Universali Congressibus certa quaedam compositio inter Caesarem, Electores, Principes et Status Imperii inita, atque Instrumento Pacis cum Plenipotentiariis Regina et Coronae Sueciae erecto inserta fuerit, placuit eandem compositionem, ut et illam, de qua inter eosdem ratione eorum, qui Reformati dicuntur, convenit, praesenti quoque Tractatu firmare et Stabilire, eo plane modo, ac si de verbo ad verbum huic inserta legeretur Instrumento.

(Art. VII.)

48. Circa causam Hasso-Cassellanam conventum est, ut sequitur:

Primo omnium, Domus Hasso-Cassellana, omnesque ejus Principes, maxime Domina Amelia Elisabetha Hassiae, Landgravia, ejusque Filius, Dominus Wilhelmus illorumque Haeredes, Ministri, Officiales, Vasalli, Subditi milites et alii, quocumque modo illis addicti, nullo prorsus excepto, non obstantibus contrariis Pactis, Processibus, Proscriptionibus, Declarationibus, Sententiis executionibus et Transactionibus, sed illis omnibus, ut et actionibus vel praetensionibus ratione damnorum et injuriarum, tam neutralium quam belligerantium annullatis, Universalis Amnestiae supra sancitae, et ad initium belli Bohemici, cum plenaria restitutione reductae (exceptis Caesereae Majestatis et Domus Austriacae Vasallis et Subditis

zesses, für der Römischen Käiserlichen Majestät, oder durch gütliche Vergleichung, oder auf eine andere tüchtige Weise, ohngesaumt entschieden werde.

(Art. VI.)

47. Nachdem dann ferners, zu mehrer deß Heil. Röm. Reichs Beruhigung und deren Confirmation, von denen Strittigkeiten, belangend die Geistliche Güter und die freye Religions-Übunge, bey diesen wegen deß allgemeinen Friedens Zusammenkunfften, in gewisser Vergleich zwischen der Kais. Maj. und Churfürsten, und Ständen deß Röm. Reichs, getroffen, auch dem Friedens-Instrument, so mit der Königin und Cron Schweden Gevollmächtigten aufgericht, einverleibt worden: So ist beliebet, daß auch derselben Vergleiche, als imgleichen derjenigen Schluß, welcher unter ihnen, wegen deren, so Reformirte getroffen worden, auch bey gegenwärtiger Handlunge bestettigt werde, eben auf die Maß und Weise, als ob solcher von Wort zu Wort im gegenwärtigem Instrument eingerückt und zu lesen stünde.

(Art. VII.)

48. Wegen der Hessen-Casselischen Sache ist eine Vergleichung wie folgt geschehen.

Zuförderst solle das Haus Hessen-Cassel, und alle dessen Fürsten, fürnemlich Frau Aemylia Elisabetha, Landgräfin zu Hessen und dero Sohn, Herr Wilhelm und derselben Erben, Diener, Offizirer, Lehenleute, Unterthanen, Soldaten, und andere auf einige Weise Zugethane, keinen gäntzlich ausgenommen (unerachtet der entgegenlauffenden Bedingungen, Prozessen, Achts- und sonsten Erklärungen, Urtheil, Executionen, und Verträgen, welche samt allen Forderungen, Injurien und Schadens Prätensionen, sowohl bey Neutral- als Kriegszeiten fürgangen, hiermit aufgehoben sind) der obgetroffenen allgemeinen und bis auf den Anfang deß Böhmischen Kriegs zurückgezogenen Amnesty und völliger Restitution (ausgenommen der Römisch Kaiserlichen Majestät und Hauses Oester-

haereditariis, quemadmodum de iis in §. Tandem omnes, etc. disponitur) omniumque Beneficiorum, ex hac et Religiosa Pace provenientium pari cum caeteris Statibus jure, prout in Articulo incipiente, Unanimi etc. disponitur, plenarie participes sunt.

49. Secundo, Domus Hasso-Cassellana, ejusque Successores Abbatiam Hirsfeldensem cum omnibus appertinentiis Secularibus et Ecclesiasticis, sive intra, sive extra Territorium (ut Praepositura Gellingen) sitis, salvis tamen juribus, qua Domus Saxonica a tempore immemoriali possidet, retineant, et eo nomine Investituram a Caesarea Majestate toties, quoties casus evenerit, petant et fidelitatem praestent.

50. Tertio, Jus directi et utilis Dominii in Praefecturas Schaumburg, Bückenburg, Saxenhagen et Statthagen, Episcopatui Mindano andehac assertum et adjudicatum, porro ad Dominum Wilhelmum modernum Hassiae Landgravium, ejusque Successores plenarie in perpetuum citra ulteriorem dicti Episcopatus, aut alterius cujusvis contradictionem aut turbationem pertineat, salva tamen transactione inter Christianum Ludovicum, Ducem Brunswico-Lüneburgensem et Hassiae Landgraviam, Philippumque Comitem de Lippe inita. Firma etiam manente, quae inter eandem Landgraviam et dictum Comitem inita est, Conventione.

51. Conventum praeterea est, ut pro locorum hoc bello occupatorum restitutione, et idemnitatis causa Dominae Landgraviae Hassiae Tutrici ejusque Filio, hujusve Successoribus Hassiae Principibus, ex Archi-Episcopatibus Moguntinensi et Coloniensi, Episcopatibus item Paterbornensi, Monasteriensi et Abbatia Fuldensi 600,000 Thalerorum Imperialium, bonitate Imperialibus constitutionibus modernis correspondentium, intra spatium novem mensium a tempore

reich Lehenleute und Erb-Unterthanen, gestaltsam von demselben im §. Endlich alle, etc. versehen) auch aller, aus derselben, und dem Religions Frieden, herkommenden Beneficien geniessen: und mit andern Ständen gleiches Rechts, massen im Artikul, so also anfängt, mit einhelligem, etc. versehen, völliglich theilhafftig seyn.

49. Fürs Andere, soll das Haus Hessen-Cassel, und dessen Successorn, die Abtey Hirschfeld samt allen Weltlich und Geistlichen, sowol in- als ausser Landes gelegenen, (als die Probstey Gellingen) Zugehörungen, behalten: Jedoch dem Hause Sachsen an ihrem von undenklichen Jahren hergebrachten Recht nichts benommen, dergestalt, daß sie so offt sich der Fall begibt, die Belehnung bey der Kais. Majest. suchen und die Pflicht leisten.

50. Drittens, soll das Jus directi et utilis Dominii, so hiebevorn das Stifft Minden an die Aemter Schaumburg, Brückenburg, Saxenhagen und Statthagen gehabt und mit Recht geführt, ferners an Herrn Wilhelmen, jetzigen Landgrafen zu Hessen, und dessen Successorn, ins künfftig vollkömmlich, ausser einiger deß besagten Stiffts, oder eines andern Widersprechung oder Molestirung gehören: jedoch mit Vorbehalt deßjenigen Vertrags, so zwischen Christian Ludwigen, Hertzogen zu Braunschweig und Lüneburg, und Landgräfin zu Hessen, und Philipsen, Grafen zur Lippe, aufgerichtet. Wie dann der Vergleich, so zwischen besagter Landgräfin, und demselbigen Grafen gemacht, kräfftig bleiben soll.

51. Ueber dieses ist verabschiedet, daß für deren in diesem Kriege eingenommenen Oerter Wiederausandwortunge und Schadloshaltunge, der Frauen Landgräfin zu Hessen, Vormunderin Dero Sohn und dessen Nachfolgern, Fürsten zu Hessen, aus denen Ertzstiftern Maynz und Cölln, Stifftern Paderborn, Münster und Abtey Fuld, 600,000 Rthlr. jetziger gültiger Reichswährung, in neun Monat, von Zeit deß ratificirten Friedens anzurechnen, zu Cassel, auf der Zahlenden Kosten und Gefahr, erlegt wer-

ratificationis Pacis computandum, Cassellis solventium periculo et sumptibus pentantur, nec contra promissam solutionem ulla exceptio ullusve praetextus admittatur, multo minus summa conventa ullo arresto afficiatur.

52. Ut etiam Domina Landgravia de solutione tanto securior sit, sequentibus conditionibus retineat Neuss, Cossfeld et Neuhauss inque iis locis sua, sibique solum obligata praesidia habeat, ea quidem lege, ut praeter Officiales et alias personas in praesidiis necessarias dictorum trium locorum praesidia conjunctim non excedant numerum milli ducentorum peditum, et centum Equitum, Dominae Landgraviae dispositioni relicto, quot cuivis dictorum locorum peditum et equitum imponere, quemve huic vel illi praesidio praeficere velit.

53. Praesidia autem secundum ordinationem de sustentatione Officialium et militum Hassiacis hactenus consuetam alantur, et quae ad conservanda fortalitia necessaria sunt, praestentur ex Archi- et Episcopatibus, in quibus dicta Arx et Civitates sunt sitae, absque Summae supra nominatae diminutione. Integrum autem sit ipsis Praesidiis contra morosos et tardantes, sed non ultra debitam summam exequi. Jura autem Superioritatis et Jurisdictio tam Ecclesiastica quam Secularis, et reditus nominatarum Arcis et Civitatum Domino Archi-Episcopo Coloniensi sint salva.

54. Quamprimum vero post ratificatam pacem Dominae Landgraviae trecenta milia Thalerorum Imperialium fuerint exsoluta, restituta Neussia, retineat Cosfeld solum et Neuhauss, ita tamen ut praesidium Neussianum in Cosfeld et Neuhauss non deducat, vel ejus nomine quicquam ulterius exigat: nec Praesidia in Cosfeld numerum sexcentorum peditum et quinquaginta equitum, in Neuhauss autem centum peditum excedant. Sin autem intra terminum novem Mensium Dominae Landgraviae integra Summa non

den sollen. Da dann gegen die versprochene Zahlunge weder exemtion noch praetext gelten, vielwenigers die vergliechene Summen mit Arrest beschlagen werden solle.

52. Damit auch die Frau Landgräfin wegen der Zahlung desto sicherer seye, solle sie auf folgende Conditionen inbehalten Neuß, Coßfeld und Neuhaus: und in solchen Orten ihre, und ihr allein zuständige Besatzungen haben, jedoch dergestalt, daß, ausser Offizirer und anderer in Besatzungen nöthigen Personen, besagter dreyen Oerter Besatzungen, zusamt über 1200 zu Fuß und 100 zu Roß, nicht aulieffen, dabenebenst dann besagter Frau Landgräfin freystehen solle, wie viel an Fußvolk und Reutern sie an jedem Ort einlegen, oder welchen sie an diesem oder jenem Ort zum Kommandanten machen wolle.

53. Es sollen aber die Besatzungen, nach der bishero Hessischen üblichen Verpflegungs-Ordnung unterhalten werden. Was aber zu Erhaltung der Vestungen nöthig, soll aus denen Ertz- und Stifftern, in welchen Schloß und Städte gelegen, ausser den obbemeldten Summen Verringerung genommen werden. Inmittelst soll den Besatzungen selbsten bevor stehen, gegen die Widerspenstigen und Säumhaften jedoch nicht über die gebührende Summa zu exequiren: Benebenst aber dem Herrn Ertzbischoffen zu Cöln, die Geist und Weltliche Jurisdiction und Obergebiete, als auch Schlosses, und der Städten Einkunfften, vorbehalten seyn.

54. Sobald aber, nach bestätigtem Frieden der Frau Landgräfin 300,000 Reichsthaler erlegt seyn werden, soll sie Neuß abtretten, aber Coßfeld allein und Neuhaus behalten: jedoch mit dem Beding, daß sie die Neussische Besatzung nicht in Coßfeld oder Neuhaus abführe, oder in deren Namen ferners ichtwas fordern. Und solle die Besatzung in Coßfeld 600 zu Fuß, und 50 zu Roß, in Neuhaus aber 100 zu Fuß nicht überschreiten. Falls aber in 9 Monatzeit der Frau Landgräfin die gantze Summa nicht erlegt würde, soll sie nicht allein

depentatur, non tantum Cosfeld et Nenhauss, donec plenaria subsecuta fuerit solutio, sed etiam pro residuo summae, ejusque singulis centenis quinque annuatim Imperiales, donec residuum summae exsolutum fuerit, pensionis nomine solvantur, et tot Praefecturarum ad supra nominatos Archi- et Episcopatus, atque Abbatiam pertinentium, et Hassiae Principatui vicinarum, quot praestandis et exsolvendis pensionibus sufficiunt, Quaestores et Receptores Dominae Landgraviae Juramento obstringantur, ut de reditibus annuas residuae summae pensiones solvant, non obstante Dominorum suorum prohibitione. Quod si vero Quaestores et Receptores in solvendo moras nectant, aut reditus alio conferant; Domina Landgravia exequendi, et ad solutionem quovis modo illos adigendi, liberam habeat potestatem, de reliquo jure territoriali Domino proprietatis interea semper salvo.

55. Simulac vero Domina Landgravia totam summam cum pensionibus a tempore morae acceperit, restituat illico loco jam denominata cautionis loco interim retenta, pensiones cessent, et Quaestores atque Receptores, quorum facta fuit mentio Juramenti, nexu sint liberati. Quarum autem Praefecturarum reditus pensionibus, contingente mora, solvendis sint assignandi, ante ratificationem Pacis eventualiter convenietur, quae conventio non minoris sit roboris, quam ipsum Pacis Jnstrumentum.

56. Praeter loca autem securitatis causa, ut memoratum, Dominae Landgraviae relinquenda, et post solutionem demum restituenda, restituat illa nihilominus, Ratificatione Pacis subsecuta, omnes Provincias et Episcopatus, nec non illorum Urbes, Praefecturas, Oppida, Portalitia, Propugnacula et omnia denique Bona inmobilia, nec non Jura inter haec bella ab ipsa occupata, ita tamen, ut tam in praefatis tribus locis cautionis nomine retinendis, quam reliquis omnibus re-

nur Coßfeld und Neuhaus, bis die völlige Bezahlung geschehe, inbehalten, sondern auch für den Rest der Summen, und für jedes 100 jährlich 5 an Pension bezahlt, benebenst auch so viel, zu obbesagten Ertz- und Stifftern und Abtey gehörige, und dem Fürstenthum Hessen angrentzende Aemter inbehalten werden, so viel wegen Erlegung der Pensionen genugsam sind. Die Rentmeister und Einnehmer sollen von der Frau Landgräfin beeydiget werden, daß sie von den Einkünfften der restirenden Summ Pension bezahlen, ungehindert deren Herrschafften Verbot. Da aber die Rentmeister und Aufheber in der Zahlung säumig wären, oder die Intraden anderstwohin verwendeten, soll der Frau Landgräfin um zu exequiren, und selbige auf Mittel und Wege, als Sie mag, zur Zahlunge anzustrengen, gantz frey stehen: jedoch dem Eigenthums Herrn hierunter an seiner Lands-Gerechtigkeit nichts benommen.

55. So bald aber die Frau Landgräfin die gantze Summ, samt den Pensionen von Zeit der Versaumung, empfangen haben wird, soll sie alsbald diejenige, an statt Versicherung behaltene Oerter abtretten: Es sollen auch die Pensiones fallen, und die obgedachte Rentmeister und Einnehmere ihres Eydes erlassen seyn. Welcher Aemter Einkünffte aber, zu Erlegung der Pensionen, bey einfallender Säumung anzuweisen seyn, darüber soll für der Friedens-Bestättigung auf den Fall accordirt werden, und dieser Accord nicht wenigers, als das Friedens-Instrument selbst, kräfftig seyn.

56. Ausser der aber, anstatt Versicherung der Frauen Landgräfin überlassenen, und nach der Zahlung wieder zurück kommenden Aemter, soll sie nichts desto minders abtretten, nach erfolgter Friedens-Ratification, aller Länder und Bisthumen, als auch derselben Städte, Aemter, Flecken, Festungen, Basteyen, und alle Mobilien auch bey diesem Kriege inhabende Gerechtigkeiten. Jedoch dergestalt, das in besagten, an statt Caution behaltenen drey Orten, als auch an allen andern, so abzutretten stehen,

stituendis, non solum annonam et omnia ad bellicum apparatum spectantia, quae inferri vel fieri curavit, per subditos avehenda Dominae Landgraviae et supradictis successoribus, quae vero ab ipsa non allata, sed in locis occupatis tempore occupationis reperta sunt, et adhuc extant, ibi permaneant, sed ut etiam Fortificationes et Valla, durante occupatione extructa, eatenus destruantur, ne tamen Urbes Oppida, Arces, vel Castra cujusvis invasionibus et depraedationibus pateant.

nicht allein Proviant, und alles so zum Kriegs Apparat gehörig, der Frau Landgräfin und obbesagten Successorn durch die Unterthanen abgeführt werde. Dasjenige aber, so von ihr nicht hineingebracht, sondern in denen eroberten Orten zur Zeit der Einnahm gefunden worden, und noch bey der Hand, soll daselbst verbleiben. Worbey dann die Wälle und Fortificationen, so bey wärender Einnahm erbauet, dergestalt niederzureissen stehen, damit gleichwol die Städte, Flecken, Schlösser und Castel nicht eines jeden Einfall und Plünderung offen seyn.

57. Et quamvis Domina Landgravia praeterquam ab Archi- et Episcopatibus Moguntinensi, Coloniensi, Paderbornensi, Monasteriensi, et Abbatia Fuldensi, a nemine restitutionis et indemnitatis loco aliquid poposcerit, et sibi eonomine a quoquam alio quicquam solvi omnino noluerit, pro rerum tamen et circumstantiarum aequitate, placuit toti Conventui, ut salva manente dispositione Paragraphi praecedentis inchoantis: Coventum praeterea est, etc. etiam ceteri Status cujuscunque generis cis et ultra Rhenum, qui 1 Martii hujus anni Hassiacis contributionem dependerunt, secundum proportionem Contributionis exsolutae toto hoc tempore observatam ad conficiendam summam superius positam, et Militum praesidiariorum sustentationem, ratam suam supra nominatis Archi et Episcopatibus atque Abbatiae conferant, et damnum si quod solventes ob unius vel alterius moram perpessi fuerint, morosi resarciant, nec Executionem contra tergiversantes instituendam Caesariae Majestatis, aut Regiae Majestatis Christianissimae, vel etiam Hassiae Landgraviae Officiales, aut Milites impediant neque etiam fas sit Hassiacis quenquam in praejudicium hujus declarationis eximere, ii vero, qui suam quotam rite persolverint, ab omni eatenus onere liberi erunt.

57. Und ob zwar die Frau Landgräfin, unerachtet, daß sie von denen Ertz- und Stiftern, Mayntz, Cöln, Paderborn, Münster und Abtey Fuld, von niemand dessen, an statt der Abtrett- und Schadloßhaltung, etwas gefordert. Und dahero auch von Keinem ichtwas bezahlt haben wollen. Nichtsdestowenigers, nach der Sachen und Umständen Billigkeit, hat der gantze Convent beliebet, daß, mit Vorbehalt des vorigen Artikuls Verordnung, welcher also anfängt: Ueber das ist verglichen, rc. auch die übrigen Stände, sie seyen was sie wollen dieß und jenseit Rheins, welche am 1. Martii dieses Jahrs den Hessen contribuirt, nach proportion derselben bißhero alleweil üblichen Zahlung zu Complirung der obgesetzten Summ, und der Besatzungen Unterhaltung, ihres Antheil zu den obbesagten Ertz- und Bißthumen, und Abtey beitragen, und den Schaden, den die Zahlende wegen eines oder andern Säumhafften empfangen, die Säumhaffte selber erstatten, noch auch gegen die Widerspännigen die fürgenommene Execution der Röm. Kaiserl. oder allerchristlichsten Majestät, oder auch der Landgräfin zu Hessen Offizirer und Soldaten verhindern, noch auch die Hessischen irgend einen, zum Nachtheil dieser Verordnung, befreyen, diejenigen aber, so ihr Antheil ordentlich entrichtet dereutwegen von aller Beschwerung exempt seyn sollen.

58. Quod controversias inter Domus Hassiacas-Casselanam et Darmstadinam, super Successione Marpurgensi, agitatas attinet,

58. Anreichend die zwischen dem Hause Hessen-Cassel, und Darmstadt, wegen der Marpurgischen Succession, getriebene Strittigkeiten:

quandoquidem eae Casselis die decimo quarto Mensis Aprilis, proxime elapsi, consensu partium unanimi accedente, penitus sunt compositae: Placuit Transactionem istam, cum suis annexis et recessibus, sicut ea Casselis inita, et a partibus subsignata Conventuique huic insinuata fuit, vigore Instrumenti hujus, ejusdem plane esse roboris, ac si verbis totidem hisce tabulis inserta, comprehenderetur, nec a partibus transigentibus, nec aliis quibusvis sub praetextu, sive pacti, sive Juramenti, sive alio quocunque ullo unquam tempore convelli posse, quin imo ab omnibus, etiamsi aliquis ex Interessatis eam forte confirmare detrectet, exactissime observari debere.

Demnach dieselbe zu Kassel am 14. nächstverstrichenen Aprilis, mit einhälliger Beliebung der Partheyen vergliechen sind: So ist beschlossen, daß selbiger zu Kassel getroffene Vertrag, samt allen Angehörungen und Clausuln, wie solcher beiderseits unterschrieben, und gegenwärtigem Convent insinuirt worden, vermög dieses Instruments, ebenmässige Wirkung und Kraft habe, als ob er von Wort zu Wort hierin begriffen. Daher er dann, weder von den transigirenden Theilen, noch jemands anderst, unterm Prätext eines Akkords oder Eydschwurs, oder sonsten inskünftig etwan umzustossen, sondern vielmehr von allen, unerachtet etwan aus den Interessirten einer selben zu bekräfftigen sich weigern wolte, auf das genaueste zu halten seyn wird.

59. Sicut etiam transactio inter defunctum Dominum Wilhelmum Hassiae Landgravium, et Dominos Christianum et Wolradum Comites Waldecciae, die 11. Apr. Annno 1635 facta, et a Domino Georgio Hassiae Landgravio die 14. Apr. Anno 1648. ratificata, non minus vigore hujus Pacificationis, perpetuum et plenissimum robur obtinebit, omnesque Hassiae principes pariter ac Comites Waldecciae obligabit.

59. Es soll auch der zwischen dem verstorbenen Herrn Wilhelmen, Landgrafen zu Hessen und Herrn Christian und Volraden, Grafen von Waldeck, am 11. Aprilis im Jahr 1635 aufgerichte, und von Herrn Georgen, Landgrafen zu Hessen, am 14. Aprilis im Jahr tausend sechshundert acht und viertzig ratifizirte Vertrag nicht wenigers, vermög dieses Friedenschlußes, zu ewigen Tagen in völligen Kräfften seyn, und alle sowol Fürsten zu Hessen, als Grafen zu Waldeck, binden.

60. Firmum quoque maneat et inviolabiliter custodiatur Jus primogeniturae in qualibet Domo Hassiae-Casselana et Darmstadina introductum et a Caes. Maj. confirmatum.

60. Ebenmässig soll auch das im Haus Hessen-Cassel und Darmstatt eingeführte und von der Röm. Kais. Majestät bekräfftigte, Jus primogeniturae fest bleiben, und unverbrüchlich beobachtet werden.

(Art. VIII.)

61. Cum item Caes. Maj. ad querelas nomine Civitatis Basileensis et universae Helvetiae, coram ipsius Plenipotentiariis ad praesentes congressus deputatis, propositas super nonnullis Processibus et mandatis executivis, a Camera Imperiali contra dictam Civitatem, aliosque Helvetiorum unitos Cantones, eorumque Cives et Subditos emanatis, requisita Ordinum Imperii sententia et consilio, singulari Decreto die decimo quarto

(Art. VIII.)

61. Nach dem auch der Röm. Kais. Majestät auf die von der Stadt Basel und gantzen Eydgenossenschaft, für denen bey diesen Conventen gevollmächtigten Deputirten, wegen etlicher Processen, und Executions-Mandaten, so von der Kaiserlichen Kammer wider besagte Stadt und andere der Eydgenoßschaft conföderirte Cantones und derselben Bürger und Unterthanen ergangen, vorgebrachte Klage auf Erforderung der Reichs-Ständen Rath und

Mensis Maji, Anno proxime praeterito declaraverit, praedictam civitatem Basileam caeterosque Helvetiorum Cantones in possessione vel quasi plena libertatis et exemptionis ab Imperio esse, ac nullatenus ejusdem Imperii Dicasteriis et Judiciis subjectos; placuit hoc idem publicae huic Pacificationis Conventioni inserere, ratumque et firmum manere, atque idcirco ejusmodi processus una cum arrestis eorum occasione quandocunque decretis prorsus cassos et irritos esse debere.

Meynung, vermög eines sonderbaren Decrets, am 14. May, im nächstverstrichenem Jahr, sich erkläret, daß besagte Stadt Basel und andere der Eydgenoßschaft Cantones in die freye Libertät und Exemption, wegen des Röm. Reichs gesetzt, und keineswegs dessen Röm. Reichs Gerichten subject seyn sollen: So ist beliebet worden, daß solches dieser offentlichen Friedens-Vergleichung einverleibt, auch steiff und fest gehalten werden, und derohalben solche Prozessen, samt denen daher decretirten Arresten gäntzlich aufgehoben und nichtig seyn sollen.

(Art. IX.)

62. Ut autem provisum sit, ne posthac in statu Politico controversiae suboriantur, omnes et singuli Electores, Principes et Status Imperii Rom. in antiquis Suis juribus, praerogativis, libertate, privilegiis, libero juris territorialis tam in Ecclesiasticis quam Politicis Exercitio, Ditionibus Regalibus, horumque omnium possessione, vigore hujus Transactionis ita stabiliti firmatique sunto, ut a nullo unquam sub quocunque praetextu de facto turbari possint vel debeant.

63. Gaudeant sine contradictione jure suffragii in omnibus deliberationibus super negotiis Imperii praesertim ubi leges ferendae vel interpretandae, bellum decernendum, tributa indicenda, delectus aut hospitationes militum instituendae, nova munimenta intra Statuum ditiones extruenda nomine publico veterave firmanda praesidiis, nec non ubi Pax aut foedera facienda, aliave ejusmodi negotia peragenda fuerint, nihil horum aut quicquam simile posthac unquam fiat vel admittatur, nisi de Comitiali liberoque omnium Imperii Statuum suffragio et consensu, cumprimis vero jus faciendi inter se et cum exteris foedera, pro sua cujusque conservatione ac securitate, singulis Statibus perpetuo liberum esto, ita tamen, ne ejusmodi foedera sint contra Imperatorem et Imperium, Pacemque ejus publicam, vel hanc

(Art. IX.)

62. Damit aber fürgebauet werde, daß nicht hinfüro in Weltlichem Stand Strittigkeiten entstünden, so sollen alle und jede Chur-Fürsten und Stände des Röm. Reichs in ihren uhralten Gerechtigkeiten, Vorzügen, Libertät, Privilegien, und freyer in Geist- und Weltlichen Sachen Landes-Obrigkeit Ubungen Herrschaften, Regalien, und deren alten Possession, vermög dieses Vertrags, also fest und versichert seyn, daß sie derenthalben von keinem, unter waserley Schein es seyn möge, thätlich turbirt werden sollen noch mögen.

63. Sie sollen ausser Widersprechung ihre Stimm und vota führen, in allen das Röm. Reich betreffenden Berathschlagungen, bevorab, da man Gesetze macht und ausleget, Kriege ankündet, Tribut fordert, Musterung oder Einlogirung der Soldaten anstellet, neue Festungen in der Ständen Landen, im Namen des Reichs, bauet, die alten mit Besatzungen verwahret, ingleichen wann man Friede und Bündniß macht, auch andere dergleichen Geschäfte traktirt. Und soll von diesen oder dergleichen Dingen ins künfftig nicht geschehen oder fürgenommen werden, es geschehe dann mit aller deß Heil. Reichs Ständen Versamlung und Einwilligung. Insonderheit aber soll all und jeden Ständen frey stehen unter sich und mit andern, zu eines jedwedern Conservation und Sicherheit, Bündniße zu machen. Jedoch dergestalt, daß solche Bündnißen nicht wider die

in primis Transactionem, fiantque salvo per omnia juramento, quo quisque Imperatori et Imperio obstrictus est.

64. Habeantur autem Comitia Imperii intra sex menses a dato ratificatae Pacis, postea vero, quoties id publica utilitas aut necessitas postulaverit. In proximis vero Comitiis emendentur imprimis anteriorium. Conventuum defectus, ac tum quoque de electione Romanorum Regum, certa constantique Caesarea capitulatione concipienda de modo et ordine in declarando uno vel altero Statu in Bannum Imperii, praeter eum, qui alias in Constitutionibus Imperii descriptus est, tenendo, redintegrandis Circulis, renovanda Matricula, reducendis Statibus exemptis, moderatione et remissione Imperii collectarum, reformatione Politiae et Justitiae, taxae sportularum in Judicio Camerali, ordinariis Deputatis ad modum et utilitatem Reipublicae rite formandis legitimo munere Directorum in Imperii Collegiis, et similibus negotiis, quae hic expediri nequiverant, ex communi Statuum consensu agatur et statuatur.

65. Tam in Universalibus vero, quam particularibus Diaetis, Liberis Imperii Civitatibus non minus quam caeteris Statibus Imperii competat votum decisivum, iisque rata et intacta maneant Regalia, vectigalia, reditus annui, libertates, privilegia confiscandi, collectandi, et inde dependentia aliaque jura ab Imperatore et imperio legitime impetrata, vel longo usu ante hos motus obtenta, possessa et exercita, cum omnimoda jurisdictione intra muros et in territorio, cassatis, annullatis et in futurum prohibitis iis, quae per repressalias, arresta, viarum occlusiones et alios actus praejudiciales, sive durante bello quocunque praetextu in contrarium facta et propria auctoritate hucusque attentata sunt, sive dehinc nullo prae-

Röm. Kais. Majestät, das Reich und dessen offentlichen Frieden, insonderheit auch gegenwärtigen Vertrag fallen. Welche dann allerdings vermög der Pflichten, damit ein jeder der Kais. Majestät und Röm. Reiche verbunden, sollen gerichtet werden.

64. Es soll aber, innerhalb sechs Monat, nach ratifizirtem Frieden, ein Reichstag gehalten und fürters, so oft solches die allgemeine Nothdurfft erfordert und nutzbar ist, wiederholet werden. Auf dem nächsten Reichs-Tag aber sollen der vorigen Conventen-Mängel ersetzt, und alsdann von der Wahl eines Röm. Königs, einer gewissen und beständigen Kais. Kapitulation von Maß und Weiß über den, so sonsten in denen Reichs-Satzungen beschrieben, um ein oder andern Stand in deß Reichs Bann zu erklären, zu Ergäntzung der Kräysen, Erneuerung der Matrikul, Herbeybringung der eximirten Ständen, Moderir und Entlaßung der Reichs-Collecten, Reformation der Polizey und Jusdici-Wesen, Tax der Sportuln beym Kammergericht, um nützlicher Bestellung der ordentlichen Deputirten wegen gewisser Direktorn in deß Röm. Reichs Collegien, und dergleichen Geschäfften, welche dießmals nicht verrichtet werden mögen, mit der Ständen allgemeinen Consens, gehandelt und geschlossen werden.

65. So wol aber im allgemeinen, als absonderlichen Conventen, sollen den freyen Reichs-Städten, nichts weniger als andern Reichs-Ständen, ein votum decisivum zustehen und dero Regalien ungekränkt und versichert, benebenst Zölle, jährliche Renten Freyheiten, Confiscations- und Kollekten Privilegien, und daher dependirende, auch andere von der Römischen Kais. Majestät und dem Römischen Reiche erlangte oder auch von langem hero für diesem Kriegswesen erhaltene, in Besitz gehabte und exerzirte Gerechtigkeiten, samt vollkommener Jurisdiction, in Städten und auf dem Land verbleiben: Hingegen verboten, aufgehoben, und ins künfftig abgethan seyn dasjenige, das bishero durch Repressalien Arresten, Sperrung deß Passes, und andere nachtheilige Handlungen,

cedente legitimo juris et executionis ordine fieri attentavire poterunt. De caetero omnes laudabiles consuetudines et Sacri Romani Imperii Constitutiones et leges fundamentales inposterum religiose serventur, sublatis omnibus, quae bellicorum temporum injuria irrepserant, confusionibus.

66. De indaganda aliqua ratione et modo aequitati conveniente, quo persecutiones actionum contra debitores ob bellicas calamitates fortunis lapsos, aut nimio usurarum cursu aggravatos, moderate terminari, indeque nasciturís majoribus incommodis etiam tranquilitati publicae noxiis obviam iri possit, Caesarea Majestas curabit exquiri tam Judicii Aulici, quam Cameralis vota et consilia, quae in futuris Comitiis proponi, et in constitutionem certam redigi possint; interea tamen temporis in hujusmodi causis ad Judicia cum Summa Imperii tum singularia Statuum delatis circumstantiae a partibus ablegatae bene ponderentur, ac nemo executionibus immoderatis praegravetur; sed haec omnia Holsatiae constitutione salva et illaesa.

(Art. X.)

67. Et quia publico interest, ut facta Pace commercia vicissim reflorescant, ideo conventum est, ut quae eorum praejudicio et contra utilitatem publicam hinc inde per Imperium belli occasione noviter propria auctoritate contra jura, privilegia, et sine consensu Imperatoris atque Electorum Imperii invecta sunt Vectigalia et Telonia, ut et abusus Bullae Brabantinae, indeque natae represaliae et arresta, cum inductis peregrinis certificationibus, exactionibus, detentionibus itemque immoderata Postarum, omniaque alia inusitata onera et impedimenta, quibus commerciorum et navigationis usus

so bey währendem Kriege unter einigem Prätext eingeführt, oder eigenthätiger Weise verübet worden, oder noch hinfüro ausser einigem fürgehenden ordentlichen Rechts und Executions-Prozeß, verübet werden möchten. Im übrigen sollen alle löbliche Gewonheiten, und deß Heiligen Reichs Satzungen und fundamental Gesetze ins künftige eifrig gehalten, und hingegen alle bey gegenwärtigen Zeiten eingeschlichene Confusion und Unordnung abgeschafft werden.

66. Um Erfindung einer billigen Maß und Weise; mit welcher man gegen die bey diesem Kriegs-Jammer erschöpffte, oder aus lang fortlauffendem Wucher belästigte Schuldner, mit Bescheidenheit begegnet, und dannenher grössern Schaden, und dem gemeinen Wesen besorgenden Unheil fürkommen möchte, will die Röm. Kaiserliche Majestät, sowol dero Reichs-Hofraths, als Kammer-Gerichts-Meynung und Bedenken erfordern, welches bey künfftigem Reichs-Tage proponirt, und in eine gewisse Form oder Satzunge gebracht werden kann. Inmittelst sollen in diesen Sachen, so an deß Heiligen Reichs hohe als der Ständen sonderbaren Gerichten vorgangen, die, von den Partheyen eingeführte, Umstände wol erwogen: Und keiner mit übermässiger Execution beschweret werden, jedoch der Holsteinischen Verordnung hiemit durchaus nichts benommen.

(Art. X.)

67. Und demnach insgemein daran gelegen, daß nach gemachten Frieden die Kaufhandlungen wieder hiefür blühen mögen: So ist verglichen, daß dasjenige, so zum Nachtheil und wider den gemeinen Nutzen hin und her im Heiligen Reich, aus Veranlassung deß Kriegs, neuerlich eigenthätiger Weise, wider die Rechte und Privilegien, und ausser Einwilligung der Röm. Kais. Majestät, und des Reichs Chur-fürsten entstanden, als die Maut und Zölle, zu Wasser und Land eingeführt werden, wie auch der Brabantischen Bullen Mißbräuche und daher entstandene Repressalien und Arresten, benebenst eingeschlichenen fremden Certificatio-

deterior redditus est, penitus tollantur, et Provinciis, Portubus, Fluminibus quibuscunque sua pristina securitas, jurisdictio et usus, prout ante hos motus bellicos a pluribus retro annis fuit, restituantur, et inviolabiliter conserventur.

nen, Exactionen, Detentionen, als auch unmäßliche Post, und alle andere ungewöhnliche Beschwerden und Verhinderungen, durch welche die Handlungen und Schiffahrten in Abgang kommen, gänzlich aufgehoben werden, und denen Ländern, Hafen und Wassern insgesamt ihre vorige Sicherheit, Jurisdiction und Ubunge, massen selbige für diesem Kriegswesen von vielen Jahren her, im Schwang gangen, ersetzt, und unverletzlich erhalten werden sollen.

68. Territorium, quae flumina alluunt, et aliorum quorumcunque juribus ac privilegiis, ut et Teloniis ab Imperatore de consensu Electorum cum aliis, tum etiam Comiti Oldenburgensi in Visurgi concessis aut usu diuturno introductis in pleno suo vigore manentibus et executioni mandandis, tum ut plena sit commerciorum libertas, et transitus ubique locorum terra marique tutus, adeoque ea omnibus et singulis utriusque partis Föderatorum Vasallis, Subditis, Clientibus et incolis, eundi, negociandi, redeundique potestas data sit, virtuteque praesentium concessa intelligatur, quae unicuique ante Germaniae motus passim competebat: quos etiam Magistratus utrinque contra in justas oppresiones et violentias instar propriorum subditorum defendere ac protegere teneantur, hac conventione ut et jure legeque cujusque loci per omnia salvis.

68. Diejenige Länder, so an Wasser fliessen, und alle andere Rechte und Privilegien, als auch Mautte, so von der Röm. Kais. Majestät mit Bewilligung der Churfürsten beydes andern, beydes dem Grafen zu Oldenburg auf der Weeser erlaubt oder langer Hand im Schwang gewesen, sollen in ihren völligen Kräfften bleiben und vollzogen werden Damit also die Handlung ihre vollständige Freyheit erlangen und allerseits zu Wasser und Land sicher zu reisen seye, auch dergestalt alle und jede beyderseits Bundsverwandten Lehenleute Unterthanen, Angehörige und Inwohner frey und sicher passiren, repassiren und handeln mögen. Und Kraft dieses, in den Stand und Sicherheit gelangen, worinn ein jeder für dem Teutschen Kriege sich befunden. Da dann beyderseits Obrigkeiten, wider unbilligen Gewalt und Zwang ein jedern Fremden, gleich als sein eigenen Unterthanen schützen und retten soll: Dergestalt, daß so wol dieser Vergleich, als eines jeden Orts Rechtes und Satzungen beobachtet werden.

(Art. XI.)

69. Quo magis autem dicta Pax atque amicitia inter imperatorum et Christianissimum Regem firmari possit, et securitati publicae melius prospiciatur, ideo de consensu, consilio et voluntate Electorum, Principum et Statuum Imperii pro bono Pacis conventum est.

70. Primo, Quod supremum Dominium, Jura Superioritatis aliaque omnia in Episcopatus Metensem, Thullensem et Virodunensem, Urbesque cognomines eorumque

(Art. XI.)

69. Damit aber besagter Friede und Freundschafft, zwischen dem Röm. Kaiser und Könige in Frankreich desto baß bestättigt, und der allgemeinen Sicherheit besser für gestanden werde: Hierum ist mit deß Heiligen Reichs Churfürsten und Ständen Bewilligung, Rath und Zuthun, um Friedens Willen verglichen:

70. Fürs Erste, soll die hohe Regierung Jura superioritatis auch alle andere Rechte, so bishero das Heilige Römische Reich an die Bisthümer Metz, Tull und Verdun, und der-

Episcopatuum districtus, et nominatim Moijenuicum, eo modo, quo hactenus ad Romanum spectabant Imperium, inposterum ad coronam Galliae spectare eique incorporari debeant in perpetuum et irrevocabiliter, reservato tamen jure Metropolitano ad Archi-Episcopatum Trevirensem pertinente.

selben Städte und Gebiete, und benantlich Mayenwick gehabt, künftigs auf eben solche Weise der Cron Frankreich zustehen, und zu ewigen Tagen unwiederrufflich incorporirt verbleiben: jedoch mit Vorbehalt der Iuris Metropolitani, so dem Ertzstifft Trier zukömmt.

71. Restituatur in possessionem Episcopatus Virodunensis Dominus Franciscus Lotharingiae Dux, tanquam legitimus Episcopus, et eum Episcopatum pacifice administrare, ejusque sicuti et suarum Abbatiarum, (salvo Regis et cujuscunque privati jure) nec non bonorum suorum patrimonialium ubicunque sitorum Juribus, (quatenus praedictae cessioni non repugnant) privilegiis, reditibus et fructibus uti frui permittatur, dummodo prius praestiterit Regi juramentum fidelitatis, nihilque moliatur adversus suae Majestatis Regnique commoda.

71. Es soll Herr Franziskus, Hertzog in Lottharingen, als ein ordentlicher Bischoff in Possession des Bisthums Verdun wieder eingesetzt werden. Gedachtes Bisthum soll er friedlich regieren, und desselben, als auch seiner Abteyen, (jedoch vorbehältlich deß Königs, und eines jedwedern Privat Gerechtigkeit) und seiner Patrimonial-Güter, wo die auch gelegen seyn mögen, (so fern sie gedachter Uebergabe nicht entgegen stehen) Privilegien, Einkünfften und Abnutzungen sich bedienen und geniessen: Allein hinfüro dem Könige getreu und hold zu seyn, eydlich angeloben, nichts gegen dero Majestät und Reichs-Wolfahrt fürzunehmen.

72. Secundo, Imperator et Imperium cedunt transferuntque in Regem Christianissimum ejusque in Regno Successores, Jus directi Dominii, Superioritatis, et quodcunque aliud quod sibi et S. Romano Imperio hactenus in Pignarolum competebat, et competere poterat.

72. Fürs Ander, so tretten ab, und übergeben die Römische Kais. Majest. und das Reich, dem Allerchristlichsten Könige und dessen Nachfolgern am Reiche das Jus directi Dominii et superioritatis, und was sonsten dieselbe für sich, und das Heilige Römische Reich, für Recht au Pinorala gehabt, oder gehaben mögen.

73. Tertio, Imperator pro se totaque Serenissima Domo Austriaca, itemque Imperium, cedunt omnibus juribus, proprietatibus, dominiis, possessionibus ac jurisdictionibus, quae hactenus sibi, Imperio et Familiae Austriacae competebant in Oppidum Brisacum, Landgraviatum Superioris et Inferioris Alsatiae, Suntgoviam, Praefecturamque Provincialem Decem Civitatum Imperialium in Alsatia sitarum, scilicet Hagenau, Colmar, Schlettstatt, Weissenburg, Landau, Oberenhaim, Rosheim, Münster in Valle S. Gregorii, Kaisersberg, Turinghaim, omnesque Pagos, et alia quaecunque jura, quae a dicta Praefectura dependent, eaque omnia et singula in Regem Christianissimum Regnumque Galliarum transferunt, ita ut dictum

73. Drittens, thun die Kaiserl. Majestät für sich, und dero Durchläuchtigstes Hauß Oesterreich, wie auch das Römische Reich, sich begeben aller Rechten, Eigenthums, Herrschafft, Possession und Jurisdiction, welche bis dahero dem Röm. Reich, und Hauß Oesterreich zugestanden, an die Stadt Breysach, Landgrafschafft Ober- und Nieder-Elsaß, Suntgau, die Land-Amtschafft der 10 im Elsaß gelegenen Reichs-Städten, nemlich, Hagenau, Colmar, Schlettstadt, Weißenburg, Landau, Oberenheim, Roßheim, Münster im Thal zu St. Gregorii, Kaisersberg, Thüringheim, alle Dorffschafften, und alle andere Recht, welche zu besagtem Amt gehören: und übergeben solche alle, und jedes besonder dem Allchristlichsten Könige und Crone Frankreich, dergestalt, daß besagte Stadt Brey-

Oppidum Brisacum cum Villis, Hochstat, Niederrimsing, Harten et Acharren, ad communitatem Civitatis Brisacensis pertinentibus, cumque omni Territorio et banno, quatenus se ab antiquo extendit, salvis tamen ejusdem Civitatis Privilegiis et immunitatibus antehac a Domo Austriaca obtentis et impetratis.

74. Itemque dictus Landgraviatus utriusque Alsatiae et Suntgoviae, tum etiam Praefectura Provincialis in dictas decem Civitates et loca dependentia, itemque omnes Vasalli, Landsassii, Subditi, Homines, Oppida, Castra, Villae, Arces, Sylvae, Forestae, Auri, Argenti, aliorumque mineralium fodinae, flumina, rivi, pascua omniaque jura Regalia et appertinentiae, absque ulla reservatione, cum omnimoda jurisdictione et Superioritate, supremoque Dominio a modo in perpetuum ad Regem Christianissimum, Coronamque Galliae pertineant, et dictae Coronae incorporata intelligantur, absque Caesaris, Imperii, Domusque Austriacae vel cujuscunque alterius contradictione. Adeo ut nullus omnino Imperator aut Familiae Austriacae Princeps quicquam juris aut potestatis in eis praememoratis partibus cis et ultra Rhenum sitis ullo unquam tempore praetendere vel usurpare possit aut debeat.

75. Sit tamen rex obligatus in eis omnibus et singulis locis Catholicam conservare Religionem, quemadmodum sub Austriacis Principibus conservata fuit, omnesque, quae durante hoc bello novitates irrepserunt, removere.

76. Quarto, Christianissimae Majestati ejusque in Regno Successoribus, de consensu Imperatoris, totiusque Imperii perpetuum Jus sit tenendi praesidium in Castro Philipsburg protectionis ergo, ad convenientem tamen numerum restrictum, qui Vicinis justam suspicionis causam praebere non possit; sumptibus duntaxat Coronae Galliae sustentandum. Patere etiam debebit Regi liber transitus per terras et aquas Imperii ad in-

sach, samt denen Höfen, Hochstat, Niederrimsing, Harten und Acharren so zu der Stadt Breysach Gemeinschafft gehörig, samt allem Gebiete, und Bann, wie es von Alters herkommen, nunmehr der Cron Frankreich gehören solle: Jedoch mit Vorbehalt besagter Stadt hierüber vom Hause Oesterreich erlangten Privilegien und Freyheiten.

74. Und soll besagte Landgrafschafft bey der Elsaß und Suntgau, wie auch das Land-Amt der bemeldten zehen Städten, und darzu gehörigen Orten, wie auch alle Lehenleute, Landsassen, Unterthanen, Leute, Städte, Schlösser, Höfe, Castellen, Wälde, Forste, Gold, Silber, und ander Metallen, Gruben, Wasser, Bäche, Weyde, auch alle Rechte, Regalien und Zugehörungen, ohn einigen Vorbehalt, mit aller Jurisdiction, Superiorität, und Supremo Dominio, von nun an, zu immerwährenden Zeiten, dem Allerchristlichsten Könige, und der Cron Frankreich zustehen, und besagter Cron einverleibt seyn, ohne Kaiserlichen Majestät des Römischen Reichs, und deß Hauses Oesterreich, oder eines andern Widersprechunge, also daß gantz kein Römischer Kaiser, oder Fürst aus dem Hause Oesterreich, einiges Recht oder Gewalt, in obbesagten diß- und jenseit Rheins gelegenen Landschafften, hinfüro zu einiger Zeit suchen, oder gebrauchen könne oder möge.

75. Es soll aber der König verbunden seyn an allen und jeden solchen Orten, die katholische Religion zu erhalten, wie solche unter denen österreichischen Fürsten im Schwang gangen, auch alle bey währendem Kriege eingeschlichene Neuerungen abschaffen.

76. Vierdtens, soll die Allerchristlichste Maj. und dero am Reich Nachfolger, vermög Kais. Maj. und deß ganzen Röm. Reichs Bewilligung, Recht und Macht haben, in der Festung Philippsburg Schutzes halber eine Besatzung zuhalten, welche jedoch auf leidliche Anzahl zu moderiren, damit keinem Benachbarten, einiger Verdacht erweckt werde, und solche soll die Crone Frankreich auf ihren Kosten unterhalten.

Es soll auch dem Könige durch das Röm.

ducendos milites, commeatum et caetera omnia quibus et quoties opus fuerit.

77. Rex tamen praeter protectionem, praesidium et transitum in dictum Castrum Philipsburg nihil ulterius praetendet, sed ipsa proprietas, omnimoda jurisdictio, possessio, omniaque emolumenta, fructus, accessiones, Jura, Regalia, servitutes, homines, subditi vasalli, et quidquid omnino antiquitus ibidem et in totius Episcopatus Spirensis, Ecclesiarumque illi incorporatarum districtu, Episcopo et Capitulo Spirensi competebat, et competere poterat, eisdem inposterum quoque salva, integra et illaesa, excepto tamen jure protectionis, permaneant.

78. Imperator, Imperium, et Dominus Archi-Dux Oenipontanus Ferdinandus Carolus respective exsolvunt Ordinis, Magistratus, Officiales et Subditos singularum supra dictarum Ditionum ac locorum, vinculis et Sacramentis, quibus hucusque sibi, Domuique Austriacae obstricti fuerant, eosque ad Subiectionem, obedientiam et fidelitatem Regi Regnoque Galliae praestandam remittunt, obligantque. Atque ita Coronam Galliae in plena justaque eorum superioritate, proprietate, et possessione constituunt, renunciantes omnibus in ea juribus ac praetensionibus ex nunc in perpetuum, idque pro se, suisque posteris Imperator, dictus Dominus Archi-Dux, ejusque Frater, (quatenus praedicta cessio ad ipsos pertinet) peculiari diplomate tum ipsi confirmabunt, tum efficient, ut a Rege Hispaniarum Catholico eadem quoque renunciatio in authentica forma extradatur. Quod et Imperii totius nomine fiet, quo die subsignabitur praesens Tractatus.

Reich, zu Land und zu Wasser zu Einführung solches Volks-Proviant und sonstem alles dessen, so viel und offt nöthig seyn wird, freyer Paß gegönnet werden.

77. Es soll aber der König, ausser Schutzes, Besatzung und Passes, an besagte Festung Philippsburg nicht ferners praetendiren, sondern das Eigenthum, völlige Jurisdiction, Possession, und alles Aufnehmen, Aufkünffte, Besserunge, Rechte, Regalien, Dienste, Leute, Unterthanen, Lehenleute, und was von Altershero daselbst, und in deß gantzen Stifft Speyers, und demselben incorporirten Kirchen-Gebiete, dem Bischoff und dem Kapitul zu Speyer zugehöret, oder zugehören können, demselben soll ins künfftig solches alles unversehrt und unverletzt, ausser der Schutz-Gerechtigkeit verbleiben.

78. Die Röm. Kais. Majestät, das Heilige Reich, und der Herr Erzhertzog zu Insbruck, Ferdinandus Carolus, thun respektive Stände, Obrigkeiten, Offizirer, und Unterthanen aller besagter Länder und Oerter, der Obligation und Pflichten, mit welchen sie bißhero ihnen und dem Haus Oesterreich verbunden gewesen, erlassen, und sie hingegen zur Subjection, Treu und Gehorsam, an den König und Cron Frankreich anweisen, und verbindlich machen.

Wormit sie also die Cron Frankreich in völliger und rechter derselben Superiorität, Eigenthum und Possession einsetzen. So verzeihen sie allen auf dieselbe Recht und Praetensionen, nun und zu ewigen Tagen, und dasselbe für sich und ihre Nachkommen, wird die Kais. Majestät, und besagter Herr Ertzhertzog, und dessen Bruder, (soweit vorbesagte Uebergabe sie betrifft,) vermittels eines sonderbaren Instruments beyds selbst bestätigen, beyds verschaffen, daß von dem Catholischen Könige in Hispanien eben solche Uebergabe und Renunziation, in kräftiger Authentischer Form ausgeantwortet werde. Welches dann auch im Namen des Römischen Reichs geschehen soll, auf den Tag, auf welchem diese Handlung unterschrieben wird.

79. Ad majorem supra dictarum cessionum et alienationum validitatem, Imperator et Imperium, vigore praesentis transactionis expresse derogant omnibus et singulis praedecessorum Imperatorum, Sacrique Romani Imperii Decretis, Constitutionibus Statutis et Consuetudinibus, etiam Juramento firmatis aut imposterum firmandis, nominatimque Capitulationi Caesareae, quatenus alienatio omnimoda bonorum et Jurium Imperii prohibetur, simulque in perpetuum excludunt omnes exceptiones et restitutionis vias, quocunque tandem jure titulove fundari possent.

79. Zu mehrer obbesagter Uebergaben und Veräußerungen Bekräfftigung, thut die Römische Kaiserliche Majestät, und das Römische Reich, vermög dieses Vertrages, ausdrücklich cassiren und aufheben alle und jede voriger Römischer Kaiser, und des Heiligen Reichs-Decreten, Satzungen, Statuten und Gewohnheiten, so entweders vermittelst Eyds befestigt, oder hinfüro zu befestigen stehen, benamentlich die Kaiserliche Capitulation, so weit darinn die Veräusserungen deß Römischen Reichs Güter und Rechten verboten wird, und zugleich solche zu ewigen Zeiten ausschliesset alle Exceptionen und Restitutions-Wege, auf waserley Schein und Fug solche sich nur begründen möchten.

80. Conventum est insuper, ut praeter promissam hic inferius a Caesare et Imperii Statibus ratihabitionem, in proximis quoque Comitiis ex abundanti ratae sint, supra dictarum Ditionum juriumque abalienationes, ac proinde si in Caesarea Capitulatione pactio, vel in Comitiis propositio deinceps fiat de occupatis distractisve Imperii bonis ac Juribus recuperandis, ea non complectatur aut complecti intelligatur res supra expressas, utpote ex communi Ordinum sententia pro publica tranquillitate in alterius dominium legitime translatas, atque easdem in hunc finem ab Imperii matricula expungi placet.

80. Es ist auch ferners verglichen, daß ausserhalb der hierunten von Kais. Majestät und des Heiligen Reichs Ständen versprochenen Genehmhaltung oder Ratification, auch auf nächstkommendem Reichstage, zum Ueberfluß obbesagter Landschaften und Gerechtigkeiten Uebergaben, bekräftiget werden sollen. Und derowegen, dafern in der Kais. Capitulation eine Abrede, oder auf den Reichstägen Proposition von den occupirten und distrahirten Römischen Reichs Güter und Gerechtigkeiten, um dieselbe wieder herbey zubringen, fürgehen sollte; daß alsdann solches nicht verstanden werden soll von denen obbenannten Dingen, als welche aus einhälliger der sämmtlichen Ständen-Bewilligung, wegen allgemeiner Beruhigung, eines andern Gewalt übergeben worden. Daher sie aus der Reichs-Matricul auszulöschen sind.

81. Statim restitutione Benfeldae, aequabuntur solo ejusdem oppidi munitiones, nec non adjacentis fortalitii Rhinau, sicuti quoque Tabernarum Alsatiae, Castri Hohenbar et Neoburgi ad Rhenum, neque in praedictis locis ullus miles praesidiarius habere poterit.

81. So bald auf Einraumung Benfelden sollen deren Stadt Befestung, als auch der nechstgelegenen Festung Rhinau, wie nicht wenigers Elsas Zabern, deß Castells Hohenbar, und Neuburg am Rhein geschleifet werden: also, daß in besagten Oertern keine Besatzung gehalten werde.

82. Magistratus et incolae dictae Civitatis Tabernarum neutralitatem accurate servent pateatque illac Regio militi, quoties postulatum fuerit, tutus ac liber transitus. Nullae ad Rhenum munitiones in citeriori

82. Der Magistrat und Inwohner bemeldter Stadt Zabern sollen die Neutralität gantz genau halten, und solle dessen Orts dem Königl. Kriegsvolk, so offt solches begehrt wird, frey und sicherer Paß gestattet werden. Es sollen

ripa extrui poterunt Basilea usque Philipsburgum, neque ullo molimine deflecti aut interverti fluminis cursus ab una alterave parte.

am Rhein diſſeits von Baſel biß auf Philippsburg keine Feſtungen oder Schantzen gebauet werden. Soll auch weder von einer oder andern Seiten der Lauff des Stroms abwendig gemacht oder entzogen werden.

83. Quod ad aes alienum attinet, quo Camera Ensisheimiana gravata est, Dominus Archi-Dux Ferdinandus Carolus recipiet in se cum ea parte Provinciae, quam Rex Christianissimus ipsi restituere debet, tertiam omnium debitorum partem sine distinctione, sive Chirographaria, sive Hypothecaria sint, dummodo utraque sint in forma authentica, et vel specialem Hypothecam habeant, sive in Provincias cedendas, sive in restituendas, vel, si nullam habeant, in libellis rationariis receptorum ad Cameram Ensisheimianam respondentium usque ad finem Anni 1632 agnita, atque inter debita, et credita illius recensita fuerint, et pensitationum annuarum solutio dictae Camerae incubuerit, eamque dissolvet, Regem pro tali quota indemnem penitus praestando.

83. Belangend die Schulden, damit die Kammer zu Enſißheim beſchweret, wird Herr Ertzhertzog Ferdinand Carl auf ſich nehmen, ſamt dem Antheil Landes, welches ihm der Allerchriſtlichſte König reſtituiren ſoll, den dritten Theil aller Schulden ohn Unterſchied, ſie ſeyn gleich an Handſchrifften oder Hypotheken, nur allein, daß beyde in Authentiſcher Form beſtehen, und entweders eine ſpezial Hypothek auf die übergebliche oder noch reſtituirliche Länder haben. Da ſie aber der keines hätten, ſo müßten ſie in den Einnahms-Regiſtern, ſo zur Enſißheimiſchen Kammer gehörig, biß auf das Ende des Jahres 1632 angenommen, und unter derſelben debit und credit zu befinden ſeyn. Hierauf ſoll der jährlichen Penſionen Abſtattung beſagter Kammer obliegen, welche, auſſer deß Königs Beytragung, ſolches zu zahlen hat.

84. Quae vero debita Collegiis Ordinum ex singulari per Austriacos Principes, cum ipsis in Diaetis Provincialibus inita conventione attributa, aut ab ipsis Ordinibus communi nomine contracta sunt, iisque solvenda incumbunt, debet inter eos, qui in ditionem Regis veniunt, atque illos, qui sub dominio Domus Austriacae remanent, iniri conveniens distributio, ut unaquaeque pars sciat, quantum sibi aeris alieni dissolvendum restet.

84. Was aber für Schulden den Collegiat-Ständen vermög der Oeſterreichiſchen Fürſten, auf den Landtägen mit denſelben ſonderbaren Vereinigungen zugetheilt, oder von den Ständen ſelbſten in gemeinem Namen gemacht worden, und dahero denſelben zu bezahlen obliegen, ſo ſoll unter denjenigen, ſo unter die Hand deß Königs kommen, und denen, welche unter deß Hauſes Oeſterreich Herrſchafft verbleiben, eine gewiſſe Austheilung gemacht werden, damit ein jedes Theil wiſſe, wie viel ſolches an Schulden zu bezahlen habe.

(Art. XII.)

85. Rex Christianissimus restituet Domui Austriacae, et in specie supradicto Domino Archi-Duci Ferdinando Carolo, primogenito quondam Archi-Ducis Leopoldi Filio, 4 Civitates Sylvestres, Rheinfelden, Seckingen, Lauffenburg, et Waltshutum, cum omnibus Territoriis et Balivatibus, Villis, Pagis, Molendinis, Sylvis, Forestis, Vasallis, Subditis,

(Art. XII.)

85. Der Allerchriſtlichſte König wird dem Haus Oeſterreich, und inſonderheit obgedachtem Herrn Ertzhertzogen Ferdinand Carlen, weiland deß Ertzhertzogs Leopoldi erſtgebornem Sohn wieder abtretten, und ausantworten die vier Waldſtädte, Rheinfelden, Seckingen, Lauffenburg und Waldeshut, ſamt allen Ländereyen, Baleyen, Höfen, Dorffſchafften, Mühlen, Wäl-

omnibusque appertinentiis cis et ultra Rhenum. Itemque Comitatum Hawenstein, Sylvam nigram, totamque Superiorem et Inferiorem Brisgoviam, et Civitates in ea satis antiquo jure ad Domum Austriacam spectantes, scilicet Neuburg, Freyburg, Endingen, Kenzingen, Waldkirch, Villingen, Breunlingen, cum omnibus Territoriis. Item, cum omnibus Monasteriis, Abbatiis, Praelaturis, Praeposituris, Ordinumque Equestrium Commendatariis, cum omnibus Balivatibus, Baronatibus, Castris, Fortalitiis, Comitibus, Baronibus, Nobilibus, Vasallis, hominibus, subditis, fluminibus, rivis, forestis, sylvis, omnibusque Regaliis, juribus, jurisdictionibus, Feudis et Patronatibus, caeterisque omnibus et singulis ad sublime Territorii Jus Patrimoniumque Domus Austricae in toto isto tractu antiquitus spectantibus.

Totam item Ortnaviam, cum Civitatibus Imperialibus Offenburg, Gegenbach et Cella am Hammerspach, quatenus scilicet Praefecturae Ortnaviensi obnoxiae sunt, adeo ut nullus omnino Rex Franciae quicquam juris aut potestatis in his praememoratis partibus, cis et ultra Rhenum sitis, ullo unquam tempore praetendere aut usurpare possit aut debeat, ita tamen, ut Austriacis Principibus praedicta restitutione nihil novi juris acquiratur.

Libera sint in universum, inter utriusque Rheni Ripae et Provinciarum utrimque adjacentium incolas, commercia et commeatus; Inprimis vero Libera sit Rheni navigatio, ac neutri parti permissum esto, naves transeuntes, descendentes aut ascendentes impedire, detinere, arrestare aut molestare, quocunque praetextu, sola inspectione quae, ad perscrutandas, aut visitandas merces, fieri consuevit; excepta nec etiam liceat nova et insolita vectigalia, pedagia, passagia, datia, aut alias ejusmodi exactionis ad Rhenum imponere, sed utraque pars contenta maneat

den, Forsten, Lehenleuten, Unterthanen, und allen diß- und jenseits Rheins Zugehörungen: als auch die Grafschafft Hauenstein, den Schwartzwald, das gantze Ober- und Unter-Brießgau, und die darinn gelegene, und von Alters hero an das Haus Oesterreich gehörige Städte, nemlich Neuburg, Freyburg, Endingen, Kentzingen, Waldkirch, Villingen, Breunlingen samt allem ihrigen Gebiete, auch allen Klöstern, Abteyen, Prälaturen, Probsteyen, Commenthureyen, Valleyen, Baronaten, Castelen, Festungen, Grafen, Freyherren, Edelleuten, Vasallen, Leuten, Unterthanen, Wassern, Flüssen, Bächen, Forsten, Wälden, und allen Regalien, Recht und Gerechtigkeiten, Lehen und Patronat-Sachen, auch allen andern und jeden, so zur hohen und Patrimonial-Gerechtigkeit, in selbiger gantzen Gegend, von Alters hero dem Hause Oesterreich zustehet.

Ingleichen thut auch wieder einräumen die gantze Ortnau, samt den Reichs Städten Offenburg, Gegenbach und Zell am Hammerspach, so weit solche dem Amt Ortnau unterworffen sind. Also, daß durchaus kein König in Frankreich ichtwas Rechts oder Gewalts, in diesen besagten, diß- und jenseits Rheins gelegenen Gräntzen hinfüro prädentiren und geniessen könne oder möge, dergestalt, daß den Oesterreichischen Fürsten unter der besagten Restitution kein neues Recht zuwachse.

Es sollen zwischen beyderseits am Rhein gelegener Länder Innwohnern allerseits Handlungen und Proviantirungen, insonderheit die Schifffahrten auf dem Rhein, frey: und keinem Theil erlaubet seyn, die vorüber- auf- und abfahrende Schiffe aufzuhalten, zu behindern, zu arrestiren, und zu beleidigen, unter was prätext solches auch seyn möge, ausserhalb allein gebräuchlichen der Wahren Erkund- und Besichtigung. Es soll auch nicht zugelassen seyn, neue und ungewöhnliche Zölle, Passagi, und dergleichen Ungelder und Exactionen am Rhein anzulegen: Sondern ein jeder Theil soll sich

vectigalibus et datiis ordinariis ante hoc bellum sub Austriacornm gubernatione ibidem praestare solitis.

86. Omnes Vasalli, Landsassii, Subditi, Cives, incolae, quicunque eis et ultra Rhenum Domui Austriacae, sicut etiam illi, qui immediate Imperio subjecti erant, vel alios Imperii Ordines ut Superiores recognoscunt, non obstante qualicumque confiscatione, translatione, donatione, per quoscumque belli Duces aut Praefectos militiae Suedicae aut Confoederatorum post occupatam Provinciam facta, perque Regem Christianissimum ratificata, aut proprio motu decreta, statim post publicatam Pacem bonis suis immobilibus et stabilibus, sive corporalia, sive incorporalia sint, villis, castris, oppidis, fundis, possessionibus restitui debent, citra ullam exceptionem meliorationum, expensarum, sumptuum compensationem, quas moderni possessores quomodolibet objicere possent, et citra restitutionem mobilium ac se moventium, et fructum perceptorum. Quod vero ad confiscationes rerum, pondere, numero, et mensura consistentium exactiones, concussiones, atque extorsiones, intuitu belli factas, attinet, earum repetitio ad amputandas lites utrimque penitus cassata et sublata esto.

87. Teneatur Rex Christianissimus non solum Episcopos Argentinensem, et Basiliensem, cum Civitate Argentinensi, sed etiam reliquos per utramque Alsatiam Romano Imperio immediate subjectos Ordines, Abbates Murbacensem et Luderensem, Abatissam Andlaviensem, Monasterium in Valle S. Gregorii Benedictini Ordinis, Palatinos de Luzelstein, Comites et Barones de Hanaw, Flectenstein, Oberstein, totiusque Inferioris Alsatiae Nobilitatem, item praedictas Decem Civitates Imperiales, quae Praefecturam Hagenoensem agnoscunt, in ea libertate et possessione Immedietatis erga Imperium Romanum, qua hactenus gavisae sunt, relinquere: Ita ut nul-

mit denen gewöhnlichen, von deß Hauses Oesterreich Regierunge für diesen Kriegen üblichen Zöllen und Gifften begnügen lassen.

86. Alle Lehenleute, Landsassen, Unterthanen, Bürger, Innwohner, welche diß und jenseit Rheins dem Hause Oesterreich, wie auch diejenigen, so dem Römischen Reich unmittelbar untergeben sind, oder andere deß Heiligen Reichs Stände und Obern erkennen, sie unerachtet einiger Confiszirung, Ubergab, Verehrung, so von der Schwedischen Armee Generalen und Vorsteher, oder derselben Bundsgenossen, nach Occupirung deß Landes geschehen, auch durch den Allerchristlichsten König entweders ratifizirt, oder von selbsten dekretirt seyn möchte, sollen unverzüglich nach publizirtem Frieden in ihre unbewegliche und ständige Güter, Höfe, Castel, Flecken, Possessionen, wieder eingesetzt werden, ohn alle Ausflucht der vorgewandten Verbesserung, Unkosten und Auslagen, auch Erstattung der Mobilien und Abnutzungen oder was die itzige Besitzer einwenden möchten. So viel aber die Confiszirungen deren Sachen, so in Gewicht, Zahl und Maß bestehen, Exaction, Erschütt- und Auspressungen so bey wärendem Kriege fürgangen, betreffen thut, derselben Wiederforderung solle, zu Abschneidung beyderseits Streits, gänzlich kassirt, und aufgehoben seyn.

87. Der Allerchristlichste König soll gehalten seyn, nicht allein die Bischoffe zu Straßburg und Basel, mit der Stadt Straßburg, sondern auch andere in Ober- und Nieder-Elsaß, dem Heiligen Röm. Reich ohnmittelbare unterworffene Stände, die Abtey zu Murbach und Ludern, Abtissin zu Antlau, das Kloster im St. Gregorii Thal Benediktiner-Ordens, die Pfalzgrafen von Lützelstein, Grafen und Baronen von Hanau, Fleckenstein, Oberstein und deß gantzen Elsasses Ritterschafft, ingleichen vorbesagte 10 Reichsstädte, so in das Amt Hagenau gehörig, in der Freyheit und Possession, welcher sie als unmittelbare Stände deß Römischen Reichs bishero genossen, verbleiben zu

Iam ulterius in eos Regiam superioritatem praetendere possint, sed iis juribus contentus maneat, quaecunque ad Domum Austriacam spectabant, et per hunc Pacificationis Tractatum Coronae Galliae ceduntur. Ita tamen, ut praesenti hac declaratione nihil detractum intelligatur de eo omni supremi Dominii jure, quod supra concessum est.

lassen, dergestalt, daß Ihre Majestät daselbsten ferners an obbemeldte keine Königl. Hochheit prätendiren möge, sondern sich mit den Rechten kontentire, welche an das Hauß Oesterreich gehören, und durch gegenwärtigen Friedens-Traktat der Cron Frankreich übergeben werden. Jedoch solcher Gestalt, daß unter dieser Erklärung nichts entzogen werde von aller hohen Obrigkeitlichen Gerechtigkeit, welche hieroben übergeben ist.

88. Item, Rex Christianissimus pro Recompensatione partium ipsi cessarum, dicto Domino Archi-Duci Ferdinando Carolo solvi curabit tres Milliones Librarum Turonensium annis proxime sequentibus, scilicet 1649, 50 et 51 in Festo Sancti Joannis Baptistae, quolibet anno tertiam partem in moneta bona et proba Basileae, ad manum Domini Archi-Ducis ejusve Deputatorum.

88. Hingegen will der Allerchristlichste König, zu Recompens für die ihm übergebene Landschafften ermeldtem Herrn Ertzhertzogen Ferdinand Carln zahlen lassen 3 Millionen Thurischer Pfund, in folgenden als 1649, 50 und 51 Jahren, auf St. Johannis deß Täuffers Festtag: So, daß jedes Jahrs der dritte Theil an guter gangbarer Müntze zu Basel dem Herrn Ertzhertzogen und seinen Deputirten geliefert werden sollen.

89. Praeter dictam pecuniae quantitatem Rex Christianissimus tenebitur in se recipere duas tertias debitorum Camerae Ensisheimianae, sine distinctione, sive Chirographaria, sive Hypothecaria sint, dummodo utraque sint in forma authentica et vel specialem Hypothecam habeant, sive in Provincias cedendas, sive in restituendas, vel si nullam habeant, in libellis rationariis receptorum ad Cameram Ensisheimianam respondentium usque ad finem Anni millesimi sexcentesimi trigesimi secundi agnita, atque inter credita et debita illius recensita fuerint, et pensitationum annuarum solutio dictae Camerae incubuerit; easque dissolvet, Archi-Ducem pro tali quota prorsus indemnem praestando, utque id aequius fiat, delegabuntur ab utraque parte Commissarii statim a subscripto Tractatu Pacis, qui ante primae pensionis solutionem convenient, quaenam nomina utrique parti expungenda sint.

89. Ausser besagter Geldsumm wird der Allerchristlichste König nicht wenigers gehalten seyn, auf sich zu nehmen zwey Drittheil der Ensisheimischen Kammer-Schulden, ohne Unterschied, sie bestehen entweder in Handschriften oder Hypotheken nur allein, daß beyde in beglaubter Authentischer Form begriffen, oder ein spezial Hypothek entweders auf die übergebliche oder restituirliche Länder haben: Oder, dafern sie keine haben, da sie nur in dem Einnahms-Registern, so zur Ensisheimischen Kammer, bis auf den Ausgang deß 1632 Jahres gehörig, und unter Debit und Credit derselben befindlich, und unter solche jährliche Pensiones die Kammer schuldig, befindlich seyn, so soll Ihre Majestät solches entrichten, und den Herrn Ertzhertzogen für solch sein Antheil schadlos halten. Dieses, damit es desto billiger geschehe, sollen so bald nach den unterschriebenen Traktaten beyderseits Commissarien abgefertigt werden, welche für der ersten Zahlung der Pension sich vergleichen werden, was für Schulden jedem Theil auszuzahlen seyn.

90. Curabit Rex Christianissimus, praefato Domino Archi-Duci, bona fide absque ulla mora et retardatione restitui omnia et singula literaria Documenta, cujuscunque illa generis sint, quae terras eidem restituendas concernunt; quatenus quidem in Cancellaria Regiminis et Camerae Ensisheimianae, aut Brisaci, vel etiam in custodia Officialium, Oppidorum et Arcium occupatarum reperiuntur.

90. Der Allerchristlichste König wird verschaffen, daß obgedachtem Herrn Ertzhertzogen bey gutem Glauben, ohne einigen Verzug und Hinderung erstattet und restituirt werden alle und jede brieffliche Documenten wie die Namen haben mögen und die Länder, so zu restituiren sind, betreffen, so fern selbige in der Kantzeley der Ensisheimischen Kammer und Regierung, oder zu Brysach, oder in Verwahrung der Offizirer, oder eroberten Städten und Schlössern befunden werden.

91. Quod si talia Documenta sint publica, quae cessas etiam terras pro indiviso concernunt, de his Archi-Duci exempla authentica, quotiescunque requisierit, edentur.

91. Falls nun solche Documenten offentlich sind, welche die übergebene Länder insgesammt unzertheilt betreffen, von diesen sollen dem Ertzhertzogen, so offt ers erfordern wird, Authentische Copeyen ertheilt werden.

(Art. XIII.)

92. Item, ne controversiae inter Dominos Sabaudiae et Mantuae Duces, ratione Montisferrati, authoribus inclytae recordationis Ferdinando II. Imperatore et Ludovico XIII. Galliarum Rege, Suarum Majestatum Parentibus definitae et terminatae, in Christianae Reipublicae perniciem aliquando recrudescant, conventum est, quod Tractatus Cherasci 6. Aprilis Anno Domini 1631 cum subsecuta super eodem Ducatu Montisferrati executione, firmus stabilisque in omnibus suis articulis in perpetuum manebit, excepto tamen Pinarolo ac pertinentiis inter Suam Majestatem Christianissimam, ac Dominum Ducem Sabaudiae definitis et Christianissimo Regi Regnoque Galliae acquisitis per peculiares tractatus, qui eadem stabilitate et firmitate consistent in iis omnibus, quae translationem aut cessionem Pinaroli et pertinentium concernunt: Si quid tamen in dictis peculiaribus tractatibus contineatur, quod Pacem Imperii turbare, vel novos in Italia motus post praesens bellum, quod nunc in illa Provincia geritur, compositum excitare posset, id nullum et irritum sit, dicta nihilominus cessione in suo robore perma-

(Art. XIII.)

92. Desgleichen, damit nicht die Strittigkeiten zwischen denen Herren Hertzogen, in Saphoy, und Mantua, wegen des Montferrats, so auf Seiten der Röm. Kais. Majestät Ferdinandi deß Andern, und der Allerchristlichsten Majestät Ludovici XIII. glorwürdigster Gedächtniß, beyder Majest. beyderseits Herren Vätern geschlichtet und beygelegt worden, zu der allgemeinen Christenheit Schaden hinwiederum auffstossen möchten, ist verabscheidet, daß die Handlung zu Cherasco am sechsten Aprilio im Jahr Christi 1631, samt der darauf über dem Hertzogthum Montferrat folgenden Execution, in allen seinen Punkten stät und fest zu allen Zeiten verbleiben soll: Jedoch ausgeschlossen Pignarola und Zugehörungen, welche zwischen der Allerchristlichsten Majestät und Hrn. Hertzogen in Saphoyen verglichen, und dem Königе und Cron Frankreich, vermittelst sonderbaren Traktaten, zugeeignet worden. Welche dann auch in allen denen Dingen, so die Ubergab und Translation Pignarola, und dessen Zugehör betrifft stät und fest verbleiben sollen. Da aber etwas in besagten sonderbaren Traktaten befindlich, welches des Heiligen Röm. Reichs Frieden beunruhigen, oder nach diesem,

nente cum aliis conditionibus, quae tam in favorem Ducis Sabaudiae quam Regis Christianissimi conventae sunt.

so itzo in selbiger Landschafft geführet wird, hingelegtem Kriege, in Italien neue Unruhe erwecken könnte, dasselbe soll nichtig und ungültig seyn, nichts destoweniger die besagte Ubergabe, samt andern Conditionen, welche sowohl in deß Hertzogs in Saphoyen, als deß Königs in Frankreich Favor abgeredet, in ihrer Kraft verbleiben.

93. Ideoque et Imperatoria et Christianissima Majestas vicissim promittunt, se caeteris omnibus tam ad praedictum Tractatum Cherascensem, quam executionem spectantibus, et in specie Albam, Trinum eorumque territoria et reliqua loca, nunquam directe vel indirecte, specie juris aut via facti contraventuras, neque ullo auxilio vel favoro contravenientem adjuturas, quinimo communi authoritate datum iri operam, ut ne a quoquam quovis praetextu violetur, cum maxime se obligatum esse declaraverit Rex Christianissimus dicti tractatus executionem omnibus modis promovere, atque etiam armis tueri, eo praesertim fine, ut dictus Dominus Sabaudiae Dux, non obstantibus superioribus clausulis in pacifica Trini et Albae, reliquorumque locorum ipsi per dictum Tractatum et investituram subsecutam in Ducatu Montisferrati concessorum et assignatorum, possessione semper relinquatur et manuteneatur.

93. Hierum thun die Römisch Kaiserlich und Allerchristlichste Majestät einander versprechen, daß sie den andern allen, welche sowohl zu dem besagten Traktat zu Cherasco, als der Execution, und in Specie Alba und Trino, und derselben Gebieten und übrige Oerter gehörig, zu keiner Zeit öffentlich oder heimlich, mit, oder ohne Recht, nichts entgegen verfügen, noch auch mit einiger Hülff oder Gunst-Erweisung, denjenigen, so dargegen thun, beyspringen wollen; Sondern vielmehr mitgesamter Authorität daran seyn, damit selbiger von niemands auf einige Weise oder prätext gebrochen werde. Massen dann der Allerchristlichste König sich erkläret, höchst obligirt zu seyn, um deß besagten Traktats Execution allerdings zu befördern, auch durch die Waffen zu schützen, fürnemlich zu dem End, damit besagter Herr Hertzog in Saphoyen, unerachtet der vorigen Klausuln in Trini, Albae, und der übrigen Oerter, so ihm vermittelst vorbesagten Traktats, und darauf erfolgenden Investitur im Hertzogthum Montferrat übergeben und assignirt, geruhiger Possession immerdar verbleiben, und maintenirt werden möge.

94. Ut autem omnium dissidiorum et controversiarum semina inter eosdem Duces penitus extirpentur quadringenta et nonaginta quatuor aureorum millia, quae inclytae memoriae Christianissimus Rex Ludovicus XIII. in exonus Domini Ducis Sabaudiae, se Domino Duci Mantuae soluturum spopondit, Christianissima Majestas praesenti parataque pecunia dicto Dn. Duci Mantuae numerari faciet, et propterea Dominum Ducem Sabau-

94. Damit aber aller Mißhälligkeit und Streits Fünklein zwischen denselben Hertzogen getilget würden, so will die Allerchristlichste Majestät viermal Hundert vier und neunzig tausend Goldgülden, die von weyland dem Allerchristlichsten Könige Ludovico XIII. glorwürdiger Gedächtnüß, zu Erledigung des Hauses Saphoyen, dem Herrn Hertzogen von Mantua versprochen worden seyn, an baarem Geld besagtem Herrn Hertzogen zu Mantua bezahlen

diae ejusque Haeredes et Successores ab ea obligatione omnino relevabit, praestabitque indemnem ab omni petitione quae ratione vel occasione dictae Summae a dicto Domino Duce Mantuae, vel ejus Successoribus fieri posset, adeo ut imposterum ejus nomine, colore, ratione, aut praetextu Dn. Dux Sabaudiae, Haeredes aut Successores nullam omnino juris vel facti molestiam aut vexationem a Dn. Duce Mantuae, haeredibus aut Successoribus ejus patiantur. Qui ab hoc die et a modo in antea cum authoritate et consensu Caesareae et Christianissimae Majestatis, solemni hujus publicae Pacis Instrumenti vigore, nullam penitus in tota hac causa actionem contra Dn. Ducem Sabaudiae ejusque haeredes et Successores exercere poterunt.

lassen. Wird derhalben den Herrn Herzogen in Saphoyen, dessen Erben und Successorn, von derselben Schuld gäntzlich entledigen, und von aller Anforderung, so wegen und aus Veranlaßung gedachter Summ, an ermeldtem Hrn. Hertzogen zu Mantua, oder dessen Nachfolgern gesucht werden könnte, gäntzlich befreyen. Also, daß hinfüro in dessen Namen, Schein oder Prätext, der Herr Hertzog in Saphoyen, dessen Erben oder Nachfolger, gantz keine Recht oder thätliche Vexation und Ungelegenheit vom Herrn Hertzogen zu Mantua, dessen Erben oder Nachfolgern, habe zu gewarten. Welcher von diesem Tage an, und von dato, vermög dieses von der Kais. und Allerchristlichsten Majestät öffentlich und feyerlich verglichenen Frieden-Schlusses, in dieser Sache gantz keine Forderung oder Action gegen den Herrn Hertzogen in Saphoyen und dessen Erben und Nachfolger solle führen können.

95. Caesarea Majestas decenter requisita concedet Domino Duci Sabaudiae, una cum investitura antiquorum Feudorum et Statuum, qualem inclytae memoriae Ferdinandus II. Duci Sabaudiae Victori Amadeo concesserat, Investituram quoque locorum, ditionum, statuum, omniumque jurium Montisferrati, cum appertinentiis, quae illi vigore praedicti Tractatus Cherascensis, nec non executionis inde subsecutae decreta et remissa fuerunt, siculi quoque Feudorum novelli Monfortis, Sinii, Moncberii et Castelletti cum appertinentiis, juxta tenorem Instrumenti acquisitionis ab eodem Duce Victore Amadeo factae sub decimo tertio Octobris Anni Millesimi sexcentesimi trigesimi quarti, et congruenter, concessionibus seu permissionibus, nec non approbationibus Caesariae Majestatis, cum confirmatione quoque omnium et quorumcunque privilegiorum, quae Sabaudiae Ducibus hactenus indulta fue-

95. Es wird die ordentlich darunter ersuchte Römisch Kais. Majestät dem Herrn Hertzogen in Saphoyen conferiren dasjenige, samt der Investitur der uhralten Lehenschaften und Ständen, was weyland die Röm. Kais. Majestät Ferdinandus II. Glorwürdigster Gedächtniß, dem Hertzog in Saphoyen Victori Amedeo gegeben. Da er dann zugleich die Investitur der Oerter, Länder, Städten und aller Rechten deß Montferrats, samt Zugehörungen, wird empfangen, welche Ihm, Krafft vorbemeldtem Cherascischen Traktats, als auch der darauf erfolgten Execution, zugeordnet und nachgelassen sind. Wie nicht wenigers hat er zu geniessen der Lehen des neuen Montforts, Sinii, Moncherii und Castelles, samt Zugehörungen, nach Ausweisung deß Acquisitions-Instruments, so eben selbiger Hertzog Victor Amedeus am 13. Oktober anno 1634. gemacht hat. Darunter dann zugleich mitverstanden werden, der Römischen Kais. Majestät Concessiones, Per-

runt, quotiescunque a Domino Duces Sabaudiae requirentur et postulabuntur.

96. Item conventum est, quod Dux Sabaudiae, Haeredes et Successores ejus, nullatenus a Caesarea Majestate turbentur aut inquietentur in Superioritate, seu jure Superioritatis, quod habent in Feudis Rocheverani Olmi et Caesolae cum appertinentiis, quae a Romano Imperio nulla ratione dependent, et revocatis, annullatisque donationibus et investituris in dictorum feudorum possessione seu quasi Dominus Dux manuteneatur, et quatenus opus sit, redintegretur; parique ratione ejusdem Vasallus Comes Veruvae, quod eadem Feuda Olmi et Caesolae et quartae partis Rochoverani suae possessioni seu quasi restituatur, et in eadem plenissime cum fructibus omnibus redintegretur.

(Art. XIV.)

97. Item conventum est, quod Caesarea Majestas restitui faciat Comitibus Clementi et Joanni Filiis, nec non et Nepotibus ex Filio Octaviano Comitis Caroli Cacherani integrum Feudum Rochae, Arazii cum appertinentiis et dependentibus, quibuscunque non obstantibus.

Similiter declarabit Imperator in Investitura Ducatus Mantuae comprehendi Castra Reggioli et Luzzarae cum suis territoriis et dependentiis, quorum possessionem Dux Guastalae Duci Mantuae restituere teneatur, reservatis tamen eidem juribus pro sex millibus scutatorum annuorum, quae praetendit: de quibus agere, et judicio experiri coram Sua Caesarea Majestate valeat adversus Ducem Mantuae.

missiones und Approbationes, zusamt aller und jeden Privilegien, Bekräfftigung, welche biß dahero dem Hertzogen in Saphoyen zugestanden, so offt solche vom Herrn Hertzogen in Saphoyen erfordert und begehret werden.

96. Ferners ist auch bedinget, daß der Hertzog von Saphoyen, dessen Erben und Nachfolgern, von der Röm. Kais. Maj. belangend das Jus Superioritatis, so sie haben an die Lehen Rocheveran, Olmi und Cäsola, sämt Zugehörungen, welche vom Römischen Reiche keineswegs dependiren, gantz nicht soll betrübet oder beunruhiget werden: Sondern soll nach beschehener Absagung und Aufhebung der Donationen und Belehnungen, in besagter Lehen-Possession Herr Hertzog maintenirt, und soweit es die Nothdurfft erfordert, restituirt werden. Deßgleichen soll auch dessen Vasall der Graf zu Verua, belangend die Lehen zu Olmi, Cäsola, und vierten Theil Rocheveran, in seine Possession vel quasi wieder eingesetzt, und in derselben, samt allen Abnutzungen, mit völliger Ergäntzung wieder ersetzt werden.

(Art. XIV.)

97. Mehr ist abgeredt, daß die Röm. Kais. Majestät die Grafen Clemens und Johann, Söhne, als auch die Enckele des Sohnes Octaviani, Grafen Carlen zu Cacheran, soll restituiren lassen, in das gantze Lehen Rochä und Arazii samt dependirenden Zugehörungen: ungehindert aller Einwendungen.

Jngleichen wird den Paß Jhro Kaiserliche Majestät erläutern, daß nemlich bey der Jnvestitur deß Hertzogthums Mantua, soll mit begriffen seyn beyde Kastell Reggioli und Luzara, mit seinen Gebieten und Anhang. Welcher Besitzung der Hertzog zu Guastalla, dem Hertzogen zu Mantua wieder einräumen soll: Jedoch mit Vorbehalt seines Rechts und jährlichen 6000 Cronen Prätension. Uber welches er für der Römischer Kaiserl. Majestät den Hertzogen von Mantua mit Rechte besprechen mag.

(Art. XV.)

98. Simulatque vero Instrumentum Pacis a Dominis Plenipotentiariis et Legatis subscriptum et signatum fuerit, cesset omnis hostilitas, et quae supra conventa sunt, utrinque et vestigio executioni mandentur, utque id melius et citius adimpleatur, sequenti post subscriptionem die Publicatio Pacis fiat more solemni et solito per compita Civitatum Monasteriensis et Osnabrugensis, post acceptum tamen nuncium, quod subscriptio Tractatus facta fuerit in utroque loco, statimque post Publicationem factam diversi mittantur Cursores ad Duces Exercituum, qui citatis equis simul iter conficiant, dictis Ducibus significent, conclusam esse Pacem, curentque, ut conventa inter ipsos Duces die, Pax et cessatio hostilitatum in singulis Exercitibus denuo publicetur, omnibusque et singulis belli Ministeris et Civitatum, aut fortalitiorum Gubernatoribus imperetur, ut ab omni hostilitatum genere imposterum abstineant, ita, ut si quid post dictam Publicationem attentatum aut via facti mutatum fuerit, id quam primum reparari et in pristinum statum restitui debeat.

99. Conveniant inter se utriusque partis Plenipotentiarii intra tempus conclusae et ratificandae Pacis de modo, tempore et securitate restitutionis locorum et exaucterationis militiae, ita ut utraque pars secura esse possit, omnia, quae conventa fuerint sincere adimpletum iri.

100. Imprimis quidem Imperator per universum Imperium edicta promulget et serio mandet eis, qui hisce pactis et hac Pacificatione ad aliquid restituendum vel praestandum obligantur, ut sine tergiversatione et noxa intra tempus conclusae et ratificandae Pacis praestent et exequantur transacta, inungendo tam Directoribus, ausschreibenden Für-

(Art. XV.)

98. So bald aber das Friedens-Instrument von denen Herrn Gevollmächtigten und Gesandten unterschrieben und sigillirt seyn wird, soll alle Feindschafft aufhören, hingegen alles dasjenige, so droben verglichen ist, beyderseits alsbald zur Execution gestellt werden. Und damit solches desto besser und bälder vollzogen werde, so soll deß nächstn Tags nach der Unterschreibung, in denen Städten Münster und Osnabrück wie gebräuchlich, durch die Strassen der Frieden solennirt, publizirt und ausgerufen werden. Nachdem in obgedachten beyden Orten wird kundbar seyn der Traktaten Unterschreibung, so sollen nach beschehener Ausruffung unterschiedliche Currirer an die Generals-Personen, bei denen Armeen spedirt werden, welche per posta reiten, besagten Generals-Personen daß der Friede beschlossen, anzeigen, und daran seyn sollen, damit der Friede auf gewissen Tag unter denen Generals-Personen, und Abstellung aller Feindschafft bey allerseits Armeen nachmals publizirt, auch allen und jeden Kriegs-Bedienten, der Städten und Festungen Kommandanten anbefohlen werden, hinfüro von allerhand Feindthaten abzustehen, also, daß dafern ichtwas nach gedachter Publication dergleichen thätliches fürgenommen, und Gewaltthätig verübet würde, solches alsbalden erstattet, und in vorigen Stand gesetzt werden solle.

99. Entzwischen sollen beyderseits Gevollmächtigten sich vergleichen, innerhalb der Zeit deß beschlossenen und ratificirten Friedens, mit was Manier, Zeit und Sicherheit, die Oerter wieder eingeraumt, und die Völker abgedankt werden mögen. Also, damit beyde Theile alles, was verglichen worden aufrichtig vollzogen werden soll, versichert seyn mögen.

100. Insonderheit aber wird die Römische Kaiserliche Majestät durchs gantze Römische Reich Edicta publiciren, und denen ernstlich befehlen, welche vermög dieser Pakten und Friedens, ichtwas zu restituiren und leisten schuldig, damit sie ohne Verweigerung und Schaden, unter der Zeit deß beschlossenen und ratifizirten Friedens, dasjenige, was verglichen,

sten, quam Praefectis Militiae Circularis, Krayß-Obersten, ut ad requisitionem restituendorum, juxta ordinem executionis et haec pacta, restitutionem cujusque promoveant et perficiant. Inseratur etiam Edictis Clausula, ut quia Circuli Directores, die ausschreibenden Fürsten, aut Praefecti Militiae Circularis, Krayß-Obersten, in causa vel restitutione propria minus idonei executioni esse censentur, hoc in casu itemque, si Directores vel Praefectum Militiae Circularis repudiare commissionem contingat, vicini Circuli Directores aut Praefecti Militiae Circularis eodem executionis munere etiam in alios Circulos ad restituendorum requisitionem fungi debeant.

101. Quod si etiam restituendorum aliquis Caesareanos Commissarios ad alicujus restitutionis, praestationis, vel executionis actum necessarios censuerit, quod ipsorum optioni relinquitur, etiam illi sine mora dentur. Quo casu ut rerum transactarum effectus tanto minus impediatur, tam restituentibus, quam restituendis liceat statim conclusa et subscripta Pacificatione, binos aut trinos utrinque nominare Commissarios, e quibus Caesarea Majestas unum a restituendo, alterum a restituente nominatum, pares tamen numero ex utraque Religione eligat, quibus injungatur, ut omnia, quae vigore hujus Transactionis oportet, absque mora exequantur. Sin autem Restituentes Commissarios nominare neglexerint, Caesarea Majestas ex iis, quos restituendos nominaverit, unum deliget: aliumque pro suo arbitrio, observata tamen utrobique diversae religioni addictorum paritate, adjunget, quibus Commissionem executionis demandabit, non obstantibus exceptionibus in contrarium factis. Ipsi deinde restituendi mox a conclusione Pacis de transactorum tenore notum faciant interessatis aliquid restituturis.

erfüllen, mit Befehl sowol an die ausschreibende Fürsten, als Krayß-Obristen, damit sie auf Anrufen deren so zu restituiren sind, nach Ausweisung der Exekutions-Ordnung eines jeden Dings Restitution befördern und vollziehen. Es soll auch in die Kaiserl. Edicta, diese Clausul eingerückt werden, daß, weilen die ausschreibende Fürsten oder Krayß-Obristen, in ihrer eigenen Restitution-Sache nicht bequem seyn die Execution zu verfügen, in solchem Fall, und da die ausschreibende Fürsten und Krayß-Obristen die Kommissarien verwerffen dürfften, alsdann deß benachbarten Krayßes-Direktoren und Krayß-Obristen, eben solch Executions Amt gegen andere Krayse dafern die Restitution gesucht würde, führen sollen.

101. Da auch einer, so zu restituiren ist, Kaiserliche Kommissarien, wegen einiger Restitution, Liefferung oder Execution, nothwendig erachtet würde, welches zu ihrer Gefälligkeit stehet, sollen solche unbehindert gefolget werden. Auf welchen Fall, damit der verglichenen Sachen Effekt desto weniger verhindert werde, so soll sowol denen, welche wieder abtretten, als welche wieder eingesetzt werden sollen, erlaubt seyn, nach beschlossenem und unterschriebenem Frieden, zwey oder drey beyderseits Kommissarien zu ernennen, aus welcher die Römische Kaiserl. Majestät einen auf Seiten des, so wieder einzusetzen ist, den andern deß Abtrettenden solle benahmen, und aus beyderley Religion an gleicher Zahl erwehlen sollte, welchen zu befehlen, das alles was vermög dieses Vertrags erfordert wird, ohne Verzug zu exequiren. Im fall aber die Restituentes etwan Kommissarien zu nennen unterliessen, so soll die Kaiserl. Majestät aus denen, welche, der wider einzusetzen ist, benennen wird, einen erwehlen, und noch einen ihres Beliebens, jedoch damit beyderseits Religions-Verwandte Gleichheit gehalten werde, adjungiren, welchen sie dann wegen der Execution Commission ertheilen wird, unerachtet der entgegen lauffenden Einwürffen. Gleich nach beschlossenem Frieden sollen die wieder einzusetzen seyn, den Inhalt deß Vergleichs, den Interessirten, welche etwas zu restituiren haben, zu wissen machen.

102. Omnes denique et singuli, sive Status, sive Communitates, sive privati, sive Clerici, sive Seculares, qui vigore hujus transactionis ejusdemque regularum generalium, vel specialis expressaeque alicuijus dispositionis ad restituendum, cedendum, dandum, faciendum, aut aliud quid praestandum obstricti sunt, teneantur statim post promulgata Caesarea Edicta, et factam restituendi notificationem, sine omni tergiversatione, vel oppositione clausulae salvatoriae, sive generalis, sive specialis alicujus supra in Amnestia positae, aut quacunque alia exceptione, itemque sine noxa aliqua, omnia, ad quae obligantur, restituere, cedere, dare, facere et praestare.

102. Letztlich sollen alle und jede Stände und Communen, es seyn Privat oder Ordens-Leute, oder weltliche Personen, welche vermög dieses Vertrags und derselben General-Reguln, oder einer spezialen und ausdrücklichen Verordnung, um wieder abzutretten, zu cediren, zu geben, zu thun, und etwas zu leisten, verbunden sind, gehalten seyn, gleich nach Publizirung der Kaiserlichen Edicten und beschehenen Ankündung, betreffend die Restitution, ausser einiger Verweigerungs- oder einiges Behelffs und Salvatori Clausul, so entweders in genere oder specie fürher in der Amnestia eingeführet worden, Entgegensatzunge, oder auch sonsten Einwendung, sie sey wie sie wolle, ohne einigen Schaden, alles dasjenige, was sie schuldig sind, restituirn, cedirn, geben, thun und leisten.

103. Nec Directorum et Praefectorum Circularis militiae, aut Commissariorum executioni quisquam, sive status, sive miles, praesertim praesidiarius, sive quilibet alius sese opponat, sed potius executoribus assistant, liberumque sit dictis executoribus contra eos, qui executionem quovis modo impedire conantur, suis, vel etiam restituendorum viribus uti.

103. Es solle auch kein Krayßausschreibender, oder Obrister, oder Executions-Commissarius, Stand oder Soldat, bevorab in Besatzung ligender, oder ein ander, wer der auch wäre, sich solchem widersetzen: sondern den Executorn vielmehr beystehen. Da dann den Executorn frey und bevorstehet gegen diejenigen, so die Execution auf irgend eine Weiß zu behindern sich unterstehen, sich eigener oder mit der, so wieder eingesetzt werden sollen, gesamter Macht zu bedienen.

104. Deinde omnes et singuli utriusque partis Captivi sine discrimine Sagi vel Togae, eo modo, quo inter Exercituum Duces, cum Caesareae Majestatis approbatione, conventum est, vel adhuc convenietur, liberi dimittantur.

104. Diesem nach sollen alle und jede beyderseits Gefangene ohn Unterschied, Kriegs- oder Friedens-Bediente, dergestalt, wie zwischen der Armeen Generals-Personen zuförderst auf Kais. Majest. Approbation verglichen ist, oder annoch verglichen wird, ohne Entgelt loßgelassen werden.

105. Restitutione ex capite Amnestiae et gravaminum facta, liberatis captivis et ratihabitionibus commutatis, omnia utriusque partis militaria praesidia, sive Imperatoris ejusque sociorum et Foederatorum, sive Regis Christianissimi et Landgraviae Hassiae, eorumque Foederatorum et Adhaerentium, aliove quocunque nomine imposita fuerint, ex Civitatibus Imperii ac omnibus aliis locis resti-

105. Da nun die Restitution, vermög der Punkten, so die Amnesti und Gravammina betreffen, fürgangen, die Gefangenen loß gelassen, und die Ratifikationes ausgewechselt worden, so sollen beyderseits militarische Besatzungen, sie seyn gleich im Namen der Röm. Kais. Maj. und dero Bunds und Angehörigen, oder deß Allerchristlichsten Königs, der Landgräfin zu Hessen, und deroselben Bundsgenossen und

tuendis, sine exceptionibus, mora, damno et noxa, pari passu educantur.

Zugethanen, oder sonsten einem andern Namen, eingelegt worden, aus denen Reichs-Städten, und allen andern Orten, so wieder einzuräumen sind, ausser einigen Einred, Verzug, Schaden und Nachtheil zugleich ausgeführt werden.

106. Loca ipsa, Civitates, Urbes, Oppida, Arces, Castella, Fortalitia, tam quae per Regnum Bohemiae aliasque terras Imperatoris, Domusque Austriacae haereditarias, quam caeteros Imperii Circulos a partibus belligerantium supradictis occupata et retenta, vel per Armistitii unius vel alterius partis, vel quemcunque alium modum concessa sunt, prioribus et legitimis suis Possessoribus et Dominis, sive mediati sive immediati Imperii Status sint, tam Ecclesiasticis, quam Secularibus, comprehensa libera Imperii nobilitate, absque mora restituantur, liberaeque eorum dispositioni, sive de jure et consuetudine, sive vigore praesentis transactionis competenti permittantur, non obstantibus ullis donationibus, infeudationibus, concessionibus (nisi ultro et spontanea Status alicujus voluntate alicui factae sint vel fuerint) obligationibus pro redimendis captivis, aut avertendis devastationibus, incendiisque datis, aut aliis quibuscunque titulis in priorum legitimorum Dominorum possessorumve praejudicium acquisitis, cessantibus etiam pactis et foederibus, aut quibuscunque aliis exceptionibus praedictae restitutioni adversantibus, quae omnia pro nullis haberi debent. Salvis tamen iis quae et quatenus in praecedentibus articulis circa satisfactionem Sacrae Majestatis Christianissimae, ut et quibusdam Imperii Electoribus et Principibus factis concessionibus et aequivalentibus compensationibus aliter excepta et disposita sunt, nec mentio Regis Catholici, et nominatio Ducis Lotharingiae in Instrumento Caesareo-Suecico facta, minus praedicatum Landgravii Alsatiae Imperatori attributum, Christianissimo Regi ullum praejudicium affe-

106. Die Plätze selbsten, Städte, Flecken, Schlösser, Castell, Festungen, so wol die durchs Königreich Böhmen und andere Kais. Maj. und deß Hauses Oesterreichs Erblande, als durch die andere Reichs Krayse von obbesagten kriegenden Theilen occupirt und behalten, oder vermittelst eines oder andern Theils Armistitii, oder auf sonsten einige Manier, übergeben sind, sollen den vorigen und ordentlichen Possessorn und Herren, sie seyen mittelbare oder unmittelbare Stände deß Reichs, Geistlich oder Weltlich (die freye Reichs-Ritterschafft mit eingeschlossen) ohne Verzug wieder eingeräumt, und dero freyen disposition, so ihnen von Rechts- oder Gewohnheit halben, oder vermög gegenwärtigen Vertrags gebühret, zugelassen werden: unerachtet einiger Donationen, Belehnungen, Ubergaben, (es wären dann solche von einem Stande von selbsten, und mit freyem Willen, einem andern angewiesen) für Gefangene, oder zu Verhütung Lands Verwüstung und Brandschäden, Verbürgungen, oder unter sonsten einem Namen, zu voriger Eigenthums Herren und Besitzer Nachtheil an sich gebracht. Darbei dann alle Verträge und Bündnüßen oder andere alle vorbesagter Restitution entgegen lauffende Einwürffe aufgehoben, und ungültig seyn sollen. Jedoch und mit diesem Beding, daß dasjenige, was vermög voriger Artikul, bei deß Allerchristlichsten Königs Satisfaktion, wie auch etlichen, deß Röm. Reichs Chur und Fürsten beschehenen Concessionen, oder gleichmäßigen Compensationen anderwertlich bedinget und verordnet werden, in seinen Kräfften verbleibe. Es solle auch die Benennung der Königlichen Majestät in Hispanien, und Hertzogs von Lothringen, dessen im Kaiserl. und Schwedischen Instrument Meldung geschieht, weniger das prä-

rant, nec ea, quae circa satisfactionem militae Suedicae conventa sunt, ullum respectu Suae Majestatis sortiantur effectum.

dikat der Kais. Majest. deß Landgrafen im Elsaß, dem Allerchristlichsten Könige kein Nachtheil zuziehen, noch dasjenige, was wegen Satisfaktion der Schwedischen Militiä verglichen worden, in respeckt Ihro Majestät einige Würkung haben.

107. Atque haec restitutio locorum occupatorum tam a Caesarea Majestate, quam a Rege Christianissimo et utriusque Sociis, Foederatis et Adhaerentibus fiat reciproce et bona fide.

107. Und diese der occupirten Plätzen Wiedereinräumung, soll so wol von der Römischen Kaiserlichen Majestät, als dem Allerchristlichsten Könige, und beiderseits Adhaerenten und Bundsgenossen, zugleich und getreulich geschehen.

108. Restituantur etiam Archiva et Documenta Literaria, aliaque mobilia ut et Tormenta bellica, quae in dictis locis tempore occupationis reperta sunt et adhuc ibi salva reperiuntur. Quae vero post occupationem aliunde eo invecta sunt, sive in praeliis capta, sive ad usum et custodiam eo per occupantes illata fuerunt, una cum annexis ut et bellico apparatu, iisdem quoque secum exportare et avehere liceat.

108. Es sollen auch wieder erstattet werden die Archive, Brief-Documenten und andere Mobilien, wie auch Geschütze, welche an besagten Orten, zur Zeit der Eroberung, gefunden, oder annoch befindlich oder fürhanden sind. Was aber nach Eroberung von aussen hienein geführet, oder vom Feinde überkommen, oder auch zu Nutz und Beständkung der Plätzen hienein bracht worden, solches samt seiner Zugehör und Kriegs-Apparat mag man mit sich hinaus nehmen, und abführen.

Teneantur Subditi cujusque loci, decedentibus praesidiis et militibus currus, equos et naves, cum necessario victu, pro omnibus necessariis avehendis ad loca in Imperio destinata absque pretio subministrare.

Es sollen eines jeden Orts Unterthanen, beim Abgang der Besatzungen und Soldaten, Wagen, Pferd und Schiffe samt nothwendige an die im Heiligen Reich bestimmte Oerter abzuführen ohne Belohnung beyschaffen.

Quos currus, equos et naves restituere debent Praefecti Praesidiorum militumque hoc modo discedentium, sine dolo et fraude.

Welche Wagen, Pferd und Schiffe der also abziehenden Besatzungen und Soldaten Kommendanten, ohne Betrug und arge List, wieder erstatten sollen.

Liberent etiam Statuum Subditi se invicem ab hoc onere vecturae de uno Territorio in aliud, donec ad loca in Imperio destinata pervenerint, nec Praesidiorum, aut aliis militiae Praefectis, aut Officialibus, liceat subditos, eorumque Currus, Equos, Naves et similia eorum usibus commodata omnia vel singula extra Dominorum suorum, multo minus Imperii fines secum trahere, eoque nomine obsidibus cavere teneantur.

Werbei denn der Ständen Unterthanen, von einer Herrschaft zu der andern, mit solcher Last, wegen der Abfuhr, sich selbst helffen und ablösen sollen, bis sie an die im Heiligen Reiche bestimmte Oerter gelangen. Worbey aber der Besatzungen, oder sonsten Völker Kommendanten und Offizirern keines wegs erlaubt ist, die Unterthanen selbsten, oder dero Wagen, Pferd, Schiffe und dergleichen, so ihnen anständig seyn möchten, ausserhalb ihrer Herrschaft, vielweinigers über deß Heil. Römischen Reichs Gräntzen mit sich zu schleppen, sondern sollen deßwegen Bürgen und Geissel stellen.

109. Reddita vero, sive maritima, sive limitanea, sive mediterranea fuerint dicta loca, ab ulterioribus omnibus durantibus hisce bellorum motibus introductis praesidiis perpetuo posthac libera sunto, et Dominorum suorum (salvo de caetero cujusque jure) liberae dispositioni relinquantur.

Nulli autem Civitati vel nunc vel in futurum ullo praejudicio damnove cedat; quod ab alterutra parte bellingerantium occupata et insessa fuerat, sed omnes et singulae cum omnibus et singulis Civibus et Incolis, tam universalis Amnestiae, quam caeteris hujus Pacificationis Beneficiis gaudeant, iisque de caetero omnia sua Jura et Privilegia in Sacris et Profanis, quae ante hos motus habuerunt, sarta tectaque maneant, salvis tamen juribus superioritatis, cum inde dependentibus pro singulis quarumcunque Dominis.

109. Die nun also restituirte mittelländische Gräntz- und Meer-Plätze sollen von allen fernern bei währendem diesem Kriege eingeführten Besatzungen hinfüro allezeit befreyt, und ihrer Herrschaft beliebigen Verwaltung (im übrigen mit eines jeglichen Rechts Vorbehaltung) heimgestellet seyn.

Es soll aber auch keiner Stadt, so wol jetzt, als künfftigs, einiges Nachtheil oder Schaden gebären, daß sie von einer oder andern kriegenden Parthey erobert, und besetzt gewesen. Sondern alle und jede, sammt allen und jeden Bürgern und Inwohnern, sollen so wol der General Amnesti, als übrigen dieser Friedens Gutthaten sich zu erfreuen haben. Und darbenebenst sonsten aller ihrer Geist- und Weltlichen Privilegien und Gerechtigkeiten, so sie für diesen Kriegsläufften gehabt, ruhiglich geniessen: jedoch mit Vorbehalt einer jeden Herrschaft hohen Obrigkeitlichen Gerechtigkeit, und was deme anhängig.

110. Denique omnium belligerantium in Imperio partium Copiae ex Exercitus dimittantur et exauctorentur, eo tantum numero in suos cujusque proprios Status traducto, quem quaeque pars pro sua securitate judicaverit necessarium.

110. Hierauf sollen aller kriegenden Theilen im Heiligen Römischen Reiche Völker und Armaden abgedankt und abgeführet werden: Ein jeder aber so viel Völker unter seine Stände zu vertheilen befugt seyn, wie viel ein jeder Theil zu seiner Versicherung nothwendig erachten wird.

(Art. XVI.)

111. Pacem hoc modo conclusam promittunt Caesarei et Regii Ordinumque Imperii Legati et Plenipotentiarii, respective ab Imperatore et Christianissimo Rege, Sacrique Imperii Romani Electoribus, Principibus et Statibus, ad formam hic mutuo placitam ratihabitum iri, seque infallibiliter praestituros, ut solemnia Ratihabitionum Instrumenta intra spatium octo septimanarum a die subscriptionis computandarum Monasterii praesententur, et reciproce, riteque commutentur.

(Art. XVI.)

111. Nachdem der Fried dergestalt beschlossen seyn wird, versprechen die Kaiserliche und Königliche, auch der Reichsständen Gesandten und Gevollmächtigte, daß solcher von der Röm. Kaiserlichen und Allerchristlichsten Majestät, auch respective des Heil. Röm. Reichs Chur-Fürsten und Ständen, auf gegenwärtige, allerseits beliebte Form, soll ratifizirt werden. Und daß sie unfehlbar zuwegen bringen wollen, damit die feyerliche Ratifications Instrumenten, innerhalb acht Wochen Zeit, von der Unterschreibung anzurechnen, zu Münster präsentirt, und gegen einander ordentlich ausgewechselt werden sollen.

112. Pro majori etiam horum omnium et singulorum pactorum firmitudine et securitate sit haec Transactio perpetua Lex et Pragmatica Imperii Sanctio, imposterum aeque ac aliae leges et constitutiones fundamentales Imperii, nominatim proximo Imperii Recessui, ipsique Capitulationi Caesareae inserenda, obligans non minus absentes, quam praesentes, Ecclesiasticos aeque ac Politicos, sive Status Imperii sint, sive non, eaque tam Caesareis Procerumque Consiliariis et Officialibus, quam Tribunalium omnium Judicibus et Assessoribus tanquam Regula, quam perpetuo sequantur, praescripta.

113. Contra hanc Transactionem ullumve ejus Articulum aut clausulam nulla Jura Canonica vel Civilia, communia vel specialia Conciliorum Decreta, Privilegia, Indulta, Edicta, Commissiones, Inhibitiones, Mandata, Decreta, Rescripta, Litispendentiae, quocunque tempore latae sententiae, res Judicatae, Capitulationes Caesareae, et aliae Religiosorum Ordinum Regulae aut Exemptiones, sive praeteriti, sive futuri temporis Protestationes, Contradictiones, Appellationes, Investiturae, Transactiones, Juramenta, Renunciationes, Pacta seu dedititia seu alia, multo minus Edictum Anni millesimi sexcentesimi vigesimi noni, vel Transactio Pragensis, cum suis appendicibus aut Concordata cum Pontificibus, aut Interimistica Anni millesimi quingentesimi quadragesimi octavi, ullave alia Statuta, sive Politica, sive Ecclesiastica Decreta, Dispensationes, Absolutiones, vel ullae aliae, quocunque nomine aut praetextu excogitari poterint, exceptiones unquam allegentur, audiantur aut admittantur, nec uspiam contra hanc Transactionem in petitorio aut possessorio, seu inhibitorii, seu alii Processus vel commissiones unquam decernantur.

114. Qui vero huic Transactioni vel Paci publicae, consilio vel ope contravenerit, vel

112. Zu mehrer dieser aller und jeglichen Verträgen Bekräfftigung und Sicherheit soll gegenwärtiger Schluß ein immerwährendes Gesetze, und deß Heiligen Römischen Reichs kräftige Sanction seyn, und ins künfftige gleich andern deß Heil. Römischen Reichs Fundamental-Gesetzen, und Ordnungen, gehalten, benamentlich aber dem nächsten Reichs-Receß, und der Kaiserlichen Kapitulation einverleibt werden. Welcher so wol Abwesende als Gegenwärtige, Geistliche und Weltliche verbindet, sie seyn gleich Reichs-Stände oder nicht. Und soll dieser nicht allein denen Kaiserlichen und der Stände Räthen und Offizirern, als allen Richtern und Beisitzern gleich einer Regul, welcher sie immerdar zu folgen haben, fürgeschrieben seyn.

113. Wider diese Transaction, oder einigen Punkten, oder Clausul derselben, sollen keine Jura Canonica, oder Civilia, Communia, oder specialia Conciliorum Decreta, Privilegia, Indulta, Edicta, Commissiones, Inhibitiones, Mandata, Decreta, Rescripta, Litispendentiae, oder einige jemals gesprochene Urtheil und Sententiae res Iudicatae, Capitulationes Caesareae und andere Religiosen oder Ordensleuten Regulae oder Exemtiones der vergangenen oder künfftigen Zeiten, Protestationes, Contradictiones, Apellationes, Investiturae, Transactiones, Juramenta, Renunciationes, Pacta dedititia, oder andere, vielwenigers das Edictum deß 1629. Jahrs oder Prager-Frieden samt ihren Anhängen, oder Concordata mit den Päbsten oder Interimistica deß tausend fünffhundert acht und vierzigsten Jahrs oder andere einige Weltliche Statuta, oder geistliche Decreta, Dispensationes, Absolutiones, oder einige andere, unter was Namen oder Prätext solche erdacht werden können, Exceptiones hinfüro eingeführt, gehöret oder zugelassen, noch irgendswo entgegen und wider diese Transaction es seyn in petitorio oder possessorio, es seyen gleich Inhibitiones oder ander Prozessen oder Commissionen, jemals decretirt werden.

114. Welcher aber dieser Transaction, oder allgemeinen Frieden mit Rath oder That wider-

executioni aut restitutioni repugnaverit, vel etiam legitimo modo supra convento et sine excessu facta restitutione, sine legitima causae cognitione et ordinaria Juris executione restitutum de novo gravere tentaverit, sive Clericus, sive Laicus fuerit, poenam fractae Pacis ipso jure et facto incurrat contraque eum juxta Constitutiones Imperii, restitutio et praestatio cum pleno effectu decernatur et demandetur.

streben, oder der Execution oder Restitution sich widersetzen, oder auch auf billige obverglichene Maß und ohne Exceß fürgangene Restitution, ausser der Sachen ordentlicher Erörterung, und gewöhnlichen Rechtlichen Execution den Restituirten aufs neue beschweren wird, er seye gleich Weltliches oder Geistliches Standes, so soll er in die Straffe deß zerstörten Friedens würklich gefallen seyn, und gegen denselben, vermög des Heiligen Römischen Reichs Satzungen, die Restitution und Vollziehung mit voller Würklichkeit decretirt und anbefohlen werden.

115. Pax vero conclusa nihilominus in suo robore permaneat, teneanturque omnes et singuli hujus transactionis consortes universas et singulas hujus Pacis leges contra quemcunque sine Religionis distinctione tueri et protegere, et si quid eorum a quocunque violari contigerit, laesus laedentem inprimis quidem a via facti dehortetur, causa ipsa vel amicabili compositioni, vel juris dispensationi submissa.

115. Inmittelst soll gleichwohl der beschlossene Friede in seinen Kräfften verbleiben. Und sollen alle und jede dieser Transaktion Consorten gehalten seyn, alle und jede gegenwärtigen Friedens-Gesetze gegen jedermänniglich ohne Unterschied der Religion zu schützen und manuteniren. Und da ichtwas von einem, wer der auch seye, gehandelt werden sollte, solle der Beleidigte den Thäter von der Thathandlung abmahnen, die Sache aber gütlichen Vergleichen oder Rechtlicher Erörterung übergeben.

116. Veruntamen si neutro horum modorum intra spatium Trium annorum terminetur contraversia, teneantur omnes et singuli hujus Transactionis Consortes, junctis cum parte laesa consiliis viribusque, arma sumere ad repellendam injuriam, a passo moniti, quod nec amicitiae, nec juris via locum invenerit: salva tamen de caetero uniuscujusque juris dictione justitiaeque juxta cujusque Principis aut Status leges et constitutiones competenti administratione. Et nulli omnino Statuum Imperii liceat Jus suum vi vel armis persequi, sed si quid controversiae sive jam exortum sit, sive posthac inciderit, unusquisque jure experiatur, secus faciens reus sit fractae Pacis. Quae vero Judicis sententia definita fuerint, sine discrimine Statuum executioni mandentur, prout Imperii leges de exequendis sententiis constituunt.

116. Da aber durch keines unter diesen beyden Mitteln, innerhalb drey Jahren Zeit, die Strittigkeit aufgehoben würde, sollen alle und jede dieser Transaktion Consorten, mit gesamten Rath und Macht, den, so lädirt worden, mit eingeschlossen, die Waffen ergreiffen, und nach Anruffung deß beleidigten Theils, nachdem weder die Güte, oder der Weg des Rechtens, ichtwas verfangen wollen, den Beleidiger bezwingen. Darunter jedoch einem jedern seine Jurisdiction, und der Justici, vermög eines jeden Fürsten und Stands Gesetzen, und Satzungen, gebührende Administration vorbehalten. Und soll gantz keinem Stande deß Röm. Reichs erlaubt seyn, sein Recht mit Gewalt, und den Waffen zu verfolgen. Sondern da einige Strittigkeit entweders entstanden, oder hinfüro entstehen würde, soll ein jeder den Weg des Rechtens für sich nehmen. Welcher aber darwider thut, soll in der Straffe der Friedbrüchigen seyn. Was nun hierüber deß Richters Urtheil wird mit sich bringen, solches soll ohne Unterschied der Ständen exequirt werden, wie es deß Römischen Reichs Gesetze von Execution verordnen.

117. Ut etiam Pax Publica tanto melius conservari possit, redintegrentur Circuli, et statim ac undecunque turbarum vel motuum aliqua initia apparent, observentur ea, quae in Constitutionibus Imperii de Pacis publicae executione et conservatione disposita sunt.

118. Quoties autem milites quavis occasione, aut quocunque tempore, per aliorum Territoria aut fines aliquis ducere velit, transitus hujusmodi instituatur ejus, ad quem transeuntes milites pertinent, sumptu, atque adeo sine maleficio, damno, et noxa eorum, quorum per territoria ducuntur, ac denique omnino observentur, quae de conversatione Pacis Publicae Imperii Constitutiones decernunt et ordinant.

(Art. VXII.)

119. Sub hoc praesenti Pacis Tractatu comprehendantur illi, qui ante permutationem ratificationis, vel inter sex Menses postea ab una alteraque parte ex communi consensu nominabuntur, interim tamen utriusque placito comprehentur Respublica Veneta, utimediatrix hujus Tractatus, Ducibus quoque Sabaudiae et Mutinae, quod pro Rege Christianissimo in Italia bellum gesserint, et etiam nunc gerant, nullum unquam adferant praejudicium.

120. In quorum omnium et singulorum fidem, majusque robur, tam Caesarei quam Regii Legati, Nomine vero omnium Electorum, Principum ac Statuum Imperii ad hunc actum specialiter ab ipso (vigore conclusi die decimo tertio Octobris, Anni infra mentionati facti, et ipsa die subscriptionis sub Sigillo Cancellariae Moguntinae, Legata Gallico extraditi), Deputati etc. Syndici, Senatores, Consiliarii et Advocati, Praesens Pacis Instrumentum manibus sigillisque propriis muniverunt ac firmarunt, dictique ordinum Deputati Principalium suorum Ratificationes formula Conventa, termino supra

117. Damit auch der gemeine Friede desto besser erhalten werde, sollen die Krayse ergäntzt werden, und sobald eine Anzeig der Unruhe sich ereignen wolte, solle dasjenige beobachtet werden, was in deß Römischen Reichs Constitutionen, von gemeinen Friedens-Exekution und Conservation verordnet ist.

118. So offt aber einer Kriegsvölker, zu was Occasion und Zeit es seyn möge, durch andere Herrschaft oder Gräntzen führen wolte, so soll derjenige, dem die Völker zuständig, auf seinen Kosten solche durchführen, ausser einigem Schaden und Nachtheil dessen, so den Durchzug verstattet. Darbey man alles beobachten solle, was über deß gemeinen Friedens Erhaltung deß Heil. Römischen Reichs Satzungen decretiren und verordnen.

(Art. XVII.)

119. Unter gegenwärtigem Friedens-Traktat sollen begriffen werden alle diejenige, welche für Ausantwortung der Ratification, oder innerhalb 6 Monat hernach, auf einer und andern Seiten, mit beiderseits Beliebung, benennet werden. Inmittelst thun beiderseits Theile mit einschliessen die Herrschaft Venedig, als dieses Traktats Mittlerin. Es soll auch denen Hertzogen zu Saphoyen und Mutina hierunter kein Nachtheil entstehen, dieweil sie in Italien auf Seiten deß Allerchristlichsten Königs Krieg geführt, und noch führen.

120. Zu welches alles und jedes Uhrkund, und mehrer Bekräfftigung haben sowol die Kais. als Königl. Gesandten, im Namen aber aller Churfürsten und Ständen des Römischen Reichs, zu dieser Handlung (vermög dessen am 13. Oktobris in darunten benennten Jahr, gemachten, und am Tage der Subscription, unterm Siegel der Chur-Mayntzischen Cantzley, dem Französischen Gesandten ausgeantworten Schlusses) insonderheit Deputirte nämlich, etc. gegenwärtiges Friedens-Instrument mit eigenen Händen und Siegeln bestättigt und befestigt. Da dann obbemeldter Ständen Deputirte versprochen, dero Herrn Prinzipalen Ratifikationes

constituto sese extradituros polliciti sunt, reliquis Statuum Plenipotentiariis liberum relinquendo velint an nolint nomina sua subsignare, suorumque Principalium ratihabitiones accersere; sed hoc pacto atque lege, ut subscriptione jam nominatorum Deputatorum reliqui Status omnes et singuli, qui subscriptione et ratihabitione supersedent, tam firmiter ad observantiam et manutenentiam eorum, quae in hoc Pacificationis Instrumento continentur, obligati sint, ac si ab ipsis subscriptio fuerit facta et exhibita ratificatio: nec ulla a Directorio Imperii Romani contra subscriptionem a memoratis Deputatis factam recipiatur aut valeat vel Protestatio vel contradictio.

Acta sunt haec Monasterii Westphalorum Die 24. Octob. Anno 1648.

in der Form und Zeit, als solche vorher verglichen, auszuantworten: Denen übrigen anderer Stände Gevollmächtigten anheim stellende, ob ihnen gefallen möchte oder nicht, auch ihre Namen zu unterschreiben und zugleich ihrer Herrn Prinzipalen Ratifikationes einzubringen: Jedoch mit diesem Bedinge, daß bei Unterschreibung der besagten Deputirten alle und jede übrige Stände, welche nicht unterschreiben und Ratifikation einbringen, eben so stark und fest zu dessen alles, was in diesem Friedens-Instrument begriffen, Haltung und Manutenentz verbunden seyn, als ob von ihnen die Unterschreibung zugleich mit beschehen und die Ratifikation eingebracht worden. Und solle von deß Heiligen Römischen Reichs Direktorio keine Protestation oder Kontradiktion gegen diejenige, von obbesagten Deputirten beschehene Subskription angenommen werden oder gültig seyn.

Geschehen sind diese Dinge zu Münster in Westphalen, am vier und zwanzigsten Oktobris, Anno tausend sechshundert Acht und Vierzig.

Theatrum Pacis etc. v. J. 1684. pag. 206. seq.
Neue Sammlung der Reichs-Abschiede. — Th. III. S. 604.

Anhang zum Münster'schen Friedens-Vertrage.

Bemerkung. Die fast gleichlautenden Bestimmungen des Osnabrücker Friedens-Vertrages ebenfalls hier vollständig aufzunehmen, hätte zu zwecklosen Wiederholungen geführt. — Es schien vielmehr räthlich, als eine erläuternde Ergänzung des Münster'schen Friedens, die folgenden Art. V und VII. dann den §. 11 des Art. XVI. aus jenem Friedensvertrage hier einzuschalten, weil diese Artikel mehrere auch für Bayern nicht unwichtige allgemeine Anordnungen enthalten, gleichwohl dem Münster'schen Frieden nicht einverleibt sind.

Artikel V.

Cum autem praesenti bello magnam partem, Grauamina, quae inter utriusque Religionis Electores, Principes et Status Imperii vertebantur, causam et occasionem dederint; de iis, prout sequitur, conuentum et transactum est.

§. 1. I. Transactio Anno 1552, Passavii inita, et hanc Anno 1555 secuta Pax Religionis, prout ea Anno 1566 Augustae Vindelicorum, et post in diversis Sacri Romani Imperii Comitiis universalibus confirmata fuit, in omnibus suis capitulis, unanimi Imperatoris,

Nachdem aber zu gegenwärtigem Kriege mehrentheils die Gravamina, welche sich zwischen beyderley Religion Chur-Fürsten, und Ständen deß Heil. Röm. Reichs enthalten, Ursach und Anlaß gegeben: So ist derentwillen, als folgt, verglichen, und transigirt worden.

§. 1. I. Der Vertrag, so im Jahr 1552 zu Passau gemacht, und darauf im Jahr 1555 gefolgte Religions-Frieden, gestalt solcher im Jahr 1566 zu Augspurg, und nachgehends auf unterschiedlichen allgemeinen Reichstägen bestätigt worden, sollen in allen ihren, mit der Röm.

Electorum, Principum et Statuum utriusque Religionis consensu initis ac conclusis, rata habeatur; sancteque et inviolabiliter servetur. Quae vero de nonnullis in ea Articulis controversis, hac Transactione communi partium placito statuta sunt, ea pro perpetua dictae Pacis declaratione, tam in judiciis quam alibi observanda habebuntur, donec per Dei gratiam de Religione ipsa convenerit, non attenta cujusvis seu Ecclesiastici seu Politici, intra vel extra Imperium, quocunque tempore interposita contradictione vel protestatione, quae omnes inanes et nihili vigore horum declarantur. In reliquis omnibus autem inter utriusque Religionis Electores, Principes, Status omnes et singulos, sit aequalitas exacta mutuaque, quatenus formae Reipublicae, constitutionibus Imperii et praesenti conventioni conformis est, ita, ut quod uni parti justum est, alteri quoque sit justum, violentia omni et via facti, ut alias, ita et hic inter utramque partem perpetuo prohibita.

§. 2. II. Terminus a quo Restitutionis in Ecclesiasticis, et quae intuitu eorum in Politicis mutata sunt, sit dies prima Ianuarii Anni millesimi sexcentesimi vigesimi quarti: Fiat itaque restitutio omnium Electorum, Principum et Statuum utriusque Religionis, comprehensa libera Imperii nobilitate, ut et communitatibus et pagis immediatis plenarie et pure, cassatis omnibus interim istiusmodi causis latis, publicatis et institutis sententiis, decretis, transactionibus, pactis seu deditiis, seu aliis, et executionibus, reductione ad Statum dicti anni diejque in omnibus facta.

§. 3. Civitates Augusta Vindelicorum, Dünckelspiehla, Biberacum et Ravensburgum,

Kais. Maj. Chur-Fürsten und Ständen, beyderseits Religion einhellig verwilligt-gemacht und geschlossenen Articuln, beständig verbleiben, auch aufrichtig und unverändert gehalten werden. Was aber über etlichen, darinn enthaltenen strittigen Puncten, bei diesem Vergleiche mit allgemeiner der Partheyen Beliebung geschlichtet, solches soll hinfüro als eine immer geltende deß besagten Friedens Erläuterunge, sowol gerichtlich, als sonsten gelten und observirt werden, biß daß man, durch Gottes Gnade, sich in der Religion vergleiche: ohnerachtet eines oder andern, inner- oder außerhalb Reichs, geistlichen oder weltlichen, zu was Zeit es geschehen möge, eingestreuter Contradiction oder Protestation, welche alle, Krafft dieses, ungültig und nichtig erkannt werden. In allem andern aber, zwischen beyder Religion Chur-Fürsten und Ständen, allen und jeden solle eine richtige, durchgehende reciprocirende Gleichheit, soviel die Form der Republik, die Gesetze deß Heil. Röm. Reichs und gegenwärtigen Convent betrifft, also und dergestalt gehalten werden, daß, was einem Theil recht und billig ist, dem andern ebenmässig recht seye; und hinfüro alle Gewaltthaten, wie sonsten, also auch dißfalls zwischen beyden Theilen zu allen Zeiten verboten bleiben.

§. 2. Die Zeit, von welcher anzurechnen die Restitution oder Wiedereinnehmung in Geistlichen geschehen soll, und welche ob deren Veranlassung, in weltlichen Sachen verändert worden, solle seyn der 1. Januar 1624. Soll derhalben Restitution geschehen allen Chur-Fürsten und Ständen beyder Religion, die freye Reichs-Ritterschaft, als auch Gemeinden und Immediat-Dorffschaften, pur und völlig miteingeschlossen; nebenst Aufheb- und Cassirung aller in solchen Sachen ergangenen publicirten und gefällten Urtheilen, Decreten, Verträgen, Bedingungen und Execution: dergestalt, daß die Reduction, oder das Absehen, nach besagtem Tag, obbemeldtes Jahrs gerichtet werde.

§. 3. Die Stadt Augspurg, Dünkelspiel, Biberach und Ravenspurg sollen behalten ihre Güter,

retineant bona, Jura et exercitium Religionis dicti anni dieique; sed ratione dignitatum Senatoriarum aliorumque munerum publicorum, sit inter utrique religioni addictos aequalitas idemque numerus.

§. 4. In specie autem quoad Civitatem Augustam, sint septem Senatores Consilii Secretioris ex familiis Patriciis delecti, ex his desumpti Reipublicae Praesides duo, vulgo Stadtpfleger dicti, unus sit Catholicus, alter Augustanae Confessionis, ex reliquis quinque, tres Catholicae Religione, et duo Aug. Confessioni addicti, Senatores reliqui Senatus ut vocant minoris, nec non Syndici, Assessores Iudicii Urbani, aliique Officiales omnes sint aequali numero utriusque Religionis. Quaestores rei nummariae sint tres, quorum duo unius, tertius diversae religionis, ita quidem, ut primo anno duo sint Catholici, unus vero Augustanae Confessionis, altero, duo Augustanae Confessionis et tertius Catholicus, et sic deinceps alternando singulis annis.

§. 5. Praefecti rei tormentariae itidem tres, parique annua alternatione. Idem etiam circa curam collectarum, annonae, aedilitii muneris, et si quae alia sunt Officia, quae tribus committuntur, obtineat: Ita quidem, ut si uno anno duo officia (veluti Quaestura et cura annonae vel aedilitii muneris) penes duos Catholicos et unum Augustanae Confessionis sint, eodem anno duo alia officia (veluti praefectura rei tormentariae et collectarum) duobus ex Augustana confessione et uni Catholico committantur, sequenti autem anno circa haec officia duobus Catholicis, duo Augustanae Confessioni addicti, et uni Catholico, unus Augustanae Confessionis surrogetur.

Gerechtigkeiten und Übung der Religion, so am besagten Jahr und Tage, im Schwang gangen. Aber wegen der Rathsstellen und öffentlichen Aemtern seye unter beyderley Religions-Verwandten Gleichheit und ebenmässige Zahl.

§. 4. Insonderheit aber belangend die Stadt Augspurg, seyen deß geheimten Raths sieben Personen, welche zu erwehlen aus denen Patriciis: Aus diesen werden genommen zween gemeiner Stadt-Präsidenten, genannt Stadt-Pfleger, deren einer der Catholischen Religion, der andere der Augspurgischen Confession zugethan. Von denen fünff übrigen sollen drey Catholischer, zween Augspurgischer Confession seyn, die übrige Raths-Personen deß kleinern Raths als auch Syndici und Beysitzer deß Stadtgerichts, auch alle andere Officianten, sollen von beyden Religionen an der Zahl gleich seyn. Der Rent- oder Seckelmeister seyen drey; unter welchen zwey einer, der dritte aber einer andern Religion zugethan seye, dergestalt, daß im ersten Jahr zwey seyen Catholischer, einer aber der Augspurgischen Confession, im andern, zwey der Augspurgischen Confession, und der dritte Catholischer Religion: Und solle also hinfüro alle Jahr abgewechselt werden.

§. 5. Der Zeughaus-Auffseher sind ebenmässig drey und jährlichs gleiche Abwechselungen. Und dieser Gebrauch soll auch bey den Steuer- Proviant- Bau- und andern Aemtern, so von dreyen verwaltet werden, üblich seyn: dergestalt fals in einem Jahr zwey Aemter, (als das Rentmeister- Proviant- oder Bau-Amt) bey zwey Catholischen und einem Augspurgischer Confession-Verwandten seyn, eben selbigen Jahrs zwey andere Aemter, (als Auffseher deß Zeughauses und der Steuer) zweyen aus der Augspurgischen Confession und einem Catholischen aufgetragen werden sollen: Künfftigen Jahrs aber bey diesen Aemtern anstatt zweyer Catholischen, zween der Augspurgischen Confession Zugethane und eines Catholischen, ein Augspurgischer Confessions-Verwandter erwehlet werden.

§. 6. Munera, quae uni soli committi solita sunt, pro qualitate rei vel uno vel pluribus annis, inter Catholicos et Augustanae Confessionis cives alternentur, eo quidem modo, ut de officiis, quae tribus personis committuntur, nunc dictum.

§. 7. Templorum tamen et Scholarum cuique parti suarum cura integra reservetur. Ii autem Catholici, qui nunc tempore hujus pacificationis in Magistratu et officiis praeter numerum supra conventum supersunt, pristino quidem per omnia honore commodoque fruantur. Veruntamen usque dum eorum loca vel morte vel abdicatione vacaverint, vel domi se contineant, vel si senatui quandoque interesse velint, voto tamen careant.

§. 8. Neutra vero pars suae Religioni adhaerentium potentia ad deprimendam alteram abutatur, aut majorem numerum, directe vel indirecte ad dignitates Praesidum Senatorum, aliorumque publicorum munerum aggregare praesumat, sed quidquid ejus quandocunque et quomodocunque tentatum fuerit, irritum esto.

Proinde non solum haec dispositio quotannis, quando de novorum Senatorum aliorumque officialium in demortuorum locum surrogatione agitur, publice praelegatur sed etiam Praesidis seu Duumviri, Secretiorum reliquorumque Senatorum, Praefectorum, Syndicorum, Judicum, aliorumque Officialium Catholicorum electio, et nunc et posthac, sit penes ipsos Catholicos, Augustanae vero Confessioni addictorum penes eosdem, et defuncto Catholico alius Catholicus, pariterque Augustanae Confessioni addicto eidem addictus, surrogetur.

§. 9. Pluralitas autem votorum in causis religionem sive directe sive indirecte concernentibus, nequaquam attentatur, neque illa Augustanae confessioni addictis civibus ejus loci magis, quam Augustanae confessio-

§. 6. Die Aemter, so einem allein pflegen vertraut zu werden, sollen nach Erforderung der Sache entweders ein oder mehr Jahr unter den Catholischen und Augspurgischer Confessions-Bürgern umgewechselt werden: Ebener Massen wie von den Aemtern, so drey Personen vertrauet werden, itzo Meldung geschehen.

§. 7. Jeder Kirchen und Schulen aber soll sein eigene Aufsicht gelassen werden. Diejenige Catholische aber, welche itzo bey gegenwärtiger Friedenshandlung in Rath und Aemtern über die obverglichene Zahl seyn, sollen zwar bey aller vorigen Dignität und Vortheil, so lang sie leben oder ihre Stelle nicht aufkünden, verbleiben, allein nicht zu Rath gehen oder da sie zu Zeiten bey Rath erscheinen wolten, deren Stimme nichts gelten.

§. 8. Kein Theil aber soll sich seiner Religions-Angehörigen Gewalt, um den andern Theil zu unterdrucken, mißbrauchen oder eine grössere Zahl gerads oder ungerads Weges zu der Stadt-Pfleger, Rathsmannen und anderer öffentlichen Aemter, Dignität zu erheben suchen: Da es auch, wann und wie offt es versucht würde, soll solches nichtig seyn.

Derohalben nicht allein diese Verordnung alle Jahr, wann von neuen Rathsmannen und anderer Bedienten in der abgelebten Pfaltz-Ersetzung gehandelt wird, öffentlich soll verlesen werden, sondern auch der Stadt-Pfleger deß innern und übrigen Raths-Amtleuten, Syndicorum, Richter und anderer Catholischer Bedienten, Wahl, beydes itzt, beydes künfftige, stehe bey den Catholischen, der Augspurgischen Confessions-Verwandten aber bey ihnen selbsten: Also daß nach Absterben eines Catholischen ein anderer Catholischer, gleichfals nach Abgang eines Augspurgischen Confession-Zugethanen, in gleichmässiger Folge.

§. 9. Die grössere Zahl der Stimmen, in Sachen die Religion direkte oder indirekte betreffend, soll keineswegs gültig seyn; noch der Augspurgischen Confession zugethanen Bürgern dessen Orts mehr, als den Augspur-

nis Electoribus, Principibus et Statibus in Imperio Romano praejudicet. Quod si Catholici pluralitate votorum in his vel aliis quibusvis negotiis, in praejudicium Aug. Confessioni addictorum abutantur reservatum his ipsis esto vigore hujus transactionis, ad introducendam alternationem quinti senatoris secretioris, aliaquo legitima remedia provocare.

§. 10. De caetero Pax Religiosa, itemque ordinatio Carolina de Electione Magistratuum, nec non transactiones de Annis 1584 et 1591 (quatenus huic dispositioni directe vel per indirectum non repugnant) salvae et inviolatae per omnia maneant.

§. 11. Deinde Dünckelspiehlae, Biberaci et Ravensburgi duo sint Consules, Catholicus unus, alter Augustanae confessionis, quatuor secretioris consilii, aequali numero utriusque Religionis. Eadem etiam aequalitas circa Senatum, Judicium Urbanum, praefecturam aerarii, ut et alia omnia officia, dignitates ac numera publica observetur. Quoad praefecturam Judici vero, Syndicatum et Secretarios Senatus et Judicii, nec non quoad alia hujusmodi officia, quae uni tantum personae committuntur, alternatio Perpetuo observetur, ita ut demortuo Catholico semper Augustanae confessioni addictus et vice versa succedat. Quantum ad modum Electionis et votorum pluralitatem, nec non curam Templorum ac Scholarum, itemque anniversariam praelectionem hujus dispositionis attinet, idem quod de Augusta dictum est, observetur.

§. 12. Quod ad civitatem Donawerdam attinet; si in proxime venturis Comitiis Universalibus, in pristinam libertatem restituenda esse judicabitur ab Imperii Statibus, eodem

gischen Confessions-Verwandten, Chur-Fürsten und Ständen deß Heil. Röm. Reichs nachtheilig seyn. Dafern nun die Catholischen mit der mehrern Zahl der Stimmen in diesen oder andern Dingen, zum Nachtheil der Augspurgischen Confessions-Verwandten, sich mißbrauchten, so soll ihnen hiermit vorbehalten seyn, Krafft dieses Vertrags, um auf die Abwechslung eines fünfften geheimten Rathmanns oder andere billige Mittel zu appelliren.

§. 10. Im übrigen verbleibt der Religions-Frieden und die Verordnung Kais. Caroli deß Vierdten wegen Wahl deß Magistrats, wie auch die Verträge von Jahren 1581 und 1591 (wofern sie dieser Ordnung direkte oder indirekte nicht zuwider lauffen) in ihren Kräfften allerdings unverletzt.

§. 11. Und demnach zu Dünkelspiel, Biberach und Ravenspurg, zwey Bürgermeister, einer der Catholischen, der ander der Augspurgischen Confession seyn. So solle ebenmässige Gleichheit mit den Rathsmannen, Bürgerlichen Richtern, Schatzmeistern, wie auch allen andern öffentlichen Aemtern, Dignitäten und Verwaltungen gehalten werden. Belangend den Gerichts-Schultheissen, Syndicat und deß Raths- und Gerichts-Secretarien, wie auch andere dergleichen Aemter, welche einer Person allein aufgetragen werden, solle immerdar die Veränderung Wechselsweis gehalten werden. Also, daß auf Abgang eines Catholischen allerweil ein Augspurg. Confessions-Verwandter und hingegen auf Abgang eines Augspurgischen Confession-Zugethanen ein Catholischer im Amte folge. Was die Manier der Wahl und mehrere Stimmen, als auch die Aufsichte Kirchen und Schulen, wie nicht wenigers die Jährliche Ablesung diese Verordnung betrifft, soll es ebener Massen als mit Augspurg gehalten werden.

§. 12. Die Stadt Thonauwerth betreffend, dafern in nechst künfftigem allgemeinen Reichs-Tage, selbige in vorige Freyheiten wieder zu setzen, von deß Heil. Röm. Reichs Ständen solte gut

gaudeat Jure in Ecclesiasticis et Politicis, quo caeterae Imperii liberae Civitates vigore hujus Transactionis gaudent, salvis tamen quoad hanc Civitatem eorum, quorum interest, juribus.

befunden werden, soll sie gleiches Rechts im Geistlichen und Weltlichen sich bedienen, welches ander deß Heiligen Römischen Reichs Stände, Krafft gegenwärtiges Vertrags, geniessen, jedoch ohne Nachtheil deren Rechten, welche bey dieser Stadt interessiret seyn.

§. 13. Terminus autem Anni 1624 nullum praejudicium creare debet iis, qui ex capite Amnestiae, aut aliunde, restituendi veniunt.

§. 13. Der Termin deß Jahrs Anno 1624 soll denen kein Nachtheil gebähren, welche in Krafft der Amnestiae oder sonsten restituirt werden sollen.

§. 14. III. Bona Ecclesiastica immediata quod attinet, sive sint Archiepiscopatus, Episcopatus, Praelaturae, Abbatiae, Baliviae, Praepositurae, Commendae, sive liberae fundationes seculares, aut alia, una cum reditibus, pensionibus, aliisque, quocunque nomine signatis, seu in Urbibus seu ruri sitis, ea seu Catholici, seu Augustanae Confessionis Status die prima Januarii Anni 1624 possederint, omnia et singula, nullo plane excepto, ejus Religionis Consortes, qui dicto tempore in reali eorum possessione fuerunt, usque dum de Religionis dissidiis per Dei gratiam conventum fuerit, tranquille et imperturbate possideant, neutrique parti liceat alteri seu in Judicio, seu extra, negotium facessere, multo minus turbas aut impedimentum aliquod inferre: Si vero, quod Deus prohibeat, de Religionis dissidiis amicabiliter convenire non possit, nihilominus haec conventio perpetua sit et pax semper duratura.

§. 14. III. Anlangend die ohnmittelbare geistliche Güter sie seyen gleich Ertzbischthum, Bischthum, Prälaturen, Abteyen, Baleyen, Probsteyen, Commenthureyen oder befreyte weltliche Stifftungen und sonsten, sollen samt den Einkunfften, Pensionen und andern, was Namen sie auch haben mögen, in Städten oder auf dem Land, welche die Catholische oder Augspurgischer Confessions-Verwandte Ständ den 1. Jan. anno 1624 in Posseß gehabt, alle und jede, nichts ausgenommen, derjenigen Religion-Verwandten, welche zu besagter Zeit in deroselben würklichen Possession gewesen, biß daß über den Religions-Streit durch Göttlichen Beystand eine Vergleichung getroffen werde, ruhiglich und unmolestirt verbleiben: Und soll keinem Theil zugelassen seyn, dem andern entweder in- oder ausserhalb Gerichts Ungelegenheit zu verursachen, viel wenigers einige Unruhe und Verhinderung zu causiren. Sollte aber, (da Gott für behüte) wegen deß Religionstreits einige gütliche Composition nicht zu gewarten seyn, soll nichts desto minder gegenwärtige Vergleichung immerwährend und dieser Friede allezeit beständig bleiben.

§. 15. Si igitur Catholicus Archiepiscopus, Episcopus, Praelatus aut Aug. Confessioni addictus in Archiepiscopum, Episcopum, Praelatum electus vel postulatus, solus aut una cum Capitularibus seu singulis, seu universis, aut etiam alii Ecclesiastici Religionem imposterum mutaverint, excidant illi statim suo jure, honore tamen famaque illibatis fructusque et reditus citra moram et exceptionem cedant, capituloque, aut cui

§. 15. Da nun ein Catholischer Ertz-Bischoff, Bischoff, Prälat oder Augspurger Confessions-Verwandter zum Ertzbischoff, Bischoffen, Prälaten, erwehlet oder postulirt, allein oder samt den Capitularen, entweders absonderlich oder sämtlich: Oder auch andre Geistlichen hinfüro die Religion änderten: Dieselben sollen alsbald ihres Rechtes, jedoch ihrer Ehr und Leumuth unverletzet, entsetzet seyn: Beneben;t Einkünffte und Renten, ohngesäumet und ausser Einrede erstatten. Und

id de jure competit, integrum sit, aliam Personam Religioni ei, ad quam beneficium istud vigore hujus transactionis pertinet, addictam, eligere aut postulare, relictis tamen Archiepiscopo, Episcopo, Praelato, etc. decedenti, fructibus et reditibus interea perceptis et consumptis. Si ergo Status seu Catholici seu Augustanae Confessioni addicti, Archiepiscopatibus, Episcopatibus, beneficiis aut praebendis suis immediatis a die prima Jan. Anni 1624 judicialiter aut extrajudicialiter exciderint, aut quocunque modo turbati fuerint, vigore harum illico tam in Ecclesiasticis quam Politicis, omnibus novationibus abolitis restituantur, ita quidem, ut quaecunque bona Ecclesiastica immediata die 1. Januarii Anni 1624 Catholico praesule regebantur, Catholicum caput recipiant, et vicissim quae dicto Anno dieque Aug. Confess. addicti possidebant, retineant etiam in posterum, remissis tamen, quae una pars contra alteram praetendere posset, perceptis interea fructibus, damnis et expensis.

soll dem Capitul, oder dem, so solches von Rechtswegen zustehet, bevorstehen, ein andere Person der Religion, welcher das Beneficium, in Krafft dieser Transaction gebührt, anlangend, zu erwehlen und zu postuliren: Jedoch mit Ueberlassung dem abziehenden Ertzbischoff, Bischoff, Prälaten ꝛc. der bißhero genossenen und verzehrten Einkunfften und Renten. Da nur einige Catholische oder Augspur. Confession Zugethane Stände, von dero Ertzbisthum, Bisthümen, Beneficien und Präbenden, so unmittelbar vom 1. Januarii an deß Jahrs 1624. in- oder ausser Gerichts entsetzet oder auf einigerley Weise vertrieben worden, so sollen sie, Krafft dieses alsbalden, so wol in geistlichen als weltlichen, mit Abschaffung aller Neuerung wieder eingesetzet werden, jedoch solcher Gestalt, daß alle ohnmittelbare geistliche Güter, so am 1. Januarii im Jahr 1624. von einem katholischen Prälaten regiert worden, wiederum ein Catholisches Haupt überkommen und hingegen so an besagtem Jahr und Tage Augspurg. Confessions-Verwandte ein Haupt gehabt auch solches forthin behalten: Jedoch mit Erlassung derjenigen inmittelst genossenen Früchten, Schaden und Unkosten, so ein Theil gegen den andern prätendiren möchte.

§. 16. IV. In omnibus Archiepiscopatibus, Episcopatibus, et reliquis fundationibus immediatis, Jura eligendi et postulandi juxta cujusque loci consuetudines et statuta antiqua, illibata maneant, quatenus illa Imperii constitutionibus, Transactioni Passaviensi, paci religiosae et imprimis huic declarationi et transactioni sunt conformia et intuitu Archiepiscopatuum et Episcopatuum Aug. Confessioni addictis permanentium ea nihil in se contineant illi confessioni adversum, sicut etiam pariter in Episcopatibus et Ecclesiis, in quibus Catholicis et Augustanae Confessionis ordinibus mixta jura admittuntur, statutis antiquis nihil de nouo admisceatur, quod Catholicorum vel Aug. Confess. addictorum conscientiam et causam pro cujusque parte laedere, eorumve jus imminuere possit.

§. 16. IV. In allen Ertzbisthumen, Bisthumen und andern ohnmittelbaren Stifftungen soll die Wahl-Gerechtigkeit und Postulation, nach eines jeden Orts Gewohnheit und altem Herkommen, unverruckt bleiben: So weit selbige deß H. Röm. Reichs-Satzungen, dem Passauischen Vertrage, Religions-Frieden und insonderheit dieser Erklärung und Transaction ähnlich sind, und in Ansehung der Ertzbisthumen und Bisthumen der Augspurgischen Confession zugethan verbleibt und derselben nichts Widriges begreifft, nicht weniger in Bisthum und Kirchen, in welchen Catholische und Augspurg. Confessions-Ständen gleiches Recht üblich, soll den alten Gesetzen nichts neues eingemischt werden, welches der Catholischen oder Augspurg. Confessions-Verwandten Conscientz und Sache in einigewege schwächen oder derselben Recht mindern könte.

§. 17. Postulati vero seu electi in capitulationibus suis spondeant se susceptos Ecclesiasticos Principatus, dignitates et beneficia nequaquam haereditario jure possessuros, aut id acturos, ut haereditaria fiant, sed libera sit ubique capitulo et quibus id praeterea pariter cum capitulo pro more competit, tam Electio et Postulatio, quam sede vacante administratio et Jurium Episcopalium exercitium: operaque detur, ne Nobiles, Patricii, gradibus Academicis insigniti, aliaeque personae idoneae, ubi id fundationibus non adversatur; excludantur, sed ut potius in iis conserventur.

§. 17. Die postulirte und erwehlte aber bey der Capitulation sollen angeloben, daß sie die angenommene geistliche Fürstenthümer, Dignitäten und Beneficien keineswegs erblich wollen besitzen oder dahin trachten, daß sie erblich seyen. Sondern es verbleibt dem Capitul und denen, so es nebenst dem Capitul, nach Gewohnheit gebührt, so wol die Wahl und Postulation, als bey vacirender Stelle die Verwaltung und Bischöfflicher Rechten Übunge. Werde auch Fleiß angewendt, damit nicht die Edelleute, Patricii, graduirte und andere tüchtige Personen, da es der Stifftung nicht entgegenläufft, ausgeschlossen sondern vielmehr in denselben erhalten würden.

§. 18. V. Ubi Sacra Caesarea Majestas jus primariarum precum exercuit, exerceat etiam in posterum, dummodo decedente Aug. Conf. addicto in ejus Religionis Episcopatibus August. Confess. addictus ad normam statutorum et observantiae idoneus precibus fruatur. In mixtis vero ex utraque religione seu Episcopatibus, seu aliis locis immediatis precibus primariis praesentatus non gaudeat, nisi beneficium vacans Religionis consors possederit.

§. 18. V. In welchem Ort die Röm. Kais. Majestät das Jus primarium precum in Herkommen gehabt, soll es auch ins künfftig bleiben: Wofern allein bey Abgang eines Augspurg. Confessions-Verwandten in derselben Religion Bißthumen Augspurg. Confession, auch deren Lehr und Observantz ein tauglicher die preces geniеße. In Bißthümen aber beyderley Religion oder andern ohnmittelbaren Orten, soll der Praesentatus die preces primarias nicht geniessen, es thäte dann das vacirende Beneficium ein Religions-Verwandter besitzen.

§. 19. Si quid annatarum, Jurium Pallii, confirmationum, Mensium Papalium et hujusmodi jurium et reservationum nomine in bonis Statuum Augustanae Confessionis Ecclesiasticis immediatis a quocunque quandocunque aut quomodocunque praetendatur, id validitate et executione a brachio seculari impertienda careat.

§. 19. Was von den Annaten, Pallii juribus, Confirmationen, Mensium, Papalium und dergleichen Gerechtigkeiten und Vorbehalt, in denen der Augspurgischen Confessions-Verwandten Ständen ohnmittelbaren geistlichen Gütern, von irgends einem, wann und auf was Weise es wolle, prätendirt werden möchte, solches soll keineswegs bei weltlicher Obrigkeit gesuchet werden.

§. 20. In quorum autem Ecclesiasticorum bonorum immediatorum Capitulis utriusque Religionis Capitulares et Canonici vigore praefati termini certo utrinque numero admittuntur, mensesque Papales id temporis in usu fuerunt, porro quoque, si decedentes Capitulares et Canonici ex numero Catholicorum definito fuerint, obtineant atque executioni, casu eveniente, mandentur, modo Papa-

§. 20. In welcher unmittelbaren geistlichen Güter Capituln, beyderseits Religions-Capitularn und Canonischen, Krafft deß besagten Termins, in gewisser Anzahl angenommen werden und der Zeit die Menses Papales üblich sind, so sollen sie auch ferners, da etliche Capitularn und Canonischen aus der bestimmten Zahl der Catholischen abgangen, also üblich bleiben, und zur Execution auf begebenden Fall gezogen werden: Imfall die Päpstliche

lis provisio Capitulis immediate e Curia Romana et tempore legitimo insinuetur.

§. 21. VI. Electi aut Postulati in Archiepiscopos, Episcopos aut Praelatos Augustanae Confessioni addicti, a Sacra Caesarea Majestate, postquam intra annum Electionis aut Postulationis suae fidem fecerint, et juramenta regalibus sueta feudis praestiterint, absque ulla exceptione investiantur, ultraque taxae ordinariae summam, insuper ejusdem dimidium pro infeudatione pendant, iidem aut sede vacante Capitula et quibus administratio cum iis conjunctim competit ad universales aeque, ac particulares deputationum, visitationum, revisionum, aliosque conventus Imperiales, literis solitis evocentur, et suffragii jure fruantur, prout quisque Statuum ante religionis dissidia eorum Jurium particeps fuit. Quae vero et quod personae ad ejusmodi conventus mitti debeant, de eo Praesulibus cum Capitulis et Conventualibus statuere liberum esto.

§. 22. De titulis Principum Ecclesiasticorum ex Augustana Confessione, ita convenit, ut absque tamen praejudicio Status et dignitatis titulis Electorum aut Postulatorum in Archiepiscopum, Episcopum, Abbatem, praepositum, insigniantur. Sessionem autem in Scamno inter Ecclesiasticos et seculares intermedio vel transverso capiant, quibus a latere assideant in conventu omnium trium Imperii Collegiorum, Director Concellariae Moguntinensis, nomine Domini Archiepiscopi actorum Comitialium generali directione fungens, et post ipsum Directores Collegii Principum: Idemque observetur in Senatu Principum collegialiter congregato, a solis istius Collegii actorum directoribus.

Provision, den Capituln unmittelbar vom Römischen Hofe und zu rechter Zeit insinuiret wird.

§. 21. VI. Welche von der Augspurgischen Confessions-Verwandten zu Ertzbischoffen, Bischoffen oder Prälaten erwehlet oder postulirt werden, sollen von der Röm. Kais. Majestät, nachdem sie innerhalb Jahrs dero Wahl oder Postulation beglaubten Schein einbringen, auch die bei solchen Regal-Lehen gewöhnliche Pflichte leisten und außer einiger Einrede investirt werden, und über die Summa deß gewöhnlichen Tax, ferners noch dessen Helfft für die Belehnung, reichen; Eben dieselben oder bey vacirender Stelle, die Capitul und diejenige, welchen die Verwaltung mit denselben zugleich gebührt, sollen sowol auf allgemeine als absonderliche Deputations-Visitations-Revisions- und andere Reichs-Convent, dem Gebrauch nach, schrifftlich berufen werden und ihre Stimme führen, allermassen ein jeglicher Stand vor dem Religions-Streit derselben Gerechtigkeit fähig gewesen. Waserley aber und wie viel Personen zu dergleichen Convent müssen gesandt werden, solches wird bey den Prälaten, Capitul und Conventualen stehen.

§. 22. Wegen Titulirung der geistlichen Fürsten Augspurg. Confession ists dahin verglichen, daß sie, jedoch ohne Nachtheil Stands und Dignität, den Titul der Erwehlten nnd Postulirten zum Ertzbischoff, Bischoff, Abt und Probst führen mögen. Sollen aber die Session auf der mittlern und entgegenstehenden Bank zwischen den Geistlichen und Weltlichen einnehmen, welchen an der Seiten, da deß Heil. Röm. Reichs alle drey Collegia zusammenkommen, sitzen sollen der Director der Maintzischen Cantzley im Namen deß Herrn Ertzbischoffs, als welcher der Reichstags-Acten General-Direction führt und nach demselben die Directores deß Fürstlichen Collegii. Und eben dieses soll im Rath der Fürsten, so sie collegialiter versammlet, von desselben Collegiis und dero Acten Directoribus allein observirt werden.

§. 23. VII. Quot Capitulares aut Canonici prima die Januarii anni 1624 uspiam vel Augustanae Confessionis vel Catholici fuerunt, totidem illic ex utraque religione erunt semper, nec decedentibus nisi ejusdem Religionis Consortes surrogentur: Si vero alicubi jam plures Catholici vel Augustanae Confessionis Capitulares aut Canonici beneficia possident, quam anno 1624, ii quidem supernumerarii beneficia et praebendas ad vitam retineant, mortuis vero, tamdiu Catholicis Augustanae Confessioni addicti, et his Catholici succedant, donec redintegratus fuerit utriusque Religionis, Capitularium et Canonicorum numerus, qui die 1. Januarii anno 1624 erat. Exercitium vero Religionis in mixtis Episcopatibus ita restituatur et permaneat, ubi et quatenus id 1624 palam receptum permissumque fuit; neque supradictis omnibus vel eligendo vel praesentando, aliterve quicquam detrimenti creetur.

§. 23. VII. Wie viel Capitulares oder Canonici am 1. Jan. Anno 1624 irgendswo entweder Augspurg. Confession oder Catholischer Religion gewest, soviel sollen daselbst allezeit von beyden Religionen verbleiben: Auch den Absterbenden keine andere, als derselben Religion Zugethane nachgesetzt und surrogirt werden. Da aber an einem Ort dieser Zeit mehr Catholischer Religion oder Augspurg. Confessions-Capitularn oder Canonici, Beneficia in Posseß hätten, dann Anno 1624, so sollen zwar diese als Supernumerarii die Beneficia und Präbenden Zeit Lebens behalten, nach dero Abgang aber so lang der Catholischen die Augspurg. Confessions-Verwandte und diesen die Catholischen succediren, bis so lang die Anzahl beyder Religion-Capitularn und Canonischen, wieder ersetzt seye, als sie am 1. Jan. anno 1624. gewesen. Die Ubung der Religion aber in den vermischten Bisthumen soll dergestalt restituirt werden und verbleiben, wie und welcher Gestalt solches im Jahr 1624. öffentlich im Brauch und zuläßig gewesen und solle obigem allem weder mit der Wahl oder Vorstellung oder sonsten nichts hinderlichs vorgehen.

§. 24. VIII. Qui Archiepiscopatus, Episcopatus et aliae fundationes atque bona Ecclesiastica immediata vel mediata in satisfactionem Reg. Majestatis, Regnique Sueciae, aut Aequivalentem recompensationem, indemnitatemque suorum foederatorum, amicorum et Interessatorum concesserunt, pecularibus suis conventionibus infra contentis, per omnia relinquantur. In omnibus vero iis, quae ibi non continentur, et inter haec quoad §. Jus Dioecesanum 16. infra positum, Constitutionibus Imperii et huic Transactioni subjecta manento.

§. 24. VIII. Welche Ertzbisthum, Bisthum oder andere Stifftungen und geistliche Güter mittel- oder unmittelbar zur Satisfaction der Königl. Majestät und Reichs Schweden oder zu gleicher Recompens und Schadloshaltung dero Bundsgenossen, Freunden und Interessirten kommen, sollen bey deren sonderbaren, drunten bemeldten Vergleichungen allerdings verbleiben. In allen denen aber so daselbst nicht begriffen, und unter diesen belangende §. Jus Dioecesanum 16. infra positum, sollen sie deß Heil. Römischen Reichs Satzungen und gegenwärtigem Vertrag unterworffen seyn.

§. 25. IX. Quaecunque Monasteria, Collegia, Ballivias, Commendas, Templa, fundationes, scholas, hospitalia, aliave bona Ecclesiastica mediata, ut et eorum reditus Juraque, quocunque nomine ea appellata fue-

§. 25. IX. Alle Klöster, Collegien, Balleyen, Commenthureyen, Kirchen, Stifftungen, Schulen, Hospitalien und andere mittelbare geistliche Güter, wie auch deren Gefäll und Recht, wie sie Namen haben mögen, welche die Augspur-

rint, Augustanae Confessionis Electores, Principes, Status, Anni millesimi sexcentesimi vicesimi quarti, die prima Januarii possederunt, eadem omnia et singula sive retenta semper, sive restituta, sive vigore hujus transactionis restituenda, iidem possideant, donec controversiae Religionis amicabili partium compositione universali definiantur, non attentis exceptionibus sive ante sive post transactionem Passaviensem aut Pacem Religiosam reformata et occupata, aut quod non de vel in territorio Augustanae Confessionis Statuum, vel exempta, vel aliis Statibus jure Suffraganeatus, Diaconatus, aliave quavis ratione obligata fuisse dicuntur. Unicum solumque hujus transactionis, restitutionis, observantiaeque futurae fundamentum sit die 1. Jan. anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto habita possessio, irritis prorsus exceptionibus quae ex introducto alicubi locorum exercitio interimistico vel anterioribus aut secutis pactis generalibus aut specialibus transactionibus vel litibus motis causisve decisis, vel etiam decretis, mandatis, rescriptis, paritoriis, reversalibus, litispendentiis vel aliis quibuscunque praetextibus et rationibus desumi possent. Ubi igitur supra dictorum omnium bonorum, eorundem pertinentium, fructuumve Augustanae Confessionis Statibus aliquid quovis modo aut praetextu, sive judicialiter sive extrajudicialiter a dicto tempore interversum, aut ademptum est, omnino absque mora, et indistincte (interque illa specialiter etiam Monasteria, fundationes atque bona Ecclesiastica omnia et singula a Principe Würtembergico anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto possessa) cum suis pertinentiis, reditibus et accessionibus ubicunque sitis, una cum amotis documentis in priorem statum restituantur. Nec Augustanae Confessioni addicti posthac in habita vel recuperata possessione ullo modo turbentur, sed ab omni persecutione juris et facti per-

sche Confessions-Verwandte Chur-Fürsten und Stände den 1. Jan. anno 1624. im Besitz gehabt haben, dieselbe allesamt sollen sie hinfüro, solche seyen gleich bißhero in dero Händen verblieben oder wieder restituirt worden, oder in Krafft dieser Transaction noch zu restituiren, im Besitz behalten, bis die Religions-Strittigkeit durch beeder Theil gütliche und gemeine Vergleichung beygelegt seyn werde, ohngeacht deß Vorwands, sie seyen vor- oder nach dem Passauischen Vertrag und Religion-Frieden reformirt und eingenommen worden, wie auch daß sie nicht Inn- oder von der Augspurgischen Confessions-Verwandten Stände Lands-Obrigkeit seyen oder andern Ständen jure suffraganeatus, diaconatus oder in andere Weg verbunden angegeben werden, dann das einige Fundament dieser Transaction, Restitution und künfftiger Observanz ist die den 1. Jan. Anno 1624. Jahrs gehabte Possessio, allerdings ohngeacht auch deß Vorwands etlicher Orten eingeführten interims exercitii auch vor- und nachgehend, gemein- oder sonderbaren Verträgen entstandener Strittigkeit, oder entschiedener Sachen, oder erlangter Decreten, Mandaten, Rescripten, Paritoriis, reversalibus litispendentiis, oder andern Scheins, wie solcher vorgebracht werden möchte, dann da von obgedachten Gütern allen, auch deren Zugehörungen und Nutzungen, den Augspurgischen Confessions-Verwandten ichtwas, auf einige Weise oder Wege inn- oder ausserhalb Gericht, von besagter Zeit an entwendet oder entzogen worden, das solle ohne Verzug und Unterschied, (und neben solchem in specie alle die Klöster, Stifftungen und geistliche Güter, so der Hertzog zu Würtemberg in Anno 1624. in Posseß gehabt) mit ihren Zugehörungen, Renten und Verbesserung, wo sie auch gelegen, neben abhanden gebrachten Documenten wieder in den vorigen Stand gesetzt werden. Es sollen auch die Augspurgische Confessions-Verwandte in erhaltener und wieder erlangter Possession ins künfftig auf keine Weise weiter nicht betrübt

petuo tuti sint, donec controversiae Religionis compositae fuerint.

§. 26. Omnia quoque Monasteria, fundationes et sodalitia mediata, quae die prima Jan. Anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto Catholici realiter possederunt, possideant et ipsi similiter, ut et in Augustanae Confessionis Statuum territoriis et ditionibus ea sita sint; non tamen in alios religiosorum ordines, quam quorum regulis primitus dicata sunt, commutentur; nisi talium religiosorum ordo plane interciderit. Tunc enim magistratui Catholicorum liberum esto, ex alio in Germania, ante dissidia Religionis exorta, usitato ordine, novos Religiosos substituere. In quibuscunque vero fundationibus, Ecclesiis, Collegiatis, Monasteriis, hospitalibus ejusmodi mediatis, Catholici Augustanae Confessioni addicti promiscue vixerunt, vivant etiam posthac promiscue numero prorsus eodem, qui die prima Januarii Anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto ibidem repertus fuit; publicum etiam Religionis exercitium idem maneat, quod quovis in loco dicto anno dieque usitatum fuit, absque unius vel alterius partis impedimento. In quibuscunque etiam fundationibus mediatis anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto die primo Januarii Sacra Caesarea Majestas primarias preces exercuit, exerceat eas inposterum ad modum circa bona immediata superius explicatum. Idem plane hic observetur de mensibus Papalibus, quod supra de iis Artic. quinto dispositum est. Conferant etiam Archiepiscopi, et quibus aliis id juris competit, beneficia mensium extraordinarium; Quod si quoque Augustanae Confessioni addicti in ejusmodi bonis Ecclesiasticis mediatis dicto anno dieque a Catholicis realiter, plene vel ex parte possessis jura praesentandi, visitandi, inspectionis, confirmandi, corrigendi, protectionis, aperturae, hospitationis, servi-

werden, sondern vor aller Thätigkeit oder Rechtlicher Verfolgung zu ewigen Tagen, bis daß die Religions-Strittigkeit aufgehoben werden möchte, sicher seyn.

§. 26. Hingegen sollen auch die Catholische alle Clöster, Stifftungen und mittelbare Collegia, welche sie am 1. Jan. anno 1624. würklich in Besitz gehabt, ingleichem possidiren, ob sie schon in der Augspurg. Confessions-Zugethanen Ständen Gebiet und Landschafften gelegen. Allein in andere Religions-Orden, ausser denen deren Reguln sie anfänglichs zugeordnet, nicht verändert werden, es wäre dann ein solcher Orden gäntzlich erloschen. Denn auf solchen Fall soll dem Catholischen Magistrat frey stehen, aus einem andern in Teutschland für dem Religions-Streit gewesenen üblichen Orden neue Religiosen zu bestellen, in waserley Stifften aber Collegiat-Kirchen, Klöstern, Hospitalien, so mittelbar Catholische und Augspurgischer Confession zusammen gelebt, daselbst sollen sie auch forthin insgesamt in gleicher Zahl, welch am 1. Januari anno 1624. daselbst gewesen, leben. Das öffentliche Religions-Exercitium soll auch beständig verbleiben, welches an einem Ort an obbemeldtem Tage und Jahre im Brauch gewesen, ohne ein- oder andern Parthey Hinderung. In was für mittelbaren Stifften auch anno 1624 am 1. Januarii die Röm. Kais. Majest. primarias preces exercirt, daselbsten soll sie auch solche forthin exerciren, auf Maß und Weise, als droben bey den unmittelbaren Gütern anerwehnt. Eben dieses soll allhie von den Mensibus Papalibus beobachtet werden, massen droben von diesen bey dem 5. Articul verordnet worden. Es sollen auch die Ertzbischoffen und welchen sonsten ein solches Jus gebühret, die Beneficia Mensium extraordinariorum erstatten. Da auch die Augspurgische Confessions-Verwandte in dergleichen mittelbaren geistlichen Gütern, so am besagten Tage und Jahr von Catholischen würklich, völlig oder eines Theils possidirt worden, die Jura praesentandi, Visitandi, Inspectionis, Confirmandi, Corrigendi, Protectionis,

tiorum, operarum habuerunt: Item Parochos, Praepositos ibi aluerunt, jura ista illis sarta tectaque maneant. Et si Electiones debito tempore, modove non fiant, praebendarum vacantium distributio et collatio in ejusdem religionis personas, cujus decedens fuit, ex jure devoluto ad eosdem pertineat, modo per hoc in istiusmodi bonis Ecclesiasticis mediatis instituto Catholicae Religionis nihil praejudicetur, et Magistratui Catholicorum Ecclesiastico sua jura ex instituto ordinis in ipsos religiosos competentia, salva et illibata sint. Quibus etiamsi electiones aut collationes praebendarum vacantium debito tempore factae non fuerint, Jus devolutum salvum esto. Quod ad Oppignorationes Imperiales attinet, cum in Capitulatione Caesarea dispositum reperiatur, quod Electus Romanorum Imperator, Electoribus, Principibus, caeterisque Statibus immediatis Imperii, ejusmodi oppignorationes confirmare atque illos in earundem tranquilla et quieta possessione defendere ac manutenere debeat; conventum est, hanc dispositionem, donec consensu Electorum, Principum et Statuum aliter statutum fuerit, observandam esse, atque propterea civitati Lindau, nec non Weisseuburgo in Noricis reddita sorte, oppignorationes Imperiales ipsis ademptas, illico et plenarie restituendas.

Aperturae, Hospitationis, Servitiorum, Operarumque gehabt: Oder Pfarrherrn und Vorsteher daselbsten gehalten. Diese Gerechtigkeiten sollen ihnen unverruckt beständig verbleiben. Und da die Wahl auf gewisse Zeit und Weise nicht geschiehet, soll der erlegten Präbenden Gifft und Austheilung in derselben Religion, Personen, welcher der Abgestorbene zugethan gewesen, aus zugewachsenem Rechte conferirt werden. Nur allein daß in dergleichen mittelbaren geistlichen Gütern der Catholischen Religion kein Nachtheil begegey: Und dem Catholischen geistlichen Magistrat ihre Rechte, Krafft der Insatzung deß Ordens, so sie an die Religion haben, in Kräfften verbleiben mögen. Eben denselben, falls die Wahl und Collatur der entledigten Präbenden zu gebührender Zeit nicht ersetzt würden, soll es an ihren Rechten nichts benehmen. So viel die Pfandschafften im Heil. Röm. Reiche betrifft, nach dem in der Kaiserlichen Capitulation versehen, daß ein Erwehlter Römischer Kaiser denen unmittelbaren Churfürsten und Ständen deß Heil. Röm. Reichs dergleichen Pfandschafften confirmiren und sie bey solcher sichern und geruhlichen Possession manuteniren solle; So ist verglichen, daß diese Verordnung, biß daß mit Einwilligung Chur-Fürsten und Ständen ein ander Schluß erfolge, so lang genehm gehalten werde. Und dannenher der Stadt Lindau und Weissenburg im Nürnbergischen, bey Wiedererstattung vorigen Stands ihrige Reichs-Pfandschafften wieder einzuräumen seyn.

§. 27. Quae vero bona Status Imperii sibi invicem pignoris jure ante hominis memoriam obligaverunt, in iis reluitioni aliter locus non detur, nisi possessorum exceptiones et merita causarum sufficienter examinentur. Quod si bona ejusmodi durante hoc bello vel absque praevia causae cognitione, vel non soluta sorte ab aliquo occupata fuerint, una cum documentis statim plenario prioribus possessoribus reddantur, et si sententia reluitioni locum concedat, inque rem judicatam transierit, atque sorte numerata

§. 27. Was aber für Güter die Stände deß Heil. Röm. Reichs einander, vermög Pfands-Recht, vor Menschen gedenken versetzt haben, in denselben soll die Wiederlösung anderer Gestalt nicht Statt finden, es seyen denn der Possessorn Exceptiones und Merita causarum genugsam erwogen. Da nun solche Güter bey itzigem wärendem Kriege, etwan ohne vorgehende Erkündigung der Sachen oder ohne Zahlung oder Erledigung von jemand eingenommen worden wären, so sollen sie samt denen Urkunden alsbald den vorigen Besitzern völlig

restitutio subsecuta fuerit, Domino quidem directo liberum esse debet in hujusmodi terras oppignoratas ad se reversas suae Religionis exercitium publice introducere; incolae tamen et subditi migrare, aut suam, quam sub priori possessore hujusmodi terrarum oppignoratarum amplexi fuerant, Religionem deserere non cogantur, de publico vero suae Religionis exercitio inter ipsos et reluentem Dominum directum transigatur.

§. 28. X. Libera et immediata Imperii Nobilitas, omniaque et singula ejus membra una cum subditis et bonis suis feudalibus et allodialibus, nisi forte in quibusdam locis ratione bonorum et respectu territorii vel domicilii aliis Statibus reperiantur subjecti, vigore Pacis religiosae et praesentis conventionis in juribus religionem concernentibus et beneficiis inde promanantibus, idem jus habeant, quod supra dictis Electoribus, Principibus et Statibus competit, nec in iis sub quocunque praetextu impediantur aut turbentur. Turbati vero omnes omnino in integrum restituantur.

§. 29. XI. Liberae Imperii Civitates, prout omnes atque singulae sub appellatione Statuum Imperii non tantum in Pace Religionis et praesenti ejusdem declaratione, sed et alias ubique indubitate continentur, ita et ex illarum numero eae, in quibus unica tantum Religio Anno 1624 in usu fuit, tam ratione juris reformandi, quam aliorum casuum Religionem concernentium in territoriis suis et respectu subditorum non minus ac intra muros et suburbia, idem cum reliquis Statibus Imperii superioribus jus habeant, adeoque de istis generaliter disposita et conventu, de his quoque dicta et intel-

eingeräumt werden, und so das Urtheil die Wieder-Ablösung verstattet und darin zu Recht gesprochen, auch bey Erlegung deß Gelds die Restitution erfolgt, so soll dem ordentlichen Herrn bevorstehen in diese verpfändete, an ihr wiederkommende Landschafften seiner Religion Exercitium öffentlich einzuführen, die Innwohner jedoch und Unterthanen sollen nicht gehalten seyn abzuziehen oder ihre Religion, so sie unterm vorigen Besitzer derselben verpfändeten Landen gehabt, zu verlassen. Vom öffentlichen aber dero Religions-Exercitio soll zwischen ihnen und dem ordentlich ablegendem Herren transigirt werden.

§. 28. X. Die freye und unmittelbare Reichs-Ritterschafft, auch alle und jede derselben Glieder samt Unterthanen und ihren Lehen- und eigenthümlichen Gütern, dafern nicht etwan etlicher Orten, vermög der Güter, oder respect der Botmässigkeit oder Wohnung, andern Ständen sie subject erfunden wurden, krafft deß Religion-Friedens und gegenwärtigen Vergleichs in den Rechten die Religion betreffend, und dannenhero kommenden Beneficien, sollen gleiches Recht haben, welches obgedachten Chur-Fürsten und Ständen gebührt, und nicht in derselben unter einigem Schein verhindert oder betrübet werden. Die aber betrübt worden, sollen allersamt allerdings in vorige Possession restituirt werden.

§. 29. XI. Die freye Reichs-Städt betreffend, gleich wie sie samt und sonders unter dem Namen der Stände deß Reichs nicht allein in dem Religion-Frieden und gegenwärtiger dessen Erklärung, sondern auch sonsten allenthalben ohn zweiffentlich begriffen; Also sollen auch aus selbigen diejenige, bey welchen in anno 1624 allein eine Religion in Übung gewesen, in ihrem Gebiet gegen dero Unterthanen nicht weniger, als in ihren Mauren und Vorstädt, sowol in Befügniß zu reformiren als andere Religions-Fällen, mit den höhern Reichs-Ständen gleiches Recht haben, dergestalt, was von solchen verordnet und vergli-

lecta sunto, non attento, quod in iis Civitatibus, in quibus praeter August. Confess. exercitium nullum aliud a Magistratu et civibus juxta morem et statuta cujusque loci, anno 1624 introductum fuit, aliqui Catholicae Religioni addicti cives commonentur, vel etiam in aliquibus Capitulis, Ecclesiis, Collegiatis, Monasteriis, et Coenobiis ibidem sitis, immediate vel mediate Imperio subjectis, inque eo statu, qui fuit 1. Jan. anno 1624 deinceps quoque, cum clero intra praedictum terminum non introducto, et civibus Catholicis pro tempore ibi existentibus, tam active, quam passive omnino relinquendis, Catholicae Religionis exercitium vigeat. Ante omnia vero illae Civitates Imperiales, quae sive uni, sive utrique Religioni addictae (et inter has posteriores cum primis Augusta Vindelicorum, itemque Dunkelspiehla, Biberacum, Ravensburgum et Kauffbeura:) ab anno 1624 propter Religionem, vel bona Ecclesiastica ante vel post Transactionem Passaviensem et insecutam Pacem Religiosam occupata et reformata; vel alias intuitu Religionis in Politicis quocumque modo sive extra, sive judicialiter aggravatae sunt, in eum statum, in quo Kalendis Januarii praedicti anni 1624 tam in sacris, quam in profanis fuerunt, non minus ac reliqui Status Imperii superiores plenissime reponantur, inque eo, absque ulteriore turbatione, perinde atque illae, quae tum temporis adhuc possederunt, aut interea possessionem recuperarunt, usque ad amicabilem Religionum compositionem conserventur. Neutrique partium alteram de Religionis suae exercitio, Ecclesiae ritibus et ceremoniis deturbare fas sit, sed cives pacifice et comites invicem cohabitent, liberumque Religionis suae et bonorum usum, ultro citroque habeant, cassatis rerum judicatarum et transactarum, litispendentiarum, aliisque §§. 2 et 9 enumeratis exceptionibus: Salvis tamen iis, quae Politicorum ratione de Augusta Vinde-

chen ist, auch von diesen gesagt und verstanden werden solle, unerachtet, daß in solchen Städten, in welchen von der Obrigkeit und Bürgern, jedes Orts Gewohnheit und Gesetzen nach, allein das Augspurg. Confessions-Exercitium im Jahr 1624 gewest ist, etliche Catholischer Religion Verwandte Bürger daselbst sich aufhielten oder auch in etlichen Capituln, Collegiat-Kirchen und daselbst gelegenen Münstern und Klöstern, so dem Heil. Röm. Reiche mittel- oder unmittelbar unterworffen und in dem Stand, darinn sie am 1. Jan. anno 1624 gewesen, auch forthin mit den Geistlichen, so innerhalb besagter Zeit nicht eingeführt worden, auch der Catholischen dessen Orts sich der Zeit befindenden Bürger, so wol active als passive zu gedulten, der Catholischen Religion Exercitium üblich wäre. Für allen Dingen aber sollen die Reichs-Städte, welche einer oder beyderley Religion zugethan, (unter welchen letztern fürnämlich Augspurg: Item Dünkelspiel, Biberach, Ravenspurg, und Kauffbäuer) von Jahr 1624 wegen der Religion oder Geistlichen Güter vor oder nach dem Passauschen Vertrag, und folgenden Religions-Frieden occupirt und reformirt, oder sonsten in Ansehung der Religion in politischen Sachen, in- oder ausserhalb Rechtens einigerlei Weise beschwert worden seyn, in den Stand, in welchen sie am 1. Januarii vorbesagtes 1624 Jahrs, so wol in geistlichen als weltlichen Dingen gestanden, nicht wenigers als die übrigen höhere Reichs-Stände völligster Dingen restituirt werden. Und bey diesem ohne fernere Beunruhigung, so wol als jene, welche sie der Zeit noch in Besitz gehabt oder inmittelst die possession wieder erhalten biß zu gütlichem Religions-Vergleiche verbleiben. Und soll keinem Theil zugelassen seyn, den andern von seiner Religions-Ubung, Kirchen-Gebräuchen und Ceremonien zu vertreiben: Sondern sollen die Bürger bei einander friedlich und schiedlich wohnen und dero freyen Religions- und ihrer guten Gebräuche beiderseits üben, mit Aufhebung dessen, so dar-

licorum, Dunkelspiehla, Biberaco et Ravenspurgo superius §. 2 disposita sunt.

über geurtheilet und verglichen, rechthängigen Sachen deren im 2. und 9. Articul erwehnten Exceptionen. Jedoch soll gelten und in salvo bleiben dasjenige, was in Sachen von Augspurg, Dünkelspiel, Biberach und Ravenspurg vorher am 2. Articul disponirt worden.

§. 30. XII. Quantum deinde ad Comites, Barones, Nobiles, Vasallos, Civitates, Fundationes, Monasterio, Commendas, Communitates et subditos Statibus Imperii immediatis sive Ecclesiasticis sive Secularibus subjectos pertinet: Cum ejusmodi Statibus immediatis cum Jure Territorii et Superioritatis ex communi per totum Imperium hactenus usitata praxi, etiam jus reformandi exercitium Religionis competat, ac dudum in Pace Religionis talium Statuum subditis, si a Religione Domini territorii dissentiant, beneficium emigrandi concessum, insuper majoris concordiae inter Status conservandae causa, cautum fuerit, quod nemo alienos subditos ad suam Religionem pertrahere cave causa in defensionem aut protectionem suscipere, illisve ulla ratione patrocinari debeat. Conventum est, hoc idem porro quoque ab utriusque Religionis Statibus observari, nullique Statui immediato jus, quod ipsi ratione territorii et superioritatis in negotio Religionis competit, impediri oportere.

§. 30. XII. So viel die Grafen, Freyherrn, Ritter, Lehenleute, Städte, Stiftungen, Klöster, Commenthureyen, Gemeinden und Unterthanen, so den unmittelbaren Geist- oder Weltlichen Reichs-Ständen untergeben seyn, belanget. Demnach solchen ohnmittelbaren Ständen neben der Lands- und hohen Obrigkeit, den gemeinen Herkommen nach, durch das gantze Römische Reich, auch das Recht die Religion zu reformiren, zustehet, und deren Unterthanen, wann sie nicht ihrer Herren Religion seyn wollen, der Abzug vorlängsten vergönnet. Und überdiß zu mehrer Erhaltung unter den Ständen Einträchtigkeit versehen worden, daß keiner deß andern Unterthanen zu seiner Religion ziehen und der Ursach halben in seinen Schutz oder Protection nehmen, und ihnen einigerley Weise beystehen solle. So ist verglichen, daß eben dieses ferners auch von beyderley Religion-Ständen beobachtet, um einem unmittelbaren Stande sein Recht, welches ihme wegen Lands- und Oberbotmäßigkeit in Religions-Sachen gebühret, nicht verhindert werden soll.

§. 31. Hoc tamen non obstante, Statuum Catholicorum Landsassii, Vasalli et Subditi cujuscunque generis, qui sive publicum sive privatum August. Conf. exercitium anno 1624 quocunque anni parte, sive certo pacto aut Privilegio, sive longo usu, sive sola denique observantia dicti anni habuerunt, retineant id etiam inposterum una cum annexis, quatenus illa dicto anno exercuerunt, aut exercita fuisse probare poterunt. Cujusmodi annexa habentur institutio Consistoriorum, Ministeriorum tam Scholasticorum quam Ecclesiasticorum, Jus patronatus aliaque similia jura, nec minus maneant in possessione omnium dicto tempore in po-

§. 31. Uneracht aber dessen sollen der Catholischen Stände, Landsassen, Lehenleute und Unterthanen, wessen Stands sie seynd, welche entweders das öffentliche oder Privat-Exercitium der Augspurgischen Confession anno 1624 zu welcher Jahrszeit es auch gewesen, entweders Vermög gewissen Vertrags oder Privilegii oder langem Herkommen oder aus bloßer Observantz dessen Jahrs gehabt, solches auch hinfüro samt seinem Anhang, im Gebrauch behalten, wie es gedachten Jahrs geübet, oder daß sie es exerciret hätten, beweissen können: Allermassen diesem anhängig die Verordnung der Consistorien, deß Kirchen- und Schulen Ministerii, Jus Patronatus, und an-

testate eorundem constitutorum templorum, fundationum, monasteriorum, hospitalium, cum omnibus pertinentiis, reditibus et accessionibus. Et haec omnia semper et ubique observentur eo usque, donec de Religione Christiana vel universaliter, vel inter Status immediatos, eorumque subditos mutuo consensu aliter erit conventum, ne quisquam a quocunque ulla ratione aut via turbetur.

§. 32. Turbati aut quocunque modo destituti vero, sine ulla exceptione in eum, quo anno 1624 fuerunt, statum, plenarie restituantur. Idemque observetur ratione subditorum Catholicorum Augustanae Confessionis Statuum, ubi dicto anno 1624 usum et exercitium Catholicae Religionis publicum aut privatum habuerunt.

§. 33. Pacta autem, transactiones, Conventiones aut Concessiones, quae inter tales immediatos Imperii Status eorumque Status provinciales et subditos supra dictos de publico vel etiam privato exercitio Religionis introducendo, permittendo et conservando antehac intercesserunt, initae et factae sunt, eatenus ratae et firmae manento, quatenus observantiae dicti anni 1624 non adversantur, nec ab iisdem nisi mutuo consensu recedere liceat, non attentis, sed annihilatis anni 1624 observantiae, utpote quae instar regulae obtineat, contrariis latis sententiis, reversalibus, pactis, quibuscunque Transactionibus. Et inter illa, quae Episcopus Hildesiensis et Duces Brunsuico-Luneburgenses de Religione ejusque Exercitio Statuum et Subditorum Episcopatus Hildesiensis nonullis pactis anno 1643 transegerunt. Excipiantur vero a dicto termino, et Catholicis reserventur novem Monasteria in Episcopatu Hildesiensi sita, quibus

dere dergleichen Rechte und sollen nicht wenigers in Besitz bleiben, aller zu besagter Zeit ingehabten bestellten Kirchen, Stiftungen, Klöstern, Hospitalien samt allen Zugehörungen, Einkünfften und Zusätzen. Und diese Dinge insgesamt sollen allezeit und allenthalben beobachtet werden, so lang, bis wegen der Christlichen Religion entweder durchgehends oder unter den unmittelbaren Ständen und deren Unterthanen, mit einhelligem Consens ein anders verglichen, daß keiner von dem andern einigerley Weise oder Wege turbiret werde.

§. 32. Die aber, so einiger Weise turbirt oder entsetzet worden, sollen ohne einigen Ausflucht in denjenigen Stand, darinn sie anno 1624 gewesen, völlig restituirt werden. Und eben dieses soll auch gehalten werden wegen der Catholischen Unterthanen, so unter den Augspurgischen Confessions-Verwandten Ständen gesessen, wo sie in besagtem 1624. Jahr der Catholischen Religion das öffentliche oder Privat-Exercitium üblich gehabt.

§. 33. Die vergangene Verträg-Vergleich- und Bewilligungen, so unter solchen unmittelbaren Reichs-Ständen, auch ihren Land-Ständen und Unterthanen, über deß öffentlichen oder Privat-Religions-Exercitii, Einführung, Permission und Conservation hiebevorn beschehen und getroffen worden seyn, sollen so weit genehm und beständig gehalten werden, als sie der Observantz deß 1624. Jahrs nicht entgegen lauffen, noch von solchem anders als mit beyderseits Einwilligung abgetretten werden, ohnerachtet, sondern mit Aufhebung aller deren deß 1624. Jahrs Observantz, als welche gleich einer Regul entgegen lauffenden Gefällen, Urtheilen, Reversalien, Pacten oder einigerley Verträg. Und unter diesen die, so der Bischoff zu Hildesheim und die Hertzogen zu Braunschweig und Lüneburg über die Religion und dessen Exercitio, der Stände und Unterthanen deß Bißthums Hildesheim unterschiedlich mal anno 1643. sich verglichen haben. Es sollen aber von bemeldtem Termin ausgenommen,

Duces Brunsuicenses certis conditionibus eodem anno cesserunt.

und den Catholischen fürbehalten werden, die neun Klöster im Stifft Hildesheim, welcher sich die Hertzogen zu Braunschweig im selbigen Jahr, auf gewisse Maß begeben haben.

§. 34. Placuit porro, ut illi Cathotlicorum subditi Augustanae Confessioni addicti, ut et Catholici Augustanae Confessionis Statuum subditi, qui Anno 1624 publicum vel etiam privatum Religionis suae Exercitium nulla anni parte habuerunt, nec non, qui post pacem publicatam, deinceps futuro tempore diversam a Territorii Domino Religionem profitebuntur, et amplectentur, patienter tolerentur, et conscientia libera domi devotioni suae, sine inquisitione aut turbationi privatim vacare, in vicinia vero, ubi et quoties voluerint, Publico Religionis exercitio interesse, vel liberos suos exteris suae Religionis scholis, aut privatis domi Praeceptoribus instituendos committere non prohibeantur, sed ejusmodi Landsassii, Vasalli et Subditi, in caeteris officium suum cum debito obsequio et subjectione adimpleant, nullisque turbationibus ansam praebeant.

§. 34. Es ist auch beliebet worden, daß diejenige der Catholischen Unterthanen so der Augspurg. Confession zugethan, wie auch die Catholische der Augspurg. Confessions-Verwandte Unterthanen, so anno 1624. das öffentliche oder Privat-Exercitium ihrer Religion, zu keiner Zeit deß Jahrs gehabt; ingleichen auch, welche nach Publication deß Friedens, fürderst künfftiger Zeit eine andere Religion als deß Landsherrn führen und üben, sollen geduldet werden und mit freyem Gewissen in ihren Häusern, ausser Inquisition oder Turbirung, privatim ihrer Devotion abwarten. In der Nachbarschafft aber, so offt und weß Orts es ihnen beliebig dem öffentlichen Religions-Exercitio beywohnen oder ihre Kinder ihrer Religion zugethanen fremden Schulen oder zu Haus privatis praeceptoribus in die Unterweisung ohne Verhinderung dargeben mögen. Sonder vielmehr dergleichen Landsassen, Vasallen und Unterthanen sollen im übrigen ihr Amt mit gebührender Subjection und Gehorsam verrichten und zu keinen Verwirrungen Ursach geben.

§. 35. Sive autem Catholici, sive Augustanae Confessionis fuerint subditi, nullibi ob Religionem despicatui habeantur, nec a mercatorum, opificum, aut tribuum communione, haereditatibus, legatis, hospitalibus, leprosoriis, eleemosynis, aliisve juribus aut commerciis, multo minus publicis caemiteriis, honoreve sepulturae arceantur, aut quicquam pro exhibitione funeris a superstitibus exigatur, praeter cujusque Parochialis Fcclesiae jura, pro demortuis pendi solita; sed in his et similibus pari cum concivibus jure habeantur, aequali justitia protectioneque tuti.

§. 35. Es seyen aber Catholischer oder Augspurg. Confession die Unterthanen sollen sie nirgends wegen der Religion veracht: auch nicht aus der Kauffleuten, Handwerkern oder Zünfften-Gemeinschafft, Erbschafften, Legaten, Hospitalien, Sondersiechen, Allmosen auch andere Gerechtigkeiten oder Handlungen, viel wenigers öffentlichen Kirchhöffen und ehrlichen Begräbnissen, ausgeschlossen oder dergestalt ichtwas für Begräbniß-Kosten an die noch Lebende, ausser was derselben Pfarrkirchen, Gerechtigkeit in dergleichen Fällen mit sich bringet, gefordert werden: Sondern in diesen und dergleichen, sollen sie mit denen Nebenbürgern einigerley Recht, Schutz und Gleichheit geniessen.

§. 36. Quod si vero subditus, qui nec publicum nec privatum suae Religionis Exercitium Anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto habuit, vel etiam, qui post publicatam pacem, Religionem mutabit, sua sponte emigrare voluerit, aut a Territorii Domino jussus fuerit, liberum ei sit, aut retentis bonis aut alienatis discedere, retenta per ministros administrare, et quoties ratio id postulat, ad res suas inspiciendas, vel persequendas lites aut debita exigenda, libere et sine literis commeatus adire.

§. 36. Da aber ein Unterthan, so weder öffentlich noch privat seiner Religion Exercitium anno 1624. gehabt, oder auch, so nach publicirtem Frieden die Religion ändern wird, von selbsten abziehen wolte oder von dem Landsherrn solches zu thun befehlicht wäre, dem soll frey stehen, entweder bey behaltenen oder veräusserten Gütern abzuziehen, das Behaltene durch die Diener zu verwalten und so offt es die Sache erfordert, sein Gut zu besichtigen, Rechtfertigungen zu vollführen oder Schulden einzutreiben, frey und ohne Geleitsbrieffe sich dahin zu verfügen.

§. 37. Conventum autem est, ut a Territoriorum Dominis, illis subditis, qui neque publicum, neque privatum Exercitium Religionis suae dicto anno habuerunt, et tamen tempore publicatae praesentis Pacificationis, in unius vel alterius Religionis Statuum immediatorum ditionibus habitare deprehenduntur, quibus illi etiam annumerandi erunt, qui ob calamitates bellicas evitandas, non tamen animo transferendi domicilium, alio emigrarunt, et facta Pace, in Patriam redire volunt, terminus non minor quinquennio, illis vero, qui post pacem publicatam Religionem mutant, non minor triennio, nisi tempus magis laxum et spatiosum impetrare potuerint, ad emigrandum praefigatur; neque sive voluntarie sive coacte emigrantibus, nativitatis, ingenuitatis, manumissionis, noti opificii, honestae vitae testimonia denegentur, aut iidem reversalibus inusitatis vel decimationibus substantiae secum exportatae, plus aequo extensis praegraventur, multo minus spontaneam suscipientibus emigrationem, servitutis aut ullo alio praetextu impedimentum inferatur.

§. 37. Es ist aber verglichen, daß von den Landsherrn denjenigen Unterthanen, so weder öffentliches noch privat, ihrer Religion Exercitium besagtes Jahrs gehabt, und dennoch zur Zeit gegenwärtiges Friedens Publication in eines oder deß andern unmittelbaren Religions-Ständen Landen wohnhafft, welchen auch die zuzurechnen sind, so wegen Vermeidung Kriegs-Bedrängniß anders wohin, nicht aber der Meinung gäntzlich abzuziehen, sich begeben haben und nach gemachtem Frieden wiederum anheim zu kehren vorhaben, nicht geringer als unter fünff Jahren, denen aber so nach publicirtem Frieden die Religion änderten, nicht unter drey Jahren, es sey dann, daß sie eine geraumere und längere Zeit erlangen möchten, der Termin angesetzt werden soll und dergestalt entweders von selbsten, oder aus Zwang Abziehenden, soll keines weges ihrer Geburt, Herkommens, Entledigung, Handwerks und ehrlichen Wandels Zeugniß verweigert oder dieselben mit ungewöhnlichen Reversen, hochgespanntem Abzug deß zehenden Pfennings über die Gebühr beleget, viel wenigers denen, so von selbsten abziehen, einige Dienstbarkeit oder unterm andern Schein Verhinderungen zugezogen werden.

§. 38. XIII. Silesiae etiam Principes Aug. Conf. addicti, Duces scil in Brieg, Lignitz, Münsterberg et Oels, itemque Civitas Vratislaviensis, in libero suorum ante bellum obtentorum jurium et Privilegiorum, nec non Aug. Conf. exercitio, ex gratia Cae-

§. 38. XIII. Die Schlesische Fürsten Augspurg. Confession als die Hertzogen zu Briegg, Lignitz, Münsterberg und Oels, ingleichem die Stadt Breßlau sollen bey freyem ihrer vor dem Krieg gehabten Recht und Gerechtigkeiten, als auch deß Exercitii Augspurgischer Confes-

sarea et Regia ipsis concesso manutenebuntur.

§. 39. Quod vero ad Comites, Barones, Nobiles, eorumque subditos in reliquis Silesiae Ducatibus, qui immediate ad Cameram Regiam spectant, tum etiam de praesenti in Austria inferiori degentes Comites, Barones et Nobiles attinet, quamvis Caesareae Maj. jus reformandi exercitium Religionis non minus, quam aliis Regibus et Principib. competat, tamen non quidem ex pacto juxta dispositionem praecedendis versiculi. Pacta autem, etc. sed ad interventionem Regiae Majestatis Sueciae, et in gratiam intercedentium Augustanae Confessionis Statuum, permittit, ut ejusmodi Comites, Barones et Nobiles, illorumque in praedictis Silesiae Ducatibus subditi, ob professionem Aug. Conf. loco aut bonis cedere aut emigrare non teneantur, nec etiam prohibeantur dictae Conf. exercitium in locis vicinis extra territorium frequentare, modo in reliquis tranquille et pacifice vivant; seque tales praestent, quales erga suum summum Principem decet. Si vero sua sponte emigrarint et bona sua immobilia vendere vel nolint, vel commode non possint, liberiis aditus rerum suarum inspiciendarum et curandarum causa concessus esto.

§. 40. Praeter haec autem, quae supra de dictis Silesiae Ducatis, qui immediate ad Cameram Reg. spectant, disposita sunt, Sacra Caes. Maj. ulterius pollicetur, se illis, qui in his Ducatibus Aug. C. addicti sunt, pro hujus Conf. exercitio tres Ecclesias propriis eorum sumptibus extra civitates Sweinitz, Jaur et Glogaviam prope moenia, locis ad hoc commodis, jussu suae Maj. designandis, post pacem confectam aedificandas, quam primum id postulaverint, concessuram.

ſion aus Kaiſerlicher und Königlicher Begnadung gehandhabet werden.

§. 39. Was aber die Grafen, Herren, Edelleute und ihre Unterthanen in den übrigen Schleſiſchen Fürſtenthümern, welche unmittelbar zu der Königlichen Kammer gehörig, denn auch die itziger Zeit in Unter-Oeſterreich befindliche Grafen, Herren und Ritterſtands betrifft, ob zwar der Röm. Kaiſ. Maj. das Recht, das Religions-Exercitium zu reformiren, nicht weniger als andern Königen und Fürſten zuſtehet, jedoch nicht zwar nach der Vergleichung deß vorgehenden Artickuls, nach vorgangenem Vertrag, ꝛc. ſondern auf Interpoſition der Kön. Maj. in Schweden und der Augſp. Confeſſions-Verwandten Ständen zu Lieb, laſſen ſie zu, daß ſelbige Grafen, Herren und Edlen auch deroſelben in benannten Schleſiſchen Fürſtenthümen Unterthanen wegen Profeſſion der Augſp. Confeſſion von Orten und Gütern nicht dürffen ausweichen, noch auch im ihriges Exercitium in nechſt angrentzenden Orten, auſſer Gebiets zu beſuchen, behindert werden ſollen. Wofern ſie nur im übrigen ſich ſtill und friedlich und dergeſtalt, als ſich es gegen ihre höchſte Obrigkeit gebühret, verhalten. Da ſie aber von ſelbſten abziehen thäten und ihre liegende Güter entweders nicht verkauffen wolten oder nicht verleihen möchten, ſo ſoll ihnen ein freyer Zugang, um ihre Güter zu beſichtigen und zu verwalten, zugelaſſen ſeyn.

§. 40. Ueber dieſes aber, was vorhin von beſagten Schleſiſchen Fürſtenthümen, ſo unmittelbar zu der Königlichen Kammer gehörig, verordnet, verſprechen die Röm. Kaiſerl. Maj. ferners, daß ſie denen, ſo in ſolchen Fürſtenthümen der Augſp. Confeſſion zugethan ſind, zu Behuff dieſer Confeſſions-Ubung drey Kirchen auf ihren eigenen Koſten auſſer den Städten Schweinitz, Jaur und Glogau, bey der Stadtmauer, an darzu bequemen, von Ihrer Kaiſerl. Maj. Befehl deſignirten Orten, nach getroffenem Frieden aufzubauen, ſobald ſie ſolches begehren werden, erlauben wollen.

§. 41. Et cum de majore Religionis libertate et exercitio in supra dictis et reliquis Caesareae Majestatis et Domus Austriacae Regnis et provinciis concedendo, in praesenti Tractatu varie actum sit, nec tamen ob Caesareanorum Plenipotentiariorum contradictiones conveniri potuerit, Regia Majestas Succiae et Augustanae Confessionis ordines facultatem sibi reservant, eo nomine in proximis Comitiis aut alias apud suam Caesaream Majestatem, pace tamen semper permanente, et exclusa omni violentia et hostilitate, ulterius respective amice interveniendi et demisse intercedendi.

§. 41. Und als von mehrer Religions-Freyheit und Ubung in obgedachten und übrigen der Röm. Kaiserl. Maj. und Hauses Oesterreichs Königreichen und Landen zuzulassen, bey gegenwärtigen Traktaten viel gehandelt worden und wegen der Herren Kaiserlichen Gevollmächtigten Widersprechungen man nicht eines werden mögen: So behalten die Kön. Maj. in Schweden und Augsp. Confessions-Verwandte Stände sich bevor, um dessentwegen auf nechstkünfftigen Reichstage oder sonsten bey der Röm. Kais. Maj. jedoch mit Vorbehalt, deß nichts desto minders fortgehenden Friedens und Ausschliessung aller Gewalt und Feindthätlichkeit ferners respective gültig und demütig zu intercediren.

§. 42. XIV. A sola qualitate feudali vel subfeudali, sive a Regno Bohemiae, sive ab Electoribus, Principibus et Statibus Imperii, sive aliunde procedant, jus reformandi non dependet, sed feuda ista et subfeuda, nec non vasalli, subditi et bona Ecclesiastica in causis Religionis, et quicquid juris Dominus feudi praetendat, introduxerit, aut sibi arrogarit, ex statu anni 1624. die prima Januarii perpetuo censeantur, quae vel judicialiter vel extrajudicialiter innovata fuerint, tollantur, et in pristinum statum restituantur.

§. 42. XIV. Von der blossen Lehens- oder Affterlehens Qualität, sie kommen vom Königreich Böhmen oder Churfürsten und Ständen deß Heil. Röm. Reichs oder anderst woher, entstehet die Gerechtigkeit zu reformiren nicht, sondern da diese Lehen und Affter-Lehen, als auch Vasallen, Unterthanen und geistliche Güter in Religions-Sachen und was der Lehens-Herr prätendirt, eingeführet oder sich angemast, solle nach dem Zustande deß 1624. Jahrs und 1. Januarii beständig ermessen, in- oder ausserhalb Gerichts darwider gehandelt worden, aufgehoben und in vorigen Stand gesetzet werden.

§. 43. Territorii jure vel ante vel post terminum anni millesimi sexcentesimi vicesimi quarti controverso, donec super possessorio et petitorio cognoscatur et decidatur, possessori praefati anni idem jus esto, quantum equidem ad publicum exercitium attinet. Subditi vero propter mutatam interim Religionem, pendente territorii controversia migrare non cogantur.

In iis locis, ubi Catholici et Augustanae Confessionis Status ex aequo jure superioritatis fruuntur tam ratione publici Exercitii, quam aliarum rerum Religionem concernen-

§. 43. So die Lands-Obrigkeit vor oder nach dem Termin deß 1624 Jahrs strittig ist, solle der Besitzer besagtes Jahrs gleiches Recht, soviel das öffentliche Exercitium belangt, haben, bis daß über das Possessorium und Petitorium erkannt und decidirt seyn wird. Die Unterthanen aber sollen wegen inmittelst veränderter Religion solang die Strittigkeit währet, abzuziehen nicht gezwungen werden.

In denen Orten, wo die Catholische und Augsp. Confessions-Verwandte Stände gleichmäßige hohe Land-Obrigkeit führen, soll es so wol wegen deß öffentlichen Exercitii, als an-

tuum idem Status maneat, qui fuit anno dieque supradictis.

§. 44. Sola criminalis jurisdictio, Cent-Gericht, solumque jus gladii et retentionis, patronatus, filialitatis, neque conjunctim neque divisim, jus reformandi tribuunt. Quae itaque hoc colore reformationes hucusque irrepserunt, pactisve inatrus sunt, cassantor, gravati restituuntor, et inposterum ab ejusmodi penitus abstinetor.

§. 45. XV. Ratione redituum cujuscunque generis ad bona Ecclesiastica eorumque possessores pertinentium, ante omnia observertur id, quod in Pace Religionis §. Dagegen sollen die Stände der Augspurgischen Confession ꝛc. §. Alsdann auch denen Ständen der alten Religion, ꝛc. dispositum invenitur. a)

§. 46. Illi vero reditus, census, decimae, pensiones, quae vigore jam dicta Pacis Religionis Statibus Augustanae Confessionis ob immediatas vel mediatas fundationes Ecclesiasticas ante vel post pacem Religiosam acquisitas e Catholicorum provinciis debentur, quorumque in possessione vel quasi percipiendi anno 1624 die 1. Jan. fuerunt, absque ulla exceptione solvantur; Si alicubi etiam Aug. Conf. Status quidam Protectionis, Advocatiae, Aperturae, Hospitationes, Operarum aut alia jura in Catholicorum Ecclesiasticorum ditionibus et bonis sive intra sive extra territorium sitis, legitimo usu aut concessione habuerunt, quemadmodum etiam Catholici Status, si quid ejusmodi ipsis circa bona Ecclesiastica Aug. Conf. Statibus acquisita competit, omnes ex aequo jura sua pristina retineant, ita tamen, ut ne per usum ejusmodi jurium bonorum Ecclesiasticorum reditus nimium praegraventur et exhauriantur.

derer die Religion betreffenden Sachen, in dem Stande bleiben, in welchem es an besagten Jahr und Tage gewesen.

§. 44. Das bloße Hoch- Hals- und Centgericht, wie auch das jus gladii, retentionis et filialitatis, geben weder insgesamt noch absonderlich das Reformation-Recht. Was nun derhalben unter solchem Schein bishero für Reformationes eingerissen oder durch Verträge eingedrungen, sollen aufgehoben, die Beschwerden restituirt und hinfüro von dergleichen gäntzlich unterlassen werden.

§. 45. XV. Wegen der Renten allerley Art, so zu den geistlichen Gütern und ihren Besitzern gehörig, soll für allen Dingen dasjenige beobachtet werden, was im Religions-Frieden §. Dagegen sollen die Stände der Augspurgischen Confession, ꝛc. §. Alsdann auch denen Ständen der alten Religion, ꝛc. verordnet befunden wird.

§. 46. Die Renten, Gefälle, Zehenden und Pensionen aber, welche vermög itzt besagtes Religions-Friedens Augspurgischer Confessions-Ständen, wegen unmittel oder mittelbarer Geistlichen, auch nach dem Religions-Frieden erlangten Stifftungen, aus der Catholischen Gebiet gebühren und in welcher possession vel quasi Genuß sie anno 1624 am 1. Januarii gestanden sollen außer einiger Einrede entrichtet werden. Da auch irgendwo Augspurgischer Confession-Stände des jus protectionis, advocatiae, aperturae, hospitationis, operarum oder andere gerechtsame Catholischen geistlichen Gebieten auch ausser- oder inner Lands gelegenen Gütern durch rechtmäßigen Gebrauch und Zulassung gehabt; Gleicher Gestalt auch die Catholische Stände, so ihnen dergleichen etwas, in den geistlichen Gütern der Augspurgischen Confessions Stände gebührt, sollen sie nicht weniger ihr voriges Recht behalten. Also doch, damit nicht durch Ubunge solcher Rechten, der Geistlichen Güter Einkünffte zu viel beschweret und erschöpfft werden.

a) Die beyden hier allegirten Paragraphen des Religionsfriedens vom J. 1555 sind zu finden in der Neuen Sammlung der Reichsabschiede Th. III. S. 18 u. 19.

§. 47. Reditus etiam, nec non decimae, Canones et pensiones Aug. Conf. Statibus, fundationibus jam destructis et collapsis, ex alienis territoriis debitae, iis exsolvantur, qui anno 1624 die 1. Jan. in possessione perceptionis vel quasi fuerunt: quae vero ab anno 1624 destructae fuerunt, aut in futurum concident, earum pensiones etiam in alienis territoriis Domino destructi Monasterii seu loci, in quo id situm fuit, exsolvantur. Quae itidem fundationes, die 1. Januar. anni 1624 in possessione vel quasi Juris decimandi e bonis novalibus in alieno Territorio fuerunt, sint etiam imposterum, nihil autem novi Juris quaeratur. Inter caeteros Status Imperii et subditos id juris esto, quod jus commune vel cujus que loci consuetudo et observantia de Decimis ex bonis novalibus constituunt, aut per pactiones voluntarias conventum est.

§. 47. Die Renten und Zehenden, Zinse und Pensionen so den Augspurgischer Confessions-Ständen nach aufgehoben und destruirten Stifftungen aus andern Gebieten gebühren, sollen denen entrichtet werden, welche im Jahr 1624 am 1. Januarii in Besitzung der Einkünfften vel quasi gewesen. Welche aber seither deß 1624 Jahrs destruirt sind, oder ferthin abgehen, derselben Pensionen sollen auch in andern Gebiethen dem Landherrn deß abgangenen Klosters oder Orts, an welchem solches gelegen, bezahlt werden. Welche Stifftungen auch am 1. Januarii anno 1624 in possessione vel quasi deß Zehent-Rechtens auf einem andern Gebieth gestanden, sollen auch ins künfftig verbleiben und kein neues Recht gesucht werden. Unter andern deß Heil. Röm. Reichs Ständen und Unterthanen soll dasjenige Recht bleiben, welches das gemeine Landrecht oder jeglichs Orts Gewohnheit und Observantz vom Zehenden mit sich bringt oder durch gutwillige Verträge verglichen ist.

§. 48. XVI. Jus Dioecesanum et tota Jurisdictio Ecclesiastica cum omnibus suis speciebus contra Augustanae Confessionis Electores, Principes, Status, (comprehensa libera Imperii Nobilitate,) eorumque subditos, tam inter Catholicos et Augustanae Confessioni addictos, quam inter ipsos solos Augustanae Confessionis Status usque ad compositionem Christianam dissidii Religionis suspensa esto, et intra terminos Territorii cujusque jus Dioecesanum et jurisdictio Ecclesiastica se contineat. Ad consequendos tamen reditus, census, decimas et pensiones in iis Augustanae Confessionis Statuum ditionibus, ubi Catholici anno 1624 notorie in possessione vel quasi Exercitii jurisdictionis Ecclesiasticae fuerunt, utantur eadem posthac quoque, sed non nisi in exigendis hisce pensionibus, nec procedatur ad excommunicationem nisi post tertiam demum denuntiationem. Catholicorum Augustanae Confessioni addicti Status provinciales et subditi, qui anno 1624 Ecclesiaticam juris-

§. 48. XVI. Es solle auch das jus Dioecesanum und alle geistliche Jurisdiction mit all ihrer Art, wider die Augspurgische Confessions-Verwandte Churfürsten und Stände, auch miteingeschlossene freye Reichs-Ritterschafft und derselben Unterthanen, so wol zwischen Catholischen und Augspurgischer Confessions-Zugethanen als unter diesen Ständen allein, biß zu deß Religionstreits Christlichen Vergleich suspendirt seyn und in den Schranken eines jeden Lands-Obrigkeit das Jus dioecesanum und geistliche Jurisdiction verbleiben, zu Erlangung aber der Renthen, Zinsen, Zehenden und Pensionen in den der Augspurg. Confessions-Ständen Gebiethen, wo die Catholische anno 1624. wissentlich in possession vel quasi deß Exercitii der geistlichen Jurisdiction gewesen, sollen derselben auch nachgehends geniessen, aber nicht, als nur in Eintreibung dieser Pensionen: Und solle nicht mit der Excommunication verfahren werden, biß nach beschehener dritter Verkündigung, welche Augspurgischer Confessions-Verwandte Land-Ständ und Unterthanen, anno

dictionem agnoverunt, in iis casibus modo dictae jurisdictioni subsint, qui Augustanam Confessionem nullatenus concernunt, modo ipsis occasione processus nihil injungatur Aug. Confess. vel conscientiae repugnans. Eodem etiam jure Augustanae Confessionis Magistratuum Catholici subditi censeantur, inque hos, qui anno 1624 publicum Religionis Catholicae exercitium habuerunt, Jus Dioecesanum, quatenus Episcopi illud dicto anno quiete in eos exercuerunt, salvum esto.

1624. Die geistliche Jurisdiction der Catholischen erkannt, sollen in solchen Fällen besagter Jurisdiction unterworffen seyn, soviel die Augspurgische Confession nicht betrifft, wann allein aus Anlaß deß Processes den Augspurgischen Confessions-Verwandten oder deren Gewissen nichts Widriges zugezogen wird. Gleiches Recht sollen auch haben der Augspurgischen Confessions-Obrigkeiten über diese Catholische Unterthanen, welche anno 1624. das öffentliche Exercitium Catholischer Religion gehabt haben: Das Jus Dioecesanum so weiters die Bischöffe im besagten Jahr gegen dieselben geruhiglich exercirt, solle also verbleiben.

§. 49. In quibus Civitatibus vero Imperii mixtae Religionis exercitium in usu est, Catholicis Episcopis contra cives Augustanae Confessionis nulla sit jurisdictio, at Catholici juxta observantiam dicti anni 1624 suo jure experiantur.

§. 49. In welchen Städten aber des Röm. Reichs beyderseits Religion in Ubung ist, sollen die Catholische Bischöffe gegen die Augspurg. Confessions-Verwandte Bürger keine Jurisdiction haben, die Catholische aber sollen nach der Observantz deß besagten 1624. Jahrs sich ihres Rechts bedienen.

§. 50. XVII. Utriusque Religionis Magistratus severe et rigorose prohibeat, ne quisquam publice privatimve concionando, docendo, disputando, scribendo, consulendo, Transactionem Passaviensem, Pacem Religiosam, vel hanc imprimis sive declarationem sive Transactionem uspiam impugnet, dubiam faciat, aut assertiones contrarias inde deducere conetur. Quicquid etiam contrarii hactenus vel editum, promulgatum, publicatumve fuerit, irritum esto, sed si dubii quid hinc aut aliunde incidat, aut ex causis Pacem Religiosam aut hanc Transactionem tangentibus resultet, de eo in Comitiis vel aliis Imperii Conventibus inter utriusque Religionis Proceres non nisi amicabili ratione transigatur.

§. 50. XVII. Die Obrigkeit beyder Religion soll ernstlich und mit der Schärffe verbiethen, daß niemands öffentlich oder heimlich in Predigen, Lehren, Disputiren, Schrifften oder Rathschlägen den Passauischen Vertrag, Religion-Frieden und insonderheit gegenwärtige Declaration oder Transaction irgendswo bestreite, in Zweiffel ziehe oder widrige Sätze und Behauptungen daraus zu erzwingen sich unterstehe. Was auch bißhero widrigs ausgangen oder an Tag kommen solle von Unwürden seyn. Da aber etwas zweiffelhaftes einfiele oder aus dem Religions-Frieden oder dieser Transaction entstünde: soll solches auf Reichs-Tägen oder andern Reichs-Conventen zwischen beyderseits Religions-Ständen anderst nicht denn gütlich verglichen werden.

§. 51. XVIII. In Conventibus Deputatorum Imperii Ordinariis, numerus ex utriusque Religionis Proceribus aequetur. De personis autem vel Statibus Imperii adjungendis, in Comitiis proximis statuatur; in horum conventibus itemque Comitiis universalibus, sive ex uno, sive duobus aut tribus

§. 51. XVIII. Auf den ordentlichen Reichs-Deputations-Conventen soll die Zahl aus beyder Religion-Häuptern gleich seyn. Von den Personen aber oder Reichs-Ständen, welche zu adjungiren, solle auf nächstem Reichs-Tage geschlossen werden. In solchen Conventen oder allgemeinen Reichs-Tägen, da aus einem, zwey-

Imperii Collegiis quacunque occasione aut ad quaecunque negotia deputandi veniant, aequetur Deputatorum numerus ex utriusque Religionis Proceribus.

en oder dreyen Reichs-Collegiis, aus waserley Ursachen es sey oder zu was Sachen sie auch zu deputiren stünden, solle die Zahl der Deputirten von beyderley Religions-Vornehmsten gleich seyn.

Ubi extraordinariis commissionibus negotia in Imperio expedienda occurrunt, si res inter Augustanae Confessionis Status versatur, soli eidem Religioni addicti deputentur; si inter Catholicos, soli Cathilici, si inter Catholicos et Augustanae Confessionis Status, utriusque Religionis pari numero Commissarii denominentur et ordinentur. Placuit etiam, ut Commissarii quidem res a se gestas referant, et vota subjungant, instar tamen sententiae nihil definiant.

Was in extra ordinari Commissionen Sachen im Heil. Röm. Reiche zu verrichten fürfallen, so dann die Sache unter den Augspurg. Confessions-Ständen versirt, sollen allein derselben Religions-Verwandten deputirt werden, so unter Catholischen, allein Catholische, so unter Catholischen und Augspurg. Confessions-Ständen, beyder Religion in gleicher Zahl Commissarii ernannt und ordinirt werden. Es ist auch beliebet, daß zwar die Commissarii die Sachen, so sie geführt, referiren und ihre Meinung dabey anzeigen, aber nichts schliessen noch entscheiden sollen.

§. 52. XIX. In causis Religionis omnibusque aliis negotiis, ubi Status tanquam unum corpus considerari nequeunt, ut etiam Catholicis et Augustanae Confessionis Statibus in duas partes euntibus, sola amicabilis compositio lites dirimat, non attenta votorum pluralitate. Quod vero ad pluralitatem votorum in materia collectarum attinet, cum res haec in praesenti congressu decidi non potuerit, ad proxima Comitia remissa esto.

§. 52. XIX. In Religions-Sachen auch allen andern Händeln, da die Stände als ein Korpus nicht mögen considerirt werden, sondern Catholische und Augspurg. Confessions-Verwandte in zwei Theil sich scheiden, solle allein die gütliche Vergleichung Statt finden und auf die mehrere Stimmen nicht gesehen werden. So viel die mehrere Stimmen in materia collectandi betrifft, nachdem dieselbe bei gegenwärtiger Versammlung nicht geschlichtet werden mögen, sollen sie biß auf nächstem Reichs-Tag verschoben seyn.

§. 53. XX. Praeterea cum ob enatas ex praesenti bello mutationes et alias causas de Judicio Camerae Imperialis ad alium universis Imperii Statibus commodiorem locum transferendo, et Judicem, Praesides, Assessores, et quoscunque Justitiae ministros, pares numero utriusque Religionis praesentando, sicut etiam de reliquis ad judicium Camerale spectantibus, quaedam in medium allata fuerint; sed in praesenti congressu ob negotii gravitatem, non tam plene expediri queant; in proxime indicendis Comitiis de his omnibus agi et conveniri, deliberationesque de reformatione Justitiae in Deputatorum Imperii Conventu Francofurtensi

§. 53. XX. Ueber dieses als wegen entstandener in gegenwärtigem Kriege Veränderungen und andern Ursachen von dem Reichs-Kammergerichte an einen sämtlichen Reichs-Ständen bequemen Ort zu versetzen und Richter, Präsidenten, Assessores und sämmtliche der Justici Bediente in gleicher Anzahl beiderlei Religion zu präsentiren, wie auch sonsten von andern zu dem Kammergericht gehörigen Sachen etwas fürbracht worden, allein bei dieser Versammlunge wegen der Sachen Wichtigkeit nicht so völlig abgehandelt werden mögen, So ist verglichen worden, daß auf dem nächst instehenden Reichs-Tage von diesem allen zu handeln und sich beyneben zu vergleichen stehe,

habitae, effectum dari, et si quae in his desiderari videntur, suppleri et emendari debere, conventum est. Ne tamen res haec prorsus in incerto maneat, placuit, praeter Judicem et quatuor Praesides, et quidem duos horum ex Augustana Confessione a sola Caesarea Majest. constituendos, numerum Assessorum Cameralium ad quinquaginta in universum adaugeri, ita ut Catholici, computatis duobus Assessoribus Imperatoris praesentationi reservatis, viginti sex, Augustanae Confessionis Status viginti quatuor Assessores praesentare possint et teneantur, atque ex singulis circulis mixtae Religionis, non tantum duos Catholicos, sed etiam binos Augustanae Confessioni addictos assumere et eligere fas sit; caeteris ad judicium Camerale pertinentibus, ut dictum est, ad proxima Comitia rejectis.

wie die zu Frankfurt bei jüngst gehaltenen Deputation-Convent vorgangene Deliberationes werkstellig gemacht und was in solchem noch abgehen möchte ersetzt werden solle. Damit aber diese Sache nicht gänzlich ungewiß bleibe, ist beliebet worden, über den Richter und vier Präsidenten und zwar darunter zween der Augsp. Confession, so allein von der Röm. Kais. Maj. zu bestellen, daß die Zahl der Kammer-Assessorn in allem auf fünfftzig erstreckt werden solle. Also daß die Catholischen, miteingerechnet zweyer von Kais. Maj. zu präsentiren vorbehaltenen, Assessorn 26., der Augsp. Confession-Verwandten Ständen 24. Assessores präsentiren können und sollen. Und aus jedem Kreiß beyder Religion nicht allein zween Catholische sondern auch zwei der Augsp. Confessions-Zugethane zu erwehlen und zu nehmen billig sey: mit Verweisung der andern zum Kammergerichte gehörigen Sachen, wie gesagt, auf den nächstkommenden Reichs-Tage.

§. 54. Ac proinde Circuli de praesentandis mature in locum demortuorum novis ad Camerale Judicium Assessoribus secundum schema subsequens admoneantur. Catholici etiam suo tempore de ordine praesentandi convenient; Caesareaque Majestas mandabit, ut non solum in isto Judicio Camerali causae Ecclesiasticae ut et Politicae inter Catholicos et Augustanae Confessionis Status, vel inter solos vertentes, vel etiam quando Catholicis contra Catholicos Status litigantibus tertius interveniens Augustanae Confessionis Status erit, et vicissim quando Augustanae Confessionis Statibus contra ejusdem Confessionis Status litigantibus, tertius interveniens erit Catholicus, adlectis ex utraque Religione pari numero Assessoribus discutiantur et judicentur; sed idem etiam in Judicio Aulico observetur, huicque fini aliquot Augustanae Confessionis doctos, et rerum Imperii peritos viros, ex iis Imperii Circulis, ubi vel sola Augustana Confessio, vel simul etiam Catholica viget Religio, adsciscat, eo quidem numero, ut eveniente casu paritas

§. 54. Derowegen sollen die Kreise an Statt der verstorbenen Assessorn bei dem Kammergerichte andere nach beygefügter Anleitung zu präsentiren erinnert seyn. Die Catholischen sollen auch zu rechter Zeit sich vergleichen wegen der Präsentations-Ordnung. So wird die Röm. Kais. Maj. befehlen, daß nicht allein bei solchem Kammergerichte so wol geistliche als auch die weltliche Sachen zwischen den Catholischen und Augspurgischer Confessions-Verwandten Ständen oder allein unter den Streitenden; oder auch, wann Catholische wider Catholische streiten, der tertius interveniens ein Augspurg. Confessions-Verwandter ist, und hinwiederum wan zwischen Streitenden der Augsp. Confession zugethanen Ständen der tertius interveniens ein Catholischer seyn würde, solle die Sache mit Zuziehung beyderseits Assessorn in gleicher Anzahl erörtert und entschieden werden: Sondern eben dieses solle auch am Kais. Reichs-Hofrecht beobacht werden. Und zu diesem Ende etliche der Augspurger Confessions-Verwandte, gelehrte und der Reichs-Sachen erfahrne Männer aus denen Reichs-Kreisen, darinnen ent-

Judicantium ex utraque Religione Assessorum observari possit. Idem etiam quoad paritatem Assessorum observetur, quoties Augustanae Confessionis Status immediatus a mediato Catholico, vel immediatus Catholicus a mediato Augustanae Confessionis Statu Judicio convenitur.

weders die Augspurger Confessions-Verwandte allein oder zugleich die Catholische Religion im Schwang gehet, ernennt und angenommen werden, damit also an gleicher Anzahl auf begebenden Fall die Gleichheit der Richter von beyder Religion-Assessorn in acht genommen werden möge. Eben diese Gleichheit der Assessoren ist auch zu observiren, so oft ein Augspurgischer Confessions unmittelbarer Stand von einem Catholischen mittelbaren, oder ein unmittelbar Catholischer von einem mittelbaren Augspurgischer Confessions-Stande für Gerichte besprochen wird.

§. 55. Quoad Processum Judiciarium, ordinatio Camerae Imperialis etiam in Judicio Aulico servabitur per omnia, tum ut ne partes ibidem litigantes omni remedio suspensivo destituantur, loco revisionis in Camera usitatae licitum esto parti gravatae a sententia in Judicio Aulico lata, ad Caesaream Majestatem supplicare, ut acta judicialia denuo adhibitis aliis gravati negotii paribus, neutrique partium addictis, ex utraque Religione aequali numero Consiliariis, et qui concipiendae et ferendae priori sententiae non interfuerint, aut certe referentium et correferentium partes non sustinuerint, revideantur; liberumque sit Suae Majestati in causis majoribus et unde tumultus in Imperio timeri possent, insuper etiam quorundam utriusque Religionis Electorum et Principum sententias et vota requirere.

§. 55. Den Gerichtlichen Prozeß belangend, soll die Kammergerichts-Ordnung auch am Hofgericht allerdings gehalten werden, theils, damit nicht den Partheyen daselbsten das Remedium suspensivum benommen werde, anstatt der bei der Kammer üblichen Revision solle dem gravirten Theil von dem im Hofgerichte gefälltem Urtheil erlaubt seyn, an die Kais. Maj. zu suppliciren oder die Gerichtliche Acta nochmals mit Zuziehung anderer der beschwerten Sachen gleichen und keiner Parthey zugethanen in gleicher Anzahl beyderley Religions-Räthen, und welche bei Fällung deß ersten Urtheils nicht gewesen oder doch deß Referenten oder Correferenten Stell nicht vertretten, zu revidiren und Ihrer Majestät frey seyn, in grössern Sachen und aus welchen ein Empörung im Röm. Reich entstehen könnte, über solches alles auch etlicher Chur-Fürsten, so von beyden Religionen seyn, Meinung und Gutachten einzuholen.

§. 56. Visitatio Consilii Aulici fiat ab Electore Moguntino toties, quoties opus fuerit, observatis iis, quae in proximis Comitiis de communi Statuum placito observanda esse videbuntur; si quae vero dubia circa interpretationem constitutionum et recessuum Imperii publicorum ocurrunt, aut in dijudicandis causis Ecclesiasticis vel Politicis inter partes supra expressas vertentibus, ex paritate Assessorum utriusque Religionis, postquam in pleno etiam Senatu, pari tamen semper utrinque judicantium nu-

§. 56. Die Visitirung deß Hofgerichts solle von Chur-Mayntz so offt es nöthig fürgenommen werden, mit Beobachtung dessen, was bei nächstem Reichs-Tage mit der Ständen gemeinem Belieben für gut befunden seyn wird. Was aber über den Verstand der Reichs-Constitutionen und Abschied für Zweifel vorfallen oder in Erkenntniß über Geist- und Weltliche Sachen, so zwischen obgesagten Theilen schweben, aus Gleichheit beyder Religions-Assessorn, nachdem selbige in vollem Rath, jedoch von beiderseits gleicher Anzahl Richter erwogen wor-

mero examinata fuerint, contrariae oriantur sententiae, Catholicis quidem in unam, Augustanae vero Confessionis Assessoribus in aliam abeuntibus, remittantur ad Comitia Imperii universalia. Sin autem duo pluresve Catholici cum uno aut altero Augustanae Confessionis Assessore, et vicissim unam, reliqui vero totidem numero, quamvis Religione dispares, alteram amplexi fuerint sententiam, indeque contrarietas oriatur, hoc casu juxta ordinationem Camerae lis terminabitur, ulteriori remissione ad Comitia cessante.[a] Et haec omnia in causis Statuum, comprehensa immediata Imperii Nobilitate, sive rei, sive actores illi, sive intervenientes fuerint, observentur. Si vero inter mediatos vel actor vel reus vel tertius interveniens fuerit Augustanae Confessionis, et paritatem judicantium ex utriusque Religionis Assessoribus postulaverit, adhibeantur pares: Eveniente autem tunc votorum paritate, cesset remissio ad Comitia, et lis juxta ordinationem Camerae terminetur. Caetera in aulico non minus quam in Camerae Imperialis judicio privilegium primae instantiae, Austregarum, Jura et Privilegia de non appellando Statibus Imperii illibata sunto, nec per mandata, aut commissiones aut avocationes, aut quovis alio modo turbantur.

den sind, ungleiche Meinungen fielen, also daß die Catholische auf eine Seiten, die Augspurgische Confessions-Verwandte auf die andere schlügen, so soll solches auf einen allgemeinen Reichstag verwiesen werden. Falls aber zwey oder mehr Catholische mit einem oder anderem Augspurgischer Confessions-Verwandten Assessorn eine und hingegen die übrige in gleicher Anzahl, obschon nicht einer Religion, eine andere Meinung schöpffen würden: Und dannenhero Zwiespalt entstünde, auf diesem Fall solle die Sache der Kammergerichts Ordnung nach entledigt werden und fernere Verweisung auf einen Reichs-Tag verbleiben. Und dieses alles solle in Sachen der Ständen, die unmittelbare freye Ritterschaft mit eingeschlossen, sie seyn Actores oder Rei oder Intervenientes beobachtet werden. Da aber unter den mittelbaren Ständen entweder der Kläger oder der Beklagte oder ein dritter Intervenient der Augspurgischen Confession zugethan ist und gleiche Zahl der Richter aus beyderseits Religionsassessorn erfordern wird, sollen solche gleiche auch gesetzt werden. Da aber die Meinung deren gleich fallen sollte, so solle die Verweisung auf einen Reichs-Tag gefallen seyn und der Streit der Kammergerichts-Ordnung nach entschieden werden. Im übrigen solle so wol am Kais. Hof- als Kammergericht, das Privilegium primae instantiae, Austregarum, die Jura und Privilegia de non appellando, den Reichs-Ständen unbenommen oder unversehret verbleiben, auch nicht durch Mandata oder Commissiones oder Avocationes oder auf einige andere Weise beunruhiget werden.

Denique cum etiam de abolendis curia Imperiali Rottwilae; judiciis provincialibus Sueviae et aliis hinc inde per imperium hactenus usitatis mentio injecta fuerit, resque haec gravioris visa sit momenti, de his quoque ulterior deliberatio ad proxima Comitia remissa esto.

Endlich, nachdem auch von Abschaffung deß Kaiserl. Hofgerichts zum Rothweil, Landgerichten in Schwaben und andern, so bishero im Röm. Reich in Übung, Anregung geschehen: Und dieses eine Sache von größerer Wichtigkeit ist: So solle deren fernere Erwägung auf nächstkommenden Reichs-Tag verschoben seyn.

a) Man vergl. d. K. G. O. v. J. 1555. Th. 1. Tit. 13. §. 10 in der neuen Sammlung d. Reichs-Abschiede. Th. III, S. 43.

§. 57. **Assessores Augustanae Confessionis praesententur ab**

Electore { Saxonico, Brandenburgico, Palatino } 6

Circulo Superioris Saxoniae 4

Inferioris Saxoniae 4

alternando per hos duos Circulos.

Circuli Franconici Statibus.

Augustanae Confessionis — — 2

Suevici — — — — — 2

Superioris Rhenani — — — 2

Westphalici — — — — 2

alternando per hos quatuor Circulos.

§. 58. Et quamvis sub Schemate nulla fiat mentio Statuum Imperii Augustanae Confessionis, qui sub Circulo Bavarico comprehenduntur, nihil tamen ex eo ipsis praejudicetur, sed salva maneant horum jura, Privilegia et libertates.

§. 57. **Die Assessores der Augspurgschen Confession, sollen praesentirt werden, von**

Chur- { Sachsen, Brandenburg, Pfalz } — 6,

Vom

Ober-Sächsischem Kreiß — 4.

Unter-Sächsischem — — 4.

Wechselsweis unter diesen beyden Kreysen.

Deß Fränkischen Kreyses Ständen.

Augspurgischer Confession — 2.

Schwäbischen — — 2.

Ober-Rheinischen — — 2.

Westphälischen — — 2.

Wechselsweis unter diesen vier Kreysen.

§. 58. Und ob zwar unter dieser Verordnung keiner Stände deß Reichs Augspurgischer Confession Meldung geschieht, welche so unter dem Bayerischen Kreiß begriffen, so solle jedoch dieses denselben kein Nachtheil bringen: Sondern deren Rechte, Privilegia und Freyheiten in ihren Würkungen verbleiben.

Artikel VII.

§. 1. Unamini quoque Caesareae Majestatis omniumque Ordinum Imperii consensu, placuit; ut quicquid juris aut beneficii, cum omnes aliae Constitutiones Imperii, tum Pax Religionis et publica haec Transactio, in eaque decisio Gravaminum caeteris Catholicis, et Augustanae Confessioni addictis Statibus et subditis tribuunt, id etiam iis, qui inter illos Reformati vocantur, competere debeat. Salvis tamen semper Statuum, qui Protestantes nuncupantur, inter se et cum subditis suis conventis pactis, Privilegiis, reversalibus et dispositionibus aliis, quibus de Religione ejusque exercitio et inde dependentibus cujusque loci Statibus et subditis hucusque provisum est, salva itidem cujusque conscientiae libertate. Quoniam vero controversiae Religionis, quae

§. 1. Es ist auch von der Röm. Kais. Majestät und sämtlichen Reichs-Ständen einmütiglich placitirt worden, daß alles, was Rechtens oder Wohlthaten, so wol alle Reichs-Constitutiones als Religions-Friede, dieser gemeine Vertrag und in solchem die Hinlegung der Gravaminum, allen Catholischen und Augspurg. Confessions-Verwandten Ständen und Unterthanen zu eignen, solches auch denjenigen, welche die Reformirte genennet werden, zustehen solle: Jedoch allezeit mit Vorbehalt der Ständen, so man Protestirende nennet, so wohl unter sich als mit ihren Unterthanen getroffenen Vergleichs habenden Privilegien, Reversen und andere, in welchen von der Religion und deren Exercitio, auch dannenhero entstehenden Zufällen eines und andern Orts Land-Ständen und Unterthanen, bishero Vor-

inter modo dictos Protestantes vertuntur, hactenus non fuerunt compositae, sed ulteriori compositioni reservatae sunt, adeoque illi duas partes constituunt, ideo de jure reformandi inter utramque ita conventum est, ut si aliquis Princeps vel alius Territorii Dominus, vel alicujus Ecclesiae patronus posthac ad alterius partis sacra transierit, aut Principatum, aut ditionem, ubi alterius partis sacra exercitio publico de praesenti vigent, seu jure successionis, seu vigore praesentis Tractatus Pacis, aliove quocunque titulo nactus fuerit aut recuperarit, ipsi quidem Concionatores Aulicos suae Confessionis citra subditorum onus aut praejudicium, secum atque in Residentia sua habere liceat, ac fas ei non sit vel publicum Religionis exercitium, leges aut constitutiones Ecclesiasticas, hactenus ibi receptas, immutare, vel templa, scholas, hospitalia, aut eo pertinentes reditus, pensiones, stipendia, prioribus adimere, suorumque sacrorum hominibus applicare, vel juris territorialis, Episcopalis, patronatus, aliove quocunque praetextu, subditis Ministros alterius Confessionis obtrudere, ullumve aliud impedimentum aut praejudicium directe vel indirecte alterius sacris afferre: Et ut haec conventio eo firmius observetur, liceat hoc mutationis casu ipsis communitatibus praesentare, vel quae praesentandi jus non habent, nominare, idoneos Scholarum et Ecclesiarum Ministros a publico loci Consistorio et Ministerio, si ejusdem cum praesentantibus vel nominantibus communitatibus sunt religionis, vel hoc deficiente, eo loco, quem ipsae communitates elegerint, examinandos et ordinandos, atque a Principe vel Domino postea sine recusatione confirmandos.

§. 2. Si vero aliqua communitas eveniente mutationis casu Domini sui religio-

sehung geschehen ist, wie auch eines jeden Gewissens-Freyheit. Sintemaln aber die Religions-Strittigkeiten, welche unter besagten Protestirenden im Schwang gehen bisl dahero nicht verglichen, sondern auf fernere Vergleichung vorbehalten worden; dannenhero sie in zwey Theil tretten: derhalben ist de jure reformandi zwischen beyden dieser Vergleich geschehen, daß wann ein Fürst oder Landsherr, oder eines Stiffts-Patron, ins künfftig zu deß andern Theils Religions-Exercitium gegenwärtig getrieben wird, entweders jure Successionis oder Krafft gegenwärtiger Friedens-Handlung oder einen andern Titul überkommen oder wieder erlangen würde, daß sie zwar selbsten ihrer Confession Hof-Prediger, ausser der Unterthanen Beschwerung und Nachtheil bey sich oder in ihrer Residentz gehaben mögen; aber hingegen nicht zugelassen sey das öffentliche Religions-Exercitium, Gesetze und der Orten übliche Christliche Verordnungen zu ändern, oder die Kirchen und Hospitalia oder dahin gehörige Reditus, Pensionen oder Stipendia den vorigen zu entziehen und den ihrigen Religions-Verwandten zuzuwenden: Oder unter dem Fürwand Juris territorialis, Episcopalis, patronatus oder einen andern prätext, denen Unterthanen einen andern Religions-Diener aufzubringen oder einige andere Verhinderung oder Nachtheil, direkte oder indirekte eines andern Religion zuzufügen. Und damit dieser Vergleich desto fester gehalten werde, so soll zugelassen seyn, in gegenwärtigem Aenderungs-Fall denen Gemeinden zu präsentiren oder die das Jus praesentandi nicht haben nahmhafft zu machen, qualificirte Schul- und Kirchen-Diener von deß Orts offentlichem Consistorio und Ministerio, so sie mit den präsentirenden Gemeinden einerley Religion sind oder in Ermanglung dieses, an dem Ort, an welchem die Gemeinden erwehlen werden, zu examiniren, zu ordiniren und hernach von dem Fürsten oder Landsherrn ohne Verweigerung zu bestättigen.

§. 2. Da aber eine Gemeinde auf dem begebenden Aenderungs-Fall seines Herrn Reli-

nem amplexa petierit suo sumptu exercitium, cui Princeps vel Dominus addictus est, liberum esto, sine reliquorum praejudicio, ei illud indulgere a successoribus non auferendum. At Consistoriales, Sacrorum Visitatores, Professores Scholarum et Academiarum, Theologiae et Philosophiae, non nisi eidem Religioni addicti sint, quae hoc tempore quolibet in loco publice recepta est. Sicut autem supradicta omnia de mutationibus futuris intelligenda sunt, ita Juribus Principum Anhaltinorum et similium, quae ipsis competunt, nullum adferant praejudicium. Sed praeter Religionis supra nominatas nulla alia in sacra Imperio Romano recipiatur vel toleretur.

gion annehmen und begehren würde, auf seinen Kosten das Exercitium, welchem der Fürst oder Herr zugethan, zu behalten, so solle ihr solches frey und bevorstehen, jedoch ohne der Ubrigen Nachtheil und solches Nachsehen solle Ihr von den Successorn nicht wieder benommen werden. Aber die Consistoriales, Kirchen-Visitatores, Professores in Schulen und Universitäten, in der Theologie und Philosophie sollen einerley Religion zugethan seyn, welche dieser Zeit an jeden Ort öffentlich im Schwang gehet. Gleichwie aber obanerwehntes alles von künfftigen Aenderungen zu verstehen ist, als soll es den Fürsten von Anhalt und dergleichen Gerechtigkeiten, welche ihnen zuständig, nicht nachtheilig fallen. Es soll aber ausser obbenanten Religionen keine fernere im H. Röm. Reich angenommen oder geduldet werden.

Artikel XVI.

§. 11. Quod ad circulum Austriacum et Bavaricum attinet: cum ille (praeter factam in hoc pacificationis conventu a statibus imperii promissionem, se in proximis imperii Comitiis suae Caesar. Majestati pro hactenus toleratis belli sumptibus subsidium e collectis Jmperii praestandum decreturos) solvendis exercitui immediato Caesareano stipendiis, hic vero pro Bavarico milite sepositus sit; solutionis conventio et exactio in Circulo Austriaco penes sacram Caesaream Majestatem esto: In Circulo autem Bavarico observetur idem collectandi et solvendi modus, qui in reliquis Circulis: executio tamen, ut et in caeteris septem Circulis fiat secundum Constitutiones Imperii.

§. 11. Betreffend den Oesterreichischen und Bayrischen Krayß, nach dem jener (über die in gegenwärtigem Pacifications-Convent von deß Röm. Reichs-Ständen gethane Verheissung, daß sie auf nechstem Reichs-Tage der Röm. Kais. Maj. für die bishero geführte Kriegskosten aus deß Reichs-Anlagen eine Beysteuer thun wollten) zu Abzahlung deß ohnmittelbaren Kaiserl. Kriegsheers, dieser aber für die Bayrische Völker ausgesetzt werden, so solle die Eintreibung im Oesterreichischen Krayß bey der Röm. Kais. Majestät stehen: Im Bayrischen Krayß aber diejenige Weise zur Anlag und Auszahlung wie in der übrigen Kraysen üblich, beobachtet: Die Execution jedoch, wie in andern sieben Kreysen, den Reichs-Constitutionen nach fürgenommen werden.

Man vergl. Theatrum Pacis v. J. 1684. pag. 104. seq.
Neue Sammlung der Reichs-Abschiede. Th. III. S. 581.

II. Teschner Friedens-Vertrag vom 13. May 1779.

§. 10.

Sa Majesté l'Impératrice-Reine Apostolique de Hongrie et de Bohéme, et Son Altesse Sérénissime Electorale Palatine, s'étant déterminées, à s'arranger avec le concours de Monsieur le Duc de Deux-Ponts au sujet de la Succession délaissée par feu l'Electeur de

§. 10. Teschner Frieden.

Bavière, Sadite Majesté d'une part, et Monsieur l'Electeur Palatin et Ses Agnats d'autre part, sont convenues des Articles suivans.

Article I.

L'Electeur Palatin rentrera avec Sa Maison aux conditions énoncées dans les Articles IV. V et VI. en possession de tous les districts, qui sont actuellement occupés par la Maison d'Autriche, tant en Bavière, que dans le Haut-Palatinat, en renonçant à toutes prétentions quelconques, qu'il pourroit former du chef de cette occupation; et Sa Majesté l'Impératrice-Reine de son côté, délie Monsieur l'Electeur Palatin de la Convention du 3. Janvier 1778. a) en renonçant par le présent Article et de la manière la plus formelle et la plus obligatoire pour Elle et pour Ses héritiers et successeurs à perpetuité, à tous les prétentions, qu'Elle a formées, ou pourroit former, à quelque titre que ce puisse être, sur aucune partie de la Succession du défunt Electeur.

Article II.

Par une Suite de Son affection particulière pour Monsieur l'Electeur Palatin, Sa Majesté l'Empératrice-Reine pour Elle et Ses successeurs cède à Monsieur l'Electeur pour Lui, Ses héritiers et successeurs, la Seigneurie de Mindelheim. Elle lui cède également tous les droits quelconques de la Couronne de Bohême sur les Seigneuries de Glaucha, Waldenbourg et Lichtenstein avec leurs dépendances, appartenantes aux Comtes de Schönbourg, pour faciliter l'arrangement des prétensions allodiales de la Maison de Saxe, et Sa Majesté consent enfin, à conférer à Monsieur l'Electeur Palatin, et à toute la Maison Palatine, les fiefs de la Couronne de Bohême, situés dans le Haut Palatinat, tels qu'ils ont été possédés jusquà présent par les Electeurs de Bavière.

Article III.

Promet également Sa Majesté l'Impératrice-Reine Apostolique, de requérir Sa Majesté l'Empereur et l'Empire, de vouloir bien conférer à Son Altesse Electorale Palatine, tant pour Elle, que pour toute la Maison Palatine, les fiefs de l'Empire situés tant en Bavière qu'en Souabe, nouvellement acquis par la Branche Wilhelmienne, tels qu'ils ont été possédés par le feu Electeur de Bavière, et pour convaincre d'autant plus Monsieur l'Electeur Palatin de la sincérité de Ses intentions pour Sa personne, et en faveur de Sa Maison, Sa Majesté promet de s'employer aussi, à faire abandonner l'administration des dits fiefs à Son Altesse Electorale, immédiatement aprés la ratification de la présente Convention.

Article IV.

En échange, Monsieur l'Electeur Palatin, pour répondre à ces marques d'affection de Sa Majesté l'Imperatrice-Reine, cède et abandonne en même tems pour lui, Ses héritiers et successeurs à Sadite Majesté et à Ses héritiers et successeurs, dans l'etat, où ils sont actuellement, les baillages de Wildshut, de Braunau avec la ville de ce nom, de Maurkirchen, de Frybourg, et de Matighoven, de Ried, de Scharding, et en général toute la partie de la Bavière, qui est située entre le Danube, l'Inn et la Salza, faisant partie de la généralité ou Régence de Bourghausen.

Article V.

Les rivières, mentionnées dans l'Article précédent, seront communes à la Maison d'Autriche et à l'Electeur Palatin, en tant, qu'elles touchent les pays cédés; aucune des

---

a) Man vergl. Martens recueil des principaux traités T. II. pag. 582.

deux parties contractantes ne pourra y altérer le cours naturel des rivières, ni empêcher la libre navigation et le libre passage des sujets, des marchandises, denrées et effets de l'autre, et il ne sera permis à aucune d'Elles, d'y établir de nouveaux péages et aucun autre droit, quel nom qu'il puisse avoir; les stipulations ci-dessus auront également lieu pour la partie de l'Inn, qui coule entre le baillage de Scharding et le comté de Neubourg relevant de la Maison d'Autriche.

Article VI.

Le pays compris dans les limites indiquées par l'article IV appartiendra à l'Impératrice-Reine et à Ses successeurs, avec tous les droits de supériorité territoriale, et tous autres sans rien excepter; bien entendu, qu'en aucun tems, et sous aucun titre Sa Majesté l'Impératrice-Reine ni Ses héritiers et successeurs ne pourront former des prétentions sur aucune autre partie des états de Bavière, soit à titre d'appartenance ou de dépendance, ou à quelque autre que ce puisse être. Sa Majesté l'Impératrice-Reine déclare en outre, qu'Elle ne prendra part ni à la Diète de l'Empire, ni au Cercle de Bavière, aux droits de séance et de suffrage des Ducs de Bavière, et qu'Elle abandonne tous ces droits à Monsieur l'Electeur Palatin, Ses héritiers et successeurs, le-quel de Son coté prend sur Lui, ainsi que pour Ses héritiers et successeurs, toutes les charges quelconques, qui y sont affectées.

Article VII.

Sa Majesté l'Impératrice-Reine et Son Altesse Electorale Palatine se feront remettre et délivrer les Papiers, Lettres, Documens et Archives, appartenans ou relatifs aux pays, villes, et lieux, qu'Elles Se cèdent réciproquement par la présente Convention.

Article VIII.

Seize jours après la signature de cette Convention les troupes de Sa Majesté l'Impératrice-Reine évacueront la partie de la Bavière, qui en vertu de l'article I. doit être restituée à la Maison Palatine, et Sadite Majesté Impériale et Royale entrera en même tems en possession de la partie du district de Bourghausen, qui Lui est cédée par l'article IV. de cette Convention.

Article IX.

Les Ratifications de la présente Convention, expediées en bonne et dûe forme, seront échangées dans la ville de Teschen, dans l'espace de quatorze jours, ou plutôt s'il est possible, à compter du jour de sa signature.

En foi de quoi nous soussignés Ministres Plénipotentiaires avons signé en vertu de nos pleinpouvoirs la présente Convention, et y avons fait apposer le cachet de nos armes. b)

Fait à Teschen le 13. Mai, mil sept cent soixante et dix neuf.

Kaiserliches Kommissions-Dekret an die Reichs-Versammlung in Regensburg, den Teschner Frieden betr.

---

a) Man vergl. Martens recueil des principaux traités. T. II. pag. 582.

b) Die Akzessions-Urkunde des Herzogs von Zweybrücken vom nämlichen Tage ist in den Hauptartikeln ganz gleichlautend mit vorstehendem Vertrage. — Man vergl. hierüber das oben allegirte K. Kommissions-Dekret.

§. 11.

§. 11. Grenzvertrag mit Oestreich zum Vollzuge des Teschner Friedens.

Der oberen Landesregierung wird die in Betreff der Grenzirrungen zwischen den hiesigen Landen und dem Innviertel getroffene Convention hiemit abschriftlich communicirt; um sich nicht nur selbst in Vorfallenheiten hiernach zu achten, sondern auch der Regierung Burghausen zu gleichmässiger Nachachtung eine Copiam davon mitzutheilen.

München den 8. Jänner 1785.

Wir Carl Theodor von Gottes Gnaden ꝛc. ꝛc. Urkunden und bekennen hiemit, obwohl durch den Teschner Friedens-Traktat, a) die Donau, Inn- und Salzachflüsse zu den Grenzen zwischen den kaiserlich königlichen Innviertel, und den Bayerischen Landen, in so weit sie jenen dem Erzhaus Oesterreich abgetretenen Distrikt berühren, allbereits bestimmt worden sind, so haben doch Se. kaiserlich-königlich-apostolische Majestät und Wir, zu Befestigung der Freundschaft, und des guten zwischen Uns obwaltenden Verständnus gut befunden, auch die aus einigen zweifelhaften Fällen entstehen könnende Grenzirrungen durch eine förmliche Uebereinkunft auf eine billig- und zu beiderseitigen Vortheil gereichende Weiß beyzulegen, und hierüber gegenwärtige Convention zu errichten. Zu dessen Ende sind zwischen denen bevollmächtigten kaiserlich-königlichen Ministre, und Land-Comenthurn Freyherrn von und zu Lehrbach, dann Unseren hierzu ebenfalls bevollmächtigten geheimen Staats- und Conferenz-Ministerio folgende Punkten verabredet, und beschlossen worden.

Art. 1. Sollen in Gemäßheit des Teschner Friedenschlusses die Donau, Inn- und Salzachflüsse die Grenzen des an das Erzhaus abgetrettenen bayerischen Antheils ausmachen, somit

Art. 2. Die Ufer, Insuln und Auen sammt den Anlagen und Landshochheiten darüber nach dem Haupt-Rinnsal dieser Flüsse ihre Bestimmung erhalten, so daß die denselben rechts gelegene zum Innviertel, und die links befindliche zu Bayern gehören sollen.

Art. 3. Hingegen bleibt die Benutzung des Holzes, und der Wayden darauf jenen, welche das ein oder andere rechtmässig hergebracht haben.

Art. 4. Soll nach dem 5. Art. der Teschner Convention keiner von beiden höchsten Theilen jemals befugt seyn, die Schifffahrt und Passage der Unterthanen, Waaren, Lebensmitteln und anderer Sachen auf den erwähnten Grenzströmen, in so fern hierunter die freie Anlandung und Aussetzung der Waaren zum Consummo auf den beederseitigen Ufern nicht mitbegriffen ist, und solche zu Ein- und Ausschwärzung verbotener Waaren nicht mißbraucht wird, zu hindern und zu hemmen, noch auch der Leitpfad irgendwo beschränkt werden. Ferners

Art. 5. In Jurisdictions-Fällen, die sich auf den Flüssen zutragen, und so des einen oder zugleich beederseitige Unterthanen, oder Fremde betreffen, soll die Gerichtsbarkeit und die Erkenntnis über die Begebenheiten jenem hochen Theil, auf dessen Seite dieselbe sich zugetragen haben, zur ungestörten Ausübung gebühren; auch die Frevler auf jedesmalige Compaß-Brief oder Requisition dieses Endes wegen gestellt, und in zweifelhaften Fällen eine gemeinschaftliche Einverständnis gepflogen werden; dafern sich aber fügen dürfte, daß mit dem Verzug Gefahr verbunden wäre, soll die Prävention in so weit nicht ausgeschlossen seyn, als diese nicht mißbraucht, und unter dem Vorwand des ungesäumten Erledigungsbedürfnisses durch die Beamte

a) M. vergl. den vorstehenden §. 10.

dem anderen Theil nicht vorgegriffen wird. Es hat auch der prävenirende Theil dem prävenirten von dem, was er solchen Falls jure praeventionis gethan hat, alsofort Nachricht zu ertheilen.

Art. 6. Bleibt die Errichtung der Mühlen, und anderen Wassergebäuden, in dem Maaß, als sie der Schifffahrt nicht hinderlich sind, dem ein und anderen Theil frei, jedoch dergestalt, daß der vorhabende Bau, sofern solcher von Wichtigkeit wäre, nicht nur dem anderen Theil allemal notificirt, sondern auch, wenn für denselben ein Nachtheil hieraus entstünde, solcher wiederum gehoben und das Gebäude ohnschädlich gemacht werde.

Art. 7. Ist in der Teschner Convention bereits die Vorsehung enthalten, daß keinem von beiden Theilen zugelassen seye, den natürlichen Lauf der Flüsse zu verändern: doch bleibt hiedurch dem einen und anderen Theil unbenommen, gegen das Eindringen derselben die nöthige Abwehrung vorzukehren, welches aber nach Wichtigkeit der Umständ ebenfalls nicht anderst, als nach der dem anderen Theil gegebenen Notification geschehen solle. Wie dann auch

Art. 8. Einem jeden hohen Theil die freye Errichtung der Schanzen und anderen Werken an den Gestatten oder Ufern vorbehalten bleibt, und

Art. 9. Von selbst sich verstehet, daß ein jeder genannter Theil die Hälfte der Brücken über die gemelte Flüß nach der durch die beiderlei Commissarien gemachten Abtheilungs Auszeichnung in dem erforderlichen guten Stand zu erhalten den unausgesetzten sorgfältigsten Bedacht zu nehmen hat. Da auch

Art. 10. Die Frage entstanden ist, wie es der Fischerey wegen sowohl in Ansehen der Unterthanen, als der Herrschaft selbsten, inskünftig zu halten seyn möge, ist für Recht erklärt worden, daß selbe außer dem Fall, wo jemand eine besondere Gerechtsame darauf hergebracht hat, jedem Theil auf seiner Seite ganz gebühre. Was hingegen

Art. 11. Die der Stadt Braunau gegenüberliegende Auen betrifft, so sollen die Bürger der Stadt Braunau in dem Eigenthum und Genuß derselben, dann Schalt- und Waltung darüber in Gemäßheit ihres uralten Besitzstandes und hierüber aufgerichteten verschiedentlichen gerichtlichen Erkänntnüssen ungekränkt erhalten und gehandhabt werden, auch hierdurch die so eben bemerkte Recess, und gerichtliche Erkänntnüssen, dann der untern 24. April 1700. getroffen- und den 23. October 1763. ratificirte Vergleich und zwar dieser dergestalt wieder erneuert und bestättiget seyn, daß auch die nicht siegelmässige Eigenthümer der Augründe über den Kauf und Verkauf dieser ihrer Gründ selbst zu fertigen berechtiget, sohin den siegelmässigen hierin gleich geachtet werden sollen.

Art. 12. In Ansehen der Abgaben aber, die von diesen Auen zu entrichten sind, ist man dahin übereingekommen, daß für solche als ein jährliches Pausch-Quantum von dem Magistrat der Stadt Braunau an das Bayerische Gericht Julbach dreyssig Gulden in jährlichen 2 Fristen abgeführt werden sollen, ausser diesem Quantum aber der 30 fl. von den dasigen Besitzern dieser Gründe halber nichts weiter weder an Geld noch an Naturalien, unter welchen Namen und Vorwand es immer auch seyn möge, abgefodert werden könne und dürfe.

Art. 13. Hat man sich dahin verstanden, daß die auf der Au dermalen wirklich aufgeführte Gebäude stehen bleiben mögen und zu den bisher gewidmeten Gebrauch ferners verwendet werden sollen. Es wollen auch Sr. churfürstliche Durchlaucht ausser den vorhandenen keine neue dem Eigenthum oder dessen Nuznießung hinderliche oder abbrüchige Gebäude allda gestatten. Da auch

Art. 14. In dem auf der Au befindlichen Brückenstadl das für den dasigen Brückenbau erforderliche Holz bisher verwahrt worden ist, und um die Herstellung der Hälfte derselben dem kaiserlich königlichen Innviertel obliegt, so bewilligen Sr. churfürstliche Durchlaucht, daß auch in der Folge dieser Brückenstadel zur gemeinschaftlichen Aufbehaltung des zu diesem Brückenbau gehörigen Holzes gebraucht werden solle. Würde sich endlich

Art. 15. Der Umstand mit der Zeit ergeben, daß die Schiffe wegen Untiefe des Wassers nicht an das Ufer bey Braunau gebracht werden könnten, so will man churpfälzischer Seits nicht nur die Anländung auf der Au, sondern auch den Braunauischen Mautbeamten auf derselben die Vornahm ihrer Amtshandlung in diesem besondern Vorfall aus freundnachbarlicher zu keinem Recht oder Consequenz jemal gereichender Gefälligkeit gestatten, jedoch solle von der vorgegangenen Amtshandlung dem Gericht Julbach allemal Nachricht ertheilt werden.

Urkundlich dessen ist gegenwärtige Einverständnis von beyderseitigen hierzu verordneten kaiserlich- königlich- und churfürstlichen Ministern, unter dem Vorbehalt der allerhöchst- und höchsten Ratification Sr. kaiserlich königlichen Majestät, und Sr. churfürstlichen Durchlaucht zu Pfalz eigenhändig unterschrieben, und mit ihren angebohrnen Pettschaften besiegelt worden.

München den 31. August 1784.

Alle diese vorstehende Puncten genehmigen, approbiren und ratificiren Wir hiemit für Uns, Unsere Erben und Nachkommen nach ihren ganzen Inhalt in bester und kräftigster Form dergestalt, als wären sie von Uns selbst abgeschlossen und abgehandelt worden, versprechen anbey bey Unseren churfürstlichen Worten alles, wozu Wir Uns mittels derselben anheischig machen, getreulich und vollständig zu erfüllen. Zu Urkund dessen haben wir gegenwärtige Ratification eigenhändig unterschrieben und Unser churfürstlich grösseres Insigel anhangen lassen.

So geschehen in Unserer Residenzstadt München den 3. Januar 1785.

Mayerische Generalien-Sammlung v. J. 1788. Bd. 4. S. 1003.

III. Lüneviller Friedens-Vertrag vom 24. August 1801.

A. Vertrags-Urkunde.

§. 12.

§. 12. Lüneviller Frieden.

Sa Majesté l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et le premier Consul de la République Françoise, au nom du peuple françois, ayant également à coeur, de faire cesser les malheurs de la guerre, ont résolu de procéder à la conclusion d'un traité définitif de paix et d'amitié. Sadite Majesté Impériale et Royale ne desirant pas moins vivement, de faire participer l'Empire germanique aux bienfaits de la paix, et les conjunctures présentes ne laissant pas le tems nécessaire, pour que l'Empire soit consulté, et puisse intervenir par ses députés dans la négotiation, Sadite Majesté ayant d'ailleurs égard à ce qui a été consenti par la députation de l'Empire au précédent congrés de Rastadt, a résolu, à l'exemple de ce qui a eu lieu dans des circonstances semblables, de stipuler au nom du corps germanique. En conséquence de quoi, les parties contractantes ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: S. M. Impériale et Royale, le Sieur Louis,

Comte du Saint-Empire Romain, de Cobenzl, Chevalier de la Toison-d'Or, grand-croix de l'ordre royal de St. Etienne, et de l'ordre de St. Jean de Jérusalem, Chambellan conseiller intime actuel de Sadite Majesté Impériale et Royale, son ministre des conférences, et vice-chancelier de cour et d'état.

Et le premier Consul de la République Françoise, au nom du peuple françois, le citoyen Joseph Bonaparte, conseiller d'état: lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, ont arrêté les articles suivans:

Article I.

Il y aura, à l'avenir et pour toujours, paix, amitié et bonne intelligence entre S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, stipulant tant en son nom qu'en celui de l'Empire germanique, et la République Françoise; s'engageant Sadite Majesté à faire donner par ledit Empire sa ratification en bonne et dûe forme au présent traité. La plus grande attention sera apportée de part et d'autre, au maintien d'une parfaite harmonie, et à prévenir toutes sortes d'hostilités par terre ou par mer, pour quelque cause et sous quelque prétexte que ce puisse être, en s'attachant avec soin à entretenir l'union heureusement rétablie. Il ne sera donné aucun secours et protection, soit directement, soit indirectement, à ceux, qui voudroient porter préjudice à l'une ou à l'autre des parties contractantes. Paix et amitié.

Article II.

La cession des ci-devant provinces belgiques à la République Françoise, stipulée par l'article III. du traité de Campo-Formio a), est renouvellée ici de la manière la plus formelle; en sorte que S. M. Impériale et Royale, pour Elle et Ses successeurs, tant en Son nom qu'au nom de l'Empire germanique, renonce à tous Ses droits et titres aux susdites provinces, lesquelles seront possedées à perpétuité, en toute souveraineté et propriété, par la République françoise, avec tous les biens territoriaux, qui en dépendent. Sont pareillement cédés à la République Françoise par Sa Majesté Impériale et Royale et du consentement formel de l'Empire: 1) Le Comté de Falkenstein, avec ses dépendances; 2) Le Frickthal et tout ce qui appartient à la maison d'Autriche sur la rive gauche du Rhin, entre Zurzach et Bâle. La République Françoise se réservant de céder ce dernier pays à la République helvétique. Belgique.

Article III.

De même, en renouvellement et confirmation de l'article VI. du traité de Campo-Formio, b) S. M. l'Empereur et Roi possédera en toute souverainété et propriété les pays ci-dessous designés, savoir: l'Istrie, la Dalmatie et les iles ci-devant venitiennes de l'Adriatique en dépendantes; les bouches du Cattaro, la ville de Venise, les Lagunes, et les pays compris entre les états héréditaires de S. M. l'Empereur et Roi, la Mer-Adriatique, et l'Adige depuis sa sortie du Tyrol jusqu'à son embouchure dans ladite mer; le Thalweg de l'Adige servant de ligne de délimitation, et comme par cette ligne les villes de Vérone et de Porto-Legnago se trouveront partagées, il fera établir sur le milieu des ponts desdites villes, des ponts levis, qui marqueront la séparation. Pays, que possédera l'Autriche en Italie.

---

a) Man vergl. Martens recueil des principaux traites. T. III. p. 208. seq.

b) Man vergl. Martens recueil loc. cit.

Article IV.

Duc de Modène.

L'article XVIII. du traité de Campo-Formio a) est pareillement renouvellé, en cela que S. M. l'Empereur et Roi s'oblige à céder au Duc de Modène, en indemnité des pays, que ce prince et ses héritiers avoient en Italie, le Brisgau, qu'il possèdera aux mêmes conditions que celles, en vertu desquelles il possèdoit le Modenois.

Article V.

Toscane cédée au Duc de Parme.

Il est en outre convenu, que S. A. R. le Grand-Duc de Toscane renonce, pour elle et pour ses successeurs et ayant cause, au Grand-Duché de Toscane, et à la partie de l'Isle d'Elbe, qui en dépend, ainsi qu'à tous droits et titres résultans de ses droits sur lesdits états, lesquels seront possedés desormais en toute souveraineté et propriété par Son Altesse Royale l'Infant Duc de Parme. Le Grand-Duc obtiendra en Allemagne une indemnité pleine et entière de ses états d'Italie. Le Grand-Duc disposera à sa volonté des biens et propriétés, qu'il posséde particuliérement en Toscane, soit par acquisition personnelle, soit par hérédité des acquisitions personelles de feu S. M. l'Empereur Léopold II, son pére, ou de feu S. M. l'Empereur François I., son ayeul; il est aussi convenu, que les créances, établissemens et autres propriétés du Grand-Duché, aussi bien que les dettes duement hypathequées sur ce pays, passeront au nouveau Grand-Duc.

Article VI.

Rive gauche du Rhin cédée à la France.

S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'en celui de l'Empire germanique, consent à ce que la République Françoise posséde désormais, en tout souveraineté et propriété les pays et domaines situés à la rive gauche du Rhin, et qui faisoient partie de l'Empire germanique; de manière qu'en conformité de ce qui avoit été expressément consenti au congrés de Rastadt par la députation de l'Empire, et approuvé par l'Empereur, le Thalweg du Rhin soit désormais la limite entre la République Françoise et l'Empire germanique, savoir, depuis l'endroit, où le Rhin quitte le territoire helvétique, jusqu'à celui, où il entre dans le territoire batave. En conséquence de quoi la République Françoise renonce formellement à toute possession quelconque sur la rive droite du Rhin, et consent à restituer, à qui il appartient, les places de Dusseldorff, Ehrenbreitstein, Philippsbourg, le fort de Cassel et autres fortifications vis-à-vis de Mayence à la rive droite, le fort de Kehl et le Vieux Brissac, sous la condition expresse, que ces places et forts continueront à rester dans l'état, où ils se trouveront lors de l'évacuation.

Article VII.

Dédommagemens.

Et comme par suite de la cession, que fait l'Empire à la République Françoise, plusieurs princes et états de l'Empire, se trouvent particuliérement dépossédés, en tout ou en partie; tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du présent traité, il est convenu entre Sa Majesté l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique, et la République Françoise, qu'en conformité des principes formellement établis au congrés de Rastadt, l'Empire sera tenu de donner aux princes héréditaires, qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement, qui sera pris dans le sein dudit Empire, suivant les arrangemens, qui, d'aprés ces bases, seront ultérieurement determinés.

a) Man vergl. Martens recueil loc. cit.

Article VIII.

Dettes.

Dans tous les pays cédés, acquis où échangés par le présent traité, il est convenu, ainsi qu'il avoit été fait par les articles IV. et X. du traité de Campo-Formio, a) que ceux, auxquels ils appartiendront, se chargeront des dettes hypothéquées sur le sol desdits pays; mais attendu les difficultés qui sont survenues à cet égard sur l'interprétation desdits articles du traité de Campo-Formio, il est expressément entendu, que la République Françoise ne prend à sa charge que les dettes résultantes d'emprunts formellement consentis par les états des pays cédés, ou des dépenses faites pour l'administration éffective desdits pays.

Article IX.

Séquestres levés dans les pays cédés.

Aussitôt après l'échange des ratifications du présent traité, il sera accordé dans tous les pays cédés, acquis où échangés par ledit traité, à tous les habitans, ou propriétaires quelconques, main-levée du séquestre mis sur leurs biens, effets et revenus, à cause de la guerre qui a eu lieu. Les parties contractantes s'obligent à acquitter tout ce qu'elles peuvent devoir pour fonds à elles prêtés par lesdits particuliers, ainsi que sur les établissemens publics desdits pays, et à payer ou rembourser toute rente constituée à leur profit sur chacune d'elles. En conséquence de quoi, il est expressément reconnu que les propriétaires d'actions de la banque de Vienne, devenus françois, continueront à jouir du bénéfice de leurs actions, et en toucheront les intérêts échus ou à échoir, non-obstant tout séquestre et toute dérogation, qui seront regardés comme non-avenus, notamment la dérogation résultante de ce que les propriétaires devenus françois, n'ont pas fourni les trente et les cent pour cent demandés aux actionaires de la banquo de Vienne par S. M. l'Empereur et Roi.

Article X.

Séquestres en Allem: et en France.

Les parties contractantes feront également lever tous séquestres qui auroient été mis à cause de la guerre sur les biens, droits et revenus des sujets de S. M. l'Empereur ou de l'Empire, dans le territoire de la République Françoise, et des citoyens françois dans les états de Sadite Majesté ou de l'Empire.

Article XI.

Extension aux Rep. Batave etc.

Le présent traité de paix, notamment les articles VIII, IX, et XV ci-après, est déclaré commun aux républiques Batave, Helvétique, Cisalpine et Ligurienne. Les parties contractantes se garantissent mutuellement l'indépendance desdites républiques, et la faculté aux peuples qui les habitent, d'adopter telle forme de gouvernement qu'ils jugeront convenable.

Article XII.

Cisalpine.

S. M. Impériale et Royale renonce pour Elle et Ses successeurs, en faveur de la république Cisalpine, à tous les droits, et titres provenans de ces droits; que Sadite Majesté pourroit prétendre sur les pays qu'Elle possédoit avant la guerre, et qui, aux termes de l'article VIII. du traité de Campo-Formio, a) font maintenant partie de la république Cisalpine, laquelle les possédera en toute souveraineté et propriété, avec tous les biens territoriaux qui en dépendent.

---

a) Man vergl. Martens recueil oc. cit.

Article XIII.

Rép. Ligurienne.

S. M. Impériale et Royale, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique, confirme l'adhésion déjà donnée par le traité de Campo-formio, à la réunion des ci-devant fiefs impériaux à la république Ligurienne, et renonce à tous droits et titres provenans de ces droits sur lesdits fiefs.

Article XIV.

Navigation de l'Adige.

Conformément à l'article XI. du traité de Campo-Formio, a) la navigation de l'Adige servant de limite entre les états de S. M. Impériale et Royale, et ceux de la République Cisalpine, sera libre, sans que de part et d'autre on puisse y établir aucun péage, ni tenir aucun bâtiment armé en guerre.

Article XV.

Prisonniers de guerre.

Tous les prisonniers de guerre, faits de part et d'autre, ainsi que les ôtages enlevés où donnés pendant la guerre, qui n'auront pas encore été restitués, le seront dans quarante jours, à dater de celui de la signature du présent traité.

Article XVI.

Biens des Archiduc.

Les biens fonciers et personnels non aliénés de S. A. R. l'Archiduc Charles et des hérétiers de feue S. A. R. Madame l'Archiduchesse Christine, qui sont situés dans les pays cédés à la République Françoise, leur seront restitués, à la charge de les vendre dans l'espace de trois ans. Il en sera de même des biens fonciers et personnels de S. A. R. l'Archiduc Ferdinand et Madame l'Archiduchesse Béatrix son épouse, dans le territoire de la République Cisalpine.

Article XVII.

Articles d. t. d. p. d. Campo-Formio rappellés.

Les articles XII. XIII. XV. XVI. XVII. et XXIII. du traité de Campo-formio a) sont particulièrement rapellés pour être exécutés suivant leur forme et teneur, comme s'ils étoient insérés mot à mot dans le présent traité.

Article XVIII.

Contributions.

Les contributions, livraisons, fournitures et prestations quelconques de guerre, cesseront d'avoir lieu, à dater du jour de l'échange des ratifications données au présent traité, d'une part par S. M. l'Empereur et par l'Empire germanique, d'autre part par la République françoise.

Article XIX.

Ratification et retraite des troupes.

Le présent traité sera ratifié par S. M. l'Empereur et Roi, par l'Empire, et par la République Françoise, dans l'espace de trente jours, ou plutôt si faire se peut: et il est convenu, que les armées des deux puissances resteront dans les positions, où elles se trouvent, tant en Allemagne qu'en Italie, jusqu'à ce que lesdites ratifications de l'Empereur et Roi, de l'Empire et de la République Françoise aient été simultanément échangées à Lunéville entre les plénipotentiaires respectifs. Il est aussi convenu, que dix jours après l'échange desdites ratifications les armées de S. M. Imperiale et Royale seront rentrées sur ses possessions héréditaires, mais qu'elles seront évacuées dans le

a) Man vergl. Martens recueil loc. cit.

même espace de tems par les armées françoises, et que 30 jours après ledit échange les armées françoises auront évacué la totalité dudit Empire.

Fait et signé à Luneville, le 20. Pluviôse an 9. de la République Françoise, 9. Février 1801.

Martens recueil des principaux traités. Tom. VII. pag. 538. Journal de Francfort 1801. n. 50.

B. Vollzug des Lüneviller Friedens-Vertrags.

1. Weitere hiezu abgeschlossne Verträge.

a) Pariser Vertrag vom 24. Aug. 1801.

§. 13.

Da Seine Churfürstliche Durchlaucht von Pfalzbayern und der erste Consul der französischen Republik im Namen des französischen Volkes feyerlich und unverbrüchlich die alten Verhältnisse von Freundschaft und guter Nachbarschaft herzustellen wünschen, welche zwischen Frankreich und dem Durchlauchtigsten Churhause Pfalzbayern vor dem Kriege bestanden haben, der durch den Frieden von Lüneville zwischen der französischen Republik und dem deutschen Reiche geendiget worden ist, und woran Seine Churfürstliche Durchlaucht nicht allein durch den in Gemäßheit der Reichsschlüsse geleisteten Beystand, sondern auch als Hilfsmacht der alliirten Mächte Antheil genommen haben; so sind die diesen Vertrag schliessenden Theile übereingekommen, die vollkommene Rückkehr ihres gegenseitigen guten Einverständnisses durch einen besondern Friedensschluß zu bekräftigen: und zu diesem Ende haben sie ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich Sr. Churfürstliche Durchlaucht den Herrn Anton von Cetto, ihren wirklichen Staatsrath und Bevollmächtigten Minister bey dem chur- und oberrheinischen Kreiße, und der erste Consul im Namen des französischen Volks den B. Caillard, Archivar bey dem Ministerium der auswärtigen Geschäfte, welche nach vorgängiger Auswechslung ihrer beiderseitigen Vollmachten über folgende Artikel übereingekommen sind:

§. 13. Pariser Vertrag vom 24. Aug. 1801.

1.) Es wird Frieden, Freundschaft und gute Nachbarschaft zwischen dem Churfürsten von Pfalzbayern und der französischen Republik statt haben.

Der eine wie der andere werden nichts vernachlässigen, um diese Eintracht zu erhalten, und um sich gegenseitige Dienste zu leisten, die geeignet sind, die Bande einer aufrichtigen und dauerhaften Freundschaft immer enger zusammenzuziehen.

2.) Da Seine K. K. Majestät durch den 6. Artikel des am 9. Februar 1801 (20. Pluviose des 9. Jahres) zu Lüneville geschlossenen Friedens eingewilliget haben, daß die französische Republik in Zukunft in voller Souverenität und als Eigenthum die auf dem linken Rheinufer gelegenen Länder und Domainen, welche zum deutschen Reiche gehörten, besitze, so verzichten Seine Churfürstliche Durchlaucht von Pfalzbayern auf die Landeshoheits- Eigenthums- und alle andere Rechte, welche ihr Haus bis jetzt in den Ländern und Domainen auf dem linken Rheinufer ausgeübt und besessen hat.

Diese Verzichtleistung hat namentlich für das Herzogthum Jülich, das Herzogthum

Zweybrücken mit seinen Zubehörden und für alle auf dem linken Rheinufer gelegenen rheinpfälzischen Aemter statt.

3.) Die französische Republik, überzeugt, daß sie dabey interessirt sey, die Schwächung der pfalzbayerischen Besizungen zu verhindern und dem zufolge die aus obiger Verzichtleistung entspringende Verminderung an Kräften und Gebiet zu ersetzen, verspricht die Integrität der genannten Besitzungen auf dem rechten Rheinufer in der Totalität und Ausdehnung mit Nachdrucke zu handhaben und zu vertheidigen, die sie nach den am 13. May 1779 zu Teschen geschlossenen Verträgen und Conventionen haben oder haben sollten: vorbehaltlich der Abtretungen, die mit dem freyen Willen Sr. Churfürstlichen Durchlaucht und mit Einwilligung aller dabey interessirten Theile statt haben könnten. — Die französische Republik verspricht zu gleicher Zeit ihren ganzen Einfluß und alle ihre Mittel dahin zu verwenden, daß der 7. Artikel des Lüneviller Friedensschlußes a), wonach das Reich gehalten ist, den auf den linken Rheinufer verlierenden Erbfürsten eine von dem Reiche selbst zu nehmende Entschädigung zu geben, vorzüglich in Ansehung des Churhauses Bayern dergestalt vollzogen werde, daß dieses Haus eine, so viel als möglich ihm vortheilhaft gelegene, und den durch den dermaligen Krieg veranlaßten Verlust aller Art aufwiegende Schadloshaltung erlange.

4.) Die diesen Vertrag schließenden Theile werden jederzeit als gute Nachbarn, und unter beyderseitiger Befolgung der Grundsätze einer vollkommenen Billigkeit sich verstehen, um die Streitfragen zu entscheiden, die allenfalls sowohl rücksichtlich des Laufs des Thalwegs zwischen beiden Staaten, welcher nach dem 6. Artikel des Lüneviller Friedens a) von nun an die Grenze des Gebiets der französischen Republik und des deutschen Reichs seyn wird, als rücksichtlich der Schifffahrt und des Handels auf dem Rhein oder rücksichtlich des beiderseitigen Uferbaues entstehen könnten.

5.) Der 8. Artikel des Lüneviller Friedens a) in Betreff der auf dem Grund und Boden der Länder des linken Rheinufers verhypothezirten Schulden wird für jene Schulden, welche auf den Besitzungen haften, die in der Verzichtleistung des 2. Artikels gegenwärtigen Vertrags begriffen sind, als Grundlage dienen. — Da genannter Lüneviller Vertrag nur solche Schulden, die von Anleihen, welche von den Ständen der abgetretenen Länder bewilliget worden sind, oder von Ausgaben für die wirkliche Verwaltung dieser Länder herrühren, als der französischen Republik zur Last fallend anerkennt, und da auf der andern Seite das Herzogthum Zweybrücken, so wie der durch den 2. Artikel gegenwärtigen Vertrags abgetretene Theil der Rheinpfalz, keine Stände haben, so ist man übereingekommen, daß die ursprünglich durch die höhere Verwaltungsstelle einregistrirten Schulden dieser Länder denjenigen gleichgehalten werden sollen, zu welchen in den Ländern, wo Stände sind, diese ihre Einwilligung gegeben haben. — Unmittelbar nach der Auswechslung der Ratifikationen gegenwärtigen Vertrags werden von beiden Seiten Kommissarien ernannt werden, um zur Bewährung und Ausschlagung der oben bemerkten Schulden zu schreiten.

6.) Die von den Gemeinden und ehemaligen Aemtern mit Erlaubniß der Regierung gemachten Privatschulden bleiben diesen zur Last, und müssen von ihnen berichtiget werden.

7.) Alle Papiere, Urkunden und Akten, die sich auf öffentliches und Privateigenthum in den oben durch den 2. Artikel abgetretenen Ländern beziehen, werden innerhalb drey Mona-

a) Man vergl. d. vorstehenden Paragraphen 12.

ten von der Auswechslung der Ratifikationen an, getreulich an den zu ihrer Uebernahme von der französischen Regierung ernannten Kommissär ausgeliefert werden. Das nämliche wird rücksichtlich der die Verwaltungsgegenstände betreffenden Papiere, Urkunden und Akten statt haben, die ausschließlich auf genannte Länder sich beziehen. Was diejenigen Papiere, Urkunden und Akten belangt, welche das gemeinschaftliche Interesse der Staaten des pfälzischen Hauses, sowohl der abgetretenen auf dem linken, als der diesem Hause verbleibenden auf dem rechten Rheinufer betreffen, so werden davon auf gemeinschaftliche Kosten kollationirte Abschriften gefertiget, und dem französischen Kommissär zugestellt werden.

8.) Vom Tage der ausgewechselten Ratifikationen an soll aber Sequester aufgehoben seyn, welcher des Kriegs wegen auf die Güter, Einkünfte und sonstiges Vermögen der französischen Bürger in den Churfürstlichen Erbstaaten oder in dem Gebiete der französischen Republik auf die Güter, Einkünfte und sonstiges Vermögen der Churfürstlichen Unterthanen oder Diener, welche auf dem rechten Rheinufer wohnhaft sind und auf dem linken Besitzungen haben, gelegt worden ist. Es soll keine Ausnahme in Ansehung derjenigen pfalzbayerischen Unterthanen oder Diener statt haben, welche bei dem Einmarsche der französischen Armee vom linken auf das rechte Rheinufer sich begeben haben.

9.) Gegenwärtiger Vertrag wird von den diesen Vertrag schließenden Theilen binnen 20 Tagen, oder wo möglich noch früher, ratifizirt werden, und Seine Churfürstliche Durchlaucht von Pfalzbayern verbinden sich in dem nämlichen Zeitraume eine Beytrittsurkunde von Sr. Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm von Bayern in Betreff der durch diesen Vertrag geschehenen Abtretungen beizubringen.

Geschehen zu Paris den 21. August 1801. (6. Fruktidor im 9. Jahre der französischen Republik.)

Die Ratifikationen dieses Friedensvertrages wurden den 11. September 1801 (27. Fruktidor im 9. Jahr) ausgewechselt, und derselbe in der Sitzung des gesetzgebenden Corps vom 17. Frimaire des 10. Jahres zum Gesetz der französischen Republik erklärt.

Reg. Bl. v. J. 1802. St. II. S. 32.

---

b) Reichsdeputations-Rezess vom 25. Februar 1803.

§. 11.

Pour terminer la guerre élévée entre S. M. J. et l'Empire germanique d'une part, et la République Françoise de l'autre, il avait été, conformément à l'article XX. du traité de paix conclu à Campo-Formio a) le 17. Octobre 1797, ouvert un congrès de paix à Rastadt dans la même année entre

§. 11. Reichsabschied v. J. 1803.

Demnach zu Beendigung des zwischen Kais. Majestät und dem Deutschen Reiche eines — dann der Französischen Republik andern — Theils ausgebrochenen Kriegs, zufolge 20. Artikels des am 17. Oktober 1797 geschlossenen Friedens zu Campo-Formio a) noch in demselbigen Jahre ein Friedens-Congreß zwischen Allerhöchstgedach-

a) Man vergl. Martens recueil des principaux traités. T. VII. pag. 208.

Sadite M. J. et une Députation extraordinaire de l'Empire, nommée à cet effet, d'une part, et les plénipotentiaires de la République Française de l'autre. Les négociations y étaient déja avancées au point que, non-seulement la cession des pays situés sur la rive gauche du Rhin, avait été consentie au nom de l'Empire germanique, mais qu'on y était même convenu de la base des indemnités par la voie des sécularisations pour les pertes resultantes de cette cession, lorsque ces négociations de paix furent rompues par la reprise des hostilités. La paix fut ensuite conclue à Luneville le 9. Février 1801 a) par S. M. J. et au nom de l'Empire germanique avec le Premier Consul de la République Françoise, en se rapportant à la base déja consentie par la députation de l'Empire au précédent congrès de Rastadt. Ce traité de paix fut ratifié le 7 Mars 1801 par les électeurs, princes et états avec le concours du chef suprême de l'Empire; mais dans ce traité même quelques objets étaient renvoyés à un arrangement ultérieur; puisque non-seulement l'indemnité assurée par l'art. V. au Grand-Duc de Toscane en Allemagne n'y était pas déterminée, mais qu'en vertu de l'article VII. les indemnités des états héréditaires de l'Empire, conformément aux principes déjà mentionés, qui avaient été établis a Rastadt, devaient être réglées ultérieurement.

S. M. J. ayant ensuite pour l'execution de ces articles, immédiatement aprés la communication faite du traité de paix de Luneville, demandé à la diète Générale de l'Empire par un décret particulier de Commission impériale du 3. Mars 1801 un avis ultérieur sur le mode de coopération des états de l'Empire aux arrangemens complementaires de cette paix, il a été formé le

ter Sr. Kais. Majestät und einer dazu ernannten außerordentlichen Reichsdeputation einer — dann den Bevollmächtigten der Französischen Republik anderer Seits — zu Rastadt eröffnet worden, auch daselbst die Unterhandlungen bereits soweit gediehen, daß im Namen des Deutschen Reichs in die Ueberlassung der Lande der linken Rheinseite nicht nur gewilligt, sondern auch wegen des dadurch auf solcher Rheinseite entstehenden Verlustes die Grundlage der Entschädigung durch Säkularisationen angenommen, diese Friedensunterhandlungen aber durch den Wiederausbruch der Feindseligkeiten unterbrochen worden: so ist zwar nachher am 9. Febr. 1801 von Sr. Kais. Majestät mit dem ersten Konsul der Französischen Republik auch Namens des Deutschen Reichs, unter Beziehung auf die bei dem vorhergegangenen Rastadter Congresse von der Reichsdeputation schon verwilligte Basis, Friede zu Lüneville geschlossen, dieser Friedensschluß a) auch von Churfürsten, Fürsten und Ständen unter reichsoberhauptlicher Mitwirkung am 7. März 1801 wirklich genehmigt, jedoch sind in diesem Friedensschlusse selbst einige Gegenstände auf weitere Erörterung ausgesetzt worden; indem nicht nur die im 5. Art. dem Herrn Großherzoge von Toskana zugesagte Entschädigung in Deutschland keine nähere Bestimmung daselbst erhalten, sondern auch vermöge des 7. Art. die Entschädigungen der erblichen Reichsstände in Gemäßheit der schon erwähnten zu Rastadt aufgestellten Grundsätze noch bestimmt werden sollten.

Nachdem nun ferner von Sr. Kaiserl. Majestät zu Vollziehung dieser Artikel, sogleich nach geschehener Mittheilung des Friedens von Lüneville, an die allgemeine Reichsversammlung durch ein eigenes Kais. Commissions-Decret vom 3. März ein weiteres Reichsgutachten über die reichsständische Mitwirkungsart zur gänzlichen Berichtigung des Reichsfriedensgeschäftes verlangt, dieses Reichsgutachten auch den 2. Okt.

---

a) Man vergl. den vorstehenden §. 12.

2. Octobre 1801 un avis de l'Empire, portant, qu'il serait nommé à cet effet une nouvelle Deputation extraordinaire d'Empire, composée de huit membres; savoir:

du collége electoral:

Mayence, Bohéme,
Saxe, Brandebourg,

du collége des princes:

Bavière, Grand-Maitre Teutonque,
Wirtemberg, Hesse-Cassel,

et cet avis ayant été approuvé par S. M. J. le 7. Novembre 1801, elle a enfin notifié à la diète, par un nouveau décret de commission, du 2. Août de cette année, que le moment était venu, où la Deputation extraordinaire devait se réunir; qu'en consequence tous les états députés devaient envoyer leurs sous-délégués à Ratisbonne, comme le lieu de réunion fixé de concert avec le Gouvernement Français, et que les pleinspouvoirs nécessaires à la Députation pour l'entier arrangement de l'oeuvre de la paix devaient être expédiés; S. M. J. en sa qualité de chef suprême de l'Empire, ayant dejà nommé pour son plénipotentiaire M. le baron de Hugel, conseiller intime actuel de S. M. J. et con-commissaire impérial à la diète générale de l'Empire.

Les pleinpouvoirs de l'Empire, à l'effet d'examiner, discuter et régler de concert avec le Gouvernement François les objets résérvés à un arrangement particulier par les Art. V. et VII. du traité de Luneville, ayant été expédiés le 3. Août de cette année pour cette Députation extraordinaire, les états députés de l'Empire ont envoyé leurs sous-délégués en cette ville de Ratisbonne, savoir:

1801 dahin, daß hiezu eine abermalige außerordentliche Reichsdeputation, bestehend aus 8 Mitgliedern, und zwar

aus dem Churfürsten-Rathe:

Churmainz, Chursachsen,
Churböhmen, Churbrandenburg,

aus dem Fürsten-Rathe:

Bayern, Hoch- und Deutschmeister,
Würtemberg, Hessen-Cassel,

zu ernennen sey, wirklich erstattet, und von Kaiserl. Majestät unterm 7. November 1801 allergnädigst genehmigt worden; so haben sodann endlich Sr. Kais. Majestät durch ein weiteres allergnädigstes Commissions-Decret vom 2. August v. J. der allgemeinen Reichsversammlung bekannt gemacht, daß der Zeitpunkt, wo die außerordentliche Reichsdeputation sich zu vereinigen habe, erschienen sey, daß daher sämmtliche deputirte Stände ihrer Subdelegirten nach Regensburg, als den mit Beistimmung der Französischen Regierung festgesetzten Ort, absenden, auch daß die zu gänzlicher Berichtigung dieses Friedensgeschäftes für die Deputation erforderliche Vollmacht ausgefertigt werden solle, indem Allerhöchstsie in Ihrer reichsoberhauptlichen Eigenschaft als Ihren Kaiserl. Bevollmächtigten bey diesem Congresse den wirklichen Kais. geheimen Rath und Kaiserl. Concommissarius an der allgemeinen Reichsversammlung, Reichsfreiherrn von Hügel zu bestimmen allergnädigst geruhet hätten.

Wie nun hierauf die Reichsvollmacht, um die in den Lüneviller Friedensschlusse Art. 5 und 7 einer besondern Uebereinkunft noch vorbehaltenen Gegenstände einvernehmlich mit der Französischen Regierung näher zu untersuchen, zu prüfen und zu erledigen, am 3. August v. J. für diese außerordentliche Reichsdeputation wirklich ausgefertigt worden, so haben die deputirten Reichsstände ihre Subdelegirten, nämlich:

Mayence, M. le Baron François Joseph d'Albini, conseiller privé imperial, commandeur de l'Ordre de Saint-Etienne et ministre d'état de S. A. Electorale de Mayence;

Kurmainz, den Churfürstlichen Mainzischen Staatsminister, Frhr. von Albini;

Bohême, M. François Albin de Schraut, conseiller aulique impérial; et ensuite M. le Comte Ferdinand de Colloredo-Mannsfeld, chambellan impérial et ministre de l'Electeur et Roi de Bohéme à la diéte de l'Empire;

Kurböhmen, den Kais. Reichshofrath Herrn von Schraut; und späterhin noch den Kurböhmischen Reichstags-Gesandten, Grafen zu Colloredo Mannsfeld;

Saxe, M. Jean Erneste de Globig, conseiller privé de S. A. S. E. de Saxe;

Kursachsen, den geheimen Rath, Herrn von Globig;

Brandenbourg, M. Jean Eustache comte de Schlitz, dit Göertz, ministre privé actuel d'état et de guerre de S. M. le Roi de Prusse, Son ministre à la diéte de l'Empire, chevalier des ordres de l'Aigle-Noir et de l'Aigle-Rouge; et M. Conrad Sigismond Charles Haenlein, ministre directorial de S. M. P. au cercle de Franconie, et vice président de la chambre de finances à Anspach;

Kurbrandenburg, den königl. Preussischen geheimen Etats- und Kriegsminister auch Reichstags-Gesandten, Grafen von Schlitz genannt Görz, und den königl. Preussischen Directorialgesandten im Fränkischen Kreise und Kammer-Vicepräsidenten zu Ansbach, Herrn Hänlein;

Bavière, M. Aloyse François Xavier Baron de Rechberg et Rothenloewen, chambellan, conseiller privé actuel et ministre de S. A. Electorale à la diéte de l'Empire;

Bayern, den wirklichen geheimen Rath und Comitialgesandten, Freiherrn von Rechberg und Rothenlöwen;

Grand-Maitre Teutonique, M. Philippe Erneste Baron de Nordegg-Rabenau, chevalier de l'Ordre teutonique, bailly de Franconie, commandeur de Donauwert, conseiller actuel de cour, de régence et de chambre du prince grand maitre de l'Ordre teutonique, et grandbailly du district de Scheuerberg à Hornegg;

Hoch- und Deutschmeister, den adel. wirklichen Hof-Regierungs- und Kammerrath, Freiherrn von Nordegg zur Rabenau;

Wirtemberg, M. Philippe Christian Baron de Normann, conseiller privé actuel, vice president et chambellan de S. A. S. le duc et chevalier de son grand Ordre;

Würtemberg, den wirklichen geheimen Rath Freiherrn von Normann;

Hesse-Cassel, M. Philippe Maximilian de Gunterrode, conseiller privé de S. A. S. le Landgrave, et son ministre à la diéte de l'Empire; et ensuite M. le conseiller de guerre de Hesse-Cassel, George-Guillaume Starkloff;

Hessen-Cassel, den geheimen Rath und Comitialgesandten, Herrn von Gunterode; und späterhin noch den Kriegsrath, Herrn von Starkloff;

Cette Députation, après s'être dument legitimée, s'est constituée le 24. Août; et ses séances ont été ouvertes par la proposition de M. le plénipotentiaire impérial.

Le premier Consul de la République Française ayant envoyé en même tems à Ratisbonne un ministre extraordinaire en la personne du citoyen Laforest, et S. M. l'Empereur de Russie s'étant determiné à interposer sa haute médiation conjointement avec le gouvernement Française pour le réglement de l'affaire des indemnités et pour l'affermissement du repos de l'Allemagne; et ledit ministre de la République Française, citoyen Laforest, ayant simultanément avec M. de Klupffell, ministre résident de Russie près la diéte générale de l'Empire, communiqué à cet effet dés le 18. Août à la Députation de l'Empire deux déclarations uniformes, par lesquelles ces hautes puissances médiatrices ont proposé, pour faciliter les délibérations, un plan général d'indemnités; et S. M. I. de toutes les Russies ayant jugé à propos, d'envoyer bientôt après pour cet objet un plenipotentiaire particulier à Ratisbonne en la personne de M. le baron Charles de Buhler, Son conseiller privé, et chevalier de plusieurs Ordres, jusqu'ici son envoyé extraordinaire à la cour Electorale Bavaro-palatine; et la Députation de l'Empire ayant mûrement examiné dans toutes leurs parties les déclarations remises, et ayant fait parvenir ses arrêtés à ce sujet aux-dits ministres des puissances médiatrices, en leur communiquant chaque fois les réclamations nombreuses, qui lui ont été adressées; et ceux-ci ayant ensuite remis le 8. Octobre à la Députation un plan modifié comme résultat de leurs derniérs instructions; la Députation ayant de même pris en nouvelle délibération ce second plan, et communi-

hieher nach Regensburg abgeordnet, so, daß diese Deputationsversammlung, nach allerseitiger herkömmlichermassen vollzogener Legitimation, am 24. August wirklich konstituirt, und mittelst Proposition des ernannten höchstansehnlichen Kaiserl. Herrn Plenipotentarius eröffnet worden.

Da nun auch zu gleicher Zeit der erste Konsul der Französ. Republik einen Ministre extraordinaire in der Person des citoyen Laforest hieher abgeordnet, ferner Sr. Kais. Russische Majestät Ihre hohe Vermittelung gemeinsam mit dem Französischen Gouvernement zu Berichtigung der gedachten Entschädigungssache, und zu Befestigung der Ruhe Deutschlands, eintreten zu lassen sich entschlossen, und zu dem Ende bereits unterm 18. August besagter Französ. Ministre, citoyen Laforest gemeinsam mit dem bei der allgemeinen Reichsversammlung accredidirten Kaiserl. Russischen Herrn Minister-Resident Klüpfel zwei gleichlautende Deklarationen dieser Reichsdeputation mitgetheilt, worin diese hohen vermittelnden Mächte, zum Behufe der anzustellenden Berathschlagungen, einen allgemeinen Entschädigungsplan vorgelegt; auch kurz nachher Sr. Kaiserl. Russische Majestät einen eigenen Plenipotentiaire in der Person des Kaiserl. Russischen geheimen Raths, mehrerer Orden Ritters, Herrn Karl Freiherrn von Bühler, bisherigen außerordentlichen Gesandten am Churpfalzbayrischen Hofe zu diesem Geschäfte hieher abzuordnen geruhet; so dann die Reichs-Deputation die ihr zugestellten Deklarationen in allen ihren Theilen gründlich erwogen, hierüber den gedachten Herrn Ministern der vermittelnden Mächte unter jedesmaliger Mittheilung der bei ihr eingereichten mannigfaltigen Reklamationen und Vorstellungen ihre Beschlüsse eröffnet; hierauf aber diese unterm 8. Oktober der Deputation einen abgeänderten Plan als Resultat ihrer neuesten Instructionen mitgetheilt, die Deputation sodann auch diesen zweiten Plan in weitere Berathung gezogen, und hierüber den erwähnten Herrn Ministern ihre fernern Beschlüsse ebenfalls com-

qué pareillement à M. M. les ministres susmentionnés ses arrêtés ultérieurs, et ceux-ci s'étant encore expliqués plus en détail par des notes subsequentes du 19. Octobre, 15. et 19. Novembre, 3. Décembre de l'année dernière, 18. et 31. Janvier, et enfin du 11 de ce mois; il a été rédigé en conséquence et d'après tous les arrêtés précédens et particuliers de la Députation,

le conclusum principal suivant:

La répartition et le réglement définitif des indemnités ont lieu, ainsi qu'il suit:

municirt, darauf endlich diese weitere Noten vom 19. Oktober, 15. und 19. November, 3. Dezember v. J., 18. und 31. Jänner, dann den 11. dieses übergeben haben: so ist nunmehr hiernach und aus allen vordern einzelnen Deputationsbeschlüssen folgender

Deputations-Hauptschluß abgefaßt worden:

Die Austheilung und endliche Bestimmung der Entschädigungen geschieht, wie folgt:

§. I.

Oestreich.

A. S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème, Archiduc d'Autriche pour la cession du baillage d'Ortenau: les évêches de Trente et de Brixen, avec tous leurs biens, revenus, propriétés, droits et prérogatives, sans aucune exception quelconque, et les chapitres, abbayes et couvens situés dans ces deux évêchés, à charge néanmoins de pourvoir à l'entretien viager des deux princes-évêques actuels et des membres des deux chapitres de la manière, dont ils pourront convenir entr'eux, ainsi qu'à la dotation subséquente du clergé à préposer à ces deux diocéses sur le pied établi dans d'autres provinces de la monarchie autrichienne. Tous les droits de propriété et autres, qui compétent à S. M. l'Empereur et Roi, comme Souverain des états héréditaires d'Autriche, et comme Chef Suprême de l'Empire, compatibles avec l'exécution du présent acte Lui restent réservés; et ceux au contraire, dont il est disposé spécialement, passeront aux nouveaux possesseurs.

A l'archiduc Grand-Duc pour la Toscane et dépendances: l'archevêché de Salzbourg, la prévôté de Berchtolsgaden, la partie de l'évêché de Passau située au-delà

§. 1.

Sr. Majestät dem Kaiser, Könige von Ungarn und Böhmen, Erzherzoge von Oesterreich für die Abtretung der Landvogtei Ortenau: die Bisthümer Trient und Brixen, mit ihren sämmtlichen Gütern, Einkünften und eigenthümlichen Besitzungen, Rechten und Vorrechten, ohne irgend einige Ausnahme, und die in diesen beiden Bisthümern gelegenen Capitel, Abteien und Klöster; unter der Verbindlichkeit jedoch, sowohl für den lebenslänglichen Unterhalt der beiden jetzt lebenden Fürstbischöfe und der Mitglieder der beiden Domcapitel, nach einer mit solchen zu treffenden Uebereinkunft, als auch für die hierauf erfolgende Dotation der bei diesen beiden Diözesen anzustellenden Geistlichkeit, nach dem in den übrigen Provinzen der österreichischen Monarchie bestehenden Fuße, zu sorgen. Alle Eigenthums- und übrigen Rechte, die Sr. Majestät dem Kaiser und König als Souverain der Erbstaaten und als höchstem Reichsoberhaupte zustehen, bleiben Ihnen vorbehalten, in so ferne diese Rechte mit der Vollziehung gegenwärtiger Urkunde bestehen können; jene Rechte hingegen, worüber besonders verfügt worden ist, gehen an die neuen Besitzer über.

Dem Erzherzoge Großherzoge für Toskana und dessen Zugehörungen: das Erzbisthum Salzburg, die Probstei Berchtolsgaden, der jenseits der Ilz und des Inn auf der Seite von Oester-

de l'Ilz et de l'Inn, du côté de l'Autriche; à l'exception néanmoins d'Innstadt et d'Ilzstadt, avec un rayon de cinq cents toises françaises à prendre de l'extrémité desdits faubourgs, enfin les chapitres, abbayes et couvens situés dans les diocèses susmentionnées. Ces possessions seront tenues par l'Archiduc aux conditions, engagemens et rapports fondés sur les traités existans.

Elles sont retirées du cercle de Bavière et incorporées au cercle d'Autriche; leurs jurisdictions ecclésiatiques, tant métropolitaines que diocésaines, sont pareillement séparées par les limites des deux cercles, pour être, quant aux parties ci-dessus distraites, réunies aux diocèses de la Bavière.

Muhldorff et la partie du Comté de Neubourg à la gauche de l'Inn sont avec toute supériorité territoriale réunis au Duché de Bavière. L'équivalent du revenu de Muhldorff et de celui de la supériorité territoriale de Neubourg sera pris sur ceux de Freisingen, enclavés dans le territoire Autrichien.

L'archiduc Grand-Duc recevra et possédera en outre pour Lui et Ses héritiers, en toute souveraineté et indépendance: l'évêché d'Aichstedt, avec tous les biens, revenus, droits et prérogatives y annexés, tels que le Prince-évêque en jouissait à l'époque de la signature du traité de Lunéville; à l'exception seulement des bailliages de Sandsée, Wernfels, Spalt, Abenberg, Ahrberg, Ohrnbau et Vahrnberg-Herrieden, et toutes autres dépendances de l'évêché d'Aichstedt, qui se trouvent enclavées dans les pays d'Ansbach et de Baireuth, lesquels demeureront à l'Electeur palatin de Bavière, et seront compensés à l'archiduc Grand-Duc par un équivalent complet, pris sur les domaines de l'Electeur en Bohême; et en cas d'insuffisance, sur d'autres revenus quelconques de ce Prince. Dans le territoire dudit évêché d'Aichstedt, il ne

reich gelegene Theil des Bisthums Passau, jedoch mit Ausnahme der Innstadt und Ilzstadt, sammt einem Bezirke von 500 französischen Toisen im Durchschnitte, vom äußersten Ende jener Vorstadt an gemessen, und endlich die in den oberwähnten Diözesen gelegenen Kapitel, Abteien und Klöster. Diese Besitzungen erhält der Erzherzog unter den, auf die bestehenden Verträge gegründeten, Bedingungen, Verbindlichkeiten und Verhältnissen.

Sie werden vom Bayerischen Kreise getrennt und dem Oesterreichischen einverleibt; auch ihre geistlichen sowohl Metropolitan- als Diözesan-Gerichtsbarkeiten werden gleichfalls durch die Grenzen der beiden Kreise abgesondert, und die oben von des Erzherzogs Entschädigungen ausgenommenen Theile mit den bayerischen Diözesen verbunden.

Mühldorf und der auf dem linken Innufer gelegene Theil der Grafschaft Neuburg werden mit aller Landeshoheit mit dem Herzogthume Bayern vereinigt. Das Aequivalent der Einkünfte von Mühldorf und der Landeshoheit über Neuburg ist von den Einkünften, welche Freisingen im Oesterreichischen Gebiete besitzt, zu nehmen.

Der Erzherzog Großherzog erhält überdieß für sich und seine Erben in völlig souverainen und unabhängigen Besitz: das Bisthum Eichstädt, sammt allen demselben anhängigen Gütern, Einkünften, Rechten und Vorrechten, so wie der Fürstbischof solche zur Zeit der Unterzeichnung des Lüneviller Friedensschlusses besaß; jedoch mit Ausnahme der Aemter Sandsee, Wernfels, Spalt, Abenberg, Ahrberg, Ohrnbau, und Vahrnberg-Herrieden, und aller übrigen von den Ansbachischen und Baireuthischen Landen eingeschlossenen Zugehörden des Bisthums Eichstädt, welche dem Churfürsten von Pfalzbayern verbleiben, und dem Erzherzoge Großherzoge durch ein vollständiges Aequivalent von den Herrschaften des Churfürsten in Böhmen, und falls diese nicht hinreichen, von irgend andern Einkünften des Churfürsten von Pfalzbayern ersetzt werden. In dem Gebiete des erwähnten Bisthums Eichstädt findet keine neue

pourra être élevé aucune fortification nouvelle par l'archiduc Grand-Duc ou Ses héritiers.

Modena. Le Brisgau et l'Ortenau forment l'indemnité du cidevant Duc de Modène, pour les Modénois appartenances et dépendances; et ces deux pays seront possédés par ce Prince et Ses héritiers aux termes de l'article IV. du traité de Lunéville, qui doit à cet égard, sans aucune réstriction et limitation, s'entendre de l'Ortenau comme du Brisgau.

Errichtung irgend einiger Festungswerke von Seiten des Erzherzogs Großherzogs oder Seiner Erben statt.

Der Breisgau und die Ortenau werden die Entschädigung des vormaligen Herzogs von Modena für das Modenesische, dessen Zugehörden und Zuständigkeiten ausmachen. Dieser Fürst und Seine Erben werden beide Lande nach dem buchstäblichen Inhalte des 4. Artikels des Lüneviller Friedensschlußes besitzen, welcher in dieser Rücksicht ohne einigen Vorbehalt oder Einschränkung von der Ortenau, wie von dem Breisgau, zu verstehen ist.

§. II.

Bayern. A l'Electeur palatin de Bavière, pour le Palatinat du Rhin, les Duchés de Deux-Ponts, Simmern et Juliers, les principautés de Lautern et Veldenz, le marquisat de Bergopzoom, la seigneurie de Ravenstein et autres seigneuries situées dans la Belgique et en Alsace: l'évêché de Wurzbourg, sous les réserves ci-après, ceux de Bamberg, Freisingen, Augsbourg, et celui de Passau, sauf la part ci-dessus de l'archiduc Grand-Duc, avec la ville et les fauxbourgs, et leurs dépendances quelconques en-deçà de l'Inn et de l'Ilz, et de plus un rayon de cinq cents toises françoises à prendre de leur extrêmité; plus la prévôté de Kempten, les abbayes de Waldsassen, Eberach, Irsée, Wengen, Soeflingen, Elchingen, Ursberg, Roggenbourg, Wettenhausen, Ottobeuern, Kaisersheim et Saint Ulric; plus les droits, propriétés et revenus ecclésiastiques, dépendans des chapitres,

§. 2.

Dem Churfürsten von Pfalzbayern, für die Rheinpfalz, die Herzogthümer Zweibrücken, Simmern und Jüllich, die Fürstenthümer Lautern und Veldenz, das Marquisat Bergopzoom a), die Herrschaft Ravenstein und die übrigen in Belgien und Elsaß gelegenen Herrschaften: das Bisthum Würzburg unter den hernach vorkommenden Ausnahmen, die Bisthümer Bamberg, Freisingen, Augsburg und das von Passau, mit Vorbehalt dessen, was §. 1 dem Erzherzoge Großherzoge davon bestimmt ist, nebst der Stadt Passau, derselben Vorstädten und allen und jeden Zugehörden diesseits des Inn und der Ilz, und überdieß noch einen von ihren äußersten Enden an zu nehmenden Bezirk von 500 französischen Toisen im Durchschnitt; ferner die Probstei Kempten, die Abteien Waldsassen, Eberach, Irrsee, Wengen, Söflingen, Elchingen, Ursberg, Roggenburg, Wettenhausen, Ottobeurn, Kaisersheim und

a) Ueber die Abtretung des Marquisats von Bergopzoom findet sich im Regierungsblatt vom Jahre 1801. St. 21. S. 321. folgende Allerhöchste Entschließung vom 11. May 1801:

„Da Wir durch einen untern 24. Februar dieß Jahrs abgeschlossenen Vergleich Unser Mar-„quisat Bergenopzom, und die Herrschaft St. Michael Gestel an die batavische „Republik abgetreten haben; so ist für die Zukunft in Unserer Titulatur die Benennung eines „Marquis von Bergenopzom auszulassen, und werdet ihr euch von nun an hiernach zu achten „wissen.“

Der in dieser Allerhöchst. Entschließung angeführte Vergleich ist nicht im Druck erschienen.

abbayes et couvens, situés dans la ville et banlieue d'Augsbourg, à la réserve de tout ce qui est compris dans la-dite ville et sa banlieue; enfin les villes impériales ou villages de Rothenbourg, Weissenbourg, Windsheim, Schweinfurt, Gochsheim, Sennfeld, Kempten, Kaufbeuern, Memmingen, Dünkelsbühl, Nördlingen, Ulm, Bopfingen, Buchhorn, Wangen, Leutkirch et Ravensbourg, avec leurs territoires, y compris les freyen-Leute der Leutkircher Heide.

St. Ulrich; überdieß die geistlichen Rechte, eigenthümliche Besitzungen und Einkünfte, welche von den in der Stadt und Markung Augsburg gelegenen Capiteln, Abteien und Klöstern abhängen, jedoch mit Ausnahme alles dessen, was in besagter Stadt und derselben Markung selbst begriffen ist. Endlich die Reichsstädte und Reichsdörfer Rothenburg, Weissenburg, Windsheim, Schweinfurt, Gochsheim, Sennfeld, Kempten, Kaufbeurn, Memmingen, Dünkelsbühl, Nördlingen, Ulm, Bopfingen, Buchhorn, Wangen, Leutkirch und Ravensburg, nebst ihren Gebieten mit Einschlusse der freien Leute auf der Leutkircher Haide a).

Les fortifications de la ville de Passau ne pourront être augmentées, elles seront seulement entretenues, et il ne pourra être élevé aucun nouvel ouvrage de fortification dans les fauxbourgs. L'Electeur palatin de Bavière possédera en outre en toute propriété et supériorité les parties d'Aichstedt détachées du lot de l'archiduc Grand-Duc, aux conditions mentionnées. Il est réservé de pourvoir ultérieurement par une compensation territoriale à ce qui manque encore à l'Electeur palatin de Bavière pour l'évêché d'Aichstedt, qui lui avait été assigné antérieurement.

Es findet keine Vermehrung der Festungswerke der Stadt Passau statt, sie werden lediglich unterhalten und es wird kein neues Festungswerk in den Vorstädten angelegt werden. Der Churfürst von Pfalzbayern erhält überdieß in vollen eigenthümlichen und Landeshoheitsbesitz, nach den vorerwähnten Bedingnissen die von dem Antheile des Erzherzogs Großherzogs getrennten Theile von Eichstädt, wobei der fernere Bedacht auf einen Territorialersatz dessen, was dem Churfürsten von Pfalzbayern noch für das ihm vorhin angewiesene Bisthum Eichstädt abgeht, vorbehalten wird.

§. III.

Au Roi de Prusse, Electeur de Brandebourg, pour le Duché de Gueldres et la partie de celui de Clèves, située à la rive gauche du Rhin, la principauté de Moers, les enclaves de Sévenaer, Huissen et Mahbourg, et les péages du Rhin et de la Meuse: les évêchés de Hildesheim et de Paderborn, le territoire d'Erfurt avec Untergleichen, et tous les droits et propriétés mayençoises en Thuringe, l'Eichsfeld, et la partie mayençoise de Trefurt, plus les ab-

§. 3.

Dem Könige von Preußen, Churfürsten von Brandenburg, für das Herzogthum Geldern, und den auf dem linken Rheinufer gelegenen Theil des Herzogthums Cleve, für das Fürstenthum Mörs, die Bezirke von Sevenär, Huissen und Mahburg und für die Rhein- und Maaszölle: die Bisthümer Hildesheim und Paderborn; das Gebiet von Erfurt mit Untergleichen und alle mainzischen Rechte und Besitzungen in Thüringen, das Eichsfeld und der mainzische Antheil an Treffurt; ferner die Abteien Preußen.

a) Ueber die Besitzergreifung dieser sämmtlichen Gebietstheile vergleiche man die nachstehenden Paragraphen 15, 16, 17, 18, 19 und 20.

bayes de Herforden, Quedlinbourg, Elten, Essen, Werden et Kappenberg et les villes impériales de Muhlhausen, Nordhausen et Goslar, enfin la ville de Münster avec la partie de l'évêché de ce nom, située sur et à la droite d'une ligne, tirée sous Olphen, passant par Seperad, Kackesbeck, Heddingschel, Ghischink, Notteln, Hulschofen, Nannhold, Nienbourg, Uttenbrock, Grimmel, Schoenfeld et Greven, se prolongeant en suivant le cours de l'Ems jusqu'au confluent de l'Hoopsteraa dans le comté de Lingen.

Herforden, Quedlinburg, Elten, Essen, Werden und Kappenberg, und die Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Goslar, endlich die Stadt Münster, nebst dem Theile des Bisthums dieses Namens, welcher an und auf der rechten Seite einer Linie liegt, die unter Olphen über Seperad, Kackesbeck, Heddingschel, Ghisschink, Notteln, Hulschhofen, Nannhold, Nienburg, Uttenbrock, Grimmel, Schönfeld und Greven gezogen wird, und von da dem Laufe der Ems folgt bis auf den Zusammenfluß der Hoopsteraa in der Grafschaft Lingen.

Münster. Les restes de l'évêché de Münster sont partagés ainsi qu'il suit, savoir: au Duc d'Oldenbourg: les bailliages de Vechte et de Kloppenbourg.

Die Ueberreste des Bisthums Münster werden auf folgende Weise vertheilt, nämlich: dem Herzoge von Oldenburg: die Aemter Vechte und Kloppenburg.

Au Duc d'Aremberg: le bailliage de Meppen avec le Comté de Recklingshausen, pays de Cologne; au Duc de Croy: les restes du bailliage de Dulmen; au Duc de Looz et Corswaren: les restes des bailliages de Bevergern et de Woltbek.

Dem Herzoge von Aremberg: das Amt Meppen mit der Köllnischen Grafschaft Recklingshausen; dem Herzoge von Croy: die Reste des Amtes Dülmen; dem Herzoge von Looz und Corswaren: die Reste der Aemter Bevergern und Woltbeck.

Les chapitres, prébendes, archi-diaconales, abbayes et couvens, situés aux bailliages formant les restes ci-dessus mentionnés de l'évêché de Münster, y sont incorporés.

Die Capitel, Archidiakonal-Präbenden, Abteien und Klöster, so in den Aemtern gelegen sind, welche die obenbenannten Ueberreste des Bisthums Münster ausmachen, werden gedachten Aemtern einverleibt.

Aux Princes de Salm: les bailliages de Bocholt, et d'Ahaus, avec les chapitres, archi-diaconés, abbayes et couvens y situés, le tout dans la proportion de deux tiers pour Salm-Salm, et d'un tiers pour Kyrbourg, dont le départ sera fait très-incessamment par un réglement ultérieur.

Den Fürsten von Salm: die Aemter Bocholt und Ahaus, mit den darin liegenden Capiteln, Archidiakonaten, Abteien und Klöstern; alles im Verhältnisse von zwei Drittheilen für Salm-Salm und eines Drittheils für Kyrburg, dessen Abtheilung unverzüglich durch eine weitere Anordnung bestimmt werden wird.

Les restes du bailliage de Horstmar, avec les chapitres, archi-diaconés, abbayes et couvens qui s'y trouvent, passent inclusivement aux rhingraves, à la charge de remplir les engagemens contractés envers les Princes de Salm le 26. Octobre dernier.

Die Reste des Amtes Horstmar, mit Einschluß der darin befindlichen Capitel, Archidiaconate, Abteien und Klöster, fallen den Rheingrafen zu, unter der Bedingung, die gegen die Fürsten von Salm den 26. Oktober a. c. übernommenen Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Il résulte de la division faite de l'évêché de Münster, que l'ancienne constitution des états ne peut plus avoir lieu.

Aus der getroffenen Vertheilung von Münster folgt von selbst, daß die bisherige ständische Verfassung nicht mehr statt finden kann.

La maison de Salm-Reiferscheid-Bedbourg reçoit le bailliage mayençois de Krautheim, avec les droits de jurisdiction de l'abbaye de Schoenthal au-dit bailliage, et en outre une rente perpétuelle de trente deux mille florins sur Amorbach.

Le Prince de Salm-Reiferscheid, pour le Comté de Niedersalm: une rente perpétuelle de douze mille florins sur Schoenthal.

Le comte de Reiferscheid-Dyk pour les droits féodaux de son Comté: une rente perpétuelle de vingt huit mille florins sur les biens des chapitres de Francfort.

§. IV.

Au Roi d'Angleterre, Electeur de Brunswic-Lunebourg, pour ses prétentions au Comté de Sayn Altenkirchen, Hildesheim, Corvey et Hoechster, et Ses droits et propriétés dans les villes de Hambourg et de Bremen, et leurs territoires notamment dans le territoire de cette dernière, tel qu'il sera déterminé ci-après, comme aussi pour la cession du bailliage de Wildeshausen: lévêché d'Osnabrück.

Au Duc de Brunswic-Wolfenbuttel: les abbayes de Gandersheim et de Helmstaedt, à charge d'une rente perpétuelle de deux mille florins envers la fondation de la Princesse Amélie à Dessau.

§. V.

Au Margrave de Bade, pour Sa part au Comté de Sponheim et Ses terres et seigneuries dans le Luxembourg, l'Alsace etc: l'évêché de Constance, les restes des évêchés de Spire, Bâle et Strasbourg; les bailliages palatins de Ladenbourg, Bretten et Heidelberg, avec les villes d'Heidelberg et Manheim; plus la seigneurie de Lahr, aux conditions convenues entre ledit Margrave, le Prince de Nassau-Usingen et les autres intéressés; plus les bailliages hessois de Lichtenau et de Wildstaedt; plus les abbayes de Schwarzach, Frauenalb, Allerhei-

Das Haus Salm-Reiferscheid-Bedburg erhält das mainzische Amt Krautheim, mit den Gerichtsbarkeits-Rechten der Abtei Schönthal im besagten Amte und überdieß eine beständige auf Amorbach ruhende Rente von 32,000 Gulden.

Der Fürst von Salm-Reiferscheid für die Grafschaft Nieder-Salm eine immerwährende Rente von 12,000 Gulden auf Schönthal.

Der Graf von Reiferscheid-Dyk erhält für die Feudalrechte seiner Grafschaft: eine immerwährende Rente von 28,000 Gulden auf die Besitzungen der Frankfurter-Kapitel.

§. 4.

Dem Könige von England, Churfürsten von Braunschweig-Lüneburg, für seine Ansprüche auf die Grafschaft Sayn-Altenkirchen, Hildesheim, Korvei und Hörter, und für seine Rechte und Zuständigkeiten in den Städten Hamburg und Bremen, und in derselben Gebieten, namentlich dem Gebiete der letzteren, so wie dasselbe unten bestimmt werden wird, wie auch für die Abtretung des Amtes Wildeshausen: das Bisthum Osnabrück. Braunschweig.

Dem Herzoge von Braunschweig-Wolfenbüttel: die Abteien Gandersheim und Helmstädt, mit der Auflage einer immerwährenden Rente von zweitausend Gulden zu der Stiftung der Prinzessin Amalie zu Dessau.

§. 5.

Dem Markgrafen von Baaden, für seinen Theil an der Grafschaft Sponheim, und für seine Güter und Herrschaften im Luxemburgischen, Elsaß u. s. f.: das Bisthum Konstanz, die Reste der Bisthümer Speier, Basel und Straßburg, die pfälzischen Aemter Ladenburg, Bretten und Heidelberg mit den Städten Heidelberg und Mannheim; ferner die Herrschaft Lahr, unter den zwischen dem Markgrafen von Baaden, dem Fürsten von Nassau-Usingen und den übrigen Interessenten verabredeten Bedingungen; ferner die Hessischen Aemter Lichtenau und Wildstädt, dann die Abteien Schwarzach, Frauenalb, Al- Baaden.

ligen, Lichtenthal, Gengenbach, Ettenheim-Münster, Petershausen, Reichenau, Oehningen, la prévôté et le chapitre d'Odenheim et l'abbaye de Salmansweiler, à la réserve d'Ostrach et annexés ci-aprés, les villes Impériales d'Offenbourg, Zell am Hammersbach, Gengenbach, Ueberlingen, Biberach, Pfullendorf et Wimpfen, enfin les droits et possessions tant médiats qu'immédiats dépendans des établissemens publics et corporations de la rive gauche du Rhin au sud du Necker.

lerheiligen, Lichtenthal, Gengenbach, Ettenheim-Münster, Petershausen, Reichenau, Oehningen, die Probstei und das Stift Odenheim, und die Abtei Salmansweiler mit Ausnahme von Ostrach und den unten bemerkten Zugehörungen, die Reichsstädte Offenburg, Zell am Hammersbach, Gengenbach, Ueberlingen, Biberach, Pfullendorf und Wimpfen; endlich die mittelbaren sowohl, als unmittelbaren Besitzungen und Rechte auf der Südseite des Neckars, welche von den öffentlichen Stifftungen und Körperschaften des linken Rheinufers abhängen.

§. VI.

Würtemberg. Au Duc de Wirtemberg, pour la principauté de Montbeliard et dépendances; comme aussi pour Ses droits, possessions, charges et répétitions en Alsace et Franche-Comté: la prevôté d'Ellwangen, les chapitres, abbayes et couvens de Zwiefalten, Schoenthal, Combourg, avec supériorité territoriale, (sauf les droits des Princes séculiers et du Comté de Limbourg), Rothmünster, Heiligenkreuzthal, Obristenfeld, Margarethhausen et tous ceux situés dans Ses nouvelles possessions; plus le village de Durrenmetstetten, et les villes Impériales de Weil, Reutlingen, Eslingen, Rothweil, Giengen, Aalen, Hall, Gmündt et Heilbronn; le tout à charge de servir les rentes perpétuelles suivantes, savoir:

Aux Princes de Hohenlohe-Waldenbourg, pour leur part au péage de Boppard: six cents florins dont moitié à Bartenstein; moitié à Schillingsfürst;

Au Prince de Salm-Reiferscheid, pour son Comté de Niedersalm: douze mille florins.

Au comte de Limbourg-Styrum, pour la seigneurie d'Oberstein: douze mille deux cents florins;

Au comte de Schall, pour sa terre de Megen: douze mille florins;

A la comtesse de Hillesheim, pour sa part à la seigneurie de Reipoltskirchen: cinq mille quatre cents florins;

§. 6.

Dem Herzoge von Wirtemberg, für das Fürstenthum Mömpelgard nebst Zugehörden, wie auch für seine Rechte, Besitzungen, Ansprüche und Forderungen im Elsaß und in der franche-Comté: die Probstei Ellwangen, die Stifte, Abteien und Klöster Zwiefalten, Schönthal und Comburg mit Landeshoheit (jedoch unter Vorbehalt der Rechte der weltlichen Fürsten und der Grafschaft Limburg), ferner Rothenmünster, Heiligenkreuzthal, Oberstenfeld, Margrethenhausen, nebst allen denjenigen, so in seinen neuen Besitzungen gelegen sind, ferner das Dorf Durrenmettstetten, und die Reichsstädte Weil, Reutlingen, Eßlingen, Rothweil, Giengen, Aalen, Hall, Gemünd und Heilbronn; alles unter der Bedingung, folgende immerwährende Renten zu entrichten, nämlich:

Den Fürsten von Hohenlohe-Waldenburg für ihren Antheil am Bopparderzoll: 600 Gulden, halb an Bartenstein, halb an Schillingsfürst.

Dem Fürsten von Salm Reiferscheid für seine Grafschaft Nieder-Salm: 12000 Gulden.

Dem Grafen von Limburg-Styrum für die Herrschaft Oberstein: 12200 Gulden.

Dem Grafen von Schall für sein Gut Megen: 12000 Gulden.

Der Grafin Hillesheim, für ihren Antheil an der Herrschaft Reipoltskirchen: 5400 Gulden.

A la comtesse douairière de Loewenhaupt, pour les droits féodaux de sa part à la seigneurie d'Ober- et Niederbrunn: onze mille trois cents florins;

Aux héritiers du baron de Dietrich, pour item etc.: trente une mille deux cents florins;

Aux sieurs Seubert, pour les fiefs Benthal et Bretigny: trois mille trois cents florins.

Der verwittweten Gräfin von Löwenhaupt, für die Feudalrechte ihres Antheils an der Herrschaft Ober- und Niederbronn: 11300 Gulden.

Den Erben des Freiherrn von Dietrich, für gleiche Rechte: 31200 Gulden.

Den Herren Seubert, für die Lehen Benthal und Bretigny: 3300 Gulden.

§. VII.

Au Landgrave de Hesse-Cassel, pour Saint-Goar et Rheinfels, et Ses droits et prétentions sur Corvey: les bailliages mayançois de Fritzlar, Naumbourg, Neustadt et Amoenebourg; les chapitres de Frizlar et d'Amoenebourg, et les couvens auxdits bailliages; plus la ville de Gelnhausen, et le village d'Empire de Holzhausen; le tout à charge d'une rente perpétuelle de vingt deux mille cinq cents florins envers le Landgrave de Hesse-Rothenbourg, laquelle rente néanmoins sera transférée dans la suite sur l'excédent du produit de l'octroi de navigation mentionné au §. XXXIX., si après le paiement de rentes directement assignées sur ce produit dans le présent acte il se trouve un excédent suffisant.

Au Landgrave de Hesse-Darmstadt, pour le Comté de Lichtenberg, la suppression de ses droits de protection sur Wetzlar, et de haut conduit à Francfort, et la cession des bailliages hessois de Lichtenau et de Wildstaedt, de Kazenellenbogen, de Braubach, d'Embs, de Kleeberg, d'Epstein et du village de Weiperfelden: le Duché de Westphalie, avec dépendances, et notamment Volkmarsen, avec les chapitres, abbayes et couvens, qui se trouvent dans ledit Duché, à charge d'une rente perpétuelle de quinze mille florins envers le Prince de Wittgenstein-Berlebourg, laquelle rente néanmoins sera transférée dans la suite sur l'excédent du produit de l'octroi de navigation mentionné au §. XXXIX., si, après le paiement des rentes directement

§. 7.

Hessen-Cassel.

Dem Landgrafen von Hessen-Cassel, für St. Goar und Rheinfels, und für seine Rechte und Ansprüche auf Corvey, die mainzischen Aemter Fritzlar, Naumburg, Neustadt und Amöneburg; die Capitel Fritzlar und Amöneburg und die Klöster in besagten Aemtern; ferner die Stadt Gelnhausen und das Reichsdorf Holzhausen; alles unter Bedingung einer immerwährenden Rente von 22500 Gulden für den Landgrafen von Hessen-Rothenburg, welche Rente jedoch in der Folge auf den Ueberschuß des Ertrags von dem §. 39 erwähnten Schifffahrts-Octroi übertragen wird, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuß ergiebt.

Hessen-Darmstadt.

Dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt, für die Grafschaft Lichtenberg, die Aufhebung seines Schutzrechts über Wetzlar, und des hohen Geleits in Beziehung auf Frankfurt; für die Abtretung der Hessischen Aemter Lichtenau und Wildstädt, Katzenellenbogen, Braubach, Embs, Kleeberg, Epstein und des Dorfs Weiperfelden: das Herzogthum Westphalen mit Zugehörden, und namentlich Volkmarsen, samt den im genannten Herzogthume befindlichen Capiteln, Abteien und Klöstern, jedoch mit einer immerwährenden dem Fürsten von Wittgenstein-Berleburg zu zahlenden Rente von 15000 Gulden; welche Rente jedoch in der Folge auf den Ueberschuß des Ertrags von dem §. 39 erwähnten Schifffahrtsoctroi übertragen wird, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in ge-

assignées sur ce produit dans le présent acte, il se trouve un excédent suffisant; plus les bailliages mayençois de Gernsheim, Bensheim, Heppenheim, Lorsch, Fürth, Steinheim, Alzenau, Vilbel, Rockenbourg, Hassloch, Astheim, Hirschhorn, les possessions et revenus dépendans de Mayence au sud du Main situés au pays de Darmstadt notamment les cens de Mönchhof, Gundhof et Clarenberg, comme aussi ceux dépendans des chapitres, abbayes et couvens assignés ci-aprés au Prince de Nassau-Usingen, á la réserve des villages de Bürgel et de Schwanheim; plus les bailliages palatins de Lindenfels, Umstadt et Otzberg, et les restes de ceux d'Alzey et d'Oppenheim; plus les restes de l'évêché de Worms, les abbayes de Seligenstadt et de Marienschloss prés Rockenbourg, et la prévôté de Wimpfen, et la ville Impériale de Friedberg, le tout á charge d'augmenter d'un quart au moins la rente appanagère du Landgrave de Hesse-Hombourg.

gemwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuß ergiebt. Ferner die mainzerischen Aemter Gernsheim, Bensheim, Heppenheim, Lorsch, Fürth, Steinheim, Alzenau, Vilbel, Rockenburg, Haßloch, Astheim, Hirschhorn; die mainzischen auf der Südseite des Mains im Darmstädtischen gelegenen Besitzungen und Einkünfte, namentlich die Höfe Mönchhof, Gundhof und Klarenberg, wie auch diejenigen, so von den dem Fürsten Nassau-Usingen weiter unten zugewiesenen Capiteln, Abteien und Klöster abhängen, mit Ausnahme der Dörfer Bürgel und Schwanheim; ferner die pfälzischen Aemter Lindenfels, Umstadt und Otzberg, und die Reste der Aemter Alzey und Oppenheim; dann den Rest des Bisthums Worms, die Abteien Seligenstadt und Marienschloß bei Rockenburg, die Probstei Wimpfen und die Reichsstadt Friedberg, alles unter der Bedingung, die Deputat-Gelder des Landgrafen von Hessen-Homburg wenigstens um den vierten Theil zu vermehren.

§. VIII.

Oldenburg. Au Duc de Holstein-Oldenbourg, pour la suppression du péage d'Elsfleth, la cession des villages au territoire de Lubeck déterminés ci-aprés, et pour Ses droits et propriétés et ceux du chapitre dans la ville de ce nom: l'évêché et grand-chapitre de Lübeck, le bailliage hanovrien de Wildeshausen, et les bailliages déjà mentionnés de Vechte et de Kloppenbourg au pays de Münster.

§. 8.

Dem Herzoge von Holstein-Oldenburg für die Aufhebung des Elsflether Zolls, die Abtretung der Dörfer in dem weiter unten bezeichneten Landesstriche von Lübeck und für die ihm und dem Domcapitel zuständigen Rechte und Besitzungen in der Stadt dieses Namens: das Bisthum und Domcapitel Lübeck, das Hannöverische Amt Wildeshausen und die schon erwähnten Aemter Vechte und Kloppenburg im Münsterschen.

§. IX.

Mecklenburg. Au Duc de Mecklenbourg-Schwerin, pour Ses droits et répétitions sur deux canonicats héréditaires de l'église de Strasbourg, qui lui avoient été donnés en remplacement du port de Wismar, ainsi que pour Ses prétentions sur la presqu'île de Priwal dans la Trave, dont la propriété reste exclusivement á la ville de Lubeck: les droits et propriétés de l'hôpital de Lubeck

§. 9.

Dem Herzoge von Mecklenburg-Schwerin für seine Rechte und Ansprüche auf zwei erbliche Canonicate der Kirche zu Straßburg, die ihm als Ersatz für den Hafen von Wismar gegeben waren, so wie für seine Ansprüche auf die Halbinsel Priwal in der Trave, deren ausschließliches Eigenthum der Stadt Lübeck bleibt: die Rechte und das Eigenthum des Lübecker Hospitals in den Dörfern Warnekenhagen,

dans les villages de Warnekenhagen, Altenbuchow et Crumbroock, et dans ceux de l'île de Poel; plus, une rente perpétuelle de dix mille florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. XXXIX.

Altenbuchow und Crumbroock und in der Insel Poel; ferner eine immerwährende Rente von 10000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrtsoktroi.

§. X.

Au Prince de Hohenzollern-Hechingen, pour Ses droits féodaux dans le Comté de Geulle et les seigneuries de Mouffrin et de Baillonville, au pays de Liége: la seigneurie de Hirschlatt et le couvent de Stetten.

Au Prince de Hohenzollern-Sigmaringen, pour Ses droits féodaux dans les seigneuries de Boxmer, Dixmude, Berg, Gendringen, Etten, Visch, Pannerden et Myhlingen, et pour ses domaines dans la Belgique: la seigneurie de Glatt et les couvens d'Inzikhoffen, de Klosterbeuern et de Holzheim au pays d'Augsbourg.

§. 10.

Dem Fürsten von Hohenzollern-Hechingen für seine Feudalrechte in der Grafschaft Geulle und den Herrschaften Mouffrin und Baillonville im Lüttticher Lande: die Herrschaft Hirschlatt und das Kloster Stetten. Hohenzollern.

Dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen für seine Feudalrechte in den Herrschaften Boxmer, Dixmude, Berg, Gendringen, Etten, Fisch, Pannerden und Mühlingen, und für seine Domainen in Belgien: die Herrschaft Glatt, die Klöster Inzikhofen, Klosterbeuern und Holzheim, letzteres im Augsburgischen.

§. XI.

Au Prince de Dietrichstein, pour la seigneurie de Trasp au pays des Grisons: la seigneurie de Neu-Ravensbourg.

Au Prince de Ligne pour Fagnolles: l'abbaye d'Edelstetten à titre de Comté.

§. 11.

Dem Fürsten von Dietrichstein für die Herrschaft Trasp in Graubündten: die Herrschaft Neu-Ravensburg. Dietrichstein.

Dem Fürsten von Ligne für Fagnolles: die Abtei Edelstetten unter dem Namen einer Grafschaft.

§. XII.

Au Prince de Nassau-Usingen, pour la principauté de Saarbruck, les deux tiers du Comté de Saarwerden, la seigneurie d'Ottweiler et celle de Lahr dans l'Ortenau: les bailliages mayençois de Koenigstein, Hoechst, Cronenbourg, Rudesheim, Oberlahnstein, Eltwiel, Kassel avec les possessions du grand chapitre à la droite du Main, sous Frankfort; plus, le bailliage palatin de Caub avec dépendances, les restes de l'Electorat de Cologne proprement dit (à l'exception des bailliages d'Altwied et de Nurbourg); les bailliages hessois de Kazenellenbogen, Braubach, Embs, Epstein et Kleeberg dégagé des prétentions de Solms; les villages de

§. 12.

Dem Fürsten von Nassau-Usingen für das Fürstenthum Saarbruck, zwei Drittheile der Grafschaft Saarwerden, die Herrschaft Ottweiler und die von Lahr in der Ortenau: die Mainzischen Aemter Königstein, Höchst, Kronenberg, Rüdesheim, Oberlahnstein, Eltwill, Kassel mit den Besitzungen des Domkapitels auf der rechten Mainseite unterhalb Frankfurt; ferner das Pfälzische Amt Kaub, nebst Zugehörden, den Rest des eigentlichen Churfürstenthums Cölln (mit Ausnahme der Aemter Altwied und Nurburg); die Hessischen Aemter Katzenellenbogen, Braubach, Embs, Epstein und Kleeberg, frei von den Solmsischen Ansprüchen; die Dörfer Weiperfelden, Soden, Sulzbach, Nassau.

Weiperfelden, Soden, Sulzbach, Schwanheim et Okriftel; les chapitres et abbayes de Limbourg, Rumerdorff, Bleidenstadt, Sayn, et tous les chapitres, abbayes et couvens situés dans les terres qu'il reçoit en indemnité; enfin le Comté de Sayn-Altenkirchen à charge de se conformer à la convention arretée pour le dédommagement de la maison de Sayn-Wittgenstein, dont les prétentions sur le Comté de Sayn et dépendances demeurent éteintes.

Au Prince de Nassau-Weilbourg, pour le tiers de Saarwerden et la seigneurie de Kirchheim-Polanden: les restes de l'Electorat de Trêves avec les abbayes d'Arnstein, de Schoenau et de Marienstadt.

Au Prince de Nassau-Dillenbourg, pour indemnité du stadhoudérat et de Ses domaines en Hollande et dans la Belgique: les évêchés de Fulda et Corvey, la ville Impériale de Dortmund, l'abbaye de Weingarten, les abbayes et prévôtés de Hofen, St. Gerold au pays de Weingarten, Bandern au territoire de Lichtenstein, Dietkirchen au pays de Nassau, ainsi que tous les chapitres, abbayes, prévôtés et couvens situés dans les pays assignés, à charge par lui, de satisfaire aux prétentions subsistantes, et précédemment reconnues par la France, sur quelques successions réunies au majorat de Nassau-Dillenbourg, pendant le cours du siècle dernier.

Schwanheim und Okriftel; die Capitel und Abteien Limburg, Rumerdorf, Bleidenstadt, Sayn und alle Capitel, Abteien und Klöster in den ihm zur Entschädigung zugefallenen Landen; endlich die Grafschaft Sayn-Altenkirchen, mit dem Beding, sich in Ansehung der Schadloshaltung des Hauses Sayn-Wittgenstein, dessen Ansprüche auf die Grafschaft Sayn und Zugehörden erloschen bleiben, nach der darüber getroffenen Uebereinkunft zu benehmen.

Dem Fürsten von Nassau-Weilburg für den dritten Theil an Saarwerden und die Herrschaft Kirchheim Polanden: der Rest des Churfürstenthums Trier mit den Abteien Arnstein, Schönau und Marienstadt.

Dem Fürsten von Nassau-Dillenburg zur Entschädigung für die Statthalterschaft und seine Domänen in Holland und Belgien: die Bisthümer Fulda und Corvey, die Reichsstadt Dortmund, die Abtey Weingarten, die Abteien und Probsteien Hofen, St. Gerold im Weingartischen, Bandern im Lichtensteinischen Gebiete, Dietkirchen im Nassauischen, so wie alle Capitel, Abteien, Probsteien und Klöster in den zugetheilten Landen, unter der Bedingung, den bestehenden und schon früher von Frankreich anerkannten Ansprüchen auf einige Erbschaften, welche im Laufe des letzten Jahrhunderts mit dem Nassau-Dillenburgischen Majorate vereinigt worden sind, Genüge zu thun.

§. XIII.

Thurn und Taxis.

Au Prince de la Tour et Taxis, pour indemnité des revenus des postes de l'Empire dans les provinces cédées à la France: l'abbaye de Buchau avec la ville, celles de Marchthal et de Neresheim, et le bailliage d'Ostrach dépendant de Salmansweiler, dans toute l'étendue de son administration actuelle, avec la seigneurie de Schemmelberg, et les hameaux de Tiefenthal, Frankenhofen et Stetten. La conservation des postes du Prince de la Tour et Taxis, telles qu'elles sont consti-

§. 13.

Dem Fürsten von Thurn und Taxis zur Schadloshaltung für die Einkünfte der Reichsposten in den an Frankreich abgetretenen Provinzen: das gefürstete Damenstift Buchau nebst der Stadt, die Abteien Marchthal und Neresheim, das zu Salmannsweiler gehörige Amt Ostrach im ganzen Umfange seiner gegenwärtigen Verwaltung mit der Herrschaft Schemmelberg und den Weilern Tiefenthal, Frankenhofen und Stetten. Uebrigens wird die Erhaltung der Posten des Fürsten von Thurn und

tuées, lui est d'ailleurs garantie. En conséquence lesdites postes sont maintenues in statu quo, pour l'étendue et l'exercice, qu'elles conservaient lors du traité de Lunéville; et pour en assurer d'autant plus l'établissement dans toute son intégrité, tel qu'il se trouvait à ladite époque, elles sont mises sous la protection spéciale de l'Empereur et du collège Electoral.

Taris, so wie sie constituirt sind, garantirt. Dem zufolge sollen die gedachten Posten in dem Zustande erhalten werden, in welchem sie sich ihrer Ausdehnung und Ausübung nach, zur Zeit des Lüneviller Friedens befanden. Um diese Anstalt in ihrer ganzen Vollständigkeit, so wie sie sich in besagten Zeitpunkte befand, desto mehr zu sichern, wird sie dem besondern Schutze des Kaisers, und des churfürstlichen Collegiums übergeben.

§. XIV.

Au Prince de Loewenstein-Wertheim, pour le Comté de Putlange, les seigneuries de Scharfeneck, de Cugnon et autres: les deux villages mayençois de Wurth et de Trennfurth, les bailliages de Rothenfels et de Hombourg au pays de Wurtzbourg; les abbayes de Brombach, Neustadt et Holzkirchen, les régies wurtzbourgeoises de Widdern et Thalheim, une rente perpetuelle de douze mille florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. XXXIX. et les droits et revenus de Wurtzbourg dans le Comté de Wertheim; sous la clause néanmoins de rétrocéder le susdit bailliage de Hombourg et l'abbaye de Holzkirchen à l'Electeur palatin de Bavière contre une rente perpétuelle de vingt-huit mille florins, ou tout autre équivalent, dont ils pourront convenir.

Aux Comtes de Loewenstein-Wertheim pour le Comté de Virnebourg: le bailliage de Freudenberg, la chartreuse de Grunau, le couvent de Triefenstein et les villages de Montfeld, Rauenberg, Wessenthal et Trennfeld.

§. 14.

Dem Fürsten von Löwenstein-Werthheim für die Grafschaft Pütlingen die Herrschaften Scharfeneck, Cugnon und andere: die zwei Mainzer Dörfer Würth und Trennfurt, die Würzburgischen Aemter Rothenfels und Homburg, die Abteien Brombach, Neustadt und Holzkirchen, die Würzburgischen Verwaltungen Widdern und Thalheim, eine immerwährende Rente von 12000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrtsoktroi und die Würzburgischen Rechte und Einkünfte in der Grafschaft Werthheim; jedoch unter der Klausel, gedachtes Amt Homburg und die Abtei Holzkirchen dem Churfürsten von Pfalzbayern gegen eine immerwährende Rente von 28000 Gulden oder gegen jedes andere Aequivalent, dessen sie übereinkommen mögen, wieder abzutreten. Löwenstein.

Den Grafen von Löwenstein-Werthheim für die Grafschaft Virneburg: das Amt Freudenberg, die Karthause Grunau, das Kloster Triefenstein und die Dörfer Montfeld, Rauenberg, Wessenthal und Trennfeld.

§. XV.

Au Prince d'Oettingen-Wallerstein, pour la seigneurie de Dachstuhl: l'abbaye de Sainte-Croix de Donauwerth, le chapitre de Saint-Magnus à Fuessen et les couvens de Kirchheim, Deggingen et Maihingen au pays de Wallerstein.

§. 15.

Dem Fürsten von Oettingen-Wallerstein für die Herrschaft Dachstuhl: die Abtei Heiligenkreuz zu Donauwörth, das Capitel St. Magnus zu Füssen und die Klöster Kirchheim, Deggingen und Maihingen im Wallersteinischen. Oettingen W.

§. XVI.

Solms. Aux Princes et Comtes de Solms, pour la seigneurie de Rohrbach, celle de Kratz-Scharfenstein, Hirschfeld et pour leurs droits et prétentions sur l'abbaye d'Arnsbourg et sur le bailliage de Kleberg: l'abbaye d'Arnsbourg et celle d'Altenbourg au pays de Solms.

§. 16.

Den Fürsten und Grafen zu Solms für die Herrschaften Rohrbach, Kratz-Scharfenstein und Hirschfeld und für ihre Rechte und Ansprüche auf die Abtei Arensburg und das Amt Kleeberg: die Abteien Arensburg und Altenburg im Solmsischen.

§. XVII.

Stollberg. Aux Princes et Comtes de Stollberg, pour le Comté de Rochefort et leurs prétentions sur Koenigstein: une rente perpétuelle de trente mille florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. XXXIX.

§. 17.

Den Fürsten und den Grafen von Stollberg für die Grafschaft Rochefort und ihre Ansprüche auf Königstein: eine immerwährende Rente von 30000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schiffahrts-Oktroi.

§. XVIII.

Hohenlohe. Au Prince Charles de Hohenlohe-Bartenstein, pour la seigneurie d'Oberbronn, les bailliages de Faltenberg-Stetten, Lautenbach, Yagstberg et Braunsbach: les péages de Wurtsbourg au pays de Hohenlohe, sa part au village de Neuenkirchen, le village de Munster et la partie orientale du territoire de Carlsberg; le tout sous la clause de retrocéder contre un juste équivalent à l'Electeur palatin le territoire nécessaire, pour établir une route militaire et de communication directe et non interrompue de Wurtzbourg à Rothenbourg.

Au Prince de Hohenlohe-Neuenstein, pour la cession du village de Munster et de la partie orientale du territoire de Carlsberg, savoir: un rayon de cinq cents toises françoises, à prendre de l'extrême frontière: les villages d'Amrichshausen et les parts de Mayence, Wurtzbourg et Combourg au bourg de Kunzelsau.

Au Prince de Hohenlohe-Ingelfingen, pour ses droits et prétentions sur les sept villages de Koenigshofen, Rottersheim, Rinderfeld, Wermuthhausen, Neubronn, Streichenthal et Oberdorf: le village de Nagelsberg.

§. 18.

Dem Fürsten Karl von Hohenlohe-Bartenstein für die Herrschaft Oberbrunn, die Aemter Faltenbergstetten, Lautenbach, Jaxtberg und Braunsbach: der Würzburger-Zoll im Hohenloischen und Antheil am Dorfe Neuenkirchen, das Dorf Münster und der östliche Theil des Gebiets von Karlsberg alles unter der Klausel, das nöthige Gebiet zu einer militärischen Strasse und directen ununterbrochenen Communication von Würzburg nach Rothenburg gegen ein billiges Aequivalent an den Churfürsten von der Pfalz wieder abzutreten.

Dem Fürsten von Hohenlohe-Neuenstein für die Abtretung des Dorfes Münster und des östlichen Theils vom Karlsberger Gebiete, nämlich ein Bezirk von 500 französischen Toisen im Durchschnitte, von der äußersten Grenze an gerechnet: das Dorf Amrichshausen und die Mainzer, Würzburger und Comburger Antheile an dem Marktflecken Künzelsau.

Dem Fürsten von Hohenlohe-Ingelfingen für seine Rechte und Ansprüche auf die sieben Dörfer Königshofen, Rottersheim, Rinderfeld, Wermuthhausen, Neubronn, Streichenthal und Oberndorf: das Dorf Nagelsberg.

Aux chefs des deux branches de Hohenlohe-Waldenbourg, pour leur part au péage de Boppard: la rente perpétuelle déjà mentionée de six cents florins sur Combourg.

Den Häuptern der beiden Linien von Hohenlohe-Waldenburg für ihren Antheil am Bopparder-Zoll: die schon erwähnten beständigen Renten von 600 Gulden auf Comburg.

§. XIX.

Au Prince d'Isenbourg, pour la cession du village d'Okriftel: le village de Gainsheim, près du Rhin, avec les restes du chapitre de Iacobsberg, à la droite du Rhin, à la réserve des enclaves au territoire du Landgrave de Hesse-Cassel, et le village de Burgel, près d'Offenbach.

A la Princesse d'Isenbourg, Comtesse de Parkstein, pour sa part à la seigneurie de Reipoltskirchen et autres seigneuries à la rive gauche du Rhin: une rente perpétuelle de vingt-trois mille florins sur l'octroi de navigation, mentionné au §. XXXIX.

§. 19.

Dem Fürsten von Isenburg für die Abtretung des Dorfes Okriftel: das Dorf Gainsheim nah am Rhein mit den Resten der Abtei von Jakobsberg auf der rechten Rheinseite, jedoch mit Ausschluß derjenigen, welche im Gebiete des Landgrafen von Hessen-Kassel eingeschlossen sind, sodann das Dorf Bürgel bei Offenbach. Isenburg.

Der Fürstinn von Isenburg, Gräfin von Parkstein für ihren Antheil an der Herrschaft Reipoltskirchen und anderer Herrschaften am linken Rheinufer: eine immerwährende Rente von 23000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrts-Oktroi.

§. XX.

A la maison de Linange, pour la principauté de ce nom, le Comté de Dabo et la seigneurie de Weihersheim, ainsi que pour ses droits et prétentions sur Saarwerden, Lahr et Malberg, savoir: au Prince de Linange: les bailliages mayençois de Miltenberg, Buchen, Seligenthal, Amorbach et Bischofsheim; les bailliages de Grunsfeld, Lauda, Hartheim et Buckberg, détachés de Wurtzbourg; les bailliages palatins de Boxberg et Mosbach, et les abbayes de Gerlachsheim et d'Amorbach.

Au Comte de Linange-Guntersblum, pour ses pertes et sa part auxdites prétentions: la Kellerey mayençoise de Billigheim, et une rente perpétuelle de trois mille florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. XXXIX.

Au Comte de Linange-Heidesheim, pour ses pertes et sa part aux dites prétentions: la Kellerey mayençoise de Neidenau, et une

§. 20.

Dem Hause Leiningen für das Fürstenthum dieses Namens, die Grafschaft Darburg und die Herrschaft Weihersheim, so wie für seine Rechte und Ansprüche auf Saarwerden, Lahr und Mahlberg nämlich: Leiningen.

Dem Fürsten von Leiningen: die Mainzischen Aemter Miltenberg, Buchen, Seeligenthal, Amorbach und Bischofsheim; die von Würzburg getrennten Aemter Grünsfeld, Lauda, Hartheim und Buckberg; die Pfälzischen Aemter Borberg und Mosbach und die Abteien Gerlachsheim und Amorbach.

Dem Grafen von Leiningen-Guntersblum für seinen Verlust und seinen Antheil an vorerwähnten Ansprüchen: die Mainzische Kellerei Billigheim und eine immerwährende Rente von 3000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrts-Oktroi.

Dem Grafen von Leiningen-Heidesheim für seinen Verlust und seinen Antheil an vorerwähnten Ansprüchen: die Mainzische Kellerei

rente perpétuelle de trois mille florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. XXXIX.

Au Comte de Linange-Westerbourg, branche ainée: l'abbaye et le couvent d'Ilbenstadt en Vétéravie, avec supériorité territoriale dans son enclos, et une rente perpétuelle de trois mille florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. XXXIX.

Au Comte de Linange, branche cadette: l'abbaye d'Engeldahl en Vétéravie et une rente perpétuelle de six mille florins sur l'octroi de navigation mentionné au §. XXXIX.

Neidenau und eine immerwährende Rente von 3000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrts Oktroi.

Dem Grafen von Leiningen-Westerburg älterer Linie; die Abtei und das Kloster Ilbenstadt in der Wetterau, mit der Landeshoheit in ihrem geschlossenen Umfange und eine immerwährende Rente von 3000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrts-Oktroi.

Dem Grafen von Leiningen jüngerer Linie: die Abtei Engelthal in der Wetterau und eine immerwährende Rente von 6000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrts-Oktroi.

§. XXI.

Wied-Runkel. Au Prince de Wied-Runkel, pour le Comté de Créange: les bailliages de Nurbourg et d'Alt-Wied, au pays de Cologne, et la Kellerey de Villmar.

§. 21.

Dem Fürsten von Wied-Runkel für die Grafschaft Kriechingen: die Cöllnischen Aemter Nürburg und Altwied, und die Kellerei Wilmar.

§. XXII.

Bretzenheim. Au Prince de Brezenheim, pour Brezenheim et Winzenheim: la ville et l'abbaye de Lindau au lac de Constance.

§. 22.

Dem Fürsten von Bretzenheim für Bretzenheim und Winzenheim: die Stadt und das gefürstete Damenstift Lindau am Bodensee.

§. XXIII.

Wittgenstein. Au Prince de Wittgenstein-Berlebourg, pour les seigneuries de Neumagen et de Hemsbach: la rente perpétuelle déjà mentionée, de quinze mille florins sur le Duché de Westphalie. Il est pourvu à la satisfaction de la maison de Sayn-Wittgenstein pour ses prétentions reconnues légitimes sur les Comtés de Sayn-Alten-Kirchen et de Hachenbourg, au moyen de l'arrangement concerté entre le Margrave de Bade, les Princes de Nassau et lesdits Comtes de Wittgenstein.

§. 23.

Dem Fürsten von Wittgenstein-Berleburg für die Herrschaften Neumagen und Hemsbach: die schon erwähnte immerwährende Rente von 15000 Gulden auf das Herzogthum Westphalen. Die als rechtmäßig anerkannten Ansprüche des Hauses Sayn-Wittgenstein auf die Grafschaften Sayn-Altkirchen und Hachenburg werden durch die zwischen dem Markgrafen von Baden, dem Fürsten von Nassau und den gedachten Grafen von Wittgenstein getroffene Uebereinkunft befriediget.

§. XXIV.

Reichsgrafen. A l'égard des Comtes d'Empire, comme les parties de territoiro immédiat qui restent disponibles, sont insuffisantes pour leur indémnisation, et qu'il convient néanmoins de leur faire à chacun un établissement pro-

§. 24.

Nachdem in Erwägung der Unzulänglichkeit der noch disponibel bleibenden Theile von unmittelbarem Gebiete, und den gleichwohl bestehenden Erfordernissen eines verhältnißmäßigen Etablissements zur Uebertragung des Stimm-

portionnel, auquel leur droit de vote puisse être transféré, les abbayes et couvens immédiats suivans avec leurs dépendances demeurent réservés à cette fin, savoir: d'Ochsenhausen, Munchroth, Schussenried, Guttenzell, Hegbach, Baindt, Buxheim, Weissenau et Isny avec leurs dépendances, ainsi que la ville d'Isny, ayant été réservés à cette fin; cette masse d'indémnité est répartie de la manière suivante:

Au Comte d'Aspremont-Lynden, pour Reckheim: l'abbaye de Baindt, plus une rente annuelle de 850 florins sur Ochsenhausen.

Au Comte de Bassenheim, pour Pyrmont et Ollbruck: l'abbaye de Hegbach (à la reserve de Mietingen et Sullmingen de la dime de Baltringen, et des cinq cents arpens de bois, qui sont affectés à cette part détachée, plus une rente de treize cents florins sur Buxheim.

Au Comte de Metternich, pour Winnebourg et Beilstein: l'abbaye d'Ochsenhausen (à la réserve du bailliage de Tannheim) à charge d'acquitter une rente annuelle de vingt mille florins, dont huit cent cinquante au Comte d'Aspremont, onze mille au Comte de Quadt, et huit mille cent cinquante au Comte de Wartemberg.

Au Comte d'Ostein, pour Millendonk: l'abbaye de Buxheim (à la réserve du village de Pless) à charge d'acquitter une rente annuelle de neuf mille florins, dont treize cents au Comte de Bassenheim, six mille au Comte de Plettenberg, et mille sept cents au Comte de Goltstein.

Au Comte de Plettenberg, pour Wittem et Eys: les endroits de Mietingen et Sullmingen, détachés de Hegbach, avec la dime de Baldringen et cinq cents arpens de bois, pris sur les parties de forêts les plus voisines de Mietingen, savoir: celles de Wolfloch, Laitbuhl et Schneckenkau; plus une

rechts die unmittelbaren Abteien und Klöster Ochsenhausen, Münchroth, Schussenried, Guttenzell, Hegbach, Baindt, Buxheim, Weisenau und Isny mit ihren Zugehörden, dann die Stadt Isny für die Entschädigung der Reichsgrafen bestimmt sind, so wird diese Entschädigungsmasse folgender Gestalt vertheilt:

Dem Grafen von Aspremont-Lynden wegen Reckheim: die Abtei Baindt und eine jährliche Rente mit 850 Gulden von Ochsenhausen.

Dem Grafen von Bassenheim wegen Pyrmont und Ollbrücken: die Abtei Hegbach (mit Ausschluß der Orte Mietingen und Sullmingen, des Zehnden zu Baltringen und der zu diesem letzten Antheile bestimmten 500 Jauchert Wald), ferner eine jährliche Rente von 1300 Gulden von Buxheim.

Dem Grafen von Metternich wegen Winneburg und Beilstein: die Abtei Ochsenhausen (mit Ausschluß des Amtes Tannheim) unter der Verbindlichkeit jedoch, eine jährliche Rente von 20000 Gulden, nämlich an den Grafen von Aspermont 850 Gulden, an den Grafen von Quadt 11000 Gulden, an den Grafen von Wartemberg 8150 Gulden hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von Ostein wegen Mylendonk: die Abtey Buxheim (mit Ausschluß des Dorfes Pleß) unter der Verbindlichkeit eine jährliche Rente von 9000 Gulden, nämlich an den Grafen von Bassenheim 1300 Gulden, an den Grafen von Plettenberg 6000 Gulden, an den Grafen von Goltstein 1700 Gulden hinaus zu bezahlen.

Dem Grafen von Plettenberg wegen Wittem und Eyß: die Hegbachischen Orte Mietingen und Sullmingen sammt dem Zehnden in Baldringen und 500 Jauchert Wald, welche demselben in den an Mietingen zunächst angränzenden Walddistrikten Wolfloch, Laitbühl und Schneckenkau zuzumessen sind, nebst dem

rente annuelle de six mille florins sur Buxheim.

Au Comte de Quadt, pour Wickerad et Schwanenberg: l'abbaye et la ville d'Isny, plus une rente annuelle de onze mille florins sur Ochsenhausen.

Au Comte de Schaesberg, pour Kerpen et Lommersum: le bailliage de Tannheim, détaché d'Ochsenhausen, (à la réserve du village de Winterrieden), à charge d'acquitter une rente annuelle de deux mille florins, dont quinze cents au Comte de Sinzendorff, et cinq cents au Comte de Hallberg.

Au Comte de Sinzendorff, pour le bourgraviat de Reineck: le village sus-mentionné Winterrieden, avec titre de bourgraviat; plus une rente annuelle de quinze cents florins sur Tannheim.

Au Comte de Sternberg, pour Blankenheim, Iunkrath, Geroldstein et Dollendorf: les abbayes de Schussenried et de Weissenau, à charge d'acquitter une rente annuelle de treize mille neuf cents florins, dont cinq mille cinq cents au Comte de Wartemberg pour Sickingen, onze cent dix au Comte de Sikingen-Sikingen, six mille huit cent quatre vingts au Comte de Hallberg, deux cent soixante florins au Comte de Nesselrode-Reichenstein; et cent cinquante au Comte de Goltstein.

Au Comte de Toerring, pour Gronsfeld: l'abbaye de Guttenzell.

Au Comte de Wartemberg, pour Wartemberg: l'abbaye de Roth, et une rente annuelle de huit mille cent cinquante florins sur Ochsenhausen.

Au Comte de Wartemberg, pour Sickingen, en remplacement d'Ellerstadt, Aspach et Oranienhof: le village de Pless, détaché de Buxheim; plus une rente annuelle de cinq mille cinq cents florins sur Schussenried.

Au Comte de Goltstein, pour Schlenaken: une rente annuelle de mille huit cent cinquante flor., dont mille sept cents sur Buxheim, et cent cinquante sur Schussenried.

eine jährliche Rente mit 6000 Gulden von Burheim.

Dem Grafen von Quadt wegen Wickerath und Schwanenberg: die Abtey und Stadt Jsny und eine jährliche Rente mit 11000 Gulden von Ochsenhausen.

Dem Grafen von Schäsberg wegen Kerpen und Lommersum: das Ochsenhausische Amt Tannheim (mit Ausschluß des Dorfs Winterrieden), unter der Verbindlichkeit einer jährlichen Rente von 2000 Gulden, nämlich an den Grafen von Sinzendorf 1500 Gulden, an den Grafen von Hallberg 500 Gulden, hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von Sinzendorf wegen der Burggrafschaft Rheineck: das vorerwähnte Dorf Winterrieden unter der Benennung einer Burggrafschaft und eine jährliche Rente mit 1500 Gulden von Tannheim.

Dem Grafen von Sternberg wegen Blankenheim, Junkrath, Geroldstein und Dollendorf: die Abteien Schussenried und Weissenau, unter der Verbindlichkeit einer jährlichen Rente von 13900 Gulden, nämlich an den Grafen von Wartemberg für Sickingen 5500 Gulden, an den Grafen von Sickingen zu Sickingen 1110 Gulden, an den Grafen von Hallberg 6880 Gulden, an den Grafen von Nesselrod-Reichenstein 260 Gulden, an den Grafen von Goltstein 150 Gulden hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von Törring wegen Gronsfeld: die Abtey Guttenzell.

Dem Grafen von Wartemberg wegen Wartemberg: die Abtey Roth und eine jährliche Rente von 8150 Gulden von Ochsenhausen.

Dem Grafen von Wartemberg für Sickingen wegen Ellerstadt, Aspach und Oranienhof: das Burheimische Dorf Pleß und eine jährliche Rente mit 5500 Gulden von Schussenried.

Dem Grafen von Goltstein wegen Schlenacken: eine jährliche Rente von 1850 Gulden, nämlich von Burheim 1700 Gulden und von Schussenried 150 Gulden.

Au Comte de Hallberg, pour Fusgehnheim et Ruchheim: une rente annuelle de sept mille trois cent quatre-vingts florins, dont six mille huit cent quatre-vingts sur Schussenried, et cinq cents sur Tannheim.

Au Comte de Nesselrode-Reichenstein, pour Burgfrey et Mechernich: une rente annuelle de deux cent soixante florins sur Schussenried.

Au Comte de Sickingen-Sickingen, pour le bailliage de Hoheneinoeden: une rente annuelle de onze cent dix florins sur Schussenried.

Les dispositions générales, qui suivent sont inséparables de cette répartition:

1) Les votes des Comtes d'Empire indemnisés, dont la perte consistait en territoire immédiat, contribuant aux prestations de l'Empire et du Cercle, et qui avaient en même tems une voix ou partie de voix aux diètes de l'Empire ou du Cercle, savoir les Comtes d'Aspermont, de Bassenheim, de Metternich, d'Ostein, de Plettenberg, de Quadt, de Schaesberg, de Sinzendorff, de Sternberg, de Toerring et de Wartemberg, sont transportés sur leurs nouvelles possessions.

2) Les Parties d'indemnité détachées du chef-lieu acquittent leurs quote-parts aux prestations de l'Empire et du Cercle dans la caisse principale, dans les mêmes proportions qu'au paravant, et fournissent le même nombre d'hommes qui était fourni au contingent précédent. Le possesseur de la partie détachée a le droit de faire la sous-répartition de sa quote-part, et de lever son contingent d'hommes.

3) Le droit de détraction entre les possessions du chef-lieu et de la partie détachée reste dans ses rapports actuels.

4) Le possesseur d'une partie detachée acquiert le mobilier qui s'y trouve, ou qui en dépend, de même que les arrérages, sur lesquels il doit s'entendre avec l'ancien possesseur.

Dem Grafen von Hallberg, wegen Fußgehnheim und Ruchheim: eine jährliche Rente von 7380 Gulden, nämlich von Schussenried 6880 Gulden, und von Tannheim 500 Gulden.

Dem Grafen von Nesselrode-Reichenstein, für Burgfrei und Mechernich: eine jährliche Rente mit 260 Gulden von Schussenried.

Dem Grafen von Sickingen zu Sickingen, für das Amt Hoheneinöden: eine jährliche Rente mit 1110 Gulden von Schussenried.

Dieser Vertheilung werden noch folgende allgemeine Bestimmungen beigefügt:

1) Die Stimmrechte derjenigen entschädigten Reichsgrafen, deren Verlust in einem reichsunmittelbaren Gebiete, welches zu Reichs- und Kreisprästanden beigetragen, bestanden, und die zugleich eine Stimme oder Antheil daran auf Reichs- und Kreistagen gehabt haben, nämlich der Grafen von Aspermont, Bassenheim, Metternich, Ostein, Plettenberg, Quadt, Schäßberg, Sinzendorf, Sternberg, Törring und Wartemberg, werden auf ihre neuen Besitzungen radizirt.

2) Die von einem Hauptentschädigungs-Objekte (chef-lieu) getrennten Theile entrichten die Anlagen zu Reichs- und Kreisprästanden in die Hauptkasse, und in dem Verhältnisse, wie bisher, und stellen nicht minder die Mannschaft zu dem bisherigen Contingente. Der Besitzer des getrennten Theils hat das Recht, die Anlags-Quota zu subrepartiren, und die Mannschaft auszuheben.

3) Das Abzugsrecht zwischen den Besitzungen des Hauptortes und dem getrennten Theile bleibt in dem bisherigen Zustande.

4) Dem Inhaber eines getrennten Theiles bleiben, das daselbst befindliche und dazu gehörige Mobiliar-Vermögen und Rückstände (arrérages), über welche derselbe mit dem vorigen Besitzer übereinzukommen hat.

Il n'a aucune part aux capitaux actifs et passifs de la caisse générale du chef-lieu, parce qu'ils ont déjà été portés généralement en ligne de compte dans les calculs du produit.

5) Il est tenu, de fournir sa quote-part pour la sustentation du clergé du chef-lieu, en proportion du revenu de la partie, qui est detachée.

6) Aux rentes assignées ci-dessus sont attribués tous les avantages et dispositions, qui sont déterminés dans le présent acte pour les rentes, qui y sont établies.

7) Le propriétaire d'une rente est aussi tenu de supporter une partie des frais de sustentation du clergé du chef-lieu, sur lequel la rente est assignée; cependant comme il n'a aucune part au mobilier dudit chef-lieu, il ne peut être tenu de fournir que la moitié de la quote-part, établie en raison des revenus de l'objet d'indemnité, déduction faite des charges.

8) Pour égaliser les charges temporaires, surtout les frais de sustentation, justement évaluées d'après les dispositions des paragraphes LI. et LVII. du présent acte, pour le clergé des neuf abbayes, les capitaux actifs de la chartreuse de Buxheim, montant à cent soixante et seize mille florins, seront employés d'après les principes suivans;

A. La somme de sustentation, qui n'excède pas le tiers des revenus d'une abbaye, est considérée compensée, tant par l'universalité de cette charge commune à tous, que par l'acquisition du mobilier.

B. Lorsque la somme de sustentation excède le tiers du revenu, cet excédant est bonifié à l'octuple par lesdits capitaux.

C. Le futur possesseur de Buxheim est chargé d'administrer ces capitaux, d'en payer les intérêts à raison de 3. et demi pour

An den Aktiv- und Passiv-Kapitalien der Kameral-Kasse des Hauptortes hat hingegen derselbe keinen Antheil, weil diese bei Berechnung des Ertrags überhaupt schon berücksichtigt sind.

5) Er ist verbunden, zu der Sustentation der Geistlichkeit des Hauptortes, nach Verhältniß des Ertrags des getrennten Theiles zum Ganzen, beizutragen.

6) Den in der Vertheilung angewiesenen Renten kommen alle jene Vorzüge und Verfügungen zu statten, welche durch gegenwärtige Urkunde, in Ansehung der in ihr enthaltenen Renten, bestimmt sind.

7) Der Empfänger einer Rente ist gleichfalls verbunden, zu den Sustentationskosten der Geistlichkeit des Hauptortes, worauf die Rente radicirt ist, beizutragen; jedoch weil er an dem Mobiliar-Vermögen des Entschädigungs-Objektes keinen Theil hat, nur die Hälfte derjenigen Quota, welche sich nach Verhältniß dieser Rente zu dem, unter Abzug der Lasten berechneten Ertrag des Entschädigungs-Objektes ergiebt.

8) Zu einiger Ausgleichung der temporären Lasten, und vorzüglich der, nach einem billigen Ueberschlage, in Gemäßheit der §§. 51. und 57. gegenwärtiger Urkunde erwogenen Sustentationskosten der Geistlichkeit in den neun Abteien, sind die Aktiv-Kapitalien der Karthause Buxheim mit 176000 Gulden nach folgenden Prinzipien zu verwenden:

a) Die Sustentationssumme, welche den dritten Theil des Ertrags einer Abtey nicht übersteigt, wird sowohl durch die Allgemeinheit dieser Last, als durch Ueberlassung des Mobiliarvermögens, als compensirt betrachtet.

b) Wenn die Sustentationssumme aber den Ertragsdrittheil übersteigt, so wird der Ueberschuß aus gedachten Kapitalien achtfach vergütet.

c) Der künftige Besitzer von Buxheim hat diese Kapitalien zu verwalten, an die Theilhaber mit $3\frac{1}{2}$ pr. Ct. zu verzinsen, und mittelst

cent, à ceux qui y ont part, et de les acquitter en huit termes d'une année chacun, après les avoir successivement denoncés.

D. En conséquence de ces dispositions les futurs possesseurs des abbayes recevront de ces capitaux actifs, savoir: pour Roth, 7,500 florins, pour Weissenau, 6,450, pour Buxheim, 20,200, pour Hegbach, 53,950, pour Baindt, 38,650, pour Guttenzell, 45,250; les 4,000 florins restans doivent être considérés comme un excédent destiné à couvrir les pertes possibles.

E. S'il y avait une plus grande perte, qui ne pût-être attribuée à tort à l'administration de ces capitaux, elle serait supportée proportionellement par tous ceux, qui y on part.

Le complément de l'indemnité, s'il y a lieu, et en tant qu'il n'y serait pas pourvu par la levée future du séquestre, sera, pour lesdits Comtes, et pour tous autres réclamans à ce titre, assigné sur les revenus, qui pourraient être ultérieurement disponibles.

successiver Aufkündigung in achtjährigen ratis abzuzahlen.

d) Zu Folge dieser Bestimmungen erhalten an gedachten Aktiv = Kapitalien die künftigen Besitzer auf die Abtey Roth 7500 Gulden, auf Weissenau 6150 Gulden, auf Burheim 20,200 Gulden, auf Hegbach 53,950 Gulden, auf Baindt 38,650 Gulden und auf Guttenzell 45,250 Gulden; der verbleibende Rest mit 4000 Gulden ist als ein gemeinschaftlicher Ueberschuß zu Deckung des etwaigen Verlustes anzusehen.

e) Falls sich ein größerer Verlust ohne Verschulden der Verwaltung ergäbe, so ist solcher von allen Theilnehmern pro rata zu tragen.

Die Ergänzung der Entschädigung, wo sie statt hat, und in soweit sie nicht durch die nunmehr zu erwartende Aufhebung des Sequesters bewirkt wird, wird übrigens für die erwähnten Grafen und für alle andere sich auf gleichen Titel gründende Reklamanten, auf jene Einkünfte angewiesen, welche noch zu einer weiteren Bestimmung übrig bleiben dürften.

§. XXV.

Le siége de Mayence est transféré à l'église cathédrale de Ratisbonne. Les dignités de Prince-électeur, Archi-chancelier de l'Empire, ainsi que celles d'Archévêque métropolitain et de Primat de Germanie y demeureront unies à perpétuité. Sa jurisdiction métropolitaine s'étand sur les anciennes provinces ecclésiastiques de Mayence, Cologne et Trêves, (en tant qu'elles se trouvent à la rive droite du Rhin, et en exceptant les Etats du Roi de Prusse); enfin sur celle de Salzbourg, en tant qu'elle s'étend sur les pays unis à l'Electorat palatin de Bavière.

Quant au temporel, la dotation de l'Electeur archichancelier est formée de la principauté d'Aschaffenbourg et de la princi-

§. 25.

Churfürst von Mainz.

Der Stuhl zu Mainz wird auf die Domkirche zu Regensburg übertragen. Die Würden eines Churfürsten, Reichs-Erzkanzlers, Metropolitan-Erzbischofs und Primas von Deutschland, bleiben auf ewige Zeiten damit vereiniget. Seine Metropolitan = Gerichtsbarkeit erstreckt sich in Zukunft über alle auf der rechten Rheinseite liegenden Theile der ehemaligen geistlichen Provinzen von Mainz, Trier und Köln, jedoch mit Ausnahme der königl. Preußischen Staaten; ingleichen über die Salzburgische Provinz, so weit sich dieselbe über die mit Pfalzbayern vereinigten Länder ausdehnt.

Was das Weltliche betrifft, so wird die Ausstattung des Churfürsten Erzkanzlers zuförderst auf die Fürstenthümer Aschaffenburg und

pauté de Ratisbonne. La première est formée du grand-bailliage d'Aschaffenbourg dans son intégrité et étendue actuelle; plus des bailliages d'Auffenau, Lohr, Orb avec la saline, Prozelten et Klingenberg à la droite du Main, et du bailliage Wurzbourgeois d'Aurach au Sinngrund. La seconde comprend la principauté actuelle de Ratisbonne, la ville de ce nom et toutes les dépendances, avec les chapitres, abbayes et couvens tant médiats qu'immédiats qui s'y trouvent, notamment Saint-Emeran, Obermunster et Niedermunster, le tout dans les rapports actuellement existans à l'égard de la Bavière.

Regensburg gegründet. Jenes begreift das Oberamt Aschaffenburg in seiner gegenwärtigen Vollständigkeit und Ausdehnung, — sodann die Aemter Auffenau, Lohr, Orb mit den Salzwerken, Prozelten, Klingenberg auf der rechten Seite des Mains, und das Würzburgische Amt Aurach im Sinngrunde. Dieses besteht aus dem bisherigen Bisthume Regensburg sammt der Stadt dieses Namens, und alles was davon abhängt, mit den darin befindlichen mittelbaren und unmittelbaren Stiftern, Abteien und Klöstern, namentlich: St. Emeran, Obermünster und Niedermünster; alles nach den dermalen bestehenden Verhältnissen gegen Bayern.

Cette dotation est formée en outre de la ville Impériale de Wetzlar à titre de Comté, et en pleine supériorité territoriale, ainsi que de tous les chapitres, abbayes et couvens situés dans les dites principautés et Comté; plus de la maison de Compostel à Francfort, et des propriétés et revenus du grandchapitre de Mayence tenues et perçus, hors des bailliages assignés au Roi de Prusse, aux Landgrave de Hesse-Cassel et de Hesse-Darmstadt, aux princes de Nassau-Usingen et de Linange.

Ferner gehören zu dieser Ausstattung: die Reichsstadt Wezlar in der Eigenschaft einer Grafschaft, und mit voller Landeshoheit, wie auch alle Stifter, Abteien und Klöster, die in den benannten Fürstenthümern und der Grafschaft gelegen sind. Auch das Haus Compostell zu Frankfurt und alle Proprietäten, Besitzungen und Einkünfte, welche dem Mainzischen Domkapitel außer den, dem Könige von Preußen, den Landgrafen von Hessenkassel und Darmstadt, den Fürsten von Nassau-Usingen und Leiningen angewiesenen Aemtern zugestanden haben, und von denselben genossen worden sind.

Le revenu des objets ci-dessus spécifiés est évalué à six cent cinquante mille florins.

Der Ertrag der hier oben benannten Gegenstände ist zu 600,500 Gulden angeschlagen.

Il sera pourvu immédiatement au complément de l'indemnité de l'Electeur-archichancelier, fixée à un million de florins, par des assignations sur l'octroi de navigation mentionné au §. XXXIX.

Die Ergänzung der, dem Kurfürsten Erzkanzler bestimmten Entschädigung von einer Million Gulden, wird durch Anweisung auf das, §. 39. erwähnte Schifffahrts-Oktroi bewerkstelliget.

En attendant que cet octroi soit en activité, les péages à la rive droite du Rhin, qui auroient continué à être perçus depuis le 1. Decembre 1802, serviront à l'acquit dudit complément d'indemnité. L'Electeur-archi-chancelier s'entendra à cet effet avec les Princes, au nom desquels ils auroient été perçus. S'il se trouve des fonds suffisans après l'acquit de son complément, ils

Mittlerweile, bis dieses Oktroi in Vollzug gesetzt ist, sollen die Zölle der rechten Rheinseite, mit deren Einnahme seit dem ersten Dezember 1802 fortgefahren worden, zur Entrichtung der besagten Entschädigungs-Ergänzung dienen. Der Kurfürst Erzkanzler wird sich desfalls mit den Fürsten benehmen, im Namen derer diese Zölle eingenommen worden sind. Wenn sich nach Berichtigung der ihm zukommenden

serviront à payer d'antant les assignations portées aux §§. IX. XIV. XVII. XIX et XX.

L'Electeur archi-chancelier continuera d'être élu conformément aux statuts de son ancienne métropole.

Les villes de Ratisbonne et de Wetzlar jouiront d'une neutralité absolue, en cas de guerre même d'Empire, attendu qu'elles sont l'une le siége de la diète générale, l'autre le siége de la chambre impériale.

§. XXVI.

Les ordres Teutonique et de Malthe sont en considération de services militaires de leurs membres, soustraits à la sécularisation, et à raison de leurs pertes à la rive gauche du Rhin, ils reçoivent en compensation, savoir:

Le Prince grand-maitre et l'ordre Teutonique: les chapitres, abbayes et couvens médiats du Voralberg, de la Souabe autrichienne et généralement tous les couvens médiats des diocèses d'Augsbourg et de Constance et Souabe, dont il n'a pas été disposé, hors ceux du Brisgau.

Le Prince grand-prieur et la grand-prieuré d'Allemagne de l'ordre de Malthe: le Comté de Bondorf, les abbayes de Saint-Blaise, de Saint-Trutpert, de Schuttern, de Saint-Pierre et de Tennenbach, et généralement tous les chapitres, abbayes et couvens du Brisgau, avec toutes les dépendances respectives à la rive droite du Rhin des objets ci-dessus désignées, à charge par lui d'acquitter les dettes personelles des ci-devant évêques de Bâsle et de Liège, contractées depuis qu'ils sont hors de leurs siéges, telles qu'elles seront ultérieurement liquidées.

Ergänzung hieran noch ein hinreichender Ueberschuß ergiebt, so soll derselbe zu verhältnißmäßiger Bestreitung der, in den §§. 9, 14, 17, 19 und 20 enthaltenen, Anweisungen verwendet werden.

Der Kurfürst Erzkanzler wird fernerhin nach den Statuten seiner alten Metropolitankirche gewählt werden.

Den Städten Regensburg und Wetzlar wird eine unbedingte Neutralität, selbst in Reichskriegen, zugesichert, indem jene der Sitz des Reichstags, diese des Reichskammergerichts ist.

§. 26.

Aus Rücksicht für die Kriegsdienste ihrer Glieder werden der Deutsche und der Malthesers-Orden der Säkularisation nicht unterworfen, und erhalten für ihren Verlust auf der linken Rheinseite zur Vergütung, nämlich: Deutscher und Malthesers Orden.

Der Fürst Hoch- und Deutschmeister und der deutsche Orden: die mittelbaren Stifter, Abteien und Klöster im Vorarlberg, im Oesterreichischen Schwaben, und überhaupt alle Mediat-Klöster der Augsburger und Konstanzer Diöcesen in Schwaben, worüber nicht disponirt worden ist, mit Ausnahme der im Breisgaue gelegenen.

Der Fürst Groß-Prior und das deutsche Groß-Priorat des Malthesers-Ordens: die Grafschaft Bondorf, die Abteien St. Blasi, St. Trutpert, Schuttern, St. Peter, Tennenbach, und überhaupt alle Stifter, Abteyen und Klöster im Breisgaue mit allen auf der rechten Rheinseite gelegenen respektiven Zugehörungen, der so eben benannten Objekte, jedoch mit der Obliegenheit, nach einer noch vorzunehmenden Liquidation, die persönlichen Schulden der vormaligen Bischöfe von Basel und Lüttich zu bezahlen, welche sie seit der Entfernung von ihren Sitzen gemacht haben.

§. XXVII.

Reichsstädte.

Le collége des villes impériales demeure composé des villes libres et immédiates d'Augsbourg, Lubeck, Nuremberg, Francfort, Bremen et Hambourg.

Elles jouissent dans toute l'étendue de leurs territoires respectifs de la pleine supériorité et de toute jurisdiction quelconque, sans réserve, ni exception, sauf néanmoins l'appel aux tribunaux suprêmes de l'Empire.

Elles jouissent pareillement d'une neutralité absolue, même dans les guerres d'Empire; à cet effet elles seront franches à perpétuité de toute contribution militaire ordinaire et extraordinaire, et dans toutes les questions de paix ou de guerre, dispensées pleinement et nécessairement de tout concours aux votes de l'Empire.

Elles reçoivent en outre en indemnité, compensation et concession, savoir:

La ville d'Augsbourg: tous le biens, bâtimens, propriétés, et revenus ecclésiastiques de son territoire, tant en dedans qu'en dehors de ses murs, sans aucune exception quelconque.

La ville de Lübeck, pour la cession des villages et hameaux dépendans de son hôpital dans le Mecklenbourg: tout le territoire de l'evêchée et grand-chapitre de Lübeck avec leurs droits, bâtimens, propriétés et revenus quelconques, compris entre la Trave, la Baltique, le lac de Himmelsdorf et une ligne tirée de là audessus de Swartau à une distance de cinq cents toises françaises, au moins de la Trave, le Holstein Danois et le Hanovre.

Quant aux parcelles dépendantes de la ville de Lübeck hors du territoire ainsi déterminé, et enclaves dans les états du Duc de Holstein-Oldenbourg, il en sera traité à l'amiable.

§. 27.

Das Kollegium der Reichsstädte besteht in Zukunft aus den freyen und unmittelbaren Städten: Augsburg, Lübeck, Nürnberg, Frankfurt, Bremen und Hamburg.

Sie genießen in dem ganzen Umfange ihrer respektiven Gebiete die volle Landeshoheit und alle Gerichtsbarkeit, ohne Ausnahme und Vorbehalt; jedoch der Appellation an die höchsten Reichsgerichte unbeschadet.

Sie genießen auch selbst in den Reichs-Kriegen einer unbedingten Neutralität. Zu dem Ende sind sie auf immer von allen ordentlichen und außerordentlichen Kriegsbeiträgen befreit, und bey allen Fragen über Krieg und Frieden, von allem Antheil an den Reichs-Berathschlagungen, vollkommen und nothwendigerweise entbunden.

Ueberdieß erhalten sie als Entschädigung, Vergütung und Bewilligung, nämlich:

Die Stadt Augsburg: alle geistlichen Güter, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte in ihrem Gebiete, sowohl in- als außerhalb der Ringmauern, nichts ausgenommen.

Die Stadt Lübeck, für die Abtretung der von ihrem Hospital abhängenden Dörfer und Weiler im Meklenburgischen: denjenigen ganzen Landesbezirk des Bisthums und Domkapitels zu Lübeck, mit allen und jeden Rechten, Gebäuden, Eigenthum und Einkünften, welcher zwischen der Trave, der Ostsee, dem Himmelsdorfersee, und einer Linie begriffen ist, die von da oberhalb Swartau in einer Entfernung von wenigstens 500 französischen Toisen von der Trave, dem Dänischen Holstein, und dem Hanöverischen, gezogen wird.

Ueber die von der Stadt Lübeck abhängigen einzelnen Stücke, welche außerhalb des eben bezeichneten Bezirks, in den Landen des Herzogs von Holstein-Oldenburg eingeschlossen liegen, wird man sich gütlich vereinigen.

La ville de Francfort, pour la cession de sa part aux villages de Soden et Sulzbach: les chapitres, abbayes et couvens, situés dans son enceinte, avec toutes leurs dépendances tant au dehors, qu'en dedans de son territoire, et notamment Mockstadt, ainsi que tous les biens, bâtimens, propriétés et revenus ecclésiastiques, compris dans la-dite ville et le-dit territoire (le compostel excepté), sous la condition de servir une rente perpétuelle de vingt huit mille florins au comte de Salm-Reiferscheid-Dick, une de trois mille six cents florins au Comte de Stadion-Warthausen, et une de deux mille quatre cents florins au Comte de Stadion-Tannhausen; lesquelles rentes montant en tout à trente quatre mille florins, seront transférées dans la suite sur l'excédent du produit de l'octroi de navigation mentionné au §. XXXIX., si après le paiement des rentes directement assignées sur ce produit dans le présent acte, il se trouve un excédent suffisant.

Le commerce de Francfort est en outre affranchi de tous droits de haut conduit, exercés ou prétendus par aucun des états d'Empire.

Le territoire de Bremen comprend le bourg de Vegesack avec dépendances, le Grolland, le Burghof, le moulin de Hemlingen, les villages de Hastede, Schwaghausen et Vahr avec dépendances, et tout ce qui est compris entre le Weser, les riviers de Wümme, Leesum, les frontières actuelles et une ligne à tirer de Sebaldsbrücke par le moulin de Hemlingen, jusqu'à la rive gauche du Weser avec tous les droits, bâtimens, propriétés et revenus quelconques dépendans du Duché et grand-chapitre de Bremen, et en général de l'Electeur de Brunsvic-Lunebourg dans ladite ville et son territoire.

Pour mettre le commerce de Bremen et la navigation du Bas-Weser à l'abri de toute entrave, le péage d'Elsfleth est suprimé à

Die Stadt Frankfurt, für die Abtretung ihres Antheils an den Dörfern Soden und Sulzbach: alle innerhalb ihres Umkreises gelegenen Stifter, Abteien und Klöster, mit allen ihren innerhalb und außerhalb des Stadtbezirks befindlichen Zugehörungen, namentlich: Mockstadt, und alle in gedachter Stadt und ihrem Gebiete begriffenen geistliche Güter, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte, (das Kompostell ausgenommen), unter der Bedingung, eine beständige Rente von 28000 Gulden dem Grafen von Salm-Reiferscheid Dyk, eine von 3600 Gulden dem Grafen von Stadion-Warthausen, und von 2400 Gulden dem Grafen von Stadion-Tannhausen zu bezahlen.

Diese Renten, welche im Ganzen 34000 Gulden ausmachen, werden in der Folge auf den Ueberschuß des Ertrags von dem, §. 39 erwähnten Schifffahrts-Oktroi übertragen, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuß ergiebt.

Ueberdieß wird der Frankfurter Handel von allen Geleitsrechten, die von irgend einem Reichsstande ausgeübt, oder angesprochen werden möchten, gänzlich befreit.

Das Gebiet von Bremen begreift den Flecken Vegesack samt Zugehörungen, das Grolland, den Burghof, die Hemlinger Mühle, die Dörfer Hastede, Schwaghausen und Vahr, mit Zugehörungen, und alles, was zwischen der Weser, den Flüssen Wümme und Lesum, den bisherigen Grenzen, und einer, von der Sebaldsbrücke über die Hemlinger Mühle, bis an das linke Ufer der Weser gehenden Linie liegt; nebst allen vom Herzogthume und Domkapitel Bremen, und überhaupt von dem Churfürsten von Braunschweig-Lüneburg in gedachter Stadt, und in dem genannten Gebiete abhängigen Rechten, Gebäuden, Eigenthum und Einkünften.

Um den Bremer Handel und die Schifffahrt auf der Niederweser vor jeder Beschränkung zu schützen, wird der Elsflether Zoll für

perpétuité, sans pouvoir être rétabli sous aucun prétexte ou dénomination quelconque; et les vaisseaux ou bâtimens, et les marchandises qu'ils transportent, soit en montant la-dite rivière, soit en la descendant, ne pourront être arrêtés ni empêchés, sous quelque prétexte, que ce soit.

La ville de Hambourg à sa disposition tous les droits, bâtimens, propriétés et revenus du Duché de Bremen et de son grand-chapitre, et en général de l'Electeur de Brunswic-Lunebourg, situés dans son enceinte et dans son territoire.

Quant à la fixation du territoire de Nuremberg, elle est remise à des transactions ultérieures.

Les six villes ci-dessus nommées ne pourront permettre de recrutement militaire dans leur enceinte et dans leur territoire, que pour les états de l'Empire.

Les Electeurs et Princes, auxquelles des villes impériales tombent en partage comme indemnité, traiteront ces villes par rapport à leur constitution municipale et à leurs propriétés sur le même pied, que les villes les plus privilégiées comparativement de chaque pays, autant que l'organisation du-dit pays, et les dispositions nécessaires pour le bien général, le permettront. Il leur est assuré en particulier le libre exercice de leur religion et la possession paisible de tous leurs biens et revenus, consacrés à des usages pieux ou de bienfaisance.

immer aufgehoben, so, daß er unter keinerley Vorwand und Benennung wieder hergestellt, noch die Schiffe oder Fahrzeuge, so wie die Waaren, welche sie führen, weder beim Hinauf- noch Hinunterfahren auf gedachtem Flusse unter irgend einem Vorwande an- oder aufgehalten werden dürfen.

Die Stadt Hamburg erhält alle in ihrem Bezirke oder Gebiete gelegenen Rechte, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte des Herzogthums und des Domkapitels Bremen, und des Churfürsten von Braunschweig-Lüneburg überhaupt.

Die nähere Bestimmung des Gebietes der Stadt Nürnberg wird auf weitere Vergleichshandlungen ausgesetzt.

Gedachte 6 Städte dürfen nur Reichsständen militärische Werbungen in ihren Ringmauern und Gebieten gestatten.

Die Churfürsten und Fürsten, welchen Reichsstädte als Entschädigung zufallen, werden diese Städte, in Bezug auf ihre Munizipal-Verfassung und Eigenthum, auf den Fuß der in jedem der verschiedenen Lande am meisten privilegirten Städte behandeln, so weit es die Landes-Organisation und die, zum allgemeinen Besten, nöthigen Verfügungen gestatten.

Insbesondere bleibt ihnen die freie Ausübung ihrer Religion, und der ruhige Besitz aller ihrer zu kirchlichen und milden Stiftungen gehörigen Güter und Einkünfte gesichert.

§. XXVIII.

Reichsritterschaft.

Les indemnités qui pourroient être dues à aucuns des membres de l'ordre équestre, seront à l'instar du complément des indemnités des Comtes d'Empire, et en tant qu'il n'y serait pas pourvu par la levée future du séquestre, assignées sur les revenus qui pourroient être ultérieurement disponibles et dans des proportions rélatives à leurs prétentions légitimes.

§. 28.

Die Entschädigungen, welche etwa einzelnen Mitgliedern der Reichsritterschaft gebühren dürften, werden, so wie die Indemnisations-Ergänzung der Reichsgrafen, im Verhältniß ihrer rechtmässigen Ansprüche, in so weit sie nicht durch die, nunmehr zu erwartende, Aufhebung des Sequesters bewirkt werden, in immerwährenden Renten auf jene Einkünfte angewiesen, welche zu einer weitern Bestimmung übrig bleiben dürften.

§. XXIX.

La République helvétique, en compensation de ses droits et prétentions sur les possessions situées en Suabe, dépendantes de ses établissemens ecclésiastiques, desquelles il a été disposé par les articles précédens, reçoit l'évêché de Coire, en pourvoyant à l'entretien de l'évêque, du chapitre et de leurs officiers, plus la seigneurie de Trasp. Elle est en outre autorisée à racheter, au moyen de rentes perpétuelles, équivalentes au produit net, remboursables au taux établi par les loix helvétiques, où de tel arrangement dont elle pourra convenir avec les parties intéressées, tous les droits quelconques, d'imes, domaines, propriétés et revenus, appartenans soit à l'Empereur, aux Princes et états d'Empire, soit aux établissemens ecclésiastiques sécularisés, seigneurs et particuliers étrangers dans toute l'étendue du territoire helvétique.

Les sécularisations, que ladite République pourrait faire chez elle, auront lieu sans perte et préjudice des dépendances en Empire de ses établissemens réligieux, sauf ce dont il a été disposé; et la réciprocité est stipulée pour les dépendances en Helvétie des établissemens religieux d'Empire. Toute jurisdiction d'un Prince, état où membre de l'Empire cessera désormais dans l'étendue du territoire helvétique, ainsi que toute suzeraineté et tous droits purement honorifiques; et la même chose a lieu à l'égard de possessions helvétiques situées dans l'Empire germanique.

§. 29.

Helvetische Republik.

Die Helvetische Republik erhält zur Vergütung ihrer Rechte und Ansprüche auf die von ihren geistlichen Stiftungen abhängigen Besitzungen in Schwaben, über welche durch die vorhergehenden Artikel disponirt worden ist: das Bisthum Chur, hat aber für den Unterhalt des Fürst-Bischofs, des Kapitels und ihrer Diener zu sorgen; sodann die Herrschaft Trasp. Auch steht es ihr frei, mittelst immerwährender, dem reinem Ertrage gleichkommender, jedoch nach dem durch die helvetischen Gesetze bestimmten Fuße einlösbarer Renten, oder durch jede andere, mit den Interessenten zu treffende Uebereinkunft, alle und jede Rechte, Zehnden und Domänen, Güter und Einkünfte, an sich zu lösen, welche sowohl dem Kaiser, den Fürsten und Ständen des Reichs, als den säcularisirten geistlichen Stiftungen, fremden Herrschaften und Privatpersonen im ganzen Umfange des helvetischen Gebietes zustehen.

Jene Säcularisationen, welche besagte Republik innerhalb ihrer Grenzen vornehmen dürfte, gehen ohne Verlust und Nachtheil der im deutschen Reiche gelegenen Zugehörden ihrer geistlichen Stiftungen vor sich, ausschließlich dessen, worüber anders verfügt worden ist; und ein Gleiches wird für die deutschen geistlichen Stiftungen zustehenden Zugehörden in Helvetien festgesetzt. Alle und jede Gerichtsbarkeit eines Fürsten, Standes oder Mitglieds des deutschen Reichs in dem Bezirke des helvetischen Territoriums hört künftig auf, gleichwie alle Lehnherrlichkeit und alle blosse Ehrenberechtigung. Das nämliche hat in Ansehung der schweizerischen, im Umfange des deutschen Reiches liegenden Besitzungen statt.

§. XXX.

Toutes les rentes perpétuelles établies par les articles précédens, seront perpétuellement rachetables au denier quarante, sauf tout autre arrangement, dont les parties intéressées conviendront de gré à gré.

§. 30.

Beständige Renten.

Alle in den vorstehenden Artikeln festgesetzten beständigen Renten können jederzeit gegen ein Kapital zu $2\frac{1}{2}$ Prozent abgelöst werden; jeder andern, zwischen den interessirten Theilen freiwillig beliebten Uebereinkunft unbeschadet.

L'échéange de ces rentes perpétuelles est fixée au 1. Décembre de chaque année.

Der Termin, an welchem die gedachten Renten fällig sind, ist auf den 1. Dezember jedes Jahres festgesetzt.

Le paiement s'effectue sur le pied de 24 florins au marc, en bonne monnoie courante d'argent.

Die Zahlung geschieht im vier und zwanzig Gulden Fuß, in laufenden harten Silbersorten.

§. XXXI.

Neue Churwürden.

La dignité électorale est accordée à l'archiduc Grand duc. Elle est accordée également au Margrave de Bade, au Duc de Wurtemberg et au Landgrave de Hesse-Cassel, qui pour le rang alterneront entr'eux d'aprés les strophes établies au collège des Princes, et pour leur introduction observeront les formalités d'usage. A l'extinction de la maison de Hesse-Cassel, le titre électoral passera à la maison de Hesse-Darmstadt.

§. 31.

Die Churwürde wird dem Erzherzoge Großherzoge ertheilt, desgleichen dem Markgrafen von Baden, dem Herzoge von Würtemberg, und dem Landgrafen von Hessen-Kassel, welche in Ansehung des Ranges unter sich, nach den im Fürstenrathe bestehenden Strophen, alterniren werden, und zu ihrer Einführung die herkömmlichen Förmlichkeiten zu beobachten haben. Nach gänzlicher Erlöschung des Hauses Hessen-Kassel in allen seinen Linien, wird die Churwürde auf Hessendarmstadt übergehen.

§. XXXII.

Virilstimmen.

De nouveaux votes virils au collège des Princes sont accordés, savoir:

	Votes.
A l'Empéreur, comme Archiduc d'Autriche: pour la Styrie, un; pour la Carniole, un; pour la Carinthie, un; pour le Tyrol, un; total	4
A l'Electeur palatin, comme Duc de Bavière: pour le duché de Berg, un; pour Sulzbach, un; pour la Basse-Bavière, un; pour Mindelheim, un; total	4
Au Roi de Prusse, comme Duc de Magdebourg: pour Erfurt, un; pour l'Eichsfeld, un; total	2
A l'Electeur Archi-Chancelier: pour la principauté d'Aschaffenbourg, un; ci	1
A l'Electeur de Saxe, comme Margrave de Misnie: pour le margraviat de Misnie, un; pour le bourgraviat de Misnie, un; pour Querfurth, un; total	3

Au même, alternativement avec

§. 32.

Neue Virilstimmen im Reichsfürstenrathe erhalten:

	Stimmen.
Der Kaiser, als Erzherzog zu Oesterreich: für Steiermark eine, für Krain eine, für Kärnten eine, für Tyrol eine, in allem	4
Der Churfürst von der Pfalz, als Herzog in Bayern; für das Herzogthum Berg, eine; für Sulzbach, eine; für Niederbayern eine; und für Mindelheim eine, in allem	4
Der König von Preussen, als Herzog von Magdeburg: für Erfurt eine, und für das Eichsfeld eine, in allem .	2
Der Churfürst Reichserzkanzler: für das Fürstenthum Aschaffenburg, eine .	1
Der Churfürst von Sachsen, als Markgraf zu Meissen, eine; für die Burggrafschaft Meisen, eine; und für Querfurt, eine	3

Ebenderselbe wechselsweise mit den

	Votes.		Stimmen.
Saxe-Weimar et Saxe-Gotha: pour la Thuringe, un; ci	1	Herzogen von Sachsen-Weimar und von Sachsen-Gotha: für Thüringen, eine .	1
Au Roi d'Angleterre, comme Duc de Bremen: pour Göttingen, un; ci .	1	Der König von England als Herzog von Bremen: für Göttingen, eine .	1
Au Duc de Brunswic-Wolfenbüttel: pour Blankenbourg, un; ci .	1	Der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel: für Blankenburg, eine . . .	1
Au Margrave de Bade: pour Bruchsal, au lieu de Spire, un; pour Ettenheim, au lieu de Strassbourg, un; total	2	Der Markgraf von Baden: für Bruchsal anstatt Speier, eine; und für Ettenheim anstatt Straßburg, eine; in allem	2
Au Duc de Wurtemberg: pour Teck, un; pour Zwiefalten, un; pour Tübingen, un; total	3	Der Herzog von Würtemberg: für Teck, eine; für Zwiefalten, eine, und für Tübingen, eine, in allem	3
Au Roi de Danemarc, comme Duc de Holstein: pour Ploen, un; ci .	1	Der König von Dänemark, als Herzog von Holstein: für Plön, eine .	1
Au Landgrave de Hesse-Darmstadt: pour le duché de Westphalie, un; pour Starkenbourg, un; total .	2	Der Landgraf von Hessen-Darmstadt: für das Herzogthum Westphalen, eine; und für Starkenburg, eine; in allem	2
Au Landgrave de Hesse-Cassel: pour Fritzlar, un; pour Hanau, un; total	2	Der Landgraf von Hessen-Kassel: für Fritzlar, eine; und für Hanau, eine; in allem	2
Au Duc de Modène: pour le Brisgau, un; pour l'Ortenau, un; total	2	Der Herzog von Modena: für das Breisgau, eine; und für die Ortenau, eine; in allem	2
Au Duc de Mecklenbourg-Strelitz: pour Stargard, un; ci . . .	1	Der Herzog von Mecklenburg-Strelitz: für Stargard, eine	1
Au Duc d'Aremberg, le vote, qu'il exerçait précédemment, transporté sur Ses possessions à la rive droite du Rhin	1	Der Herzog von Aremberg, seine auf diesseitige Lande versetzte Virilstimme .	1
Au Prince de Salm-Salm: à lui seul le vote, qui était précédemment en commun avec Salm-Kirbourg; ci .	1	Der Fürst von Salm-Salm, eine eigene Stimme, die vorher mit Salm-Kirburg gemeinschaftlich war . . .	1
Au Prince de Nassau-Usingen, un; ci	1	Der Fürst von Nassau-Usingen eine .	1
Au Prince de Nassau-Weilbourg, un; ci	1	Der Fürst von Nassau-Weilburg, eine	1
Au Prince de Hohenzollern-Sigmaringen, un; ci	1	Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, eine	1
Au Prince de Salm-Kirbourg, un; ci	1	Der Fürst von Salm-Kirburg, eine .	1
Au Prince de Fürstenberg: pour Baar et Stuhlingen, un; ci . . .	1	Der Fürst von Fürstenberg: für Baar und Stuhlingen, eine	1

Votés.

Au Prince de Schwarzenberg: pour Klettgau, un; ci 1

Au Prince de la Tour et Taxis: pour Buchau, un; ci 1

Au Prince de Waldeck, un; ci . 1

Au Prince de Loewenstein-Wertheim, un; ci 1

Au Prince d'Oettingen-Spielberg, un; ci 1

Au Prince d'Oettingen-Wallerstein, un; ci 1

Au Prince de Solms-Braunfels, un; ci 1

Au Prince de Hohenlohe-Neuenstein, un; ci 1

Au Prince de Hohenlohe-Waldenbourg-Schillingsfürst, un; ci . 1

Au Prince de Hohenlohe-Waldenbourg-Bartenstein, un; ci 1

Au Prince d'Isenbourg-Birstein, un; ci 1

Au Prince de Kaunitz: pour Rittberg, un; ci 1

Au Prince de Reuss-Plauen-Graiz, un; ci 1

Au Prince de Linange, un; ci . 1

Au Prince de Ligne: pour Edelstetten, un; ci 1

Au Duc de Looz, pour Wolbeck, un; ci 1

L'ordre d'appel des votés, tant anciens que nouveaux, au collège des Princes de l'Empire, est déterminé d'après la 10me strophe de la manière suivante:

1. Autriche.
2. Bavière (haute).
3. Styrie.
4. Magdebourg.
5. Salzbourg.
6. Bavière (Basse).
7. Ratisbonne.
8. Sulzbach.
9. Ordre Teutonique.
10. Neubourg.

Stimmen.

Der Fürst von Schwartzenberg: für Klettgau, eine 1

Der Fürst von Thurn und Taris: für Buchau, eine 1

Der Fürst von Waldeck, eine . . 1

Der Fürst von Löwenstein-Wertheim, eine 1

Der Fürst von Oettingen-Spielberg, eine 1

Der Fürst von Oettingen-Wallerstein, eine 1

Der Fürst von Solms-Braunfeld, eine 1

Die Fürsten von Hohenlohe-Neuenstein, eine 1

Der Fürst von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst, eine 1

Der Fürst von Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein, eine 1

Der Fürst von Isenburg-Bierstein, eine 1

Der Fürst von Kaunitz: für Rittburg, eine 1

Der Fürst von Reuß-Plauen-Graiz, eine 1

Der Fürst von Leiningen, eine . . 1

Der Fürst von Ligne: für Edelstetten, eine 1

Der Herzog von Loos: für Volbeck, eine 1

Die Aufrufordnung, sowohl der alten, als der neuen Stimmen im Reichsfürstenrathe, wird künftig nach der zehnten Strophe folgende seyn:

1. Oesterreich.
2. Oberbayern.
3. Steiermark.
4. Magdeburg.
5. Salzburg.
6. Niederbayern.
7. Regensburg.
8. Sulzbach.
9. Deutschorden.
10. Neuburg.

11. Bamberg.	11. Bamberg.
12. Bremen.	12. Bremen.
13. Margraviat de Misnie.	13. Markgraf von Meissen.
14. Duché de Berg.	14. Berg.
15. Wurzbourg.	15. Würzburg.
16. Carinthie.	16. Kärnthen.
17. Eichstaedt.	17. Eichstädt.
18. Saxe-Coburg.	18. Sachsen-Koburg.
19. Bruchsal.	19. Bruchsal.
20. Saxe-Gotha.	20. Sachsen-Gotha.
21. Ettenheim.	21. Ettenheim.
22. Saxe-Altenbourg.	22. Sachsen-Altenburg.
23. Constance.	23. Konstanz.
24. Saxe-Weimar.	24. Sachsen-Weimar.
25. Augsbourg.	25. Augsburg.
26. Saxe-Eisenach.	26. Sachsen-Eisenach.
27. Hildesheim.	27. Hildesheim.
28. Brandenbourg-Ansbach.	28. Brandenburg-Ansbach.
29. Paderborn.	29. Paderborn.
30. Brandenbourg-Bayreuth.	30. Brandenburg-Bayreuth.
31. Freysingen.	31. Freysingen.
32. Wolfenbüttel.	32. Braunschweig-Wolfenbüttel.
33. Landgraviat de Thuringen.	33. Thüringen.
34. Brunswic-Celle.	34. Braunschweig-Zell.
35. Passau.	35. Passau.
36. Brunswic-Calenberg.	36. Braunschweig-Kalenberg.
37. Trente.	37. Trient.
38. Brunswic-Grubenhagen.	38. Braunschweig-Grubenhagen.
39. Brixen.	39. Brixen.
40. Halberstadt.	40. Halberstadt.
41. Carniole.	41. Krain.
42. Bade-Bade.	42. Baden-Baden.
43. Wirtemberg-Teck.	43. Würtemberg-Teck.
44. Bade-Durlach.	44. Baden-Durlach.
45. Osnabrück.	45. Osnabrück.
46. Verden.	46. Verden.
47. Munster.	47. Münster.
48. Bade-Hochberg.	48. Baden-Hochberg.
49. Lubeck.	49. Lübeck.
50. Wirtemberg.	**50. Würtemberg.**
51. Hanau.	**51. Hanau.**
52. Hollstein-Glückstadt.	**52. Holstein-Glücksstadt.**
53. Fulde.	**53. Fuld.**
54. Holstein-Oldenbourg.	**54. Holstein-Oldenburg.**
55. Kempten.	**55. Kempten.**

56 Mecklenbourg-Schwerin.	56. Mecklenburg-Schwerin.
57. Ellwangen.	57. Ellwangen.
58. Mecklenbourg-Güstrov.	58. Mecklenburg-Güſtrow.
59. Ordre de Malthe.	59. Maltheſerorden.
60. Hesse-Darmstadt.	60. Heſſendarmſtadt.
61. Berchtolsgaden.	61. Berchtolsgaden.
62. Hesse-Cassel.	62. Heſſen-Caſſel.
63. Westphalie.	63. Weſtphalen.
64. Poméranie antérieure.	64. Vorpommern.
65. Hollstein-Ploen.	65. Hollſtein-Plön.
66. Poméranie citérieure.	66. Hinterpommern.
67. Brisgau.	67. Breisgau.
68. Saxe-Lauenbourg.	68. Sachſen-Lauenburg.
69. Corvey.	69. Corvey.
70. Minden.	70. Minden.
71. Bourgraviat de Misnie.	71. Burggraf von Meiſſen.
72. Leuchtenberg.	72. Leuchtenberg.
73. Anhalt.	73. Anhalt.
74. Saxe-Henneberg.	74. Henneberg.
75. Schwerin.	75. Schwerin.
76. Camin.	76. Kamin.
77. Ratzebourg.	77. Ratzeburg.
78. Hirschfeld.	78. Hirſchfeld.
79. Tyrol.	79. Tyrol.
80. Tubingen.	80. Tübingen.
81. Querfurt.	81. Querfurt.
82. Aremberg.	82. Aremberg.
83. Hohenzollern-Hechingen.	83. Hohenzollern-Hechingen.
84. Fritzlar.	84. Fritzlar.
85. Lobkowitz.	85. Lobkowiz.
86. Salm-Salm.	86. Salm-Salm.
87. Dietrichstein.	87. Dietrichſtein.
88. Nassau-Hadamar.	88. Naſſau-Hadamar.
89. Zwiefalten,	89. Zwiefalten.
90. Nassau-Dillenbourg.	90. Naſſau-Dillenburg.
91. Auersberg.	91. Auersberg.
92. Starkenbourg.	92. Starkenburg.
93. Ostfrise.	93. Oſtfriesland.
94. Fürstemberg.	94. Fürſtenberg.
95. Schwarzenberg.	95. Schwarzenberg.
96. Goettingen.	96. Göttingen.
97. Mindelheim.	97. Mindelheim.
98. Lichtenstein.	98. Lichtenſtein.
99. La Tour et Taxis.	99. Thurn und Taxis.
100. Schwarzbourg.	100. Schwarzburg.

101. Ortenau.
102. Aschaffenbourg.
103. Eichsfeld.
104. Brunswic-Blankenbourg.
105. Stargard.
106. Erfurt.
107. Nassau-Usingen.
108. Nassau-Weilbourg.
109. Hohenzollern-Sigmaringen.
110. Salm-Kirbourg.
111. Fürstenberg - Baar.
112. Schwarzenberg-Klettgau.
113. La Tour et Taxis - Buchau.
114. Waldeck.
115. Loewenstein - Wertheim.
116. Oettingen-Spielberg.
117. Oettingen - Wallerstein.
118. Solms-Braunfels.
119. Hohenlohe-Neuenstein.
120. Hohenlohe-Waldenbourg-Schillingsfürst.
121. Hohenlohe - Waldenbourg - Bartenstein.
122. Isenbourg-Bierstein.
123. Kaunitz-Rittberg.
124. Reuss-Plauen-Graiz.
125. Linange.
126. Ligne.
127. Looz.
128. Comtes de Souabe.
129. Comtes de Wetteravie.
130. Comtes de Franconie.
131. Comtes de Westphalie.

1. Le directoire du collège des Princes reste, comme il était précédemment.

2. Les alternats, qui ont eu lieu jusqu'à présent, continueront à être observés; et les differentès maisons, ainsi que les branches de la même maison, conviendront entr' elles des alternats nouveaux.

3. Il n'est rien changé par l'appel des votes à l'élévation ou à l'égalité du rang des Princes entr'eux, et les droits de chacun sont réservés.

101. Ortenau.
102. Aschaffenburg.
103. Eichsfeld.
104. Braunschweig-Blankenburg.
105. Stargard.
106. Erfurt.
107. Nassau-Usingen.
108. Nassau-Weilburg.
109. Hohenzollern-Sigmaringen.
110. Salm-Kirburg.
111. Fürstenberg-Baar.
112. Schwarzenberg-Klettgau.
113. Taxis-Buchau.
114. Waldeck.
115. Löwenstein-Wertheim.
116. Oettingen-Spielberg.
117. Oettingen-Wallerstein.
118. Solms-Braunfels.
119. Hohenlohe-Neuenstein.
120. Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst.
121. Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein.
122. Isenburg-Bierstein.
123. Kaunitz-Rittberg.
124. Reuß-Plauen-Graiz.
125. Leiningen.
126. Ligne.
127. Loos.
128. Schwäbische Grafen.
129. Wetterauische Grafen.
130. Fränkische Grafen.
131. Westphälische Grafen.

1. Das Direktorium im Reichsfürstenrathe bleibt, wie es vorher war.

2. Die Alternirungen, welche bisher statt hatten, werden auch künftig beobachtet, und die verschiedenen Häuser sowohl, als die Aeste des nämlichen Hauses haben sich über neue Alternirungen zu vergleichen.

3. Durch den Aufruf der Stimmen wird dem höhern oder gleichen Range der Fürsten unter sich gar nicht präjudizirt, und die Rechte eines jeden bleiben vorbehalten.

4. Les votes des principautés sécularisées sont maintenus à leur ancienne place, de manière que les latera puissent être conservés aussi longtems, que le collège le jugera utile.

4. Die Stimmen der säcularisirten Fürstenthümer bleiben an ihrer alten Stelle, so daß die zwei Bänke (latera) können beibehalten werden, wenn es das fürstliche Collegium rathsam findet.

5. Les Princes, qui ont à exercer des votes, affectés aux états ci-devant ecclésiastiques, qui leur sont donnés en indemnité, n'acquèrent point par-là des titres à un rang plus élevé, que celui qu'ils avaient précédemment.

5. Die Fürsten, welche Stimmen, die auf den ehemals geistlichen zur Entschädigung erhaltenen Landen haften, auszuüben haben, erlangen dadurch kein Recht zu einem höhern Range, als sie vorher hatten.

6. Les Princes, qui reçoivent de nouveaux votes, en remplacement des votes perdus, conservent le rang des anciens.

6. Die Fürsten, welche für ihre verlornen Stimmen neue erhalten, behalten den Rang ihrer vorigen Stimmen.

7. Les neuf autres strophes seront arrangées d'après la dixième qui a servi de base pour l'ordre établi ci-dessus.

7. In Gemäßheit der hier zum Grunde gelegten zehnten Strophe werden nun auch die neun übrigen Strophen eingerichtet.

§. XXXIII.

Privilegium de non appellando.

Le privilège de non appellando illimité appartient à tous les Electeurs pour toutes Leurs possessions, au Landgrave de Hesse-Darmstadt pour Ses anciennes et nouvelles possessions; et est accordé à la maison de Nassau en commun, tant pour Ses anciennes que nouvelles possessions.

§. 33.

Das unbedingte Privilegium de non appellando kömmt allen Chur-Fürsten für alle ihre Besitzungen, desgleichen dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt für seine alten und neuen zu statten, und es wird dem Gesammthause Nassau für seine alten und neuen Besitzungen verwilliget werden.

§. XXXIV.

Güter der Domkapitel.

Tous les biens des grands chapitres et de leurs dignitaires sont incorporés aux domaines des évêques, et passent avec les évêchés aux Princes, auxquels ceux-ci sont assignés. Dans les évêchés partagés entre plusieurs, lesdits biens sont incorporés aux portions respectives.

§. 34.

Alle Güter der Domkapitel und ihrer Dignitarien werden den Domänen der Bischöffe einverleibt, und gehen mit den Bisthümern auf die Fürsten über, denen diese angewiesen sind. In den zwischen mehrere vertheilten Bisthümern werden die in den einzelnen Theilen befindlichen Güter dieser Art mit denselben vereinigt.

§. XXXV.

Güter der Stifte.

Tous les biens des chapitres, abbayes et couvens fondés, tant des anciennes que des nouvelles possessions, tant protestans que catholiques, tant médiats qu'immédiats, dont il n'a pas été formellement fait emploi dans les arrangemens précédens, sont mis à la libre et pleine disposition des Princes

§. 35.

Alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und Klöster, in den alten sowohl als in den neuen Besitzungen, katholischer sowohl als A. C. Verwandten, mittelbarer sowohl als unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freien und vollen Dispos-

territorieux respectifs, tant pour dépenses du culte, frais d'instruction et autres établissemens d'utilité publique, que pour le soulagement de leurs finances; sous la réserve formelle de la dodation fixe des cathédrales, qui seront conservées; des pensions du clergé suprimé, conformément aux réglemens, dont une partie se trouve ci-dessous, et les autres seront déterminés incessamment.

tion der respectiven Landesherren, sowohl zum Behufe des Aufwandes für den Gottesdienst, Unterrichts und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche beibehalten werden, und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit, nach den, theils unten wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden näheren Bestimmungen.

§. XXXVI.

Les chapitres, abbayes et couvens nommément et formellement assignés en indemnité, de même que ceux mis à la disposition des Princes territoriaux, passent à leurs nouveaux possesseurs avec tous leurs biens, droits, capitaux et revenus, en quelque lieu qu'ils soient situés, sauf les distractions expresses.

§. 36.

Die namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stifter, Abteien und Klöster, so wie die der Disposition der Landesherren überlassenen, gehen überhaupt an ihre neuen Besitzer mit allen Gütern, Rechten, Kapitalien und Einkünften, wo sie auch immer gelegen sind, über, sofern oben nicht ausdrückliche Trennungen festgesetzt worden sind.

§. XXXVII.

Les biens et revenus appartenans aux hôpitaux, fabriques, universités, collèges et autres fondations pieuses, comme aussi ceux des communes de l'une des deux rives du Rhin situés sur l'autre rive, doivent en demeurer distraits, et sont mis à la disposition des gouvernemens respectifs, c'est à dire, quant à la droite du Rhin des gouvernemens locaux; et il est entendu, que les biens et revenus appartenans aux institutions littéraires précédemment communes aux deux rives, et aujourd'hui continuées à la droite, lesquels ne sont pas situés dans le territoire des Princes indemnisés, resteront attachés auxdites institutions continuées à la droite du Rhin.

§. 37.

Güter der Stiftungen.

Die auf der einen Rheinseite befindlichen Güter und Einkünfte, welche Spitälern, Fabriken, Universitäten, Kollegien und andern frommen Stiftungen, wie auch Gemeinden der andern Rheinseite gehörten, bleiben davon getrennt, und der Disposition der respectiven Regierungen überlassen, d. h. so viel die rechte Rheinseite betrifft, der Regierung derjenigen Orte, wo sie liegen, oder erhoben werden. Jedoch sollen die Güter und Einkünfte solcher literarischen Anstalten, die ehemals beiden Rheinseiten gemeinschaftlich waren, und dermalen auf dem rechten Rheinufer fortgesetzt werden, diesen auf der rechten Rheinseite fortdauernden Anstalten verbleiben, sofern sie nicht in Gebieten entschädigter Fürsten liegen.

§. XXXVIII.

Les terres et propriétés, assignées aux états d'Empire en remplacement de leurs possessions à la rive gauche du Rhin, demeurent spécialement affectées au paiement des dettes desdits Princes tant personnelles, que de

§. 38.

Schulden.

Die für ihre Besitzungen jenseits des Rheins entschädigten Reichsstände haben ihre, sowohl blos persönlichen, als die, von erwähnten Besitzungen herrührenden Schulden auf ihre zur Entschädigung erhaltenen Domainen und Renten

celles provenant de leurs anciennes possessions, sauf les stipulations du traité de Lunéville et des traités particuliers conclus sur ce point entre la France et aucuns des Etats d'Empire.

zu übernehmen, und von denselben zu tilgen; doch vorbehaltlich der in dem Lüneviller Frieden, und in den, von dem französischen Gouvernement mit einzelnen Reichsständen geschlossenen, besondern Verträgen, enthaltenen Bestimmungen.

§. XXXIX.

Rheinzoll. Tous les péages du Rhin perçus, soit à la droite, soit à la gauche du fleuve, sont supprimés, sans pouvoir être rétablis sous quelque dénomination que ce soit, sauf les droits de douane, et un octroi de navigation, lequel est consenti sur les bases suivantes:

Le Rhin étant devenu depuis les frontières de la République batave, jusqu'à celles de la République helvétique, un fleuve commun entre la République françoise et l'Empire germanique, l'octroi de navigation est établi et sera réglé et perçu en commun entre la France et l'Empire.

L'Empire, avec le consentement de l'Empereur, délégue pleinement et entièrement tous ses droits à cet égard à l'Electeur archi-chancelier, qui est revêtu des pleins-pouvoirs du corps germanique pour arrêter avec le Gouvernement françois tous les réglemens généraux et particuliers rélatifs à l'octroi de navigation, lesquels réglemens seront portés à l'approbation du collége electoral et à la connoissance du corps germanique par l'Electeur archi-chancelier.

La taxe sera combinée de manière à ne pas excéder le montant des péages supprimés. Elle sera plus forte sur la navigation des étrangers que sur celle des riverains françois ou allemands et sur les bâtimens qui remonteront le Rhin que sur ceux qui le descendront.

La perception en sera confiée à des mains uniques et le mode à adopter sera

§. 39.

Alle sowohl auf dem rechten als linken Ufer erhobenen Rheinzölle sollen aufgehoben seyn, ohne unter irgend einer Benennung wieder hergestellt werden zu können; jedoch mit Vorbehalt der Eingangsgebühren, (droits de douane) und eines Schifffahrts-Octroi, welcher nach folgenden Grundlagen genehmiget wird:

Da der Rhein von den Grenzen der batavischen Republik an bis zu den Grenzen der helvetischen Republik, ein zwischen der französischen Republik und dem deutschen Reiche gemeinschaftlicher Strom geworden ist, so geschieht die Errichtung sowohl, als die Anordnung und Erhebung des Schifffahrts-Octroi gemeinschaftlich von Frankreich und dem deutschen Reiche.

Das Reich überträgt mit Einwilligung des Kaisers alle seine desfallsigen Rechte völlig und gänzlich dem Churfürsten Erzkanzler, welcher die Vollmacht des deutschen Reichs hat, mit der französischen Regierung alle allgemeinen und besonderen Anordnungen in Beziehung auf das Schifffahrts-Octroi abzuschliessen; diese Anordnungen werden durch den Churfürsten Erzkanzler zur Genehmigung des Churfürstl. Collegiums und zur Kenntniß des unter seinem Oberhaupte versammelten Reiches gebracht.

Die Taxe wird dergestalt ausgemittelt, daß sie den Betrag der aufgehobenen Zölle nicht übersteigt. Es wird eine höhere Taxe von der Schifffahrt der Fremden, und von den Schiffen, welche den Rhein heraufgehen, entrichtet, als von der Schifffahrt der französischen oder deutschen Uferbewohner, und von den Schiffen, welche den Rhein hinabgehen.

Die Erhebung derselben wird einer einzigen Behörde anvertraut, und die Erhebungsart

tel que la navigation soit retardée le moins possible.

Le directeur général de l'octroi sera nommé en commun par le Gouvernement françois et l'Electeur archi-chancelier, qui tiendront respectivement un contrôleur prés de chaque bureau de perception.

Les percepteurs de la rive droite seront nommés par l'Electeur archi-chancelier avec l'agrément du souverain territorial. Néanmoins ces bases d'administration et de perception sont subordonnées á l'arrangement, qui sera conclu sur l'organisation de l'octroi de navigation entre le Gouvernement françois et l'Electeur archi-chancelier.

Il n'y aura pas moins de cinq ni plus de quinze bureaux de perception. Ces bureaux ne seront nullement exempts de la jurisdiction des souverains territoriaux, hors des objets de leur service. Ils en recevront au contraire toute assistance en cas de besoin.

Le produit brut le l'octroi est spécialement affecté aux frais de perception, administration et police.

Le surplus sera partagé en deux parties égales, chacune destinée principalement á l'entretien des chemins de hallage et travaux necessaires á la navigation sur chaque rive respective.

Le réliquat net de la moitié appartenante á la rive droite est hypothéqué

1) au complément de la dodation de l'Electeur archi-chancelier et autres assignations portées aux §§. IX. XIV. XVII. XIX. et XX;
2) au paiement des rentes subsidiairement et conditionnellement assignées par les §§. VII. et XXVII.

S'il y avait un surplus annuel de revenu, il servirait á l'amortissement graduel des charges dont le droit d'octroi de navigation est grévé.

so eingerichtet, daß die Schifffahrt so wenig als möglich dabei aufgehalten wird.

Der General-Direktor des Octroi wird gemeinschaftlich von der französischen Regierung und dem Churfürsten Erzkanzler ernannt, welche wechselseitig einen Controlleur bey jedem Erhebungs-Büreau halten.

Die Einnehmer auf dem rechten Rhein-Ufer werden von dem Churfürsten Erzkanzler mit Einverständniß der Landesfürsten ernannt. Nichts destoweniger bleiben diese Administrations- und Erhebungs-Grundsätze noch dem weitern Uebereinkommen unterworfen, welches über die endliche Einrichtung des Schifffahrts-Octroi selbst zwischen dem französischen Gouvernement und dem Churfürsten Reichs-Erzkanzler statt haben wird.

Es werden nicht weniger als fünf und nicht mehr als fünfzehn Erhebungs-Büreaux errichtet. Diese Büreaux sind nur in Dienstsachen, ausserdem aber keineswegs von der Gerichtsbarkeit der Landesherren ausgenommen. Sie werden hingegen bedürfenden Falls allen Beistand von Seiten der Landesherren erhalten.

Der Ertrag des Octroi im Ganzen hat vordersamst die Kosten der Erhebung, der Verwaltung und der Polizei zu bestreiten.

Der Ueberschuß wird in zwei gleiche Theile getheilt, deren jeder vorzüglich zur Unterhaltung der Leinpfade und der zur Schifffahrt erforderlichen Arbeiten auf jedem der respectiven Ufer bestimmt ist.

Der reine Rest der zum rechten Rheinufer gehörigen Hälfte wird

1) zur Ergänzung der Dotation des Churfürsten Erzkanzlers, dann für die übrigen in den §§. 9, 14, 17, 19 und 20 gegebenen Anweisungen;
2) zur Bezahlung der in den §§. 7 und 27 subsidiarisch und bedingnißweise angewiesenen Renten verhypothecirt.

Falls sich ein jährlicher Ueberschuß von Einkünften ergäbe, so wird er zur stufenweisen Ablösung der Lasten dienen, mit welchen das Schiffahrts-Octroi-Recht belegt ist.

L'Electeur archi-chancelier se concertera annuellement avec le Gouvernement françois et les Princes territoriaux riverains de la droite du Rhin, pour l'entretien des chemins de hallage et travaux nécessaires à la navigation dans l'étendue des frontières respectives sur le Rhin.

Der Churfürst Erzkanzler wird Sich jährlich mit der französischen Regierung, und den an das Ufer gränzenden Landesfürsten der rechten Rheinseite über die Unterhaltung der Leinpfade, und die zur Schiffahrt erforderlichen Arbeiten in der Ausdehnung der respektiven Rheingrenzen, benehmen.

§. XL.

Lehen.

Tous les fiefs situés à la rive droite du Rhin et relevans de cours féodales ci-devant établies à la rive gauche relèvent désormais directement de l'Empereur et de l'Empire, si la supériorité territoriale y est attachée comme Etats d'Empire; dans le cas contraire, ces fiefs relèvent du Prince territorial dans les états duquel ils sont enclavés. Néanmoins les fiefs ci-devant de Mayence et jouissans de la supériorité territoriale relèvent d'Aschaffenbourg.

Il dépend des nouveaux souverains de se contenter provisoirement, et jusqu'au prochain cas de reprise de fief, d'une simple reconnaissance de la part des nouveaux vassaux ou bien d'insister sur la formalité de l'investiture. Les vassaux seront toutefois dans ce dernier cas affranchis des taxes féodales et autres émolumens d'usage.

§. 40.

Alle am rechten Rheinufer gelegenen, von den ehemals auf dem linken Ufer bestandenen Lehenhöfen abhängenden Lehen gehen in Zukunft unmittelbar von Kaiser und Reich zu Lehen, wenn die Landeshoheit darauf haftet mit reichsständischer Eigenschaft, im Gegenfall aber von dem Landesherrn, in dessen Staaten sie eingeschlossen sind. Nur die Mainzer Lehen, welche Landeshoheit haben, sollen von Aschaffenburg zu Lehen rühren.

Den neuen Lehenherrn bleibt überlassen, ob sie sich bis zu einem künftigen Lehensfalle einstweilen mit einer bloßen Muthung von den neuen Vasallen begnügen, oder aber auf der wirklichen Lehensempfängniß bestehen wollen; jedoch sind in dem letzteren Falle die Vasallen dieseomal mit Taxen und anderen Lehensgebühren zu verschonen.

§. XLI.

Stimmen der Reichsgrafen.

Les votes des comtes immédiats d'Empire se trouvant, d'après le §. XXIV., transportés sur les territoires qui leur sont donnés en indemnité, le mode d'exercice de ces voix et des prérogatives y attachées, sera déterminé par un réglement particulier.

Les votes ecclésiastiques sont exercés conformément aux dispositions du §. XXXII.

§. 41.

Da die Stimmen der unmittelbaren Reichsgrafen hieroben §. 24. auf die diesseitigen Entschädigungsgebiete übertragen worden sind, so bleibt nur noch die Ausübungsart dieser Stimmen und anderer damit verbundenen Prärogative, einer nähern Regulirung vorbehalten.

Wie die geistlichen Stimmen künftig geführt werden, ist ebenfalls oben §. 32. versehen.

§. XLII.

Klöster.

La sécularisation des couvens de femmes recluses ne peut s'effectuer que de concert avec l'évêque diocésain; mais les couvens d'hommes seront à la disposition des Princes

§. 42.

Die Säkularisation der geschlossenen Frauenklöster kann nur im Einverständniß mit den Diöcesan-Bischofe geschehen. Die Mannsklöster hingegen sind der Verfügung der Landesherren

territoriaux, ou des nouveaux possesseurs, qui pourront les supprimer, ou les conserver à leur gré. Les uns et les autres ne peuvent recevoir de novices que du consentement du Prince territorial, ou du nouveau possesseur.

§. XLIII.

La jouissance des bien assignés en indemnité commence du premier décembre 1802 pour les Princes et états indemnisés qui n'auraient pas été dans le cas de prendre possession civile avant la présentation des déclarations des puissances médiatrices; et la possession civile a lieu pour tous, huit jours avant le premier décembre.

Les arrérages des fonds, qui étaient à la disposition des usufruitiers jusqu'à l'époque de jouissances nouvelles, appartiendront aux anciens possesseurs, sauf tous autres arrangemens convenus entre les parties intéressées.

§. XLIV.

Toutes les aliénations, qui ne sont pas une suite de l'administration ordinaire, et qui auraient été faites par les abbayes et couvens après le 24. Août 1802, sont déclarées nulles.

§. XLV.

Les dispositions précédentes rendent caduques toutes les prétentions, qui existaient sur les terres cédées à la République françoise par le traité de Lunéville. Néanmoins il est entendu que les droits de succession de famille existant sur des possessions, situées à la rive gauche du Rhin et échangées, sont transportés sur les objets donnés en indemnité et en échange, comme surrogat. Sont également caduques les prétentions, qui, existantes sur les biens donnés en remplacement à la rive droite du Rhin n'auraient pas été produites et jugées ou arrangées

oder neuen Besitzer unterworfen, welche sie nach freiem Belieben aufhalten oder beibehalten können. Beiderlei Gattungen können nur mit Einwilligung des Landesherrn oder neuen Besitzers Novizen aufnehmen.

§. 43.

Genuß d. Entschädigungen.

Der Genuß der zur Entschädigung angewiesenen Güter nimmt für die entschädigten Fürsten und Stände, welche nicht in dem Falle gewesen seyn möchten, vor den Declarationen der vermittelnden Mächte, Civilbesitz zu ergreifen, mit dem 15. Dezember 1802 seinen Anfang. Der Civilbesitz geht für alle selbst, acht Tage vor jenem Termine, an.

Die Rückstände der unter der Disposition der Nutznießer gestandenen Fonds bis zum Zeitpunkte des neuen Genusses, gehören den alten Besitzern, ohne jedoch hiedurch anderen Verabredungen zwischen den interessirten Theilen vorzugreifen.

§. 44.

Ungültige Veräußerungen.

Alle seit dem 24. August 1802 in den Entschädigungslanden und Gebieten vorgenommenen Veräußerungen, welche nicht als Folgen der gewöhnlichen Verwaltung anzusehen sind, werden hiemit für ungültig erklärt.

§. 45.

Familien-Successions-Rechte.

Obige Verfügungen vernichten alle Ansprüche auf die durch den Frieden von Lüneville an die französische Republick abgetretenen Länder; jedoch versteht sich von selbst, daß Familien-Successionsrechte von jenseits rheinischen und ausgetauschten Besitzungen auf die Entschädigungs- und eingetauschten Objekte als Surrogate übergehen. Ferner sind diejenigen Ansprüche als vernichtet zu betrachten, welche an die, für auf der linken Rheinseite verlorne Besitzungen, auf der rechten Rheinseite gegebenen Entschädigungs-Lande gemacht werden könnten, sofern sie nicht innerhalb eines Jahes, vom 1. Dezbr.

à l'amiable dans le terme d'un an à compter du prémier décembre 1802.

S'il arrivait, que par défaut de jugement, ou par refus de transaction équitable, une prétention produite ne fût pas terminée à l'expiration de ladite année, elle sera jugée sans appel par jugement des austriègues dans le terme d'une seconde année.

Comme l'Electeur archi-chancelier est doté ex jure novo, il faut pour maintenir sa dotation, qu'en cas de perte de revenus, résultante d'une prétention contre lui, cette perte soit compensée par la concession de ceux des fiefs relevans de l'Empereur et de l'Empire qui deviendraient vacans.

1802 an zu rechnen, vorgebracht, und gütlich oder gerichtlich erledigt seyn werden.

Sollte aber in einem Mangel gerichtlicher Entscheidung, oder in Verweigerung eines billigen Vergleichs, der Grund liegen, warum ein wirklich vorgebrachter Anspruch nicht in dem Laufe des gedachten Jahrs erledigt worden ist; so wird derselbe innerhalb eines zweiten Jahrs durch Austrägalrichter ohne Appellation entschieden werden.

Da der Churfürst Erzkanzler ex jure novo dotirt wird, so muß, um diese Ausstattung zu sichern, der etwa aus einem Anspruche gegen Denselben herrührende Revenüenverlust durch Verleihung heimfallender kaiserlicher und Reichs-Lehen vergütet werden.

§. XLVI.

Vorbehaltne Tauschverträge.

Tous échanges, purifications de territoire et transactions quelconques des Princes, états et membres de l'Empire entr'eux, qui auront lieu dans le terme d'un an, auront même force et exécution, que s'ils étaient effectivement insérés dans le présent acte.

§. 46.

Alle Tauschverträge, Länder-Purificationen und andere Vergleiche aller Art, welche von den Fürsten, Ständen und Gliedern des Reichs, unter sich, innerhalb eines Jahrs geschlossen werden, sollen ebensowohl volle Kraft haben und vollzogen werden, als wenn sie gegenwärtigem Hauptschlusse wörtlich einverleibt wären.

§. XLVII.

Verhältnisse der ehemaligen Souveraine.

Quant au sort des anciens souverains et possesseurs, et du clergé, qui en dépend; ainsi que de leurs anciens officiers, tant auliques, que civils et militaires, et quant aux obligations particulières des Princes et états indemnisés concernant l'entretien convenable desdits souverains et autres individus; les constitutions des pays, l'acquittement des dettes et en particulier le paiement de la contribution destinée à l'entretien de la chambre impériale, lesquelles obligations commencent à l'entrée en jouissance effective des pays donnés en indemnité, les paragraphes suivans contiennent les dispositions arrêtés à leur égard.

§. 47.

In Ansehung der Verhältnisse der aus dem Besitz tretenden Regenten und Besitzer, auch der davon abhängenden Geistlichkeit, so wie ihrer bisherigen Dienerschaft in dem Hof-, Civil- und Militärfache; und in Ansehung der besondern Verbindlichkeiten der entschädigten Fürsten und Stände, welche sich auf den anständigen Unterhalt der gedachten Regenten und übrigen Individuen, auf die Verfassungen der Lande und die Uebernehmung der Schulden, auch insbesondere auf die Entrichtung der Kammerzieler beziehen, und welche mit dem Eintritte in den wirklichen Genuß der Entschädigungsländer und Gebiete ihren Anfang nehmen, soll es nach den, in den folgenden §§. enthaltenen, Vorschriften gehalten werden.

§. XLVIII.

Regenten.

Tous les souverains dépossédés conser-

§. 48.

Allen abtretenden Regenten bleibt ihre per-

vent leur dignité personnelle, avec le rang qui y est attaché, de même que la jouissance de leur immédiateté personelle.

sönliche Würde mit dem davon abhängenden Range und dem Fortgenusse ihrer persönlichen Unmittelbarkeit.

§. XLIX.

Les Princes évêques, abbés ou prevôts princiers conservent en outre la jurisdiction sur les personnes employées à leur service, de manière qu'ils puissent dans les causes civiles choisir, après en avoir informé les autorités supérieures du pays, le tribunal de première instance auquel elles devront être portées; et dans des cas criminels prendre les premières informations. Les causes civiles passeront, quant aux autres instances, aux tribunaux d'appel du souverain; dans les affaires criminelles au contraire, lorsque la compétance sera duement constatée, le prévenu sera traduit devant les tribunaux criminels du pays. Il est entendu que tous les serviteurs d'un tel Prince devront se soumettre aux lois existantes du pays, ou qui pourront être rendues dans la suite, et particuliérement aux ordonnances de police.

§. 49.

Fürstbischöfe rc.

Die Herren Fürstbischöfe und gefürsteten Aebte und Pröbste behalten zugleich die Gerichtsbarkeit über ihre Dienerschaft dergestalt, daß Sie in bürgerlichen Rechtssachen, mit jedesmaligem Vorwissen der obern Landesbehörde für solche Sachen, in erster Instanz das Landgericht, wo solche zu verhandeln, zu wählen, in peinlichen Fällen aber die erste Cognition zu nehmen haben, wo sodann die gedachten bürgerlichen Sachen in weiterer Instanz an die landesherrlichen Appellations-Gerichte zu bringen sind; in peinlichen Fällen hingegen, wenn sich die Peinlichkeit ergiebt, der Verbrecher an die peinlichen Gerichte des Landes auszuliefern ist. Uebrigens haben sich sämmtliche Diener eines solchen Fürsten den bestehenden und ergehenden landesherrlichen Gesetzen, und sonderlich den Polizeiordnungen zu fügen.

§. L.

Il est assuré à tous les souverains ecclésiastiques dépossédés à vie durante, et suivant leurs différens grades un logement gratuit, convenable à leur rang et état, avec l'ameublement et le service de table. Les Princes-évêques et Princes-abbés du premier rang auront de plus une habitation d'été. Il est aussi entendu que tous les meubles, qui leur appartiennent en propre, doivent leur être laissés entiérement; mais que ce qui appartient à l'état doit retourner à celui-ci aprés leur décès.

§. 50.

Ihre Wohnung.

Den sämmtlichen abtretenden geistlichen Regenten ist nach ihren verschiedenen Graden auf lebenslang eine Ihrem Range und Stande angemessene freie Wohnung mit Meublement und Tafelservice, auch den Fürstbischöfen und Fürstäbten des ersten Ranges ein Sommeraufenthalt anzuweisen; wobey sich von selbst versteht, daß dasjenige, was ihnen an Meubeln eigenthümlich zugehört, Ihnen gänzlich überlassen bleibe, das aber, was dem Staate zugehört, nach ihrem Tode diesem zurückfalle.

§. LI.

La sustentation des souverains ecclésiastiques, dont les pays passent en entier ou en majeure partie, avec leurs résidences, à des souverains séculiers, ne peut être déterminée, vu la différence de leurs revenus,

§. 51.

Ihre Sustentation.

Die Sustentation der geistlichen Regenten, deren Lande ganz oder doch größtentheils mit den Residenzstädten an weltliche Regenten übergehen, kann, da ihr Einkommen sehr verschieden ist, nur nach Verhältniß desselben regu-

qu'en proportion desdits revenus; en conséquence, il ne peut être établi qu'un minimum et un maximum lesquels sont réglés de la manière suivante, savoir:

a) Pour les Princes-évêques le minimum à vingt mille, et le maximum à soixante mille florins.

Pour le Prince-évêque de Wurzbourg, en sa qualité de coadjuteur de Bamberg, en sus la moitié de ce maximum.

b) Pour les Princes-abbés et prevôts du premier rang, le minimum des Princes-évêques. Pour tous les autres Princes-abbés le minimum à six mille et le maximum à douze mille florins. Pour les Princesses-abesses le minimum à trois mille et le maximum à six mille florins.

c) Pour les prélats et abbesses d'Empire, de même que,

d) Pour les abbés immédiats, le minimum à deux mille et le maximum à huit mille florins.

Pour toutes ces déterminations on n'entend point restreindre la générosité des nouveaux souverains; chacun d'eux est libre de déterminer ultérieurement ce qu'il croira pouvoir accorder par des considérations et égards particuliers.

La Députation d'Empire s'attend que les nouveaux souverains séculiers lui feront connâitre positivement, au plus tard dans quatre semaines, comment ce réglement aura été exécuté, à la satisfaction des souverains dépossédés, ou devra l'être dans la suite par les prélatures à supprimer, afin que, si contre son attente l'application des régles ci-dessus établies éprouvait quelque difficulté pour l'une ou l'autre détermination, la Députation pût en connaitre.

lirt, mithin allenthalben nur ein minimum und ein maximum bestimmt werden. In dieser Hinsicht wird:

a) für Fürstbischöfe das minimum auf 20000; und das maximum auf 60000 Gulden;

für den Herrn Bischof zu Würzburg, als Coadjutor zu Bamberg, noch weiter die Hälfte dieses maximums;

b) für Fürstäbte und Pröbste des ersten Ranges das minimum der Fürstbischöfe; für alle andern Fürstäbte das minimum auf 6000, das maximum auf 12000; für gefürstete Aebtissinen aber das minimum auf 3000, das maximum auf 6000 Gulden;

c) Für Reichsprälaten und Äbtissinnen, auch

d) unmittelbare Aebte das minimum auf 2000, das maximum auf 8000 Gulden bestimmt.

Bei allen diesen Bestimmungen wird jedoch der Großmuth der künftigen Landesherrn kein Ziel gesetzt; vielmehr bleibt jedem, was er durch besondere Verhältnisse und Rücksichten weiter zu bewilligen sich veranlaßt findet, unbenommen.

Wie nun hiernach die Regulirung zur Zufriedenheit der abtretenden Regenten wirklich geschehen sey, oder bei aufzuhebenden Prälaturen künftig gemacht werden wolle, darüber gewärtiget die Reichsdeputation von den neuen weltlichen Regenten spätestens binnen vier Wochen eine verlässige Anzeige, damit alsdann, falls wider Vermuthen ein und anderer Bestimmung wegen bei der Anwendung obiger Regeln ein Anstand sich noch äußern sollte, die Deputation darüber erkennen möge.

§. LII.

Weihbischöfe, Capitularen ꝛc.

Les évêques suffragants pourvus de prébendes, les capitulaires des grands-chapitres, dignitaires et chanoines des chapitres nobles conserveront à vie leurs habitations

§. 52.

Die Weihbischöfe, insoferne sie Präbenden haben, die Domkapitularen, Dignitarien, Canonici der Ritterstifter, auch adeliche Stiftsdamen behalten den lebenslänglichen

chapitrales. Les dépenses faites pour l'achat ou le droit d'option de leurs maisons, devront être bonifiés, soit à eux, soit à leurs héritiers, si le souverain veut en disposer après leur décès. Il leur est réservé en outre la propriété particulière de leurs habitations, là où elle leur était attribuée par l'observance.

Genuß ihrer Capitelwohnungen; Ihnen oder ihren Erben sind die auf den Ankauf oder Optirung ihrer Häuser gemachten Auslagen, falls der Landesherr solche nach ihrem Tode an sich ziehen will, zu vergüten; auch außerdem an Orten, wo sie ein Privateigenthum ihrer Wohnung hergebracht haben, wird ihnen dieses vorbehalten.

§. LIII.

Pour leur sustentation future, on devra laisser aux capitulaires des grands-chapitres, dignitaires et chanoines des chapitres, nobles, les neuf dixièmes du total de leurs anciens revenus; et à chacun en particulier ce dont il a joui jusqu'à présent. On devra également laisser aux vicaires la jouissance de leur logement actuel; et attendu qu'ils sont pour la pluspart mal payés, celle de leurs revenus en entier, jusqu'à ce qu'ils soient placés dans d'autres emplois ecclesiastiques, à charge par eux de continuer, en attendant, de vaquer au service de l'église.

Les domiciliaires qui auront déjà joui d'une partie de leurs prébendes devront être traités a l'instar des capitulaires quant à leur quote de sustentation, et ils entreront successivement en jouissance des prébendes à mesure qu'elles viendront à vaquer, à moins que le souverain ne s'arrange avec eux d'une autre manière.

§. 53.

Ihre Sustentation.

Zu ihrer Sustentation aber sind dem Domcapitularen, Dignitarien und Canonicis der Ritterstifter neun Zehntheile ihrer ganzen bisherigen Einkünfte, und zwar jedem Einzelnen, was er bisher genossen hat, zu belassen. Auf gleiche Weise sind die Vicarien bei ihren Wohnungen, und da sie meist gering stehen, bey ihrem ganzen bisherigen Einkommen, bis sie etwa auf andere geistliche Stellen versorgt werden, zu belassen, wogegen sie ihren Kirchendienst einstweilen fort zu versehen haben.

Die Domicellaren da, wo sie wirklich schon einigen Genuß ihrer Präbenden bezogen haben, werden in der Quote ihrer Sustentation den Capitularen gleich gehalten, und rücken hiernächst, falls sich der Landesherr nicht in andern Wegen mit ihnen abfindet, in die vacirend werdenden Capitelspfründen.

§. LIV.

Les capitulaires et les domiciliaires des grands-chapitres, ainsi que des chapitres nobles et médiats qui suivant leurs différens statuts n'entrent en jouissance qu'après l'expiration des années de Carence, ou à la suite d'autres circonstances, pourvu qu'ils se trouvent dans la possession effective de leurs prébendes, ont les mêmes droits que ceux qui s'en trouvent déjà en jouissance réelle.

§. 54.

Capitulare.

Capitularen und Domicellaren der Dom- Ritter- und Mediatstifter, welche nach den verschiedenen Statuten der Stifter entweder erst nach dem Ablaufe der Carenz-Jahre, oder nach eintretenden andern Verhältnissen zum Genusse kommen, sobald sie nur in dem wirklichen Besitze ihrer Präbenden sind, haben ganz gleiche Rechte als diejenigen, welche sich wirklich schon im Genuß ihrer Präbenden befinden.

§. LV.

Stiftsfrauen.

Les chanoinesses conserveront la jouissance de ce qu'elles ont eu jusqu'ici, aussi long-tems que les nouveaux souverains ne préféreront pas de les supprimer, moyennant un arrangement à déterminer à leur satisfaction.

§. 55.

Die Stifftsfrauen und Fräulen bleiben in so lange bey ihrem bisherigen Genusse, als es dem neuen Landesherrn nicht räthlicher scheint, sie gegen eine zu ihrer Zufriedenheit zu regulirende Abfindung aufzuheben.

§. LVI.

Capitularische Dienerschaften.

Les dispositions suivantes, à l'égard des personnes au service des Princes, sont également applicables aux serviteurs, soit ecclésiastiques, soit séculiers des chapitres.

§. 56.

Für die capitularischen geist- und weltlichen Dienerschaften gelten die nämlichen Dispositionen, welche hiernach wegen der eigenen fürstlichen Dienerschaften folgen.

§. LVII.

Conventualen.

Les conventuels des abbayes princières et immédiates de l'Empire continueront d'être entretenus dans quelque communauté d'une manière convenable et conforme à leur ancien genre de vie. Ceux qui en sortiront avec l'agrément du souverain toucheront, jusqu'à ce qu'ils soient autrement établis, une Pension de 3 à 600 florins, suivant les revenus de leur fondation. Il sera pourvu de la même manière à la sustentation des frères lais. Les novices qui ne sont pas encore liés par des voeux, peuvent être renvoyés par le souverain avec une pension proportionnelle de trois années.

§. 57.

Die Conventualen fürstlicher, auch Reichs- und unmittelbarer Abteien sind auf eine ihrer bisherigen Lebensweise angemessene anständige Art in ein oder der andern Communität ferner zu unterhalten, oder denen, welche mit landesherrlicher Verwilligung austreten, bis zu anderweiter Versorgung, eine Pension von 300 bis 600 Gulden, nach dem Vermögen ihrer Stiftung zu verabreichen. Für die Laienbrüder ist auf ähnliche Art zu sorgen. Novizen, welche durch Gelübde noch nicht gebunden, können von den Landesherren mit einer dreijährigen verhältnißmäßigen Pension entlassen werden.

§. LVIII.

Precisten.

Les précistes impériaux qui ont déjà présenté leurs titres aux chapitres, et qui n'auront pas laissé passer leur tour lorsqu'il aura eu lieu, recevront en cas de vacance une pension proportionnelle. Cette disposition est également applicable aux panistes qui ont un droit acquis et reconnu sur leurs bénéfices laïques.

§. 58.

Kaiserliche Precisten, welche ihre Preces den Stiftern bereits präsentirt, und den schon eingetretenen Einrückungsfall nicht etwa haben vorbeigehen lassen, erhalten bey den künftigen Erledigungsfällen eine verhältnißmäßige Pension; und eben dieses gilt auch von denjenigen Panisten, welche auf ihre Laienpfründen ein schon erworbenes anerkanntes Recht haben.

§. LIX.

Dienerschaft.

Quant aux serviteurs auliques, ecclésiastiques et séculiers, aux militaires et aux pensionnaires des souverains ecclésiastiques, villes impériales et corporations immédiates, que le souverain dépossédé n'aura

§. 59.

In Ansehung der sämmtlichen bisherigen geistlichen Regenten, auch Reichsstädte und unmittelbaren Körperschaften, Hofgeistlichen und weltlichen Dienerschaft, Militär und Pensionisten, in so ferne der abgehende Regent

pas conservés à son service personnel, ainsi qu'aux serviteurs des cercles, là où ceux-ci subiraient un changement, il leur est conservé à tous la pleine et entière jouissance à vie de leurs rang, appointemens et émolumens légitimes; ou ces derniers cessant, il leur sera alloué une bonification à régler en remplacement, à charge par eux de se laisser employer, même ailleurs et dans d'autres emplois au gré du nouveau souverain et d'aprés leurs talens et connaissances. Cependant ceux de ces serviteurs qui seraient domiciliés dans une province, et qu'on voudrait transférer contre leur gré dans une autre, auront le choix de se faire porter sur l'état des pensions.

Dans ce dernier cas on sonservera comme pension à celui qui aura quinze années de service, ses appointemens et émolumens en entier; à celui qui aura dix années de service la moitié de leurs appointemens. Les pensionnaires actuels continueront de toucher leurs pensions, à moins qu'il n'y ait eu récemment des abus à ce sujet.

Si le nouveau souverain ne voulait pas garder à son service quelqu'employé, il conservera ses appointemens à vie. Mais si depuis le 24 Août de cette année, il a été accordé de nouvelles pensions, des augmentations de traitemens, ou bien établi de nouveaux traitemens, il dépend comme de raison du nouveau souverain de décider s'il juge ces concessions conformes aux principes de la justice et d'une bonne Administration.

§. LX.

La Constitution politique actuelle des pays à séculariser en tant qu'elle est fondée sur des conventions formelles entre le souverain et le pays et sur d'autres lois de l'Empire, sera maintenue intacte, sans que cependant le nouveau souverain ait les mains liées pour ce qui a rapport à l'Administra-

solche nicht in seinem persönlichen Dienste behält, so wie der Kreisdiener da, wo mit den Kreisen eine Veränderung vorgehen sollte, wird diesen allen der unabgekürzte lebenslängliche Fortgenuß ihres bisherigen Rangs, ganzen Gehalts und rechtmässiger Emolumente, oder wo diese wegfallen, eine dafür zu regulirende Vergütung unter der Bedingniß gelassen, daß sie sich dafür nach Gutfinden des neuen Landesherrn, und nach Maasgabe ihrer Talente und Kenntnisse auch an einem andern Orte, und in andern Dienstverhältnissen gebrauchen und anstellen lassen müssen; jedoch ist solchen Dienern, welche in einer Provinz ansässig sind, und in eine andere gegen ihren Willen übersetzt werden sollen, freizustellen, ob sie nicht lieber in Pension gesetzt werden wollen.

In diesem letztern Falle ist einem 15jährigen Diener sein voller Gehalt mit Emolumenten, einem 10jährigen zwei Drittheile, und denen, die noch nicht volle 10 Jahre dienten, die Hälfte als Pension zu belassen. Den wirklichen Pensionisten sind, falls nicht etwa neuerlich hie und da Mißbräuche untergelaufen waren, ihre Pensionen fort zu bezahlen.

Sollte der neue Landesherr einen oder den andern Diener gar nicht in Diensten zu behalten gedenken, so verbleibt demselben seine genossene Besoldung lebenslänglich. Sollten hingegen seit dem 24. August vorigen Jahrs neue Pensionen oder Besoldungserhöhungen verwilligt, oder ganz neue Besoldungen gemacht worden seyn, so bleibt es billig dem neuen Landesherrn überlassen, ob er solche Verwilligungen den Grundsätzen der Billigkeit, und einer guten Staats-Verwaltung angemessen findet.

§. 60.

Verfassung der säcularisirten Lande.

Die dermalige politische Verfassung der zu säcularisirenden Lande, in so weit solche auf gültigen Verträgen zwischen dem Regenten und dem Lande, auch andern reichsgesetzlichen Normen ruht, soll ungestört erhalten, jedoch in demjenigen, was zur Civil- und Militär-Administration, und deren Verbesserung und Ver-

tion civile et militaire, à son amélioration et simplification.

einfachung gehört, dem neuen Landesherrn freie Hand gelaſſen werden.

§. LXI.

Regalien.

Les régaliens, domaines épiscopaux, possessions et revenus des grands-chapitres passent au nouveau souverain.

§. 61.

Die Regalien, biſchöflichen Domainen, domkapitliſchen Beſitzungen und Einkünfte fallen dem neuen Landesherrn zu.

§. LXII.

Diöceſan-Einrichtung.

Les diocèses archi-épiscopaux et épiscopaux restent dans leur état actuel, jusqu'à ce qu'il soit établi une autre organisation diocésaine, conformément aux lois de l'Empire, de laquelle dépendra aussi l'établissement futur des chapitres cathédraux.

§. 62.

Die erz- und biſchöflichen Diöceſen verbleiben in ihrem bisherigen Zuſtande, bis eine andere Diöceſan-Einrichtung auf reichsgeſetzliche Art getroffen ſeyn wird, wovon dann auch die Einrichtung der künftigen Domcapitel abhängt.

§. LXIII.

Cultus.

L'exercice du culte actuel de chaque pays est maintenu et mis à l'abri de toute atteinte. Il est laissé en particulier à chaque religion la possession et la jouissance paisible des biens d'église et fonds d'écoles qui lui appartiennent, conformément aux stipulations du traité de Westphalie. Toutefois il dépend du souverain de tolérer des individus d'un autre culte, et de leur accorder la pleine jouissance des droits civils.

§. 63.

Die bisherige Religionsübung eines jeden Landes ſoll gegen Aufhebung und Kränkung aller Art geſchützt ſeyn; insbeſondere jeder Religion der Beſitz und ungeſtörte Genuß ihres eigenthümlichen Kirchenguts und Schulfonds nach der Vorſchrift des Weſtphäliſchen Friedens ungeſtört verbleiben; dem Landesherrn ſteht jedoch frei, andere Religionsverwandte zu dulden, und ihnen den vollen Genuß bürgerlicher Rechte zu geſtatten.

§. LXIV.

Mediatſtifte ꝛc. ꝛc.

Les chapitres, abbayes et couvens médiats dans les pays à séculariser, seront traités sur le pied établi ci-dessus pour les immédiats; c'est à-dire, que les chanoines des chapitres médiats supprimés, conserveront avec leurs habitations les neuf dixièmes de leur revenu actuel. Les vicaires le conserveront en entier; et les domiciliaires les neuf dixièmes de ce dont ils peuvent déjà avoir joui, et ils succéderont aux capitulaires. Néanmoins les chanoines dont le revenu n'excède pas en totalité huit cents florins le conserveront en entier à l'instar de vicaires. Les abbés dont l'immédiateté a jusqu'ici été contestée, ou qui sont incontestablement médiats, recevront proportionnellement au

§. 64.

Mit den Mediatſtiftern, Abteien und Klöſtern in den zu ſäculariſirenden Landen iſt es ganz auf den nämlichen Fuß, wie hier oben von den unmittelbaren angeordnet worden, zu halten. Es behalten nämlich die Canonici der Mediatſtifter, welche aufgehoben werden, nebſt ihren Wohnungen neun Zehntheile ihres bisherigen Einkommens, die Vicarien aber das Ganze, die Domizellaren neun Zehntheile deſſen, was ſie etwa wirklich bisher ſchon bezogen haben, und rücken den Capitularen nach. Solche Canonici jedoch, die überhaupt keine 800 Gulden beziehen, ſind, wie die Vicarien bei ihrem ganzen Einkommen zu belaſſen. Aebte, deren Unmittelbarkeit bisher ſtreitig, oder welche unſtreitig mittelbar geweſen ſind, erhalten verhältnißmäßig nach dem

revenu de leurs abbayes, une pension de deux à huit mille florins. Leurs conventuels et ceux des autres couvents, trois a six cents florins.

Les frères lais et novices seront traités sur le même pied établi ci-dessus, pour ceux des fondations immédiates. Ce qui a été stipulé à l'égard des employés en général, s'applique également aux serviteurs de toutes ces corporations.

Vermögen ihrer Abtei 2000 bis 8000 Gulden Pension. Ihre und andere Klosterconventualen 300 bis 600 Gulden.

Mit den Laienbrüdern und Novizen wird es auf gleiche Art, wie von denselben hieroben bei unmittelbaren Stiftern erwähnt worden, gehalten. Von den Dienerschaften aller solcher Corporationen gilt alles das Nämliche, was schon überhaupt wegen der Dienerschaften festgesetzt worden.

§. LXV.

Les fondations pieuses et de charité seront conservées comme toute propriété particulière en restant toutefois soumises à la surveillance et à l'autorité des souverains.

§. 65.

Fromme Stiftungen.

Fromme und milde Stiftungen sind, wie jedes Privat-Eigenthum zu conserviren, doch so, daß sie der landesherrlichen Aufsicht und Leitung untergeben bleiben.

§. LXVI.

Afin de garantir autant que possible la subsistance de ce grand nombre de personnes de distinction et autres victimes, les nouveaux souverains devront assigner tous ces fonds de sustentation sur les recettes les plus à leur portée, et les faire acquitter par trimestre et sans retard, comme ayant l'hypothèque la plus privilégée sur les revenus du pays en bonnes espèces, sur le pied de vingt-quatre florins au marc. En conséquence ils ne pourront pas permettre à leurs tribunaux de saisir ces fonds alimentaires.

§. 66.

Garantie der Pensionen.

Um nun auch den Unterhalt dieser großen Menge höherer und anderer unschuldiger Personen auf möglichste Art sicher zu stellen, haben die neuen Landesherrn alle solche Sustentationsgelder auf ihre nächsten Recepturen anzuweisen, und als solche, welche das privilegirteste Unterpfand auf die Landeseinkünfte haben, jederzeit vierteljährig in guten Münzsorten nach dem 24 Guldenfuß unverzüglich abführen zu lassen, daher auch ihren Gerichten keine Arrestanlegungen auf diese Alimentationsgelder zu gestatten.

§. LXVII.

Les directoires des cercles sont chargés de veiller à l'exécution de toutes ces stipulations, et de décréter et faire effectuer, à la première requisition des pensionnaires, sans accorder de delai, ni admettre d'opposition, l'exécution contre les autorités déléguées à cet effet, qui ne pourront pas justifier du paiement par la quittance, et dans le cas, où ces paiement courraient quelques risques, de prendre les revenus en administration immédiate en tant qu'ils seraient necessaires pour cet objet.

§. 67.

Pflichten der Kreisdirectorien.

Die Kreisdirectorien haben über den Vollzug alles dessen zu halten, und auf das erste Anrufen der Pensionisten, ohne Gestattung eines Termins oder einer Einrede, sogleich gegen die Zahlungsbehörde, welche sich mit der Quittung über die geschehene Zahlung nicht ausweisen kann, die bereiteste Execution zu erkennen und zu vollziehen; bei eintretender weiterer Zahlungsgefahr aber die Revenüen, so weit sie zu diesem Zwecke nöthig, in unmittelbare Administration zu nehmen.

§. LXVIII.

Vertheilte geistliche Länder.

Quant aux pays ecclésiastiques qui ne passent pas en totalité ni en majeure partie, avec leurs résidences à un seul souverain séculier, mais qui sont répartis entre plusieurs et dont les résidences et la plus grande partie du territoire se trouvent sur la rive droite du Rhin, les principes établis ci-dessus sont également applicables, tant à la sustentation des personnes lésées par ces changemens, qu'à la sûreté des serviteurs, à la garantie du culte, etc. La répartition des sommes fixées pour cette sustentation, et les fonds sur lesquels elles seront assignées, exigent cependant, pour ces pays, de nouvelles dispositions particulières.

En conséquence, les charges spécialement affectées à quelques districts, telles que l'entretien d'un couvent médiat, celui des employés et serviteurs d'un bailliage, etc., seront supportées par les seuls souverains auxquels ce district aura été dévolu. La sustentation des personnes dépendantes des chapitres cathédraux et des corporations ecclésiastiques et séculières, qui possédaient des fonds en propre ne peut, dans un pays ecclésiastique démembré, être supportée par toute la masse, mais uniquement par ceux qui acquièrent les biens et revenus desdits chapitres cathédraux et corporations, et sera répartie entre eux proportionnellement.

Il ne reste donc à répartir entre tous les nouveaux possesseurs d'un tel pays, que les charges qui concernent la totalité dudit pays, auxquelles charges appartient principalement la sustentation du souverain ecclésiastique dépossédé. Tous les co-partageans devront s'entendre à ce sujet le plutôt possible. Dans le cas cependant où ils ne pourraient pas s'arranger à l'amiable dans l'espace de quatre semaines, les Princes convoquans des Cercles et dans les Cercles du Haut et Bas-Rhin qui sont particulièrement

§. 68.

Bei denjenigen geistlichen Ländern, welche nicht ganz oder größtentheils mit ihren Residenzen an einen weltlichen Herrn kommen, sondern unter mehrere vertheilt werden, gleichwohl aber ihre Residenzen und meisten Lande diesseits Rheins haben, sind, sowohl in Ansehung der standesmäßigen Unterhaltung der unter der gegenwärtigen Veränderung leidenden Personen, als wegen der Sicherstellung der Dienerschaften des Landes, auch kirchlichen, religiösen Verfassung und dergleichen, alle diejenigen Grundsätze in Anwendung zu bringen, welche oben schon festgesetzt worden. Nur erfordert die Vertheilung der Sustentations-Summe und der Fonds, worauf solche gegründet werden, in diesen Landen nothwendig nähere Bestimmung.

Diesemnach fallen die auf einzelnen Theile insbesondere ruhenden Lasten, z. B. die Unterhaltung eines mittelbaren Klosters, die Uebernahme der Beamten und Diener eines einzelnen Amtes, und dergleichen mehr, denjenigen neuen Herrn allein zur Last, die solche einzelne Theile erhalten; sonderlich kann die Erhaltung des domcapitlischen Personals und der Individuen aller geistlich- und weltlichen Corporationen, die ihre eigenen Fonds gehabt haben, bei einem vertheilten geistlichen Lande nicht in die ganze Masse geworfen werden, sondern nur denjenigen, welche die Gefälle und Güter solcher Domcapitel und Corporationen bekommen, zufallen, und unter diesen verhältnißmäßig vertheilt werden.

Zur Vertheilung unter sämmtliche neuen Theilhaber eines solchen Landes bleiben also nur die auf das Ganze sich beziehenden Lasten übrig, wohin dann vorzüglich die Sustentations-Summe des von der Regierung abtretenden geistlichen Landesherren gehört. Sämmtliche Theilhaber haben sich hierüber alsbald unter sich zu verstehen, sollte jedoch diesfalls keine gütliche Uebereinkunft binnen vier Wochen zu Stande kommen, so haben die Kreisausschreib-Aemter, und in dem Chur- und Oberrheinischen Kreise, wo der Fall der Theilung vorzüglich eintritt, Chur-

dans ce cas, Mayence et Hesse-Cassel examineront conjointement ces objets, et arrêteront les dispositions nécessaires.

§. LXIX.

Quant aux pays, dont les souverains ecclésiastiques ont perdu leur résidence sur la rive gauche du Rhin avec lesdits pays y situés, mais qui ont cependant encore conservé des possessions considérables sur la rive droite, on doit principalement avoir égard à S. A. E. de Trêves, comme Electeur d'Empire, à Son grand-chapitre et à Ses serviteurs. Comme les restes des pays et revenus de l'électorat sur la rive droite ne suffisent pas à beaucoup près pour subvenir à cette sustentation, d'autant plus que le grand-chapitre de Trêves n'a pas conservé de fond particulier sur cette rive, l'entretien de S. A. E. est fixé à cent mille florins.

Le collége électoral y compris les nouveaux électeurs à introduire est invité à se charger de cette somme, à la payer annuellement à l'Electeur de Trêves, à des époques determinées, et à statuer sur le reglément de cet objet, par un arrêté particulier du collége électoral. Il est de plus arrêté que la ville impériale d'Augsbourg laissera à vie à S. A. E. son château episcopal et les bâtimens nécessaires pour les personnes à son service, avec l'ameublement actuel et les immunités dont ce Prince a joui jusqu'a présent dans toute leur étendue.

§. LXX.

Les nouveaux possesseurs des restes du pays de Trêves, étant entiérement dispensés de contribuer à cette sustentation, devront se charger d'une part proportionellement plus grande pour la sustentation du grand chapitre et des serviteurs de Trêves. Mayence et Hesse-Cassel sont également chargés de déterminer leur juste quote-part à ces pensions.

mainz und Hessen-Cassel gemeinsam diese Gegenstände zu erörtern, und die erforderlichen Bestimmungen zu treffen.

§. 69.

Bei denjenigen Landen, wo die geistlichen Regenten ihre Residenzstädte auf der linken Rheinseite mit den dortigen Landen verloren, doch auch noch beträchtliche Besitzungen diesseits Rheins behalten haben, kommen vorzüglich Seine Churfürstliche Durchlaucht zu Trier, als Churfürst des Reichs, auch Dero Domcapitel und Dienerschaften in Betrachtung. Da die übrigen diesseits Rheinischen Churfürstlichen Lande und ihre Einkunfte bey weitem nicht hinreichen, alle diese Sustentationen zu bestreiten, zumal dem Domcapitel zu Trier auf dieser Seite kein eigener Fond geblieben, so wird der Unterhalt Seiner Churfürstlichen Durchlaucht auf 100000 Gulden bestimmt. Churfürst von Trier.

Das Churfürstliche Collegium, einschlüssig der neu einzuführenden Herrn Churfürsten, ist ersucht, diese Summe zu übernehmen, dem Herrn Churfürsten von Trier solche jährlich in zu bestimmenden Terminen zu entrichten, und zur Berichtigung dieses Gegenstandes einen eigenen Schluß im Churfürstlichen Collegium zu fassen; dann wird festgesetzt, daß die Stadt Augsburg dem Herrn Churfürsten von Trier ihr bischöfliches Schloß, und die für Ihre Dienerschaft nöthigen Gebäude in ihrem gegenwärtigen meublirten Zustande nebst den bisher gehabten Immunitäten, in ihrem ganzen Umfange lebenslänglich ungestört zu belassen habe.

§. 70.

Die neuen Besitzer der Reste der Churtrierischen Lande haben, da sie mit diesem Unterhalte ganz verschont bleiben, einen verhältnißmäßig größern Antheil des Trierischen Domcapitels und der Trierischen Dienerschaft zu übernehmen; die billige Ermässigung und Bestimmung dieses Pensionen-Antheils wird Churmainz und Hessen-Cassel aufgetragen.

§. LXXI.

Dom-Capitel zu Cölln.

Le réglement de la sustentation du grand-chapitre de Cologne, devra, à l'instar de celui de Trêves, être non seulement proportionné aux possessions et revenus dudit chapitre sur la rive droite; mais on aura aussi égard à ce qui les nouveaux possesseurs ne sont pas dans le cas d'entretenir un Prince sur les revenus des pays qui leur sont dévolus; en conséquence, les commissaires susmentionnés devront chercher à pourvoir à la sustentation convenable du grand-chapitre de Cologne, d'après les considérations établies ci-dessus.

§. 71.

Die Bestimmung des Unterhalts des Dom-Capitels zu Cöln ist eben so, wie jene des Domcapitels zu Trier nicht blos nach den diesseitigen Besitzungen und Einkünften des Domcapitels selbst abzumessen, sondern auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß die neuen Besitzer aus den Einkünften der ihnen zufallenden Lande keinen Regenten zu erhalten haben. Es haben daher die vorbenannten Commissarien unter diesen Rücksichten auch dem Domcapitel zu Cöln den billigmäßigen Unterhalt auszumitteln.

§. LXXII.

Andere geistliche Regenten ꝛc. ꝛc.

Tout ce qui a été établi pour les pays ecclésiastiques qui passent en totalité ou en majeure partie avec les résidences des anciens souverains à un souverain séculier, ou qui ne passent ni en totalité ni en majeure partie avec les résidences à un possesseur séculier, mais qui sont repartis entre plusieurs, et dont les résidences et la plus grande partie du pays sont situées sur la rive droite du Rhin, est également applicable à tous les autres souverains ecclésiastiques, grand-chapitres, serviteurs, chapitres, fondations et couvens médiats, corporations ecclésiastiques et séculières, constitutions civiles et ecclésiastiques compris dans cette classe. Il est entendu toute fois que la sustentation de toutes les personnes appartenantes à cette classe, dont les fonds ne sont pas situés en entier sur la rive droite, ne peut pas être aussi considérable que celle des personnes désignées ci-dessus, mais qu'elle sera principalement determinée d'après les revenus qui leur restent sur cette rive. En conséquence, la sustentation de ces chapitres et couvens ne peut être généralement fixée aux neuf dixièmes de leurs anciens revenus.

§. 72.

Auf alle übrigen, zu den Landen letztgedachter Art gehörige geistlichen Regenten, Domcapitel, Dienerschaften, Mediatstifter, Klöster, Stiftungen, geist- und weltlichen Körperschaften, Landes- und kirchlichen Verfassungen ist zwar alles dasjenige ebenfalls anwendbar, was in Ansehung solcher geistlicher Lande, welche ganz oder doch größtentheils mit den Residenzstädten der bisherigen geistlichen Regenten an einen weltlichen Regenten übergehen, oder, welche nicht ganz oder größtentheils mit ihren Residenzen an einen weltlichen Herrn kommen, sondern unter mehrere vertheilt werden, gleichwohl aber ihre Residenzen und meisten Lande diesseits Rheins haben, festgesetzt worden; es versteht sich jedoch von selbst, daß der Unterhalt aller zu dieser Classe gehörigen Personen, in so ferne ihre Fonds nicht ganz auf dieser rechten Rheinseite liegen, nicht so beträchtlich, als bei den eben benannten ausfallen könne, sondern daß solcher vorzüglich nach den ihnen auf dieser Seite noch zustehenden Einkünften zu bemessen sey. Es kann daher auch bey solchen Domcapiteln und Stiftern der Unterhalt nicht durchgängig auf neun Zehntheile ihrer vormaligen Einkünfte festgesetzt werden.

§. LXXIII.

Dienerschaft der Lande diesseits des Rheins.

Les serviteurs qui n'ont pas d'emploi local dans les bailliages de la rive droite

§. 73.

Die Dienerschaften, welche nicht local und in den diesseitigen Aemtern angestellt sind, kön-

ne peuvent attendre quelque secours des nouveaux possesseurs que dans la proportion des parties de territoire restantes sur cette rive, comparées à tout le pays, à moins qu'à l'instar des serviteurs électoraux de Cologne, employés sur la rive droite du Rhin, ils n'aient été appelés expressément par leurs souverains pour l'Administration des pays de ladite rive, dans lequel cas on leur continuera leurs appointemens en entier.

nen nur nach dem Verhältnisse, worin die diesseits rheinischen Reste der Lande zum ganzen Lande stehen, von den neuen Besitzern einige Unterstützung gewärtigen, es sey dann, daß solche, wie in Specie die diesseits angestellte Churcöllnische Dienerschaft auf die rechte Rheinseite zur Administration der diesseitigen Lande von ihrem Landesherrn ausdrücklich beordert worden, in welchem Falle ihnen ihre ganzen Gehalte ohne Anstand fortzubezahlen sind.

§. LXXIV.

Cette disposition est en général restreinte aux capitulaires et aux serviteurs qui ont suivi leurs souverains sur la rive droite du Rhin, et qui n'ont point établi depuis leur domicile sur la rive gauche; principe qui doit être appliqué généralement. Cependant les chanoines, qui n'ont pas passé sur la rive droite du Rhin, mais qui sont restés à leurs cathédrales, seront assimilés à ceux qui ont passé ce fleuve, dans le cas où ils s'établiraient dans la suite sur la rive droite.

§. 74.

Ueberhaupt ist diese Fürsorge nur auf diejenigen Capitularen und Diener einzuschränken, welche ihren Regenten auf die rechte Rheinseite gefolgt sind, und auch inzwischen ihren Wohnsitz nicht jenseits aufgeschlagen haben, welcher Grundsatz allgemein anzuwenden ist. Es sind jedoch diejenigen Domherrn, welche jenseits bei ihren Domkirchen geblieben sind, den herübergegangenen gleich zu halten, falls sie sich künftig diesseits niederlassen werden.

§. LXXV.

Quant aux souverains ecclésiastiques, auxquels il reste très-peu de pays et de revenus à la rive droite du Rhin, tel que le Prince-évêque de Bâle, et à leurs grand-chapitres et serviteurs, ou qui ont tout perdu sur la rive gauche, tel que le Prince-évêque de Liège, il est nécessaire de déterminer un fond particulier pour leur sustentation convenable. En conséquence la sustentation du Prince-évêque de Liège, dont la situation est unique, est fixée à 20 mille florins. Les Princes-évêques, qui étaient en possession de deux ou plusieurs évêchés, contribueront pour la formation de cette somme du dixième de la pension qu'ils tirent pour l'un de leurs évêchés. Ils consacreront également un vingtième des revenus d'un de leurs évêchés, pour former la moitié de ce minimum c'est-à-dire 10 mille florins pour le Prince-évêque de Bâle,

§. 75.

Für diejenigen geistlichen Regenten mit ihren Domcapiteln und Dienerschaften, denen auf dieser Rheinseite, wie z. B. dem Herrn Fürstbischofe zu Basel sehr wenig an Landen und Einkünften übrig bleibt, oder welche jenseits, wie z. B. der Herr Fürstbischof zu Lüttich, alles verloren haben, ist nöthig, einen besondern Fond zu bestimmen, woraus ihr billiger Unterhalt hergenommen wird. Diesemnach wird die Sustentation des Herrn Fürstbischofs von Lüttich, dessen Lage einzig ist, auf 20,000 fl. festgesetzt. Diejenigen Fürstbischöfe, die im Besitze zweier oder mehrerer Bisthümer waren, geben zu Aufbringung dieser Summe den 10. Theil der Pension eines ihrer Bisthümer ab; eben so werden sie für den Herrn Fürstbischof von Basel den 20. Theil der Revenüen eines ihrer Bisthümer abgeben, um für ihn die Hälfte des Minimums, nämlich 10,000 Gulden aufzubringen, indem ihm nur einige Parcellen sei-

vu qu'il ne lui est resté que quelques parcelles de son pays sur la rive droite du Rhin. Dans le cas où l'un des Princes-évêques contribuant d'un dixième et d'un vingtième sur un de ces bénéfices en faveur des Princes-évêques de Liège et de Bâle, viendrait à mourir avant l'un de ces derniers, le Prince territorial à qui une telle pension retomberait, serait chargé de continuer auxdits Princes-évêques le paiement du dixième et du vingtième qui leur reviennent. Les Princes-évêques de Bâle et de Liège sont en outre recommandés à la collation des premiers sièges épiscopaux disponibles. Il leur sera toutefois libre, d'accepter ou non des évêchés, sans que dans aucun cas il puisse leur être tenu compte sur les revenus de l'évêché, de leur somme de sustentation déjà fixée au minimum:

Les deux sommes sus-mentionnées seront fournies d'après la répartition suivante, par M. M. les Princes-évêques, savoir:

L'évêque de Trèves donnera de sa pension de 60 mille florins, comme évêque d'Augsbourg, savoir: à l'évêque de Bâle, 3 mille florins; à lévêque de Liège 6 mille florins. Plus, comme prévôt d'Elwangen, de sa pension de 20 mille florins, à l'évêque de Bâle mille florins; à celui de Liège 2 mille florins. L'évêque de Wurzbourg, de sa pension de 30 mille florins, comme coadjuteur de Bamberg, à l'évêque de Bâle mille cinq cents florins; à celui de Liège, 3 mille florins. L'évêque de Hildesheim et Paderborn reçoit pour ces deux sièges 50 mille écus de Prusse, ou 80 mille florins; ainsi de la moitié il donnera 2 mille florins a Bâle et 4 mille à Liège. L'évêque de Ratisbonne de sa pension de 20 mille florins pour Freysingen mille florins à Bâle, et 2 mille à Liège. Le même, de celle de 20 mille florins pour la prévôté de Berchtesgaden, mille florins à Bâle, 2 mille florins à Liège. L'Electeur archichancelier de sa pension de 10 mille florins, comme Prince-évêque de Constance, 500 florins à Bâle, mille à Liège.

nes Landes auf dem rechten Rheinufer geblieben sind. Im Falle nun einer der Fürstbischöfe, die ein Zehntheil und Zwanzigtheil eines ihrer Deputats an die Fürstbischöfe von Lüttich und Basel abgeben, früher als oben gedachte Fürstbischöfe versterben würden, so behält der Landesherr, dem eine solche Pension zurückfällt, die Verbindlichkeit, das Zehntheil und Zwanzigtheil an gedachte Herrn Fürstbischöfe von Basel und Lüttich fort zu entrichten. Ferner werden die beiden Herrn Fürstbischöfe von Basel und Lüttich zu den ersten offen werdenden bischöflichen Sitzen empfohlen, jedoch bleibt es der Willkühr der beyden gedachten Herrn Fürsten überlassen, Bisthümer zu übernehmen oder nicht, ohne in einem oder dem andern Falle ihre ohnehin auf das Minimum gesetzte Sustentationsgelder an den Einkünften des Bisthums aufgerechnet zu erhalten.

Die beiden bemerkten Summen von 20,000 und 10,000 Gulden werden nach folgender Austheilung von den Fürstbischöfen entrichtet:

Der Herr Churfürst von Trier geben von ihrer Pension von 60,000 Gulden als Bischof von Augsburg, an den Bischof von Basel 3000, an jenen von Lüttich 6000 Gulden. Ferner als Probst von Ellwangen von der Pension von 20,000 Gulden: an Basel 1000, an Lüttich 2000 Gulden. Der Herr Bischof von Würzburg, wegen der Coadjutorie von Bamberg, à 30,000 Gulden: an Basel 1500, an Lüttich 3000 Gulden. Der Herr Bischof von Hildesheim und Paderborn erhält für beyde Sitze 50,000 preuß. Thaler oder 80,000 Gulden, giebt also von der Hälfte ab: an Basel 2000, an Lüttich 4000 Gulden. Der Herr Bischof von Regensburg von seiner Pension von Freisingen à 20,000 Gulden: an Basel 1000, an Lüttich 2000 Gulden. Ebenderselbe wegen der Probstei Berchtesgaden, à 20,000 Gulden: an Basel 1000, an Lüttich 2000 Gulden. Der Herr Churfürst Erzkanzler, als Fürstbischof von Constanz und Worms, à 10,000 Gulden: an Basel 500, an Lüttich 1000 Gulden.

A l'égard des grand-chapitres et serviteurs auxquels les nouveaux Princes territoriaux en raison de leurs biens et revenus situés à la rive droite du Rhin, ne seraient pas en état de fournir leur sustentation nécessaire, tels que ceux de Cologne, Trèves, Worms, Liége, Bâle, Spire, Strassbourg et autres qui se trouvent dans le même cas, il sera formé pour eux une caisse particulière, pour laquelle il sera retenu à chaque chanoine, ayant plus d'une prébende, deux dixièmes de chaque neuf dixième qu'ils ont à retirer de cette prébende; laquelle caisse sera confiée à l'Electeur archi-chancelier de l'Empire pour la distribution, en être faite par lui dans de justes proportions, et de manière à satisfaire à cet objet autant que les fonds pourront le permettre. N'en seront pas moins tenus pour cela les Princes territoriaux qui reçoivent les restes de ces pays, ainsi que les revenus des grand-chapitres et autres corporations, de pourvoir proportionellement à l'entretien des parties souffrantes.

Betreffend hingegen die Domcapitel und Dienerschaften, welche aus den diesseits rheinischen Gütern und Einkünften von den neuen Landesherrn ihren nöthigen Unterhalt nicht erhalten können, als jene von Cöln, Trier, Worms, Lüttich, Basel, Speier, Straßburg und andere, welche sich im ähnlichen Falle befinden; so soll für sie eine eigene Casse dadurch errichtet werden, daß jenen Domherrn, welche mehr als eine Präbende hatten, zwei Zehntheile ihrer neun Zehntheile, welche sie von diesen Präbenden zu beziehen haben, eingehalten, und diese Casse dem Churfürsten Reichserzkanzler untergeben werde, um hiervon nach einem gerechten Maasstabe die Austheilung dergestalt zu machen, damit nach den Kräften der Casse ihr Zweck erreicht werde. Nichtsdestoweniger haben diejenigen Landesherren, welchen die Ueberreste solcher Lande, auch die Einkünfte der Domcapitel und anderer Corporationen zufallen, nach deren Verhältnisse für den Unterhalt der leidenden Interessenten zu sorgen.

§. LXXVI.

Enfin, quant aux ecclésiastiques et serviteurs, dont les corporations ont été supprimées sur la rive gauche du Rhin, et qui ont cependant encore plus ou moins de biens sur la rive droite, biens qui sont mis à la disposition des nouveaux souverains locaux, il est entendu que lesdits souverains, autant que ces revenus y suffiront, sont à l'instar de tous les autres nouveaux possesseurs chargés de la sustentation des personnes qui, étant nées sur la rive droite du Rhin, y ont été renvoyées par le Gouvernement françois, sans pension, pour y être entretenues; ou qui se sont déjà établies sur cette rive pendant la guerre, à cause de ces revenus et de leur administration, ainsi que pour leur subsistance, et qui en ont effectivement joui jusqu'à présent. En conséquence, ils sont tenus de

§. 76.

Dienerschaft der Länder jenseits des Rheins.

In Ansehung derjenigen Geistlichen und Diener endlich, deren Körperschaften jenseits auf der linken Rheinseite aufgehoben worden, welche jedoch noch mehr oder weniger Güter auf dieser rechten Rheinseite haben, die künftig der Disposition der respektiven Landesherren überlassen sind, versteht sich von selbst, daß diese Landesherren, so weit diese Einkünfte reichen, den Unterhalt derjenigen Personen, welche als diesseits geborne von dem französischen Gouvernement zu diesem Unterhalt ohne Pension auf diese Seite verwiesen worden, oder welche eben dieser Einkünfte und ihrer Administration wegen, um davon ihren Unterhalt zu ziehen, schon während des Krieges auf dieser Rheinseite ihre Wohnungen genommen, auch diese Einkünfte bisher wirklich genossen haben, eben so wie alle andern neue Landesherren, diesen Unterhalt zu übernehmen, und zu diesem Ende

laisser, à vie durante, à ces infortunés la jouissance desdits revenus, auxquels ils ont un droit fondé, et il ne pourra en être disposé qu'après leur décès.

diesen unglücklichen Individuen ihre Einkünfte, worauf ihnen ein gegründetes Recht zustehet, lebenslänglich zu belassen, und über solche nur nach deren Tode anderweit zu disponiren haben.

§. LXXVII.

Schulden der Entschädigungs-Lande.

Comme il est nécessaire pour rassurer les créanciers de pourvoir aux dettes affectées aux pays donnés en indemnité, il est entendu que dans les pays, qui passent en entier d'un souverain ecclésiastique à un souverain séculier, ce dernier doit se charger de toutes ces dettes, tant domaniales que territoriales, les acquitter et en payer les intérêts sur ses nouveaux revenus et impositions, de la même manière que le souverain ecclésiastique aurait été tenu de le faire.

§. 77.

Da auch wegen der auf den Entschädigungslanden haftenden Schulden, zur Beruhigung so vieler Gläubiger Vorsehung geschehen muß, so versteht sich zuvörderst von selbst, daß bei solchen Landen, welche ganz von einem geistlichen Regenten auf einen weltlichen übergehen, letzterer alle, sowohl Cameral- als Landesschulden eines solchen Landes mit zu übernehmen, mithin solche respective aus seinen neuen Kammer-Einkünften und Steuern, eben so zu verzinsen und abzuführen habe, wie es der geistliche Regent würde haben thun müssen.

§. LXXVIII.

Hypothekgläubiger in den vertheilten Ländern.

Dans les pays ecclésiastiques partagés entre plusieurs, le créancier auquel il a été assigné une hypothéque spéciale peut s'en tenir à cette hypothéque, de manière que les copartageans d'un tel pays, qui sont nantis de cette hypothéque spéciale, soient obligés de lui en payer provisoirement les intérêts. Ces dettes, ainsi que celles qui n'ont qu'une hypothéque générale, ou versionem in rem, et enfin celles qui ont perdu leurs hypothéques spéciales, telles que les péages, seront ensuite réparties comme dettes générales du pays, entre tous les co-partageans dudit pays, en quote-parts proportionnelles, savoir: les dettes domaniales à raison du produit des domaines, et les dettes territoriales d'après le rôle des contributions.

§. 78.

Bei solchen geistlichen Ländern hingegen, welche unter Mehrern vertheilt werden, kann sich zwar der Gläubiger, wenn ihm ein Spezial-Unterpfand verschrieben ist, an dieses Spezial-Unterpfand allerdings dergestalt halten, daß diejenigen Theilhaber eines solchen Landes, welche die Spezial-Hypothek besitzen, ihm einstweilen die Zinsen fort entrichten müssen; es sind aber hiernächst diese Schulden eben so, wie diejenigen, welche nur eine General-Hypothek, oder auch nur versionem in rem für sich, oder endlich, die ihre bisher gehabte Spezial-Hypothek, z. B. die Zölle, verloren haben, als allgemeine Landesschulden unter sämmtlichen Theilhabern eines solchen Landes in verhältnißmäßige Theile, und zwar die Kammerschulden nach dem Domainenertrage, die Landesschulden aber nach dem Steuer-Capitale zu vertheilen.

§. LXXIX.

Vorläufige Zahlung.

Mais afin que les créanciers ne soient pas obligés d'attendre le paiement de ces intérêts jusqu'à cette répartition, il est établi, à l'égard des capitaux dépourvus d'hypothéque spéciale, que le possesseur du chef-lieu ou de la plus grande partie du pays

§. 79.

Damit jedoch die Gläubiger bis zu dieser Austheilung nicht auf ihre Zinsen warten müssen, so hat von solchen Capitalien, denen es an einer Spezial-Hypothek fehlt, der Inhaber des Hauptorts oder des größern Theils des Landes, einstweilen bis zur Abrechnung, diese Zinsen

acquittera provisoirement ces intérêts jusqu'à la liquidation définitive, à moins que les copartageans, là ou les parts ne sont pas trés-inégales, ne s'entendent provisoirement entr'eux sur le paiement des intérêts de ces capitaux.

zu berichtigen; es wäre dann, daß sich die Theilhaber da, wo die Theile nicht merklich verschieden sind, wenigstens der Verzinsung solcher Capitalien wegen einstweilen unter sich verstünden.

§. LXXX.

Lorsque les pays ecclésiastiques, dont les dettes sont à régler, se trouvent en partie sur la rive gauche du Rhin, les dettes territoriales qui ont leur hypothéque spéciale sur la rive gauche, ou qui sont dans le cas d'aprés le traité de Lunéville, de passer à la République françoise, seront préalablement deduites de la masse à répartir des dettes d'un tel pays.

§. 80.

Ausgleichung der Hypotheken-Schulden.

Lägen hingegen die geistlichen Lande, von deren Schulden die Frage ist, zum Theil auf der linken Rheinseite, so sind diejenigen Landesschulden, die ihre Spezial-Hypothek auf der linken Rheinseite haben, oder die sonst nach dem Lüneviller Frieden geeignet sind auf die französische Republik überzugehen, von der zu vertheilenden Schuldenmasse eines solchen Landes voraus abzuziehen.

§. LXXXI.

Si de nouvelles dettes ont encore été contractées quelque part aprés le 24 Août de cette année, leur acquittement tiendra à la question de savoir si l'avantage ou les besoins réels de l'Etat ont exigé ces emprunts.

§. 81.

Neue Schulden.

Sollten aber etwa irgendwo noch nach dem 24. August 1802, neue Schulden contrahirt worden seyn, so hängt deren Zahlung davon ab, ob wirklich der Nutzen oder das Bedürfniß des Staats solche Geldaufnahme noch erfordert haben.

§. LXXXII.

Quant aux dettes de Cercles entiers nommément de ceux situés entièrement sur la rive droite du Rhin, tels que les Cercles de Franconie et de Souabe, tous les pays, qui en ont jusqu'ici fait partie, restent chargés du paiement de ces dettes; mais lorsque quelque pays ecclésiastique du Cercle est partagé entre plusieurs souverains séculiers, il est également nécessaire de régler le plus tôt possible, pour chaque portion d'un tel pays, sa quote matriculaire aux prestations de l'Empire et du Cercle; et ce sera d'aprés cette échelle que les nouveaux possesseurs concourront à l'amortissement des dettes du Cercle et au paiement des intérêts. En attendant que cette répartition ait eu lieu, la contribution de tous ces pays démembrés aux prestations du Cercle et au paiement des intérêts des

§. 82.

Schulden ganzer Kreise.

Was sodann die Schulden ganzer Kreise, und zwar zuerst solcher, welche wie der Fränkische und Schwäbische, ganz auf der rechten Rheinseite liegen, betrifft, so bleiben alle diejenigen Länder, welche bisher zu diesen Kreisen gehört haben, für solche Schulden verhaftet. Werden aber einzelne geistliche Kreislande unter mehrere weltliche Herrn vertheilt, so muß ohnehin jedem Theile eines solchen Landes seine rata matricularis an Reichs- und Kreisprästanden bald thunlichst regulirt werden; nach welchem Maaßstabe alsdann auch die neuen Besitzer zu Abtrag- und Verzinsung der Kreiscapitalien zu concurriren haben. Bis aber diese Repartition wirklich geschehen ist, kann der Beitrag von getheilten Ländern zu allen Kreisprästanden, mithin auch zu Verzinsung der Capitalschulden nicht anders geschehen, als auf die nämliche Art, wie so eben in Betreff der

dettes, sera acquittée de la manière établie ci-dessus à l'égard des dettes territoriales des pays démembrés.

Landesschulden getheilter Lande erwähnt worden ist.

Schulden der rheinischen Kreise.

§. LXXXIII.

Enfin quant aux dettes contractées par les Cercles du Haut et Bas-Rhin, situés l'un et l'autre sur les deux rives de ce fleuve, savoir: par le Cercle du Bas-Rhin, immédiatement avant la guerre, et par celui du Haut-Rhin, pendant et pour la guerre, les créanciers de ces deux Cercles sont, en égard aux circonstance, en droit de s'en tenir pour le remboursement de leurs capitaux et intérêts, aux pays des deux Cercles situés à la rive droite. Les souverains de pays situés sur cette rive, et qui appartiennent à l'un ou à l'autre de ces Cercles, devront s'entendre entr'eux sur l'acquittement de ces capitaux et de leurs intérêts. Il sera à cet effet préalablement nécessaire de poursuivre la rentrée aux caisses générales et particulières établies dans le Cercle du Haut-Rhin, des arrérages exigibles, en tant qu'il n'existe pas d'exception valable, lesquels arrérages devront être affectés au paiement des intérêts et des capitaux. Le surplus sera acquitté en mois romains ordinaires du Cercle, par les pays qui en sont encore partie.

§. 83.

In Ansehung derjenigen Schulden aber endlich, welche die auf beiden Rheinseiten gelegenen Chur- und Oberrheinischen Kreise und zwar Churrhein unmittelbar vor dem Kriege, Oberrhein aber erst während und zu dem Kriege, contrahirt haben, so sind nach allen vorwaltenden Verhältnissen die Gläubiger dieser Chur- und Oberrheinischen Kreise wegen dieser ihrer Capitalien und Zinsen, sich an den diesseits rheinischen Landen der beiden Kreise zu halten, allerdings befugt. Die Herren der diesseits rheinischen Lande, welche zu einem dieser Kreise gehören, haben sich über die Verzinsung und Abführung dieser Capitalien zu verstehen. Vor allem sind zu diesem Ende bei Oberrhein zu den dort eingeführten General- und Specialcassen die exigibeln Ausstände, in so ferne keine rechtliche Entschuldigung obwaltet, beizutreiben, sodann zur Zinsen- und Capitalienzahlung zu verwenden, das weiter Erforderliche aber ist durch gewöhnliche Kreisrömermonate, von den, zu diesem Kreise noch gehörigen Landen beyzubringen.

Schulden, deren Zahlung Frankreich etwa verweigern würde.

§. LXXXIV.

Dans le cas où la quote matriculaire des pays de Cercle situés sur la rive gauche auxdites dettes ne serait pas comprise par la République françoise dans la cathégorie de celles, dont elle devra se charger, la part des pays séculiers des Cercles situés sur cette rive sera ajoutée à celles dont les Etats d'Empire indemnisés doivent se charger, sans en gréver leurs nouveaux sujets; et la part seule des pays ecclésiastiques aux dettes des Cercles ne sera pas transférée, et augmentera la masse des dettes du reste des pays du Cercle situé sur la rive droite

§. 84.

In so fern hingegen der matricularmäßige Antheil der jenseits Rheins gelegenen Kreislande an diesen Schulden, von der französischen Republik nicht unter die Cathegorie der von derselben zu übernehmenden Schulden gerechnet wird; so ist der Antheil der jenseits Rheins gelegenen weltlichen Kreislande an den Kreisschulden denjenigen Landesschulden beizuzählen, welche von den entschädigten Reichsständen ohne Belästigung ihrer neuen Unterthanen zu übernehmen sind; und nur der Antheil der geistlichen Kreislande an den Kreisschulden fällt ohne Uebertragung hinweg, und vermehrt die

parce qu'il n'est point donné d'indemnités pour ces pays.

§. LXXXV.

Les Princes convoquant des Cercles, et dans ceux de Haut-et Bas-Rhin, Mayence et Hesse-Cassel veilleront conjointement à l'exécution des dispositions précédentes; mais si dans la répartition de ces dettes, et dans le réglement de la sustentation, du clergé, il survient de cas où la collision d'intérêts et le défaut d'un arrangement à l'amiable exigent l'intervention d'un troisième Prince, les Princes convoquans des Cercles, ou les commissaires appelleront eux mêmes un sûr arbitre.

§. LXXXVI.

Quoiqu'il soit entendu que les pays de l'Empire, donnés en indemnités, sont tenus de continuer à acquitter les prestations de l'Empire et des Cercles, qui ont eu lieu jusqu'à présent, nommément la taxe d'entretien de la chambre impériale, il est cependant jugé nécessaire, vu les changemens de possession, et surtout le démembrement de plusieurs pays, ainsi que pour mieux assurer la sustentation de ladite chambre, d'établir conformément aux lois antérieures de l'Empire, et particuliérement au §. XVI. du dernier récès:

1) Que tous les Etats héréditaires de l'Empire continueront à payer sur tous les pays ecclésiastiques et immédiats, ainsi que sur les villes impériales, qui leur sont dévolus en indemnité, la taxe d'entretien, de ladite chambre qui a été acquittée jusqu'à présent.

§. LXXXVII.

2) Que la même obligation a lieu à l'égard des Etats de l'Empire, auxquels sont assignées des portions des pays situés en majeure partie sur la rive gauche, ou des portions de pays d'indemnité situées sur la

Schuldenmasse der diesseits Rheins übrigen Kreisgebiete, weil für dieselben keine Entschädigung gegeben wird.

§. 85.

Schieds-Gericht.

Die Vollziehung dieser Beschlüsse haben sich die kreisausschreibenden Herren Fürsten, und am Chur- und Oberrheinischen Kreise Churmainz und Hessenkassel gemeinsam angelegen seyn zu lassen. Würden jedoch, sowohl bey Austheilung dieser Schulden, als des zu regulirenden Unterhalts für die Geistlichkeit, Fälle eintreten, wo wegen Collision der Interessen, und aus Mangel gütlicher Uebereinkunft die Beiziehung eines dritten Fürsten nothwendig werde, so haben sich die kreisausschreibenden Herren Fürsten oder Commissarien einen Obmann selbst zu erbitten.

§. 86.

Unterhaltung des Reichs-Kammergerichts.

Obgleich nun auch sich von selbst versteht, daß die den Ständen des Reichs als Entschädigung zufallenden Reichslande, die bisher von solchen Landen entrichteten Kreis- und Reichs-Steuern, insbesondere die, der Unterhaltung des kaiserlichen Reichs-Kammergerichts gewidmeten, Beiträge oder Kammerzieler, ferner zu zahlen schuldig seyen: so findet man jedoch bey den vorgehenden Besitzveränderungen und sonderlich bey der Verstücklung mehrerer Reichslande, zu mehrerer Sicherstellung des kammergerichtlichen Unterhalts, nöthig, nach dem Sinne der älteren Reichsgesetze, insbesondere des §. 16 des I. R. A. festzusetzen: daß

1) alle erblichen Reichsstände von den ihnen als Entschädigung zufallenden geistlichen reichsunmittelbaren Landen, auch Reichsstädten, die davon bisher bezahlten Kammerzieler fortzubezahlen haben. Sodann daß

§. 87.

2) eben diese Verbindlichkeiten denjenigen Reichsständen obliegen, welchen abgerissene Lande von jenseits rheinischen Hauptlanden, oder nur Theile diesseits rheinischer Entschädigungslande zufallen, dergestalt, daß der künftige Besitzer ab-

rive droite, de manière que le nouveau possesseur de districts démembrés des pays situés principalement à la rive gauche, soit tenu d'acquitter la quote part, qu'un tel district avait fourni au pays dont il est détaché, et qu'entre plusieurs copartageans le nouveau possesseur de la plus grande partie d'un pays démembré, ou de son chef-lieu, acquitte provisoirement la taxe entière d'entretien de la chambre impériale, sauf le recours contre les autres copartageans, à moins que celui-ci ne se soit arrangé, dans le terme de deux mois, avec les possesseurs desdits districts, relativement à leur quote-part, et n'ait donné connaissance de cet arrangement à la chambre impériale.

§. LXXXVIII.

3) Que là, où un pays est demembré en plusieurs parcelles, la taxe d'entretien de la chambre Impériale qui jusqu'ici était affectée à la totalité du pays, devra être provisoirement répartie ex aequo et bono entre les copartageans par les Princes convoquans des Cercles, et dans ceux du Haut et Bas-Rhin par Mayence et Hesse-Cassel, jusqu'à la rectification future de la matricule de la chambre; à moins que ces copartageans ne se soient arrangés à l'amiable entre eux dans les termes sus-mentionné, et n'en aient informé la chambre Impériale.

§. LXXXIX.

Enfin on s'en repose sur l'Empereur et l'Empire du soin de statuer le plus-tôt possible et definitivement sur le rapport principal dudit tribunal, relativement a sa sustentation, et d'en déterminer légalement l'organisation, en raison de la diminution des fonds effectés à son entretien et des changemens survenus.

Signé à Ratisbonne, le 25. Février 1803.

Man vergl. Martens recueil des principaux traités. Sup. T. III. pag. 239.

Moniteur an XI. nr. 228. Protokolle der außerordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg. Bd. II. p. 846.

gerissener Lande von jenseits rheinischen Hauptlanden die ratam, welche ein solches abgerissenes Land zum jenseitigen Hauptlande beigetragen hatte; von mehrern Theilhabern aber eines zertheilten Reichslandes der künftige Besitzer des größern Theiles eines solchen Landes, oder dessen Hauptorts, den ganzen Kammerzielerbeitrag, salvo regressu gegen die übrigen Theilhaber, einstweilen abzuführen habe; es wäre denn, daß dieser mit den Inhabern der kleinern Landesantheile über ihre Concurrenz binnen 2 Monaten sich verglichen, und diese getroffene Uebereinkunft dem kaiserlichen Reichskammergerichte angezeigt haben würde. Endlich daß

§. 88.

3) wo ein Land in mehrere kleine Parcellen zerfällt, die Kammerzieler, welche auf dem Ganzen bisher gehaftet, unter die einzelnen Theilhaber einstweilen ex aequo et bono von den kreisausschreibenden Herrn Fürsten, im Chur- und Oberrheinischen Kreise aber von Chur-Mainz und Hessen-Kassel, bis zur künftigen Rectification der Kammermatrikel, auf den Fall zu vertheilen sind, wenn solche Theilhaber sich desfalls nicht unter sich selbst binnen den vorgedachten zwei Monaten gütlich verglichen, und hievon das kaiserl. Reichskammergericht benachrichtigt hätten.

§. 89.

Schließlich wird Kaiserlicher Majestät und dem Reiche anheim gestellt, den über das Sustentationswesen dieses Reichsgerichtes von demselben erstatteten Hauptbericht bald thunlichst zu erledigen, und dessen künftige Verhältnisse bei der Abnahme seines Sustentationsfonds, und den eintretenden Veränderungen, gesetzlich zu bestimmen.

Sign. Regensburg den 25. Febr. 1803.

Man vergl. Chaspari der Deputations-Haupt-Receß. Hamb. 1803.

Leist deutsches Staats-Recht.

2. Besitznahme der durch den Lüneviller Frieden der Krone Bayern zugetheilten Länder.

a) Im bayerischen Kreise.

§. 15.

M. J. Ch.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unseren Gruß und fügen denselben zu wissen:

§. 15. Besitznahme des Bisthums Freysing.

Da durch den zwischen Seiner römisch-kaiserlichen Majestät und dem deutschen Reiche, dann der Republik Frankreich am 9. Febr. 1801 zu Lüneville errichteten Friedensschluß [a]), Unsern mit dem ersten Konsul am 24. August v. J. unterzeichneten besondern Frieden [b]), und die zwischen Frankreich und Rußland am 3. des abgewichenen Monats Junius abgeschlossene, von der Reichsdeputation angenommene Uebereinkunft, Uns, Unserm Churhause, dessen Erben und Nachkommen zur Entschädigung wegen den an Frankreich abgetretenen Besitzungen auf dem linken Rheinufer unter andern deutschen Ländern, Städten, Abteien, Prälaturen, Stiftern und Orten auch mehrere im Bayerischen Kreise das Bisthum Freysing mit Zugehören, als eine erbliche Besitzung dergestalt zugetheilt worden sind, daß Wir und Unsere Nachfolger an der Chur in denselben alle landesherrliche Gewalt wie in Unsern andern Staaten ausüben sollen.

So haben Wir Unsern Director der ersten Deputation Unserer General-Landesdirection, Johann Adam Freyherrn von Aretin, als General-Commissär ernannt, um davon für Uns und Unser Gesammthaus Besitz zu nehmen.

Wir versehen Uns demnach zu sämmtlichen Landsassen und Lehenleuten, den Civil- und Militärbedienten, Beamten und Magistraten der Städte und endlich zu allen Einwohnern, wessen Standes, Würde oder Wesen sie seyn mögen, daß sie Uns von nun an für ihren rechtmäßigen und einzigen Landesfürsten erkennen und ansehen, einen vollkommenen Gehorsam und unverbrüchliche Treue beweisen und, sobald Wir es erfordern, die feierliche Huldigung leisten, überhaupt aber sich als treue und gehorsame Unterthanen betragen werden.

Dagegen ertheilen Wir die Versicherung, daß Wir ihnen mit landesväterlicher Huld und Gnade allezeit zugethan seyn, allen Schutz angedeihen lassen, der Beförderung der gemeinen Wohlfahrt unermüdete Vorsorge widmen, und alles anwenden werden, sämmtlichen Unsern neuen Unterthanen den möglichsten Grad von Wohlstand zu verschaffen.

Wir lassen die feierliche und allgemeine Landeshuldigung noch ausgesetzt und es vor der Hand bei der gewöhnlichen Vereidung und Verpflichtung der Landescollegien, der Militär und Civildienerschaft, der Beamten, Magistrate und übrigen Vorgesetzten bewenden.

Damit aber durch diese Veränderung des Subjects der Oberherrschaft die Regierungs-Geschäfte zum Nachtheile des gemeinen Wesens nicht unterbrochen, sondern in ihrem unverrückten Gange erhalten werden, so wollen Wir, daß sämmtliche Collegien, Aemter und sonstige obrig-

a) Man vergl. Martens recueil des principaux traités. T. VII. pag. 538 und vorstehenden §. 12.
b) Man vergl. den vorstehenden §. 13.

keitliche Stellen ihre Verrichtungen in ihrem dermaligen Stande gesetzmässig fortsetzen, und es bei der bisherigen Behandlungs- und Verfahrungs-Art nach der nähern Anweisung Unsers obengenannten Commissärs sein Verbleiben habe.

Die Ausfertigungen bei den Collegien sollen zwar nach den bei Unsern ältern Landesstellen gebräuchlichen Fertigungen in Unserm Namen erlassen, die alten Sigille aber noch so lange, bis die neuen verfertigt sind, beibehalten werden.

Uebrigens hoffen Wir nicht in den unangenehmen Fall zu kommen, sträfliche Widersetzlichkeiten ahnden zu müssen, sondern versehen Uns vielmehr, daß sich Jedermann bestreben werde, diesen Unsern gerechten Anordnungen Folge zu leisten.

Gegeben in Unsrer Haupt- und Residenz-Stadt München den 26. November 1802.

Churpfälzisches Reg. Bl. v. J. 1802. St. XLIX. S. 841.

§. 16.

M. J. Ch.

§. 16. Besitznahme der Stadt Mühldorf.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

Da durch den zwischen Seiner römisch-kaiserlichen Majestät und dem deutschen Reiche, dann der Republik Frankreich am 9ten Februar 1801 zu Lüneville errichteten Friedensschluß, a) Unsern mit dem ersten Konsul am 24. August v. J. unterzeichneten besondern Frieden b) und die zwischen Frankreich und Rußland am 3ten des abgewichenen Monats Junius abgeschlossene von der Reichs-Deputation angenommene Uebereinkunft, Uns, Unserm Churhause, dessen Erben und Nachkommen, zur Entschädigung wegen den an Frankreich abgetretenen Besitzungen auf dem linken Rheinufer unter andern deutschen Ländern, Städten, Abteien, Prälaturen, Stiftern und Orten auch mehrere im Bayerischen Kreise die Stadt Mühldorf mit Zugehören, als eine erbliche Besitzung dergestalt zugetheilt worden sind, daß Wir und Unsere Nachfolger an der Chur in denselben alle landesherrliche Gewalt wie in Unsern andern Staaten ausüben sollen.

So haben Wir Unsern Director der ersten Deputation Unserer General-Landesdirection, Johann Adam Freiherrn von Aretin, als General-Commissär ernannt, um davon für Uns und Unser Gesammthaus Besitz zu nehmen.

Wir versehen Uns demnach zu sämmtlichen Landsassen und Lehenleuten, den Civil- und Militärbedienten, Beamten und Magistraten der Städte und endlich zu allen Einwohnern, wessen Standes, Würde oder Wesen sie seyn mögen, daß sie Uns von nun an für ihren rechtmässigen und einzigen Landesfürsten erkennen und ansehen, einen vollkommenen Gehorsam und unverbrüchliche Treue beweisen und, sobald Wir es erfordern, die feierliche Huldigung leisten, überhaupt aber sich als treue und gehorsame Unterthanen betragen werden.

Dagegen ertheilen Wir die Versicherung, daß Wir ihnen mit landesväterlicher Huld

a) Man vergl. Martens recueil des principaux traités. T. VII. S. 538; und vorstehenden §. 12.

b) Man vergl. vorstehenden §. 13.

und Gnade allezeit zugethan seyn, allen Schutz angedeihen lassen, der Beförderung der gemeinen Wohlfahrt unermüdete Vorsorge widmen und alles anwenden werden, sämmtlichen Unsern neuen Unterthanen den möglichsten Grad von Wohlstand zu verschaffen.

Wir lassen die feierliche und allgemeine Landeshuldigung noch ausgesetzt und es vor der Hand bei der gewöhnlichen Vereidung und Verpflichtung der Landescollegien, der Militär- und Zivildienerschaft, der Beamten, Magistrate und übrigen Vorgesetzten bewenden.

Damit aber durch diese Veränderung des Subjects der Oberherrschaft die Regierungsgeschäfte zum Nachtheile des gemeinen Wesens nicht unterbrochen, sondern in ihrem unverrückten Gange erhalten werden, so wollen Wir, daß sämmtliche Collegien, Aemter und sonstige obrigkeitliche Stellen ihre Verrichtungen in ihrem dermaligen Stande gesetzmässig fortsetzen und es bei der bisherigen Behandlungs- und Verfahrungs-Art nach der nähern Anweisung Unse.s obengenannten Commissärs sein Verbleiben habe.

Die Aussertigungen bei den Collegien sollen zwar nach den bei Unsern ältern Landesstellen gebräuchlichen Fertigungen in Unserm Namen erlassen, die alten Sigille aber noch so lange, bis die neuen verfertigt sind, beibehalten werden.

Uebrigens hoffen Wir nicht in den unangenehmen Fall zu kommen, sträfliche Widersetzlichkeiten ahnden zu müssen, sondern versehen Uns vielmehr, daß sich Jedermann bestreben werde, diesen Unsern gerechten Anordnungen Folge zu leisten.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenz-Stadt München den 26. November 1802.

Churpfälzisches Reg. Bl. v. J. 1802. St. XLIX. S. 845.

§. 17.

M. J. Ch.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

§. 17. Besitznahme des Bisthums Passau mit der Grafschaft Neuburg.

Da durch den zwischen Seiner römisch-kaiserlichen Majestät und dem deutschen Reiche, dann der Republik Frankreich am 9. Februar 1801 zu Lüneville errichteten Friedensschlusse a) Unsern mit dem ersten Konsul am 24. August v. J. unterzeichneten besondern Frieden b), und die zwischen Frankreich und Rußland am 3. des abgewichenen Monats Junius abgeschlossene von der Reichs-Deputation angenommene Uebereinkunft Uns, Unserm Churhause, dessen Erben und Nachkommen zur Entschädigung wegen den an Frankreich abgetretenen Besitzungen auf dem linken Rheinuser unter andern deutschen Ländern, Städten, Abteien, Prälaturen, Stiftern und Orten auch im Bayerischen Kreise das Bisthum Passau, nebst der Hauptstadt, allen Vorstädten dies- und jenseits des Inns und der Ilz mit allen Zugehören, dann das auf dem linken Inn-Ufer gelegenen Theils der Grafschaft Neuburg als eine erbliche Besitzung dergestalt zugetheilt worden sind, daß Wir und Unsere Nachfolger an der Chur in derselben alle landesherrliche Gewalt wie in Unsern andern Staaten ausüben sollen.

---

a) Man vergl. Martens recueil des principaux traités. T. VII. §. 538. und vorstehenden §. 12.

b) Man vergl. vorstehenden §. 13.

So haben Wir Unsern Kämmerer und Hofgerichts-Präsidenten in Straubing, Freiherrn von Frauenberg, als General-Commissär ernannt, um davon für Uns und Unser Gesammthaus Besitz zu nehmen. Wir versehen Uns demnach zu sämmtlichen Landsassen und Lehenleuten, den Civil- und Militärbedienten, Beamten und Magistraten der Städte und endlich zu allen Einwohnern, wessen Standes, Würde oder Wesen sie seyn mögen, daß sie Uns von nun an für ihren rechtmässigen und einzigen Landesfürsten erkennen und ansehen, einen vollkommenen Gehorsam und unverbrüchliche Treue beweisen und, sobald Wir es erfordern, die feierliche Huldigung leisten, überhaupt aber sich als treue und gehorsame Unterthanen betragen werden.

Dagegen ertheilen Wir die Versicherung, daß Wir ihnen mit landesväterlicher Huld und Gnade allzeit zugethan seyn, allen Schutz angedeihen lassen, der Beförderung der gemeinen Wohlfahrt unermüdete Vorsorge widmen und überhaupt alles anwenden werden, sämmtlichen Unsern neuen Unterthanen den möglichsten Grad von Wohlstand zu verschaffen.

Wir lassen die feierliche und allgemeine Landeshuldigung noch ausgesetzt und es vor der Hand bei der gewöhnlichen Vereidung und Verpflichtung der Beamten, Magistrate und übrigen Vorgesetzten bewenden. Uebrigens hoffen Wir nicht in den unangenehmen Fall zu kommen, sträfliche Widersetzlichkeiten ahnden zu müssen, sondern versehen Uns vielmehr, daß sich Jedermann bestreben werde, diesen Unsern gerechten Anordnungen Folge zu leisten.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenz-Stadt München den 14. Februar 1803.

Churbayerisches Reg. Bl. v. J. 1803. St. XI. S. 169.

---

b) Im Fränkischen Kreise.

α) Im Allgemeinen.

§. 18.

M. J. Ch.

§. 18. Besitznahme der im fränkischen Kreise der Krone Bayern zugetheilten Gebiete.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

Da durch den zwischen Seiner römisch-kaiserlichen Majestät und dem deutschen Reiche, dann der Republik Frankreich am 9. Februar 1801 [a]) zu Lüneville errichteten Friedensschluß, Unsern mit dem 1. Konsul am 24. August v. J. [b]) unterzeichneten besondern Frieden und die zwischen Frankreich und Rußland am 3. des abgewichenen Monats Junius abgeschlossene, von der Reichs-Deputation angenommene Uebereinkunft, Uns, Unserm Churhause, dessen Erben und Nachkommen zur Entschädigung wegen den an Frankreich abgetretenen Besitzungen auf dem linken Rheinufer unter andern deutschen Ländern, Städten, Abteien, Prälaturen, Stiftern und Orten auch mehrere im fränkischen Kreise gelegene als eine erbliche Besitzung dergestalt zugetheilt worden sind, daß Wir und Unsere Nachfolger an der Chur in derselben alle landesherrliche Gewalt wie in Unsern andern Staaten ausüben sollen.

So haben Wir Unsern Kämmerer und Landesdirections-Präsidenten des Herzogthums

a) Man vergl. den vorstehenden §. 12.

b) Man vergl. den vorstehenden §. 13.

Berg, Wilhelm Freiherrn von Hompesch, als General-Commissär ernannt, um davon für Uns und Unser Gesammthaus Besitz zu nehmen.

Wir versehen Uns demnach zu sämmtlichen Landsassen und Lehenleuten, den Civil- und Militärbedienten, Beamten und Magistraten der Städte und endlich zu allen Einwohnern, wessen Standes, Würde oder Wesen sie seyn mögen, daß sie Uns von nun an für ihren rechtmässigen und einzigen Landesfürsten erkennen und ansehen, einen vollkommenen Gehorsam und unverbrüchliche Treue beweisen und, sobald Wir es erfodern, die feierliche Huldigung leisten, überhaupt aber sich als treue und gehorsame Unterthanen betragen werden.

Dagegen ertheilen Wir die Versicherung, daß Wir ihnen mit landesväterlicher Huld und Gnade allezeit zugethan seyn, allen Schutz angedeihen lassen, der Beförderung der gemeinen Wohlfahrt unermüdete Vorsorge widmen und überhaupt alles anwenden werden, sämmtlichen Unsern neuen Unterthanen den möglichsten Grad von Wohlstand zu verschaffen.

Wir lassen die feierliche und allgemeine Landeshuldigung noch ausgesetzt und es vor der Hand bei der gewöhnlichen Vereidung und Verpflichtung der Landescollegien, der Militär- und Civildienerschaft, der Beamten, Magistrate und übrigen Vorgesetzten bewenden.

Damit aber durch diese Veränderung des Subjects der Oberherrschaft die Regierungsgeschäfte zum Nachtheile des gemeinen Wesens nicht unterbrochen, sondern in ihrem unverrückten Gange erhalten werden, so wollen Wir, daß sämmtliche Collegien, Aemter und sonstige obrigkeitliche Stellen ihre Verrichtungen in ihrem dermaligen Stande gesetzmässig fortsetzen und es bei der bisherigen Behandlungs- und Verfahrungs-Art, unter der obersten Aufsicht und Leitung Unsers obengenannten Commissärs, sein Verbleiben habe.

Die Ausfertigungen bei den Collegien sollen zwar nach den bei Unsern ältern Landesstellen gebräuchlichen Fertigungen in Unserm Namen erlassen, die alten Sigille aber noch so lange, bis die neuen verfertigt sind, beibehalten werden.

Uebrigens hoffen Wir nicht in den unangenehmen Fall zu kommen, sträfliche Widersetzlichkeiten ahnden zu müssen, sondern versehen Uns vielmehr, daß sich Jedermann bestreben werde, diesen Unsern gerechten Anordnungen Folge zu leisten.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenz-Stadt München den 26. November 1802.

Churpfälzisches Reg. Bl. v. J. 1802. St. LI. S. 881.

β) Insbesondere des Bisthums Eichstädt, der Abtei Kaisersheim und der Reichsstadt Weissenburg.

§. 19.

M. J. Ch.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen: §. 19. Besitznahme von Eichstädt, Kaisersheim und Weissenburg.

Da durch den zwischen Seiner römisch-kaiserlichen Majestät und dem deutschen Reiche, dann der Republik Frankreich am 9. Februar 1801 zu Lüneville errichteten Friedensschluß [a])

a) Man vergl. Martens recueil des principaux traités. T. VII. pag. 538. und vorstehenden §. 12.

Unsern mit dem ersten Konsul am 24. August v. J. unterzeichneten besondern Frieden a) und die zwischen Frankreich und Rußland am 3. des abgewichenen Monats Junius abgeschlossene, von der Reichs-Deputation angenommene Uebereinkunft, Uns, Unserm Churhause, dessen Erben und Nachkommen, zur Entschädigung wegen den an Frankreich abgetretenen Besitzungen auf dem linken Rheinufer unter andern deutschen Ländern, Städten, Abteien, Prälaturen, Stiftern und Orten auch das Bisthum Eichstädt, die Abtei Kaisersheim und die Reichsstadt Weissenburg als eine erbliche Besitzung dergestalt zugetheilt worden sind, daß Wir und Unsere Nachfolger an der Chur in denselben alle landesherrliche Gewalt wie in Unsern andern Staaten ausüben sollen.

So haben Wir Unsern Kämmerer, wirklichen geheimen Rath und Landesdirections-Präsidenten zu Neuburg, Max Joseph Grafen von Tassis, als General-Commissär ernannt, um davon für Uns und Unser Gesammthaus Besitz zu nehmen.

Wir versehen Uns demnach zu sämmtlichen Landsassen und Lehenleuten, den Civil- und Militärbedienten, Beamten und Magistraten der Städte und endlich zu allen Einwohnern, wessen Standes, Würde oder Wesen sie seyn mögen, daß sie Uns von nun an für ihren rechtmässigen und einzigen Landesfürsten erkennen und ansehen, einen vollkommenen Gehorsam und unverbrüchliche Treue beweisen und, sobald Wir es erfordern, die feierliche Huldigung leisten, überhaupt aber sich als treue und gehorsame Unterthanen betragen werden.

Dagegen ertheilen Wir die Versicherung, daß Wir ihnen mit landesherrlicher Huld und Gnade allezeit zugethan seyn, allen Schutz angedeihen lassen, der Beförderung der gemeinen Wohlfahrt unermüdete Vorsorge widmen und überhaupt alles anwenden werden, sämmtlichen Unsern neuen Unterthanen den möglichsten Grad von Wohlstand zu verschaffen.

Wir lassen die feierliche und allgemeine Landeshuldigung noch ausgesetzt und es vor der Hand bei der gewöhnlichen Vereidung und Verpflichtung der Landescollegien, der Militär- und Civil-Dienerschaft, der Beamten, Magistrate und übrigen Vorgesetzten bewenden.

Damit aber durch diese Veränderung des Subjects der Oberherrschaft die Regierungs-Geschäfte zum Nachtheile des gemeinen Wesens nicht unterbrochen, sondern in ihrem unverrückten Gange erhalten werden, so wollen Wir, daß sämmtliche Collegien, Aemter und sonstige obrigkeitliche Stellen ihre Verrichtungen in ihrem dermaligen Stande gesetzmässig fortsetzen und es bei der bisherigen Behandlungs- und Verfahrungsart unter der obersten Aufsicht und Leitung Unsers obengenannten Commissärs sein Verbleiben habe.

Die Ausfertigungen bei den Collegien sollen zwar nach den bei Unsern ältern Landesstellen gebräuchlichen Fertigungen in Unserm Namen erlassen, die alten Sigille aber noch so lange, bis die neuen verfertigt sind, beibehalten werden.

Uebrigens hoffen Wir nicht in den unangenehmen Fall zu kommen, sträfliche Widersetzlichkeiten ahnden zu müssen, sondern versehen Uns vielmehr, daß sich Jedermann bestreben werde, diesen Unsern gerechten Anordnungen Folge zu leisten.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 26. November 1802.

Churpfälzisches Reg. Bl. v. J. 1802. St. LI. S. 885.

---

a) Man vergl. vorstehenden §. 13.

c) Im Schwäbischen Kreise.

§. 20.

M. J. Ch.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

§. 20. Besitznahme der im schwäbischen Kreise Bayern zugetheilten Gebiete.

Da durch den zwischen Seiner römisch-kaiserlichen Majestät und dem deutschen Reiche, dann der Republik Frankreich am 9. Februar 1801 zu Lüneville errichteten Friedensschluß a), Unsern mit dem ersten Konsul am 24. August v. J. b) unterzeichneten besondern Frieden und die zwischen Frankreich und Rußland am 3. des abgewichenen Monats Junius abgeschlossene von der Reichs-Deputation angenommene Uebereinkunft, Uns, Unserm Churhause, dessen Erben und Nachkommen, zur Entschädigung wegen den an Frankreich abgetretenen Besitzungen auf dem linken Rheinufer unter andern deutschen Ländern, Städten, Abteyen, Prälaturen, Stiftern und Orten auch mehrere im schwäbischen Kreise gelegene als eine erbliche Besitzung dergestalt zugetheilt worden sind, daß Wir und Unsere Nachfolger an der Chur in denselben alle landesherrliche Gewalt wie in Unsern andern Staaten ausüben sollen.

So haben Wir Unsern Kämmerer und bevollmächtigten Gesandten am schwäbischen Kreise, Wilhelm Freih. von Hertling, als General-Commissär ernannt, um davon für Uns und Unser Gesammthaus Besitz zu nehmen.

Wir versehen Uns demnach zu sämmtlichen Landsassen und Lehenleuten, den Civil- und Militärbedienten, Beamten und Magistraten der Städte und endlich zu allen Einwohnern, wessen Standes, Würde oder Wesen sie seyn mögen, daß sie Uns von nun an für ihren rechtmässigen und einzigen Landesfürsten erkennen und ansehen, einen vollkommenen Gehorsam und unverbrüchliche Treue beweisen und, sobald Wir es erfordern, die feierliche Huldigung leisten, überhaupt aber sich als treue und gehorsame Unterthanen betragen werden.

Dagegen ertheilen Wir die Versicherung, daß Wir ihnen mit landesväterlicher Huld und Gnade allezeit zugethan seyn, allen Schutz angedeihen lassen, der Beförderung der gemeinen Wohlfahrt unermüdete Vorsorge widmen und überhaupt alles anwenden werden, sämmtlichen Unsern neuen Unterthanen den möglichsten Grad von Wohlstand zu verschaffen.

Wir lassen die feierliche und allgemeine Landeshuldigung noch ausgesetzt und es vor der Hand bei der gewöhnlichen Vereidung und Verpflichtung der Landcollegien, der Militär- und Civildienerschaft, der Beamten, Magistrate und übrigen Vorgesetzten bewenden.

Damit aber durch diese Veränderung des Subjects der Oberherrschaft die Regierungsgeschäfte zum Nachtheile des gemeinen Wesens nicht unterbrochen, sondern in ihrem unverrückten Gange erhalten werden, so wollen Wir, daß sämmtliche Collegien, Aemter und sonstige obrigkeitliche Stellen ihre Verrichtungen in ihrem dermaligen Stande gesetzmässig fortsetzen und es bei der bisherigen Behandlungs- und Verfahrungsart unter der obersten Aufsicht und Leitung Unsers oben genannten Commissärs sein Verbleiben habe.

---

a) Man vergl. Martens recueil des principaux traités T. VII. pag. 538 und vorstehenden §. 12.

b) Man vergl. vorstehenden §. 13.

Die Ausfertigungen bei den Collegien sollen zwar nach den bei Unsern ältern Landesstellen gebräuchlichen Fertigungen in Unserm Namen erlassen, die alten Sigille aber noch so lange, bis die neuen verfertigt sind, beibehalten werden.

Uebrigens hoffen Wir nicht, in den unangenehmen Fall zu kommen, sträfliche Widersetzlichkeiten ahnden zu müssen, sondern versehen Uns vielmehr, daß sich Jedermann bestreben werde, diesen Unsern gerechten Anordnungen Folge zu leisten.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 26. November 1802.

Churpfälzisches Reg. Bl. v. J. 1802. St. LI. S. 883.

---

3. Wiederabtretung einiger, gemäs des Lüneviller Friedens der Krone Bayern zugefallenen, Indemnitäten.

§. 21.

M. J. Ch.

§. 21. Abtretung der im Ansbach bayreuthischen Gebiete befindlichen geistlichen Besitzungen an die Krone Preußen.

Wir haben nach einem mit Seiner Königl. Majestät von Preussen errichteten Separat-Vertrage vom 22. Nov. 1802 a) die sämmtlichen Besitzungen, Rechte und Einkünfte derjenigen katholischen Hochstifte, Stifte, Abteien, Klöster und geistlichen Corporationen, welche zu Unseren Indemnitäten gerechnet werden, oder zu Unseren Staaten gehören, in soweit solche Besitzungen, Rechte und Einkünfte in Seiner K. Majestät fränkischen Fürstenthümern Ansbach und Bayreuth innerhalb der beiderseits verabredeten Territorial-Gränzen liegen und sich befinden, sämmtlich ohne Ausnahme in der Art überlassen, daß solche jetzt sogleich von Seiner Majestät als königliches Eigenthum in Besitz genommen, eingezogen und nach Gefallen verwaltet werden können, wogegen auch alle Offizialen, die blos zur Justiz- und Cameral-Verwaltung eigentlich und ausschließlich für solche im preussischen Gebiete befindlichen Besitzungen und nicht zu andern Zwecken angestellt sind, von Seiner K. Majestät mit übernommen werden und mit den Besitzungen, für welche sie angestellt sind, übergehen sollen.

Wir eröffnen solches hiemit den in den Fürstenthümern Ansbach und Bayreuth eingesessenen Vasallen, Lehenleuten, Hintersassen und Schutzgenossen solcher an Unser Churhaus zur Entschädigung gefallenen oder in Unsern bisherigen obern Staaten gelegenen säcularisirten oder noch zu säcularisirenden Hochstifte, Dom-Collegiat und anderer Stifte, Abteien, Klöster und übrigen geistlichen Corporationen, ferner den geistlichen und weltlichen Dienern derselben, auch den Administratoren und Pächtern bisheriger geistlicher im K. Gebiete befindlichen Domainial-Besitzungen, entlassen sie sämmtlich kraft dieses der ihren bisherigen respective Lehen- Guts- und Gerichtsherrschaften geleisteten Pflichten gänzlich und weisen sie hiedurch an, an selbige keine Gefälle und Abgaben mehr zu entrichten, bei ihnen oder ihren bisherigen Gerichten nicht mehr Recht zu suchen, die Veränderungen von ihren Besitzungen bei denselben nicht mehr anzuzeigen, sondern einzig und allein Seine K. Majestät von Preussen nicht blos wie bisher als ihren Landes- sondern als ihren respective Lehen- Guts- Patronats- und Gerichtsherrn anzuerkennen und Höchstdenselben als nunmehrige respective Vasallen, Lehenleute, Gutsuntertha-

---

a) Dieser Vertrag ist nicht im Drucke erschienen.

nen und Schutzgenossen, auch Gerichts- und Pfarr-Angehörige den Eid der Treue abzulegen und alle gutsherrliche Abgaben an Zehnten, Gülten, Zinsen, Frohnden, Forst- und Jagd-Prästationen, und wie sie sonst Namen haben mögen, die sie bisher von dergleichen geistlichen Corporationen entrichteten, vom 22. Nov. 1802 an lediglich an Seine K. Majestät und Höchstdero Kassen zu leisten. Die Besitzungen und Rechte, welche Kranken- Armen- Universitäts- und Schul-Anstalten im k. Gebiete zustehen, sind jedoch unter der fraglichen Einziehung nicht begriffen.

Indem Wir nun zu Folge des Vorstehenden die Besitz-Ergreifung dieser durch obigen Vertrag abgetretenen geistlichen Güter lediglich Seiner K. Majestät anheimgeben und es ausser der Ueberweisung, welche hiemit geschieht, keiner weitern bedarf; so befehlen Wir den bisherigen Beamten, so wie Unsern sämmtlichen Behörden, solcher Besitzergreifung, von Seite Seiner K. Majestät nicht das Mindeste in den Weg zu legen, sondern wenn sich deshalb ein Anstand ergeben sollte, darüber ungesäumt an die von Unserer Seite ernannten Vollziehungs-Commissärien, Unsern geheimen Referendär und Mitglied des fränkischen General-Commissariats Bayard, den würzburgischen Hofkanzler Wagner, dann den würzburgischen Kammer-Director Goldmayer Bericht zu erstatten und Instruction einzuholen, damit alle unerwartete Hindernisse sofort gehoben werden können.

München 20. Jänner 1803.

IV. Landes-Gränz- und Tausch-Vertrag mit der Krone Preussen vom 30 Juny 1803.[a])

§. 22.

M. J. Ch.

§. 22. Ländertausch mit der Krone Preußen in Folge Vertrags vom 30. Juny 1803.

Da durch den von Uns mit Seiner Majestät des Königs von Preussen geschlossenen und nunmehr beiderseits ratificirten Landes- Gränz- und Tausch-Vertrag de dato Ansbach am 30. Juni d. J. [b]) nachstehende Aemter, Districte und Orte:

1) Das bambergische Amt Emhenreuth mit Ausschluß der Orte Emheureuth, Bärnau, Bischofsmühle, Brumberg und Büchenreuth; 2) das bambergische Oberamt Kupferberg und 3) das Amt Markt-Schorgast; 4) der District zwischen der Regnitz und Aurach von Biengarten über Neuhaus und Grub, Hemhofen in die vordere Markt nach Reichendorf und Hausen; 5) Oberhöchstädt und Tragelhöchstadt; 6) das würzburgische Amt Marktbibart; 7) das bambergische Amt Oberscheinfeld und die würzburgischen Unterthanen zu Hüttenheim; 8) die Stadt Weissenburg mit ihren Zubehörden, so weit sie in und an dem k. Preussischen Gebiete sich befinden; 9) die Stadt Dünkelsbühl mit ihren sämmtlichen Unterthanen und Besitzungen; 10) die Stadt Windsheim; 11) die fünf Eichstädtischen Districte Herieden, Ohrenbau, Spalt, Abenberg und Pleinfeld-Sandsee, jedoch mit Ausnahme des rechts der schwäbischen Rezat liegenden

---

a) Dieser Landes-Gränz-Vertrag ist nicht im Drucke bekannt gemacht worden, man mußte sich also auf die Mittheilung der Allerhöchsten Verordnung über dessen Vollzug beschränken.

b) Man vergl. §. 46 des Reichs-Deputations-Rezesses vom 25. Febr. 1803, oben §. 14.

Districts; 12) die oberpfälzischen und bambergischen Orte Fürth, Lindenhof, Lindenmühl, Weidenmühl, Igensdorf, Mittelsdorf, Kemmaten, Käppel, Almoos, Betzensteiner Hüll, Weidensees, Schorferiz, Weinberg und Grafenohe; 13) der Territorial-District von Iphofen nach näherer Verabredung

an Seine K. Majestät von Preussen und Höchstdero Nachfolger von Uns abgetreten, dagegen aber von des Königs Majestät folgende Districte, Aemter und Orte:

1) Das Amt Neustadt am Kulm, so weit es dem Pfälzischen inclavirt ist; 2) das im bambergischen Gebiete eingeschlossene Amt Streitberg mit den Vogteien Thusbronn, Hetzelsdorf und Auffees; 3) das Amt Osternohr mit dem inclavirten Gerichte Hohenstadt; 4) das vom bambergischen und herzoglich sächsischen Gebiete eingeschlossene Amt Lauenstein ausschließlich Kaulsdorf; 5) die Rendantur Seibelsdorf; 6) das Amt Solnhofen; 7) die Orte Prichsenstadt und Kleinlangheim mit ihren Districten; 8) die preussischen Besitzungen in den Condominat-Orten Mainstockheim, Neußes am Berg, Schernau, Goßmannsdorf, Giebelstadt und Ingolstadt; 9) der Ort Segniz nebst Zubehörde nach näherer Verabredung; 10) das Domainen-Gut zu Randersacker; 11) das Domainen-Gut zu Frickenhausen; 12) das Amt Insingen mit allen preussischen sonst im rothenburgischen zerstreuten Besitzungen

an Uns und Unser Churhaus überlassen, auch mehrere Orte und Besitzungen an der Gränze wechselseitig cedirt und ausgetauscht worden sind;

So wollen Wir kraft dieses alle in Gemäßheit dieses Vertrages an des Königs von Preussen Majestät übergehende Unterthanen, Vasallen und Lehenleute, geistliche und weltliche Beamten ihrer Pflichten gegen Uns entlassen und sie damit an des Königs von Preussen Majestät als ihren neuen Landesherrn überweisen, dagegen die von Seiner Majestät Uns überlassenen Besitzungen in Unserm Namen dergestalt in Besitz nehmen lassen, daß sie unter Unsere Regierung übergehen, bei Unserm Churhause verbleiben, Unsern Landen nach ihrer Lage einverleibt und darin alle landesherrliche und obrigkeitliche Rechte wie in gedachten Unsern Landen ausgeübt, auch die in letztern bestehenden Verfassungen dort eingeführt werden sollen.

Wir thun solches hiemit kraft dieses Patents und erwarten von allen in den an Uns übergehenden Districten, Aemtern und Orten befindlichen Rittergutsbesitzern, Lehenleuten, Insassen, Einwohnern und Unterthanen, wes Standes oder Würden sie seyn mögen, so gnädig als ernstlich, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen und die Anordnungen der zu der Besitznehmung von Uns und in Unserm Namen abgeordneten Commissarien befolgen und Uns von nun an als ihren rechtmässigen Landesfürsten ansehen, erkennen und vollkommenen Gehorsam und alle Unterthänigkeit und Treue erweisen, sich alles und jeden Recurses an auswärtige Behörden, unter Vermeidung Unserer erstlichen Ahndung, gänzlich enthalten und, sobald Wir es erfordern, Uns und Unserm Churhause die gewöhnliche Erbhuldigung leisten. Wir werden sie dagegen mit churfürstlicher und landesväterlicher Gnade und Huld schützen und mit unermüdeter Fürsorge ihr Wohl und Bestes zu befördern suchen.

Wir haben übrigens zum Vollzug des mit des Königs von Preussen Majestät geschlossenen allgemeinen Landesvergleichs vom 30. Juny d. J. unter der obersten Leitung Unsers geheimen Staats- und Conferenz-Ministers, Freiherrn von Montgelas, eine besondere Commission unter dem Vorsitze Unseres ausserordentlichen Commissärs und Landes-Directions-Präsidenten in Franken, Grafen von Thürheim, angeordnet und die Ueberweisung und Uebernahme der wechselseitig ausgetauschten und übergehenden, oben genannten Districte, Orte und Besitzun-

gen, so wie die Vollziehung der von Seiner K. Majestät von Preussen geschlossenen Separat-Verträge dem Präsidenten gedachter Commission, Grafen von Thürheim, übertragen und Wir erwarten, daß seinen desfallsigen Anordnungen in allen Stücken von allen Unsern dortigen Dienern, Beamten, Unterthanen und Behörden Folge und Genüge geleistet werde.

Nach dem Inhalte des Eingangs erwähnten Vertrags und besonders nach der Bestimmung des §. 16 desselben, erklären Wir hiebei, daß die in Gemäßheit dieses Vertrages wechselseitig übergehenden Cameral- und Forstbedienten dem bisherigen Landesherrn, bis die gänzliche Revenüen-Ausgleichung hergestellt ist, noch in sofern mit Eid und Pflichten beygethan verbleiben, daß sie für die Conservation der zu einem bestimmten Object gehörigen Pertinenzien und Revenüen wachen und für getreue und wahrhafte Anschläge, Extracte und Berichte zum Behuf der wechselseitigen Evaluationen und Ausgleichung zu haften haben.

Zu Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent eigenhändig vollzogen und mit Unserm größern Insiegel bestärken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München am 26. September 1803.

Fränkisches Reg. Bl. v. J. 1804. S. 9.

V. Pressburger Friedens-Vertrag vom 26. Dezember 1805.

A. Verkündung der Gesetzeskraft dieses Friedens-Schlusses für das Königreich Bayern.

§. 23.

Der Preßburger Frieden und die Staats-Verfassung in Bayern betr.

M. J. K.

Da in dem zwischen Seiner römisch- auch österreichisch-kaiserlichen und königlichen Majestät, dann zwischen Seiner französisch-kaiserlichen und königlichen Majestät am 26. Dezember 1805. zu Preßburg abgeschlossenen Frieden mehrere Bestimmungen enthalten sind, durch welche Unsere Staaten nicht nur einen neuen Zuwachs, sondern auch sowohl ihre bisherigen äussern und innern staatsrechtlichen Verhältnisse eine Abänderung erhalten haben, wohin vorzüglich die Artikel 7, 8, 13, 14 und 15 gehören, so verordnen Wir, daß dieser Friedenstractat in allen Punkten, welche Unsere Staaten und die Uns garantirten Souveränitäts-Rechte betreffen, als ein pragmatisches Gesetz angesehen werden solle, und Wir weisen hierdurch Unsere Ministerien, Landescollegien, Landschaften und sämmtliche Unterthanen, wessen Standes sie sind, ernstlich an, sich genau darnach zu achten und sich aller Verbindungen und Rekurse zu enthalten, die Unsern Souveränitäts-Rechten entgegen sind. §. 23. Preßburger Frieden v. 26. Dez. 1805.

München den 31. Jänner 1806.

Friedens-Tractat
zwischen
Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen und König von Italien
und
Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich,
unterzeichnet zu Preßburg den 26. Dezember 1805.

Napoléon par la grâce de Dieu et par les constitutions Empereur des François, Roi d'Italie, ayant vu et examiné le traité conclu, arrêté et signé à Presbourg le 26. Décembre 1805. (5. Nivôse an 14) par notre Ministre des rélations-extérieures, en vertu des pleinspouvoirs que nous lui avions conférés à cet effet, avec M. M. le prince de Lichtenstein et le comte de Gyulai, Ministres-plénipotentiaires de S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche également munis de pleinspouvoirs, duquel traité la teneur suit:

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, également animés du désir de mettre fin aux calamités de la guerre, ont résolu, de procéder, sans délai, à la conclusion d'un traité de paix définitif, et ont, en conséquence, nommé pour plénipotentiaires; savoir:

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, M. le prince Jean de Lichtenstein, prince du Saint-Empire Romain, grand-croix de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, chambellan, lieutenant-général des armées de Sadite Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, et propriétaire d'un régiment d'hussards; et M. le comte Ignace de Gyulai, commandeur de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, chambellan de Sadite Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, lieutenant-général de Ses armées et propriétaire d'un régiment d'Infanterie.

Et S. M. l'Empereur des Français et Roi d'Italie, M. Charles Maurice Talleyrand, Périgord, grand chambellan, ministre des rélations extérieures de Sadite Majesté l'Empereur des Français et Roi d'Italie, grand cordon de la légion d'honneur,

Wir Napoleon von Gottes Gnaden und durch die Constitution Kaiser der Franzosen und König von Italien, haben den am 26. Dezember 1805. (5. Niv. im Jahre 14) zu Preßburg durch Unsern Minister der auswärtigen Geschäfte in Kraft der ihm von Uns hiezu ertheilten Vollmachten mit dem Herrn Fürsten von Lichtenstein und dem Grafen Gyulai, von Sr. Majestät dem Kaiser von Deutschland und Oesterreich mit gleichen Vollmachten versehenen Ministern geschlossenen und unterzeichneten Tractat gesehen und geprüft. Dieser Tractat lautet wie folgt:

Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen und König von Italien, von gleichem Verlangen beseelt, das Ungemach des Krieges zu beendigen, haben sich entschlossen, ohne Verzug die Einleitung zu einem Definitiv-Friedensschlusse zu treffen und demnach zu Bevollmächtigten ernannt:

Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich, Herrn Johann von Lichtenstein, des römischen Reichs Fürsten, Großkreuz vom Theresien-Militär-Orden, Kämmerer, General-Lieutenant der Armeen besagter Sr. Majestät von Deutschland und Oesterreich und Inhaber eines Husaren-Regiments, und Herrn Grafen Ignatz von Gyulai, Commandeur des Theresien-Militär-Ordens, Kämmerer Sr. besagten Majestät des Kaisers von Deutschland und Oesterreich, General-Lieutenant seiner Armeen und Inhaber eines Infanterie-Regiments.

Und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen und König von Italien den Herrn Carl Moritz Talleyrand Perigord, Groß-Kammerherrn, Minister der auswärtigen Geschäfte besagter Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen und Königs von Italien, Mitglied der Ehren-

chevalier des ordres de l'Aigle Rouge et Noir de Prusse.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, sont convenus des articles suivans.

Art. I.

Il y aura, à compter de ce jour, paix et amitié entre S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, et S. M. l'Empereur des Français et Roi d'Italie, Leurs héritiers et successeurs, Leurs états et sujets respectifs, à perpétuité.

Art. II.

La France continuera de posséder en toute propriété et souveraineté les duchés, principautés, seigneuries et territoires au delà des Alpes, qui étaient, antérieurement au présent traité, réunis et incorporés à l'Empire français, ou régis par les lois et les administrations françaises.

Art. III.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, pour Lui, Ses héritiers et successeurs, reconnait les dispositions faites par S. M. l'Empereur des Français, et Roi d'Italie rélativement aux principautés de Lucques et de Piombino.

Art. IV.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche renonce, tant pour Lui que pour Ses héritiers et successeurs, à la partie des états de la république de Vénise, à Lui cédée par les traités de Campo-Formio et de Lunéville, laquelle sera réunie à perpétuité au royaume d'Italie.

Art. V.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche reconnait S. M. l'Empereur des Français comme Roi d'Italie. Mais il est

legion vom großen Bande, Ritter des preussischen rothen und schwarzen Adlerordens.

Diese haben sich, nachdem sie ihre Vollmachten gegenseitig ausgewechselt haben, über nachstehende Punkte verglichen.

Art. 1.

Von diesem Tage an gerechnet, soll zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Deutschland und Oesterreich und zwischen Sr. Maj. dem Kaiser der Franzosen und König von Italien, Ihren Erben und Nachfolgern, Ihren Staaten und respectiven Unterthanen ein ewiger Friede und Freundschaft seyn.

Art. 2.

Frankreich bleibt im Besitze der vollkommenen Eigenthümlichkeit und Souverainität von allen jenseits der Alpen gelegenen Herzogthümern, Fürstenthümern, Herrschaften und Gebieten, welche vor dem Abschlusse gegenwärtigen Friedens-Tractates entweder schon mit dem französischen Reiche vereinigt und demselben incorporirt oder französischen Gesetzen und Administrationen unterworfen waren.

Art. 3.

Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich sind für Sich und Ihre Erben und Nachfolger mit den von Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen und König von Italien gemachten Dispositionen in Beziehung auf die Fürstenthümer von Lucca und Piombino einverstanden.

Art. 4.

Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich verzichten sowohl für Sich als Ihre Erben und Nachfolger auf denjenigen Theil des venetianischen Staates, auf welchen Sie nach Inhalt der Friedensschlüsse von Campo-Formio und von Lüneville Ansprüche zu machen hätten. Dieser Theil des venetianischen Staates soll für ewige Zeiten mit dem Königreiche Italien vereinigt werden.

Art. 5.

Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich erkennen Se. Majestät den Kaiser der Franzosen als König von Italien. Al-

convenu que, conformément à la déclaration faite par S. M. l'Empereur des Français au moment où il a pris la couronne d'Italie, aussitôt que les puissances nommées dans cette déclaration auront rempli les conditions qui s'y trouvent exprimées, les couronnes de France et d'Italie seront séparées à perpétuité, et ne pouront plus, dans aucun cas, être réunies sur la même tête. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche s'engage à reconnaitre, lors de la séparation, le successeur que S. M. l'Empereur des Français se sera donné comme Roi d'Italie.

lein man ist darin übereingekommen, daß in Gemäßheit der von Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen in dem Augenblick, als Sie die italienische Krone auf ihr Haupt setzten, gegebenen Erklärung die Kronen von Frankreich und Italien von der Zeit an, als die in besagter Erklärung benannten Mächte die darin enthaltenen Bedingnisse erfüllt haben werden, für immer getrennt und in keinem Falle auf dem nämlichen Haupte vereinigt werden können. Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich verbindet sich, sobald der Fall der Trennung besagter Kronen eintrifft, denjenigen als König von Italien zu erkennen, den Se. Majestät der Kaiser der Franzosen als Ihren Nachfolger im Königreiche von Italien ernennen wird.

Art. VI.

Le présent traité de paix est déclaré commun à leurs Altesses Sérénissimes, les Electeurs de Bavière, de Wurtemberg et de Bade, et à la République Batave, alliés de S. M. l'Empereur des Français et Roi d'Italie, dans la présente guerre.

Art. 6.

Ihre Durchlauchten die Churfürsten von Bayern, Würtemberg und Baden und die batavische Republik, als die mit Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen und Könige von Italien in diesem Kriege alliirt waren, sollen in dem gegenwärtigen Friedens-Traktate mit einbegriffen seyn.

Art. VII.

Les Electeurs de Bavière et de Wurtemberg, ayant pris le titre de Roi, sans néanmoins cesser d'appartenir à la confédération germanique, S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche les reconnait en cette qualité.

Art. 7. *)

Die Churfürsten von Bayern und Würtemberg nehmen den Königstitel an, ohne jedoch aufzuhören, Glieder des deutschen Bundes zu seyn. Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich erkennt sie in dieser Würde.

Art. VIII.

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, tant pour Lui, Ses héritiers et successeurs, que pour les princes de Sa maison, leurs héritiers et successeurs respectifs, renonce aux principautés, seigneuries, domaines et territoires ci-après designées: Céde et abandonne à S. M. le Roi de Bavière le margraviat de Burgau et ses dépendances, la principauté d'Eichstaedt, la partie du territoire de Passau appartenant à S. A. R. l'Electeur de Salzbourg, et si-

Art. 8.

Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich leistet sowohl für sich, seine Erben und Nachfolger, als für die Prinzen seines Hauses, ihre Erben und respective Nachfolger auf nachbenannte Fürstenthümer, Herrschaften, Domainen und Gebiete Verzicht, und überläßt und tritt ab an Se. Majestät den König von Bayern: die Markgrafschaft Burgau und was dazu gehört, das Fürstenthum Eichstädt, denjenigen Theil des Gebietes von Passau, der Sr. k. Hoheit dem Churfür-

*) Vergl. unten die dritte Abtheilung.

tuée entre la Bohême, l'Autriche, le Danube et l'Inn; le Comté du Tyrol, y compris les principautés de Brixen et de Trente; les sept seigneuries du Vorarlberg avec leurs enclaves; le Comté de Hohenems; le Comté de Koenigsegg-Rothenfels; les Seigneuries de Tetnang et Argen et la ville et territoire de Lindau.

A. S. M. le Roi de Wurtemberg: les cinq villes dites du Danube, savoir: Ehingen, Munderkingen, Reidlingen, Mengen et Sulgau, avec leurs dépendances; le haut et bas Comté de Hohenberg; le Landgraviat de Nellenbourg et la préfecture d'Altdorff, avec leurs dépendances (la ville de Constance exceptée); la partie du Brisgau faisant enclave dans les possessions Wurtembergeoises et située à l'Est d'une ligne tirée du Schlegelberg jusqu'à la Molbach et les villes et territoires de Willingen et Brentingen.

A. S. A. S. l'Electeur de Bade: le Brisgau (à l'exception de l'enclave et des portions séparées ci-dessus designées); l'Ortenau et leurs dépendances; la ville de Constance et la commanderie de Meinau.

Les principautés, seigneuries, domaines territoires susdits, seront possédés respectivement par Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg et S. A. S. l'Electeur de Bade, soit en suzeraineté, soit en toute propriété et souveraineté, de la même manière, aux mêmes titres, droits et prérogatives que les possédaient S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, ou les princes de Sa maison et non autrement.

sten von Salzburg gehörte und zwischen Böhmen, Oesterreich, der Donau und dem Inn gelegen ist, ferner die Grafschaft Tyrol, mit Inbegriff der Fürstenthümer Brixen und Trient; die sieben Herrschaften im Vorarlbergischen mit ihren Inclavirungen; die Grafschaft Hohenems; die Grafschaft Königsegg-Rothenfels; die Herrschaften Tetnang und Argen und die Stadt Lindau nebst ihrem Gebiete.

An Se. Majestät den König von Würtemberg: die fünf sogenannten Donaustädte, nämlich: Ehingen, Munderkingen, Reidlingen, Mengen und Sulgau mit allem, was dazu gehört; die obere und untere Grafschaft Hohenberg; die Landgrafschaft Nellenburg und die Präfectur Altdorf mit dem, was (die Stadt Constanz ausgenommen) dazu gehört; ferner denjenigen Theil des Breisgaus, welcher in Würtembergischen inclavirt und gegen Osten in einer Linie vom Schlegelberg bis zum Molbach gelegen ist, und die Städte Willingen und Brentingen mit ihrem Gebiete.

An Se. Durchlaucht den Churfürsten von Baden: das Breisgau, mit Ausschluß der vorhin benannten und abgesonderten Besitzungen; die Ortenau mit allem, was dazu gehört; die Stadt Constanz und die Commenthurei Meinau.

Von allen hier ebenbenannten Fürstenthümern, Herrschaften, Domainen und Gebieten sollen Ihre Majestäten, die Könige von Bayern und Würtemberg und Se. Durchlaucht, der Churfürst von Baden, ganz unabhängig mit der vollkommensten Souverainität, auf die gleiche Weise, mit den gleichen Titeln, Rechten und Prärogativen Besitz nehmen, wie sie vorhin Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich oder die Prinzen seines Hauses besessen haben und anders nicht.

Art. IX.

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche reconnait les dettes contractées par la maison d'Autriche au profit des particuliers et des établissemens publics du pays, faisant actuellement partie intégrante de

Art. 9.

Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich erkennt die von dem Hause Oesterreich zum Vortheil der Particuliers oder der öffentlichen Etablissements in dem Lande, welches gegenwärtig einen integrirenden Theil

l'Empire français; et il est convenu que Sadite Majesté restera libre de toute obligation par rapport à toutes dettes quelconques que la maison d'Autriche aurait contractées, a raison de la possession, et hypothéquées sur le sol des pays auxquelles Elle renonce par le présent traité.

des französischen Reichs ausmacht, kontrahirten Schulden und man hat sich darin verstanden, daß besagte Se. Majestät rücksichtlich aller Schulden, welche das Haus Oesterreich als Besitzer gemacht, nur auf den Grund und Boden jener Länder, auf welche es durch gegenwärtigen Tractat verzichtet, verhypothezirt haben möchte, von aller Verbindlichkeit frei seyn soll.

Art. X.

Les pays de Salzbourg et de Berchtolsgaden appartenant à S. A. R. et E. l'Archiduc Ferdinand, seront incorporés à l'empire d'Autriche, et S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche les possédera en toute propriété et souveraineté, mais à titre de Duché seulement.

Art. 10.

Salzburg und Berchtolsgaden, die Sr. k. Hoheit dem Churfürsten Erzherzoge Ferdinand gehörten, sollen mit Oesterreich vereiniget und von Sr. Majestät dem Kaiser von Deutschland und Oesterreich ganz eigen und mit voller Souverainität, aber nur unter dem Titel eines Herzogthums, besessen werden.

Art. XI.

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, s'engage à obtenir, en faveur de S. A. R. l'Archiduc Ferdinand, Electeur de Salzbourg, la cession, par S. M. le Roi de Bavière, de la principauté de Wurzbourg, telle qu'elle à été donnée à Sadite Majesté par le recés de la députation de l'Empire germanique, du 25. Février 1803 (6. Ventose an 11).

Le titre électoral de S. A. R. sera transféré sur cette principauté, que S. A. R. possédera en toute propriété et souveraineté, de la même manière et aux mêmes conditions qu'elle possédait l'Electorat de Salzbourg. Et quant aux dettes, il est convenu, que le nouveau possesseur n'aura à sa charge que les dettes résultantes d'emprunts formellement consentis par les états du pays ou des dépenses faites pour l'administration effective dudit pays.

Art. 11.

Se. Majestät der Kaiser der Franzosen und König von Italien verspricht Ihre gute Dienste, um von Sr. Majestät dem Könige von Bayern, zu Gunsten Sr. königl. Hoheit des Erzherzogs Ferdinand, Churfürsten von Salzburg, die Abtretung des Fürstenthums Würzburg, so wie dasselbe durch den Receß der deutschen Reichsdeputation vom 23. Febr. 1803 (6. Ventose im Jahre 11) besagter Majestät überlassen worden ist, zu erhalten.

Der churfürstliche Titel Sr. k. Hoheit geht auf dieses Fürstenthum über, welche Se. k. Hoheit ganz eigen, mit voller Souverainität, auf gleiche Weise und unter den nämlichen Bedingnissen, wie vorhin das Churfürstenthum Salzburg, besitzen wird. In Beziehung auf die Schulden hat man sich dahin verstanden, daß der neue Besitzer nur für jene Schulden hafte, welche von Anlehen, wozu die Stände ihre förmliche Einwilligung gaben, oder von Administrations-Ausgaben herrühren.

Art. XII.

La dignité de grand-maitre de l'ordre Teutonique, les droits, domaines, et revenus, qui, antérieurement à la présente guerre, dépendaient de Mergentheim, chef-

Art. 12.

Die Würde eines Großmeister des deutschen Ordens, die Gerechtsame, Domainen und Einkünfte, welche vor dem gegenwärtigen Kriege von Mergentheim, als dem Hauptorte des-

lieu de l'ordre, les autres droits, domaines et revenus, qui se trouveront attachés à la grande maitrise, à l'époque de l'échange des ratifications du présent traité, ainsi que les domaines et revenus dont, à cette même époque, ledit ordre se trouvera en possession, deviendront héréditaires dans la personne et la descendance directe et masculine, par ordre de primogéniture de celui des princes de la maison imperiale qui sera designé par S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche.

S. M. l'Empereur Napoléon promet Ses bons offices pour faire obtenir, le plutôt possible, à S. A. R. l'Archiduc Ferdinand, une indemnité pleine et entière en Allemagne.

sagten Ordens, dependirten, alle übrigen Gerechtsame, Domainen und Einkünfte, welche zur Zeit der Auswechslung gegenwärtigen Tractats mit dem Großmeisterthume verbunden sind; desgleichen alle Domainen und Einkünfte, in deren Besitze sich zu der nämlichen Zeit der besagte Orden befinden wird, sollen demjenigen Prinzen des kaiserlichen Hauses, welchen Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich ernennen wird, in der Person und in gerader männlicher Linie nach dem Erstgeburtsrechte erblich überlassen werden.

Se. Majestät der Kaiser Napoleon verspricht Seine gute Dienste, damit Se. k. Hoheit, der Erzherzog Ferdinand, so bald wie möglich, eine gänzliche und volle Entschädigung in Deutschland erhalte.

Art. XIII.

Sa. M. le Roi de Bavière pourra occuper la ville d'Augsbourg et son territoire, les réunir à Ses etats et les posséder en toute propriété et souveraineté. Pourra également S. M. le Roi de Wurtemberg occuper, réunir à Ses états et posséder en toute propriété et souveraineté le comté de Bondorf, et S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche s'engage à n'y mettre aucune opposition.

Art. 13.

Se. Majestät der König von Bayern kann die Stadt und das Gebiet von Augsburg in Besitz nehmen, sie Seinen Staaten einverleiben und ganz eigen und mit aller Souverainität besitzen. Se. Majestät der König von Würtemberg kann gleicher Weise die Grafschaft Bondorf in Besitz nehmen, sie Seinen Staaten einverleiben und ganz eigen mit voller Souverainität besitzen. Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich verspricht hierin keinerlei Hinderniß in den Weg zu legen.

Art. XIV.

Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg et Son Altesse Sérénissime l'Electeur de Bade jouiront, sur les territoires à eux cédés, comme aussi sur leurs anciens états, de la plénitude de la souveraineté et de tous les droits qui en dérivent et qui Leur ont été garantis par S. M. l'Empereur des Français et Roi d'Italie, ainsi et de la même manière qu'en jouissent S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. le Roi de Prusse sur les états allemands. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, soit comme chef de l'empire,

Art. 14.

Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Würtemberg und Se. Durchlaucht der Churfürst von Baden werden über die ihnen hier abgetretenen Ländereien sowohl, als über ihre alte Staaten, die vollständigste Souverainität und alle Gerechtsame, die damit verbunden und ihnen von Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen und Könige von Italien garantirt sind, so und auf die nämliche Weise ausüben, wie Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich und Se. Majestät der König von Preussen sie über Ihre deutsche Staaten ausüben. Se. Majestät der Kaiser von Deutsch-

soit comme co-état, s'engage à ne mettre aucun obstacle à l'exécution des actes, qu'ils auraient faits ou pourraient faire en conséquence.

land und Oesterreich verpflichtet sich, sowohl als Chef des Reichs als auch als Mitstand der Ausübung alles desjenigen, was besagte Ihre Majestäten der König von Bayern und von Würtemberg und Se. Durchlaucht der Churfürst von Baden rücksichtlich dieser Ihrer Souverainitätsrechte gethan haben oder noch erst thun werden, keinerlei Hinderniß in den Weg zu legen.

Art. XV.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, tant pour Lui, Ses héretiers et successeurs, que pour les princes de la maison, Leurs héritiers et successeurs, renonce à tous droits, soit de souveraineté, soit de suzeraineté, à toutes prétentions quelconques, actuelles ou éventuelles, sur tous les états, sans exception, de Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg et de S. A. S. l'Electeur de Bade, et généralement sur tous les états, domaines et territoires compris dans les cercles de Bavière, de Franconie et de Souabe, ainsi qu'à tout titre pris desdits domaines et territoires; et réciproquement toutes prétentions actuelles ou éventuelles desdits états à la charge de la maison d'Autriche ou de Ses princes, sont et demeureront éteintes à perpétuité; néanmoins les renonciations contenues au présent article ne concernent point les propriétés qui sont par l'article XI., ou seront, en vertu de l'article XII. ci-dessus, concédées à LL. AA. RR. les Archiducs designés dans lesdits articles.

Art. 15.

Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich entsagt sowohl für Sich, Seine Erben und Nachfolger als auch für die Prinzen Seines Hauses, ihre Erben und Nachfolger, allen Gerechtsamen der Souverainität sowohl, als des Lehenrechts, allen und jeden wirklichen oder eventuellen Ansprüchen auf alle Staaten, keinen ausgenommen, in deren Besitze Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Würtemberg und Se. Durchlaucht der Churfürst von Baden sind und überhaupt auf alle, in den bayerischen, fränkischen und schwäbischen Kreisen liegende Staaten, Domainen und Gebiete, so wie auch allen auf diesen Domainen und Gebieten haftenden Titeln. Alle Ansprüche, sie mögen wirkliche oder eventuelle seyn, welche besagte Staaten auf das Haus Oesterreich oder gegen die Prinzen desselben haben mögen, sind und bleiben demnach auch für immer verloschen. Jedoch haben die im gegenwärtigen Artikel enthaltenen Renunciationen keine Beziehung auf das Eigenthum, welches durch den Artikel XI. Ihren k. Hoheiten den Erzherzogen zugetheilt worden ist oder in Kraft des Artikel XII. noch erst zugetheilt werden soll.

Art. XVI.

Les titres domaniaux et archives, les plans et cartes des différens pays, villes et forteresses, cédés par le présent traité, seront remis dans l'espace de trois mois, à dater de l'échange des ratifications, aux puissances qui en auront acquis la propriété.

Art. 16.

Die Domainial-Documente oder Titel und die Archive, die Pläne und Karten der in Kraft gegenwärtigen Tractats abgetretenen verschiedenen Länder, Städte und Festungen sollen drei Monate nach erfolgter Ratification denjenigen Mächten, in deren Besitz sie kommen, ausgeliefert werden.

Art. XVII.

Sa Majesté l'Empereur Napoléon garantit l'intégrité de l'empire d'Autriche dans l'état où il sera en conséquence du présent traité de paix, de même que l'intégrité des possessions des princes de la maison d'Autriche, designés dans les articles onzième et douzième.

Art. 17.

Se. Majestät der Kaiser Napoleon garantirt die Integrität des österreichischen Staates in dem Zustande, in welchem er zu Folge gegenwärtigen Friedens-Tractats kommen wird, sowie die Integrität der in den Artikeln XI. und XII. den Prinzen des Hauses Oesterreich angewiesenen Besitzungen.

Art. XVIII.

Les hautes parties contractantes reconnaissent l'indépendance de la République helvétique, régie par l'acte de médiation, de même que l'indépendance de la République batave.

Art. 18.

Die hohen Contrahenten erkennen die Unabhängigkeit der helvetischen Republik in dem Zustande, in welchem sie sich nach Inhalt der Mediations-Akte befindet, sowie die Unabhängigkeit der batavischen Republik.

Art. XIX.

Les prisonniers de guerre faits par la France et ses alliés sur l'Autriche, et par d'Autriche sur la France et ses alliés, et qui n'ont pas été restitués, le seront dans quarante jours, à dater de l'échange des ratifications du présent traité.

Art. 19.

Die von Frankreich und seinen Alliirten gemachten kriegsgefangenen Oesterreicher und die von Oesterreich gemachten kriegsgefangenen Franzosen und deren Alliirte, die bereits noch nicht ausgeliefert sind, sollen vierzig Tage nach Auswechslung der Ratificationen gegenwärtigen Tractats ausgeliefert werden.

Art. XX.

Toutes les communications et relations commerciales seront rétablies dans les deux pays comme elles étaient avant la guerre.

Art. 20.

Alle Verbindungen und Handlungs-Verhältnisse sollen in den beiden Staaten auf den nämlichen Fuß, worauf sie vor dem gegenwärtigen Kriege standen, wieder hergestellt werden.

Art. XXI.

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. l'Empereur des Français et Roi d'Italie conserveront entre eux le même cérémonial, quant au rang et aux autres étiquettes, que celui qui a été observé avant la présente guerre.

Art. 21.

Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen und König von Italien werden unter sich in Beziehung auf Rang und Etiquette das nämliche Ceremoniel, wie vor dem gegenwärtigen Kriege, beobachten.

Art. XXII.

Dans les cinq jours qui suivront l'échange des ratifications du présent traité, la ville de Presbourg et ses environs, à la distance de six lieues, seront évacuées.

Dix jours après ledit échange, les troupes françaises et alliées de la France au-

Art. 22.

Fünf Tage nach Auswechslung der Ratificationen gegenwärtigen Tractates werden die Stadt Preßburg und ihre Umgebungen in einer Entfernung von sechs Meilen geräumt.

Zehen Tage nach besagter Auswechslung werden die französischen Truppen und die Trup-

ront évacué, la Moravie, la Bohême, le Viertel-Unter-Wiener-Wald, le Viertel-Unter-Manhartsberg, la Hongrie et toute la Styrie.

Dans les dix jours suivans elles évacueront le Viertel-Ober-Wiener-Wald et le Viertel-Ober-Manhartsberg.

Enfin dans le délai de deux mois, à compter de l'échange des ratifications, les troupes françaises et alliées de la France auront évacué la totalité des états héréditaires de S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, à l'exception de la place de Braunau, laquelle restera pendant un mois de plus à la disposition de S. M. l'Empereur des Français et Roi d'Italie, comme lieu de dépot pour les malades et pour l'artillerie.

Il ne sera, pendant ledit mois, fait aux habitans aucune requisition de quelque nature que ce soit.

Mais il est convenu, que jusqu'à l'expiration dudit mois, il ne pourra être stationné, ni introduit aucun corps quelconque des troupes autrichiennes dans un arrondissement de six lieues autour de ladite place de Braunau.

Il est pareillement convenu, que chacun des lieux qui devront être évacués successivement par les troupes françaises dans les délais susmentionnés ne pourra être occupé par les troupes autrichiennes que 48. heures après l'évacuation.

Il est aussi convenu, que les magasins laissés par l'armée françoise dans les lieux qu'elle devra successivement évacuer, resteront à sa disposition, et qu'il sera fait par les hautes parties contractantes un arrangement rélatif à toutes les contributions quelconques de guerre précédement imposées sur les divers états héréditaires occupés par l'armée française; arrangement en conséquence duquel la levée desdites con-

pen der Alliirten von Frankreich, Mähren, Böhmen, das Viertel-Unter-Wiener-Wald, das Viertel-Unter-Manhartsberg, Ungarn und ganz Steyermark räumen.

In den nächstfolgenden zehen Tagen werden sie das Viertel-Ober-Wiener-Wald und das Viertel-Ober-Manhartsberg räumen.

Endlich werden nach Verlauf von zwei Monaten, von der Auswechslung der Ratificationen an gerechnet, die französischen Truppen und die Truppen der Alliirten von Frankreich alle Erbstaaten Sr. Majestät des Kaisers von Deutschland und Oesterreich geräumt haben, nur mit Ausnahme von Braunau, welcher Platz noch ein Monat länger als ein Depot für Kranke und die Artillerie zur Disposition Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen und Königs von Italien bleiben wird.

Während dieses Monats soll an die Einwohner keinerlei Requisition, von welcher Beschaffenheit sie immer seyn möchte, gemacht werden.

Indessen hat man sich dahin verstanden, daß bis zu Ausgang besagten Monats kein österreichisches Truppencorps einen Bezirk von sechs Meilen, im Umkreise von Braunau, einnehmen oder besetzen soll.

Gleicherweise hat man die gegenseitige Uebereinkunft getroffen, daß kein Platz, der in den vorerwähnten Terminen von den französischen Truppen geräumt werden muß, von den österreichischen Truppen eher als nach Verlauf von 48 Stunden nach erfolgter Räumung besetzt werden soll.

Ferner hat man sich dahin verglichen, daß die Magazine, welche die französische Armee in den Orten, die sie nach und nach räumen muß, zurückläßt, besagter Armee zur Disposition bleiben und daß beide hohe Contrahenten in Beziehung auf alle und jede Kriegscontribution, die den von der französischen Armee besetzten Erbstaaten vorhin aufgelegt worden sind, ein Arrangement treffen, wodurch die Erhebung besagter Contributionen, vom Tage der Auswechs-

tributions cessera entierement à compter du jour de l'échange des ratifications.

L'armée française tirera son entretien et ses subsistances de ses propres magasins établis sur les routes qu'elle doit suivre.

Art. XXIII.

Immédiatement après l'échange des ratifications du présent traité, des commissaires seront nommés de part et d'autre, pour remettre et recevoir, au nom des souverains respectifs, toutes les parties du territoire Vénitien non occupées par les troupes de S. M. l'Empereur des Français et Roi d'Italie.

La ville de Venise, les Lagunes et les possessions de terre ferme seront remises dans le délai de quinze jours; l'Istrie et la Dalmatie vénitiennes, les bouches du Cattaro, les iles vénitiennes de l'Adriatique, et toutes les places et forts qu'elles renferment, dans le délai de six semaines, à compter de l'échange des ratifications.

Les commissaires respectifs veilleront à ce que la séparation de l'artillerie, ayant appartenu à la République de Venise de l'artillerie autrichienne, soit exactement faite, la première devant rester en totalité au royaume d'Italie. Ils détermineront, d'un commun accord, l'espèce et la nature des objets qui, appartenant à S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, devront en conséquence rester à Sa disposition. Ils conviendront, soit de la vente au royaume d'Italie de l'artillerie imperiale et des objets susmentionnés, soit de leur échange contre une quantité équivalente d'artillerie ou d'objets de même ou d'autre nature, qui seraient laissés par l'armée française dans les états héréditaires.

Il sera donné tout facilité et toute assistance aux troupes autrichiennes et aux

lung der Ratificationen an gerechnet, gänzlich aufhören soll.

Die französische Armee wird ihren Unterhalt und ihre Verpflegung aus den eigenen, auf den Routen, die sie in ihrem Marsche berühren muß, angelegten Magazinen ziehen.

Art. 23.

Unmittelbar nach Auswechslung der Ratification gegenwärtigen Tractats sollen von beiden Seiten Commissarien ernannt werden, um durch dieselben im Namen ihrer respectiven Souveraine alle von den Truppen Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen und Königs von Italien noch nicht besetzten Theile des venetianischen Gebietes zu übergeben und zu übernehmen.

Die Stadt Venedig, die Lagunen, die Besitzungen auf der Terra firma, sollen in fünfzehn Tagen, das venetianische Istrien und Dalmatien, die Mündungen des Cattaro, die venetianischen Inseln im adriatischen Meere und alle darauf befindlichen Plätze und Festungen in Zeit von sechs Wochen nach erfolgter Auswechslung der Ratificationen übergeben werden.

Die respectiven Commissarien werden dahin sehen, daß das Artillerie-Geschütz, welches der Republik Venedig gehörte, sorgfältig von dem österreichischen Geschütze gesondert werde. Das erstere soll ganz Eigenthum des italienischen Königreichs werden. Sie werden mittelst eines gemeinschaftlichen Accords die Natur und Beschaffenheit jener Gegenstände bestimmen, welche Sr. Majestät dem Kaiser von Deutschland und Oesterreich gehören und folglich zu seiner Disposition bleiben müssen. Sie werden entweder über den im Königreiche Italien vorzunehmenden Verkauf der kaiserlichen Artillerie und vorbenannten Gegenstände oder über ihren Austausch gegen eine gleichgültige Quantität Geschützes oder andere Gegenstände von dieser oder einer andern Beschaffenheit, die von der französischen Armee in den Erbstaaten zurückgelassen werden, die nöthige Uebereinkunft treffen.

Den österreichischen Truppen und den bürgerlichen und militärischen Administrationen soll

administrations civiles et militaires, pour retourner dans les états d'Autriche par les voies les plus convenables et les plus sûres, ainsi que pour le transport de l'artillerie impériale, des magasins de terre et de mer et autres objets qui n'auraient pas été compris dans les stipulations, soit de vente, soit d'échange qui pourront être faits.

jede Erleichterung und jeder Beistand geleistet werden, um auf dem schicklichsten und sichersten Wege in die österreichischen Staaten zurückkehren zu können. Gleicherweise soll der Transport der kaiserlichen Artillerie, der Magazine zu Wasser und zu Land, und aller übrigen in den gegenwärtigen Stipulationen nicht ausdrücklich benannten Gegenstände, es sey durch Verkauf oder durch Tausch, die damit gemacht werden könnten, befördert werden.

Art. XXIV.

Les ratifications du présent traité seront échangées dans l'espace de huit jours ou plutôt si faire se peut.

Fait et signé à Presbourg, le 26. Décembre 1805. (5. Nivose an 14)

Art. 24.

Die Ratificationen gegenwärtigen Tractates sollen in Zeit von acht Tagen, oder wo möglich, noch früher geschehen.

Geschehen und unterzeichnet zu Preßburg den 26. Dezember 1805. (5. Nivose Jahr 14.)

Reg. Bl. v. J. 1806. St. VII. S. 49.

B. Weitere im Vollzuge des Pressburger Friedens abgeschlossene Verträge.

1. Vertrag mit der Krone Frankreich vom 25. May 1806.

§. 24.

(Grenzlinien zwischen den Königreichen Italien und Bayern.)

§. 24. Grenzlinien zwischen den Königreichen Italien und Bayern.

Traité

entre Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie et Sa Majesté le Roi de Bavière, relatif à la ligne militaire qui doit être déterminée dans la partie du Tyrol Italien, frontière du Royaume d'Italie, conformément à la réserve stipulée dans l'article premier du procés verbal de remise du Comté du Tyrol, des Principautés de Brixen et de Trente à Sa Majesté le Roi de Bavière, redigé et signé à Inspruk le 11. Février mil huit cent six, en vertu de l'article 8. du Traité de Presbourg en date du 26. Décembre 1805. a)

Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie et Sa Majesté le Roi de Bavière voulant déterminer la ligne militaire

Tractat

zwischen Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, König von Italien und Sr. Majestät dem König von Bayern in Beziehung auf die Militär-Linie, welche zu Folge des stipulirten Vorbehaltes in dem ersten Artikel des bei der Uebergabe der Grafschaft Tyrol und der Fürstenthümer Brixen und Trient an Se. Majestät den König von Bayern abgefaßten Protokolls in dem italienischen Tyrol als der Grenze des Königreichs Italien bestimmt werden soll. Dieses Protokoll wurde verfaßt und unterzeichnet zu Innsbruck am 11. Febr. 1806, in Gemäßheit des achten Artikels des Preßburger Friedensschlusses vom 26. Dezbr. 1805. a)

Se. Majestät der Kaiser der Franzosen, König von Italien und Se. Majestät der König von Bayern des Willens, die Militär-Linie,

---

a) Man vergl. den vorstehenden §. 23. Das hier angeführte Protokoll vom 11. Februar 1806 ist nicht öffentlich bekannt gemacht worden.

qui sera établie dans le Tyrol Italien, ont résolu de procéder à la conclusion de cette disposition et ont en conséquence nommé pour Plénipotentiaires, savoir: Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie le Maréchal Berthier, Prince et Duc de Neuchâtel et Valengin, Ministre de là guerre, Maréchal de l'Empire, Major Général de la grande Armée, Grand-Cordon de la légion d'honneur, commandant la première Cohorte, Grand-Veneur de la Couronne, Grand-Croix des ordres de l'Aigle rouge et de l'Aigle noir de Prusse, Grand-Cordon de l'ordre de la Courronne de fer; — et Sa Majesté le Roi de Bavière: Monsieur le Baron de Montgelas, Son Ministre d'état et des conférences, ayant le Département des affaires étrangères, Grand-Croix de l'ordre de St. Hubert et de St. Jean de Jérusalem, Grand-Cordon de la légion d'honneur, lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs, sont convenus des articles suivants:

welche in dem italienischen Tyrol gezogen werden soll, zu bestimmen, haben beschlossen, folgende Verfügung hierüber zu treffen und zu diesem Ende nachstehende Bevollmächtigte zu ernennen und zwar: Se. Majestät der Kaiser der Franzosen, König von Italien den Marschall Berthier, Fürsten und Herzog von Neuschatel und Valengin, Kriegsminister, Reichs-Marschall, Major-General der großen Armee, Großkreuz der Ehrenlegion, Commandanten der ersten Cohorte, Kron-Oberst-Jägermeister, Großkreuz der preussischen schwarzen und rothen Adlerorden und des Ordens der eisernen Krone; — und Se. Majestät der König von Bayern den Herrn Freiherrn von Montgelas, Allerhöchstihren Staats- und Konferenz-Minister der auswärtigen Verhältnisse, Großkreuz des Ordens des heil. Hubertus und des heil. Johann von Jerusalem, Großkreuz der Ehrenlegion, — welche nach Auswechslung ihrer beiderseitigen Vollmachten über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. I.

Sa Majesté le Roi de Bavière s'engage tant pour Lui que pour Ses héritiers et successeurs et pour les Princes de Sa maison, leurs héritiers et successeurs respectifs et à perpétuité à ne faire aucune fortification ni aucun retranchement; à ne former aucun magasin de guerre, à reformer aucun rassemblement des troupes dans toute la partie du Tyrol Italien située au midi et comprise entre la ligne militaire déterminée ci-après dans l'article 2. et la frontière du royaume d'Italie. Sa Majesté s'engage également à ne pas occuper militairement la ligne et le pays ci-dessus désignés.

Art. 1.

Se. Majestät der König von Bayern macht Sich sowohl für Sich, als für Seine Erben und Nachfolger und für die Prinzen Seines Hauses, ihre Erben und respectiven Nachfolger auf ewige Zeiten verbindlich, in dem ganzen mittägigen, zwischen der Militär-Linie, nach Inhalt des Art. 2, begriffenen Theile des italienischen Tyrols und der Grenze des Königreiches Italien, keine Festung und kein Werk anzulegen, kein Kriegs-Magazin zu errichten und keine Truppen daselbst zusammenzuziehen. Se. Majestät verbindet sich ebenfalls die Militär-Linie, und die unten benannten Gegenden nie militärisch besetzen zu lassen.

Art. II.

La ligne militaire stipulée à l'article premier partira Roveredo, et pour la partie de l'Est suivra la rive gauche de l'Adige en remontant cette rivière jusqu'a Matarello, passera à Val Sorilla, à San-Valentino, Vi-

Art. 2.

Die zu Folge des ersten Artikels bedungene Militär-Linie nimmt von Roveredo ihren Anfang, und geht östlich an dem linken Ufer der Etsch diesen Fluß hinauf bis Matarello, durch Val-Sorilla nach San-Valentino, Vigolo, Ca-

golo, au Chateau de Vigolo, Boentino, Migazone, Calzeranica, Galdonazzo, et à la route de Levico jusqu'à cette ville; de là suivra à l'Est la vallée de la Brenta, passant par San-Desiderio, Marter, Montebello, San-Maria-Doneda, Borgo di Val Sugana, Castelnovo, Ospetaletto, C. Grigno, Belveri, Tezze jusqu'à la frontière du royaume d'Italie.

A l'ouest de Roveredo suivra la ligne passant par Sacco, traversant l'Adige à Isera, Folas, Corno, Cire, le Mont Campo-Stivo, San-Giaco, Masson et Arco. De cette ville en remontant la rivière de Sarca, à Chiaran San-Pietro, suivant la limite du territoire de Tenno passant à Balin, suivant les limites du Val de Ledro, les hauteurs de Drat, tombant dans la rivière de Fiana jusqu'à Bondo, descendant la rivière d'Arno par Breguz, San-Andrea, Tion jusqu'à l'embouchure de l'Arno dans la Sarca, remontant Cette dernière rivière, passant par Dar, Vigo, Fist, Bocenago, Giustin, San-Giovanni, Valdajon, Baldin, San-Vigilio, suivant le chemin de Mavignola, le chemin et le torrent qui mène à San Maria di Campiglio, à Campo le Mont Campio, redescendant la rivière de Meledrio, passant par Brigita et Dimaro, jusqu'à l'embouchure du Meledrio dans la rivière de Nos, et de là remontant cette rivière, passant par Rovina, Mastetina, Piano, la Sega, Pelizzano, Cusiano, jusqu'à l'embouchure de la rivière du Pei, remontant cette rivière, passant par Celentino, Celadizo, Cogolo, Pejo, et remontant le torrent Nocerivo, olim Nauno, de la au Mont del Corno di Tre-Signori; point de limite entre le Royaume d'Italie, la Suisse et le Tyrol; de manière que le mont Tonal se trouve dans les points qui ne peuvent être fortifiés, ni rétranchés, ni occupés militairement.

stel di Vigolo Bosentino, Migazone, Calzeranica, Galdonazzo und an der Strasse von Levico, bis an diese Stadt; von da geht sie östlich durch das Thal de la Brenta durch San-Desiderio, Marter, Montebello, San-Maria-Doneda, Borgo di Val-Sugana, Castel-novo, Ospetaletto, C. Grigno, Belveri, Tezze, bis an die Grenze des Königreichs Italien.

Westlich zieht sich diese Linie von Roveredo über Sacco durch den Etschfluß nach Isera, Folas, Corno, Cire, den Berg Campo-Stivo, San-Giaco, Masson und Arco. Von letzterer Stadt geht sie an den Fluß Sarca wieder hinauf nach Chiaran, San-Pietro, längs den Grenzen des Gebietes von Tenno, dann durch Balin längs den Grenzen des Thales Ledro, an den Anhöhen von Drat, von wo sie in den Fluß Fiana bis Bondo, sodann an den Fluß Arno herunter durch Breguz, San-Andrea, Tion bis an den Einfluß des Arno in die Sarca fortläuft, an letzterem Flusse zieht sie sich wieder hinauf durch Dar, Vigo, Fist, Bocenago, Giustin, San-Giovanni, Valdajon, Baldin, San-Vigilio längst dem Wege von Mavignola, dem Weg nach dem Bergflusse, welche nach San-Maria-di Campiglio, Campo und den Berg Campio führen; an den Fluß Meledrio wieder herunter nach Brigita und Dimaro bis an den Einfluß des Meledrio in den Bergstrom Nos, von da zieht sie sich diesen Strom hinauf durch Rovina, Mastetina, Piano la Sega, Pelizzano, Cusiana, bis an die Mündung des Bergstromes Pei, dann diesen Strom wieder hinauf durch Celentino, Celadizo, Cogolo, Pejo und den Bergstrom Nocerivo, ehemals Nauno, gleichfalls bis nach Monte del Corno di Tre Signori, welcher den Grenz-Punkt zwischen dem Königreiche Italien, der Schweiz und dem Tyrol ausmacht; auf diese Art befindet sich der Berg Tonal in den Punkten, welche weder befestigt, weder als Schanzen angelegt, noch militärisch besetzt werden dürfen.

Art. III.

Il ne sera également fait aucune fortification, ni aucun retranchement sur la

Art. 3.

Es darf ferner kein Festungswerk oder Schanze auf der in dem vorigen Artikel be-

ligne militaire désignée dans l'article précédent, ni à 500 toises au Nord de ladite ligne, c'est à dire du côté du Tyrol allemand. Ne sont point comprises dans les stipulations des trois articles précédents les garnisons et détachemens ordinaires de paix, destinés à maintenir la police et le bon ordre et à prêter à la loi.

stimmten Militär-Linie und in einer Entfernung von 500 Klaftern nordwärts von derselben nämlich von der Seite des deutschen Tyrols, errichtet werden. In den Bedingungen der drei vorhergehenden Artikeln sind jedoch die Garnisonen und gewöhnlichen Truppen-Abtheilungen nicht begriffen, welche zur Aufrechthaltung der Polizei und dazu bestimmt sind, den landesherrlichen Gesetzen Nachdruck zu verschaffen.

Art. IV.

La reserve d'une partie du Tyrol Italien en faveur du Roi d'Italie, inscrée dans l'article premier du procés verbal de remise du Tyrol à Sa Majesté le Roi de Baviére étant annullée par les dispositions du présent Traité, Sadite Majesté sera mise de suite en possession de ladite partie du Tyrol Italien, pour en jouir Elle, Ses héritiers, successeurs, ainsi que tous les Princes de Sa Maison, leurs héritiers et successeurs respectifs en pleine et entière souveraineté, sur le même pied que les autres états de leur maison, sauf les exceptions énoncées dans les articles 1. 2. et 3.

Art. 4.

Dem ersten Artikel des Protokolls zu Folge, welches bei Uebergabe des Tyrols an Se. Majestät den König von Bayern geführt wurde, war ein Theil des italienischen Tyrols für den König von Italien vorbehalten worden; diese Verfügung wird durch gegenwärtigen Tractat als nichtig erklärt und erwähnte Se. Majestät der König von Bayern soll sogleich in den Besitz dieses Theils vom italienischen Tyrol gesetzt werden, damit Er, Seine Erben und Nachfolger, ingleichen alle Prinzen Seines Hauses, ihre Erben und respectiven Nachfolger ihn in voller und ungetheilter Souverainität, wie die übrigen Staaten des Hauses, jedoch nach den in den Artikeln 1, 2 und 3 bestimmten Einschränkungen geniessen können.

Art. V.

Les ratifications du présent traité seront échangées dans l'espace de douze jours ou plutôt si faire se peut.

Fait à Munich le 25. May 1806.

Art. 5.

Die Genehmigungen des gegenwärtigen Tractats sollen in Zeit von 12 Tagen, und noch eher, wenn es möglich ist, ausgewechselt werden.

Geschehen zu München den 25. May 1806.

Reg. Bl. v. J. 1807. St. VIII. S. 289.

2. Vertrag[a]) zwischen Bayern und Würtemberg vom 3. Juny 1806.

§. 25.

La ligne de démarcation commence à la frontière territoriale, qui a subsisté jusqu'ici entre la Principauté d'Ellwangen et le Comté d'Oettingen-Spielberg, et continue jusqu'à celle entre Ellwangen et Oettingen-Baldern; de là elle s'étend à l'ouest du territoire de Kapfenbourg, et Lauchheim, et embrasse à l'est celle de Neresheim jusqu'à l'ancienne frontière de Wurtemberg et celle de Neuburg, où la Bavière aura la ville de

§. 25. Gränzlinie zwischen Bayern und Würtemberg.

a) Dieser Vertrag ist nicht vollständig im Druck erschienen, man mußte daher auf diesen bei Martens mitgetheilten Auszug sich beschränken.

Dischingen et autres possessions du Prince de Taxis, à l'exception de celles du ci-devant couvent de Neresheim qui resteront au Royaume de Wurtemberg, de manière que Kaltenbourg, Lautal, Stetten, Oberstolzingen et Bergenweiler, Niedhausen, Regendorf, Schwarzwangen, Niederstolzingen et Bissingen ainsi que Bechingen et Zoeschingen échoient à la Bavière. Elle continue ensuite le long de l'ancienne frontière de Wurtemberg et d'Ulm jusqu'à la seignieurie de Rechberg, où la forêt de Rottenbach, Degenfeld, Winzingen, Reichenbach, les maitéries situées au Nord du châteaux de Ramsberg et Stauffenegg, ainsi que Bernbach, le tout avec dépendances, appartiendront à Wurtemberg et Boehmenkirch, Weisenstein et Nenningen, avec les châteaux de Ramsberg et Stauffenegg; Klein et Gross-Süssen avec leurs limites à la Bavière; ici elle traverse la Fils entre le ci-devant territoire d'Ulm et Wurtemberg, jusqu'à la frontière de Wiesensteig; longe le côté oriental de cette frontière jusqu'aux environs de Merklingen, où elle enclave Lautrach pour Wurtemberg, et donne Arnegg, Dietingen, Wurtemberg, Sterrlingen et Klingenstein à la Bavière jusqu'à Ehrstetten, de là vers la ci-devant frontière du Wurtemberg en faisant le tour des limites de Pfraunstetten et Donaurieden jusqu'au Danube, ce qui fait que Wernau, Erlach et Donaurieden restent à la Bavière, et Dischingen à Wurtemberg. Ici la ligne passe le Danube, et le cours de la Ries forme les limites, de manière cependant que le territoire de Biberach, appartenant actuellement à Bade reste intact Au dessus de ce territoire cette ligne sépare celle du Comté de Waldsée, y compris le bailliage de Schwarzach, en faveur de Wurtemberg, adjuge Wolfsegg à la Bavière, et descend, en longeant les confins de la Satrapi d'Altorf, jusqu'à Berg. Depuis Berg, la ligne partage au nord Altorf, avec ses dépendances le Bas et Haut Akenreute, Bondebbach, Lachen et Burach pour Wurtemberg, suivant ensuite, dans une ligne oblique la côté nord-est de cette limite, elle s'étend jusqu'à Ober-Baumgarten, qui écheoit à la Bavière; de là elle se prolonge jusqu'au lac de Constance, en laissant au nord la chapelle de Saint Foerg à Wurtemberg, et donnant en passant à l'Achbach, tout le district jusqu'à la banlieue de Buchhorn à la Bavière.

Martens Recueil des principaux traités sup. T. 4. pag. 289.

VI. Vertrag zwischen Bayern und Frankreich vom Jahre 1806.a)

§. 26.

(Das Herzogthum Berg betr.)

M. J. K.

§. 26. Abtretung des Herzogthums Berg.

bekennen und urkunden: In Folge einer zwischen Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen und Könige von Italien und Uns geschlossenen Uebereinkunft geht das von Uns und Unserm Hause besessene Herzogthum Berg an Se. kaiserl. und königl. Majestät von Frankreich über. Wir eröffnen dieses Unsern bisherigen getreuen Landständen, Unterherren, Lehenleuten, Dienern, Mediatcorporationen und sämmtlichen Unterthanen des erwähnten Herzogthums und indem Wir sie der gegen Uns und Unser k. Haus aufgehabten Unterherrn-, Dienst- und Unterthanen-Pflichten

---

a) Diese Uebereinkunft ist nicht im Druck erschienen. (Vergl. Martens recueil des principaux traités. Sup. T. 4. pag. 250. in not.) Man muste sich daher mit Aufnahme der auf dessen Vollzug beziehenden Allerhöchsten Verfügungen begnügen.

förmlich und feierlich entbinden, auch sie damit unbedingt an die Bestimmungen Sr. kaiserl. und königl. Majestät verweisen, machen Wir es Uns zur besondern Pflicht, Unsere Regierungshandlungen in dem gedachten Herzogthume mit dankbarer Anerkennung der Uns und Unserm Hause darin von den gesammten Unterthanen so vielsam gegebenen Beweise ihrer unverrückten Treue und Anhänglichkeit und ihres willfährigen Gehorsams zu beschliessen und sie zu versichern, daß Wir ihnen mit Huld und Gnade in andern Wegen jederzeit beigethan bleiben werden.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 15. März 1806. Im ersten Jahr Unseres Reichs.

Reg. Bl. v. J. 1806. St. XIV. S. 121.

§. 27.

(Patent der Besitznahme der Markgrafschaft Ansbach betr.)

M. J. K.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unseren Gruß und fügen denselben zu wissen: §. 27. Besitznahme der Markgrafschaft Ansbach.

Da durch eine zwischen Sr. französisch-kaiserlichen Majestät und Uns geschlossene Uebereinkunft es dahin gediehen ist, daß die Markgrafschaft Ansbach, so wie solche bisher von Sr. königl. Majestät von Preussen besessen worden ist, an Unser königl. Haus überwiesen werden und demselben auf ewige Zeiten angehören und verbleiben soll, so haben Wir in Gemäßheit dieser Uebereinkunft beschlossen, nunmehr von genannter Markgrafschaft allen ihren Orten, Zugehörungen und Zuständigkeiten Besitz nehmen zu lassen und die Regierung darin anzutreten. Wir thun dieses kraft des gegenwärtigen Patents und verlangen daher von der Geistlichkeit, der Ritterschaft, den Lehnleuten, Einsassen, Civil- und Militärbedienten, Magistraten der Städte und sämmtlichen Unterthanen, Einwohnern, wessen Standes oder Würde sie seyn mögen, so gnädig als ernstlich, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen und Uns von nun an als ihren rechtmässigen König und Landesfürsten ansehen und erkennen, auch Uns vollkommen Gehorsam und alle Unterthänigkeit und Treue erweisen und demnächst, sobald Wir es erforden werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten. Wir ertheilen ihnen dagegen die Versicherung, daß Wir ihnen mit königl. Huld und Gnade und landesväterlichem Wohlwollen jederzeit zugethan seyn und ihrer Wohlfahrt und Glückseligkeit Unsere ganze landesväterliche Vorsorge unermüdet widmen werden.

Wir haben die oberste Leitung der Besitznahme obengedachter Markgrafschaft und der öffentlichen Staatsverwaltung derselben Unserm Kämmerer, wirklichen geheimen Rath, General-Commissär in Franken, Präsidenten der Landesdirection zu Bamberg und des St. Hubertens-Ordens Ritter Carl Friedrich Grafen von Thürheim, als Unserm Hofcommissär übertragen, und erwarten von sämmtlichen Unterthanen, daß sie allen von demselben in Unserm Namen zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen Folge leisten werden. Wir setzen dabei fest, daß vor der Hand sämmtliche dort angestellte Beamte die ihnen zukommenden Amtsverrichtungen ordnungsmässig nach dem bisherigen Geschäftsgange dergestalt einstweilen fortsetzen, daß sie Unserer Gnade und Unsers fernern Vertrauens würdig bleiben.

Zu Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent Allerhöchsteigenhändig vollzogen und mit Unserm k. Insiegel bestärken lassen.

So geschehen in Unserer Residenzstadt München den 20. Mai 1806.

Reg. Bl. v. J. 1806. St. XXIII. pag. 189.

VII. Rheinische Bundes-Acte.

A. Urkunde über deren Ratification.

§. 28.

§. 28. Rheinische Bundes-Acte.

Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie d'une part; et d'autre part Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg, Leurs Altesses Sérénissimes les Electeurs Archi-chancelier et de Bade, le Duc de Berg et Clèves, le Landgrave de Hesse-Darmstadt, les Princes de Nassau-Usingen et Nassau-Weilbourg, les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Hohenzollern-Sigmaringen, les Princes de Salm-Salm et Salm-Kyrbourg, le Prince d'Ysenbourg-Birstein, le Duc d'Ahremberg, le Prince de Lichtenstein, et le Comte de la Leyen, voulant par des stipulations convenables, assûrer la paix intérieure et extérieure du midi de l'Allemagne, pour laquelle l'expérience a prouvé depuis long tems et tout récemment encore, que la constitution germanique ne pouvoit plus offrir aucune sorte de garantie, ont nommé pour leurs plénipotentiaires a), savoir:

Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie: Monsieur Charles Maurice Talleyrand, Prince et Duc de Bénévent, Son Grand Chambellan, et Ministre des rélations extérieures, Grand-Cordon de la Légion d'honneur, Chevalier des Ordres de l'Aigle noire et de l'Aigle rouge de Prusse, et de l'Ordre de Saint-Hubert.

Sa Majesté le Roi de Bavière: Monsieur Antoine de Cetto, Son Conseiller d'état ordinaire, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et Chevalier de l'Ordre du Lion.

Se. Majestät der Kaiser der Franzosen und König von Italien von einer, und von der andern Seite Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Würtemberg, Se. churfürstliche Gnaden der Erzkanzler, Se. churfürstliche Durchlaucht von Baden, Se. kaiserl. Hoheit der Herzog von Berg und Cleve, Ihre Durchlauchten der Landgraf von Hessen-Darmstadt, die Fürsten von Nassau-Usingen und von Nassau-Weilburg, von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, von Salm-Salm und Salm-Kyrburg, von Isenburg-Birstein, der Herzog von Ahremberg, der Fürst von Lichtenstein und der Graf von der Leyen, entschlossen, durch eine angemessene Uebereinkunft den äussern und innern Frieden Süddeutschlands zu sichern, für welchen nach der alten und nach der neuesten Erfahrung die deutsche Constitution keine Garantie mehr gewähren konnte, haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt a), und zwar:

Se. Majestät der Kaiser der Franzosen und König von Italien: den Herrn Karl Moritz Talleyrand, Fürsten und Herzog von Benevent, Allerhöchstihren Oberstkämmerer und Minister der auswärtigen Verhältnisse, Großkreuz der Ehrenlegion, Ritter der preussischen schwarzen und rothen Adler-Orden und des heil. Hubertus-Ordens.

Se. Majestät der König von Bayern: den Herrn Anton von Cetto, Allerhöchstihren wirklichen geheimen Rath, ausserordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, König von Italien und Ritter des Löwen-Ordens.

a) Die Beitritts-Urkunden der übrigen Bundesglieder können nachgesehen werden in: Winkopp, die rheinische Conföderations-Acte. S. 78. u. S. 94. fg.; dann vollständiger in Meyer Corp. juris Confoederationis germanicae., T. I. S. 112. flg.

Sa Majesté le Roi de Wurtemberg: Monsieur Levin Comte de Winzingeroda, Son Ministre d'état, des conférences et du cabinet, Chevalier de Son Grand-Ordre, Commandeur de celui de Saint-Jean de Jérusalem, Chevalier de l'Aigle blanche.

Son Altesse Sérénissime l'Electeur Archi-chancelier de l'Empire germanique: Monsieur Charles Comte de Beust, Envoyé extraordinaire et Ministre plenipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et Chevalier de l'Ordre du Lion d'or.

Son Altesse Sérénissime l'Electeur de Bade: Monsieur Sigismond Charles Jean Baron de Reizenstein, Ministre du cabinet de Son Altesse Electorale, Grand-Cordon de l'Ordre de la Fidélité.

Son Altesse Impériale, Monseigneur le Prince Joachim Duc de Berg et Clèves: Monsieur le Baron Maximilian de Schell.

Son Altesse Sérénissime le Landgrave de Hesse-Darmstadt: Monsieur Auguste Baron de Pappenheim, Son Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie.

Leurs Altesses Sérénissimes les Princes de Nassau-Usingen et Nassau-Weilbourg: Monsieur Jean Ernest Baron de Gagern, Leur Ministre.

Leurs Altesses Sérénissimes les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Hohenzollern-Sigmaringen: Monsieur François Xavier Major de Fischler.

Leurs Altesses Sérénissimes les Princes de Salm-Salm et de Salm-Kyrbourg: le même Monsieur François Xavier Major de Fischler.

Son Altesse Sérénissime le Prince d'Isenbourg-Birstein: Monsieur de Greuhm, Président et chargé des pouvoirs de Son Altesse.

Son Altesse Sérénissime le Duc d'Ahremberg: Monsieur Durant St. André.

Le Comte de la Leyen: Monsieur Durant St. André, lesquels, après s'être com-

Se. Majestät der König von Würtemberg: den Herrn Grafen von Winzingeroda, Allerhöchstihren Staats-, Conferenz- und Kabinets-Minister, Ritter des grossen Ordens, Commenthur des Johanniter-Ordens und Ritter des weissen Adlers.

Seine churfürstliche Gnaden der Churfürst Erzkanzler des deutschen Reiches: den Herrn Karl Grafen von Beust, Höchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, König von Italien, Ritter des goldnen Löwen-Ordens.

Seine churfürstliche Durchlaucht von Baden: den Herrn Sigmund Karl Johann Freiherrn von Reizenstein, Höchstihren Kabinets-Minister, Großkreuz des Ordens der Treue.

Se. kaiserl. Hoheit der Prinz Joachim Herzog von Berg und Cleve: den Herrn Maximilian Freiherrn von Schell.

Se. Durchlaucht der Landgraf von Hessen-Darmstadt: den Herrn August Freiherrn von Pappenheim, Höchstdero bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, König von Italien.

Ihre Durchlauchten die Fürsten von Nassau-Usingen und von Nassau-Weilburg: den Herrn Johann Ernst Freiherrn von Gagern, Höchstihren Minister.

Ihre Durchlauchten die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollen-Sigmaringen: den Herrn Franz Xaver von Fischler.

Ihre Durchlauchten die Fürsten von Salm-Salm und Salm-Kyrburg: denselben Herrn Franz Xaver von Fischler.

Se. Durchlaucht der Fürst von Ysenburg-Birstein: den Herrn von Greuhm, Höchstihren Präsidenten und Bevollmächtigten.

Se. Durchlaucht der Herzog von Ahremberg: den Herrn Durant St. André.

Der Graf von der Layen: den Herrn Durant St. André; welche, nach wechselseitiger

muniqué leurs pleinspouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivans:

Art. I.

Les états de Leurs Majestés, les Rois de Bavière et de Wurtemberg, de Leurs Altesses Sérénissimes les Electeurs Archichancelier et de Bade, le Duc de Berg et Clèves, le Landgrave de Hesse-Darmstadt, les Princes de Nassau-Usingen et Nassau-Weilbourg, les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Hohenzollern-Sigmaringen, les Princes de Salm-Salm et Salm-Kyrbourg, le Prince d'Ysenbourg - Birstein, le Duc d'Ahremberg, et le Prince de Lichtenstein, et du Comte de la Leyen, seront séparés à perpétuité du territoire de l'Empire germanique [a]) et unis-entr'eux par une confédération particulière sous le nom d'Etats confédérés du Rhin.

Art. II.

Toute loi de l'Empire germanique, qui a pu jusqu'à présent concerner et obliger Leurs Majestés et Leurs Altesses Sérénissimes les Rois et Princes et le Comte dénommés en l'Article précédent, Leurs sujets et Leurs états ou partie d'iceux, sera à l'avenir. relativement à Leurs dites Majestés et Altesses et au dit Comte, à leurs états et sujets respectifs, nulle et de nul effet; sauf néanmoins les droits acquis à des créanciers et pensionnaires par le recès de mille huit cent trois, et les dispositions du paragraphe trente-neuf du dit recès [b]) relatives à l'octroi de navigation du Rhin, lesquelles continueront d'être exécutées suivant leur forme et teneur.

Art. III.

Chacun des Rois et Princes confédérés renoncera à ceux de ses titres qui expri-

Mittheilung ihrer Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1.

Die Staaten Ihrer Majestäten der Könige von Bayern und von Würtemberg, Ihrer Durchlauchten der Churfürsten Erzkanzler und von Baden, des Herzogs von Berg von Cleve, des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, der Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg, von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, von Salm-Salm und Salm-Kyrburg, des Fürsten von Ysenburg-Birstein, des Herzogs von Ahremberg, des Fürsten von Lichtenstein und des Grafen von der Leyen, werden auf ewig von dem Territorium des deutschen Reiches getrennt [a]), und unter sich durch eine besondere Conföderation unter dem Namen: „Rheinische Bundesstaaten", vereiniget.

Art. 2.

Jedes deutsche Reichsgesetz, welches Ihre Majestäten und Durchlauchten die Könige, Fürsten und die Grafen, die in dem vorhergehenden Artikel benannt sind, Ihre Unterthanen, Staaten oder Theile derselben bisher betraf oder verband, soll künftig in Hinsicht Ihrer Majestäten und Durchlauchten und des gedachten Grafen, Ihrer Unterthanen und respectiven Staaten, null und nichtig und von keiner Wirkung seyn. Hievon sind jedoch ausgenommen die Rechte, welche die Gläubiger und Pensionisten durch den Rezes von 1803 erlangt haben, desgleichen die Verfügungen des 39. Artikels dieses Rezesses [b]), in Betreff der Rheinschiffahrts-Octroi, welche noch ferner nach ihrem ganzen Inhalte sollen in Vollzug gesetzt werden.

Art. 3.

Jeder der conföderirten Könige und Fürsten wird auf jene Seiner Titel, welche irgend

a) Die Aktenstücke, welche die Auflösung des deutschen Reichs betreffen, können nachgesehen werden in: Winkopp die Rheinische Conföderations-Acte. Frankfurt a. M. 1808. S. 26 ff.; wo dieselben nach dem Regensburger Abdruck in Folio mitgetheilt sind.— Dieselben sind ferner neuerlich wieder gesammelt in Moyer Corpus juris Confoederatonis in germanicae. Th. 1. S. 84 flg.

b) S. oben S. 162. fg.

ment des rapports quelconques avec l'Empire germanique; et le premier Août prochain, il fera notifier à la Diète sa séparation d'avec l'Empire.

einen Bezug auf das deutsche Reich ausdrücken, Verzicht leisten und am ersten des nächsten Monats August dem Reichstage seine Trennung von dem deutschen Reiche anzeigen lassen.

Art. IV.

Son Altesse Sérénissime l'Archi-chancelier prendra les titres de Prince-Primat et d'Altesse Eminentissime.

Le titre de Prince-Primat n'emporte avec lui aucune prérogative contraire à la plénitude de la souveraineté, dont chacun des Confédérés doit juir.

Art. 4.

Se. churfürstliche Gnaden der Erzkanzler nimmt den Titel eines Fürsten Primas und Altesse Eminentissime an.

Der Titel, Fürst Primas, ist aber mit keinem Vorzuge verbunden, welcher der vollen Souverainität, die jeder Consöderirte zu geniessen hat, entgegen wäre.

Art. V.

Leurs Altesses Sérénissimes l'Electeur de Bade, le Duc de Berg et Clèves, et le Landgrave de Hesse-Darmstadt prendront le titre de Grand-Duc. Ils jouiront des droits, honneurs et prérogatives attachés à la dignité royale. Le rang et la préminence entr'eux sont et demeureront fixés conformement à l'ordre dans lequel ils sont nommé au présent article. Le Chef de la maison de Nassau prendra le titre de Duc, et le Comte de la Leyen le titre de Prince.

Art. 5.

Ihre Durchlauchten der Churfürst von Baden, der Herzog von Berg und Cleve und der Landgraf von Hessen-Darmstadt nehmen den Titel, Großherzog, an; Sie geniessen die der k. Würde anklebende Rechte, Ehren und Vorzüge. Ihr Rang und Ihr Vorgangsrecht unter Sich ist und bleibt nach der Ordnung bestimmt, nach welcher Sie im gegenwärtigen Artikel benannt sind. Das Haupt des Hauses Nassau nimmt den Titel eines Herzogs und der Graf von der Leyen den Titel eines Fürsten an.

Art. VI.

Les intérêts communs des Etats confédérés seront traités dans une Diète, dont le siège sera à Francfort, et qui sera divisée en deux Colléges, savoir: le Collége des Rois, et le Collége des Princes.

Art. 6.

Die gemeinschaftlichen Interessen der verbündeten Staaten werden auf einem Bundestage verhandelt, dessen Sitz Frankfurt ist und der sich in zwei Collegien theilt, nämlich das Collegium der Könige und das Collegium der Fürsten.

Art. VII.

Les Princes devront nécessairement être indépendans de toute puissance étrangère à la confédération, et ne pourront conséquemment prendre du service d'aucun genre, que dans les Etats confédérés ou alliés à la confédération. Ceux qui, étant déjà au service d'autres puissances, voudront y rester, seront tenus de faire passer leurs Principautés sur la tête d'un de leurs enfans.

Art. 7.

Die Fürsten müssen nothwendig von jeder, der Consöderation fremden Macht unabhängig seyn und können daher keine Dienste irgend einer Art anderswo annehmen, als in den verbündeten oder mit der Consöderation allürten Staaten. Diejenigen, welche bereits in den Diensten einer andern Macht sich befinden und darin verbleiben wollen, sind verpflichtet, ihr Fürstenthum einem ihrer Kinder zu überlassen.

Art. VIII.

S'il arrivoit qu'un des dits Princes voulût aliéner, en tout ou en partie, sa souveraineté, il ne le pourra faire qu'en faveur de l'un des Etats confédérés.

Art. 8.

Auf den Fall, wenn einer der genannten Fürsten seine Souverainität im Ganzen oder theilweise veräussern wollte, kann er es nur zu Gunsten eines der föderirten Staaten thun.

Art. IX.

Toutes les contestations qui s'éléveront entre les Etats confédérés, seront decidées par la Diète de Francfort.

Art. 9.

Alle Streitigkeiten, welche sich unter den föderirten Staaten ergeben, werden auf dem Bundestage zu Frankfurt entschieden.

Art. X.

La Diète sera présidée par Son Altesse Eminentissime le Prince-Primat. Et lorsqu'un des deux Colléges seulement aura à délibérer sur quelqu'affaire, Son Altesse Eminentissime présidera le Collége des Rois et le Duc de Nassau le Collége des Princes.

Art. 10.

Präsident der Bundes-Versammlung ist Se. Hoheit der Fürst Primas; und wenn eines von den zwei Collegien allein sich über eine Angelegenheit zu berathschlagen hat, so hat Se. Hoheit bei dem königlichen, und der Herzog von Nassau bei dem fürstlichen Collegium den Vorsitz.

Art. XI.

Les époques où, soit la Diète, soit un des Colléges séparément, devra s'assembler, le mode de leur convocation, les objets qui devront être soumis à leurs délibérations, la manière de former les résolutions et de les faire exécuter, seront déterminés par un statut fondamental, que son Altesse Eminentissime le Prince Primat proposera dans un delai d'un mois, après la notification faite à Ratisbonne, et qui devra être approuvée par les Etats confédérés. Le même statut fondamental fixera définitivement le rang entre les membres du Collége des Princes.

Art. 11.

Der Zeitpunkt, an welchem entweder der Bundestag, oder ein Collegium insbesondere sich zu versammeln hat, die Zusammenberufungs-Art, die Gegenstände, welche ihren Berathschlagungen zu unterwerfen, die Art und Weise, wie die Beschlüsse zu fassen und zum Vollzuge zu bringen sind, werden durch ein Fundamental-Gesetz bestimmt, welches durch Se. Hoheit den Fürsten Primas binnen Einem Monate nach der zu Regensburg geschehenen Notification in Vorschlag zu bringen und von den föderirten Staaten zu genehmigen ist. Eben dieses Fundamental-Gesetz wird den Rang der Mitglieder des fürstlichen Collegiums bestimmt festsetzen.

Art. XII.

Sa Majesté l'Empereur des Français sera proclamé Protecteur de la Confédération; et en cette qualité, au décès de chaque Prince-Primat, il en nommera le successeur.

Art. 12.

Se. Majestät der Kaiser der Franzosen wird zum Protector des Bundes proclamirt und ernennt in dieser Eigenschaft beim Absterben eines Fürsten Primas dessen Nachfolger.

Art. XIII.

Sa Majesté le Roi de Bavière cède à Sa Majesté le Roi de Wurtemberg, la seigneurie de Wiesensteig, et renonce aux droits, qu'à raison de la préfecture de Bur-

Art. 13.

Se. Majestät der König von Bayern tritt an Se. Majestät den König von Würtemberg die Herrschaft Wiesensteig ab und verzichtet auf die Rechte, welche Allerhöchstderselbe in Anse-

gau il pourrait avoir ou prétendre sur l'abbaye de Wiblingen.

Art. XIV.

Sa Majesté le Roi de Wurtemberg cède à Son Altesse Sérénissime le Grand-Duc de Bade, le comté de Bondorf, les villes de Breunlingen et de Villingen, avec la partie du territoire de cette dernière, située à la droite de la Brigach, et la ville de Tuttlingen avec les dépendances du bailliage de ce nom, situées à la droite du Danube.

Art. XV.

Son Altesse Sérénissime le Grand-Duc de Bade cède à Sa Majesté le Roi de Wurtemberg, la ville et le territoire de Biberach, avec ses dépendances.

Art. XVI.

Son Altesse Sérénissime le Duc de Nassau cède à Son Altesse Impériale le Grand-Duc de Berg, la ville de Deuz ou Dayz avec son territoire, la ville et le bailliage de Königswinter, et le bailliage de Villich.

Art. XVII. a)

Sa Majesté le Roi de Bavière réunira à Ses états et possédera en toute propriété et souveraineté, la ville et le territoire de Nuremberg, et les commanderies de Rohr et de Waldstetten de l'ordre Teutonique.

Art. XVIII.

Sa Majesté le Roi de Wurtemberg réunira à Ses états et possédera en toute souveraineté et propriété la seigneurie de Wiesensteig, et la ville, territoire et dépendances de Biberach, en conséquence des cessions à lui faites par Sa Majesté le Roi de Bavière et Son Altesse Sérénissime le Grand-Duc de Bade: la ville de Waldsée, le comté de Schelkingen, la commanderie

hung der Markgrafschaft Burgau auf die Abtei Wiblingen haben oder ansprechen könnte.

Art. 14.

Se. Majestät der König von Würtemberg überläßt Sr. Durchlaucht dem Großherzog von Baden die Grafschaft Bondorf, die Städte Breunlingen und Villingen mit demjenigen Theile des Gebiets dieser letztern, welcher auf der rechten Seite der Brigach liegt, desgleichen die Stadt Tuttlingen mit dem auf dem rechten Donau-Ufer liegenden Zugehörden des Amtes dieses Namens.

Art. 15.

Se. Durchlaucht der Großherzog von Baden tritt an Se. Majestät den König von Würtemberg die Stadt und das Gebiet von Biberach mit ihren Zugehörden ab.

Art. 16.

Se. Durchlaucht der Herzog von Nassau überläßt an Se. kaiserl. Hoheit den Großherzog von Berg und Cleve die Stadt Deuz mit ihrem Bezirke, die Stadt und das Amt Königswinter, und das Amt Villich.

Art. 17 a).

Se. Majestät der König von Bayern vereinigt mit seinen Staaten und nimmt in Besitz mit allen Eigenthums- und Souverainitäts-Rechten die Stadt Nürnberg und deren Gebiet, so wie auch die deutschen Ordens-Commenden Rohr und Waldstetten.

Art. 18.

Se. Majestät der König von Würtemberg vereinigt mit seinen Staaten als Souverain und eigenthümlich: die Herrschaft Wiesensteig, die Stadt Biberach, ihr Gebiet und Dependenzen, in Folge der ihm von Sr. Majestät dem Könige von Bayern und Sr. Durchlaucht dem Großherzoge von Baden gemachten Abtretungen: die Stadt Waldsee, die Grafschaft Schelkingen und die Commenden Kapfenburg oder Lauch-

a) Man vergleiche den nachstehenden §. 29.

de Kapfenbourg ou Lauchheim et la commanderie d'Alschhausen, distraction faite des seigneuries d'Achberg et de Hohenfels, et l'abbaye de Wiblingen.

Art. XIX.

Son Altesse Sérénissime le Grand-Duc de Bade réunira à Ses états et possédera en toute souveraineté et propriété: le comté de Bondorff, les villes de Breunlingen, Villingen et Tuttlingen, les parties de leurs territoires et leurs dépendances spécifiées en l'article quatorze, et tels qu'ils lui ont été cédés par Sa Majesté le Roi de Wurtemberg. Il possédera en toute propriété: la principauté de Heitersheim, et toutes celles de ses dépendances situées dans les possessions de Son Altesse Sérénissime, telles qu'elles seront en conséquence du présent traité. Il possédera également en toute propriété: les commanderies teutoniques de Beuggen et de Fribourg.

Art. XX.

Son Altesse Impériale le Grand-Duc de Berg possédera en toute souveraineté et propriété: la ville de Deutz ou Dayz avec son territoire, la ville et le bailliage de Koenigswinter et le bailliage de Villich, en conséquence de la cession à lui faite par son Altesse Sérénissime le Duc de Nassau.

Art. XXI.

Son Altesse Sérénissime le Grand-Duc de Hesse-Darmstadt réunira à Ses états: le Bourggraviat de Friedberg, pour le posséder en souveraineté seulement pendant la vie du Bourggrave actuel; et en toute propriété après le décès du Bourggrave.

Art. XXII.

Son Altesse Eminentissime le Prince-Primat réunira à Ses états et possédera en toute propriété et souveraineté: la ville et le territoire de Francfort.

heim und Alschhausen, mit Ausnahme der Herrschaften Achberg und Hohenfels, endlich die Abtei Wiblingen.

Art. 19.

Se. Durchlaucht der Großherzog von Baden verbindet mit seinen Staaten, und nimmt in Besitz mit allen Hoheits- und Eigenthums-Rechten die Grafschaft Bondorf, die Städte Villingen, Breunlingen und Tuttlingen, die Bezirkstheile und Dependenzen derselben, wie sie im 14. Artikel namhaft gemacht und von Sr. Majestät dem Könige von Würtemberg abgetreten worden sind. Höchstderselbe nimmt als Eigenthum in Besitz: das Fürstenthum Heitersheim und alle jene Zugehörden, welche, gegenwärtigem Vertrage gemäs, in den Besitzungen Sr. Durchlaucht liegen. Desgleichen wird Höchstderselbe die deutschen Ordens-Commenden Beuggen und Freyburg als vollkommenes Eigenthum besitzen.

Art. 20.

Se. kais. Hoheit der Großherzog von Berg soll mit vollem Eigenthume und Souverainität besitzen: die Stadt Deuz mit ihrem Gebiete, die Stadt und das Amt Königswinter, das Amt Villich, gemäs der von Sr. Durchlaucht dem Herzoge von Nassau gemachten Abtretung.

Art. 21.

Se. Durchlaucht der Großherzog von Hessen-Darmstadt vereinigt mit seinen Staaten: die Burggrafschaft Friedberg und zwar so lange, als der gegenwärtige Burggraf lebt, mit der Souverainität allein; nach dem Absterben des Burggrafen aber zugleich auch mit vollem Eigenthume.

Art. 22.

Se. Hoheit der Fürst Primas verbindet mit seinen Staaten und wird mit voller Souverainität und Eigenthum: die Stadt Frankfurt und ihr Gebiet besitzen.

Art. XXIII.

Son Altesse Sérénissime le Prince de Hohenzollern-Sigmaringen possédera en toute propriété et souveraineté: les seigneuries d'Achberg et de Hohenfels dépendantes de la commanderie d'Alschhausen, et les couvens de Klosterwald et de Habsthal; Son Altesse Sérénissime possédera en souveraineté: les terres équestres situées entre Ses possessions actuelles et les territoires au nord du Danube, sur lesquels Sa souveraineté doit s'étendre en conséquence du présent traité, notamment les seigneuries de Gamertingen et de Hettingen.

Art. XXIV. a)

Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg, Leurs Altesses Sérénissimes les Grand-Ducs de Bade, de Berg et de Hesse-Darmstadt, Son Altesse Eminentissime le Prince-Primat, Leurs Altesses Sérénissimes le Duc et le Prince de Nassau, les Princes de Hohenzollern-Sigmaringen, de Salm-Kyrbourg, d'Ysenbourg-Birstein et le Duc d'Ahremberg exerceront tous les droits de souveraineté, savoir: Sa Majesté le Roi de Bavière, sur la principauté de Schwarzenberg, le comté de Castell, les seigneuries de Speckfeld et Wiesentheid, les dépendances de la principauté de Hohenlohe enclavées dans le Marggraviat d'Anspach et dans le territoire de Rothenbourg, nommément les grands bailliages de Schillingsfurst et de Kirchberg, le comté de Sternstein, les principautés d'Oettingen, les possessions du Prince de la Tour et Taxis au nord de la principauté de Neubourg, le comté d'Edelstetten, les possessions des Princes et Comtes Fugger, le Bourggraviat de Winterrieden, et enfin les seigneuries de Buxheim et de Taunhausen, et sur la totalité de la grande route allant de Memmingen à Lindau.

Art. 23.

Se. Durchlaucht der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen erhält mit voller Souverainität und Eigenthum: die Herrschaften Achberg und Hohenfels, welche zur Commende Alschhausen gehörten, und die Klöster Klosterwald und Habsthal, desgleichen die Souverainität über die ritterschaftlichen Besitzungen, welche innerhalb Seiner gegenwärtigen Besitzungen und jener Gebiete nördlich der Donau liegen, über welche sich in der Folge dieses Tractats Seine Souverainität erstrecken soll, namentlich die Herrschaften Gammerdingen und Hettingen.

Art. 24. a)

Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Würtemberg, Ihre Durchlauchten die Großherzoge von Baden, Berg und Hessen-Darmstadt, Se. Hoheit der Fürst Primas und Ihre Durchlauchten der Herzog und der Fürst von Nassau, die Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, Salm-Kyrburg, von Ysenburg-Birstein und der Herzog von Ahremberg haben alle Souverainitäts-Rechte auszuüben, und zwar: Se. Majestät der König von Bayern über das Fürstenthum Schwarzenberg, die Grafschaft Kastell, die Herrschaften Speckfeld und Wiesentheid, die Dependenzen des Fürstenthums Hohenlohe, welche in der Markgrafschaft Ansbach und im Gebiete von Rothenburg liegen, namentlich das Oberamt Schillingsfürst und Kirchberg, die Grafschaft Sternstein, die Fürstenthümer Oettingen, die Besitzungen des Fürsten von Thurn- und Taxis nördlich des Fürstenthums Neuburg, die Grafschaft Edelstetten, die Besitzungen des Fürsten und der Grafen Fugger, das Burggrafthum Winterrieden und endlich die Herrschaften Burheim und Tannhausen, so wie über die Totalität der Heerstraße von Memmingen nach Lindau.

---

a) Man vergl. hier die Deklaration v. J. 1807. Reg. Bl. S. 465—490, und den nachstehenden §. 29.

Sa Majesté le Roi de Wurtemberg: sur les possessions des Princes et Comtes Truchsess-Waldbourg, les comtés de Baindt, d'Egloff, de Guttenzell, de Hegbach, d'Isny, de Koenigseck-Aulendorf, d'Ochsenhausen, de Roth et de Schussenried et Weissenau, les seigneuries de Mietingen et Sulmingen, Neu-Ravensbourg, Thannheim, Warthausen et Weingarten, distraction faite de la seigneurie de Hagnau; les possessions du Prince de la Tour et Taxis, à l'exception de celles qui sont situées au nord de la principauté de Neubourg et de la seigneurie de Strasberg et du bailliage d'Ostrach, les seigneuries de Gundelfingen et de Neufra; les parties du comté de Limbourg Gaildorf non possédées par Sa dite Majesté; toutes les possessions des Princes de Hohenlohe, sauf l'exception faite au paragraphe précédent, et enfin la partie du bailliage ci-devant Mayençais de Krautheim, située à la gauche de la Yaxt.

Son Altesse Sérénissime le Grand-Duc de Bade: sur la principauté de Furstenberg (étant exceptées les seigneuries de Gundelfingen, Neufra, Trochtelfingen, Jungnau et la partie du bailliage de Möskirch, située à la gauche du Danube) la seigneurie de Hagenau, le comté de Thengen, le Landgraviat de Klettgau, les bailliages de Neidenau et Billigheim, la principauté de Linange, les possessions des Princes et Comtes de Löwenstein-Wertheim situées à la rive gauche du Mein (étant exceptés le comté de Löwenstein, la partie du Limbourg-Gaildorf appartenante aux Comtes de Löwenstein et les seigneuries de Heubach, de Breuberg et de Habitzheim) et enfin sur les possessions du Prince de Salm-Reiferscheid-Krautheim, situées au Nord de la Yaxt.

Son Altesse Impériale le Grand-Duc de Berg: sur les seigneuries de Limbourg-Styrum, de Bruch, de Hardenberg, de Gimborn et Neustadt, de Wildenberg, les comtés de Hombourg, de Bentheim, de Steinfurt, de

Se. Majestät der König von Würtemberg: über die Besitzungen der Fürsten und Grafen von Truchseß-Waldburg, die Grafschaften Boindt, Egloffs, Gutenzell, Heggbach, Ißny, Königseck-Aulendorf, Ochsenhausen, Roth, Schussenried und Weissenau, die Herrschaften Mietingen und Sulmingen, Neu-Ravensburg, Tannheim, Warthausen und Weingarten, mit Ausnahme der Herrschaft Hagenau, die Besitzungen des Fürsten von Thurn und Taris, mit Ausnahme der an der Nordseite des Fürstenthums Neuburg liegenden, dann der Herrschaft Straßberg und des Amtes Ostrach, die Herrschaften Gundelfingen und Neufra, die Theile der Grafschaft Limburg-Gaildorf, welche Se. Majestät nicht besitzen; alle Besitzungen der Fürsten von Hohenlohe mit der im vorhergehenden Paragraphe gemachten Ausnahme, und endlich den Theil des ehemaligen Mainzischen, auf der linken Seite der Jart liegenden Amtes Krautheim.

Se. Durchlaucht der Großherzog von Baden: über das Fürstenthum Fürstenberg, mit Ausnahme der Herrschaften Gundelfingen, Neufra, Trochtelfingen, Jungnau und des auf der linken Seite der Donau gelegenen Theils des Amtes Möskirch, die Herrschaft Hagenau, die Grafschaft Thengen, die Landgrafschaft Klettgau, die Aemter Neidenau und Billigheim, das Fürstenthum Leiningen, die auf der linken Seite des Mains liegenden Besitzungen des Fürsten und der Grafen von Löwenstein-Wertheim, mit Ausnahme der Grafschaft Löwenstein, des dem Grafen von Löwenstein zugehörigen Theils von Limburg-Gaildorf und der Herrschaften Heubach, Breuberg und Habizheim und endlich die Besitzungen des Fürsten von Salm-Reiferscheid-Krautheim am nördlichen Ufer der Jart. —

Se. kais. Hoheit der Großherzog von Berg: über die Herrschaften Limburg-Styrum, Brück, Hardenberg, Gimborn und Neustadt, Wildenberg, die Grafschaften Homburg, Bentheim, Steinfurt, Horstmar, die Besitzungen des Her-

Horstmar, les possessions du Duc de Looz, les comtés de Siegen, Dillenbourg (les bailliages de Wehrheim et Burbach exceptés) et de Hadamar, les seigneuries de Westerbourg, de Schadeck et de Beilstein, et la partie de la seigneurie de Runkel proprement dite, située à la droite de la Lahn; et pour les communications entre le Duché de Clèves et les possessions susdites au Nord de ce Duché, Son Altesse Impériale aura l'usage d'une route à travers les états des Princes de Salm.

Son Altesse Sérénissime le Grand-Duc de Darmstadt: sur les seigneuries de Breuberg et de Heubach, sur la seigneurie ou bailliage d'Habizheim, le comté d'Erbach, la seigneurie d'Ilbenstadt, la partie du comté de Königstein, possédée par le Prince de Stolberg-Gedern, les possessions des barons de Riedesel enclavées dans les états de Sa dite Altesse Sérénissime ou qui leurs sont contigues, nommément les jurisdictions de Lauterbach, de Stockhausen, de Moos et Freyenstein, les possessions des Princes et Comtes de Solms en Wetteravie (à l'exception des bailliages de Hohensolms, Braunfels et Greifenstein) et enfin sur les comtés de Wittgenstein et Berlebourg, et le bailliage de Hesse-Hombourg, possédé par la branche de se nom appanagée de Hesse-Darmstadt.

Son Altesse Eminentissime le Prince-Primat: sur les possessions des Princes et Comtes de Loewenstein-Wertheim situées à la droite du Mein, et sur le comté de Rieneck.

LL. AA. SS. le Duc de Nassau-Usingen et le Prince de Nassau-Weilbourg: sur les bailliages de Dierdorf, Altenwied, Neuenbourg et la partie du comté du Bas-Isenbourg appartenant au Prince de Wied-Runkel, les comtés de Wied, Neu-Wied et de Holzapfel, la seigneurie de Schaumbourg, le comté de Diez et ses dépendances la partie du village de Munzfelden apparte-

zogs von Looz, die Graffschaften Siegen, Dillenburg (die Aemter Wehrheim und Burbach ausgenommen), Hadamar, die Herrschaften Westerburg, Schadeck und Beilstein, dann den Theil der Herrschaft Runkel, welcher eigentlich so genannt wird und an dem rechten Lahn-Ufer liegt; desgleichen zur Communication zwischen dem Herzogthume Cleve und den obbenannten gegen Norden liegenden Besitzungen erhält S. k. Hoheit den Gebrauch einer Strasse durch die Staaten des Fürsten von Salm.

Se. Durchlaucht der Großherzog von Darmstadt: über die Herrschaften Breuberg und Heubach, über die Herrschaft oder des Amts Habizheim, die Graffschaft Erbach, die Herrschaft Ilbenstadt, den von dem Fürsten von Stollberg-Gedern besessenen Theil der Graffschaft Königsstein, die in den Staaten Sr. Durchlaucht eingeschlossenen oder daran stoßenden Besitzungen der Freiherrn von Riedesel, namentlich die Gerichte Lauterbach, Stockhausen, Moos und Freyenstein, über die Besitzungen der Fürsten und Grafen von Solms in der Wetterau, mit Ausnahme der Aemter Hohensolms, Braunfels und Greifenstein, endlich über die Graffschaften Wittgenstein und Berleburg und über das Amt Hessen-Homburg, welches die davon benannte appanagirte Linie des Hauses Hessen-Darmstadt besitzet.

Se. Hoheit der Fürst Primas: über die Besitzungen des Fürsten und der Grafen von Löwenstein-Wertheim, welche auf der rechten Seite des Mains liegen, und über die Graffschaft Rieneck.

Ihre Durchlauchten der Herzog von Nassau-Usingen und der Fürst von Nassau-Weilburg: über die Aemter Dierdorf, Altenwied, Neuenburg, den Theil der Graffschaft Nieder-Ysenburg, der dem Fürsten von Wied-Runkel zugehört, die Graffschaften Wied, Neuwied und Holzapfel, die Herrschaft Schaumburg, die Graffschaft Diez und ihre Dependenzen, über den Theil des Dorfes Münzfelden, der dem

nante au Prince de Nassau-Fulde, le bailliage de Wehrheim et de Burbach, la partie de la seigneurie de Runkel située à la gauche de la Lahn, la terre équestre de Gransberg, et enfin le bailliage de Hohensolms, de Braunfels et Greifenstein.

Son Altesse Sérénissime le Prince de Hohenzollern-Sigmaringen: sur les seigneuries de Trochtelfingen, de Jungnau, de Strasberg, sur le bailliage d'Ostrach et la partie de la seigneurie de Möskirch, située à la gauche du Danube.

Son Altesse Sérénissime le Prince de Salm - Kyrbourg: sur la seigneurie de Gehmen.

Son Altesse Sérénissime le Prince d'Ysenbourg-Birstein: sur les possessions des Comtes d'Ysenbourg-Budingen, Waechtersbach et Meerholz, sans que les Comtes appanagés de sa branche puissent se prévaloir de cette stipulation pour former aucune prétention à sa charge.

Et Son Altesse Sérénissime le Duc d'Ahremberg: sur le comté de Dulmen.

Fürsten von Nassau-Fuld zugehört, über das Amt Wehrheim und Burbach, über den Theil der Herrschaft Runkel auf der linken Seite der Lahn gelegen, über das Rittergut Gransberg und über die Aemter Hohensolms-Braunfels und Greiffenstein.

Se. Durchlaucht der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen: über die Herrschaften Trochtelfingen, Jungnau, Straßberg; über das Amt Ostrach und den Theil der Herrschaft Möskirch am linken Ufer der Donau.

Se. Durchlaucht der Fürst von Salm-Kyrburg: über die Herrschaft Gehmen.

Se. Durchlaucht der Fürst von Ysenburg-Birstein: über die Besitzungen der Grafen von Ysenburg-Budingen, Wächtersbach und Meerholz, ohne daß die appanagirten Grafen seiner Linie sich auf diese Stipulation berufen können, um daraus Ansprüche gegen ihn zu begründen.

Und Se. Durchlaucht der Herzog von Ahremberg: über die Grafschaft Dülmen.

Art. XXV.

Chacun des Rois et Princes confédérés possédera en toute souveraineté les terres équestres enclavées dans ses possessions. Quant aux terres équestres interposées entre deux des états confedérés, elles seront partagées, quant à la souveraineté entre les deux états, aussi également que faire se pourra, mais de manière à ce qu'il n'en resulte ni morcellement, ni mélange de territoires.

Art. 25.

Ein jeder der conföderirten Könige und Fürsten soll die in seinen Besitzungen inclavirten ritterschaftlichen Güter mit voller Souverainität besitzen. Die zwischen zwei conföderirten Staaten gelegenen Rittergüter sollen in Absicht auf die Souverainität zwischen diesen Staaten, in so gleiche Theile als möglich, getheilt werden, jedoch dergestalt, daß weder eine Zerstückelung noch Gebiets-Vermischung daraus entstehe.

Art. XXVI.

Les droits de souveraineté sont ceux de legislation, de jurisdiction suprême, de haute police, de conscription militaire ou de recrutement et d'impôt.

Art. 26.

Die Rechte der Souverainität bestehen in der Gesetzgebung in der hohen Jurisdiction, der hohen Polizei, in der militärischen Conscription oder Rekrutirung und in dem Rechte der Auflagen.

Art. XXVII.

Les princes ou comtes actuellement regnans conserveront chacun, comme pro-

Art. 27.

Ein jeder der jetzt regierenden Fürsten oder Grafen behält als Patrimonial- und Privat-

priété patrimoniale et privée, tous les domaines sans exception qu'ils possédent maintenant, ainsi que tous les droits seigneuriaux et féodaux non essentiellement inhérans à la souveraineté, et notamment les droits de basse et moyenne jurisdiction en matière civile et criminelle, de jurisdiction et de police forestieré, de chasse, de pêche, de mines, d'usines, de dimes et de préstations féodales, de patronages et autres semblables et les revenus provenans des dits domaines et droits. Leurs domaines et biens seront assimilés, quant à l'impôt, aux domaines et biens des princes de la maison sous la souveraineté de laquelle ils doivent passer en vertu du présent traité; ou si aucun des princes de la dite maison ne possédait d'immeubles, aux domaines et biens de la classe la plus privilégiée. Ne pourront les dits domaines et droits être vendus à un souverain étranger à la confédération, ni autrement aliénés, sans avoir été préalablement offerts au prince sous la souveraineté du quel ils se trouvent placés.

eigenthum alle Domainen, die er gegenwärtig besitzt, ohne Ausnahme; eben so alle Herrschafts- und Feudalrechte, welche nicht wesentlich mit der Souverainität verknüpft sind, namentlich die Rechte der mittlern und niedern Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit, die Forstjurisdiction und Polizei, das Jagd- und Fischerei-Recht, die Berg- und Hammerwerke, die Zehenten, die Feudalgefälle, Patronatsrechte und andere ähnliche so wie die aus diesen Domainen und Gerechtsamen entspringenden Einkünfte. In Betreff der Auflagen sollen ihre Domainen und Güter mit den Gütern und Domainen derjenigen Fürsten gleichgestellt werden, unter deren Souverainität sie zu Folge gegenwärtigen Tractats kommen; oder wenn kein Prinz dieses Hauses Immobilien besäße, so sollen sie den Domainen und Gütern der am meisten privilegirten Klasse gleichgehalten werden. Diese Domainen und Rechte können an keinen der Conföderation fremden Souverain verkauft oder auf andere Art veräußert werden, wenn sie nicht zuvor dem Fürsten, unter dessen Souverainität sie stehen, angeboten worden sind.

Art. XXVIII.

En matière criminelle les princes et comtes actuellement régnans et leurs héritiers jouiront du droit d'austrégues, c. à. d. d'être jugés par leur pairs, et dans aucun cas la confiscation de leurs biens ne pourra être prononcée ni avoir lieu, mais les revenus pourront être séquestrés pendant la vie du condamné.

Art. 28.

In Criminalsachen geniessen die jetzt regierenden Fürsten und Grafen und ihre Nachfolger das Austrägalrecht, d. i. von ihren Ebenbürtigen gerichtet zu werden und in keinem Falle kann die Confiscation ihrer Güter ausgesprochen werden oder Statt haben. Allein die Einkünfte können während der Lebenszeit des Verurtheilten sequestrirt werden.

Art. XXIX.

Les états confédérés contribueront au payement des dettes actuelles des cercles, non seulement pour leurs possessions anciennes, mais aussi pour les territoires qui doivent être respectivement soumis à leur souveraineté. La dette du cercle de Suabe sera à la charge de Leurs Majestés les Rois de Bavière, de Wurtemberg, S. Alt. le Grand-Duc de Bade, et de LL. AA. SS.

Art. 29.

Die conföderirten Staaten tragen zur Bezahlung der jetzigen Kreisschulden nicht allein in Hinsicht ihrer vorigen Besitzungen bei, sondern auch wegen jener Gebiete, die ihrer respectiven Souverainität durch diesen Vertrag unterworfen werden. Die Schulden des schwäbischen Kreises fallen Ihren Majestäten den Königen von Bayern und Würtemberg, dann Ihren Durchlauchten dem Großherzoge von Ba-

les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Sigmaringen, de Lichtenstein et de la Leyen; et divisée entr' eux dans la proportion de ce que chacun desdits Rois et Princes possédera dans la Suabe.

den, den Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen, von Lichtenstein und von der Leyen zur Last und werden unter dieselbe nach Maßgabe ihrer künftigen Besitzungen in Schwaben getheilt.

Art. XXX.

Les dettes propres de chaque principauté, comté ou seigneurie passant sous la souveraineté de l'un des états confédérés, seront divisées entre le dit état et les princes ou comtes actuellement régnans, dans la proportion de revenus que le dit état doit acquérir, et de ceux que les princes ou comtes doivent conserver d'après les stipulations si-dessus.

Art. 30.

Die besonderen Schulden eines jeden Fürstenthums, Grafen oder Herrn, welche unter die Souverainität eines der conföderirten Staaten kommen, sollen zwischen dem genannten Staate und den jetzt regierenden Fürsten oder Grafen nach Verhältniß der Einkünfte getheilt werden, welche gedachter Staat erwirbt und derjenigen, welche die Fürsten und Grafen nach obigen Stipulationen zu behalten haben.

Art. XXXI.

Il sera libre aux princes ou comtes actuellement régnans et à leurs héritiers de fixer leur résidence partout où ils le voudront, pourvu que ce soit dans un des états membres ou alliés de la confédération du Rhin, ou dans les possessions qu'ils conserveront en souveraineté hors du territoire de la dite confédération, et de retirer leurs revenus ou leurs capitaux, sans pouvoir être assujettis pour cette cause à aucun droit ou impôt quelconque.

Art. 31.

Es bleibt den jetzt regierenden Fürsten oder Grafen und ihren Erben frei, ihren Wohnort zu wählen wo sie wollen, wenn sie sich in den Staaten eines Mitgliedes oder Alliirten der rheinischen Conföderation oder in einer ihrer souverainen Besitzungen ausser dem Districte der genannten Conföderation aufhalten, wo sie ihre Einkünfte oder Capitalien beziehen können, ohne deshalb irgend einem Zwange oder einer Abgabe unterworfen zu seyn.

Art. XXXII.

Les individus employés dans l'administration publique des principautés, comtés ou seigneuries qui doivent, en vertu du présent traité, passer sous la souveraineté de l'un des états confédérés, et que le Souverain ne jugerait pas à propos de conserver dans leurs emplois, jouiront d'une pension de retraite égale à celle, que les loix ou réglemens de l'état accordent aux officiers du même grade.

Art. 32.

Die bei der öffentlichen Verwaltung der Fürstenthümer, Graf- und Herrschaften angestellten Individuen, welche Kraft des gegenwärtigen Tractats unter die Souverainität eines der conföderirten Staaten kommen sollen und deren Beibehaltung in ihrem Dienste der Souverain nicht für dienlich hält, werden eine Pension geniessen, die derjenigen gleich seyn wird, welche die Gesetze oder Verordnungen des Staates den Staatsdienern vom nämlichen Grade bewilligen.

Art. XXXIII.

Les membres des ordres militaires ou réligieux qui pourront être; en conséquence

Art. 33.

Die Mitglieder der militärischen oder religiösen Orden, welche zu Folge des gegenwärti-

du présent traité, depossédés ou sécularisés, recevront une pension annuelle et viagère, proportionnée au revenu dont ils jouissoient, à leur dignité et à leur âge, et hypothéquée sur les biens dont ils étaient usufruitiers.

Art. XXXIV.

Les Rois, Grand-Ducs, Ducs et Princes confédérés renoncent, chacun d'Eux pour Soi, Ses héritiers et successeurs, à tout droit actuel qu'il pourrait avoir ou prétendre sur les possessions des autres membres de la confédération telles qu'elles sont et telles qu'elles doivent être, en conséquence du présent traité; les droits éventuels de succession demeurant seuls réservés, et pour le cas seulement où viendroit à s'éteindre la maison ou la branche qui posséde maintenant, ou doit, en vertu du présent traité, posséder en souveraineté les territoires, domaines et biens sur lesquels les susdits droits peuvent s'étendre.

Art. XXXV.

Il y aura entre l'Empire français et les états confédérés du Rhin, collectivement et séparément, une alliance, en vertu de laquelle toute guerre continentale, que l'une des parties contractantes aurait à soutenir, deviendra immédiatement commune à toutes les autres.

Art. XXXVI.

Dans le cas où une puissance étrangère à l'alliance et voisine armerait, les hautes parties contractantes, pour ne pas être prises au dépourvu, armeront pareillement, d'après la demande, qui en sera faite par le Ministre de l'une d'elles à Francfort.

Le contingent que chacun des alliés devra fournir, étant divisé en quatre quarts, la diète déterminera combien de quarts devront être rendus mobiles; mais l'armement ne sera effectué qu'en conséquence d'une

gen Tractats entsetzt oder säcularisirt werden könnten, erhalten eine lebenslängliche und jährliche Pension, welche ihren bisherigen Einkünften, ihrer Würde und ihrem Alter angemessen und auf die Güter, wovon sie die Nutzniessung hatten, hypothezirt ist.

Art. 34.

Die Könige, Großherzoge, Herzoge und conföderirte Fürsten entsagen, jeder für Sich, Seine Erben und Nachfolger, jedem jetzt bestehenden Rechte, welches Sie haben oder in Anspruch nehmen könnten, über die Besitzungen anderer conföderirten Mitstände, so wie sie sind und so wie sie zu Folge dieses Tractats seyn sollen. Die eventuellen Rechte der Nachfolge bleiben allein vorbehalten, doch nur für den Fall, wenn ein Haus oder eine Linie erlöschen sollte, welche dermalen die Gebiete, Domainen und Güter, über welche die obgedachten Rechte sich erstrecken können, als Souverain besitzt oder Kraft des gegenwärtigen Tractats besitzen soll.

Art. 35.

Zwischen dem Kaiser der Franzosen und den Staaten des rheinischen Bundes, insgesammt und einzeln genommen, soll eine Allianz Statt haben, kraft welcher jeder Continental-Krieg, welchen einer der contrahirenden Theile zu führen hätte, für alle Andere zur gemeinen Sache wird.

Art. 36.

Im Falle eine dieser Allianz fremde und benachbarte Macht sich bewaffnet, sollen die hohen contrahirenden Mächte ebenfalls auf die Anforderung, welche der Minister eines conföderirten Staates desfalls zu Frankfurt machen wird, sich bewaffnen, um nicht unvorbereitet überfallen zu werden.

Da das Contingent, welches ein jeder von den Alliirten zu stellen hat, in vier Viertel zu theilen ist, so wird der Bundestag bestimmen, wie viele Viertel mobil gemacht werden sollen; allein die Bewaffnung soll erst dann Statt ha-

invitation addressée par Sa Majesté l'Empereur et Roi à chacune des puissances alliées.

ben, wenn eine diesfallsige Einladung von Sr. Majestät dem Kaiser und König an jede der alliirten Mächte erfolgt.

Art. XXXVII.

Sa Majesté le Roi de Bavière s'engage à fortifier les villes d'Augsbourg et de Lindau, á former et entretenir en tout tems dans la premiére de ces deux places, des établissements d'artillerie, et à tenir dans la seconde une quantité de fusils et de munitions suffisante pour une réserve, de même qu'à avoir à Augsbourg des boulangeries, pour qu'on puisse confectionner une quantité de biscuits, telle qu'en cas de guerre, la marche des Armées n'éprouve pas de retard.

Art. 37.

Se. Majestät der König von Bayern machen sich verbindlich, die Städte Augsburg und Lindau zu befestigen, im ersten dieser beiden Plätze ein Artillerie-Etablissement zu errichten und jederzeit zu unterhalten; am zweiten Orte aber einen hinlänglichen Vorrath an Flinten und Munition zu haben, der als Reserve dienen soll; desgleichen in Augsburg Bäckereien anzulegen, um einen Vorrath Zwieback backen lassen zu können, damit im Falle eines Krieges der Marsch der Armeen keinen Aufenthalt leide.

Art. XXXVIII.

Le contingent à fournir par chacun des alliés pour le cas de guerre, est fixé comme il suit:

La France fournira deux cents mille hommes de toutes armes; le royaume de Bavière, trente mille hommes de toutes armes; le royaume de Wurtemberg douze mille; le Grand-Duc de Bade huit mille; le Grand-Duc de Berg cinq mille; le Grand-Duc de Darmstadt quatre mille. Leurs Altesses Sérénissimes le Duc et Prince de Nassau fourniront avec les autres Princes confédérés fourniront un contingent de quatre mille hommes.

Art. 38.

Das von jedem der Alliirten, im Falle eines Krieges, zu stellende Contingent ist festgesetzt wie folgt:

Frankreich stellt 200,000 Mann von jeder Waffengattung; das Königreich Bayern 30,000 von jeder Waffengattung; das Königreich Würtemberg 12,000; der Großherzog von Baden 8,000; der Großherzog von Berg 5,000; der Großherzog von Darmstadt 4,000; der Herzog und der Fürst von Nassau stellen mit den andern verbündeten Fürsten ein Contingent von 4,000 Mann.

Art. XXXIX.

Les hautes parties contractantes se réservent d'admettre par la suite dans la nouvelle confédération d'autres Princes et états d'Allemagne qu'il sera trouvé de l'interêt commun d'y admettre.

Art. 39.

Die hohen contrahirenden Theile behalten sich vor, in Zukunft auch andere deutsche Fürsten und Staaten in die Conföderation aufzunehmen, wenn es dem gemeinschaftlichen Interesse angemessen gefunden wird.

Art. XL.

Les Ratifications du présent traité seront échangées à Munich le vingt cinq Juillet de la présente année.

Fait à Paris le 12. Juillet 1806.

Art. 40.

Die Ratificationen des gegenwärtigen Tractats sollen am 25. Julius des gegenwärtigen Jahres zu München ausgewechselt werden.

Geschehen Paris den 12. Julius 1806.

Reg. Bl. v. J. 1807. St. VII. S. 97.

B. Vollzug der rheinischen Bundesacte.

1. Besitznahme der dem Königreiche Bayern zugetheilten Gebiete.

§. 29.

(Die Besitznahme der neuen Landestheile des Königreichs betr.)

M. J. K.

Da vermög des Artikels XVII. des rheinischen Bundesvertrages a) Unserm Königreiche mit Eigenthum und Souverainität die bisherige Reichsstadt Nürnberg und ihr Gebiet, nebst den Deutschordens-Commenden Rohr und Waldstetten zugetheilt, auch denselben in Gemäsheit des Artikels XXIV. des nämlichen Tractats, mehrere Fürstenthümer, Graf- und Herrschaften und Gebiete mit voller Souverainität einverleibt und garantirt worden; als: das Fürstenthum Schwarzenberg, die Grafschaft Castell, die Herrschaften Speckfeld und Wiesentheid, das Fürstenthum Hohenlohe, soweit dasselbe in der Markgrafschaft Ansbach und in dem Gebiete von Rothenburg inclavirt ist, namentlich die Oberämter Schillingsfürst und Kirchberg, die Grafschaft Sternstein, die Fürstenthümer Oettingen, die Besitzungen des Fürsten Thurn und Taxis, welche an der Nordseite des Herzogthums Neuburg gelegen sind, die Grafschaft Edelstetten, die Besitzungen des Fürsten und der Grafen von Fugger, das Burggraviat von Winterrieden, endlich die Herrschaften Burheim und Tannhausen und der ganze Umfang der von Memmingen nach Lindau ziehenden großen Landstrasse, und diese genannten sämmtlichen Besitzungen mit den oben ausgedrückten Rechten durch den Bevollmächtigten Sr. Majestät des Kaisers von Frankreich und Königs von Italien in einem besondern Acte an Uns überwiesen worden sind; so haben Wir in Gemäßheit des erwähnten Vertrages und dieser hiernach geschehenen Ueberweisung beschlossen, den Besitz gedachter Lande, Herrschaften und Gebiete nach herkömmlichen Formen ergreifen zu lassen und Unsere k. Regierung über dieselbe hiermit wirklich anzutreten. Wir thun dieses Kraft des gegenwärtigen Patents und verlangen von deren Besitzern, ihrem bisherigen Militär, geistlichen und weltlichen Behörden, so wie von Unsern übrigen neuen Unterthanen, daß sie Uns als ihren König und Souverain erkennen, sich hiernach durchaus benehmen, alles verhindern und selbst vermeiden, was Unserm Allerhöchsten Interesse nachtheilig seyn kann, überhaupt Unsere gegenwärtigen und künftigen Verfügungen jederzeit schuldigen Gehorsam leisten werden.

§. 29. Besitzergreifung v. Nürnberg und mehrerer andern gemäs Art. XXIV. der rheinischen Bundes-Acte an Bayern gefallenen Herrschaften.

Dagegen ertheilen Wir allen genannten Fürsten, Grafen, Herren und Unsern sämmtlichen neuen Unterthanen Unsere k. Versicherung, daß Wir bei allen Unsern künftigen Anordnungen auf ihre Uns vorzutragenden Wünsche allezeit gerechte und gnädige Rücksicht nehmen und Unsere erste und angenehmste Regierungssorge dahin gerichtet seyn werde, ihren Wohlstand eben so, wie in Unsern ältern Landen, zum höchstmöglichen Grade zu befördern. b)

Zu Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent Allerhöchst-eigenhändig vollzogen und mit Unserm k. Insiegel bestärken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München am 3. September im Jahre 1806.

Reg. Bl. v. J. 1806. St. XL S. 353.

---

a) Man vergl. oben §. 28.

b) Man vergl. hierüber die Deklaration v. 19. März 1807. Reg. Bl. S. 465; dann das IV. konstitutionelle Edict und wegen den Fürsten von Taxis und den Grafen von Fugger die Deklarationen vom 27. März 1812. (Reg. Bl. S. 841.) u. 7. Juny 1806. (Reg. Bl. S. 249.)

Vorstehendes Patent wurde von dem k. Landes-Commissariat Amberg wegen der Grafschaft Sternstein ausgeschrieben, wie folgt:

Im Namen rc. rc.

Da die gefürstete Grafschaft Sternstein, welche durch den XXIV. Artikel des rheinischen Conföderations-Tractats a) der k. Bayer. Souverainität untergeordnet worden ist, am 15. September d. J. im Namen Sr. K. Majestät von der unterfertigten Stelle wirklich in den Besitz genommen wurde und nachdem XXVII. Artikel des erwähnten Tractats bei jeder Veräusserung eines Domainialgutes oder der den unterworfenen Fürsten und Grafen belassenen Rechte an einen fremden Souverain, dem Fürsten, unter dessen Souverainität sie sich befinden, jederzeit ein Verkaufs-Recht zugestanden ist, so ist vermög eines Allerhöchsten Auftrages zu Sicherstellung dieses Rechtes den sämmtlich k. Aemtern der obern Pfalz die Protocollirung von dergleichen fürstlich-lobkowitzischen Veräusserungen sternsteinischer Domainialgüter und Rechte ohne Allerhöchste k. Bestätigung unter ihrer Verantwortlichkeit untersagt und solche Veräusserungen werden hierdurch öffentlich als nichtig erklärt.

Amberg den 19. September 1806.

K. General-Landes-Commissariat.

Reg. Bl. v. J. 1806. St. XLI. S. 363.

2. Vertrag mit dem Grossherzogthume Würzburg zum Vollzug des Art. 25. der rheinischen Bundes-Acte.

§. 30.

(Den mit dem Großherzogthume Würzburg über die interponirten ritterschaftlichen Besitzungen abgeschlossenen Staats-Vertrag betr.)

M. J. K.

§. 30. Vertrag mit dem Großherzogthume Würzburg zum Vollzug d. rheinischen Bundesacte.

Urkunden und bekennen hiemit für Uns und Unsere Nachfolger, daß unterm 12. Juni 1807 zwischen Unserem und dem großherzoglich-würzburgischen Bevollmächtigten, den Landes-directions-Räthen Stupp und Heffner, über die im Art. XXV. der Conföderations-Acte a) vorgeschriebene Abtheilung der interponirten ritterschaftlichen Besitzungen, unter Vorbehalt Unserer und Sr. k. k. Hoheit des Erzherzogs Großherzogs von Würzburg Genehmigung, zu Schweinfurt eine gütliche Uebereinkunft zu Stande gebracht worden ist, welche von Wort zu Wort also lautet:

Nachdem Se. K. Majestät von Bayern und Se. k. k. Hoheit der Erzherzog Großherzog von Würzburg beschlossen haben, die zwischen den k. Staaten und dem Großherzogthume Würzburg interponirten ritterschaftlichen Besitzungen in Gemäßheit des Art. XXV. der rheinischen Conföderations-Acte durch gütliche Uebereinkunft abzutheilen und hiezu königlicher Seits der Landesdirections-Rath Stupp, großherzoglich-würzburgischer Seits der Landesdirections-Rath Heffner als bevollmächtigte Commissarien ernannt worden, so sind dieselbe nach Auswechslung der bei-

a) Man vergl. oben §. 28.

a) Man vergl. oben §. 28.

derseitigen Vollmachten unter Vorbehalt der Allerhöchsten Genehmigungen über nachstehende Artikel übereingekommen:

Art. 1.

Bei der vielfachen Vermischung der beiderseitigen Territorien soll zur Beseitigung aller Zweifel und Discussionen, was als interponirt, was hingegen als inclavirt zu betrachten seye? — so wie zur möglichsten Vermeidung neuer Gebietsvermischung die Abtheilung nach einer Linie geschehen, welche der wechselseitigen Convenienz angemessen ist.

Art. 2.

Diese Linie fängt nach der hierbei zu Grunde gelegten Hammerschen Karte des Fürstenthumes Würzburg vom Jahre 1805 bei Aub an der bisherig Ansbach-würzburgischen Gränze an, geht von da, Osthausen für Würzburg einschliessend, fort nach Kizingen, dann zwischen Fröhstockheim und Grossenlangheim durch nach Feuerbach, weiter über Atzhausen, Wiesentheid und Gösdorf zwischen Altenschönbach Bayerischer- dann Neuses und Neudorf großherzoglicher Seits durch, das Rittergut Bimbach nebst den Freiherrl. von Fuchsschen Antheil an Düttingsfeld für Würzburg einschliessend, weiter über Waldschwind, Geusfeld und Wustviel Bayerischer-, dann Ober- und Unter-Steinbach großherzoglicher Seits, bei den bambergischen Orten Theinheim, Fallsbronn und Makertsgrün vorbei nach Hummelmarter und Fatschenbronn, welche beide letztere dem Großherzogthume zufallen, über die würzburgischen Orte Unter- und Ober-Schleichach, unterhalb der k. Orte Ebersberg und Neuhaus vorbei, das Rittergut Eschenau auf der großherzoglichen Seite lassend, zwischen den vormals ebrachischen Dörfern Ober- und Unter-Schwappach auf der einen und Rheinhardswind auf der andern Seite durch, bei Heinert vorbei, Westheim für Bayern einschließend, links oder unterhalb von Knezgau an den Main; demnach rechts des Mains über Ausfeld, Bischofsheim zwischen Dörfles und Pettstadt bei dem Stachel- und Eichelberg vorbei, Kirchlautern, Rentweinsdorf und Lind auf der Bayerschen Seite belassend nach Hebendorf, von da zwischen Lasbergsgereuth und Laudsbach, dann zwischen Fierst und Prezenstein auf Kurzenwind Bayerischer-, Neugereuth, Obermerzbach und Memelsdorf großherzoglicher Seits auf Cathersmühl und Schottenstein, welche beide letztere zu dem Bayer. Antheile gehören.

Art. 3.

Jeder Theil erwirbt die Souverainität über die durch diese Linie auf seine Seite (nämlich die Krone Bayern über die rechts, von Aub anfangend, — das Großherzogthum Würzburg über die links) fallenden Rittergüter, ohne daß deshalb eine weitere Evaluation oder Billance weder der Population noch dem Steuer-Cataster nach nothwendig ist.

Art. 4.

Diese Linie entscheidet auch über alle diesseits und jenseits gelegenen einzelnen ritterschaftlichen Hintersassen und Besitzungen. Nicht minder sind darunter diejenigen Besitzungen begriffen, welche, ohne im ritterschaftlichen Verbande zu stehen, entweder zu ritterschaftlichen Guts-Complexen oder doch nicht zu vormals ständischem Gebiete gehört haben.

Art. 5.

Ausgenommen sind und können nicht in Anspruch genommen werden:

a) diejenigen im ritterschaftlichen Verbande gestandenen Besitzungen, welche die Allerhöchsten Souveraine entweder in eigenen Namen, oder im Namen der Allerhöchstihnen unterworfenen

milden Stiftungen eigenthümlich besitzen, wenn gleich die vormaligen Ritter-Cantone von solchen per modum servitutis die Steuern erhoben haben;

b) die vormals Deutschordenschen Aemter Münnerstadt, Würzburg und Gelchsheim. Die wegen der Souverainität über dieselben entstandene Differenz wird der Entscheidung der Ministerien der Allerhöchsten Souveraine überlassen. Eben so ist

c) der Ort Urspringen, in so weit derselbe eine gräflich Castellsche Dependenz ist, nicht mit begriffen, sondern es bleibt ebenfalls den Ministerien der allerhöchsten Souveraine vorbehalten, desfalls sich zu vereinigen.

Art. 6.

Gegenwärtige Linie hat lediglich Bezug auf die Abtheilung der ritterschaftlichen und der diesen Art. 4. gleichgestellten Besitzungen und auf die Souverainitäts-Erwerbung über dieselbe; gilt aber keineswegs als eine Territorial-Grenzlinie zwischen den k. Staaten und dem Großherzogthume Würzburg. Es verbleiben daher jedem der Allerhöchsten Souveraine diejenigen Territorial-Unterthanen, welche Allerhöchstsie schon vor der Rheinischen Conföderation innerhalb der Abtheilungs-Linie des andern gehabt haben, bis durch eine besondere Uebereinkunft eine der wechselseitigen Convenienz entsprechende Landesgränze und vollkommene Purification verglichen und festgesetzt werden wird.

Art. 7.

Da durch obige Linie der Zusammenhang der k. Staaten mit der k. Stadt Schweinfurt unterbrochen wird, so steht der Krone Bayern der freie Militär-Durchzug über Oberschwarzach und Gerolshofen nach Schweinfurt offen, dergestalt, daß es desfalls keiner vorläufigen Requisition bedarf; Vorspanne jedoch und Lebensmittel nach den laufenden Preisen vergütet werden müssen.

Art. 8.

Der Bezug der Steuern und aller andern Territorial-Gefälle von denjenigen Ortschaften und Besitzungen, welche dem Großherzogthume Würzburg zufallen, fängt mit dem beiderseitigen Etatsjahre 180$\frac{6}{7}$, das ist, mit dem 1. October 1806 an. Alle von diesem Zeitpunkt an für die königlichen Staatskassen erhobene Territorialgefälle werden nach Abzug der Administrations-Kosten an die großherzoglichen Kassen ersetzt. Die Steuern und Territorialgefälle pro 180$\frac{5}{6}$ werden von allen ritterschaftlichen Besitzungen, welche unter k. Bayerischer Administration gestanden sind, ganzjährig für die Krone Bayern verrechnet; wogegen auch für das erfagte Jahr die Besoldungen und andere laufende Lasten nach dem Verhältniß der bezogenen oder der zu beziehenden Steuern von Bayern bestritten werden.

Art. 9.

Cantonisten, welche aus den an das Großherzogthum Würzburg fallenden Orten allenfalls ausgehoben worden sind, werden mit den betreffenden Grundlisten in Zeit von zwei Monaten nach geschehener Ratifications-Auswechslung oder wo möglich noch früher, an dem nächsten Gränz-Orte oder wo es sonst am zuträglichsten scheinen wird, übergeben werden.

Art. 10.

Acten, Urkunden und Depositen, welche Besitzungen und Unterthanen betreffen, die in gegenwärtiger Uebereinkunft begriffen sind und sich bei königlichen oder großherzoglichen Behörden

befinden, werden nach der festgesetzten Linie auf den Grund der wechselseitig anzufertigenden Verzeichnisse, binnen sechs Wochen nach der Ratifications-Auswechslung gegenseitig getreu ausgeliefert.

Art. 11.

Die k. Bayerischer Seits zur Verwaltung der landesherrlichen Rechte angestellten Commissarien und Individuen in denjenigen Districten, welche durch diesen Vertrag an das Großherzogthum Würzburg übergehen, werden der Allerhöchsten Gnade und Großmuth Sr. k. k. Hoheit des Erzherzogs Großherzogs besonders empfohlen.

Art. 12.

Die bisherige Cantonal-Verfassung wird förmlich aufgelöst und hiebei nach folgenden Grundsätzen verfahren werden:

1) Die ritterschaftlichen Directoren und Diener sind in Ansehung ihrer bisher bezogenen Gehalte und Pensionen nach den Bestimmungen des §. 59. des Reichsdeputationsschlusses a) zu behandeln, — ihre fassionirte Besoldungen und Emolumente sollen nach den in ähnlichen Fällen zeither angewendeten Vorschriften regulirt werden, — zur Beurtheilung dessen, was ein jeder bezogen hat, ist der Zeitpunkt des 1. Jänners 1806 anzunehmen.

2) Die Abtheilung der Pensionen und respective der Uebernahme der Cantons-Bediensteten geschieht nach dem Verhältniß der Steuern, die jedem Souverain aus den subjicirten Rittergütern jeden Cantons zugefallen sind; jedoch wird man sich zu vereinigen suchen, damit jedes der betreffenden Individuen nach seinem ganzen Dienst- oder Pensions-Verhältniß ungetheilt an einen Souverain übergehe.

3) Die verfassungsmässig contrahirten und gehörig liquidirten Schulden oder andere dergleichen Lasten werden ebenfalls nach dem Verhältniß der jedem Souverain zugefallenen Rittersteuern übernommen.

4) Das gemeine Vermögen der ritterschaftlichen Cantone wird nach demselben Verhältniß auf dem Grund der Steuer-Matrikel vertheilt.

5) Die in den Registraturen und Archiven befindlichen Urkunden und Papiere werden dergestalt gefordert, daß

a) diejenigen, welche auf die vormalige Cantonal-Verfassung einzig Bezug haben, bei demjenigen Souverain deponirt bleiben, welchem der größte Theil des aufgelösten Cantons zugefallen ist;

b) diejenigen Papiere, welche die einem Theile zugetheilten Schulden oder Lasten und das ihm zugewiesene Vermögen betreffen, auch an diesen abgeliefert werden;

c) Urkunden und Papiere, welche einzelnen ritterschaftlichen Familien angehören, entweder diesen zurückgegeben oder an die einschlägigen Behörden desjenigen Souverains, unter dessen Hoheit sie sich befinden, ausgehändigt werden.

6) In Ansehung der Stiftungen und Institute, welche sich bei einem der betreffenden Cantone befinden, geht, wenn sie fortbestehen können, die Aufsicht über dieselbe und über die Ver-

a) Man vergl. oben §. 14.

wendung des Stiftungsfonds nach dem Stiftungsbriefe, an denjenigen Souverain über, in dessen Gebiete der größte Theil des ersagten Stiftungsfonds gelegen ist.

Dessen zu Urkunde ist gegenwärtige Uebereinkunft doppelt ausgefertigt und von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet und besiegelt worden.

So geschehen Schweinfurt am 12. Juni 1807.

Da Wir diesen Vertrag nach seinem ganzen Inhalte genehmigt haben, so ratifiziren und bestätigen Wir, die vorstehende Vergleichs-Urkunde in allen ihren Punkten und Klauseln und versprechen für Uns und Unsere Nachfolger dieselbe in allen ihren Artikeln zu erfüllen und aufrecht zu erhalten.

Dessen zur Urkunde haben Wir die gegenwärtige Ratification eigenhändig unterschrieben und mit Unserm k. geheimen Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen am achtzehnten Julius des Jahres Eintausend acht hundert und sieben.

Reg. Bl. v. J. 1807. St. XXXIII. S. 1245.

VIII. Vertrag zwischen Bayern und Frankreich vom 28. Febr. 1810.

A. Vertrags-Urkunde.

§. 31.

§. 31. Vertrag mit Frankreich v. 28. Feb. 1810.

S. M. l'Empereur des Français etc. et S. M. le Roi de Bavière ayant a regler différents interêts et voulant prendre les arrangemens nécessités par le traité de Vienne, des plénipotentiaires ont été nommés, savoir: par S. M. l'Empereur des Français etc. M. Jean B^te^ Nompère, Comte de Champagny, Duc de Cadore etc. Son Ministre des rélations extérieures: et par S. M. le Roi de Bavière, M. le Comte Maximilian Joseph, de Montgelas, Son Ministre d'Etat et des conférences au département des affaires étrangéres et de l'intérieur etc.

Lesquels aprés avoir échangé leurs pleins-pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivants:

Art. I.

S. M. l'Empereur des Français etc. céde en toute propriété et souveraincté à Sa Majesté le Roi de Bavière, le Margraviat de Baireuth.[a] Le village de Kaulsdorf quoique totalement séparé, tant du dit Margraviat que du royaume de Bavière, est compris dans cette cession mais à condition que son péage sera supprimé.

Art. II.

S. M. Impériale et Royale céde parcelement et transporte à S. M. le Roi de

---

a) Man vergl. den nachstehenden §. 32.

Bavière tous les droits de propriété et de souveraineté à elle cédes par S. A. E. le Prince Primat sur la principauté de Ratisbonne.[a])

Art. III.

S. M. le Roi de Bavière cède en toute souveraineté et propriété à S. M. l'Empereur et Roi des parties du Tyrol italien au choix de Sa Majesté impériale.[b]) Ces parties du Tyrol devront être contingues entre elles, à la proximité et à la convenance du royaume d'Italie et des provinces Illiriennes et renfermer une population de deux cent quatre vingt à trois cent mille ames.

Des commissaires italiens et bavarois seront nommés dans les quinze jours de l'échange des ratifications du présent acte, pour déterminer le territoire cédé et en marquer les limites.

Art. IV.

Les donations des biens domaniaux faites et à faire par S. M. l'Empereur et Roi jusqu'à concurrence de cinq cent mille Francs de rente dans le pays de Baireuth sont reconnues et garanties par Sa Majesté le Roi de Bavière.

S. M. le Roi de Bavière reconnoit pareillement, confirme et garantit la donation faite dans l'Innviertel par S. M. l'Empereur et Roi, au Général Baron de Wrede.

Les donataires jouiront de leurs biens en toute propriété sans que ces biens puissent, pendant l'espace de dix années, être chargé d'aucun nouvel impôt; ils pourront vendre les biens à eux appartenants, sans que la vente et l'exportation du prix de la vente puissent être assujettis à aucun droit quelconque.

Art. V.

Les domaines du Margraviat de Baireuth non compris dans les donations mentionnées en l'article précédent, sont cédés en toute propriété à S. M. le Roi de Bavière.

Art. VI.

S. M. le Roi de Bavière réunira à Ses états et possédera en toute propriété et souveraineté les pays cédés par S. M. l'Empereur d'Autriche, à la droite de l'Inn,[c]) et désignés dans le paragraphe premier de l'article III du traité de paix conclu à Vienne le quatorze Octobre mil-huit-cent-neuf.[d])

---

a) Man vergl. den nachstehenden §. 34.

b) Man vergl. den nachstehenden §. 36.

c) Man vergl. die nachstehenden §§. 33 u. 35.

d) Man vergl. Martens recueil des principaux traités. Sup. T. V. S. 210. wo die betreffende Stelle des Art. III. des Wiener Friedens vom 14. Oktober 1809 lautet, wie folgt:

1) Il („S. M. l'Empereur d'Autriche") cède et abandonne à S. M. l'Empereur des Français pour faire partie de la confédération du Rhin et en être disposé en faveur des Souverains de la confédération:

Les pays de Salzbourg et de Berchtolsgaden, la partie de la Haute-Autriche, située au-delà d'une ligne partant du Danube auprés du village de Strass, et comprenant Weissenkirch, Widersdorff, Michelbach, Gruit, Mukenhoffen, Helst, Jeding, de-là la route jusqu'à Schwanstadt, la ville de Schwanstadt sur l'Aller et continuant en re-

Art. VII.

S. M. le Roi de Bavière s'engage à mettre à la disposition de S. M. l'Empereur et Roi, pour être possédés en toute propriété et souveraineté par les Rois et Princes de la Confédération, que S. M. Impériale et Royale désignera, des territoires situés dans la Franconie et dans la Souabe, contenant une population de cent soixante et dix mille ames.

La ville de Schweinfurth enclavée dans le Grand-Duché de Wurzbourg sera comprise dans cette cession, pour être donnée au Grand-Duc de Wurzbourg.

Art. VIII.

Les Rois et Princes, entre lesquels doivent être répartis les cent soixante et dix mille sujets cédés par l'article précédent, s'entendront avec S. M. le Roi de Bavière et entre eux, sur la designation et les limites des territoires, que chacun deux devra posséder, en conséquence de la fixation qui aura été faite par S. M. l'Empereur et Roi, du nombre de sujets, que chacun d'eux devra acquérir.

Ils seront mis en possession des ces territoires par des commissaires de S. M. l'Empereur et Roi, et aucun d'eux ne pourra y entrer qu'après avoir remis à des commissaires de S. M. impériale et royale les territoires qu'il devra lui même cédér.

Art. IX.

Les troupes françaises occupant maintenant le Tyrol italien, le royaume d'Italie sera regardé comme étant en possession, dès ce moment, de la partie du Tyrol qui doit lui être cédée, et S. M. le Roi de Bavière sera mis en possession de Baireuth et de Ratisbonne; le premier Avril prochain au plus tard.

Il entrera en possession des provinces cédées sur la rive droite de l'Inn, immédiatement que les dispositions portées dans l'article VIII. auront été éffectuées.

Art. X.

Les pays acquis ou cédés par S. M. le Roi de Bavière seront possédés à l'avenir aux mêmes titres, charges, droits et obligations que par les anciens possesseurs.

Art. XI.

Les dettes de toute nature dont les dits pays peuvent être grêvés, seront à la charge des nouveaux possesseurs et acquittés sans restriction ni reserves aucunes.

Art. XII.

S. M. le Roi de Bavière prend à sa charge et s'oblige à acquitter, sans aucun concours de la part de la France:

1) Les dettes s'il y en à provenant de la partie du Palatinat située à la rive gauche du Rhin, et ne résultant pas de dépenses faites pour l'administration effective du pays.

---

montant le cours de cette rivière et du lac de ce nom jusqu'au point ce lac touche la frontière du pays de Salzbourg.

S. M. l'Empereur d'Autriche conservera la propriété seulement des bois dépendans du Salzcammergut, et faisant partie de la terre de Mondsée, et la faculté d'en exporter la coupe, sans avoir aucun droit de souveraineté à exercer sur ce territoire.

2) Les dettes contractées par le Princes des Deux-Ponts avec ou sans hypothéques sur les biens domaniaux, ou les revenus de la Chambre des finances du Duché des Deux-Ponts et sur leurs possessions en Alsace, que les emprunts aient été ou non enregistrés par les chambres des finances du Duché des Deux-Ponts et de Ribomviller, et par le conseil souverain d'Alsace.

3) Les rentes perpétuelles ou viagères, et les pensions civiles ou militaires assignées sur les dits domaines ou revenus.

Enfin les traitements qui à l'époque de la paix de Luneville se trouvoient et sont encore dus à d'anciens fonctionnaires et employés dans la partie du Palatinat située à la rive gauche du Rhin, le Duché de Deux-Ponts, et les possessions de la maison de Deux-Ponts dans l'Alsace.

Art. XIII.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Paris dans le délai de quinze jours, ou plustôt si faire se peut.

Fait à Paris le 28. Février 1810.

Martens recueil des principaux traités. S. T. IX. p. 16.

B. Vollzug des Vertrags mit Frankreich vom 28. Febr. 1810.

1. Besitznahme der dem Königreiche Bayern zugetheilten Landestheile.

§. 32.

(Besitzergreifung der Markgrafschaft Baireuth.)

M. J. K.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß, und fügen denselben zu wissen: §. 32. Besitzergreifung der Markgrafschaft Baireuth.

Da durch einen mit des Kaisers von Frankreich und Königs von Italien Majestät und Uns geschlossenen Vertrag a), es dahin gediehen ist, daß die Markgrafschaft Baireuth und das Dorf Kaulsdorf an Unser königliches Haus überwiesen worden und demselben auf ewige Zeiten angehören und verbleiben solle, so haben Wir in Gemäßheit dieses Vertrages beschlossen, nunmehr von genannter Markgrafschaft, allen dessen Orten, und Zugehörungen und Zuständigkeiten und von gedachtem Dorfe Besitz nehmen zu lassen und die Regierung in diesen neuen Besitzungen anzutreten.

Wir thun dieses kraft des gegenwärtigen Patents und verlangen daher von der Geistlichkeit, der Ritterschaft, den Lehenleuten, Einsassen, Civil- und Militär-Behörden, Magistraten und von sämmtlichen Unterthanen und Einwohnern, wessen Standes oder Würde sie seyn mögen, so gnädig als ernstlich, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen und Uns von nun an als ihren rechtmässigen König und Landesherrn ansehen und erkennen, auch Uns vollkommenen Ge-

a) Man vergl. den vorstehenden §. 31. in den Art. I, IV, V u. IX.

horsam und alle Unterthänigkeit und Treue erweisen und demnächst, sobald Wir es fordern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten.

Wir ertheilen ihnen dagegen die Versicherung, daß Wir ihnen mit k. Huld und Gnade und landesväterlichem Wohlwollen jederzeit zugethan seyn und ihrer Wohlfahrt und Glückseligkeit Unsere ganze landesväterliche Vorsorge unermüdet widmen werden.

Wir haben die oberste Leitung der Besitznahme obgedachter Markgrafschaft und der öffentlichen Staats-Verwaltung derselben Unserem Kämmerer, wirklichen geheimen Rathe, Ritter des St. Huberti-Ordens, des hohen Ordens vom heil. Georg Capitular-Commenthur, dann Unseres Civil-Verdienst-Ordens Großkreuzherr, Mitgliede des russisch-kaiserlichen St. Anna- und des königlich-würtembergischen goldenen Adler-Ordens, Alois Franz Xaver Freiherrn von Rechberg und Rothenlöwen ꝛc. ꝛc. als Unserm Hof-Commissär übertragen und erwarten von sämmtlichen Unterthanen, daß sie allen von demselben in Unserem Namen zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen Folge leisten werden. Wir setzen dabei fest, daß vor der Hand sämmtliche dort angestellte Beamte die ihnen zukommenden Amts-Verrichtungen ordnungsmässig nach dem bisherigen Geschäfts-Gange dergestalt provisorisch fortsetzen, daß sie Unserer Gnade und Unsers ferneren Vertrauens würdig bleiben.

Zur Urkunde dessen haben wir gegenwärtiges Patent Allerhöchst eigenhändig vollzogen, und mit Unserm k. Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 7. April im Jahre nach Christi Geburt Eintausend achthundert und zehen, Unseres Reiches im fünften.

Reg. Bl. v. J. 1810, St. XXXII. S. 539.

§. 33.

(Die Besitzergreifung des Inn- und Hausruck-Viertels betr.)

M. J. K.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern
§. 33. Besitzergreifung des Inn- und Hausruck-viertels.
Gruß und fügen denselben zu wissen:

Nachdem in Folge eines, zwischen Seiner Majestät dem Kaiser von Frankreich und König von Italien und Uns geschlossenen Vertrags a) das Inn- und Hausruck-Viertel, — als jener Theil von Oesterreich ob der Enns, so wie er im Wiener-Frieden ddto. 14. Oktober 1809 b) bezeichnet ist, an Unser k. Haus überwiesen worden und demselben auf ewige Zeiten angehören solle, so haben Wir nunmehr in Folge dieses Vertrags und des zu Frankfurt unterm 12. September l. Js. ausgefertigten Uebergabs-Protocolls beschlossen, von diesen Landen, allen deren Orten, Zugehörungen und Zuständigkeiten Besitz nehmen zu lassen und Unsere Regierung darin anzutreten.

Wir thun dieses kraft des gegenwärtigen Patents und verlangen daher von der Geistlichkeit, Ritterschaft, den Lehenleuten, Einsassen, Civil- und Militärbedienten, Magistraten und von sämmtlichen Unterthanen und Einwohnern, wessen Standes oder Würde sie seyn mögen, so gnädig als ernstlich, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen und Uns von nun an als ihren

a) Man vergl. den vorstehenden §. 31. Art. VI und IX.

b) Man vergl. Martens recueil des principaux traités. Sup. T. V. S. 210 und die Note sub litt. c zu dem Art. VI. des vorstehenden §. 32.

rechtmässigen König und Landesherrn ansehen und erkennen, auch Uns vollkommenen Gehorsam und alle Unterthänigkeit und Treue erweisen und demnächst, sobald Wir es fordern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten. Wir ertheilen ihnen dagegen die Versicherung, daß Wir ihnen mit Unserer k. Huld und Gnade und landesväterlichen Wohlwollen jederzeit zugethan seyn und ihrer Wohlfahrt und Glückseligkeit Unsere ganze landesväterliche Fürsorge unermüdet widmen werden.

Wir haben die oberste Leitung der Besitznahme obengedachter Lande und der öffentlichen Staats-Verwaltung derselben Unserm Kämmerer und Generalcommissär zu Burghausen, Ferdinand Freiherrn von Schleich als Unserm Hofcommissär übertragen und erwarten von sämmtlichen Unterthanen, daß sie allen von demselben in Unserm Namen zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen Folge leisten werden. Wir setzen dabei fest, daß vor der Hand sämmtliche dort angestellte Beamten die ihnen zukommenden Amtsverrichtungen ordnungsmässig nach dem bisherigen Geschäftsgange dergestalt provisorisch fortsetzen, daß sie Unserer Gnade und Unseres ferneren Vertrauens würdig bleiben.[a]

Zur Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent Allerhöchst eigenhändig vollzogen und mit Unserm k. Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 19. Tag des Monats September im Jahre nach Christi Geburt Eintausend achthundert und zehen, Unserer k. Regierung im fünften.

Reg. Bl. v. J. 1810. St. L. S. 859.

§. 34.

(Die Besitzergreifung des Fürstenthums Regensburg betr.)

M. J. K.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

§. 34. Besitzergreifung des Fürstenthums Regensburg.

Da durch einen mit des Kaisers von Frankreich und Königs von Italien Majestät und Uns geschlossenen Vertrag[b]) es dahin gediehen ist, daß das Fürstenthum Regensburg, so wie solches bisher von Sr. des nunmehrigen Großherzogs von Frankfurt k. Hoheit besessen worden ist, an Unser k. Haus überwiesen worden und demselben auf ewige Zeiten angehören und verbleiben solle, so haben Wir in Gemäsheit dieses Vertrags beschlossen, nunmehr von genanntem Fürstenthume, allen dessen Orten, Zugehörungen und Zuständigkeiten Besitz nehmen zu lassen und die Regierung darin anzutreten.

Wir thun dieses kraft des gegenwärtigen Patents und verlangen daher von der Geistlichkeit, der Ritterschaft, den Lehenleuten, Einsassen, Civil- und Militärbehörden, Magistraten und von sämmtlichen Unterthanen und Einwohnern, wessen Standes oder Würde sie seyn mögen, so gnädig als ernstlich, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen und Uns von nun an als ihren rechtmässigen König und Landesherrn ansehen und erkennen, auch Uns vollkommenen Gehorsam und alle Unterthänigkeit und Treue erweisen und demnächst, sobald Wir es fordern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten. Wir ertheilen ihnen dagegen die Versicherung, daß Wir ihnen mit königlicher Huld und Gnade und landesväterlichem Wohlwollen jederzeit zugethan

---

a) Ueber die Wiederabtretung dieser Gebietstheile vergl. man den nachstehenden §. 43. Art. 1.

b) Man vergl. d. vorstehenden §. 31 Art. II u. IX.

seyn und ihrer Wohlfahrt und Glückseligkeit Unsere ganze landesväterliche Vorsorge unermüdet widmen werden.

Wir haben die oberste Leitung der Besitznahme obengedachten Fürstenthums und der öffentlichen Staats-Verwaltung desselben Unserem Kämmerer, wirklichen geheimen Rathe, General-Kreiscommissär hierselbst, Commenthur des Georgi- und Großkreuz Unsers Civil-Verdienst-Ordens, Joseph Maria Freiherrn von Weichs, als Unserm Hofcommissär übertragen und erwarten von sämmtlichen Unterthanen, daß sie in allen von demselben in Unserm Namen zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen Folge leisten werden. Wir setzen dabei fest, daß vor der Hand sämmtliche dort angestellten Beamten die ihnen zukommenden Amtsverrichtungen ordnugsmässig nach dem bisherigen Geschäftsgange dergestalt provisorisch fortsetzen, daß sie Unserer Gnade und Unsers fernern Vertrauens würdig bleiben.

Zur Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent allergnädigst eigenhändig vollzogen und mit Unserm k. Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 7. April im Jahre nach Christi Geburt Eintausend achthundert und zehen, Unsers Reiches im fünften.

Reg. Bl. v. J. 1810. St. XXXII. S. 537.

§. 35.

(Die Besitzergreifung der Fürstenthümer Salzburg und Berchtesgaden.)

M. J. K.

§. 35. Besitzergreifung der Fürstenthümer Salzburg und Berchtesgaden.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

Da vermög eines mit des Kaisers von Frankreich und Königs von Italien Majestät und Uns abgeschlossenen Vertrags a) die Lande Salzburg und Berchtesgaden, an Unser k. Haus überwiesen worden und denselben auf ewige Zeiten angehören sollen, so haben Wir in Folge dieses Vertrags und des zu Frankfurt unterm 12. September l. J. ausgefertigten Uebergabs-Protocolls beschlossen, nunmehr von gedachten Landen, allen deren Orten, Zugehörungen und Zuständigkeiten rc. rc. Besitz nehmen zu lassen und Unsere Regierung anzutreten.

Wir thun dieses kraft des gegenwärtigen Patents und verlangen daher von der Geistlichkeit, der Ritterschaft, den Lehenleuten, Einsassen, Civil- und Militär-Bedienten, Magistraten und von sämmtlichen Unterthanen und Einwohnern, wessen Standes oder Würde sie seyn mögen, so gnädig als ernstlich, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen und Uns von nun an als ihren rechtmässigen König und Landesherrn ansehen und erkennen, auch Uns vollkommenen Gehorsam und alle Unterthänigkeit und Treue erweisen und demnächst, sobald Wir es fordern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten. Wir ertheilen ihnen dagegen die Versicherung, daß Wir ihnen mit k. Huld und Gnade und landesväterlichem Wohlwollen jederzeit zugethan seyn und ihrer Wohlfahrt und Glückseligkeit Unsere ganze landesväterliche Vorsorge unermüdet widmen werden.

Wir haben die oberste Leitung der Besitznahme obengedachter Lande und der öffentlichen Staats-Verwaltung derselben Unserm Kämmerer, Ehrenritter des Johanniter-Ordens und Gene-

a) Man vergl. den vorstehenden §. 31. Art. VI.

ral-Commissär in Passau, Karl Grafen von Preysing als Unserm Hofcommissär übertragen und erwarten von sämmtlichen Unterthanen, daß sie allen von demselben in Unserm Namen zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen Folge leisten werden. Wir setzen dabei fest, daß vor der Hand sämmtliche dort angestellte Beamten die ihnen zukommenden Amtsverrichtungen ordnungsmässig nach dem bisherigen Geschäftsgange dergestalt provisorisch fortsetzen, daß sie Unserer Gnade und Unsers fernern Vertrauens würdig bleiben. a)

Zu Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent Allerhöchst eigenhändig vollzogen und mit Unserm k. Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenz-Stadt München den 19. Tag des Septembers im Jahre nach Christi Geburt Eintausend achthundert und zehen, Unseres Reiches im Fünften.

Reg. Bl. v. J. 1810. St. L. S. 857.

2. Abtretung der an Frankreich gefallenen Gebietstheile.

§. 36.

(Die Abtretungen im Etsch- und Eisackkreise betr.)

M. J. K.

entbieten anmit Jedermann der dieses liest Unsern Gruß und Unsere Gnade zuvor. §. 36.
Nachdem Wir durch den dritten Artikel des am 28. Febr. durch Unsern ersten Staats- und Conferenz-Minister, Grafen von Montgelas, abgeschlossenen und von Uns am 3. März zu Straßburg ratifizirten Vertrags b) an Se. Majestät den Kaiser von Frankreich und König von Italien mit vollen Souverainitäts- und Eigenthums-Rechten abgetreten haben: Abtretungen im Etsch- und Eisackkreise.

„Theile des italienischen Tyrols, nach der Wahl Sr. kaiserl. Majestät, welche Theile jedoch „unter sich zusammenhängen, in der Nähe und zur Convenienz des Königreichs Italien „und der Illyrischen Provinzen gelegen sind und eine Bevölkerung von 280 bis 300,000 „Seelen enthalten sollen.“

Nachdem die von Uns und des Kaisers Majestät zur Bestimmung des abzutretenden Gebietes und Festsetzung der Gränzen ernannten Commissäre zu Botzen zusammengetreten und vermöge des dort am 7. d. M. gefertigten Protocolls über folgende Gränzlinie übereingekommen sind:

„Die Linie geht aus von den hohen salzburgischen Gränzgebirgen, folgt dem Scheitel der „Höhen, indem sie zwischen den zwei Seen, dem Staller- Alpe- und (Spital-) Antholzer- „See durchgeht und dem Scheitel der Höhen bis zum Confin-Hornberg folgt. Von da „steigt sie durch den Scheitel der Höhen, welche die Wässer des Gsießthales von dem Kuh- „bacherthal scheiden, herab gegen den Einfluß des Graubachs in die Rienz, geht über die „Rienz zwischen Niederndorf und Toblach an den Graubach, folgt diesem Wildbach und „den Gipfeln der Höhen, an deren Fusse derselbe entspringt und in einer mit dem Laufe

a) Ueber die Wiederabtretung einzelner Theile der hiedurch in Besitz genommene Indemnitäten vergl. man den nachstehenden §. 43. Art. 1.

b) Man vergl. den vorstehenden §. 31. Art. III.

„der Rienz beinahe parallelen Richtung bis ober den Ursprung des Hellbachs; gegen diesen „Punkt wendet sich die Linie, um sich ober dem Stallathal an die Gränzen von Ampezzo „anzuschliessen. Die Linie folgt dann den Bergspitzen in der Richtung der Gränzen von „Ampezzo über den Berg Camporosso bis zum Sasso di Stria, von da dem Scheitel der „hohen Gebirge nach bis an Lagatscho und dann den dermaligen Gränzen von Buchenstein „über den Zissaberg, Campolongo und den Dovoiberg. Die Linie geht fort über die Schei„tel der Gebirge, welche die dermaligen Gränzen des Fassathals bilden, über den Langkofel „und Blattkogel bis zum höchsten Punkt, welcher die Wässer des Saltaria Baches von dem „Duronbach scheidet, indem sie den alten Gränzen des Gerichts Kastelruth folgt und sich „über die Spitzen des Schönbüchels und Schlernbergs zieht, von wo sie durch den Schwarz„grieß- und Seisser-Bach an den Eisack geht; von da steigt sie gegen Norden dem linken „Ufer des Eisacks nach hinauf bis an den Einfluß des Rothwanderbachs und indem sie auf „das linke Ufer dieses Baches übersetzt, folgt sie demselben bis zu seinem Ursprung. Die Linie „geht dann den gegenwärtigen Gränzen von Stein auf dem Ritten nach bis auf den Gipfel „des Rittner Schienebergs und von da auf den Gipfel des Hörnerbergs, von wo sie auf das „rechte Ufer des Gismanerbachs geht und demselben bis zu seinem Zusammenfluß mit dem „Danzbach folgt. Sie geht dann der nördlichen Gränze von Jenesien nach bis zum Orgen„kofel und von da der nördlichen Gränze von Mölten nach bis zum Ursprung des Aschler„bachs, dessen linken Ufer sie folgt, bis zu seinem Einfluß in die Etsch; von diesem Punkte „an steigt sie durch den Thalweg der Etsch hinab, bis zum Einfluß des Baches, welcher „zwischen Grissan und Sirmian herabkommt und folgt dem linken Ufer desselben bis zu sei„nem Ursprunge, von wo sie auf die Schneide der Gebirge steigt, welche die Gränze zwi„schen Tisens und Castelfondo bilden, von da über den Kampen- und Großlaugen-Berg „der Schneide der Gebirge folgt, welche das Ultenthal vom Nonsberg, dem Val die Rum, „Val die Bresem und Val di Rabbi scheiden und endlich am Zufallferner sich an die Gränze „des Königreichs Italien anschließt.“

Nachdem endlich der neunte Artikel des erwähnten Pariser-Vertrags folgende Bestimmungen enthält:

„Da die französischen Truppen gegenwärtig das italienische Tyrol besetzt halten, so soll „das Königreich Italien als schon dermal im Besitze des ihm abzutretenden Theiles von „Tyrol sich befindend angesehen werden —“

so wollen Wir dieses durch gegenwärtiges Patent zu dem Ende kund machen, damit die Bewohner und Beamten der jenseits der angegebenen Linie liegenden Bezirke des Etsch- und Eisackreises, welche Wir hiemit als ihre Unterthans- und Dienstespflichten gegen Uns entlassen und an ihren neuen Herrscher überwiesen erklären, sich hiernach zu achten wissen. In dem Bewußtseyn für die Bewohner dieser wie der übrigen Bezirke, welche vor der neuesten Territorial-Veränderung die Provinz Tyrol constituirten, während Unserer Regierung Alles, was Uns die Wohlfahrt des Landes zu fordern schien, in so fern es der Drang der Zeitumstände erlaubte, gethan zu haben, trösten Wir Uns über die Abtretung dieser Bezirke mit dem Gedanken, daß ihr Wohl durch die Vereinigung mit dem Königreiche Italien unter dem Scepter des mächtigen und erlauchten Kaisers nicht minder werde befördert werden, so wie Wir Uns der beruhigenden Hoffnung hingeben, daß hinwieder deren Bewohner über ihr wahres Interesse aufgeklärt und eben dadurch gegen die Stimme der Verführung gesichert, durch Treue und Ergebenheit gegen ihren neuen Herrscher sich Seiner erhabenen Vorsorge würdig bezeugen werden.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenz-Stadt München am 23. Tage des Monats Juni im Eintausend achthundert und zehnten Jahre und Unseres Reiches im fünften.

Reg. Bl. v. J. 1810. St. XXXVI. S. 601.

IX. Vertrag zwischen Bayern und Würtemberg vom 18. May 1810.

A. Vertrags-Urkunde.

§. 37.

M. J. K.

urkunden und fügen hiemit zu wissen: Nachdem wir den durch Unsern ersten Staats- und Conferenzminister Grafen von Montgelas, in Kraft der ihm von Uns zu solchem Behufe ertheilten Vollmacht, mit dem k. würtembergischen Staats- und Kabinetsminister Grafen von Taube, nach der demselben von des Königs von Würtemberg Majestät gleichfalls gegebenen Vollmacht, am 18. v. M. zu Paris abgeschlossenen und unterzeichneten Vertrag gesehen und nach seinem ganzen Inhalt geprüft haben, welcher also lautet:

§. 37. Vertrag mit Würtemberg v. 18. May. 1810.

Se. Majestät der König von Bayern und Se. Majestät der König von Würtemberg von gleichem Wunsche beseelt, sowohl die bisher unberichtigt gebliebenen Gränz-Differenzen und sonstige gegenseitige Ansprüche mit einemmale und auf eine dauerhafte Weise zu beendigen, als auch diejenigen Stipulationen, welche in den beiderseitigen mit Frankreich neuerdings abgeschlossenen Tractaten festgesetzt worden sind, durch einen abzuschliessenden Vertrag in Erfüllung zu bringen, haben zu Erreichung dieses Zweckes zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich

Se. Majestät der König von Bayern: Ihren ersten Staats- und Conferenzminister Maximilian Joseph, Grafen von Montgelas, Großkanzler des Civil-Verdienst-Ordens der Bayer. Krone, Ritter des St. Huberti-Ordens, Großkreuz der Ehrenlegion, Großkreuz des k. sächs. Ordens der grünen Krone und Großkreuz des Malteser-Ordens, und

Se. Majestät der König von Würtemberg: Ihren Staats- und Cabinetsminister, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Kammerherrn Ludwig Carl August Grafen von Taube, Großkanzler der k. Orden und Großkreuz des k. holländ. Ordens de l'union; welche nach vorhergegangener Auswechslung ihrer Vollmachten über folgende Punkte übereingekommen sind:

Art. I.

Die neue Gränzlinie zwischen den Staaten Sr. Majestät des Königs von Bayern und Sr. Majestät des Königs von Würtemberg wird folgendermassen festgesetzt:

Der Gränzzug nimmt seine Richtung von Süden nach Norden und der Anfang am Bodensee, da, wo sich die Landgerichte Tettnang und Lindau scheiden. Zwischen diesen beiden Landgerichten zieht sie sich fort, das Landgericht Tettnang westlich für Würtemberg, das Landgericht Lindau mit Wasserburg östlich für Bayern belassend. Sie folgt der Gränze des Landgerichts Lindau, die Herrschaft Neu-Ravensburg für Würtemberg ausschliessend; zwischen der würtembergischen Herrschaft Neu-Ravensburg westlich und dem Bayerisch bleibenden Landgerichte Weiler östlich lauft die Linie fort an die Gränze des Landgerichts Wangen und durchschneidet dasselbe dergestalt, daß die beiden Steuer-Districte Wombrechts und Thann mit 110 Familien in Bayern verbleiben, das ganze übrige Landgericht aber an Würtemberg fällt.

Von da zieht sich die Linie wieder an die Gränze zwischen dem südlich liegenden Landgerichte Weiler und den nördlich liegenden Herrschaften Egloffs und Isny, jenes bei Bayern, diese beiden bei Würtemberg belassend.

Sodann durchschneidet die Linie die Grafschaft Trauchburg dergestalt, daß die Strasse, welche von Sibratshofen über Wangen nach Kempten führt, mit den auf beiden Seiten anstossenden Gemarkungen an Bayern fällt, der übrige Theil aber bei Würtemberg bleibt.

Nun folgt die Linie der Gränze zwischen dem Bayerisch bleibenden Landgerichte Kempten und dem dermaligen k. würtemb. Gebiete, um dieses letztere herum nach der Gränze des Bayerisch bleibenden Landgerichts Grönebach, sodann zwischen diesem und dem Landgerichte Leutkirch dergestalt hin, daß das letztere an Würtemberg zugetheilt wird.

An der Gränze des Landgerichts Grönenbach unterhalb der Gemarkung von Lautrach zieht sich die Linie an die Iller und folgt dem linken Ufer des Flusses gegen Norden fort bis zu dem Punkte, wo sich derselbe in die Donau ergießt. Von hier zieht sich die Gränzlinie nach dem Thalweg der Donau hinab so fort, daß die Stadt Ulm und was auf dem linken Ufer dieses Stroms gelegen ist, an Würtemberg fällt, alles aber, was rechts dem Thalwege sich befindet, bei Bayern verbleibt. Die Mitte der Ulmerbrücke über den Hauptstrom bildet dort die Gränze. Da, wo die westliche Gränze des Landgerichts Elchingen den Strom berührt, verläßt die Linie die Donau und zieht sich zwischen den hernach benannten Orten dergestalt durch, daß die östlich liegenden mit ihren Gemarkungen bei Bayern bleiben, die westlich gelegenen aber an Würtemberg fallen.

An Würtemberg fallende Orte:

Oberthalfingen, Göttingen, Langenau, Ramingen, Aßelfingen, Oberstozingen, Niederstozingen.

Bei Bayern verbleibende Orte:

Unter-Thalfingen, Ober-Elchingen, Unter-Elchingen, Riedmühlenhöfe, Riedmühl, Riedheim, Riedhausen, Schwarzwanghof.

An der Gränze des Landgerichts Lauingen läuft nun die Linie gegen Norden fort, so daß Bechingen, Medlingen, Bachhagel, Stauffen und Zöschingen bei Bayern und Sontheim, Brenz, Hermaringen, Sachsenhausen, Waldbergerhof, Hochmemingen, Oggenhausen und Fleinheim bei Würtemberg auch künftig verbleiben.

Sodann läuft die Gränzlinie gegen Osten zwischen den fürstlich tarischen Besitzungen und den Landgerichten Lauingen, Dillingen und Höchstädt dergestalt fort, daß Tattenhausen, Ziertheim, Reistingen, Einingen, Amertingen und Sellbrunn bei Bayern verbleiben und Balmertshofen, Trugenhofen, Demingen, Duttenstein, Eglingen und Baumgries an Würtemberg fallen.

Von hier zieht sich die Linie nordwärts zwischen nachbenannten Orten mit ihren Gemarkungen so fort, daß die östlich liegenden bei Bayern bleiben und die westlich gelegenen für Würtemberg ausgeschieden werden.

An Würtemberg fallen:

Hofen, Kößingen, Schweindorf, Altenburg, Uzmemingen, Pflaumloch, Goldburghausen, Benzenzimmern, Ober- und Unterwilfingen, Geißlingen, Ellichbronn, Berigheim, Ober- und Unterbronn, Eck, Strambach, Garhart, Kaltenwang, Regetsweiler.

Bei Bayern verbleiben:

Aufhausen, Forheim, Christgarten, Kartäuserhöfe, Weiler, Anhausen, Hirnheim, Ederheim, Hollheim, Nähermemingen, Nördlingen, Baldingen, Oehringen, Wallerstein, Munzingen, Wengenhausen, Markt Offingen, Ramsteinhof, Minder-Offingen, Enslingen, Raustetten, Grünhof, Ruhlingstetten, Gramstädterhof, Burschelhof, Reermühl, Wittenbach, Meisterhof, Möncheroth, Dieterstetten, Winnenden, Haselbach.

Nun betritt die Gränze den Rezat-Kreis und schneidet einen Theil des Landgerichts Dinkelsbühl dergestalt ab, daß folgende Orte

An Würtemberg fallen:

Dürrnstetten, Lustenau, Schönbrunn, Ober- und Unter-Deufstetten, Buckenweiler, Lautenbach, Bernhartsweiler, Rädtlein, Neustädtlein, Geisbühl.

Bei Bayern verbleiben:

Sittlingen, Langensteinbach, Windstetten, Wolfersbrunn, Hard, Rauenstadt, Ketschenweiler, Steinweiler, Rödendorf, Weidelbach.

Sodann durchschneidet die Linie einen Theil des Landgerichts Feuchtwangen und

gibt an Würtemberg:

Richelbach, Markt Lustenau, Unterstelzhausen, Kreßberg.

Beläßt bei Bayern:

Hinderhöfe, Larrieden, Kinuhard.

Mit den Gemarkungen von Kreßberg und Oberstelzhausen (beide für Würtemberg einschliessend) betritt die Linie das Landgericht Krailsheim und schreitet zwischen diesem (solches an Würtemberg zutheilend) und dem Bayerisch bleibenden übrigen Theile des Landgerichts Feuchtwang fort bis an die Gränze des Landgerichts Gerhardsbronn, gibt die Orte Volkertshausen, Simonsberg, Schönbrunn und Michelbach an der Luke an Würtemberg und beläßt Grimmschwinden, Gailroth und Leutsweiler nebst dem an beiden Seiten der Strasse gelegenen Forste bei Bayern. Von hier durchschneidet die Linie das Landgericht Rothenburg dergestalt, daß die nachbenannten Orte mit ihren Fluren

An Würtemberg fallen:

Weikertsholzen, Raibach, Reinsburg, Bügelhof, Klein-Ansbach, Buch, Mezholz, Steindorf, Gamhagen, Bossendorf, Enzenweiler, Heiligenbronn, Schwarzenbrunn, Reitsaren.

Bei Bayern verbleiben:

Wettringen, Leidenberg, Insingen, Lohrbach, Bettenfeld, Reisch, Burgstall, Schnepfendorf, Brunzendorf, Leuzenbronn, Hammendorf, Dürhof.

Sodann folgt die Linie dem linken Ufer der Tauber, bis an die nördliche Gränze des Landgerichts Rothenburg.

Hier betritt sie das Landgericht Uffenheim, folgt noch eine kurze Strecke dem linken Tauber-Ufer und zieht sich nördlich zwischen den nachbenannten Orten hin:

An Würtemberg fallen:

Burgstall, Holdermühle, Archshofen, Schön, Freudenbach, Frauenthal, Lohrhof, Weidenhöfe, Waldmannshofen.

Bei Bayern verbleiben:

Uhlenmühle, Lauberzell, Kleinharbach, Ecquartshofen, Hohlach, Wolkershofen, Aurenhofen.

Art. II.

Bei der Gemarkung von Waldmannshofen schließt sich die Gränzlinie zwischen den Königreichen Bayern und Würtemberg und Alles, was der bis jetzt beschriebenen Linie östlich liegt, gehört mit allen Territorial- Lehen- und Patronatsrechten der Krone Bayern, so wie das westlich dieser Linie gelegene Gebiet mit allen Territorial-Lehen und Patronatsrechten der Krone Würtemberg.

Art. III.

Die in den Händen der Privaten und Stiftungen befindlichen Patronatsrechte verbleiben jedoch denselben unter der Souverainität und nach den Gesetzen desjenigen Monarchen, welchem das Gebiet zugewiesen ist.

Art. IV.

Die bei der Besitzergreifung vorhandenen Salzvorräthe zu Ulm und Buchhorn verbleiben der Krone Bayern zur freien unbeschränkten Disposition.

Art. V.

Die bis auf den Zeitpunkt der gegenseitigen Besitzergreifung erlaufene Arreragen, eben so wie die Einkünfte jeder Art verbleiben beiden Theilen in den wechselseitig abzutretenden Besitzungen bis zur wirklichen Uebergabe, wogegen alle bis dahin verfallenen Zahlungen von dem dermaligen Besitzer geleistet werden.

Art. VI.

Beide contrahirende Mächte nehmen sämmtliche auf den wechselseitig übergehenden Landestheilen haftenden, wie immer Namen habenden Schulden dergestalt auf sich, daß eine jede für den sie treffenden und nach den Steuer-Catastern zu berechnenden Antheile an Capital und Zinsen von dem Tage der vollzogenen gegenseitigen Ueberweisungen einzustehen hat.

Das k. Bayerische allgemeine Landanlehen von 1809 ist, als in die Cathegorie der Provinzial-Schulden gehörig, in diesen Bestimmungen mitbegriffen.

Art. VII.

Eben so werden

a) die auf die Besitzungen der vormaligen Bisthümer, Abteien und Klöster, reichsschlußmässig radizirten Pensionen der Bischöfe, Aebte, Canoniker und Conventualen und zwar nach dem Betreffniß der übergehenden Theile dieser Besitzungen,

b) die Befriedigung der auf Verträge und andere öffentliche Acten gegründeten Entschädigungs-Ansprüche der unter die respective Souverainität übergehenden Mediatisirten, wie auch

Art. VIII.

das für die unmittelbare Verwaltung der übergehenden Districte angestellte Local-Personale mit Belassung desselben bei dem ungeschmälerten Genusse der Diensterträgnisse und Emolumente, nicht weniger die auf solchen Districten spezial haftenden Pensionen wechselseitig übernommen.

Art. IX.

Von dem für die Verwaltung ganzer Kreise aufgestellten Personal gehet an Se. Majestät den König von Würtemberg eine Anzahl nach dem Verhältniß des Antheils über, der Allerhöchstdenselben durch gegenwärtigen Vertrag von einem jeden Kreise überwiesen wird.

Art. X.

Den nach der neuen Gränzlinie in das Gebiet der contrahirenden Königreiche wechselseitig übergehenden Gemeinden, Stiftungen und Privaten bleibt der freie ungeschmälerte Genuß und Gebrauch aller ihrer in den Staaten des andern Souverains gelegenen Besitzungen.

Art. XI.

Zum Besten solcher Mediatisirten oder anderer Güterbesitzer, deren Besitzungen durch gegenwärtigen Vertrag getrennt werden, wie auch für sämmtliche in Hof-, Militär- oder Civildienste Stehende, wird gegenseitig bedungen, daß dieselben rücksichtlich ihres Domicils oder ihrer allenfallsigen Dienstverhältnisse in keinem der beiderseitigen Staaten einem Zwang unterliegen, sondern so lange sie in dem Dienste der beiden contrahirenden Staaten verbleiben oder in deren Gebiete wohnen, ihre Güter und übrigen Einkünfte frei und ungeschmälert geniessen sollen. Ferners

Art. XII.

wird allen wechselseitig durch den gegenwärtigen Staatsvertrag dem einen oder dem andern der beiden hohen Theilen überlassenen Unterthanen eine Zeitfrist von drei Jahren gestattet, innerhalb welcher sie gegenseitig auswandern, ihre Güter und sonstiges Vermögen veräussern und den Erlös davon ganz abgabenfrei exportiren dürfen.

Art. XIII.

Was die dermal in den beiderseitigen Armeen einrangirten Conscribirten betrifft, soll es damit so gehalten werden, wie es bei der Abtretung von Wiesensteig beobachtet worden ist.

Art. XIV.

Die Ueberweisung der in dem gegenwärtigen Vertrage erwähnten Objecte wird in dem Zeitpunkte geschehen, in welchem Bayern den Besitz der ihm von Frankreich angewiesenen Acquisitionen erlangt, wo sodann Würtemberg gleichmässig die für Baden bestimmten Cessions-Objecte an die dazu ernannten kais. franz. Commissarien übergeben wird.

Art. XV.

Die Ratificationen des gegenwärtigen Staatsvertrags sollen in München binnen 14 Tagen und wo möglich noch eher ausgewechselt werden.

So geschehen Paris den 18. Mai 1810.

So genehmigen, ratificiren und bestätigen Wir den vorstehenden Staatsvertrag in allen seinen Artikeln und Klauseln und geloben andurch für Uns und Unsere Nachfolger denselben nach seinem ganzen Inhalte zu erfüllen und aufrecht zu erhalten.

Dessen zur Urkunde haben Wir gegenwärtige Ratification mittels Unserer eigenen Unterschrift vollzogen und dieselbe mit Unserm grössern k. Insiegel versehen lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München am ersten Juni des Jahres Eintausend achthundert und zehn, Unsers Reiches am fünften.

Reg. Bl. v. J. 1811 St. XIX. S. 361.

B. Vollzug dieses Vertrags.

§. 38.

(Besitzergreifungs-Patent zur Vollziehung des mit der Krone Würtemberg abgeschlossenen Gränzvertrags.)

M. J. K.

§. 38 u. 39. Vollzug des Vertrags mit der Krone Würtemberg v. 18. May 1810.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

Wir sind vermöge eines am 18. Mai l. J. zu Paris geschlossenen Vertrags a) mit des Königs von Würtemberg Majestät über nachfolgende Gränze der beiderseitigen Staaten übereingekommen:

Der Gränzzug nimmt seine Richtung von Süden nach Norden und den Anfang am Bodensee, da, wo sich die Landgerichte Tettnang und Lindau scheiden.

Zwischen diesen beiden Landgerichten zieht sie sich fort, das Landgericht Tettnang westlich für Würtemberg, das Landgericht Lindau mit Wasserburg östlich für Bayern belassend.

Sie folgt der Gränze des Landgerichtes Lindau, die Herrschaft Neu-Ravensburg für Würtemberg ausschliessend; zwischen der würtembergischen Herrschaft Neu-Ravensburg westlich und dem Bayerisch bleibenden Landgerichte Weiler östlich, lauft die Linie fort an die Gränze des Landgerichts Wangen und durchschneidet dasselbe dergestalt, daß die beiden Steuerdistricte Wombrechts und Tann mit 110 Familien in Bayern verbleiben, das ganze übrige Landgericht aber an Würtemberg fällt.

Von da zieht sich die Linie wieder an die Gränze zwischen dem südlich liegenden Landgerichte Weiler und den nördlich liegenden Herrschaften Eglofs und Isny, jenes bei Bayern, diese beiden bei Würtemberg belassend.

Sodann durchschneidet die Linie die Grafschaft Trauchburg dergestalt, daß die Strasse, welche von Sibratshofen über Wengen nach Kempten führt, mit dem auf beiden Seiten anstossenden Gemarkungen an Bayern fällt, der übrige Theil aber bei Würtemberg bleibt.

Nun folgt die Linie der Gränze zwischen dem Bayerisch bleibenden Landgerichte Kempten und dem dermalig k. würtembergischen Gebiete, um dieses letztere herum nach der Gränze des Bayerisch bleibenden Landgerichts Grönenbach, sodann zwischen diesem und dem Landgerichte Leutkirch dergestalt hin, daß das letztere an Würtemberg zugetheilt wird.

An der Gränze des Landgerichts Grönenbach unterhalb der Gemarkung von Lautrach zieht sich die Linie an die Iller und folgt dem linken Ufer des Flusses gegen Norden fort, bis zu dem Punkte, wo sich derselbe in die Donau ergießt. Von hier zieht sich die Gränzlinie nach dem Thalweg der Donau hinab so fort, daß die Stadt Ulm und was auf dem linken Ufer dieses Stromes gelegen ist, an Würtemberg fällt, alles aber, was rechts dem Thalwege sich befin-

---

a) Man vergl. vorstehenden §. 37.

det, bei Bayern verbleibt. Die Mitte der Ulmer-Brücke über den Hauptstrom bildet dort die Gränze. Da, wo die westliche Gränze des Landgerichts Elchingen den Strom berührt, verläßt die Linie die Donau und zieht sich zwischen den hernach benannten Orten dergestalt durch, daß die östlich liegenden mit ihren Gemarkungen bei Bayern bleiben, die westlich gelegenen aber an Würtemberg fallen.

An Würtemberg fallende Orte:

Oberthalfingen, Göttingen, Langenau, Ramingen, Aßelfingen, Oberstozingen, Niederstozingen.

Bei Bayern verbleibende Orte:

Unterthalfingen, Oberelchingen, Unterelchingen, Riedmühlenhöfe, Riedmühl, Riedheim, Riedhausen, Schwarzwanghof.

An der Gränze des Landgerichts Lauingen läuft nun die Linie gegen Norden fort, so daß Bechingen, Medlingen, Bachhagel, Stauffen und Zöschingen bei Bayern und Sontheim, Brenz, Hermaringen, Sachsenhausen, Waldbergerhof, Hochmemingen, Oggenhausen und Fleinheim bei Würtemberg auch künftig verbleiben.

Sodann läuft die Gränzlinie gegen Osten zwischen den fürstlich taxischen Besitzungen und den Landgerichten Lauingen, Dillingen und Höchstädt dergestalt fort, daß Tattenhausen, Ziertheim, Reistingen, Einingen, Amertingen und Sellbrunn bei Bayern verbleiben und Balmertshofen, Trugenhofen, Demingen, Duttenstein, Eglingen und Baumgries an Würtemberg fallen.

Von hier zieht sich die Linie nordwärts zwischen nachbenannten Orten mit ihren Gemarkungen so fort, daß die östlich liegenden bei Bayern bleiben und die westlich gelegenen für Würtemberg ausgeschieden werden.

An Würtemberg fallen:

Hofen, Kössingen, Schweindorf, Altenburg, Uzmemingen, Pflaumloch, Goldburghausen, Benzenzimmern, Ober- und Unter-Wilfingen, Geißlingen, Ellichbronn, Berigheim, Ober- und Unterbronn, Eck, Strambach, Garhart, Kaltenwang, Regetsweiler.

Bei Bayern verbleiben:

Aufhausen, Forheim, Christgarten, Kartäuserhöfe, Weiler, Anhausen, Hirnheim, Ederheim, Hollheim, Nähermemingen, Nördlingen, Baldingen, Oehringen, Wallerstein, Munzingen, Wengenhausen, Markt Offingen, Ramsteinhof, Minder-Offingen, Enslingen, Raustetten, Grünhof, Ruhlingstetten, Gramstädterhof, Burschelhof, Reermühl, Wittenbach, Meisterhof, Mönchsroth, Dieterstetten, Winnenden, Haselbach.

Nun betritt die Gränze den Rezat-Kreis und schneidet einen Theil des Landgerichts Dinkelsbühl dergestalt ab, daß folgende Orte

An Würtemberg fallen:

Dürrnstetten, Lustenau, Schönbrunn, Ober- und Unter-Deufstetten, Buckenweiler, Lautenbach, Bernhartsweiler, Rädtlein, Neustädtlein, Geisbühl.

Bei Bayern verbleiben:

Sittlingen, Langensteinbach, Windstetten, Wolfersbrunn, Hard, Rauenstadt, Ketschenweiler, Steinweiler, Rödendorf, Weidelbach.

Sodann durchschneidet die Linie einen Theil des Landgerichts Feuchtwangen und

gibt an Würtemberg:

Nichelbach, Markt Lustenau, Unterstelzhausen, Kreßberg.

Beläßt bei Bayern:

Hinderhöfe, Larrieden, Kinnhard.

Mit den Gemarkungen von Kreßberg und Oberstelzhausen (beide für Würtemberg einschliessend) betritt die Linie das Landgericht Krailsheim und schreitet zwischen diesem (solches an Würtemberg zutheilend) und dem Bayerisch bleibenden übrigen Theile des Landgerichts Feuchtwangen fort, bis an die Gränze des Landgerichts Gerhardsbronn, gibt die Orte Volkertshausen, Simonsberg, Schönbrunn und Michelbach an der Lucke an Würtemberg und beläßt Grimmschwinden, Gailroth und Leutsweiler nebst dem an beiden Seiten der Strasse gelegenen Forste bei Bayern.

Von hier durchschneidet die Linie das Landgericht Rothenburg dergestalt, daß die nachbenannten Orte mit ihren Fluren

An Würtemberg fallen:

Weickertsholzen, Raibach, Reinsburg, Bügelhof, Klein-Ausbach, Buch, Mezholz, Steindorf, Gamhagen, Bossendorf, Enzenweiler, Heiligenbronn, Schwarzenbrunn, Reitsaxen.

Bei Bayern verbleiben:

Wettringen, Leidenberg, Insingen, Lohrbach, Bettenfeld, Reisch, Burgstall, Schnepfendorf, Brunzendorf, Leuzenbronn, Hammendorf, Dürhof.

Sodann folgt die Linie dem linken Ufer der Tauber, bis an die nördliche Gränze des Landgerichts Rothenburg. Hier betritt sie das Landgericht Uffenheim, folgt noch eine kurze Strecke dem linken Tauber-Ufer und zieht sich nördlich zwischen den nachbenannten Orten hin:

An Würtemberg fallen:

Burgstall, Holdermühle, Archshofen, Schön, Freudenbach, Frauenthal, Lohrhof, Weidenhöfe, Waldmannshofen.

Bei Bayern verbleiben:

Uhlenmühle, Tauberzell, Kleinharbach, Ecquartshofen, Hohlach, Wolkershofen, Aurenhofen.

Bei der Gemarkung von Waldmannshofen schließt sich die Gränzlinie zwischen den Königreichen Bayern und Würtemberg und Alles, was der bis jetzt beschriebenen Linie östlich liegt, gehört mit allen Territorial-Lehen und Patronatsrechten der Krone Bayern, so wie das westlich dieser Linie gelegene Gebiet mit allen Territorial- Lehen- und Patronatsrechten der Krone Würtemberg.

Da nun dieser Vertrag zum Vollzuge gekommen und die Extradition der an Uns nach dieser Linie übergehenden Unterthanen und Besitzungen geschehen ist, so haben Wir Befehl gegeben, den Besitz förmlich zu ergreifen und wollen demnach, daß alle nunmehr Unserm Königreiche einverleibten vorhin k. würtembergischen Unterthanen Uns als ihren rechtmässigen Souverain anerkennen und Unsern Anordnungen den schuldigen Gehorsam leisten sollen, wogegen Wir mit gleicher landesväterlicher Sorgfalt ihr Wohl zu befördern Uns angelegen seyn lassen werden.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenz-Stadt München den zweiten Monatstag November im Eintausend acht hundert und zehenten, Unseres Reiches im fünften Jahre.

Reg. Bl. v. J. 1810. St. XVI. S. 1225.

§. 39.

(Entlassungs-Patent zur Vollziehung des mit der Krone Würtemberg abgeschlossenen Gränz-Vertrags.)

M. J. K.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen und lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

Wir sind vermög eines am 18. Mai laufenden Jahres zu Paris geschlossenen Vertrags a) mit des Königs von Würtemberg Majestät über nachfolgende Gränzen der beiderseitigen Staaten übereingekommen:

Der Gränzzug nimmt seine Richtung von Süden nach Norden und den Anfang am Bodensee; da, wo sich die Landgerichte Tettnang und Lindau scheiden.

Zwischen diesen beiden Landgerichten zieht sie sich fort, das Landgericht Tettnang westlich für Würtemberg, das Landgericht Lindau mit Wasserburg östlich für Bayern belassend.

Sie folgt der Gränze des Landgerichts Lindau, die Herrschaft Neu-Ravensburg für Würtemberg ausschliessend; zwischen der würtembergischen Herrschaft Neu-Ravensburg westlich und dem Bayerisch bleibenden Landgerichte Weiler östlich, lauft die Linie fort an die Gränze des Landgerichts Wangen und durchschneidet dasselbe dergestalt, daß die beiden Steuer-Districte Wombrechts und Thann mit 110 Familien in Bayern verbleiben, das ganze übrige Landgericht aber an Würtemberg fällt.

Von da zieht sich die Linie wieder an die Gränze zwischen dem südlich liegenden Landgerichte Weiler und den nördlich liegenden Herrschaften Eglofs und Isny, jenes bei Bayern, diese beiden bei Würtemberg belassend.

Sodann durchscheidet die Linie die Grafschaft Trauchberg dergestalt, daß die Strasse, welche von Sibratshofen über Wengen nach Kempten führt, mit den auf beiden Seiten anstossenden Gemarkungen an Bayern fällt, der übrige Theil aber bei Würtemberg bleibt.

Nun folgt die Linie der Gränze zwischen dem Bayerisch bleibenden Landgerichte Kempten und dem dermalig k. würtembergischen Gebiete, um dieses letztere herum nach der Gränze des Bayerisch bleibenden Landgerichts Grönenbach, sodann zwischen diesem und dem Landgerichte Leutkirch dergestalt hin, daß das letztere an Würtemberg zugetheilt wird.

An der Gränze des Landgerichts Grönenbach unterhalb der Gemarkung von Lautrach zieht sich die Linie an die Iller und folgt dem linken Ufer des Flusses gegen Norden fort, bis zu dem Punkte, wo sich derselbe in die Donau ergießt. Von hier zieht sich die Gränzlinie nach dem Thalwege der Donau hinab so fort, daß die Stadt Ulm und was auf dem linken Ufer dieses Stromes gelegen ist, an Würtemberg fällt, Alles aber, was rechts dem Thalwege sich befindet, bei Bayern verbleibt. Die Mitte der Ulmer-Brücke über den Hauptstrom bildet dort die Gränze. Da, wo die westliche Gränze des Landgerichts Elchingen den Strom berührt, verläßt die Linie die Donau und zieht sich zwischen den hernach benannten Orten dergestalt durch, daß die östlich liegenden mit ihren Gemarkungen bei Bayern bleiben, die westlich gelegenen aber an Würtemberg fallen.

a) Man vergl. den vorstehenden §. 37.

An Würtemberg fallende Orte:

Oberthalfingen, Göttingen, Langenau, Ramingen, Asselfingen, Oberstozingen, Niederstozingen.

Bei Bayern verbleibende Orte:

Unter-Thalfingen, Ober-Elchingen, Unter-Elchingen, Riedmühlerhöfe, Riedmühl, Riedheim, Riedhausen, Schwarzwanghof.

An der Gränze des Landgerichts Lauingen läuft nun die Linie gegen Norden fort, so, daß Bechingen, Medlingen, Bachhagel, Stauffen und Zöschingen bei Bayern und Sontheim, Brenz, Hermaringen, Sachsenhausen, Waldbergerhof, Hochmemingen, Oggenhausen und Fleineim bei Würtemberg auch künftig verbleiben.

Sodann läuft die Gränzlinie gegen Osten zwischen den fürstlich Tarischen Besitzungen und den Landgerichten Lauingen, Dillingen und Höchstädt dergestalt fort, daß Tattenhausen, Ziertheim, Reistingen, Einingen, Amertingen und Sellbrunn bei Bayern verbleiben und Balmertshofen, Trugenhofen, Demingen, Duttenstein, Eglingen und Baumgries an Würtemberg fallen.

Von hier zieht sich die Linie nordwärts zwischen nachbenannten Orten mit ihren Gemarkungen so fort, daß die östlich liegenden bei Bayern bleiben und die westlich gelegenen für Würtemberg ausgeschieden werden.

An Würtemberg fallen:

Hofen, Kössingen, Schweindorf, Altenburg, Uzmemingen, Pflaumloch, Goldburghausen, Benzenzimmern, Ober- und Unter-Wilfingen, Geißlingen, Ellichbronn, Berigheim, Ober- und Unterbronn, Eck, Strambach, Garhart, Kaltenwang, Regetsweiler.

Bei Bayern verbleiben:

Aufhausen, Forheim, Christgarten, Kartäuserhöfe, Weiler, Auhausen, Hirnheim, Ederheim, Hollheim, Nähermemingen, Nördlingen, Baldingen, Oehringen, Wallerstein, Munzingen, Wengenhausen, Markt Offingen, Ramsteinhof, Minder-Offingen, Enslingen, Raustetten, Grünhof, Ruhlingstetten, Gramstädterhof, Burschelhof, Reermühl, Wittenbach, Meisterhof, Mönchsroth, Dieterstetten, Winnenden, Haselbach.

Nun betritt die Gränze den Rezatkreis und schneidet einen Theil des Landgerichts Dinkelsbühl dergestalt ab, daß folgende Orte

an Würtemberg fallen:

Dürrnstetten, Lustenau, Schönbrunn, Ober- und Unter-Deufstetten, Buckenweiler, Lautenbach, Bernhardsweiler, Rädtlein, Neustädtlein, Geisbühl.

Bei Bayern verbleiben:

Sittlingen, Langensteinbach, Windstetten, Wolfersbrunn, Hard, Rauenstadt, Köschenweiler, Steinweiler, Rödendorf, Weidelbach.

Sodann durchschneidet die Linie einen Theil des Landgerichts Feuchtwangen und

gibt an Würtemberg:

Richelbach, Markt Lustenau, Unterstelzhausen, Kreßberg;

beläßt bei Bayern:

Hinderhöfe, Larrleden, Kinnhard.

Mit den Gemarkungen von Kreßberg und Oberstelzhausen (beide für Würtemberg ein-

schliessend) betritt die Linie das Landgericht Krailsheim und schreitet zwischen diesem (solches an Würtemberg zutheilend) und dem Bayerisch bleibenden übrigen Theile des Landgerichts Feuchtwang fort, bis an die Gränze des Landgerichts Gerhardsbronn, gibt die Orte Volkertshausen, Simonsberg, Schönbrunn und Michelbach an der Lucke an Würtemberg und beläßt Grimmschwinden, Gailroth und Leutsweiler nebst dem an beiden Seiten der Strasse gelegenen Forste bei Bayern.

Von hier durchschneidet die Linie das Landgericht Rothenburg dergestalt, daß die nachbenannten Orte mit ihren Fluren

an Würtemberg fallen:

Weickertsholzen, Raipach, Reinsburg, Bügelhof, Klein-Ansbach, Buch, Metzholz, Steindorf, Gamhagen, Bossendorf, Enzenweiler, Heiligenbronn, Schwarzenbrunn, Reitsaxen.

Bei Bayern verbleiben:

Wettringen, Leidenberg, Insingen, Lohrbach, Bettenfeld, Reisch, Burgstall, Schnepfendorf, Brunzendorf, Leuzenbronn, Hammendorf, Dürhof.

Sodann folgt die Linie dem linken Ufer der Tauber, bis an die nördliche Gränze des Landgerichts Rothenburg.

Hier betritt sie das Landgericht Uffenheim, folgt noch eine kurze Strecke dem linken Tauber-Ufer und zieht sich nördlich zwischen den nachbenannten Orten hin.

An Würtemberg fallen:

Burgstall, Holdermühle, Archshofen, Schön, Freudenbach, Frauenthal, Lohrhof, Weidenhöfe, Waldmannshofen.

Bei Bayern verbleiben:

Uhlenmühle, Tauberzell, Kleinharbach, Ecquartshofen, Hohlach, Wolkertshofen, Aurenhofen.

Bei der Gemarkung von Waldmannshofen schließt sich die Gränzlinie zwischen den Königreichen Bayern und Würtemberg und Alles, was der bis jetzt beschriebenen Linie östlich liegt, gehört mit allen Territorial-Lehen und Patronatsrechten der Krone Bayern so wie das westlich dieser Linie gelegene Gebiet mit allen Territorial-Lehen- und Patronatsrechten der Krone Würtemberg.

Da nun dieser Vertrag zum Vollzuge gekommen und die Extradition der durch diese Linie von Uns cedirten Gebietstheile durch Unsern bevollmächtigten, geheimen Staats- und Conferenz-Minister Grafen von Montgelas dahier in München geschehen ist, so entlassen Wir alle Unseren auf diese Weise von Unserm Königreiche getrennten Unterthanen ihrer Uns geleisteten Pflicht und weisen sie an, ihrem neuen Souverain dieselbe Pflicht zu leisten und diesem die gleiche Treue und den schuldigen Gehorsam zu bezeigen.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenz-Stadt München den zweiten Monatstag November im Jahre Eintausend acht hundert und zehen, Unseres Reiches im fünften.

Reg. Bl. v. J. 1810. St. LXIV. S. 1232.

X. Vertrag zwischen Bayern und Würzburg vom 26. May 1810. a)

§. 40.

(Besitz-Ergreifungs-Patent zur Vollziehung des mit dem Großherzogthume Würzburg abgeschlossenen Gränz-Vertrags betr.)

M. J. K.

§. 41. u. 42. Vertrag mit dem Großherzogthume Würzburg v. 26. May 1810.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

Wir sind vermög eines am 26. Mai zu Paris geschlossenen Vertrags mit Sr. k. k. Hoheit dem Erzherzoge, Großherzoge zu Würzburg über nachfolgende Gränze des beiderseitigen Gebiets übereingekommen. Von der sächs. Gränze herab sollen die Rodach und Itz, letztere bis zu ihrem Ausflusse in den Main, von dort an aber nachbenannte Orte für Würzburg die Gränzorte seyn, als: Lauterhof, Lepelsdorf, Stettfeld, Rostatt, Lembach Tretzendorf, Troßenfurt, Kirchaich, Dankenfeld, Schindelsee, Spielhof, Prölsdorf, Falsbrunn, Theinheim, Ober- und Untersteinbach, Geusfeld, Waldschwind, Kammerforst, Breitbach, Schönaich, Ilmbach, Rüdern, Friedrichsberg, Rehweiler, Herpert, Stierhöchstädt, Mannhof, Wüstenfelden, Castell, Wiesenbrunn, Schloß Schwamberg, Rödelsee, Fröhstockheim, Hoheim, Mainbernheim, Michelfeld, Marktsteft, Oberbreit, Marktbreit.

Da nun dieser Vertrag zum Vollzuge gekommen und die Extradition der nach dieser Linie an Uns übergehenden Unterthanen und Besitzungen an Unsern bevollmächtigten Commissär zu Frankfurt geschehen ist, so haben Wir Befehl gegeben, den Besitz förmlich zu ergreifen und wollen demnach, daß alle nunmehr Unserm Königreiche einverleibte, vorhin großherzoglich würzburgische Unterthanen Uns als ihren rechtmässigen Souverain anerkennen und Unsern Anordnungen den schuldigen Gehorsam leisten sollen, wogegen wir mit gleicher landesväterlicher Sorgfalt ihr Wohl zu befördern Uns angelegen seyn lassen werden.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 11. September im Eintausend achthundert und zehn, Unseres Reiches im fünften Jahre.

Reg. Bl. v. J. 1810. St. L. S. 863.

§. 41.

(Entlassungs-Patent zur Vollziehung des mit dem Großherzogthume Würzburg abgeschlossenen Gränz-Vertrages.)

M. J. K.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

Wir sind vermöge eines am 26. Mai zu Paris abgeschlossenen Vertrags b) mit Sr. k. k. Hoheit dem Erzherzoge, Großherzoge zu Würzburg über nachfolgende Gränze des beidersei-

a) Dieser Vertrag ist nicht im Drucke erschienen. Man vergl. Martens recueil des principaux traités. Sup. T. V. pag. 289. und man mußte sich daher auf die Mittheilung der einschlägigen Besitznahms- und Besitzabtretungs-Patente beschränken.

b) Dieser Vertrag ist nicht im Drucke erschienen. S. d. Anmerk. zu §. 40.

tigen Gebiets übereingekommen. Von der sächsischen Gränze herab sollen die Rodach und Itz, letztere bis zu ihrem Ausflusse in den Main, von dort an aber nachbenannte Orte für Würzburg die Gränzorte seyn, als: Lauterhof, Lepelsdorf, Stettfeld, Rostatt, Lembach, Tretzendorf, Tressenfurt, Kirchaich, Dankenfeld, Schindelsee, Spielhof, Prölsdorf, Fallsbrunn, Theinheim, Ober- und Untersteinbach, Gensfeld, Waldschwind, Kammerforst, Breitbach, Schönaich, Ilmbach, Rüdern, Friedrichsberg, Rehweiler, Herpert, Stierhöchstätt, Mannhof, Wüstenfelden, Castell, Wiesenbrunn, Schloß Schwamberg, Rödelsee, Fröhstockheim, Hoheim, Mainbernheim, Michelfeld, Marktsteft, Oberbreit, Marktbreit.

Da nun dieser Vertrag zum Vollzuge gekommen und die Extradition der durch diese Linie von Uns cedirten Gebietstheile durch Unsern bevollmächtigten Commissär zu Frankfurt geschehen ist, so entlassen Wir alle Unsere bisherige auf diese Weise von Unserm Königreiche getrennten Unterthanen ihrer Uns geleisteten Pflicht und weisen sie an, ihrem neuen Souveraine dieselbe Pflicht zu leisten, getreu und unterthänig zu seyn.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 11. September im Eintausend achthundert und zehn, Unsers Reiches im fünften Jahre.

Reg. Bl. v. J. 1810. St. L. S. 863.

XI. Verträge zwischen Bayern und Oestreich in den Jahren 1814 und 1816.

A. Urkunden dieser Verträge.

1. Vertrag vom 3. Juny 1814.

§. 42.

Sa Majesté le Roi de Bavière et S. M. Impériale, Royale et Apostolique voulant dans le moment de la pacification de la France, donner une interprétation plus précise aux stipulations du Traité de Ried, se sont déterminées à s'entendre dès à present sur les arrangemens à prendre pour l'exécution du dit Traité. En conséquence Sa Majesté le Roi de Bavière, d'une part, et Sa Majesté Impériale, Royale et Apostolique d'autre part, ont nommé des Plénipotentiaires, savoir: §. 42. Pariser Vertrag v. 3. Juni 1814.

Sa Majesté le Roi de Bavière le Sieur Charles Philipp Comte de Wrede, Son Feld-Maréchal, grand-croix de Ses ordres, ainsi que de ceux d'Autriche, de Russie, de Prusse etc. etc.

Et Sa Majesté Impériale Royale et Apostolique le Sieur Clément Lothaire Wenzeslas Prince de Metternich, Winnebourg, Ochsenhausen etc. etc. Son ministre d'état des conférences et des affaires étrangéres, Chevalier de la Toison d'or, grand-croix des ordres de Russie, de Prusse, de Baviére etc. etc.

Lesquels aprés l'échange de leurs pleinspouvoirs sont convenus des articles suivans:

Art. I.

Sa Majesté le Roi de Bavière et Sa Majesté Impériale, Royale et Apostolique, désirant prévenir toute mesintelligence qui pourrait naitre d'une fausse interprétation Application du traité de Ried.

des articles secrets du traité de Ried a), et de confirmer les rapports d'amitié et de bonne harmonie qui existent entre Elles, sont convenues de donner aux articles II, III et IV. du dit traité l'application suivante, savoir:

Sa Majesté le Roi de Bavière s'engage, à céder à Sa Majesté Impériale, Royale et Apostolique: le Tyrol; le Vorarlberg; la Principauté de Salzbourg, telle qu'elle à été possédée par le dernier Prince Autrichien, à l'exception du bailliage de Laufen et des villages situés sur la rive gauche de la Saal; l'Innviertel et le cercle de Hausruck, sauf les exceptions et les modifications dont il est fait mention dans les articles II et IV. de la présente convention et d'autre part. Sa Majesté Impériale, Royale et Apostolique garantit à S. M. le Roi de Bavière de lui faire avoir les équivalents les plus complets pour lesdits pays et même au-delà, autant qu'Elle en aura les moyens et que les circonstances le permettront.

Art. II.

Tyrol et Vorarlberg.

Les hautes Parties contractantes, voulant accélérer autant qu'il dépend d'Elles, le moment où l'exécution de l'article IV. pourra avoir son effet, sont convénues, que Sa Majesté, Impériale Royale et Apostolique entrera en possession du Tyrol, tel qu'il a été réuni à la Couronne de Bavière (à l'éxception du bailliage de Vils, sauf à faire de ce dernier un objet d'arrangement) ainsi que du Vorarlberg à l'exception du bailliage de Weiler, dans le délai de 15. jours après l'échange des ratifications de la présente convention; et que Sa Majesté le Roi de Bavière sera mise à la même époque en possession du Grande-Duché de Wurzbourg b) et de la principauté d'Aschaffenbourg tels q'uils ont été possédés par leurs derniers souverains. c)

Les autres rétrocessions de la part de la Bavière contre des équivalens, dont il n'est pas fait mention dans cet article, auront lieu à la suite des arrangemens définitifs, ou plutôt si faire se peut.

Art. III.

Rive gauche du Rhin, Mayence.

Les pays situés sur la rive gauche du Rhin, entre les nouvelles frontières de la France et la rive droite de la Moselle, seront occupés jusqu'aux arrangemens definitifs en Allemagne par des troupes Bavaroises et Autrichiennes sous les commandemens séparés de leurs généraux respectifs. Il sera nommé une commission mixte, pour régler tout

---

a) Man vergl. den nachstehenden §. 44.

b) Die Bestätigung dieser Bestimmung durch den Art. 44 der Wiener Congreßacte lautet wie folgt:
S. M. le Roi de Bavière possédera pour Lui, Ses héritiers et successeurs en toute propriété et souveraineté le Grand-Duché de Wurzbourg tel qu'il fut possédé par S. A. Impériale l'Archiduc Ferdinand d'Autriche et la Principauté d'Aschaffenbourg telle qu'elle à fait partie du Grand-Duché de Francfort, sous la dénomination de Departément d'Aschaffenbourg.
Man vergl. Meyers Staatsacten für Geschichte und öffentliches Recht des deutschen Bundes. Th. 1. S. 181.

c) Ueber die Besitznahme des Großherzogthums Würzburg vergl. den nachstehenden §. 51.; über die Besitzergreifung von Aschaffenburg den folgenden §. 47, über die Bestätigung der in diesem Art. 1 und 2. dann den folgenden Art. 4 und 6. verabredeten Gebiets-Abtretungen und Erwerbungen vergl. man den nachstehenden §. 43.

ce qui à rapport à l'administration des dits pays, dont les revenus seront perçus pour le compte des deux gouvernemens et partagés en parties égales. On conviendra d'un nombre de troupes qui de part et d'autre devront occuper les dits pays.

La ville et forteresse de Mayence sera occupée par des troupes Autrichiennes, et Prussennes d'après les arrangemens faits à cet égard entre les hautes Puissances.

Art. IV.

Sa Majesté Impériale Royale et Apostolique s'engage à céder à S. M. le Roi de Bavière à la paix générale la bailliage de Redwitz, enclavé dans la Principauté de Baireuth. Redwitz.

Art. V.

Sa Majesté Impériale Royale et Apostolique ayant égard aux difficultés qu'éprouve la Bavière de se pourvoir de sel s'engage à renouveller le contract de sel, qui à précédemment existé entre la Bavière et le pays de Salzbourg jusqu'à la concurrence de 200,000 quintaux. Sel.

Art. VI.

Sa dite Majesté Impériale Royale et Apostolique voulant donner à Sa Majesté le Roi de Bavière des preuves de l'intérêt qu'Elle prend à voir Sa Puissance assise sur des bases solides, promet d'employer ses meilleurs offices: Lot de la Bavière.

1) Pour faire entrer dans le lot de la Bavière la ville et place de Mayence et pour faire donner aux états de S. M. Bavaroise le plus d'étendue possible sur la rive gauche du Rhin.

2) Pour faire entrer dans le lot de la Bavière l'ancien Palatinat du Rhin, Sa Majesté le Roi de Bavière s'engageant de Son côté, à se prêter à des arrangemens de frontières qui trouveraient être d'une mutuelle convenance entre Elle et ses voisins.

3) Pour faciliter les arrangemens de cession, d'échange et autres que Sa Majesté Bavaroise pourrait désirer faire avec les états voisins, savoir: avec le Roi de Wurtemberg, les Grands-Ducs de Bade et de Darmstadt et les Princes de Nassau, pour établir des communications plus directes entre Ses états. Les stipulations du présent article s'appliquent aux petites Principautés qui se trouveraint placées sur les lignes de communications entre les états Bavarois, dans la supposition qu'en vertu des arrangemens définitifs de l'Allemagne elles fussent médiatisées.

Art. VII.

Les hautes parties contractantes prennent à leur charge les dettes hypothéquées sur les pays cédés, ou échangés de part et d'autre. Elles se chargent également des pensions, soldes de retraite et appointemens affectés à l'administration des dits pays. Dettes.

Art. VIII.

Les hautes parties contractantes sont convenues de lever, autant qu'il dependra d'Elles, tous les obstacles qui se sont élevés depuis la guerre en 1805 au sujet des hypothéques placées dans leurs états respectifs. Hypothéques.

Art. IX.

Les particuliers ainsi que les établissemens publics et fondations continueront de jouir librement de leurs propriétés, qu'elles soient situées sur l'une ou l'autre Souverai- Etablissemens publics.

neté. Les familles qui voudront émigrer, auront l'espace de six ans pour vendre leurs biens, et en exporter la valeur sans retenue quelconque.

Art. X.

Magazins.

Les hautes parties contractantes sont convenues d'un terme de trois mois, à dater de la signature de la présente convention, pour avoir la faculté de vendre les magazins de sel, produits minéraux et autres magazins quelconques, à l'état acquérant ou pour les exporter francs de tous droits et retenues quelconques.

Art. XI.

Evacuation d'effets militaires.

Le même terme de trois mois est convenu par les hautes parties contractantes pour l'évacuation des objets d'artillerie de place et des munitions.

Art. XII.

Militaires échangés.

Dans l'espace d'un an, à dater du jour de la signature de la présente convention, les militaires natifs de pays échangés ou cédés devront être remis à la disposition de leurs souverains respectifs. Il est cependant convenu que les officiers et soldats qui voudront de gré rester au service de l'une ou de l'autre Puissance, en auront la liberté sans qu'ils puissent en être inquiétés d'aucune manière.

Les dispositions contraires au présent article qui auroient eu lieu depuis 1809 sont anullées.

Art. XIII.

Garantie des états Bav.

S. M. I. R. et A. promet à S. M. le Roi de Bavière de Lui obtenir de la part des cours de Russie, d'Angleterre et de Prusse la garantie de Ses états et des pays qui Lui seront dévolus en vertu de la présente convention ou qui le seront encore à la suite des arrangemens définitifs.

Art. XIV.

Secret.

La présente convention ne portant que sur des arrangemens d'une convenance mutuelle entre les hautes parties contractantes ne pourra être communiquée à aucune des cours alliées et restera secrète entre elles. Elle sera ratifiée dans l'espace de quinze jours ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris le trois Juin 1814.

Articles additionels.

Art. I.

La forteresse de Kufstein, sans y comprendre la ville du même nom, restera occupée par les troupes Bavaroises, jusqu'aux arrangemens définitifs entre les deux Puissances.

Art. II.

Sa Majesté Impériale Royale et Apostolique promet à Sa Majesté le Roi de Bavière de faire liquider les objets fournis aux troupes Autrichiennes lors de leur passage par les états Bavarois.

Art. III.

Sa Majesté Impériale, Royale et Apostolique fera dédommager le gouvernement bavarois des arrérages qui lui seraient dûs sur les impots directs des départemens français qui avaient été placés sous son administration durant la guerre, dans la proportion qu'Elle en sera dédommagée Elle même par le gouvernement français.

Les présents articles additionels auront la même force et valeur que s'ils étaient insérés mot à mot à la convention de ce jour. Ils seront ratifiés, et les ratifications en seront échangées en même tems. En foi de quoi les plenipotentiaires respectifs les ont signés et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris le trois Juin 1814.

Martens recueil des principaux traités sup. tom. VI. pag. 18.

2. Vertrag vom 14. April 1816.

§. 43.

M. J. K.

Savoir faisons à qui il appartiendra, qu'ayant été conclu, le quatorce de ce mois entre Nous et Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohéme, un traité relatif aux arrangemens territoriaux entre Nos états dont la teneur suit:

Au Nom de la très Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Bavière, et Sa Majesté l'Empereur d'Autriche également animés du désir de resserrer les liens d'amitié qui Les unissent, en fixant d'une manière définitive les limites et les rapports de Leurs états respectifs, ont nommé des plénipotentiaires pour concerter, arrêter et signer tout ce qui est relatif à cet objet; savoir:

Sa Majesté le Roi de Bavière le sieur Maximilien comte de Montgelas, Son chambellan, ministre d'état et des conférences et ministre dirigeant les départemens des affaires étrangères, des finances et de l'intérieur, ministre secrétaire d'état de la Maison Royale, grand-chancelier et chevalier de St. Hubert, grand-croix du mérite civil de Bavière, grand-croix de l'ordre

Thun anmit kund und fügen zu wissen: §. 43. Münchner Vertrag vom 14. April 1816.

Nachdem am 14. d. M. zwischen Uns und des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn und Böhmen Majestät ein Vertrag über gegenseitige Gebiets-Ausgleichungen abgeschlossen worden ist, welcher wörtlich also lautet:

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreieinigkeit.

Se. Majestät der König von Bayern und Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, vom gleichen Wunsche beseelt, die Freundschafts-Bande, die Sie vereinigen, durch eine endliche Feststellung der Gränzen und Verhältnisse Ihrer beiderseitigen Staaten fester zu knüpfen, haben, um alles, was sich auf diesen Gegenstand beziehet, zu berathen, abzuschliessen und zu unterzeichnen, zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Se. Majestät der König von Bayern den Herrn Maximilian Grafen von Montgelas, Allerhöchstihren Kämmerer, Staats- und Conferenz-Minister, dirigirenden Minister der Departements der auswärtigen Angelegenheiten, der Finanzen und des Innern, Minister Staats-Secretär des k. Hauses, Großkanzler und Ritter des Sanct Hubertus Ordens, Großkreuz des Civil-Verdienstordens der Bayerischen Krone,

de St. Etienne de Hongrie, chevalier de l'ordre de St. Alexandre-Newsky, chevalier grand-croix des ordres de l'Aigle noire et de l'Aigle rouge, grand-aigle de la Légion d'honneur, grand-croix de la courronne verte de Saxe et grand-croix honoraire de l'ordre de St. Jean de Jerusalem;

Großkreuz des k. ungarischen Sanct Stephans-Ordens, Ritter des Alexander Newsky-Ordens, Ritter und Großkreuz des schwarzen und rothen Adlerordens, Großkreuz der Ehrenlegion, Großkreuz des Ordens der sächsischen Rautenkrone und Ehrengroßkreuz des Ordens des heil. Johannes von Jerusalem;

Et le sieur Louis comte de Rechberg et Rothenloewen, Son chambellan, conseiller-privé actuel, envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, chevalier de St. Hubert, commandeur de l'ordre de St. George et grand-croix de celui du mérite civil de Bavière.

Und den Herrn Alois Grafen von Rechberg und Rothenlöwen, Allerhöchstihren Kämmerer, wirklichen geheimen Rath, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. k. k. apostolischen Majestät, Ritter des Sanct Hubertus-Ordens, Commenthur des Sanct Georgen-Ordens und Großkreuz des Civil-Verdienstordens der Bayerischen Krone.

Et Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, le sieur Jean Pierre-Théodore baron de Wacquant-Geozelles, chevalier des ordres militaire de Marie-Thérèse et Royal de St. Etienne de Hongrie, grand-croix, commandeur et chevalier de plusieurs autres, chambellan, conseiller intime actuel, lieutenant-général des armées et colonel propriétaire d'un régiment d'infanterie hongroise de Sa Majesté Impériale Royale et Apostolique.

Und Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, den Herrn Johann Peter Theodor Freiherrn von Wacquand-Geozelles, Ritter des militärischen Marien-Theresien- und des k. ungarischen Sanct Stephans-Ordens, Großkreuz, Commenthur und Ritter mehrerer anderer Orden, Allerhöchstihren Kämmerer, wirklichen geheimen Rath, Feldmarschall-Lieutenant und Inhaber eines ungarischen Infanterie-Regiments; welche, nach Auswechslung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Lesquels après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I.

Gebietsabtretungen an Oestreich.

Sa Majesté le Roi de Bavière, pour Elle, Ses héritiers et successeurs, rétrocède et abandonne en toute propriété et souveraineté à Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, ainsi qu'à ses héritiers et successeurs:

Art. 1.

Se. Majestät der König von Bayern für Sich, Ihre Erben und Nachfolger, treten wieder ab und überlassen zu vollem Eigenthume und voller Souverainität an Seine Majestät den Kaiser von Oesterreich, sowie an Dessen Erben und Nachfolger:

Les parties du Hausruckviertel et l'Innviertel, tels qu'ils ont été cédés par l'Autriche en 1809; le bailliage tyrolien de Vils; et le duché de Salzbourg, tel qu'il a été cédé par l'Autriche en 1809 [a]). Sont exceptés de la présente rétrocession les bail-

Die Theile des Hausruckviertels und das Innviertel, wie solche im Jahre 1809 von Oesterreich abgetreten worden; das tyrolische Amt Vils; und das Herzogthum Salzburg, wie solches im Jahre 1809 von Oesterreich abgetreten worden; [a]) von gegenwärtiger Rück-

a) Man vergl. hierüber den vorstehenden §. 31. Art. VI.

liages de Waging, Tittmaning, Teisendorf et Laufen, en tant qu'ils sont situés sur la rive gauche de la Salza et de la Saal. Ces districts avec leurs appartenances et dépendances continueront de rester à la courronne de Bavière, en toute propriété et souveraineté. a)

gabe sind ausgenommen, die Landgerichte Waging, Tittmaning, Teisendorf und Laufen, so weit dieselben auf den rechten Ufer der Salzach und Saal gelegen sind. Diese Bezirke mit ihren Zubehörungen und Dependenzien sollen der Krone Bayern mit vollem Eigenthume und voller Souverainität verbleiben. a)

Art. II.

En retour de ces concessions, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche pour Elle, Ses héritiers et successeurs, céde à Sa Majesté le Roi de Bavière, à Ses héritiers et successeurs, en toute propriété et souveraineté.

Art. 2.

Entschädigung Bayerns.

Gegen diese Abtretungen treten Seine Maj. der Kaiser von Oesterreich für Sich, Ihre Erben und Nachfolger an des Königs von Bayern Majestät, an Dessen Erben und Nachfolger, zu vollem Eigenthume und voller Souverainität, ab:

A. à la gauche du Rhin. b)

Dans le département du Mont-Tonnerre:

1) Les arrondissemens de Deux-Ponts, de Kaiserslautern et de Spire; ce dernier à l'exception des cantons de Worms et Pfeddersheim.

2) Le Canton de Kirchheim-Boland, dans l'arrondissement d'Alzey.

Dans le département de la Saare:

3) Les cantons de Waldmohr, Bliescastel et Cusel; ce dernier à l'exception de quelques endroits sur la route de Saint-Wendel à Baumholder, qui seront compensés par un arrangement territorial à régler d'accord avec les plénipotentiaires des puissances alliées réunis à Francfort.

Dans le département du Bas-Rhin:

4) Le canton, la ville et la forteresse de Landau; cette dernière comme place de la confédération, conformément aux dispositions du 3. Novembre 1815. c)

5) Les cantons de Bergzabern, Langencandel et toute la partie du département

A. Auf dem linken Rheinufer. b)

a) Auf dem linken Rheinufer.

Im Departement des Donnerberges:

1) die Bezirke von Zweybrücken, Kaiserslautern und Speier; letztern mit Ausnahme der Cantone Worms und Pfeddersheim;

2) den Canton Kirchheim-Bolanden, im Bezirke von Alzei.

In dem Saar Departement:

3) die Cantone Waldmohr, Bliescastel und Kusel, letzteren mit Ausnahme einiger Orte auf der Strasse von St. Wendel nach Baumholder, welche durch eine weitere, im Einverständnisse mit der zu Frankfurt versammelten Bevollmächtigten der verbündeten Mächte zu berichtigende Gebiets-Ausgleichung compensirt werden sollen.

In dem Departement Niederrhein:

4) Canton, Stadt und Festung Landau, diese letztere als Bundesfestung in Gemäßheit der Bestimmungen vom 3. Nov. 1815; c)

5) die Cantone Bergzabern, Langenkandel und den ganzen Antheil des Departements Nie-

a) Man vergl. über die Abtretung dieser Gebietstheile die nachstehenden §§. 52, 53 und 54.

b) Man vergl. hierüber die nachstehenden §§. 51, 55, 56 und 57.

c) Man vergl. den nachstehenden §. 46.

du Bas-Rhin, cédée par la France, sur la rive gauche de la Lauter par le traité de Paris du 20. Novembre 1815. *)

derrhein am linken Lauter-Ufer, welcher in dem Pariser Tractat vom 20. Nov. 1815 von Frankreich abgetreten worden ist. *)

---

*) Die hier einschlägige Stelle des Pariser Friedens vom 20. Nov. 1815 lautet wie folgt:

Art. I. Les frontières de la France seront telles qu'elles étaient en 1790, sauf les modifications de part et d'autre qui se trouvent indiquées dans l'article présent.

1) Sur les frontières du nord, la ligne de démarcation restera telle que le traité de Paris l'avait fixée, jusque vis-à-vis de Quièvrain; de là elle suivra les anciennes limites des provinces belgiques, du ci-devant évêché de Liège et du duché de Bouillon, telles qu'elles étaient en 1790, en laissant les territoires enclavés de Philippeville et Marienbourg, avec les places de ce nom, ainsi que tout le duché de Bouillon, hors des frontières de la France; depuis Villers près d'Orval (sur les confins du département des Ardennes et du Grand-Duché de Luxembourg) jusqu'à Perle, sur la chausée qui conduit de Thionville à Trèves, la ligne restera telle qu'elle avait été désignée par le traité de Paris. De Perle elle passera par Launsdorf, Wallwich, Schardorf, Niederweiling, Pellweiler, tous ces endroits restant avec leurs banlieues à la France, jusqu'à Houvre, et suivra de là les anciennes limites du pays de Sarrebruck, en laissant Sarrelouis et le cours de la Sarre, avec les endroits situés à la droite de la ligne ci-dessus désignée et leurs banlieues hors des limites françaises. Des limites du pays de Sarrebruck, la ligne de démarcation sera la même qui sépare actuellement de l'Allemagne les départemens de la Moselle et du Bas-Rhin jusqu'à la Lauter, qui servira ensuite de frontière jusqu'à son embouchure dans le Rhin. Tout le territoire sur la rive gauche de la Lauter, y compris la place de Landau, fera partie de l'Allemagne; cependant, la ville de Weissenbourg, traversée par cette rivière, restera toute entière à la France, avec un rayon sur la rive gauche, n'excédant pas mille toises et qui sera plus particulièrement déterminé par les commissaires que l'on chargera de la délimitation prochaine.

2) A partir de l'embouchure de la Lauter, le long des départemens du Bas-Rhin, du Haut-Rhin, du Doubs et du Jura jusqu'au canton de Vaud, les frontières resteront comme elles ont été fixées par le traité de Paris. Le thalweg du Rhin formera la démarcation entre la France et les états de l'Allemagne; mais la propriété des iles, telle qu'elle sera fixée à la suite d'une nouvelle reconnaissance du cours de ce fleuve, restera immuable, quelques changemens que subisse ce cours par la suite du temps. Des commissaires seront nommés de part et d'autre par les hautes parties contractantes, dans le délai de trois mois, pour procéder à ladite reconnaissance. La moitié du pont entre Strassbourg et Kehl appartiendra à la France, et l'autre moitié au Grand-Duché de Bade.

3) Pour établir une communication directe entre le canton de Genève et la Suisse, la partie du pays de Gex, bornée à l'est par le lac Léman, au midi par le territoire du canton de Genève, au nord par celui du canton de Vaud, à l'ouest par le cours de la Versoix et par une ligne, qui renferme les communes de Collex-Bussy et Meyrin, en laissant la commune de Fernay à la France, sera cédée à la confédération helvétique, pour être réunie au canton de Genève. La ligne des douanes françaises sera placée à louest du Jura, de manière que tout le pays de Gex se trouve hors de cette ligne.

4) Des frontières du canton de Geneve jusqu'à la Mediterranée, la ligne de démarcation sera celle qui, en 1790, séparait la France de la Savoie et du comté de Nice. Les rapports que le traité de Paris de 1814 avait rétablis entre la France et la principauté de Monaco, cesseront à perpétuité, et les mêmes rapports existeront entre cette principauté et S. M. le Roi de Sardaigne.

Ces pays seront possédés par Sa Majesté le Roi de Bavière sans autres charges et hypothèques que celles qui y existaient pendant l'administration autrichienne.

Diese Lande werden von Seiner Majestät dem Könige von Bayern ohne andere Lasten und Hypotheken als diejenigen, welche während der österreichischen Verwaltung darauf hafteten, besessen werden.

B. à la droite du Rhin.

1) Les bailliages ci-devant fuldois de Hammelbourg avec Tulba et Salek, Brückenau avec Motten, celui de Weyhers, à l'exception des villages de Melters et Hattenrodt, ainsi que la partie du bailliage de Bieberstein qui renferme les villages de Batten, Brand, Dietges, Findlos, Liebhardt, Melperz, Oberbernhardt avec Steinbach, Saifferz et Thaiden; tous ces districts, tels qu'ils ont été possédés par Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique [a]).

2) Le bailliage autrichien de Redwitz, enclavé dans les états bavarois. [b])

B. Auf dem rechten Rheinufer:

b) Auf dem rechten Rheinufer.

1) die vormaligen Fuldischen Aemter Hammelburg, mit Tulba und Saleck, Brückenau mit Motten, Weyhers mit Ausnahme der Dörfer Melters und Hattenroth, so wie denjenigen Theil des Amts Bieberstein, welcher die Orte Batten, Brand, Dietges, Findlos, Liebhart, Melperz, Oberbernhardt mit Steinbach, Saiferz und Thaiden begreift; alle benannten Districte wie solche von Seiner kais. königl. apostolischen Majestät besessen worden. [a])

2) Das vom Bayerischen Gebiet umgebene österreichische Amt Redwitz. [b])

Art. III.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche pour Elle-même, et de concert avec Ses hauts alliés, S'engage à employer Son intervention la plus suivie et tous Ses moyens pour procurer à Sa Majesté le Roi de Bavière

Art. 3.

Verwendung Oesterreichs zu weiterer Entschädigung Bayerns.

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich verpflichten Sich für Sich und im Einverständnisse mit Ihren hohen Verbündeten, Sich unausgesetzt und mit allen Kräften dahin zu verwenden, und Seiner Majestät dem Könige von Bayern

---

5) Tous les territoires et districts enclavés dans la limites du territoire français, telles qu'elles ont été déterminées par la présént article, resteron reunis à la France.

6) Les hautes parties contractantes nommeront, dans le délai de trois mois apres la signature du présente traité des commissaires pour régler tout ce qui a rapport à la délimitation des pays de part et d'autre; et aussitôt que le travail de ces commissaires sera terminé, il sera dressé des cartes et placé des poteaux qui constateront les limites perspectives.

Art. II. Les places et les districtes qui, selon l'article précédent, ne doivent plus faire partie du territoire français, seront remis à la disposition des Puissances alliées, dans lés termes fixés par l'article 9. de la convention militaire annexée au présent traité et S. M. le Roi de France rénonce à perpétuité pour Elle et Ses héritiers et successeurs, aux droits de souveraineté et de propriété qu'Elle à exercée jusqu'ici sur lesdites places et districts. —

Man vergl. Corpus juris confoederat. germ. ed. G. v. Meyer, Francf. 1822. T. I. pag. 244.

a) Man vergl. hierüber den nachstehenden §. 48.

b) Man vergl. hierüber den nachstehenden §. 49.

de la part de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse:

La cession pure, simple et indéfinie des bailliages d'Alzenau, Miltenberg, Amorbach, Heubach a);

de la part de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade:

Une partie du bailliage de Werthheim, d'aprés les dispositions arrêtées à Paris le 3. Novembre 1815. b)

von Seiten Sr. k. Hoheit des Großherzogs von Hessen:

Die unbeschränkte Abtretung der Aemter Alzenau, Miltenberg, Amorbach und Heubach; a)

von Seiten Sr. k. Hoheit des Großherzogs von Baden:

Einen Theil des Amtes Wertheim, nach den zu Paris am 3. November 1815 festgesetzten Bestimmungen, b) zu verschaffen.

Entschädigung für den Abstand von dem Grundsatze der Contiguität.

Art. IV.

La contiguité des acquisitions que fait la Bavière, en échange des retrocessions susmentionées étant une stipulation du traité de Ried, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche reconnait le droit de Sa Majesté le Roi de Bavière à une indemnité, pour le désistement du principe de contiguité.

Cette indemnité sera fixée à Francfort, en même tems et de la même manière que les autres arrangemens territoriaux de l'Allemagne. c)

Art. 4.

Da die Contiguität (Zusammenhang) der von Bayern im Austausch gegen die obengenannten Wiederabtretungen zu machenden Erwerbungen im Rieder-Vertrage stipulirt ist, so wird von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich das Recht Sr. Majestät des Königs von Bayern auf eine Entschädigung für den Abstand von dem Grundsatze der Contiguität anerkannt.

Diese Entschädigung wird in Frankfurt zu derselben Zeit und auf dieselbe Weise bestimmt werden, wie die andern deutschen Territorial-Ausgleichungen. c)

---

a) Ueber die Besitznahme der hier benannten hessischen Aemter findet sich in dem Reg. Bl. nur folgende Bekanntmachung.

Se. Majestät der König haben zu beschliessen geruht, daß die in Folge der jüngsten Staatsverträge neu erworbenen vormals großherzoglich hessischen Aemter Alzenau, Amorbach, Heubach und Miltenberg mit ihren Zugehörungen in der Verwaltung dem Fürstenthume Aschaffenburg zugetheilt und dieselben der dortigen k. Hofcommission übergeben werden sollen.

München am 1. Sept. 1816. Reg. Bl. v. J. 1816. St. XXXII. S. 588.

b) Man vergl. hierüber den nachstehenden §. 46.

c) Die Bestättigung der in den Art. 1 bis 4 dieses Vertrags verabredeten Territorial-Ausgleichungen und Entschädigungen ist in den Art. 1 bis 4 des Frankfurter Territorial-Recesses vom 20. Juli 1819 ausgesprochen wie folgt:

Art. I. S. M. J. et R. A. (d'Autriche), pour Elle, Ses héritiers et successeurs, possédera en toute propriété et souveraineté les pays suivans, rétrocédés par S. M. le Roi de Bavière en vertu du traité signé à Munic le 14. avril 1816, lequel est annexé au présent traité général, savoir:

1) L'Innviertel et les parties du Hausruckviertel, tels que ces pays ont été cédés par l'Autriche en 1809;

2) Le duché de Salzbourg, tel qu'il a été possédé par l'Autriche en 1809, à l'exception des bailliages de Waging, Tittmaning, Teisendorf et Laufen, en tant qu'ils sont

A cet effet Sa Majesté l'Empereur d'Autriche S'engage à donner à Sa Majesté le Roi de Bavière un dédommagement, qui

Zu diesem Ende verpflichten Sich Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich gegen Se. Majestät den König von Bayern zu einem mit bei-

---

situés sur la rive gauche de la Salzach et de la Saale; ces bailliages, tels qu'ils viennent d'être désignés, resteront à la Bavière;

3) Le bailliage tyrolien de Vils.

Art. II. En retour des rétrocessions désignées dans l'art. 1. du présent traité général, S. M. le Roi de Bavière, pour Lui, Ses héritiers et successeurs, possédera en toute propriété et souveraineté les pays suivans, cédés par S. M. J. et R. A., savoir:

I. Sur la rive droite du Rhin:

a) les bailliages ci-devant fuldois de Hammelbourg, y combris Tulba et Salek, de Bruckenau avec Motten, celui de Weihers, à l'exception des villages de Melters et Hattenrodt, — lequel bailliage, ayant appartenu d'après l'art. 40. de l'acte du congrès de Vienne à la Prusse, a été échangé contre celui de Saalmünster, Uerzel, Sannurz et le Hettensche Grund, qui ont passé à la Hesse-Electorale ainsi que la partie du bailliage de Biberstein, qui renferme les villages de Batten, Brand, Dietges, Findlos, Liebhard, Melperz, Ober-Bernhardt, avec les hameaux de Steinbach, Saiffert et Thaiden;

b) le bailliage de Redwitz enclavé dans les états bavarois, et cédé par S. M. J. et R. A.;

c) la partie du bailliage de Wertheim, située au nord de la route de Lengfourth à Wurzbourg, telle qu'elle a été cédée par S. A. R. le grand-duc de Bade en vertu du traité du 10. juillet 1819 annexé au présent récès.

II. A la rive gauche du Bhin:

a) du ci-devant département du Mont-Tonnerre:

1. les arrondissemens de Deux-Ponts, de Kaiserslautern et de Spire; ce dernier à l'exception des cantons de Worms et de Pfeddersheim,

2. le canton de Kirchheim-Boland dans l'arrondissement d'Alzey;

b) du ci-devant département de la Sarre; les cantons de Waldmohr et Bliescastel, celui de Kusel, à l'exception de Schwarzerden, Reichweiler, Pfeffelbach, Ruthweiler, Burg-Lichtenberg et Thal-Lichtenberg; — dans le canton de St. Wendel: Saale, Niederkirchen, Bubach, Marth, Hoff et Osterbruken; — dans le canton de Grumbach: Echenau et St. Julien.

c) Les cantons de Landau, Bergzabern et Langenkandel, ainsi que toute la partie du département du Bas-Rhin, cédée par la France sur la rive gauche de la Lauter par le traité de Paris du 20. novembre 1815.

Il est entendu que toutes les communes désignées ci-dessus sont censées être cédées avec leurs banlieues.

Art. III. La ville de Landau est déclarée, sous le rapport militaire, une des forteresses de la Confédération Germanique, sans que cette disposition puisse altérer en rien le droit de souveraineté, qui est dévolu à S. M. le Roi de Bavière sur ladite ville.

Art. IV. S. M. le Roi de Bavière réunira également à Sa monarchie les bailliages de Miltenberg, Amorbach, Heubach et Alzenau, tels qu'ils ont été cédés, par suite des négociations de la commission territoriale de Francfort, par S. A. R. le Grand-Duc de Hesse en vertu du traité du 30. juin 1816, lequel est annexé au présent recès.

Art. V. La ligne de démarcation entre les états bavarois sur la rive gauche du Rhin et la France suit les limites qui, d'après le traité de Paris du 20. novembre 1815, sépa-

a été réglé de gré à gré, jusqu'à l'époque du résultat efficace de la négociation de Francfort et que la Bavière ait pu être mise en

derseitiger Einwilligung festgesetzten Schadenersatz, bis zum Zeitpunkte des in Kraft tretenden Resultates der Frankfurter Unterhandlung

---

rent l'Allemagne des départemens de la Moselle et du Bas-Rhin, jusqu'à la Lauter, qui sert ensuite de frontière jusqu'à son embouchure dans le Rhin. Toutefois la ville de Weissenbourg, traversée par cette rivière, reste toute entière à la France, avec un rayon sur la rive gauche, qui ne peut pas excéder mille toises.

Art. VI. Il sera établi une route militaire, dans la direction de Wurzbourg vers les provinces bavaroises sur la rive gauche du Rhin à travers les états de S. A. R. le Grand-Duc de Bade. Elle sera tracée de manière à être aussi peu onéreuse que possible au Grand-Duché, et les arrangemens à faire à cet égard sont réservés à une convention particulière entre S. M. le Roi de Bavière et S. A. R. le Grand-Duc de Bade.

Art. VII. Les stipulations, cessions, rétrocessions, conditions et clauses portées au traité de Munic du 14: avril 1816, ayant été ratifiées, et les ratifications ayant été confirmées par la prise de possession et la paisible jouissance des pays acquis ou échangés, à l'exception de la partie du bailliage de Wertheim désignée dans l'art. 2. du présent récès, qui dépendait de la négociation commise à la commission de Francfort, les articles qui composent ce traité ont été annexés au présent réces. L'art. 4. dudit traité à dû motiver une détermination particulière. Il est de la teneur suivante:

„La contiguité des acquisitions que fait la Bavière, en échange des rétrocessions susmentionnées, étant une stipulation du traité de Ried, S. M. l'Empereur d'Autriche reconnait le droit de S. M. le Roi de Bavière à une indemnité pour le désistement du principe de contiguité."

„Cette indemnité sera fixée à Francfort, en même temps et de la même manière que les autres arrangemens territoriaux de l'Allemagne."

„A cet effet S. M. l'Empereur d'Autriche s'engage à donner à S. M. le Roi de Bavière un dédommagement, qui a été réglé de gré-à-gré, jusqu'à l'époque du résultat efficace de la négociation de Francfort et que la Bavière ait pu être mise en possession de l'indemnité pour la rénonciation à la contiguité."

Les négociations de Francfort ont eu en conséquence pour objet de réaliser en faveur de la Bavière un dédommagement pour son désistement de la contiguité de ses possessions. Mais l'indemnité obtenue à la suite de ces négociations ayant été rejetée par la Bavière, quoiqu'elle fût un juste equivalent de l'objet donné; les hautes parties contractantes se considérent comme entièrement libérées envers la Bavière, attendu que les engagemens pris envers cette cour n'ont jamais été que conditionnels et qu'ils ont reçu de leur part tout l'accomplissement dont ils étaient susceptibles. En conséquence l'art. 4. précité et par suite du même principe les articles additionels, qui pourraient avoir été annexés audit traité de Munic, cessent d'être obligatoires et ne pourront plus l'être dans aucun cas, ni à aucune époque, dans aucune relation ou corrélation pour ou contre une partie quelconque, l'état de possession tel qu'il ressort du présent réces étant formellement reconnu par les parties contractantes.

S. M. J. et R. A. change toutefois en une rente perpétuelle en faveur de la Bavière la rente conditionelle et temporaire de 100,000 fl., qu'Elle Lui paie en suite des négociations qui ont eu lieu à Munic en 1816.

Man vergl. Corpus juris confoederat. germ. ed. G. v. Meyer. Francf. 1822. T. 1. pag. 274.

possession de l'indemnité pour la renonciation à la contiguité.

und bis Bayern in Besitz der Entschädigung für das Entsagen auf die Contiguität wird gesetzt werden können.

Art. V.

Il sera établi une communication directe entre les possessions de Sa Majesté le Roi de Bavière sur le Mein et celles sur la rive gauche du Rhin, qui sera réglée d'accord avec les parties intéressées. Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade sera invité à entrer dans les arrangemens nécessaires pour cette route militaire à travers Ses états.

Art. 5.

Verbindung der bayr. Besitzungen auf den beiden Rheinufern.

Es soll eine directe Verbindung zwischen den Besitzungen Sr. Majestät des Königs von Bayern am Main und denen auf dem linken Rheinufer statt finden, welche im Einverständnisse mit den betreffenden Regierungen festgesetzt werden soll. Se. k. Hoheit der Großherzog von Baden wird eingeladen werden, den nöthigen Anordnungen zum Behuf dieser durch seine Staaten gehenden Militärstrasse beizutreten.

Art. VI.

Sa Majesté le Roi de Bavière obtiendra une somme de quinze millions de francs sur la contribution française, destinée à renforcer le système défensif de l'Allemagne, en vertu de la distribution a) faite à Paris le 3. Novembre 1815.

Art. 6.

Antheil an der französ. Contribution.

Se. Majestät der König von Bayern sollen von der zur Verstärkung des Vertheidigungs-Systems von Deutschland bestimmten franz. Kriegs-Contribution, nach der am 3. November 1815 zu Paris gemachten Vertheilung, a) eine Summe von 15 Millionen Franken erhalten.

Art. VII.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche pour Elle, Ses héritiers et successeurs, s'engage

Art. 7.

Abgabe einer Quantität Salz an Bayern.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich verpflichten Sich, für Sich, Ihre Erben und

---

a) Die hier angeführte Bestimmung der betreffenden Uebereinkunft lautet wie folgt:

En distribuant ces $137\frac{1}{2}$ millions de francs entre les états limitrophes de la France, les soussignés ministres ont eu égard tant au besoin plus ou moins urgent que ces états ont de nouvelles fortifications, et aux frais plus ou moins considérables que nécessite leur construction, qu'aux moyens que possédent ces états, ou qu'ils acquièrent par le traité actuel.

Suivant ces principes L. L. M. M.

Le Roi des Pays-Bas recevra	60	millions
Le Roi de Prusse	20	—
Le Roi de Sardaigne	10	—
Le Roi de Bavière ou tel autre Souverain du pays limitrophe de la France entre le Rhin et le territoire prussien	15	—
Le Roi d'Espagne	$7\frac{1}{2}$	—
	$112\frac{1}{2}$	millions.

Des 25 millions qui restent à distribuer, 5 seront destinés à achever les ouvrages de Mayence et vingt à la construction d'une nouvelle forteresse fédérale sur le haut Rhin.

L'emploi de ces sommes aura lieu conformément aux places et réglemens que les puissances arrêteront à cet égard.

Martens recueil des principaux traités Suppl. T. VI. N. 64. pag. 677.

à faire fournir à Sa Majesté le Roi de Bavière, à Ses heritiers et successeurs, au prix de fabrication, une quantité de sel qui ne pourra dépasser deux cent mille quintaux. Ce prix, y compris celui de l'emballage, sera réglé entre les deux hautes puissances contractantes de dix en dix années sur l'échelle moyenne du prix véritable de fabrication des dix années révolues, lequel prix moyen aura à servir pour les dix années suivantes.

L'exportation de ce sel, qui dans aucun cas et d'aucune manière ne pourra être débité dans les états de Sa Majesté Imperiale, Royale et Apostolique, sera libre de tout droit de sortie, de transit ou autre quelconque.

Nachfolger, Sr. Majestät dem Könige von Bayern und Dessen Erben und Nachfolgern eine Quantität Salz, die nicht zweimal hunderttausend Zentner übersteigen darf, zum Erzeugungspreise zu überlassen. Der Preis, mit Inbegriff der Verpackungskosten, soll zwischen den beiden hohen contrahirenden Mächten, von zehn zu zehn Jahren, nach dem mittlern Maßstabe des wahren Erzeugungspreises der zehn letztverflossenen Jahre festgesetzt werden, welcher Mittelpreis für die folgenden zehn Jahre zur Richtschnur dienen wird.

Die Ausfuhr von diesem Salze, welches in keinem Falle und auf keinerlei Weise in den Staaten Sr. k. k. apostolischen Majestät verkauft werden kann, soll von jeder Ausgangs- Transit- oder andern Abgabe frei seyn.

Art. VIII.

Transit für Salz und Getreide.

Sa Majesté le Roi de Bavière pour Elle, Ses héritiers et successeurs, promet et S'engage de Son côté à accorder la liberté et la franchise du transit pour les sels et les grains, sur la route qui mène, par Ses états du Tyrol à Bregenz.

Pour prévenir que la liberté de ce transit ne tende au détriment du commerce ou des droits territoriaux et de souveraineté de la Bavière, la commission qui sera nommée, en exécution de l'article XX. du présent traité, réglera les formalités et les précautions réquises pour éviter toute fraude à cet égard.

Art. 8.

Se. Majestät der König von Bayern versprechen und verpflichten Sich Ihrerseits für Sich, Ihre Erben und Nachfolger, den abgabenfreien Transit auf der Strasse, die aus Tyrol durch Ihre Staaten nach Bregenz führt, für Salz und Getreide zu gestatten.

Um zu verhüten, daß die Freiheit dieses Transits dem Handel oder den Territorial- und Souverainitäts-Rechten von Bayern zum Nachtheil gereiche, wird die in Gemäßheit des Art. XX. des gegenwärtigen Tractats zu ernennende Commission die Formalitäten und die zur Vermeidung jedes Unterschleifs in dieser Hinsicht erforderlichen Vorsichtsmaßregeln festsetzen.

Art. IX.

Schifffahrt auf den Flüssen.

Pour la navigation des rivières qui traversent les états des deux Souverains, ou qui en font limites, on maintient de part et d'autre les stipulations du traité de Teschen, a) et elles seront étendues à la Salza et à la Saal, en tant qu'elles séparent les deux états, jusqu'à ce qu'on puisse y appliquer les principes généraux arrêtés par le congrés de Vienne.

Art. 9.

In Ansehung der Schifffahrt auf den Flüssen, welche durch die Staaten beider Souveraine fliessen oder deren Gränze ausmachen, werden von beiden Seiten die Stipulationen des Teschner Friedens a) beibehalten und auf die Salzach und die Saal, in so weit sie die beiden Staaten trennen, ausgedehnt, bis man die von dem Wiener-Congresse festgesetzten allgemeinen Grundsätze hierauf wird anwenden können.

a) Man vergl. oben §. 10. S. 111.

Art. X.

Les dettes hypothéquées sur le pays respectivement cédés par le présent traité se régleront, tant sur l'époque à la quelle elles ont été contractées, que sur les dates des protocoles de Vienne, de Paris et de tel autre acte officiel qui établissent de part et d'autre le droit à la cession, de sorte que toutes les dettes contractées antérieurement aux dates de ces actes, tombent à la charge du nouveau et toutes celles contractées postérieurement restent à la charge de l'ancien possesseur.

Afin de preciser davantage l'application de cette disposition, on établit:

1) La date du 23. Avril 1815, pour les parties du Hausruckviertel, l'Innviertel et la partie de Salzbourg, dont la cession a été arrêtée à Vienne ce même jour [a]).

2) Pour le reste de Salzbourg, non compris dans la cession antérieure du 23. Avril 1815 [b]); on fixe le 24. Janvier 1816.

3) Enfin pour les autres cessions à la droite et à la gauche du Rhin, arrêtées tant à Vienne le 23. Avril [c]) qu'à Paris le 3. Novembre 1815 [d]), on se réglera sur ces deux dates.

Les pensions, soldes de retraite et appointemens provenant de l'administration des pays respectifs, demeureront à la charge du nouveau possesseur.

Art. XI.

Toute vente de domaines ou aliénation quelconque, qui pourraient avoir été faites dans les pays cédés de part et d'autre, par le présent traité, antérieurement aux époques établies dans l'article précédent, seront maintenues. En échange toutes celles faites

Art. 10.

Schulden.

In Ansehung der Schulden, welche auf den durch gegenwärtigen Tractat gegenseitig abgetretenen Ländern hypothezirt sind, soll sowohl die Zeit, in der sie contrahirt worden, als das Datum der Protocolle von Wien und Paris oder andern offizieller Acte, welche von einer oder von anderer Seite die Abtretung stipulirt haben, zur Richtschnur dienen, dergestalt, daß alle vor dem Datum solcher Urkunden contrahirten Schulden dem neuen und alle später contrahirten dem ehemaligen Besitzer zur Last fallen.

Um die Anwendung dieser Anordnung noch genauer zu bestimmen, wird festgesetzt:

1) Das Datum des 23. Aprils 1815 für die Theile des Hausruckviertels, das Innviertel und den Theil von Salzburg, deren Abtretung an dem nämlichen Tage in Wien beschlossen wurde. [a])

2) Für den Rest von Salzburg, der nicht in der Abtretung vom 23. April 1815 [b]) einbegriffen ist, wird der 24. Jäner 1816 festgesetzt.

3) Für die andern Abtretungen endlich auf dem rechten und linken Rheinufer, die zu Wien am 23. April [c]) und zu Paris am 3. November 1815 [d]) beschlossen worden, wird man sich nach diesen beiden Daten richten.

Die Pensionen, Ruhestandes-Gehalte und Besoldungen, die von der Administration der gegenseitig abgetretenen Lande herrühren, bleiben dem neuen Besitzer zur Last.

Art. 11.

Veräusserung von Domainen.

Alle Verkäufe und sonstigen Veräusserungen von Staats-Domainen, welche vor den im vorhergehenden Artikel festgesetzten Zeitpunkten in den gegenseitig abgetretenen Ländern vorgenommen worden seyn könnten, werden anerkannt. Dagegen werden alle diejenigen, welche

a) b) et c) Man vergl. hierüber den nachstehenden §. 45.

d) Man vergl. den nachstehenden §. 46.

postérieurement à ces epoques seront censées nulles et non avenues. Dans le cas cependant, où il serait impossible de revenir sur une aliénation sans léser les intérêts des particuliers acquéreurs à titre onéreux et légitime, les hautes parties contractates sobligent à se tenir compte réciproquement du produit de ces aliénations.

nachher statt gefunden haben, als null und nicht geschehen betrachtet. Könnte jedoch eine solche Veräusserung nicht zurückgenommen werden, ohne die Ansprüche der Privatpersonen, welche sie titulo oneroso gesetzlich erworben haben, zu verletzen, so verpflichen sich die hohen contrahirenden Theile, für diesen Fall über den Ertrag der Veräusserung sich miteinander zu berechnen.

Art. XII.

Archive. Les archives, cartes, plans et documens quelconques, appartenans aux pays respectivement cédés et échangés, ou concernant leur administration, seront fidèlement remis, en même tems que les territoires, ou, si cela ne pouvoit avoir lieu de suite, dans un terme, qui ne pourra être de plus de trois mois après la mise en possession.

Art. 12.

Sämmtliche Archive, Karten, Plane und Urkunden, welche den beiderseitig abgetretenen und ausgetauschten Ländern zugehören oder auf deren Verwaltung Bezug haben, sollen zugleich mit den Territorien oder wenn dies im Augenblicke nicht möglich wäre, spätestens drei Monate nach der Besitznahme getreulich überliefert und ausgehändigt werden.

Art. XIII.

Freizügigkeit. Les conventions existantes entre les deux états pour l'abolition du droit d'aubaine a), sont maintenues et étendues à toutes les possessions respectives.

Art. 13.

Die zwischen beiden Staaten über die Freizügigkeit a) bestehenden Verträge bleiben in Kraft und werden auf sämmtliche beiderseitige Besitzungen ausgedehnt.

Art. XIV.

Militärpersonen. Dans l'espace d'un an, à dater du jour de la ratification, les militaires natifs b) des pays cédés, ou d'autres qui en vertu du présent traité, passent sous l'une des deux dominations, seront remis à la disposition de leurs Souverains respectivs. Il est cependant convenu que les officiers ou soldats qui voudront rester au service de l'un ou de l'autre état, en auront la liberté sans qu'ils puissent être inquiétés en aucune manière.

Art. 14.

Binnen Jahresfrist, vom Tage der Ratification an gerechnet, sollen die Militärpersonen, b) welche aus den abgetretenen Ländern gebürtig sind oder aus andern, die kraft gegenwärtigen Vertrags unter die Herrschaft einer der beiden Mächte kommen, ihren respectiven Souverainen zur Disposition übergeben werden. Man ist jedoch übereingekommen, daß es den Officieren und Soldaten frei stehen solle, im Dienste des einen oder andern Staates zu bleiben, ohne daß sie darüber auf irgend eine Weise könnten beunruhiget werden.

---

a) Vergl. unten in der fünften Abtheilung die Erläuterungen zum ersten constitutionellen Edicte über Auswanderung.

b) Vergl. unten in der fünften Abtheilung die Erläuterungen zum ersten constitutionellen Edicte über den Eintritt in fremde Dienste.

Art. XV.

Les particuliers de toute classe, ainsi que les établissemens publics quelconques et fondations pieuses de toute espèce, jouiront librement, sans aucune exception ni difficulté de leurs propriétés foncières et mobiliaires, situées ou placées sous la domination de l'une et de l'autre des hautes parties contractantes.

Les familles ou les individus qui voudront émigrer, en auront la liberté, et ils auront le terme de six ans pour vendre leurs biens et en exporter la valeur, sans payer de droit ni subir de retenue quelconque.

Art. 15.

Freier Genuß des Privateigenthums.

Den Privatpersonen jeglicher Klasse, so wie allen und jeden öffentlichen Anstalten und milden Stiftungen soll der freie Genuß ihres liegenden und beweglichen Eigenthums, welches sich im Gebiete des einen oder andern der hohen contrahirenden Theile befindet, ohne Ausnahme oder Hinderniß gestattet bleiben.

Den Familien oder Individuen, welche auszuwandern wünschen, soll dieses frei stehen und ihnen ein Zeitraum von sechs Jahren bewilliget werden, um ihre Güter verkaufen und den Werth derselben mit sich führen zu können, ohne dafür eine Abgabe zu entrichten oder irgend einem Abzuge unterworfen zu seyn.

Art. XVI.

Le premier Mai de la présente année les hautes parties contractantes entreront simultanément en possession de toutes les places, forteresses, villes et territoires qui Leur sont dévolus par le présent traité.

Art. 16.

Termin der Besitznahmen.

Am 1. Mai des gegenwärtigen Jahres werden die hohen contrahirenden Theile alle Plätze, Festungen, Städte und Gebiete, die ihnen durch den gegenwärtigen Vertrag zufallen, in Besitz nehmen lassen.

Art. XVII.

Le gouvernement bavarois aura la faculté de faire retirer de Salzbourg, dans les trois mois à dater de la ratification du présent traité; les objets d'artillerie et de munition qu'il à fournis pour la dotation de cette place.

Art. 17.

Abfuhr der Artillerie-Munitions-Gegenstände aus Salzburg.

Es soll der Bayerischen Regierung verstattet seyn, alle Artillerie- und Munitions-Gegenstände, womit sie Salzburg versehen hatte, binnen drei Monaten vom Tage der Ratification des gegenwärtigen Vertrags an, aus diesem Platze heraus zu ziehen.

Art. XVIII.

Il est également réservé au gouvernement bavarois un terme de huit mois, à dater de la ratification du présent traité, pour vendre, après vérification faite par la commission désignée dans l'article XX. les magazins de sel, produits minéraux, fabrications de ses usines et autres magazins quelconques, ou pour les exporter francs de toute espèce de droits, péages et retenues.

Art. 18.

Magazine.

Eben so wird der Bayerischen Regierung ein Zeitraum von acht Monaten, vom Tage der Ratification des gegenwärtigen Vertrags an, zugestanden, um die Vorräthe von Salz, Bergwerks-Producten, Erzeugnissen ihrer Hüttenwerke und sonstige Vorräthe jeder Art, nach vorgegangener Verifizirung durch die im Art. XX. bezeichnete Commission zu verkaufen oder frei von allen Gebühren, Zöllen oder Abzugsgeldern auszuführen.

Art. XIX.

Gränzregulierung.

Les anciennes limites qui séparent le pays de Salzbourg de celui de Berchtolsgaden, qui reste à la couronne de Bavière, et du bailliage de Reichenhall, ayant plusieurs points litigieux, les deux hautes parties contractantes sont convenues d'envoyer sur les lieux, aussitôt que la saison le permettra, une commission mixte, pour les regler définitivement d'une manière qui coupe racine pour l'avenir à toute espèce de contestation.

Art. 19.

Da die alten Gränzen, die Salzburg von Berchtolsgaden, welches bei der Krone Bayern verbleibt und vom Landgerichte Reichenhall trennen, in mehreren Punkten streitig sind, so sind die beiden hohen contrahirenden Theile übereingekommen, sobald es die Jahreszeit erlauben wird, eine gemischte Commission dahin abzuschicken, um solche auf eine Weise, welche alle Streitigkeiten für immer abschneide, definitiv festzusetzen.

Art. XX.

Commission zu Liquidation der Foderungen.

Il sera en outre nommé immédiatement une commission spéciale, composée d'un nombre égal d'individus de part et d'autre, laquelle sera chargée de la liquidation et de tous les arrangemens relatifs aux prétentions qui découleraient de la remise respective.

Cette commission se réunira à Salzbourg et son travail sera terminé dans le terme de six mois.

Art. 20.

Ausserdem wird unverzüglich eine von beiden Seiten aus einer gleichen Zahl von Mitgliedern zusammengesetzte Special-Commission ernannt werden, welche den Auftrag erhält, alle Forderungen zu liquidiren und zu berichtigen, welche aus der gegenseitigen Uebergabe etwa entstehen dürfen.

Diese Commission wird sich in Salzburg versammeln und ihre Arbeiten in Zeit von sechs Monaten beendigen.

Art. XXI.

Saalforste.

Tout ce qui concerne les anciennes concessions et exploitations des forêts de la vallée de la Saal, affectées, depuis des siècles aux besoins des usines de Reichenhall, sera réglé par la commission nommée en suite de l'article XX du présent traité. Elle fixera cet arrangement sur la base des transactions entre le gouvernement bavarois et les Princes, Archévêques de Salzbourg, en prenant néanmoins égard aux besoins réciproques des deux états.

Art. 21.

Alles, was die ehemaligen Zugeständnisse wegen Benutzung der Saalforste betrifft, welche seit Jahrhunderten zum Bedarf der Reichenhaller-Salzwerke angewiesen waren, soll von der in Gemäsheit des Art. XX. des gegenwärtigen Vertrags ernannten Commission geordnet werden. Diese Commission wird die Verträge zwischen der Bayerischen Regierung und den Fürsten Erzbischöfen von Salzburg dabei als Grundlage annehmen, jedoch mit Rücksicht auf die gegenseitigen Bedürfnisse der beiden Staaten.

Art. XXII.

Holzvorräthe.

Le gouvernement bavarois aura la faculté de faire transporter et flotter toute la provision des bois qui ont été coupés l'année dernière dans la vallée de la haute Saal, pour l'approvisionnement de ses usines, sans être assujétti à payer des droits, ou à d'autres frais. La quantité et la qualité

Art. 22.

Die Bayerische Regierung soll befugt seyn, sämmtliche im verflossenen Jahre im ganzen Thale der Ober-Saal zum Bedarf ihrer Bergwerke gefällten Holzvorräthe, ohne Erlage von Zöllen oder andern Gebühren, fortschaffen und flössen zu lassen. Die Größe und Beschaffenheit dieser Holzvorräthe soll von der nach dem

de ces bois seront constatées par la commission à nommer en conformité de l'article XX.

Art. XX. zu ernennenden Commission erhoben werden.

Art. XXIII.

Sa Majesté le Roi de Bavière renonce pour Elle, Ses héritiers et successeurs, à tous droits et prétentions sur les états, terres, domaines et possessions appartenances vertu du présent traité à Sa Majesté l'Empereur d'Autriche.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche renonce pour Elle, Ses héritiers et successeurs à tous droits et prétentions sur les états, terres, domaines et possessions appartenans en vertu du présent traité à Sa Majesté le Roi de Bavière.

Art. 23.

Gegenseitiger Verzicht.

Se. Majestät der König von Bayern entsagen für Sich, Ihre Erben und Nachfolger, allen Rechten und Ansprüchen auf die Staaten, Länder, Domainen und Besitzungen, welche kraft gegenwärtigen Vertrags Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich zugehören.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich entsagen für Sich, Ihre Erben und Nachfolger, allen Rechten und Ansprüchen auf die Staaten, Länder, Domainen und Besitzungen, welche kraft gegenwärtigen Vertrags Sr. Majestät dem Könige von Bayern gehören.

Art. XXIV.

Les parties de territoire échangées et garanties par ce Traité passeront à leur nouveau possesseur avec tous les revenus et perceptions, à dater du jour de la prise de possession.

Art. 24.

Revenüen der erworbenen Lande.

Die vertragsmässig ausgetauschten und garantirten Gebietstheile sollen mit allen Einkünften und Gefällen vom Tage der Besitznahme, an ihre neuen Besitzer übergehen.

Art. XXV.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche garantit à Sa Majesté le Roi de Bavière la jouissance libre et paisible, ainsi que la souveraineté pleine et entière de tous les états, villes, forteresses et domaines dont Elle se trouve aujourd'hui en possession et qui Lui seront dévolus en vertu du présent traité.

Les deux hautes Parties contractantes inviteront les cours alliées de Pétersbourg, de Londres et de Berlin à l'effet d'en obtenir la même garantie, ainsi que leur accession à la transaction de ce jour.

Art. 25.

Garantie.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich garantiren Sr. Majestät dem Könige von Bayern den freien und friedlichen Genuß, so wie die volle und uneingeschränkte Souverainität aller Staaten, Städte, Festungen und Domainen, welche Derselbe dermal besitzt, oder die Ihm kraft gegenwärtigen Vertrags zufallen sollen.

Die beiden hohen contrahirenden Theile werden die verbündeten Höfe von Petersburg, London und Berlin einladen, die nämliche Garantie zu übernehmen und dem Vertrage vom heutigen Tage beizutreten.

Art. XXVI.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées à Munich dans le terme de quinze jours, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires

Art. 26.

Ratification.

Gegenwärtiger Tractat soll ratifizirt und die Ratificationen sollen zu München in Zeit von vierzehn Tagen oder wo möglich früher ausgewechselt werden.

Zu Urkunde dessen haben ihn die beiderseí-

respectivs l'ont signé et l'ont muni du cachet de leurs armes.

Fait à Munich le quatorze Avril l'an de grâce mil-huit-cent-seize.

tigen Bevollmächtigten unterzeichnet und demselben ihre Insiegel beigedruckt.

So geschehen zu München den 14. April im Jahre des Herrn 1816.

Reg. Bl. v. J. 1816. St. XXIV. S. 435.

Articles additionnels et secréts:

Art. I.

Cercle de Neckar.

S. M. Imp. pour Elle même et au nom de Ses hauts alliés garantit à S. M. le Roi de Bavière ainsi qu'à Ses héritiers et successeurs, la reversion de la partie du Palatinat du Rhin dite le cercle de Neckar appartenant aujourd'hui à la maison de Bâde en cas d'extinction de la ligne mâle directe et masculine de S. A. R. le Grand-Duc régnant.

Art. II.

Cercle de Mein et Tauber.

Par suite de la teneur de l'article 4. du traité patente le cercle badois de Mein et Tauber est destiné à servir d'indemnité à la couronne de Bavière pour la contiguité de territoire qui lui avoit été promise par les traités et que les circonstances ne permettent pas d'établir aujourd'hui.

Art. III.

Appui de l'Autriche.

A l'effet de parvenir plus promptement et pour donner à S. M. le Roi de Bavière des preuves non équivoques du désir dont S. M. I. est animée de Lui procurer la dite indemnité, Elle s'engage, non seulement à y employer tous ses moyens, mais Elle promet à S. M. le Roi de Bavière de soutenir cet engagement près des trois cours Ses alliées et conjointement avec Elle à Francfort.

Art. IV.

Paiement de 100,000 fl. annuels.

Afin que les intérêts de Bavière ne puissent être lésés par un retard qu'éprouverait la cession dudit cercle de Mein et Tauber S. M. l'Empereur d'Autriche prend sur Elle de lui en payer annuellement le revenu qui est évalué de gré à gré à 100,000 flor. valeur d'émpire. Cette somme sera déduite du paiement des $\frac{200}{m}$ quintaux de sel jusqu'à ce qu'un resultat efficace des négociations de Francfort ait mis S. M. Bavaroise en possession de ce territoire.

Art. V.

Route militaire à obtenir en Hesse.

La route militaire à travers les états de S. A. R. le Grand-Duc de Bâde, dont l'établissement est stipulé par l'art. 5. du traité de ce jour ne pouvant remplir l'objet des communications entre les états bavarois sur le Mein et ceux de la rive gauche sans causer une surcharge sur les parties du territoire soumises à ce passage, S. M. Imp. s'engage à employer ses bons offices et à reclamer ceux des cours alliées près S. A. R. le Gr. Duc de Hesse, pour l'établissement d'une seconde route militaire à travers ses états.

Art. VI.

Secret.

Ces articles additionnels et secréts auront la même force et valeur que s'ils etaient insérés etc. etc.

Munich le 14. Avril 1816.

Martens recueil des principaux traités. Sup. T. VII. pag. 19.

B. Ergänzende Actenstücke zu den vorstehenden beiden Verträgen.

1. Vertrag zwischen Bayern und Oesterreich vom 8. October 1813.

§. 44.

M. J. K.

Savoir faisons à qu'il appartiendra: qu'ayant été conclu le 8. de ce mois entre Nous et Sa Majesté l'Empereur d'Autriche Roi de Hongrie et de Bohème une convention préliminaire, dont la teneur suit:

Au nom de la très sainte et indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Bavière et Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème animés d'un égal désir de rétablir des rapports que des circonstances malhereuses avoient rompus, et assurés que Leur union la plus intime devra éssentielement contribuer au bien-être de Leurs états; et Sa Majesté le Roi de Bavière ayant acquis la conviction, que les efforts faits par les puissances alliées, pour faire cesser les malheurs de la guerre, ont été infructueux s'étant décidé en conséquence à s'unir d'intentions avec les puissances engagées dans la présente guerre contre la France et à concourir avec elles par tous les moyens en Son pouvoir au but du rétablissement d'un équilibre entre les puissances, propre à assurer à l'Europe un état de paix véritable, ont nommé pour arrêter les préliminaires d'une alliance, savoir:

Sa Majesté le Roi de Bavière: son Excellence Charles Philippe comte de Wrede, général de cavalerie, membre de la section de la guerre du conseil d'état, grand-cordon des ordres militaire et civil de la couronne de Bavière, grand-officier de la légion d'honneur de France.

Urkunden und fügen hiemit zu wissen: Nachdem den 8. d. M. zwischen Uns und Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen eine Präliminar-Convention folgenden Inhaltes abgeschlossen worden ist: §. 44. Rieder Vertrag v. 8. Oct. 1813.

Im Namen der heiligen und untheilbaren Dreifaltigkeit.

Da Se. Majestät der König von Bayern und Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, gleich beseelt von dem Wunsche zur Wiederherstellung der Verhältnisse, welche durch unglückliche Ereignisse waren unterbrochen worden, die Ueberzeugung hegen, daß die engste Verbindung unter Ihnen das Wohl Ihrer Staaten wesentlich befördern wird und Se. K. Majestät von Bayern nach erhaltener Gewißheit, daß die Bemühungen der alliirten Mächte, den Uebeln des Krieges ein Ziel zu setzen, ohne Erfolg geblieben sind, Sich entschlossen haben, zu gleichem Zwecke Sich mit den in dem gegenwärtigen Kriege gegen Frankreich begriffenen Mächten zu verbinden und in Vereinigung mit Denselben alle in Ihrer Macht stehenden Mittel aufzubieten, um die Herstellung eines Gleichgewichtes unter den Mächten zu bewirken, welches geeignet sey, Europa einen dauerhaften Frieden zu versichern — so haben Allerhöchstdieselben zur Festsetzung der Präliminar-Artikel einer Allianz, folgende Bemächtigte ernannt, nämlich:

Se. K. Majestät von Bayern: Se. Exzellenz den Grafen Karl Philipp von Wrede, Allerhöchst Ihren General der Cavallerie, wirklichen geheimen Rath in Kriegssachen, Großkreuz des Bayerischen Militär- und des Civil-Verdienstordens, Großoffizier der französischen Ehrenlegion.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême: S. A. le prince Henri XV. de Reuss-Plauen, grand-croix de l'ordre impérial de St. Leopold, chevalier de l'ordre militaire de Marie Therèse et de celui de St. Hubert de Bavière, général de cavalerie de Ses Armées, propriétaire d'un régiment d'infanterie à Son service;

Lesquels après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs sont convenus des articles suivans:

Art. I.

A partir du jour de la signature du présent acte, il-y-aura paix et amitié entre Leurs Majestés le Roi de Bavière et l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, Leurs héritiers et successeurs, Leurs états et sujets à toute perpetuité, et les rapports de commerce et autres entre les deux états seront rétablis tels qu'ils étaient avant la guerre.

Art. II.

L'alliance entre les deux hautes parties contractantes aura pour but la coopération la plus active des deux puissances pour le rétablissement d'un ordre des choses en Europe, qui assure à toutes l'indépendance et leur tranquillité future. La Bavière en conséquence se dégage des liens de la confédération du Rhin, et elle joindra immédiatement ses armées à celles des Puissances alliées.

Art. III.

Par suite de l'article précédent les hautes parties contractantes sont convenues de s'aider avec tous les moyens que la Providence a mis à leur disposition et à ne poser les armes que d'un commun accord.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen: Se. Durchlaucht den Prinzen Heinrich XV. von Reuß-Plauen, Großkreuz des kais. Leopold-Ordens, Ritter des militärischen Marie-Theresie-Ordens und des Bayer. Hubertus-Ordens, General der Cavallerie Allerhöchst Ihrer Armeen, Inhaber eines Infanterie-Regimentes;

welche nach Auswechslung ihrer Vollmachten über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1.

Von dem Tage der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages an gerechnet, wird Friede und Freundschaft zwischen Ihren Majestäten dem Könige von Bayern und dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, Ihren Erben und Nachfolgern, Ihren Staaten und Unterthanen für alle künftigen Zeiten bestehen und die Handels- und andern Verhältnisse zwischen den beiderseitigen Staaten sollen auf den Fuß hergestellt werden, wie sie vor dem Kriege bestanden haben.

Art. 2.

Die Allianz zwischen den beiden hohen contrahirenden Theilen wird die thätigste Mitwirkung der beiden Mächte zu der Herstellung einer Ordnung der Dinge in Europa zum Zwecke haben, welche allen die Unabhängigkeit und ihre künftige Ruhe sichert. Bayern entsagt demnach der Verbindung mit der rheinischen Conföderation und wird unverzüglich seine Armeen mit jenen der alliirten Mächte vereinigen.

Art. 3.

In Folge des vorigen Artikels sind die hohen contrahirenden Theile übereingekommen, sich mit allen Hilfsmitteln zu unterstützen, welche die Vorsehung in ihre Hände gelegt hat und die Waffen nicht anders niederzulegen, als mit wechselseitigem Einverständnisse.

Art. IV.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche garantit tant en Son nom qu'au nom de Ses Alliés à Sa Majesté le Roi de Bavière la jouissance libre et paisible ainsi que la Souveraineté pleine et entière de tous les états, villes, domaines et forteresses, dont Elle se trouvait en possession avant le commencement des hostilités.

Art. 4.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich garantirt sowohl in Seinem Namen als im Namen Seiner Alliirten Sr. Majestät dem Könige von Bayern den freien und ruhigen Besitz, so wie die volle Souverainität über alle Staaten, Städte, Domainen und Festungen, in deren Besitz Se. Majestät sich vor dem Anfange der Feindseligkeiten befunden hat.

Art. V.

L'armée bavaroise fera partie de la grande armée autrichienne et alliée. Elle sera sous le commandement du général-en-chef de cette armée et sous les ordres immédiats d'un général bavarois. Elle ne pourra être séparée, ni disséminée, mais restera constamment unie en corps, agissant sous ses propres officiers et soumise pour la discipline et l'économie à ses réglemens particuliers. Si la défense de sa propre partie rendait son secours nécessaire, elle pourra y rentrer sans difficulté.

Art. 5.

Die Bayerische Armee soll einen Theil der grossen österreichischen und alliirten Armee ausmachen. Sie wird unter dem Befehle des Ober-Generals dieser Armee und unter dem unmittelbaren Commando eines Bayer. Generals stehen. Sie soll weder getrennt noch vereinzelt werden dürfen, sondern beständig in einem Corps vereiniget bleiben, unter ihren eigenen Officieren stehen und in Ansehung der Disciplin und Oekonomie ihren eigenen Vorschriften unterworfen bleiben. Wenn die Vertheidigung des eigenen Vaterlandes ihre Hilfe erfordern sollte, so wird sie ohne Hinderniß dahin zurückkehren können.

Art. VI.

L'armée bavaroise et l'armée autrichienne commenceront à coopérer à dater de la ratification du présent traité.

Art. 6.

Die Bayerische und österreichische Armee werden von dem Tage der Ratification des gegenwärtigen Tractates anfangen gemeinschaftlich zu wirken.

Art. VII.

Les trophées, butin et prisoniers faits sur l'ennemi appartiendront aux troupes qui les auront pris.

Art. 7.

Die dem Feinde abgenommenen Siegeszeichen, Beute und Gefangene sollen denjenigen Truppen angehören, welche sie erobert haben.

Art. VIII.

Les hautes puissances contractantes procéderont immédiatement à la négotiation d'un traité formel d'alliance.

Art 8.

Die hohen contrahirenden Theile werden unmittelbar zur Abschliessung eines förmlichen Allianz-Tractates in Unterhandlung treten.

Art. IX.

Elles se reservent également la faculté de conclure une convention de cartel à la suite du présent traité.

Art. 9.

Allerhöchstdieselben behalten Sich gleichfalls vor, in Folge des gegenwärtigen Tractates eine Militär-Cartel-Convention abzuschliessen.

Art. X.

Les deux hautes parties contractantes s'engagent formellement à n'entrer dans aucun arrangement ou négociation pour la paix, que d'un commun accord, et elles se promettent de la manière la plus solemnelle de n'écouter aucune insinuation ou proposition qui leur serait adressée directement ou indirectement par le cabinet français sans se la communiquer reciproquement.

Art. 10.

Die beiden hohen contrahirenden Theile machen sich wechselseitig verbindlich, sich in keine Uebereinkunft oder Unterhandlung über den Frieden einzulassen, ausgenommen mit beiderseitigem Einverständnisse und Sie versprechen sich auf das feierlichste, keiner Eröffnung und keinem Vorschlage Gehör zu geben, welche ihnen mittelbar oder unmittelbar von dem französischen Cabinete gemacht werden sollte, ohne sich denselben wechselseitig mitzutheilen.

Art. XI.

Le présent traité sera ratifié par Sa Majesté le Roi de Bavière et par Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique et les ratifications en seront échangées dans l'espace de huit jours à compter du jour de la signature, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi nous soussignés en vertu de nos pleins-pouvoir avons signé le présent traité et y avons apposé le cachet de nos armes.

Fait à Ried le huit du mois Octobre l'an mil huit cent treize.

Art. 11.

Der gegenwärtige Tractat wird von Sr. Majestät dem Könige von Bayern und Sr. k. k. apostolischen Majestät ratificirt und die Ratificationen innerhalb acht Tagen von dem Tage der Unterzeichnung an gerechnet, oder wenn es möglich ist, noch früher ausgewechselt werden.

Zu Urkunde dessen haben Wir Endes Unterschriebene in Kraft Unserer Vollmacht den gegenwärtigen Tractat unterzeichnet und denselben Unsere Siegel beigedruckt.

Geschehen zu Ried den 8. October 1813.

Nous animé du désir d'affermir et de resserrer de plus en plus les liens de l'union et de la bonne intelligence qui se trouvent par-là si heureusement établies entre les deux couronnes, avons pour agréable, ratifions, confirmons en vertu des présentes la dite convention avec toutes les stipulations actes et articles qu'elle contient, promettons de l'observer Nous-même et de la faire observer dans tous les points, sans y donner Nous-même ni souffrir qu'il y soit porté la moindre atteinte.

En foi de quoi Nous avons signé la présente et y avons fait apposer Notre sceau royal.

Donné à Munich le 12. Octobre de l'an 1813 et de Notre Regne le 8.

So genehmigen Wir, beseelt von dem Wunsche, die Bande der Einigkeit und des guten Vernehmens zu befestigen und enger zu knüpfen, welche dadurch so glücklich unter den beiden Kronen hergestellt worden sind, ratificiren und bestätigen hiemit die erwähnte Convention in allen ihren Bestimmungen, Anordnungen und Artikeln, versprechen, sie Selbst zu beobachten und in allen Punkten beobachten zu lassen, ohne sie Selbst zu verletzen oder die mindeste Verletzung derselben zu gestatten.

Zu Urkunde dessen haben Wir gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und derselben Unser k. Insiegel beidrucken lassen.

Gegeben zu München den 12. October des Jahres 1813 und Unserer Regierung des achten.

Reg. Bl. v. J. 1813: St. LXI. S. 1393.

Die geheimen Artikel dieses Vertrags lauten wie folgt:

Articles séparés et secrets.

Le but des puissances en guerre contre la France ne pouvant être atteint et les heureux résultats de leurs efforts ne pouvant être assurés que par une juste repartition des forces respectives des puissances, et par l'établissement de leurs limites sur des bases naturelles et réciproquement convenables, L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche et le Roi de Bavière voulant écarter d'avance toutes les difficultés qui dans l'application de ce principe à l'époque de la paix pourraient se présenter entre Elles sont convenues des arrangemens suivants, savoir:

Art. I.

Les deux H. P. contractantes regardent comme un des objets principaux de leurs efforts dans la guerre actuelle, la dissolution de la confédération du Rhin et l'indépendance entière et absolue de la Bavière, de sorte que dégagée et placée hors de toute influence étrangère, elle jouisse de la plénitude de sa souveraineté.

Art. II.

S. M. le Roi de Bavière Se prêtera à toutes les cessions qui seraient jugées nécessaires, pour assurer aux deux états une ligne militaire convenable. [a])

Art. III.

S. M. l'Empereur d'Autriche s'engage à Son tour pour Elle même et de concert avec Ses Alliés, à employer Son intervention la plus efficace, et s'il en est besoin, toutes Ses forces, à l'effet de procurer à S. M. le Roi de Bavière l'indemnité la plus complète et calculée sur les proportions géographiques, statistiques et financières des provinces cédées. La dite indemnité devra être à la convenance du royaume de Bavière et de manière à former avec lui un contigu complet et non interrompu.

Art. IV.

La situation géographique des deux états exigeant une nouvelle démarcation entre eux, S. M. I. R. et Apostolique promet, de concert et sous la garantie des Puissances Alliées à S. M. Bavaroise une indemnité pleine et entière pour les cessions, qu'en vertu de ce principe la Bavière serait dans le cas de faire à l'Autriche.

Tout changement dans l'état de possession actuel de la Bavière est toutefois expressement réservé à l'époque de la pacification future, et ne pourra avoir lieu que par un arrangement de gré à gré entre les deux Puissances.

Art. V.

Quoique S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi de Bavière ayent consacré au soutien de la cause qu'Elles défendent la totalité de Leurs forces. Ils prendront encore l'engagement formel de maintenir Leurs armées au plus grand complet pendant toute la durée de la guerre actuelle; cependant pour préciser davantage Leurs engagemens à cet égard Elles promettent de tenir chacun constamment en campagne, savoir S. M. l'Emp. d'Autriche pour le moins 150,000 hommes et S. M. le Roi de Bavière pour le moins 36,000 hommes les garnisons des places de l'interieur non comprises, et d'augmenter le nombre en autant que Leurs moyens le permettront.

---

a) Man vergl. zu diesen Articeln 2, 3 und 4. den vorstehenden §. 42. Art. I.

Art. VI.

Les H. P. contractantes se réservent de convenir le plus tôt que faire se pourra des arrangemens militaires détaillés que pourrait exiger la coopération de l'armée bavaroise avec l'armée autrichienne.

Art. VII.

Les opérations militaires exigeant que le Tyrol soit ouvert aux troupes autrichiennes, S. M. le Roi de Bavière n'y mettra aucun obstacle, et promet d'y traiter les dites troupes comme les Siennes propres et de leur prêter tout secours nécéssaire pour atteindre le but devenu désormais commun entre les H. P. contractantes. Si par la suite des circonstances inattendue l'armée passait de l'offensive à la défensive, S. M. le Roi de Bavière dans le cas que Ses troupes ne fussent pas en état de defendre le Tyrol bavarois, ne mettra aucun obstacle à ce que celles de S. M. l'Empereur d'Autriche se portent partout où les intérêts de la Bavière l'éxigent, en observant les stipulations particulières dont on est convenu à cet égard.

Art. VIII.

En conséquence de l'union intime de principes et d'intentions qui régne entre les puissances alliées, S. M. l'Emp. d'Autriche prend sur Elle, de promettre en Leur nom, que du moment que le présent traité aura reçu sa sanction, les hostilités cesseront entre les troupes alliées et celles de S. M. le Roi de Bavière, S. M. I. et R. Apostolique est également prête, à interposer Ses bons offices auprès de LL. MM. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse, pour faciliter la restitution réciproque des prisonniers faits sur l'armée bavaroise par les puissances alliées.

Art. IX.

Dans les cas que S. M. le Roi de Bavière désirât l'entremise des bons offices de l'Autriche, pour faciliter un arrangement avec l'Angleterre, l'Autriche est prête à les faire valoir auprès de cette puissance.

Art. X.

S. M. l'Emp. d'Autriche prend également l'engagement de faire accéder LL. MM. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse par un acte formel d'adhésion et de garantie aux articles tant patents que secrets du présent traité.

Art. XI.

Les articles secrets ci-dessus auront la même force et valeur que s'ils étoient insérés dans le traité patent.

En foi de quoi nous soussignés en vertu de nos plein-pouvoirs les avons signés et munis du cachet de nos armes.

Fait à Ried le 8. Octobre 1813.

Martens recueil des principaux traités T. Supp. V. pag. 612.

2. Vertrag vom 23. April 1815. a)

§. 45.

Art. I. (48.)

S. M. le Roi de Bavière retrocède à S. M. Impériale et Royale, Apostolique les pays suivans: Retrocessions.

1) La partie du Tyrol telle qu'elle a été réunie au Royaume de Bavière.

2) Le Vorarlberg à l'éxception du bailliage (Landgericht) de Weyler d'après la délimination bavaroise de l'an 1806.

3) L'Innviertel et la partie du Hausruckviertel dans la même étendue que ces pays ont été cédés par l'Autriche à la suite du traité de Vienne de 1809, à l'éxception des districts compris dans la ligne de démarcation suivante. Cette ligne qui fera la frontière entre l'Innviertel et le pays de Salzbourg sera tirée en partant de la rive droite de la Salzach par Rothenbach, Neukirchen, Uttendorf, Furth, Schalchin, Mattigkofen, Unter-Weinberg, Munderfing, Aachen, Lochen, Friedberg, Rauer, Vosthal, jusqu'à la frontière du pays de Salzbourg, lesquels endroits avec leurs banlieues resteront à la Bavière.

4) La partie méridionale du ci-devant archévêché de Salzbourg comprenant la route qui conduit de la Styrie par Radstadt, le Pinzgau et le Zillerthal en Tyrol. De ce côté la frontière entre les deux états sera tracée par une ligne qui partira du Groszornerik en haute Autriche, passera par la crête du Wurmek, Berg au nord du Rossbrand jusqu'à Thal Koppen, de là par Oed, Steinleiter et Grand à la crête de Hoellberg dit Rosskoppen, suivra plus loin la crête des montagnes par Blumeck, le Hocheck jusqu'au Tenner Eckhof, puis par Hochstein le long du ruiseau qui tourne Schmeerholz à Kohlmais et de là sur la crête des montagnes au nord de Zolfen et Hochrait au Hochglockner, d'où la ligne de frontière se dirigera par le Hocheck près de Stezelberg à l'Ochsenkopf et de la à Zirmkogel par une ligne qui passera par le Boenigkogel et traversera le lac de Zell pour rejoindre par le Kailberg la crête du Zirmkogel. De ce point elle continuera par le Hoeckkogel, Pitrepenkogel et Maurerkogel d'où elle suivra la frontière du Tyrol.

Les villages situés sur la ligne ci-dessus passeront avec leurs banlieues à l'Autriche.

Les hautes parties contractantes nommeront dans le délai de quatre semaines à dater du jour où l'arrangement actuel cessera d'être éventuel des commissaires pour régler definitivement tout ce qui a rapport à la délimitation entre Leurs pays respectifs.

Art. II. (49.)

S. M. le Roi de Bavière possédera en toute souveraineté et propriété. Compensation.

1) Le Grand-Duché de Wurzbourg tel qu'il à été possédé par S. A. I. le Grand-Duc Ferdinand d'Autriche.

---

a) Dieser Vertrag wurde nicht ratifizirt, gleichwohl ist er bemerkenswerth wegen der ausdrücklichen Bezugnahme des Münchner Vertrags (oben §. 43.) auf denselben.

Die in Parenthese angeführten Nummern sind diejenigen, mit welchen derselbe in die Wiener Congreßacte aufgenommen werden sollte.

2) La principauté d'Aschaffenbourg dans la même étendue qu'elle a fait partie du Grand-Duché de Francfort, sous la dénomination de département d'Aschaffenbourg.

3) Le bailliage de Redwitz enclavé dans la principauté de Baireuth.

4) Les cessions suivantes de S. A. E. de Hesse, savoir la ville de Hanau avec les bailliages de Bucherthal, Bieber, Lohrhaupten, Gelnhausen, Altenhaslau, Schlachtern, Altengronau, Steinau, Schwarzenfels et Brandenstein avec leurs enclaves tels qu'ils ont fait partie du Departement de Hanau.

5) Les bailliages fuldois de Hammelbourg avec Thulba et Saleck, Bruckenau avec Motten, Saalmünster avec Urzel et Sonnerz et du bailliage de Bieberstein: les villages de Batten, Brand, Dutges, Findlos, Liebarth, Melperz, Obernhardt, Saifferz et Theider ainsi que le domaine de Holzkirchen enclavé dans le Grand-Duché de Wurzbourg.

6) Les cessions suivantes de S. M. le Roi de Wurtemberg, savoir:

a) La partie du bailliage de Noerdlingen cedée par la Bavière en 1810.

b) La partie du cercle de Rezat cedée par la Bavière en 1810, savoir: les bailliages de Dinkelsbuhl, Feuchtwangen, Crailsheim, Uffenheim, Gerabrunn et Rothenbourg ainsi que le bailliage de Hohenlohe-Kirchberg.

c) La partie du cercle du haute Danube cedée par la Bavière en 1810, savoir: les bailliages des maisons d'Oettingen, Hohenaltingen, Mayingen, Neresheim, Wallerstein, Baldern et Moenchroth ainsi que les parcelles des possessions d'Oettingeu au de-là de la Woernitz.

d) Les possessions de la maison de la Tour et Tassis dans les bailliages de Neresheim et Tischingen.

e) La commanderie de Kapfenbourg avec Lauchheim.

f) De la grandecommanderie de Mergentheim: la ville de Mergentheim avec un arrondissement convenable à la Bavière de 15,000 âmes.

g) La ville de Giengen avec les endroits Brenz, Hermeringen, Saxenhausen et Hohen-Memmingen.

h) Les bailliages de Mockmahl et Gundelsheim.

i) Wangen, Leutkirch et Isnes avec les villages et dépendances situés à l'est d'une ligne de démarcation qui partira du confluent de l'Aitrach avec l'Iller, suivra le cours de l'Aitrach jusqu'à Aitrach qui appartiendra à la Bavière et passera en suite près des villages de Heberlingen, Saibranz, Reichenhofen, Diepholzhofen, Kieseleck, Bernweiler, Leipholz et Kurbach qui appartiendront tous avec leurs banlieues à la Bavière puis suivra la basse Argen jusqu'à sa jonction avec la haute Argen et longera ensuite le cours de l'Argen jusqu'à son embouchure dans le lac de Constance.

7) Les cessions suivantes du Grand-Duc de Hesse-Darmstadt, savoir: les bailliages d'Alzenau, Steinheim, Seeligenstadt, Babenhausen, Schaaflheim, Dieburg, Umstadt, Habizheim, Otzberg, Breuberg, Frankirch, Grenbach, Koenig, Laudenbach, Heubach, Miltenberg, Umpfenbach, Amorbach, Erbach, Michelstadt, Furstenau, Reichenberg, Furth, Schoenberg, Abensberg et Greifswald, Birkenau, Lindenfels et Waldmichelbach, Freienstein et Rothenberg, Hirschhorn, Neckarsteinach et Wimpfen.

8) Les cessions suivantes du Grand-Duc de Bade, savoir:

a) Le cercle de Mein et Tauber.

b) Du cercle du Neckar; le bailliage d'Eberbach, la ville et premier bailliage de Mossbach, second bailliage de Mossbach, du bailliage de Neckargemund: les villages Spechbach, Schwanheim, Schoenbronn, Neuenkirchen, Neckar, Schwarzach, Munchzell, Mosbronn, Meichelbach, Muckenloch, Lobenfeld, Langenzell, Dilsberg et Ursenbach — du bailliage de Waibstadt: les villages de Bargen, Epfenbach, Flinsbach, Helmstadt, Reichernhausen, Wollenberg, Siegelsbach, Obergimbern, Untergimbern du bailliage de Heidelberg, le village de Heddisbach.

9) La principauté d'Isembourg.

Art. III. (50.)

S. M. l'Empereur d'Autriche, ainsi que S. M. le Roi de Bavière posséderont les parties cédées ou acquises par le présent arrangement en toute propriété et souveraineté. Etat de possession.

Art. IV. (51.)

Les stipulations du traité de Teschen relatives à la libre navigation sur l'Inn et à tout autre usage de ce fleuve sont expressement maintenues. Quant à la navigation sur les autres fleuves qui traversent les deux états respectifs, elle sera réglée d'après les principes généraux adoptés par le comité de navigation et il sera nommé à cet effet une commission dans le terme de six mois après la fin du congrès. Navigation dans l'Innviertel.

Art. V. (52.)

Les dettes spécialement hypothéquées dans leur origine sur les pays cédés et échangés resteront à la charge de ces mêmes pays. Dettes.

Les pensions, soldes de retraite et appointemens affectés à l'administration des dits pays demeureront à la charge du nouveau possesseur.

Art. VI. (53.)

S. M. le Roi de Bavière s'engage à donner toutes facilités au commerce qui se fait entre le Tyrol et le Vorarlberg sur les routes qui traversent les états bavarois. Les details d'application et d'exécution de cet article seront réglés par une commission et une convention particulière. Commerce du Tyrol.

Art. VII. (7.) (54.)

Toute vente de domaines qui aurait été faite à dater du jour de la signature du présent arrangement dans les parties cédées ou acquises sera annullée et considérée comme non avenue. Vente de domaines.

Art. VIII. (55.)

Les archives, cartes, plans et documens quelconques appartenans aux pays cédés et échangés, ou concernans leur administration seront fidèlement remis en même tems que les pays, ou si cela était impossible dans un delai qui ne pourra être de plus de trois mois après la remise des pays eux mêmes. Archives.

Art. IX. (56.)

Droits d'aubaine.

Les droits d'aubaine de détraction et autres de la même nature sont réciproquement abolis dans les pays respectivs.

Art. X. (57.)

Militaires.

Dans l'espace d'un an à dater du jour de la signature du présent acte, les militaires natifs des pays échangés ou cédés devront être remis à la disposition de leur souverain respectif. Il est cependant convenu que les officiers ou soldats qui de gré voudront rester au service de l'une ou de l'autre puissance, en auront la liberté sans qu'ils puissent en être inquiétés d'aucune manière.

Art. XI. (58.)

Revenu.

Les particuliers ainsi que les établissemens publics et fondations continueront à jouir librement de leurs propriétés qu'elles soient situées sous l'une ou l'autre souveraineté. Les familles qui voudront émigrer auront l'espace de six ans pour vendre leurs biens et en exporter la valeur sans retenue quelconque.

Art. XII. (59.)

Les domaines de la principauté de Fulde et du comté de Hanau ayant été vendus sans que les acquerans se soient acquittés jusqu'ici de tous les termes du paiement, il sera nommé par les princes sous la domination desquels passent les susdits pays, une commission pour régler d'une manière uniforme ce qui est relatif à cette affaire et pour faire droit aux reclamations des acquereurs des dits domaines.

Cette commission aura particulièrement égard au traité conclu le 2. Décembre 1813 à Francfort entre les puissances alliées et S. A. S. Electorale l'Electeur de Hesse et il est posé en principe que si la vente de ces domaines n'était pas maintenue, les sommes déjà payées seront réstituées aux acquereurs qui ne seront pas obligés de sortir de possession que lorsque cette restitution aura eu son plein et entier effet.

Art. XIII. (60.)

Garantie.

S. M. l'Empereur d'Autriche, S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Roi de Prusse garantissent à S. M. le Roi de Bavière la possession de Ses états.

Art. XIV. (61).

S. M. le Roi de Bavière entrera en possession des bailliages, districts et dépendances qui lui appartiendront en vertu du présent arrangement six semaines après qu'il aura cessé d'être éventuel.

S. M. le Roi de Bavière S'engage de Son côté à faire entrer S. M. I. et R. A. à la même époque en possesssion des districts qui lui appartiendront en exécution du présent arrangement.

Art. XV. (62.)

A l'égard des droits et prérogatives et de la sustentation du Prince-Primat comme ancien prince ecclésiastique il est arrêté:

1) qu'il sera traité d'une manière analogue aux articles du recès qui en 1803 ont réglé le sort des princes sécularisés.

2) Il recevra à cet effet à dater du . . . la somme de 100,000 florins payables par trimestre en bonnes espèces sur le pied de 24 florins au marc comme rente viagère.

Cette rente sera acquittée par les souverains sous la domination desquels passent des provinces ou districts du grand-duché de Francfort dans la proportion de la partie que chacun d'eux en possédera.

3) Les avances faites par le Prince-Primat de ses propres deniers à la caisse générale de la principauté de Fulde, telles qu'elles seront liquidées et prouvées, lui seront restituées à lui ou ses heritiers ou ayant cause.

Cette charge sera supportée proportionnellement par les souverains qui posséderont les provinces et districts qui forment la principauté de Fulde.

4) Les meubles et autres objets qui pourront être prouvés appartenir à la propriété particulière du Prince-Primat lui seront rendus.

5) Les serviteurs du grand-duché de Francfort tant civils, ecclésiastiques que militaires et diplomatiques seront traités conformément aux principes de l'article 59. du recès de l'Empire du 25. Fevrier 1803, et ces pensions seront payées proportionnellement par les souverains qui entrent dans les possessions des états qui ont formé le grand-duché.

6) Il sera établi une commission dont les dits souverains nomment les membres pour régler tout ce qui est relatif à l'exécution des dispositions renfermées dans le présent article.

Art. XVI. (63.)

Article séparé et secret.

S. M. l'Empereur d'Autriche, S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Roi de Prusse garantissent à S. M. le Roi de Bavière et Ses descendans mâles et directs la reversibilité des parties de l'ancien Palatinat qui sont et tomberont encore sous la domination du Grand-Duc de Bade à défaut d'héritier mâle de la dynastie régnante aujourd'hui dans le grand-duché de Bade.

Art. XVII. (64.)

Article séparé et secret.

1) Les droits du Prince Eugène à établir un établissement convenable hors de France conformément à la convention du 11. Avril lui sont confirmés. Les hautes puissances alliées s'engagent à lui donner un établissement aussitôt que les circonstances n'y mettront plus d'obstacle.

2) Le Prince Eugène recouvrera et conservera la libre et entière jouissance de ses dotations et de ses biens particuliers tant meubles qu'immeubles dans tous les pays qui ont fait partie du royaume d'Italie, quels que soient les souverains auxquels ces pays appartiennent ou par les troupes desquels ils sont occupés.

3) Le chateau de Baireuth et ses dépendances sera assignée par S. M. le Roi de Bavière au Prince Eugène pour y faire sa résidence avec sa famille.

Art. XVIII. (65.)

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Bavière renoncent pour Eux et tous Leurs descendans et successeurs réciproquement à tous les droits et prétentions que S.

M. Prussienne avait sur les principautés d'Ansbach et de Baireuth et S. M. le Roi de Bavière sur les duchés de Berg.

Art. XIX. (66.)

S. M. le Roi de Prusse entrera dans le terme de quinze jours à dater d'aujourd-hui dans la possession definitive de tous les districts situés sur la rive droite de la Moselle qui ont passé sous Sa domination en suite des arrangemens renfermés dans l'article. . .

Martens recueil des principaux traités. T. Sup. VI. Nr. 42. pag. 451.

3. Pariser Territorial-Recess vom 3. gezeichnet den 20. November 1815.

§. 46.

Les ministres des cours imperiales et royales d'Autriche, de Russie, de Grande-Brétagne et de Prusse, ayant pris en considération les mesures rendues nécessaires par les arrangemens avec la France, qui vont terminer la guerre actuelle, ainsi que celles qu'il reste à prendre pour completter le système politique établi par le congrès de Vienne, sont convenus de consigner dans le présent protocole:

1) Les dispositions rélatives aux cessions territoriales à faire par la France et aux contributions destinées à renforcer la ligne de défense des états limitrophes.

2) Les dispositions rélatives à certains revivremens de territoire en Allemagne.

3) Enfin celles qui on rapport au système défensif de la confédération germanique.

A. Dispositions relatives aux cessions à faire par la France.

Art. I.

Royaume des Pays-Bas.

S. M. le Roi des Pays-Bas devant participer dans une juste proportion aux avantages qui résultent de l'arrangement présent avec la France et vu l'état de Ses frontières du côté de ce pays, il est convenu, que les districts ayant fait partie des provinces belges, de l'évêché de Liège et du duché de Bouillon, ainsi que les places de Philippeville et Marienbourg avec leurs territoires, que la France doit céder aux Alliés, seront remis à S. M. le Roi des Pays-Bas pour être réunis à Ses états.

S. M. le Roi des Pays-Bas recevra en outre, sur la partie de la contribution française destinée à renforcer la ligne de défense des états limitrophes, la somme de soixante millions de francs, qui doit être employée à la fortification des frontières des Pays-Bas, conformément aux plans et réglemens que les puissances arréteront à cet égard.

Il est de plus convenu, qu'en considération des avantages que S. M. le Roi des Pays-Bas retirera de ces dispositions, tant pour l'accroissement que pour les moyens de défense de Son territoire, la quote-part de l'indemnité pécuniaire à laquelle Sa dite Majesté pourrait prétendre, servira à mettre au niveau d'une juste proportion les indemnités de l'Autriche et de la Prusse.

Art. II.

Acquisition de la Prusse.

Les districts, qui par le nouveau traité de paix avec la France seront détachés

du territoire français dans le département de la Sarre et de la Moselle, y compris les forteresses de Sarre-Louis, seront réunis aux états de S. M. le Roi de Prusse.

Art. III.

Les territoires que la France doit céder dans le département du Bas-Rhin, y compris la ville de Landau, seront réunis aux possessions sur la rive gauche du Rhin dévolues à S. M. J. et R. A. par l'acte final du congrès de Vienne. Sa Majesté pourra disposer de Ses possessions sur la rive gauche du Rhin dans les arrangemens territoriaux, avec la Bavière et avec d'autres états de la confédération germanique.

Acquisitions de l'Autriche

Art. IV.

Versoix avec la partie du pays de Gex, qui sera cédée par la France, sera réuni à la Suisse pour faire partie du canton de Génève.

Confédération Helvetique.

La neutralité de la Suisse sera étendue au territoire qui se trouve au nord d'une ligne à tirer depuis Ugine, y compris cette ville, au milieu du lac d'Annecy et de là au lac Bourget jusqu'au Rhône, de la même manière qu'elle a été étendue aux provinces de Chablais et de Faucigny par l'Article 92. de l'acte final du congrès de Vienne.

Art. V.

Pour faire participer S. M. le Roi de Sardaigne dans une juste proportion aux avantages qui résultent des arrangemens présens avec la France, il est convenu que la partie de la Savoie, qui était restée à la France en vertu du traité de Paris du 30. Mai 1814 sera réunie aux états de Sa dite Majesté à l'exception de la commune de St. Julien qui sera remise au canton de Génève.

Sardaigne.

S. M. le Roi de Sardaigne recevra en outre sur la partie de la contribution française, destinée à renforcer la ligne de défense des états limitrophes, la somme de dix millions de francs, laquelle doit être employée à la fortification de Ses frontières, conformément aux plans et réglemens que les puissances arrêteront à cet égard.

Il est également convenu, qu'en considération des avantages que S. M. Sarde retirera de ces dispositions tant pour l'accroissement que pour les moyens de défense de Son territoire, la quote-part à l'indemnité pecuniaire à laquelle Sa dite Majesté pourrait prétendre, servira à mettre au niveau d'une juste proportion les indemnités de l'Autriche et de la Prusse.

B. Dispositions relatives aux arrangemens territoriaux en Allemagne.

Art. VI.

S. M. J. et R. A. cédera à S. M. le Roi de Prusse dans le département de la Sarre les districts designés dans le tableau ci-joint.

S. M. le Roi de Prusse S'engage de Son côté à satisfaire les Grands-Ducs de Mecklenbourg-Strelitz et d'Oldenbourg, le Duc de Cobourg, le Landgrave de Hesse-Hombourg et le Comte de Pappenheim, conformément à l'article 54. de l'acte final du congrès de Vienne.

Autriche et Prusse.

Art. VII.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, S. M. le Roi de la Grande-Brétagne et S. M. le Roi de Prusse s'engagent à employer tous Leurs moyens pour faire obtenir à S. M.

J. et R. A. de la part de S. M. le Roi de Bavière la rétrocession des territoires et objets designés dans le tableau ci-joint, contre les indemnités désignées dans le même tableau.

On engagera en même tems la cour de Bavière à échanger avec S. A. R. l'Electeur de Hesse les districts d'Aufenau, Woert et Hoechst et la route de Saalmunster à Gelnhausen contre une partie suffisante du bailliage de Lohrhaupten.

En vue des arrangemens ci-dessus spécifiés, les quatre puissances assurent à S. M. le Roi de Bavière les avantages suivans:

a) Une Somme proportionelle des contributions françaises destinées à renforcer la ligne de défense des états limitrophes, laquelle somme sera employée d'après les plans et réglemens, qui seront généralement arrêtés à cet égard.

b) La reversion de la partie du Palatinat appartenant à la Maison de Bade après l'extinction de la ligne directe du Grand-Duc regnant.

c) Une route militaire de Wurzbourg à Frankenthal.

d) Le droit de garnison dans la place de Landau, qui sera une des forteresses de la confédération germanique.

Ses Articles seront regardés comme pleinement obligatoires, aussitôt que la cour de Bavière aura declaré Son adhésion aux arrangemens ci-dessus spécifiés.

Les pays dévolus à S. M. J. et R. A. par l'Art. 51. de l'Acte final du congrès de Vienne et dont S. M peut disposer pour des échanges avec d'autres Princes de la confédération germanique, se trouvant encore, malgré les réprésentations faites à ce sujet par la cour Impériale d'Autriche, en partie occupés par les autorités bavaroises, il sera fait de la part des quatre cabinets une démarche simultanée près du gouvernement bavarois, afin que les dits pays soient remis sans délai à libre disposition de S. M. J. et R. A.

Art. VIII.

Arrangement pour le Grand-Duc de Hesse.

L'Autriche cédera au Grand-Duc de Hesse en indemnité du Duché de Westphalie, un territoire sur la rive gauche du Rhin, comprenant une population de 140 mille habitans, conformément au traité conclu entre l'Autriche, la Prusse et le Grand-Duc de Hesse. Les échanges se feront d'après le tableau ci-joint; dressé sur la base du revirement territorial entre l'Autriche et la Bavière, tel qu'il se trouve indiqué dans l'article précédant.

Art. IX.

La reversion de la partie du Palatinat appartenante au Grand-Duc de Bade ayant été assurée à l'Autriche par le protocole du 10. Juin 1815 des conférences du congrès de Vienne, S. M. I. et R. A. est prête à renoncer à cette reversion en faveur de S. M. le Roi de Bavière pour faciliter les arrangemens indiqués à l'article 7. du présent protocole. La reversion du Brisgau, qui à été également assurée à l'Autriche par le dit protocole du 10. Juin, sera maintenue.

C. Systême défensif de la confédération germanique.

Art. X.

Systême défensif de la confédération germanique.

Les places de Mayence, Luxembourg et Landau, sont declarées places de la confédération germanique, abstraction faite de la souveraineté territoriale de ces places.

Les plénipotentiaires d'Autriche et de Prusse, n'étant point autorisés, vu les actes antérieurement existans et l'absence de leurs souverains, á renoncer en faveur de l'une ou de l'autre de leur cours respectives au droit de garnison dans la place de Mayence, il est convenu, que le service militaire et l'administration continueront à subsister dans cette place d'après l'arrangement actuellement en vigueur, jusqu'à ce que les cours alliées tombent d'accord d'un arrangement définitif à cet égard. Mayence.

Leurs Majestés, l'Empereur d'Autriche, l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Roi de la Grande Brétagne, emploieront Leur meillieurs offices pour faire obtenir à S. M. le Roi de Prusse, le droit de garnison dans la place de Luxembourg, conjointement avec S. M. le Roi des Pays-Bas, ainsi que le droit de nommer les gouverneur de cette place. Luxembourg.

La garnison de Landau sera, jusqu'à l'époque de son échange, entièrement composée de troupes autrichiennes et elle sera de même après la cession entièrement composée en tems de paix de troupes bavaroises. Cependant en tems de guerre le Grand-Duc de Bade sera tenu à founir le tiers de la garnison nécessaire pour la défense de la place. Landau.

Les puissances étant convenues de consacrer au système défensif de l'Allemagne la somme de 60 millions, à prendre sur la partie de contributions françaises, destinée à renforcer la ligne de défense des états limitrophes, la dite somme sera distribuée ainsi qu'il suit. Distribution des sommes à consacrer au système défensif de l'Allemagne.

S. M. le Roi de Prusse en recevra vingt millions pour les fortifications du Bas-Rhin; vingt millions seront reservés pour la construction d'une quatrième place fédérale sur le Haut-Rhin; S. M. le Roi de Bavière, ou tel autre Souversin des pays limitrophes de la France entre le Rhin et les états prussiens aura quinze millions; et cinq millions seront employés à achever les ouvrages de Mayence. Il sera disposé des différentes sommes conformément aux plans et réglemens, qui seront généralement arrêtés à cet égard.

Art. XI.

Le présent protocole aura la force d'une convention entre les quatre puissances jusqu'à ce que les arrangemens auxquels il se rapporte soient définitivement terminés.

Fait et signé à Paris le trois Novembre mil huit cent quinze.

Nro. 1. Prusse.

L'autriche cèdera à la Prusse sur la rive gauche du Rhin:

a) Saarbourg avec le reste de Conz d'après les limites de la paix de 1814 et exclusivement des parcelles sur la rive droite de la Moselle qui appartenaient autrefois à Luxembourg. b) Moertzig. c) Wadern. d) Tholey. e) Partie de Lebach d'après l'état 1814. f) Ottweiler. g) St. Wendel. h) Les restes de Birkenfeld et Hermeskeil. i) Les restes de Baumholder et Grumbach.

Nro. 2. Arrangement avec la Bavière.

Cessions demandées à la Bavière.		Populations.	Indemnités:		Populations.
1.	Le Hausruckviertel	92,396	A.	Sur la rive gauche du Rhin:	
2.	Innviertel	125,671		1. dans le département du Mont-Tonnère	
3.	La principauté de Salzbourg à l'exception des bailliages de Waging, Tittmoning, Teisendorf et Laufen; ces trois derniers autant qu'ils sont situés sur la rive gauche de la Salzach et de la Saal .	168,000		a) l'arrondissement de Deux-Ponts	93,596
				b) l'arrondissement de Kaiserslautern	73,022
				c) L'Arrondissement de Spire à l'exception des cantons Worms et Pfeddersheim	144,042
4.	Le bailliage tyrolien Vils . .	946		d) dans l'arrondissement d'Alzey: le canton de Kirchheim-Boland	12,066
	Total	387,013	B.	2. dans le département de la Sarre:	
	Sa Majesté le Roi de Bavière accorderait la liberté de transit sur la route qui méne du Tyrol à Bregenz par les états bavarois, pour une quantité de sel et de blé dont on conviendrait.			a) le canton de Waldmohr .	10,795
				b) - - - Bliescastel .	14,636
				c) - - - Coussel à l'exception de quelques endroits sur la route de St. Wendel à Baumholder approx	8,698
				3. dans le département du Bas-Rhin: le canton de Landau avec le territoire sur la rive gauche de la Lauter . . .	53,887
				Sur la rive droite Rhin:	
				a) les bailliages fuldois *)	26,304
				b) le bailliage de Redwitz .	3,000
				c) de Darmstadt: les bailliages de Miltenberg, Amorbach, Heubach et Alzenau .	24,661
				d) de Bade: partie du bailliage de Werthheim	4,927

*) Savoir les bailliages de Bruckenau, Hamelbourg, la partie de Bieberstein appartenante à l'Autriche et une partie du bailliage de Weihers appartenant à la Prusse, ou autre territoire contigu suffisant pour compenser les bailliages de Saalmünster, d'Ursel et Sannerz que l'Autriche met à la disposition de la Prusse.

Nro. 3. Reviremens territoriaux avec le Grand-Duc de Darmstadt.

	Darmstadt cèderait:		Sujets.
A.	à la Prusse:		
	Le duché de Westphalie .		140,000
B.	à la Bavière:		
	Les bailliages de Miltenberg	8,094	
	Les bailliages d'Amorbach	7,092	
	Les baillages de Heubach	3,505	
	Les bailliages d'Alzenau	5,970	
			24,661
C.	à Hesse-Cassel:		
	les bailliages de Hanau conformément aux conventions de Francfort		
	au Landgrave de Hesse-Homburg:		
	La souveraineté sur . . .		6,366
			185,045

Le Grand-Duc se chargerait de la moitié des dettes particulières du Prince d'Ysenbourg. L'excédent qu'offriraient les indemnités ci-contre sera employé pour faire obtenir à S. M. prussienne la souveraineté de Witgenstein et Berlebourg.

On tâchera de faire servir la partie du pays d'Ysenbourg situé sur la rive gauche du Mein aux échanges que le Grand-Duc de Hesse devra faire avec l'Electeur de Hesse pour les bailliages ci-dessus désignés sub Lit. C et de faire obtenir à l'Electeur de Hesse toute la route de Saalmünster à Hanau.

	Darmstadt obtiendrait:	Sujets.
A.	Sur la rive gauche du Rhin:	
	La ville de Mayence . . .	26,400
	Nieder-Olm	12,113
	Ober-Ingelheim . . .	13,523
	Bingen	8,191
	Wöllstein	10,806
	Wörstadt	15,403
	Oppenheim	15,438
	Bechtheim	14,606
	Altzey	15,961
	Pfeddersheim	14,573
	Worms	5,718
B.	Sur la rive droite du Rhin:	
	Les villages de Nieder-Ursel et Ober-Erlenbach . . .	1,164
	La principauté d'Ysembourg .	47,454
		201,646
C.	La proprieté des salines de Kreutznach.	

Martens recueil des principaux traités sup. tom. VI. pag. 665.

C. Vollzug der Verträge vom 3. Juni 1814 und 14. April 1816.

1. Besitznahme der dem Königreiche Bayern zugetheilten Landestheile.

a) Auf dem rechten Rheinufer. a)

§. 47.

(Die Besitzergreifung des Fürstenthums Aschaffenburg betr.)

M. J. K.

§. 47. Besitznahme des Fürstenthums Aschaffenburg.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unseren Gruß und fügen denselben zu wissen:

Da nach einer zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Uns geschlossenen freundschaftlichen Uebereinkunft das Fürstenthum Aschaffenburg b) in seinem dermaligen Umfange und Gränzen, so wie es von dem letzten Regenten besessen worden ist, nunmehr Uns, Unsern Erben und Nachkommen dergestalt zugeeignet werden soll, daß dasselbe auf ewige Zeiten Uns angehören und bei Unserm k. Hause und dem Königreiche Bayern verbleiben, auch Wir und Unsere Nachfolger darin alle solche Souverainitätsrechte, wie sie bisher dort ausgeübt worden sind oder welche nach der Natur der Souverainität ausgeübt werden können, eben so wie in Unsern andern Staaten geschieht, besitzen und ausüben sollen, so haben Wir beschlossen, nunmehr von genanntem Fürstenthume, allen seinen Orten, Zubehörden und Zuständigkeiten Besitz nehmen zu lassen und die Regierung darin anzutreten.

Wir thun solches kraft des gegenwärtigen Patents und verlangen hienach von der Geistlichkeit, dem Adel, den Lehenleuten, den Civil- und Militärbehörden, den Magistraten der Städte und von sämmtlichen Einwohnern und Unterthanen, wessen Standes und Würde sie seyn mögen, hiedurch so gnädig als ernstlich, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen, Uns von nun an als ihren rechtmässigen König und Landesherrn ansehen und erkennen, Uns vollkommenen Gehorsam und alle Unterthänigkeit und Treue erweisen und sobald Wir es erfordern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten. Wir ertheilen ihnen dagegen die Versicherung, daß Wir ihnen mit landesväterlicher Huld und Gnade allezeit zugethan seyn, allen Schutz angedeihen lassen und überhaupt der Beförderung ihrer Wohlfahrt unermüdet Unsere Vorsorge widmen werden.

Wir haben die Besitznahme des gedachten Fürstenthums Aschaffenburg Unserm Feldmarschall, wirklichen geheimen Rathe, Ritter Unsers Hausordens vom heiligen Hubert, Großkreuz des Militär-Max-Joseph-Ordens, des Civil-Verdienstordens der Bayerischen Krone, des k. k. österreichischen St Leopold, des kais. russischen St. Andreas, Alexander Newsky und des St. Georgen, dann des k. preussischen schwarzen Adler Ordens, Commandeur des k. k. österreichischen Maria-Theresien-Ordens, Großoffizier der k. französischen Ehren-Legion, Carl Philipp Fürsten v. Wrede übertragen und erwarten, daß sämmtliche Einwohner und Unterthanen den durch ihn in Unserm Namen ausgesprochenen Anordnungen die schuldige Folge leisten werden. Wir setzen dabei fest, daß alle gegenwärtig im erwähnten Fürstenthume angestellten Beamten und Be-

---

a) Man vergl. hierüber den vorstehenden §. 42. Art. 2. u. §. 43. Art. 2. Die nachfolgenden Besitzergreifungs-Patente sind nach der alphabetischen Reihenfolge der betreffenden Gebietstheile geordnet.

b) Man vergl. den vorstehenden §. 42. Art. 2.

diensteten vor der Hand in ihren Functionen verbleiben, und ihre Amtsverrichtungen nach dem bisherigen Geschäftsgange und den bestehenden Vorschriften dergestalt fortsetzen, daß sie Unserer Gnade und Unsers fernern Vertrauens würdig bleiben.

Zur Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent eigenhändig vollzogen und mit Unserm k. Insiegel bestärken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenz-Stadt München den 19. Junius nach Christi Geburt im eintausend achthundert und vierzehnten, Unsers Reiches im neunten Jahre.

Reg. Bl. v. J. 1814. St. XLVII. S. 1260.

§. 48.

(Besitzergreifungs-Patent für die an Bayern übergehenden Fuldaischen Aemter betr.)

M. J. K.

entbieten allen und jeden, welche dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen: §. 48. Besitznahme der Fuldaischen Aemter.

Da in Folge eines zwischen Uns und Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich abgeschlossenen Vertrages die ehemalig Fuldaischen Aemter Hammelburg mit Tulba und Saleck, Brückenau mit Motten, jenes von Weyhers, mit Ausnahme der Orte Melters und Hattenroth, so wie der Theil des Amtes Bieberstein, welcher die Orte Batten, Brand, Ditges, Findlos, Liebhards, Melperz, Oberbernhardt mit Steinbach, Saifferz mit Thaiden begreift, alle diese Bezirke, so wie sie von Seiner kaiserl. und königl. apostolischen Majestät besessen worden sind, mit allen Eigenthums- und Souverainitäts-Rechten dem Königreiche Bayern und Unserem k. Hause überwiesen worden und demselben auf ewige Zeiten zugehören sollen, so haben Wir nunmehr beschlossen, von diesen Landestheilen und ihren Zugehörungen und Zuständigkeiten Besitz nehmen zu lassen und Unsere Regierung darin anzutreten.

Wir thun dieses kraft des gegenwärtigen Patents und verlangen von sämmtlichen Unterthanen und Einwohnern, wessen Standes und Würde sie immer seyn mögen, insbesonders der Geistlichkeit, dem Adel, den Civil- und Militär-Bediensteten und den Magistraturen, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen und die ihnen nunmehr gegen Uns als ihren rechtmässigen König und Landesherrn obliegenden Pflichten willig übernehmen und getreu erfüllen, Uns also hiernach vollkommenen Gehorsam, Unterthänigkeit und Treue erweisen. Wir ertheilen ihnen dagegen die Versicherung, daß Wir sie sämmtlich in Unseren Schutz nehmen und ihrer Wohlfahrt Unsere ganze landesväterliche Sorge unermüdet widmen werden.

Wir haben zur Besitzergreifung obenerwähnter Landesbezirke und ihrer Verwaltung Unsern Kämmerer, Hofcommissär in Würzburg, Großkreuz des Verdienst-Ordens der Bayerischen Krone und Johanniter-Ordens Ehrenritter, Maximilian Freiherrn von Lerchenfeld als Hofcommissär ernannt und versichern Uns zu sämmtlichen Unterthanen, daß sie allen von demselben zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen Folge leisten werden.

Wir wollen zugleich, daß vor der Hand um sowohl den öffentlichen Dienst in allen Zweigen zu sichern und das Wohl der Unterthanen ununterbrochen zu besorgen, sämmtliche Staatsdiener und Beamten die ihnen angewiesenen Verrichtungen nach dem bisherigen Geschäftsgange provisorisch fortsetzen.

Zu Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent Allerhöchsteigenhändig vollzogen und Unser k. Insiegel beidrucken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den dreißigsten Tag des Monats April im Jahre nach Christi Geburt eintausend achthundert und sechszehn, Unserer k. Regierung im eilften.

Reg. Bl. v. J. 1816. St. XVI. S. 311.

§. 49.

(Besitzergreifungs-Patent für das Amt Redwitz.)

M. J. K.

§. 49. Besitznahme der Aemter Redwitz.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

Nachdem in Gemäßheit eines zwischen Uns und Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich abgeschlossenen Vertrages das in Unsern Staaten inclavirte bisher österreichische Amt Redwitz, mit allen Eigenthums- und Souverainitäts-Rechten dem Königreiche Bayern und Unserm k. Hause überwiesen worden und demselben auf ewige Zeiten zugehören soll, so haben Wir nunmehr beschlossen, von diesem Amte und seinen Zugehörungen und Zuständigkeiten Besitz nehmen zu lassen.

Indem Wir dieses hiemit thun, verlangen Wir von sämmtlichen Unterthanen und Einwohnern, wessen Standes oder Würde sie seyn mögen, so wie von sämmtlichen Bediensteten, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen und die ihnen nun gegen Uns als ihren rechtmässigen Könige und Landesherrn obliegenden Pflichten willig übernehmen und getreu erfüllen, Uns also hiernach vollkommenen Gehorsam, Unterthänigkeit und Treue erweisen.

Wir werden dagegen sie sämmtlich in Unsern Schutz zu nehmen und ihrer Wohlfahrt Unsere ganze landesväterliche Vorsorge eben so wie jener Unserer übrigen Unterthanen zu widmen, nicht entstehen.

Die Leitung der Besitznahme übertragen Wir Unserm Kämmerer und General-Commissär des Mainkreises, Konstantin Freiherrn von Welden, dessen in Unserm Namen zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen sämmtliche Unterthanen des Amts Redwitz die schuldige Folge zu leisten haben; wobei festgesetzt wird, daß alle Beamten vor der Hand in ihren Functionen verbleiben.

Zur Urkunde dessen haben Wir dieses Patent Allerhöchst eigenhändig vollzogen und mit Unserm k. Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenz-Stadt München den dreißigsten Tag des Monats April im Jahre nach Christi Geburt eintausend achthundert und sechszehn, Unserer k. Regierung im eilften.

Reg. Bl. v. J. 1816. St. XIX. S. 355.

§. 50.

(Die Besitznahme des Großherzogthums Würzburg betr.)

M. J. K.

entbieten allen und jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

§. 50. Besitznahme des Großherzogthums Würzburg.

Da nach einer zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Uns geschlossenen freundschaftlichen Uebereinkunft das Großherzogthum Würzburg a) in seinem dermaligen Umfange und Gränzen, so wie es von Sr. kais. Hoheit dem Herrn Großherzog besessen worden ist, nunmehr Uns, Unsern Erben und Nachkommen dergestalt zugetheilt werden soll, daß dasselbe auf ewige Zeiten Uns angehören und bei Unserm k. Hause und dem Königreiche Bayern verbleiben, auch Wir und Unsere Nachfolger darin alle solche Souverainitätsrechte, wie sie bisher dort ausgeübt worden sind oder welche nach der Natur der Souverainität ausgeübt werden können, eben so, wie in Unsern andern Staaten geschieht, besitzen und ausüben sollen, so haben Wir beschlossen, nunmehr von genanntem Großherzogthume allen seinen Orten, Zubehörden und Zuständigkeiten Besitz nehmen zu lassen und die Regierung darin anzutreten.

Wir thun solches kraft des gegenwärtigen Patents und verlangen hienach von der Geistlichkeit, dem Adel, den Lehenleuten, den Civil- und Militär-Behörden, den Magistraten der Städte und von sämmtlichen Einwohnern und Unterthanen, wessen Standes und Würde sie seyn mögen, hiedurch so gnädig als ernstlich, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen, Uns von nun an als ihren rechtmässigen König und Landesherrn ansehen und erkennen, Uns vollkommenen Gehorsam und alle Unterthänigkeit und Treue erweisen und sobald Wir es erfordern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten. Wir ertheilen ihnen dagegen die Versicherung, daß Wir ihnen mit landesväterlicher Huld und Gnade allezeit zugethan seyn, allen Schutz angedeihen lassen und überhaupt der Beförderung ihrer Wohlfahrt unermüdet Unsere Vorsorge widmen werden.

Wir haben die Besitznahme des gedachten Großherzogthums Würzburg Unserm Feldmarschall, wirklichen geheimen Rathe, Ritters Unsers Hausordens vom heil. Hubert, Großkreutz des Militär-Max-Joseph-Ordens, des Civil-Verdienstordens der Bayerischen Krone, des k. k. österreichischen St. Leopold, des k. russischen St. Andreas, Alexander Newsky und des St. Georgen, dann des k. preussischen schwarzen Adlerordens, Commandeur des k. k. österreichischen Marie-Theresien-Ordens, Großoffizier der k. französischen Ehrenlegion, Carl Philipp Fürsten v. Wrede übertragen und erwarten, daß sämmtliche Einwohner und Unterthanen den durch ihn in Unserm Namen ausgesprochenen Anordnungen die schuldige Folge leisten werden. Wir setzen dabei fest, daß alle gegenwärtig im erwähnten Großherzogthume angestellten Beamten und Bediensteten vor der Hand in ihren Functionen verbleiben und ihre Amtsverrichtungen nach dem bisherigen Geschäftsgange und den bestehenden Vorschriften dergestalt fortsetzen, daß sie Unserer Gnade und Unsers fernern Vertrauens würdig bleiben.

Zu Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent Allerhöchsteigenhändig vollzogen und mit Unserm k. Insiegel bestärken lassen.

---

a) Man vergl. vorstehenden §. 12. Art. 2.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den neunzehnten Junius nach Christi Geburt im eintausend achthundert und vierzehnten, Unsers Reiches im neunten Jahre.

Reg. Bl. v. J. 1814 St. XLVII. S. 1257.

b) Auf dem linken Rheinufer. *)

§. 51.

(Besitzergreifungs-Patent für die Landestheile auf dem Ueberrhein betr.)

M. J. K.

§. 51. Besitznahme des Rheinkreises.

entbieten allen und jeden, welche dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen denselben zu wissen:

Da in Folge eines zwischen Uns und Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich angeschlossenen Vertrages folgende Gebietstheile auf dem linken Rheinufer, als:

Von dem Departement des Donnersberg die Kreise Zweibrücken, Kaiserslautern und Speyer, letztere jedoch mit Ausnahme der Cantone Worms und Pfeddersheim, ferner die Cantone Kirchheimboland von dem Kreise Alzei, von dem Saar-Departemente die Cantone Waldmohr, Blieskastel und Kußel, dieser letztere jedoch mit Ausnahme einiger Orte auf der Strasse von St. Wendel nach Baumholder, wofür eine im Einverständnisse mit den zu Frankfurt versammelten Bevollmächtigten der verbündeten Höfe festzusetzende Territorial-Ausgleichung erfolgen wird; von dem Departemente des Niederrhein, der Canton, die Stadt und die Festung Landau, diese letztere als Bundesfestung nach den Bestimmungen vom 3. Nov. 1815, ferner die Cantone Bergzabern, Langenkandel und der ganze Theil des Departements vom Niederrhein, welchen Frankreich auf dem linken Ufer der Lauter in Gemäßheit des Pariser Vertrages vom 20. Nov. 1815 abgetreten hat, mit Eigenthums- und Souverainitätsrechten dem Königreiche Bayern und Unserm k. Hause überwiesen worden und demselben auf ewige Zeiten zugehören sollen, so haben Wir nunmehr beschlossen, von diesen Landen, allen deren Orten, Zugehörungen und Zuständigkeiten Besitz nehmen zu lassen und Unsere Regierung darin anzutreten.

Indem Wir dieses hiermit kund thun, versehen Wir Uns zu sämmtlichen Einwohnern dieser Lande, insbesondere der Geistlichkeit, den Adel, den Civil- und Militärbedienten, Magistraten, Einsassen und überhaupt einen jeden, wessen Standes und Würde er seyn möge, daß er sich Unserer Regierung unterwerfen und die ihm nunmehr gegen Uns als seinen rechtmässigen König und Landesherrn obliegenden Pflichten willig übernehmen und getreu erfüllen, Uns also hiernach vollkommenen Gehorsam, Unterthänigkeit und Treue erweisen werde.

Wir werden dagegen sie sämmtlich in Unsern Schutz zu nehmen und ihrer Wohlfahrt Unsere ganze landesväterliche Vorsorge eben so wie jenen Unserer übrigen Unterthanen zu widmen nicht entstehen.

Die oberste Leitung und Besitznahme obengedachter Lande und ihrer Verwaltung übertragen Wir Unserm wirklich geheimen Rathe, Großkreuz des Verdienstordens der Bayer. Krone, Franz Xaver von Zwackh, als Unserm Hofcommissär und erwarten von sämmtlichen Unter-

*) Man vergl. hierüber d. vorstehenden §. 43. Art. 2.

thanen, daß sie allen von demselben in Unserem Namen zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen Folge leisten werden.

Wir setzen dabei fest, daß sämmtliche Staatsdiener und Beamte vor der Hand sich der thätigen Fortsetzung der ihnen zugewiesenen Verrichtungen nach dem bisherigen Geschäftsgange provisorisch in der Art widmen, daß sie den öffentlichen Dienst in allen Zweigen sichern, das Wohl der Unterthanen ununterbrochen besorgen und Unseres fernern Vertrauens würdig bleiben.

Zur Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent Allerhöchsteigenhändig vollzogen und Unser k. Insiegel beidrucken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den dreißigsten Monatstag April im Jahre eintausend achthundert und sechszehn, Unserer k. Regierung im eilften.

Reg. Bl. v. J. 1816. St. XVI. S. 309.

2. Abtretung der an Oesterreich gefallenen Länder. a)

§. 52.

(Abtretungs-Patent für das Innviertel, Hausruckviertel, das Amt Vils und das Fürstenthum Salzburg betr.)

M. J. K.

Nachdem in Folge eines zwischen Uns und Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich geschlossenen Vertrages die Theile des Hausruckviertels und das Innviertel, so wie sie im Jahre 1809 von Oesterreich abgetreten worden sind, ferner das Amt Vils und endlich das Fürstenthum Salzburg, gleichfalls wie dasselbe von Oesterreich im Jahre 1809 abgetreten wurde, jedoch mit Ausnahme der Aemter Waging, Tittmaning, Teisendorf und Laufen, in so weit diese auf dem linken Ufer der Salzach und Saal gelegen sind, welche Aemter mit ihren Zugehörungen und Zuständigkeiten mit vollem Eigenthum und Souverainität ferner bei dem Königreiche Bayern verbleiben, an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich übergehen und der im obenerwähnten Vertrage für die wirkliche Abtretung dieser Landestheile bedungene Termin eingetreten ist, so wollen Wir solches mittels gegenwärtigen Patents Unsern bisher getreuen Lehenleuten, Dienern und sämmtlichen Unterthanen der genannten Bezirke eröffnen und indem Wir sie der gegen Uns und Unser k. Haus aufgehabten Lehens-, Dienstes- und Unterthanspflichten feierlich und förmlich lossagen und an den neuen Regenten mit denselben hinweisen, beschliessen Wir die letzte Unserer Regierungshandlungen in diesen Landestheilen mit der Versicherung, daß Wir den Uns von ihren Bewohnern bewiesenen Gehorsam und die vielmals ausgesprochene Treue und Anhänglichkeit derselben an Uns und Unser k. Haus dankbar erkennen und Unsere aufrichtigen Wünsche für ihr Wohl sie stets begleiten werden.

§. 52. Abtretung des Inn- und Hausruckviertels, des Amtes Vils und des Fürstenthums Salzburg.

Gegeben in Unserer k. Haupt- und Residenzstadt München den dreißigsten Tag des Monats April im Jahre nach Christi Geburt eintausend achthundert und sechzehen, Unserer k. Regierung im eilften.

Reg. Bl. v. J. 1816. St. XVI. S. 307.

a) Man vergl. den vorstehenden §. 43. Art. 1.

§. 53.

(Die Abtretung der gefürsteten Grafschaft Tyrol betr.)

M. J. K.

§. 53. Abtretung der Grafschaft Tyrol.

In Folge einer mit des Kaisers von Oesterreich Majestät getroffenen freundschaftlichen Uebereinkunft gehet die von Uns und Unserm k. Hause seither besessene gefürstete Grafschaft Tyrol in dem Umfange und Gränzen, wie solche nach dem Preßburger Frieden an Uns gekommen ist, an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich über. Wir eröffnen dieses hiedurch Unsern Lehenleuten, Dienern, Mediat-Corporationen und sämmtlichen Unterthanen des erwähnten Landestheiles und indem Wir sie der gegen Uns und Unser k. Haus aufgehabten Lehens-, Dienst- und Unterthanenspflichten förmlich und feierlich entbinden und damit an den neuen Regenten unbedingt verweisen, beschliessen Wir die letzte Unserer Regierungshandlungen in gedachtem Landestheile mit der Versicherung, daß Wir desselben Einwohner mit k. Huld und Gnade in andern Wegen beigethan zu bleiben jederzeit vermeinen.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 19. Junius nach Christi Geburt im eintausend achthundert und vierzehnten, Unseres Reiches im neunten Jahre.

Reg. Bl. v. J. 1814. St. XLVII. S. 1263.

§. 54.

(Die Abtretung der Vorarlbergischen Herrschaften betr.)

M. J. K.

§. 54. Abtretung der Vorarlbergischen Herrschaften.

In Folge einer mit des Kaisers von Oesterreich Majestät getroffenen freundschaftlichen Uebereinkunft gehen die von Uns und Unserm k. Hause seither besessenen Vorarlbergischen Herrschaften in dem Umfange und Gränzen, wie solche nach dem Preßburger Frieden an Uns gekommen sind, mit Ausnahme des Amtes Weiler, an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich über. Wir eröffnen dieses hiedurch Unsern Lehenleuten, Dienern, Mediat-Corporationen und sämmtlichen Unterthanen der erwähnten Herrschaften, und indem Wir sie der gegen Uns und Unser k. Haus aufgehabten Lehens-, Dienst- und Unterthanspflichten förmlich und feierlich entbinden und damit an den neuen Regenten unbedingt verweisen, beschliessen Wir die letzte Unserer Regierungshandlungen in gedachten Vorarlbergischen Herrschaften mit der Versicherung, daß Wir derselben Einwohnern mit k. Huld und Gnade in andern Wegen beigethan zu bleiben jederzeit vermeinen.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München am 19. Junius nach Christi Geburt im eintausend achthundert und vierzehnten, Unseres Reiches im neunten Jahre.

Reg. Bl. v. J. 1814. St. XLVII. pag. 1264.

3. *Feststellung der Gränzen des Rheinkreises.*

§. 55.

M. J. K.

§§. 55, 56, 57. Regulirung der Gränze des Rheinkreises gegen das Königreich Preussen.

Zu Folge Uebereinkunft der hohen verbündeten Mächte ist ein Theil des bisherigen k. k. öster. und k. Bayr. gemeinschaftlichen Administrations-Bezirkes definitive und mit voller Souverainität an Se. Majestät den König von Preussen übertragen worden.

Die Gränzen dieses Landestheiles, so wie er dermalen an das Königreich Preussen übergeben und von den Bevollmächtigten Sr. Maj. in Besitz genommen wird, sind in der hier beigefügten, unterm heutigen Tag geschlossenen Uebereinkunft a) näher bestimmt. So wie nun hiermit der Besitz dieses Districts feierlich an die von Sr. Maj. dem Könige von Preussen dazu bevollmächtigten Hrn. Commissarien überwiesen wird, also entbinden und entlassen auch die unterzeichneten k. k. öster. und k. bayr. bevollmächtigten Hof-Commissarien auf das feierlichste die in den bezeichneten Landestheilen befindlichen geistlichen und weltlichen Staatsdiener, so wie überhaupt sämmtliche Unterthanen und Einwohner ihrer bisherigen Pflichten und überweisen und übergeben dieselbe hiemit an Se. Maj den König von Preussen.

Die Unterzeichneten rechnen es sich bei dieser Gelegenheit zur angenehmsten Pflicht, den sämmtlichen Staatsdienern und Einwohnern des abgetretenen Landes die Gefühle ihrer Achtung für jene mit Bereitwilligkeit und Treue geleisteten Dienste und für jene warme Anhänglichkeit an die heilige Sache Deutschlands öffentlich zu erklären, wodurch sich dieselben bei dem unabwendbaren Drange einer verhängnißvollen Zeit so rühmlich auszeichneten. Nur diese Bürgertugenden sind es, die das Glück des deutschen Volkes fest begründen können und die unter dem mächtigen Schutze eines weisen und gerechten Beherrschers auch diesem biedern deutschen Stamme die sichere Bürgschaft seines dauernden Glückes und des vollkommensten Ersatzes für die so willig gebrachten Opfer gewähren.

Kreuznach den 28. Mai 1815.

Sammlung der in dem Generalgouvernement des Mittelrheins erlassenen Verordnungen v. J. 1819. Nr. 111. S. 352.

§. 56.

(Uebereinkunft, die Abtretung und Uebernahme des an Preussen gefallenen Landes-Distrikts betr.)

In Folge der von den hohen verbündeten Mächten auf dem Congresse zu Wien gefaßten Beschlüsse, durch welche ein Landesdistrict auf dem rechten Moselufer an das Königreich Preussen fällt, haben sich die unterzeichneten zur Uebergabe und Uebernahme dieses Landesdistricts subdelegirten Commissäre in Ansehung der in dem Congreß-Protocolle enthaltenen allgemeinen Angaben der Gränzen, zu folgenden näheren vorläufigen Bestimmungen vereinigt:

1) Diese Gränzlinie geht, ganz in Gemäsheit der Bezeichnung in dem k. preussischen Besitznahms-Patente vom 5. April d. J. von der Mündung der Nahe in den Rhein aufwärts längst der Nahe und der Gränze des Rhein- und des Mosel-Departements bis zur Glan und von dieser aufwärts bis Medard. Auf dem rechten Ufer der zwei genannten Flüsse werden lediglich die beiden Städte Kreuznach und Meissenheim mit ihrem Bann an das Königreich Preussen übertragen. Von Medard aus soll die Linie über Merzweiler, Langweiler, Nieder- und Ober-Jeckenbach, Ellenbach, Breunchenborn, Answeiler, Kronweiler, Niederbrambach, Burbach, Böschweiler, Heubweiler, Hambach bis Ninzenberg gehen, welche sämmtliche Ortschaften in das k. preussische Gebiet fallen, von da aber um den Bann von Abentheuer und Brücken (welche beide Orte unter der bisherigen Verwaltung verbleiben) auf den Punkt, wo die Gemarkung von Achtelbach nahe bei dem zu dieser Gemeinde gehörigen Neuhof an die Gemeinde von Züsch stößt, an die Gränze des Cantons Hermeskeil, dann durch die Cantone Hermeskeil und Conz bis Gomlingen so gezogen werden, daß die Zunderhütte, Neuhütte, Eisenhütte und Züsch, dann Hermeskeil, Reinfeld, Damfloß im Canton Hermeskeil, so wie Franzenheim und Gomlingen im Canton Conz auf die preussische Seite fallen, dagegen aber alle von dieser Linie südlich gelege-

a) Man vergl. den nachstehenden §. 56.

nen Ortschaften, nämlich Ober- und Nieder-Sötern, Boosen, Schwarzenbach, Braunhausen, Guserschmelze, Otzenhausen, Nonnweiler, Bierfeld, St. Huberts-Schmelze, Gusenburg, Sauschied, Grünburger-Hof, Kell, Waldweiler, Schwarzwalder-Hof, Mandern, Schillingen und Hebert im Canton Hermeskeil, ferner Holzrath, Schöndorf, Plumig, Olmuth, Lampaden, Hinzenburg, Bonnerath, Oberemmel, Crettenach, Wildingen und Hamm im Canton Conz noch unter der bisherigen Verwaltung bleiben.

2) Bei allen auf der Gränze gelegenen Ortschaften wird die Gränze des Landes nach der Banngränze der Ortschaften angenommen.

3) Diese, für die Cantone Hermeskeil und Conz nur provisorische Gränzbestimmung unterliegt jedoch noch einer weitern höhern Entscheidung der hohen verbündeten Mächte, nach welcher sodann zur noch genauern Bezeichnung der Gränze im Wege einer Zusammentretung zwischen den beiderseitigen Landesverwaltungen die fernere Einleitung getroffen werden soll.

Kreuznach, den 28. Mai 1815.

Sammlung der in dem General-Gouvernement des Mittel-Rheins erschienenen Verordnungen v. J. 1819. Nr. 112. S. 353.

§. 57.

Convention de limites entre la France et la Bavière, signée à Paris le 5. Juillet 1825, et ratifiée par la France le 31. Juillet de la même année.

Sa Majesté le Roi de France et de Navarre et Sa Majesté le Roi de Bavière désirant terminer à l'amiable les différends qui se sont élevés, relativement à la fixation des limites entre la France et la province bavaroise, désignée sous le nom de cercle du Rhin ou de Bavière rhénane, ont nommé à cet effet pour Leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. le Roi de France et de Navarre, le Sr. Baron de Damas, Pair de France, lieutenant-général de ses armées, grand-croix de l'ordre royal et militaire de S. Louis, grand-officier de l'ordre royal de la légion d'honneur etc., son ministre et secrétaire d'état au département des affaires étrangères;

Et Sa Majesté le Roi de Bavière:

Le Sr. Comte de Bray, chambellan, conseiller intime actuel, membre du conseil d'état, grand-croix des ordres du mérite civil de la couronne de Bavière, de l'aigle rouge de Prusse, de St. Anne de Russie, de l'étoile polaire de Suède, chevalier de l'ordre de St. Jean de Jérusalem, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. très chrétienne.

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleinspouvoirs respectifs, sont convenus de ce qui suit:

Art. I.

La limite, depuis son point de départ situé sur la Blise, au point commun avec la frontière prussienne, jusqu' auprès de la commune d'Ober-Steinbach, restera telle qu'elle est maintenant fixée, à l'exception seulement de la partie où cette limite étoit formée par la rivière de la Schwalb; dans cette partie elle sera désormais déterminée par le nouveau cours donné à cette rivière pour son adressement.

Art. II.

La limite depuis le territoire de la commune d'Obersteinbach jusqu'au Rhin, sera fixée d'après les dispositions spécifiées ci-après, savoir:

§. 1. La Bavière cède à la France en toute propriété et souveraineté:

1) La partie de la commune d'Obersteinbach, qui est indiquée au plan Nro. 3. ci-anexé, par le liseré orange et les lettres A A A, de manière que le village d'Obersteinbach ainsi que toute la portion qui contient la route conduisant de Bitche à Weissenbourg fera partie du royaume de France. 2) Toute la commune de Niedersteinbach, en y comprenant le pays ou domaine, connu sous le nom de Wingelsbach, avec le hameau de ce nom. En outre, la Bavière abandonne et cède à la France le territoire nommé Frönsbourg, comprenant le château et la forêt de ce nom. Les forêts seulement situées dans la commune de Niedersteinbach et la partie de celle d'Obersteinbach, qui sont cédées par la Bavière à la France en toute propriété et souveraineté resteront soumises, quels qu'en soient les nouveaux possesseurs, à la charge qui leur est imposée, d'après les stipulations du contrat passé avec les fermiers des forges bavaroises de la Schönau, de fournir leur contingent de bois aux dites forges, au prix indiqué dans le dit contrat et tout le tems qu'il doit durer. Il sera faite une mention spéciale de cette clause dans les procès-verbaux de délimitation, et, en même tems l'on y indiquera la quantité que chacune en doit fournir, en raison de son étendue et de sa qualité.

§. 2. La France renonce à toute prétention sur les forêts de Doeremberg, d'Alsberg et de Siebentheil, pour les parties possédées actuellement par la Bavière, lesquelles resteront en toute propriété es souveraineté à ce royaume.

§. 3. La limite autour de Weissenbourg, sur la rive droite de la Lauter, sera formée ainsi qu'elle est marquée au plan Nro. 1; le liseré bleu sur ce plan indiquant dans l'étendue du rayon de mille toises, l'ancienne limite communale de Weissenbourg et d'Altstadt, sans pourtant dépasser le dit rayon de mille toises, et le trait ponctué en noir marquant d'une part, ce que la France acquiert de terrain au delà de ce rayon avec le village de Weiller, et d'autre part ce qui est réservé de ce terrain à la Bavière autour du village de Schweigen qu'elle conserve; dans ce dernier terrain se trouve comprise la fontaine, située au bas du chemin, laquelle appartiendra aussi à la Bavière. De plus, lors du réglement définitif de la limite, il sera laissé à la Bavière, comme propriété communale de Schweigen, une partie du bois communal de Weissenbourg, laquelle sera calculée, en raison des droits que la population du dits Schweigen a sur les dits bois communaux. Cette clause ne sera pourtant exécutée que dans les cas où les habitans de Schweigen le préféreroient et s'ils n'aimaient pas mieux rester co-propriétaires du bois communal entier.

Cette limite comprendra, à l'ouest de Weissenbourg, tout le village de Weiller, y compris le Langenbergerhoff et la chapelle de la vierge, paroisse de Weiller, elle suivra ensuité l'ancienne limite des banlieues ou limites communales de Weissenbourg et d'Altstadt à l'exception pourtant du village de Schweigen qui reste à la Bavière et dont les dépendances sur le territoire de Weissenbourg, sont indiquées par le trait déjà cité.

§. 4. Les dépendances des moulins de St. Remi et de Siebenhart seront cédées par la Bavière à la France. D'autre part, les dépendances du moulin de Bienwald seront cédées par la France à la Bavière, de manière que sur ces trois points, la frontière sera

formée par le milieu du canal déversoir des eaux de ces moulins, au lieu de l'être par le milieu de la Lauter, ainsi que le prescrit le traité du 20. Novembre 1815.

§. 5. La Bavière voulant donner à la France une nouvelle preuve du désir sincère qui l'anime de faire tout ce qui peut être agréable à S. M. trés chrétienne, céde en avant de Lauterbourg, sur la rive gauche de la Lauter, un terrain de vingt-cinq hectares. La limite de cette cession sera conforme au plan ci-joint Nro. 2., ainsi qu'il est marqué sur ce plan, par une ligne ponctuée en rouge, de manière à ce que la briquetterie et la maison du briquetier qui sont maintenant des dépendances de la commune de Berg, seront en dehors de cette cession.

§. 6. La France renonce à tous ses droits et prétentions sur Neubourg et tout le territoire de Neubourg et de Berg, compris entre la Lauter et la vieille Lauter, dont le cours actuel détermine maintenant l'état de possession. L'octroi de Neubourg est compris dans cette renonciation; mais pour donner à la France une compensation des droits qu'elle réclamait à un partage des produits du d'octroi, la Bavière supprimera le bureau établi à Germersheim et appuyera de toute son influence auprès de la commission de l'octroi du Rhin, l'établissement d'un nouveau bureau sur le territoire français, entre Strasbourg et la frontière, si la France juge convenable à ses intérêts d'en établir un.

§. 7. Sur tous les autres points, la frontière dans cette seconde partie, restera fixée, comme cela est prescrit par le traité du 20. Novembre 1815.

Art. III.

Les deux états entreront ou resteront en possession des diverses parties désignées dans l'art. II., sans pouvoir prétendre à aucune indemnité pécuniaire, à raison de leur occupation antérieure à la présente convention, tout pour ce qui concerne la perception des impôts, que pour les revenus des propriétés communales ou royales.

Art. IV.

Il sera stipulé dans la convention de limite, conclue par M. M. les commissaires délimitateurs, que sur les rivières et ruisseaux limitrophes et particulierement sur toute l'étendue de la Lauter qui sert de frontière, l'on ne pourra faire aucune nouvelle construction ou bâtisse, qui puisse en déranger le cours actuel, à moins que ces constructions n'ayent un but d'utilité commune aux deux états et ne soient consenties par eux. A l'égard des constructions riveraines et des ponts déjà existans, on s'en tiendra aux observations actuelles.

De plus, il sera convenu entre eux qu'aucune construction nouvelle ne pourra être effectuée le long des limites, qu'autant qu'elles seraient éloignees de dix mètres de ces mêmes limites.

Il sera encore convenu entre eux que sur tous les points où les chemins servent à indiquer le tracé de la frontière, ces chemins dans toutes celles de leurs parties qui suivront la frontière, seront déclarés mitoyens, c'est-à-dire, communs aux deux états.

Art. V.

Dans toutes les portions de la frontière, où la limite actuellement désignée coupera les propriétés des sujets des deux pays, les possesseurs de ces propriétés ainsi mor-

cellées auront la faculté de retirer leur récolte et de les cultiver sans qu'il y soit mis aucun obstacle sur le territoire qu'il auront désignée d'après une déclaration préalable et qui sera faite une fois pour toutes.

Les propriétaires de chacun des deux états qui se trouveraient possesseurs de terres dans l'autre, à une distance de la frontière qui sera déterminée par les commissaires déliminateurs, auront la faculté de retirer leur récolte sans payer aucun droit, mais en se conformant cependant aux réglemens de douanes de chaque pays pour ce qui concerne le transit des marchandises et après en avoir fait une déclaration préalable.

Art. VI.

M. M. les commissaires français et bavarois, chargés de la délimination, recevront dans le plus bref délai possible, l'ordre de se réunir, afin de régler d'après les bases établies dans la présente convention, le tracé de la frontière entre les deux états. Ils feront procéder, après que leur convention de limite sera ratifiée, à la remise et prise de possession des parties réciproquement cédées et feront marquer provisoirement dans ces parties les limites par des poteaux.

Ils feront ensuite dresser par leurs délégués des procés-verbaux de délimitation, commune par commune, lesquels étant accompagnés de plans descriptifs constateront le tracé de la frontière et les droits respectifs de ces communes et de leurs habitans; en même tems, leurs délégués feront procéder à un abornement sur tous les points, où cela sera jugé nécessaire, de sorte que la réunion de ces procés-verbaux, à la suite de la dite convention de limites, montrera qu'elle a eu son entière exécution.

Art. VII.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées dans le terme de six semaines, ou plutót si faire se peut.

En foi de quoi, les plénitpotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris le 5. Juillet mil huit cent vingt-cinq.

Martens recueil des principaux traités. S. T. XII. p. 1.

XII. Erwerbung des grossherzogl. badischen Amtes Steinfeld im Jahre 1819. a)

§. 58.

(Königl. Bayer. Patent zur Besitznahme des auf dem linken Mainufer gelegenen Theils des großherzoglich badischen Amtes Wertheim.)

M. J. K.

entbieten allen und jeden, welche dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß und fügen anmit zu wissen: §. 58. Besitznahme des Amtes Steinfeld.

a) Der hierüber abgeschlossene Vertrag ist nicht öffentlich bekannt gemacht worden; man mußte daher auf die Mittheilung des Patentes über Besitznahme dieses Amtes Steinfeld sich beschränken.

Nachdem der auf dem rechten Ufer des Mainstromes gelegene Theil des, gemäs den Bestimmungen des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Febr. 1803 an das fürstl. Haus Löwenstein-Wertheim übergegangenen vormals fürstl. würzburgischen Amtes Rothenfels, a) durch die Einverleibung des Fürstenthums Aschaffenburg in den gegenwärtigen Untermainkreis Unseres Königreiches, schon seit mehreren Jahren mit den würzburgischen Landen wieder vereiniget worden, so ist es nunmehr, in Folge der unter den betheiligten Höfen getroffenen Uebereinkunft, dahin gediehen, daß auch der am linken Mainufer belegene Theil des gedachten Amtes, als welcher, seit der Trennung beider Theile, zuerst als fürstl. Löwensteinisches Amt Steinfeld bestanden, dann aber zu dem großherzogl. badischen Amte Wertheim gezogen und von Unserm Gebiete rings umschlossen war, mit diesem auf ewige Zeiten vereinigt und Unserer Souverainität unterworfen werden soll.

Wir haben demnach beschlossen von dem eben bezeichneten Districte nebst allen Ein- und Zugehörungen Besitz nehmen zu lassen und darin Unsere Regierung anzutreten. Wir fordern daher sämmtliche darin eingesessene Unterthanen, dann geistliche und weltliche Vorstände und Localbeamten durch gegenwärtiges Patent auf, daß sie von nun an Uns als ihren rechtmässigen König und Landesherrn erkennen und Uns die schuldige Treue, Unterthänigkeit und Gehorsam leisten sollen; wogegen Wir denselben andurch die gnädige Versicherung ertheilen, wie Wir sie sämmtlich in Unsern Schutz nehmen und für ihre Wohlfahrt stets landesväterliche Sorge tragen wollen.

Als Unsern Commissär zur Besitznahme des erwähnten auf dem linken Mainufer gelegenen Theils des großherzogl. badischen Landamtes Wertheim haben Wir Unsern wirklichen Staatsrath im ausserordentlichen Dienste, General-Commissär und Präsidenten der Regierung Unseres Untermainkreises, Franz Wilhelm Freiherrn von Asbeck, Großkreuz des Civil-Verdienst-Ordens der Bayerischen Krone, ernannt und Wir gewärtigen von sämmtlichen Unsern Unterthanen, daß sie allen und jeden von demselben in dieser Eigenschaft zu treffenden Anordnungen schuldige Folge leisten werden.

Zu Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent mittelst eigener Namens-Unterschrift vollzogen und mit Unserm grössern geheimen Insiegel versehen lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenz-Stadt München am achten September des Jahres eintausend achthundert und neunzehn, Unseres Königreichs im vierzehnten.

---

a) Man vergl. den §. 14 dieses Reichsdeputations-Rezesses; S. 139 oben.

Anhang
zu dem ersten Abschnitte der ersten Abtheilung

Synchronistische Uebersicht
über die Vereinigung der das Königreich Bayern bildenden Gebietstheile.

Zeit der Erwerbung.	Titel der Erwerbung.	Objecte.	Bemerkungen.
1180 bis 1517	durch Erbschaft, Kauf, Belehnung u. andere Titel	das Herzogthum Bayern. a)	
1282 bis 1779	durch Kauf, Belehnung, Verträge und Friedensschlüsse	die gefürstete Grafsch. Leuchtenberg.	
1567	durch Belehnung	die Grafschaft Haag.	
1567 1570	durch Kauf, Belehnung und Vergleich	die Reichsherrsch. Hohenschwangau	
1607 1779	durch Occupation u. Friedensschluß	die Reichsstadt Donauwörth.	
1614 1617 1618 1714	durch Kauf, Belehnung und Friedensschluß	das Fürstenthum Mindelheim.	
1621 1628 1648 1714	durch Eroberung, Kauf und Friedensschlüsse	die Oberpfalz.	
1621 1628 1648 1714	durch Eroberung, Kauf und Friedensschlüsse	die Markgrafschaft Kamm.	
1631 1661 1779	durch Belehnung, Kauf und Friedensschlüsse	die Gauerbschaft Rottenberg.	

a) Man vergl. hierüber den vorstehenden §. 1 (S. 5 oben); über die Nichtaufnahme der in dieser Uebersicht vorkommenden, in die Vorjahre des Lüneviller Friedens fallenden Belehnungen und Verträge vergl. man die Einleitung zu dieser ersten Abtheilung (Seite 3 oben).

Zeit der Erwerbung.	Titel der Erwerbung.	Objecte.	Bemerkungen.
1690	durch Kauf	die reichsritterschaftlichen Güter Angerberg und Zeisertskofen.	
1690	durch Kauf	die reichsritterschaftlichen Güter Mazsieß, Ober- und Unter-Rammingen.	
1700	durch Heimfall	die reichsritterliche Herrschaft Wertingen.	
1705	durch Erbschaft	die Grafschaft Schwabeck.	
1731	durch Erbfolge und Belehnung	die Herrschaft Hohenwaldeck.	
1740 1768	durch Erbfolge und Belehnung	die Herrschaften Sulzburg und Pyrbaum.	
1749	durch Kauf	die Reichspflege Wörd.	
1756	durch Kauf	die Reichsherrschaft Illertissen.	
1767	durch Tausch	das Reichsrittergut Peternau.	
1777	durch Vereinigung nach Erlöschung der Ludwigischen Descendenz in Bayern	1) die Herzogthümer Neuburg und Sulzbach, 2) die Herrschaft Stauf-Ehrenfels oder Regenstauf.	
1791	durch Occupation	die Hälfte des Reichsstadt Nürnbergischen Pflegamtes Velden, und ein Theil des gleichfalls Reichsstadt Nürnbergischen Pflegamtes Hersbruck.	
1792	durch Kauf	die Reichsherrschaft Breiteneck.	
1803	durch den Reichsdeputationshauptschluß a)	1) Mühldorf, 2) den auf dem linken Inn-Ufer gelegenen Theil der Grafschaft Neuburg, 3) das Bisthum Bamberg 4) das Bisthum Freisingen 5) das Bisthum Augsburg 6) das Bisthum Passau nebst der	

a) Man vergl. den vorstehenden §. 14 (S. 123 und 130 oben).

Zeit der Erwerbung.	Titel der Erwerbung.	Objecte.	Bemerkungen.
1803	durch den Reichsdeputationshauptschluß	Stadt gleichen Namens und deren Vorstädte jedoch mit Ausnahme der jenseits der Ilz und des Inns auf der Seite von Oesterreich gelegenen Theile 7) die Probstei Kempten 8) die Abteien a) Waldsassen b) Ebrach c) Elchingen d) Ursberg e) Roggenburg f) Wettenhausen g) Irrsee; h) Ottobeuern i) Kaisersheim k) St. Ulrich 9) die Besitzungen, welche von den in der Stadt Augsburg und deren Markung gelegenen Capiteln, Abteien und Klöster abhingen 10) die Reichsstädte α) Rothenburg β) Kempten γ) Kaufbeuern δ) Memmingen ε) Nördlingen ξ) der auf dem rechten Donau-Ufer gelegene Theil des Ulmer Gebietes η) der noch übrige Theil des Gebietes der Reichsstadt Wangen.	
1803	durch den Preussisch-Pfalzbayerischen Haupt-Landes-Vergleich a)	1) das Amt Neustadt am Culm, 2) das Amt Streitberg mit den Vogteien Thusbronn und Hetzelsdorf, desgleichen mit den Territorialdistricten Ober- und Unteraufsees, 3) das Amt Osternohe mit dem Gerichte Hohenstadt, 4) das Amt Lauenstein, 5) die Rendantur Seibelsdorf, 6) das Amt Solnhofen, 7) das Domänen-Gut Insingen nebst allen sonst im Rothenburgischen zerstreuten Brandenburgischen Besitzungen.	

a) Man vergl. den vorstehenden §. 22 (Seite 193 oben).

Zeit der Erwerbung.	Titel der Erwerbung.	Objecte.	Bemerkungen.
1805	durch den Preßburger Frieden a)	1) die Markgrafschaft Burgau, 2) das Fürstenthum Eichstädt, 3) derjenige Theil des Gebietes von Passau, der dem Churfürsten von Salzburg gehörte, 4) die Grafschaft Tyrol, nebst dem Fürstenthume Brixen, 5) das Land Vorarlberg, 6) die Grafschaft Hohenems, 7) die Grafschaft Königsegg-Rothenfels, 8) die Stadt Lindau nebst ihrem Gebiete, 9) die Stadt Augsburg nebst ihrem Gebiete, 10) die Grafschaft Bondorf.	Die sub. Nr. 4 und 5 bezeichneten Gebietstheile wurden i. J. 1814 an Oesterreich abgetreten; man vergl. den vorstehenden §. 42 Art. 1 (S. 253 oben). Einige Bezirke von Tyrol waren schon i. J. 1810 vertragsmässig Frankreich zugefallen; man vergl. den vorstehenden §. 31 Art. III. (S. 235 oben).
1806	durch den Vertrag mit dem Grafen v. Fugger b)	die reichsständischen u. ritterschaftlichen Herrschaften u. sonstigen Besitzungen der Grafen v. Fugger, Glött, Kirchberg, Kirchheim, Nordendorf, Dietenheim.	
1806	durch Vertrag mit Frankreich c)	die Markgrafschaft Ansbach nebst der durch den Reichsdeputationsschluß von 1803 von Bayern acquirirten, dann durch den Staatsvertrag 1803 an Preussen abgetretenen Gebietstheilen, worunter sich auch die Städte Dinkelsbühl und Weissenburg befanden.	
1806	durch die Rheinische Bundesacte d)	1) die Stadt Nürnberg und deren Gebiet, 2) die Teutschordens-Commenden Rohr und Waldstetten, 3) das Fürstenth. Schwarzenberg, 4) die Grafschaft Kastel, 5) die Herrschaften Speckfeld und Wiesentheid, 6) das Oberamt Schillingsfürst und Kirchberg, 7) die Grafschaft Sternstein (sonst dem Fürsten Lobkowitz gehörig), 8) die Fürstenthümer Oettingen, 9) die Grafschaft Edelstetten,	

a) Man vergl. den vorstehenden §. 23 Art. 8 und 13 (S. 198 und 201 oben).

b) Man vergl. hierüber das Regierungsblatt v. J. 1806 St. XXX. S. 249.

c) Man vergl. den vorstehenden §. 27 (S. 211 oben).

d) Man vergl. den vorstehenden §. 28 in dem Art. 17 u. 24 (S. 217 und 219 oben).

Zeit der Erwerbung.	Titel der Erwerbung.	Objecte.	Bemerkungen.
1806	durch die Rheinische Bundesacte.	10) die Besitzungen des Fürsten von Fugger, 11) das Burggrafth. Winterrieden, 12) die Herrschaft Buxheim, 13) die Herrschaft Thannhausen, 14) alle von dem Königreiche Bayern inclavirten ehemaligen ritterschaftlichen Güter.	
1810	durch Vertrag mit Frankreich	1) die Markgrafschaft Baireuth u. d. Dorf Kaulsdorf nebst der Reste der im J. 1803 v. Bayern durch den Reichs-Deputationshauptschluß acquirirten, dann durch den Staatsvertrag v. 1803 an Preussen abgetretenen und zum Fürstenthum Baireuth geschlagenen Gebietstheile, worunter sich namentlich auch die Stadt Windsheim befand, a) 2) das Inn- und Hausruckviertel b), 3) das Fürstenth. Regensburg c), 4) die Fürstenthümer Salzburg u. Berchtesgaden. d)	Das Inn- u. Hausruckviertel, dann die Fürstenthümer Berchtesgaden und Salzburg wurden i. J. 1816 wieder an Oesterreich abgetreten; man vergl. den vorstehenden §. 42 Art. 1 (Seite 253 oben) und §. 43 Art. I. (Seite 258 oben.)
1810	durch Vertrag mit Würtemberg e)	einige vormals k. würtembergische Besitzungen.	
1810	durch Vertrag mit Würzburg f)	einige vormals großherzogliche Besitzungen.	
1814	durch Vertrag mit Oesterreich g)	1) das Großherzogthum Würzburg, 2) das Fürstenthum Aschaffenburg.	
1816	durch Vertrag mit Oestreich und den Frankfurter Territorial-Rezeß h)	A. Auf dem linken Rheinufer 1) die Bezirke von Zweybrücken, Kaiserslautern u. Speyer; letztere mit Ausnahme von Worms und Pfedersheim,	

a) Man vergl. den vorstehenden §. 31 Art. I. (S. 232 oben).
b) Man vergl. den vorstehenden §. 31 Art. VI. (S. 233 oben).
c) Man vergl. den vorstehenden §. 31 Art. II. (S. 232 oben).
d) Man vergl. den vorstehenden §. 31 Art. VI. (S. 233 oben).
e) Man vergl. den vorstehenden §. 37 (S. 241 oben).
f) Man vergl. den vorstehenden §. 40 und 41 (S. 252 oben).
g) Man vergl. den vorstehenden §. 42 Art. II. (Seite 253 oben).
h) Man vergl. den vorstehenden §. 43 Art. II. (S. 259 oben) und namentlich auch die Note e zu dem Art. 4 des nämlichen Paragraphs. (S. 262 oben).

Zeit der Erwerbung.	Titel der Erwerbung.	Objecte.	Bemerkungen.
1816	durch Vertrag mit Oesterreich und den Frankfurter Territorial-Rezeß.	2) den Canton Kirchheim-Bolanden, im Bezirke von Alzei, 3) die Cantone Waldmohr, Blieskastel u. Kusel, letztere mit Ausnahme von Schwarzerden, Reichweiler, Pfeffelbach, Ruthweiler, Burglichtenberg u. Thellichtenberg; im Canton St. Wendel, die Orte: Saale, Niederkirchen, Bubach, Meeth, Hoff u. Ostnabrücken; in dem Canton Grumbach, die Orte: Echenau u. St. Julien, 4) Canton, Stadt u. Festung Landau, 5) die Cantone Bergzabern, Langenkastel u. den ganzen Antheil des Departements Niederrhein am linken Lauterufer, welcher im Pariser Tractat vom 20. Nov. 1815 von Frankreich abgetreten worden ist. B. Auf dem rechten Rheinufer: 1) die vormaligen Fuldischen Aemter Hammelburg, mit Tulba und Saleck, Brückenau mit Motten, Weyhers mit Ausnahme der Dörfer Melters und Haterroth, so wie denjenigen Theil des Amts Bieberstein, welcher die Orte Batten, Brand, Dietges, Findlos, Liebhart, Melperz, Oberbernhardt mit Steinbach, Saiferz und Thaiden begreift; 2) das vom Bayer. Gebiet umgebene österreichische Amt Redwitz.	
1819	durch den Frankfurter Territorial-Rezeß a)	den nördlich von der Lengfurt Würzburger Strasse gelegenen Theil des Amtes Werthheim.	
1819	durch Vertrag b)	das Amt Steinfeld.	

a) Man vergl. die Note c zum Art. 4 im vorstehenden §. 43 (S. 262 oben).

b) Man vergl. den vorstehenden §. 58.

Zweiter Abschnitt.

Eintheilung des Staatsgebietes.

Erster Titel.

Eintheilung des Königreichs in 15 Kreise vom 21. Juni 1808.

I. Allerhöchste Verordnung vom 21. Juni 1808.

§. 59.

M. J. K.

Vermög der Constitution Unsers Reiches, I. Titel §. 4 a), soll ohne Rücksicht auf die bisher bestandene Eintheilung in Provinzen das ganze Königreich in möglichst gleiche Kreise mit Rücksicht auf die natürlichen Gränzen eingetheilt werden.

§. 59. Kreiseintheilung vom 21. Juni 1808.

Indem Wir hiebei den Zweck vor Augen hatten, Unsere lieben und getreuen Unterthanen aller Theile des Reiches mit dem wohlthätigen Bande eines gemeinschaftlichen Vaterlandes zu umfassen, haben Wir zugleich dahin getrachtet, ihnen die Vortheile näher gelegener unmittelbarer Administrations-Behörden zu verschaffen, und diejenigen Bezirke, welche durch gleichere Sitten und die Gewohnheit langer Jahre, oder durch die von der Natur selbst bezeichneten Lage näher miteinander verbunden sind, in ihrer engeren Vereinigung zu belassen.

Von diesen Grundsätzen geleitet, haben Wir beschlossen, Unser gesammtes Reich in folgende Kreise einzutheilen:

I. Mainkreis,
mit der Hauptstadt Bamberg.

Dieser begreift in sich die Landgerichte: Lauenstein, Teuschnitz, Kronach, Stadtsteinach, Weismain, Lichtenfels, Banz, Gleusdorf, Hallstadt, Scheßlitz, Zeil, Schweinfurt, Sulzheim, Ebrach, Burgebrach, Bamberg I, Bamberg II, Höchstädt, Ebermannstadt und Weischenfeld.

---

a) Man vergl. die zweite Abtheilung §. 1.

II. Pegnitzkreis,
mit der Hauptstadt Nürnberg.

Dieser umfaßt die Landgerichte und Aemter: Forchheim, Neunkirchen am Brand, Pottenstein, Bezenstein, Hilpoltstein, Gräfenberg, Schnaitach, Velden, Hersbruck, Reicheneck, Lauf, Altdorf, Stadt Nürnberg, Fürth, Feucht, Schwabach, Kadolzburg.

III. Nabkreis,
mit der Hauptstadt Amberg.

Dieser besteht aus den Landgerichten: Waldsassen, Tirschenreuth, Kemnath, Neustadt, Parkstein, Eschenbach, Treßwiz und Pleistein, Neunburg vor dem Wald, Waldmünchen, Nabburg, Amberg, Sulzbach und Pfaffenhofen.

IV. Rezatkreis,
mit der Hauptstadt Ansbach.

Dieser besteht aus den Aemtern: Marksteft, Uffenheim, Rothenburg I, Rothenburg II, Leutershausen, Creilsheim, Feuchtwang, Dinkelsbühl, Wassertrüdingen, Gunzenhausen, Herrieden, Ansbach, Aurach, Lichtenau, Windsbach und Viernsberg; dann den Mediat-Gebieten von Hohenloh-Schillingsfürst und Kirchberg, Schwarzenberg, Wiesentheid, Castell und Limpurg-Speckfeld.

V. Altmühlkreis,
mit der Hauptstadt Eichstädt.

Dieser enthält die Landgerichte und Aemter: Neumarkt, Hilpoltstein, Roth, Abenberg, Spalt, Pleinfeld, Ellingen, Weissenburg, Heidenheim, Stauf und Geyer, Raitenbuch, Beilengries, Kipfenberg, Eichstädt, Riedenburg, Ingolstadt, Karlskron, Neuburg, Rain, Donauwörth, Monnheim und die Grafschaft Pappenheim.

VI. Der Oberdonaukreis,
mit der Hauptstadt Ulm

ist zusammengesetzt aus den Landgerichten: Nördlingen, Höchstädt [a]), Wertingen, Dillingen [b]), Burgau, Günzburg, Roggenburg, Illertißen, Söflingen, Elchingen, Alpeck, Geislingen, dann den Besitzungen der Herrn Fürsten Oettingen-Spielberg, Oettingen-Wallerstein und Thurn und Taxis und der Grafen Fugger-Kirchberg, Weisenhorn, Glött und Nordendorf.

VII. Der Lechkreis,
mit der Hauptstadt Augsburg

bildet sich aus den Landgerichten: Schrobenhausen, Aichach, Friedberg, Göggingen, Zusmarshausen, Ursberg, Schwabmünchen, Landsberg, Buchlohe, Türkheim, Mindelheim, Kaufbeuern, Ottobeuern, Stadt Memmingen, dann den Mediat-Besitzungen des Herrn Fürsten Fugger-Babenhausen, Graf Fugger-Kirchheim und den Herrschaften Burheim, Winterrienen, Thannhausen und Edelstetten.

a et b) Die Landgerichte Höchstädt und Dillingen wurden unter dem 11. Jänner 1809 in drei Landgerichte „Höchstädt, Dillingen und Lauingen" aufgelöst. S. d. nachst. §. 60.

VIII. Der Regenkreis a),
mit der Hauptstadt Straubing

faßt in sich die Landgerichte: Cham, Wetterfeld, Burglengenfeld, Parsberg, Hemau, Kellheim, Abensberg, Pfaffenberg, Stadt am Hof, Straubing, Mitterfeld, Viechtach und Kötzting.

IX. Der Unterdonaukreis b),
mit der Haupstadt Passau

enthält die Landgerichte: Regen, Schönberg, Wolfstein, Wegscheid, Passau, Vilshofen, Griesbach, Pfarrkirchen, Landau und Deggendorf.

X. Der Isarkreis,
mit der Hauptstadt München

enthält die Landgerichte: Pfaffenhofen, Moosburg, Landshut, Erding, Freysing, Dachau, München, Schwaben, Starnberg, Wolfrathshausen, Miesbach, Weilheim, Tölz und Werdenfels.

XI. Der Salzachkreis,
mit der Hauptstadt Burghausen

besteht aus den Landgerichten: Vilsbiburg, Eggenfelden, Simbach, Mühldorf, Burghausen, Wasserburg, Troßburg, Rosenheim, Traunstein und Reichenhall.

XII. Der Illerkreis,
mit der Hauptstadt Kempten

umfaßt die Landgerichte: Leutkirch, Grönenbach, Obergünzburg, Oberdorf, Schongau, Füssen, mit dem Amte Vils-Sonthofen, Kempten, Immenstadt, Weiler, Wangen, Ravensburg, Tetnang, Buchhorn, Lindau, Bregenz, Inner-Bregenzerwald, Dornbirn, Feldkirch, Sonnenberg, Montafon.

XIII. Der Innkreis c),
mit der Hauptstadt Innsbruck

bildet sich aus den Landgerichten: Kufstein mit dem Amte Auerburg, Ratenberg, Schwatz, Innsbruck, Reute, Telfs, Landeck und Fürstenburg.

---

a et b) Unter dem 8. Jänner 1810 erfolgte die Zutheilung einiger Ortsbezirke von dem Unterdonau-Kreise zu dem Regen-Kreise. (Reg. Bl. S. 38 u. 39.)

c) Die Landgerichtseintheilung des Innkreises erlitt später mehrere Veränderungen. Am 11. Jänner 1809 (Reg. Bl. S. 108) wurde das Landgericht Kufstein in die Landgerichte Kufstein und Kitzbühl abgetheilt; am 18. Nov. 1809 (Reg. Bl. v. J. 1810 S. 241) wurden ferner fünf neue Landgerichte zu Hall, Steinach, Silz, Imst und Glurns; dann am 31. Aug. 1810 (Reg. Bl. S. 920) weitre zwölf Landgerichte zu Stubay, Ried, Schlanders, Passayer, Lana, Sarenthal, Kastelruth, Sterzing, Mühlbach, Ennenberg, Taufers und Welsberg errichtet. — Die hierüber sprechenden Allerhöchsten Verordnungen sind nicht aufgenommen; weil die betreffenden Gebietstheile seitdem wieder von Bayern abgetrennt und an Oesterreich abgetreten wurden.

XIV. Der Eisackkreis [a]),
mit der Hauptstadt Brixen

begreift in sich die Landgerichte: Meran, Botzen, Klausen, Brixen, Brunegg, Sillian und Linz.

XV. Der Etschkreis [b]),
mit der Hauptstadt Trient

enthält die Landgerichte: Cles, Male, Welschmez, Vezzano, Trient, Civezzano, Pergine, Levico, Cavalese, Roveredo, Riva, Stenico, Condino und Tione.

Gegenwärtige neue Teritorial-Eintheilung Unseres Reiches lassen Wir hiemit durch das Regierungsblatt mit dem Befehle zur allgemeinen Kenntniß bringen, daß vom 1. Oktober des gegenwärtigen Jahres anfangend, mit welchem Zeitpuncte dieselbe in allen Verwaltungszweigen in Wirksamkeit gesetzt wird, in allen öffentlichen Verhandlungen keine andere Benennungen, als wie sie oben bezeichnet sind, gebraucht und die bisherigen Provincial-Benennungen durchgehends unterlassen werden sollen.

München den 21. Juni 1808.

Reg. Bl. v. J. 1808. St. XXXIII. S. 1431.

II. Abändernde Bestimmungen zu der vorstehenden allerhöchsten Verordnung vom 24. Juni 1808.

§. 60.

§. 60. Errichtung des Landgerichts Lauingen.

(Die Abtheilung der Landgerichte Höchstädt und Dillingen in drei Landgerichte: zu Höchstädt, Dillingen und Lauingen betr.)

M. J. K.

Durch die zu grosse Ausdehnung und unterbrochene Lage des Landgerichts Höchstädt [c]) im Oberdonau-Kreise haben Wir Uns bewogen gefunden, diesem und dem Landgerichte Dillingen eine andere Eintheilung zu geben und solche in drei Landgerichte aufzulösen, welche ihre Sitze in Höchstädt, Dillingen und Lauingen haben sollen.

München den 11. Jänner 1809.

Reg. Bl. v. J. 1809. St. V. S. 101.

---

a) Die Landgerichtseintheilung dieses Kreises ward unter dem 31. August 1810 (Reg. Bl. S. 920) mehrfach geändert. — Da jedoch dieser Kreis seitdem wieder an Oesterreich abgetreten wurde, so konnte die Aufnahme der betreffenden Allerhöchsten Verordnungen füglich unterbleiben.

b) Aus dem Landgericht Trient wurden unter dem 22. Jänner 1809 (Reg. Bl. S. 156) aufgelöst. Die hierüber sprechende Allerhöchste Verordnung ist nicht aufgenommen; weil auch der Etschkreis nunmehr an Oesterreich abgetreten ist.

c) Man vergl. im vorstehenden §. 59 den Abschnitt Nr. VI.

Zweiter Titel.

Eintheilung des Königreichs in 9 Kreise vom 23. Sept. 1810.

I. Allerhöchste Verordnung vom 23. Sept. 1810.

§. 61.

(Die Territorial-Eintheilung des Königreichs betr.)

M. J. K.

Nachdem einerseits durch die neueren politischen Verhältnisse die Gränzen Unseres Reiches verschiedene Veränderungen, theils durch Abtretungen, theils durch Zuwachs erlitten haben, andererseits die Verschmelzung mehrerer zuvor fremdartiger Gebietstheile in die bisherigen Kreise durch einen wohlthätigen Uebergang es erleichtert hat, zur Vereinfachung der Verwaltung grössere Territorialmassen zu bilden; §. 61. Kreiseintheilung vom 23. Sept. 1810.

so haben Wir nach vorgängiger Prüfung der verschiedenen Uns hierüber vorgelegten Pläne beschlossen, Unser Reich nunmehr in neun Kreise einzutheilen, nämlich:

1) in den Mainkreis,
2) „ „ Rezatkreis,
3) „ „ Regenkreis,
4) „ „ Ober-Donaukreis,
5) „ „ Unter-Donaukreis,
6) „ „ Illerkreis,
7) „ „ Isarkreis,
8) „ „ Salzachkreis,
9) „ „ Innkreis.

I. Mainkreis.

Der Mainkreis besteht aus

a) dem bisherigen Mainkreise a), nach Abgang der an das Großherzogthum Würzburg abgetretenen Gebietstheile und des Landgerichts Höchstadt, welches dem Rezatkreis zugetheilt wird;

b) aus dem, von dem Großherzogthum Würzburg cedirten Landesstriche an der sachsen-coburgischen Gränze;

c) aus dem Landgerichte Pottenstein, von dem bisherigen Pegnitzkreise;

d) aus dem Fürstenthum Baireuth oberhalb Gebirgs b), welches jedoch rücksichtlich der Finanz-Verwaltung noch abgesondert behandelt wird;

---

a) Man vergleiche den vorstehenden §. 59. nr. I.; wobei zu bemerken kommt, daß unter dem 2. Dez. 1813 die Landgerichte Banz und Hallstadt aufgelöst wurden. (Man vergl. den nachstehenden §. 64.)

b) Die Organisation der Landgerichte in diesem Gebietstheile erfolgte unter dem 6. Jäner u. 6. April 1812. (Man vergl. die nachstehenden §§. 62 u. 63.)

e) aus den Landgerichten Eschenbach, Kemnath, Waldsassen, Tirschenreuth und Neustadt an der Nab von dem bisherigen Nabkreise.

Der Sitz des General-Kreiscommissariats ist in Baireuth, der Sitz des Appellationsgerichts in Bamberg.

II. Rezatkreis.

Der Rezatkreis enthält

a) den bisherigen Rezatkreis a) mit Ausnahme der an die Krone Würtemberg und das Großherzogthum Würzburg abgetretenen Gebietstheile;

b) das bisher würzburgische Amt Schlüsselfeld;

c) das Landgericht Höchstadt vom Mainkreise;

d) das Fürstenthum Baireuth unterhalb Gebirgs b), wobei rücksichtlich der Finanzverwaltung die obige Bestimmung wiederholt wird;

e) den bisherigen Pegnizkreis, mit Ausnahme des an den Mainkreis abzugebenden Landgerichts Pottenstein.

Der Sitz des General-Kreiscommissariats, so wie des Appellationsgerichts ist in Ansbach.

Die Stadt Nürnberg erhält einen eigenen Commissär.

III. Regenkreis.

Der Regenkreis wird zusammengesetzt aus:

a) dem bisherigen Regenkreise c), mit Ausnahme der Landgerichte Viechtach, Mitterfels und Straubing, welche dem Unterdonaukreise zugetheilt werden. Die westlich gelegenen Patrimonialgerichte des Landgerichts Mitterfels verbleiben jedoch bei dem Regenkreise;

b) der Stadt und dem Fürstenthum Regensburg d), nebst dem Amte Hohenburg;

c) den Landgerichten Sulzbach, Pfaffenhofen, Amberg, Nabburg, Treswiz, Neunburg vor dem Wald und Waldmünchen vom bisherigen Nabkreise;

d) dem Landgerichte Riedenburg vom bisherigen Altmühlkreise.

Der Sitz des General-Kreiscommissariats ist in Regensburg, der Sitz des Appellationsgerichts in Amberg.

---

a) Man vergl. den vorstehenden §. 59. nr. IV. Ueber einige Ortszutheilungen zwischen dem Rezat- und Regenkreis vergl. man das Reg. Bl. v. J. 1813. S. 1260.

b) Ueber die Landgerichts-Eintheilung des Fürstenthums Baireuth unterhalb Gebirgs. Man vergl. den nachstehenden §. 65.

c) Man vergl. den vorstehenden §. 59. nr. VIII. Das Landgericht Beilngries wurde später nach Greding verlegt. Man vergl. den nachstehenden §. 69.

d) Die Landgerichts-Eintheilung dieses Fürstenthums erfolgte am 20. Febr. 1811. Man vergl. den nachstehenden §. 66.

IV. Ober-Donaukreis.

Der Ober-Donaukreis bildet sich aus folgenden Bestandtheilen:

a) von dem bisherigen Oberdonaukreise [a]) die Landgerichte Lauingen, Dillingen, Höchstädt, Burgau, Wertingen und Nördlingen, die Besitzungen der Grafen Fugger-Glött und Nordendorf, dann die fürstlich-öttingenschen Besitzungen, nach Abzug der an die Krone Würtemberg überwiesenen Gebietstheile [b]);

b) das bisher königl. würtemb. Amt Weiltingen;

c) den bisherigen Altmühlkreis [c]) mit Ausschlusse des an den Regenkreis übergehenden Landgerichts Riedenburg;

d) die Landgerichte Zusmarshausen und Göggingen, dann die Stadt Augsburg von dem bisherigen Lechkreise [d]).

Der Sitz des General-Kreiscommissariats ist in Eichstädt, der Sitz des Appellationsgerichts in Neuburg.

Die Stadt Augsburg erhält einen besondern Commissär.

V. Unter-Donaukreis.

Der Unter-Donaukreis begreift in sich:

a) den bisherigen Unter-Donaukreis; [e])

b) die Landgerichte Viechtach, Mitterfels und Straubing vom bisherigen Regenkreise, mit Ausnahme der westlich gelegenen Patrimonialgerichte des Landgerichts Mitterfels, welche bei dem Regenkreise verbleiben;

c) das Landgericht Eggenfelden, vom bisherigen Salzachkreise;

d) den ganzen Umfang des ehemaligen Landgerichts Schärding nebst dem an dasselbe gränzenden Theile des Hausruckviertels [f]) und dem Amte Obernberg.

Der Sitz des General-Kreiscommissariats ist in Passau, und des Appellationsgerichts in Straubing.

---

a) Man vergl. den vorstehenden §. 59. nr. VI. Ueber die Zutheilung des Ortes Untermotzing und d. Haardhöfe zum Unterdonau-Kreise vergl. das Reg. Bl. v. J. 1811. S. 856.

b) Man vergl. den vorstehenden §. 37. (S. 241 oben.)

c) Man vergl. den vorstehenden §. 59. nr. V.

d) Dem Oberdonau-Kreise wurde auch später noch das Landgericht Günzburg zugetheilt und mit letzterm das Landgericht Elchingen vereinigt. (Man vergl. die nachstehenden §§. 67 u. 68.) Das Landgericht Raitenbuch ward nach Greding verlegt (§. 69. unten.)

e) Man vergl. den vorstehenden §. 59. nr. IX.

f) Die Landgerichts-Eintheilung im Hausruck-Viertel erfolgte am 11. Dez. 1810, (Reg. Bl. S. 1393.) wonach dem Unterdonau-Kreise die Landgerichte: Obernberg, Schärding, Wiechtenstein, Waizerkirchen zugetheilt wurden; die jedoch im Jahre 1816 wieder an Oestreich abgetreten wurden.

VI. Illerkreis.

Der Illerkreis wird zusammengesetzt aus:

a) dem bisherigen Illerkreise a), nach Abzug der an die Krone Würtemberg übergehenden Gebietstheile b);

b) den abgetretenen würtembergischen Parzellen;

c) dem Landgerichte Reutte, vom bisherigen Innkreise;

d) den Landgerichten Ursberg, Schwabmünchen, Mindelheim, Türkheim, Buchloe, Kaufbeuern, Ottobeuern nebst Memmingen, dann den Mediat-Besitzungen von Fugger-Babenhausen, Fugger-Kirchberg, Buxheim, Winterrieden, Thanhausen und Edelstetten vom bisherigen Lechkreise;

e) den Landgerichten Günzburg, Elchingen c), Roggenburg und Illerdissen, nebst den Besitzungen des Grafen Fugger-Kirchberg und Weißenhorn, mit Ausschlusse der an die Krone Würtemberg cedirten Gebietstheile d).

Der Sitz des General-Kreiscommissariats ist in Kempten und des Appellationsgerichts in Memmingen.

VII. Isarkreis.

Der Isarkreis besteht aus folgenden Bestandtheilen:

a) dem bisherigen Isarkreise e) mit Ausnahme des an den Innkreis abzugebenden Landgerichts Wertenfels;

b) den Landgerichten Schrobenhausen, Aichach, Friedberg und Landsberg vom bisherigen Lechkreise;

c) den Landgerichten Vilsbiburg, Mühldorf, Wasserburg, Trosburg und Rosenheim vom bisherigen Salzachkreise.

Der Sitz des General-Kreiscommissariats und des Appellationsgerichts ist in München.

VIII. Salzachkreis.

Der Salzachkreis enthält:

a) vom bisherigen Salzachkreise f) die Landgerichte Simbach, Burghausen, Traunstein und Reichenhall;

b) das Landgericht Kitzbühel vom bisherigen Innkreise;

---

a) Man vergl. den vorstehenden §. 59. nr. XII.

b) u. d) Man vergl. den vorstehenden §. 37. (S. 241 oben.)

c) Man vergl. über die Zutheilung des Landgerichts Günzburg an den Oberdonau-Kreis und Auflösung des Landgerichts Elchingen die nachstehenden §§. 67 u. 68.

e) Man vergl. den vorstehenden §. 59. nr. X. Der Sitz des Landgerichts Schwaben im Isarkreise wurde später nach Ebersberg verlegt (man vergl. den nachstehenden §. 70); ferner am 9. Mai 1812 das Dorf Handzell vom Oberdonau-Kreise getrennt und in das Landgericht Aichach im Isar-Kreise verwiesen. (Man vergl. d. Reg. Bl. v. J. 1812. S. 914.)

f) Man vergl. den vorstehenden §. 59. nr. XI.

c) das Fürstenthum Salzburg und Berchtesgaden g), mit Ausnahme des an den Innkreis übergehenden Zillerthales;

d) das bisherige Innviertel nebst dem abgetretenen Theile des Hausruckviertels h), mit Ausnahme dessen, was dem Unterdonaukreise zugewiesen ist.

Der Sitz des General-Kreiscommissariats ist in Salzburg und des Appellationsgerichts in Burghausen.

IX. Innkreis.

Der Innkreis begreift in sich:

a) den bisherigen Innkreis, mit Ausnahme der Landgerichte Reutte und Kitzbühel, deren ersteres dem Illerkreise, letzteres dem Salzachkreise zugetheilt wird;

b) das Landgericht Wertenfels vom Isarkreise;

c) das bisher salzburgische Zillerthal;

d) den bisherigen Eisackkreis, nach Abzug dessen, was an die Krone Italien und an die illyrischen Provinzen abgetreten worden.

Der Sitz des General-Kreiscommissariats und des Appellationsgerichts ist in Innsbruck.

Mit dieser neuen Territorial-Eintheilung wollen Wir zugleich folgende Bestimmungen verbinden:

1) Dieselbe soll bis zum 1. November l. J. durchgehends in Vollzug gesetzt seyn und daher unverzüglich allenthalben die nöthige Vorkehrung hiezu getroffen werden.

2) Bis dahin sind die Geschäfte vorschriftsmässig durch die dermaligen General-Kreiscommissariate und besonderen Hof-Commissionen fortzusetzen.

3) Ueber die Benennungen zu den Stellen wird besondere Allerhöchste Entschliessung erfolgen, wobei Unser Augenmerk seyn wird, das entbehrlich werdende Personal der eingehenden Kreise den künftig bestehenden zuzutheilen.

4) Die Instruction der General-Kreiscommissariate ist auch in Zukunft als Vorschrift zu beobachten, in so ferne nicht durch besondere Weisungen hierunter eine Abänderung angeordnet wird.

Gegenwärtige Entschliessung lassen Wir durch das allgemeine Regierungsblatt zur öffentlichen Kenntniß bringen.

München den 23. September 1810.

Reg. Bl. v. J. 1810. St. XLVII. S. 809.

---

g) u. h) Die Landgerichts-Eintheilung dieser Gebietstheile, die bereits wieder an Oesterreich abgetreten sind, erfolgte am 9. Jänner 1811. (Reg. Bl. S. 49.), 3. Juli 1811. (Reg. Bl. S. 850.) und 11. Dezember 1810. (Reg. Bl. S. 1393.)

II. Erläuternde und abändernde Bestimmungen zu der vorstehenden Allerhöchsten Verordnung vom 23. Sept. 1810.

A. Für den Main-Kreis.

§. 62.

(Die Organisation der Polizei- und Gerichts-Behörden in den neu erworbenen Gebietstheilen des Mainkreises betr.)

M. J. K.

§. 62 u. 63. Landgerichts-Eintheilung in dem Fürstenthume Baireuth oberhalb Gebirgs.

Wir haben auf die allerunterthänigsten Berichte Unsers General-Commissariats im Mainkreise, die Organisation der Polizei- und Gerichtsbehörden betreffend, und auf den Uns hierüber vorgelegten umständlichen Vortrag beschlossen und verordnen:

I.

Die in den neuerworbenen Gebietstheilen des Mainkreises, nämlich in dem ehemaligen Fürstenthume Baireuth oberhalb Gebirgs und in dem von dem Großherzogthume Würzburg an Uns übergegangenen Amte Tambach bestehenden untern Polizei- und Justizbehörden werden aufgelöst und an deren Stelle Polizei-Commissariate, Stadtgerichte und Landgerichte nach denjenigen Vorschriften gebildet, welche Wir in Unsern Allerhöchsten Edicten und Verordnungen vom 24. September *) und 24. Dezember 1808 über die Instruction der Polizei-Directionen und die Organisation derselben, dann vom 24. Juli und 3. Dezember des nämlichen Jahres über die Gerichtsverfassung und die Anordnung der Stadtgerichte und vom 31. August 1810 über die Landgerichts-Verfassung im Innkreise festgesetzt haben.

II.

In den Städten Baireuth und Hof sollen eigene Polizei-Commissariate und zwar in Baireuth ein Polizei-Commissariat der zweiten und in Hof ein Polizei-Commissariat der dritten Classe bestehen, so wie Wir deren Formation durch besondere allergnädigste Rescripte bereits angeordnet haben.

III.

In der Stadt Baireuth wird ausserdem noch ein Stadtgericht zweiter Classe errichtet.

IV.

Für die Polizei- und Justiz-Verwaltung auf dem platten Lande werden folgende neue Landgerichte constituirt:

1) Landgericht Culmbach erster Classe. Sitz: Stadt Culmbach. Bestandtheile:
   a) Das ehemalige Kammeramt Culmbach mit Einschluß der Stadt gleichen Namens.
   b) Vom Kammeramte Markt Schorgast die Steuer-Districte Kupferberg und Ludwigschorgast.
2) Landgericht Baireuth erster Classe. Sitz: Stadt Baireuth. Bestandtheile:
   a) Das bisherige Kammeramt Baireuth.

*) Die hier allegirten Verordnungen finden sich weiter unten bei den betreffenden Materien.

b) Das bisherige Kammeramt Weidenberg.

Die Abtheilung dieses Landgerichts in zwei besondere Sprengel wird vorbehalten.

3) Landgericht Pegnitz zweiter Classe. Sitz: Peguitz. Bestandtheile: das bisherige Kammeramt gleichen Namens.

4) Landgericht Gefrees erster Classe. Sitz: Gefrees. Bestandtheile:

a) Das Kammeramt Gefrees mit Ausnahme des Steuer-Districtes Stammbach.

b) Die Orte Kornbach und Haidlas von dem Kammeramte Wunsiedel;

c) Der Steuer-District Markt Schorgast von dem Kammeramte gleichen Namens.

5) Landgericht Münchberg erster Classe. Sitz: Münchberg. Bestandtheile:

a) Das ehemalige Kammeramt Münchberg;

b) Der Steuer-District Stammbach von dem Kammeramte Gefrees;

c) Die Steuer-Districte Marienweiher, Eppenreuth, Guttenberg und Markt Leugast.

6) Landgericht Naila erster Classe. Sitz: Naila. Bestandtheile: das bisherige Kammeramt Lichtenberg mit Ausschluß des Districts Kaulsdorf.

7) Landgericht Hof erster Classe. Sitz: Stadt Hof. Bestandtheile: das bisherige Kammeramt Hof mit Einschluß der Stadt.

8) Landgericht Wunsiedel erster Classe. Sitz: Stadt Wunsiedel. Bestandtheile: das Kammeramt gleichen Namens mit Einschluß der Stadt und mit Ausnahme der dem Landgerichte Gefrees zugetheilten Orte Kornbach und Haidlas.

Es wird vorbehalten, die beiden vorstehenden Landgerichte Hof und Wunsiedel auf geeignete Art in mehrere Sprengel abzutheilen.

9) Landgericht Seßlach, zweiter Classe. Sitz: Stadt Seßlach. Bestandtheile:

a) Die Reste des ehemaligen Landgerichts Gleusdorf;

b) Das Amt Tambach.

V.

Die noch übrigen Theile des ehemaligen Fürstenthums Baireuth oberhalb Gebirgs, über welche durch die vorstehenden Bestimmungen noch nicht disponirt ist, werden und zwar

1) das ehemalige Kammeramt Sanspareil dem Landgerichte Hollfeld einverleibt und

2) der District Kaulsdorf dem Landgerichte Lauenstein zur Respicienz überwiesen.

VI.

In Bezug auf die Criminal-Untersuchungen werden die neuen Landgerichte in nachstehende Criminal-Gerichts-Bezirke eingetheilt:

1) Bezirk Baireuth. Derselbe umfaßt die Stadt und das Landgericht Baireuth, dann die Landgerichte Culmbach und Pegniz.

2) Bezirk Hof. Derselbe besteht aus den Landgerichten Hof, Naila und Münchberg.

3) Bezirk Wunsiedel, welcher begreift die Landgerichte Wunsiedel und Gefrees.

Die Criminal-Untersuchungen in diesen Bezirken werden dem Stadtgerichte Baireuth und den Landgerichten Hof und Wunsiedel übertragen.

Das neue Landgericht Seßlach wird, was die Criminal-Untersuchungen betrifft, dem Stadtgerichte Bamberg zur Respicienz überwiesen.

VII.

Die alten Landgerichte des Mainkreises bleiben in ihrer gegenwärtigen Verfassung, sofern nicht dem einen oder dem andern ein Zuwachs ausdrücklich zugetheilt worden ist, in ihrem dermaligen Umfange bestehen; mit Ausnahme des Landgerichts Ebrach, welches aufgelöst und mit dem Landgerichte Burgebrach vereiniget wird.

VIII.

Diese Unsere Allerhöchsten Beschlüsse sollen längstens bis zum ersten März 1812 in vollständigen Vollzug gesetzt seyn und Unser General-Commissariat im Mainkreise hat diesemnach, rücksichtlich der Amts-Extraditionen und Uebernahmen, das Geeignete zu verfügen.

Ueber die Besetzung der Stellen mit dem etatsmässigen Personale werden Wir Unsere allergnädigsten Entschließungen besonders bekannt machen.

München den 6. Jänner 1812.

Reg. Bl. v. J. 1812. St. III. S. 172.

§. 63.

(Die weitere Landgerichts-Eintheilung im Mainkreise betr.)

M. J. K.

Wir haben in Unserer Allerhöchsten Entschliessung vom 6. Jänner l. J. die Organisation der Polizei- und Gerichtsbehörden in den neu erworbenen Gebietstheilen des Mainkreises betreffend a), die Abtheilung der dort constituirten Landgerichte Baireuth, Hof und Wunsiedel in mehrere Sprengel vorbehalten.

In Folge dieses Vorbehalts haben Wir nunmehr nach gutachtlicher Vernehmung Unseres General-Commissariats im Mainkreise beschlossen und verordnen, daß in dem Umfange der gedachten Landgerichte noch folgende neue Gerichtsbezirke gebildet werden sollen.

I.

Landgericht Weidenberg, III. Classe. Sitz: Weidenberg.

Dasselbe soll bestehen aus den zum dermaligen Landgerichte Baireuth gehörigen Steuer-Districten Weidenberg, Mengersreuth, Unterwarmensteinach, Görschnitz, Steinach, Seubottenreuth.

II.

Landgericht Rehau, II. Classe. Sitz: Rehau.

Die Bestandtheile desselben sind die Steuer-Districte Rehau, Rentschau, Regnitzlosau, Kautendorf, Oberkotzau, Schwarzenbach, Martinlamitz und Pilgramsreuth, welche dermal zum Landgerichte Hof gehören.

---

a) Man vergl. den vorstehenden §. 62.

III.

Landgericht Kirchenlamitz, III. Classe. Sitz: Kirchenlamitz.

Demselben werden zugetheilt die Steuer-Districte Kirchenlamitz, Niederlamitz, Markt Leuthen, Reicholsgrün, Weissenstadt, Voitsumra, Oberröslau und Neudes, sämmtlich dermalen vom Landgerichte Wunsiedel.

IV.

Landgericht Selb, II. Classe. Sitz: Selb.

Dieses Gericht wird aus dem dermal gleichfalls zum Landgerichte Wunsiedel gehörigen Steuer-Districte Selb, Laugenau, Erkersreuth, Schönwald, Weissenbach, Spielberg, Tebanz, Höchstadt, Thierstein und Hohenberg zusammengesetzt.

Unser General-Commissariat des Mainkreises hat die vorstehenden Beschlüsse unmittelbar nach der Benennung des Personals, worüber Wir noch besonders verfügen werden, in Vollzug zu setzen und wie solches geschehen allerunterthänigst anzuzeigen.

München den 6. April 1812.

Reg. Bl. v. J. 1812. St. XXIV. S. 742.

§. 64.

(Auflösung der Landgerichte Banz und Hallstadt im Mainkreise betr.)

Durch Allerhöchstes Rescript vom 2. Dez. l. J. haben Se. K. Majestät die Auflösung der Landgerichte Banz und Hallstadt beschlossen und bestimmt: daß

§. 64. Auflösung der Landgerichte Banz und Hallstadt.

1) dem Landgerichte Lichtenfels:

a) die sämmtlichen Steuer-Districte des bisherigen Landgerichts Banz, jedoch mit Ausnahme derjenigen, welche durch Rescript vom 29. Oct. l. J. dem neugebildeten Herrschaftsgerichte Banz a) zugewiesen sind;

b) die Steuer-Districte: Ebensfeld, Oberleiterbach und Klenkheim vom Landgerichte Hallstadt;

2) Dem Landgerichte Scheßlitz:

Die Steuer-Districte: Starkenschwind, Drosendorf, Zapfendorf, Oberoberndorf, Lauf, Zickshut, Breitengüßbach und Kemmern, sämmtliche vom Landgerichte Hallstadt;

3) dem Landgerichte Bamberg I.:

die Steuer-Districte: Hallstadt und Gundelsheim nebst Weigendorf von eben diesem Landgerichte Hallstadt;

4) dem Landgerichte Bamberg II.:

die Orte Oberhaid, Dörfleins, Johanneshof, Staffelbach, Unterhaid und Sandhof, gleichfalls vom Landgerichte Hallstadt, incorporirt werden sollen.

München den 2. Dezember 1813.

Reg. Bl. v. J. 1813. St. LXVI. S. 1554.

---

a) Man vergl. Reg. Bl. v. J. 1813. St. LIX. S. 1361.

B. Für den Rezat-Kreis.

§. 65.

(Die Organisation der Polizei- und Gerichtsbehörden in den neu erworbenen Gebietstheilen des Rezat-Kreises betr.)

M. J. K.

§. 65. Landgerichts-Eintheilung in dem Fürstenthume Baireuth unterhalb Gebirgs.

Wir haben auf die allerunterthänigsten Berichte Unsers General-Commissariats im Rezatkreise, die Organisation der Polizei- und Gerichtsbehörden betreffend, und auf den Uns hierüber vorgelegten umständlichen Vortrag beschlossen, die Anwendung Unserer Allerhöchsten Edicte und Verordnungen von dem 24. September *) und 24. Dezember 1808 über die Instruction und Organisation der Polizei-Directionen; dann vom 24. Julius und 3. Dezbr. desselben Jahres über die Gerichtsverfassung und die Anordnung der Stadtgerichte; endlich vom 31. August 1810 über die Landgerichts-Verfassung im Innkreise, auch auf die neu erworbenen Gebietstheile im Rezatkreise, namentlich auf das denselben einverleibte ehemalige Fürstenthum Baireuth unterhalb Gebirgs auszudehnen und bestimmen demnach:

I.

Die Stadt Erlangen wird mit einem Polizei-Commissariate zweiter Classe und mit einem Stadtgerichte der nämlichen Classe besetzt.

II.

Zur Verwaltung der Polizei und Justiz auf dem Lande werden folgende Landgerichte gebildet:

1) Landgericht Erlangen, erster Classe. Sitz: Stadt Erlangen. Bestandtheile: das ehemalige Kammeramt Frauenaurach mit Ausnahme der auf dem linken Regniz-Ufer gelegenen Steuer-Districte desselben und mit Ausnahme des Steuer-Districts Igensdorf.

2) Landgericht Herzogenaurach, zweiter Classe. Sitz: Stadt Herzogenaurach. Bestandtheile:

a) das Kammeramt gleichen Namens;

b) von dem Kammeramte Frauenaurach die auf dem linken Regniz-Ufer situirten Steuer-Bezirke Thurn, Röthenbach, Möhrendorf, Büchenbach, Frauenaurach und Sintmann.

3) Landgericht Markt Erlbach, erster Classe. Sitz: Markt Erlbach. Bestandtheile:

a) das bisherige Kammeramt Emskirchen;

b) das bisherige Kammeramt Neuhof.

4) Landgericht Neustadt erster Classe. Sitz: Stadt Neustadt. Bestandtheile: das ehemalige Kammeramt gleichen Namens, mit Einschluß der Stadt.

5) Landgericht Windsheim erster Classe. Sitz: Stadt Windsheim. Bestandtheile: das vormalige Kammeramt Ipsheim, mit Einschluß der Stadt Windsheim.

6) Landgericht Markt Bibart, zweiter Classe. Sitz: Markt Bibart. Bestandtheile:

a) Das Kammeramt Markt Bibart;

*) Die hier allegirten Verordnungen finden sich weiter unten bei den betreffenden Materien.

b) von dem bisherigen Landgerichte Markt Scheinfeld die fürstlich Schwarzenbergischen Besitzungen.

7) Landgericht Iphofen, zweiter Classe. Sitz: Stadt Iphofen. Bestandtheile:

a) Kammeramt gleichen Namens mit den Districten Willanzheim, Tiefenstockheim und Mönchsfontheim;

b) die gräflich Limburg-Speckfeld'schen und Kastellschen Besitzungen.

III.

Diejenigen neuen Gebietstheile, worüber in den vorstehenden Anordnungen noch keine Bestimmung getroffen ist, werden den nächstgelegenen ältern Landgerichten einverleibt, nämlich:

1) das von dem Großherzogthume Würzburg übernommene Amt Schlüsselfeld dem Landgerichte Stadt Höchstadt,

2) der zu dem Kammeramte Frauenaurach gehörig gewesene Steuer-District Igensdorf, nach seinen vier Sectionen, dem Landgerichte Neunkirchen;

3) das Kammeramt Wöhrd dem Landgerichte Nürnberg.

IV.

Aus den benannten neu constituirten Landgerichten werden nachstehende Criminal-Gerichtsbezirke formirt:

1) Bezirk Erlangen. Bestandtheile: die Stadt und das Landgericht Erlangen, das Landgericht Herzogenaurach und Markt Erlbach.

2) Bezirk Neustadt. Bestandtheile: die Landgerichte Neustadt, Windsheim, Markt Bibart und Iphofen.

Die Criminal-Untersuchungen in diesen Bezirken werden von dem Stadtgerichte Erlangen und dem Landgerichte Neustadt geführt.

V.

Alle übrigen ältern Landgerichte des Rezatkreises behalten ihren dermaligen Umfang und ihre gegenwärtige Verfassung, mit Ausnahme des Landgerichts Markt Scheinfeld, welches nach den bereits ausgesprochenen Zutheilungen seiner Bestandtheile an die neuen Landgerichte Markt Bibart und Iphofen, ganz aufgehoben wird.

VI.

Wir wollen diese Unsere Allerhöchsten Beschlüsse längstens bis zum 1. März 1812 vollständig vollzogen wissen und befehlen deshalb Unserm General-Commissariate des Rezatkreises die geeigneten Verfügungen zu treffen, damit bis dahin sämmtliche in dem Fürstenthume Baireuth unterhalb Gebirgs und in dem Amte Schlüsselfeld dermal bestehenden untern Polizei- und Justizbehörden aufgelöst und an ihre Stelle die von Uns angeordneten Polizei-Commissariate, Stadt- und Landgerichte, nach vorgängigen ordentlichen Amt-Extraditionen, in Activität gesetzt sind. —

München den 6. Jänner 1812.

Reg. Bl. v. J. 1812. St. III. S. 177.

C. Für den Regen - Kreis.

§. 66.

(Die Aemter-Eintheilung in dem ehemaligen Fürstenthume Regensburg betr.)

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

§. 66. Landgerichts-Eintheilung im Fürstenthume Regensburg.

Se. Majestät der König haben Sich über die neue Eintheilung der Aemter in den vormals regensburgischen Gebietstheilen auf den Bericht der k. Hofcommission zu Regensburg vom 16. Jänner l. J. weitern Vortrag erstatten lassen und beschliessen nunmehr über das Ganze Folgendes:

I.

Es hat vordersamst bei den Bestimmungen der Allerhöchsten Entschliessung vom 22. Dezember v. Js. über die Bildung des Polizei- und Gerichtsbezirks der Stadt Regensburg a) und der Vereinigung des Amtes Hohenburg mit dem Landgerichte Parsberg lediglich sein Bewenden.

Es sollen jedoch die zu Regensburg geschlagenen Orte Weichs, Rheinhausen und Pfaffelstein wegen ihrer Local-Verhältnisse mit dem unten bemerkten neuen Landgerichte Regenstauf, das Ort Prüll aber mit dem neuen Landgerichte Barbing verbunden werden. Der District der Stadt Regensburg besteht hiernach aus:

der Stadt Regensburg mit ihrem alten Burgfrieden; aus Stadtamhof, Steinweg und Kumpfmühl.

II.

Das bisherige Landgericht Stadtamhof soll aus seinen auf der rechten Seite der Donau gelegenen Ortschaften in ein neues Landgericht umgeschaffen und der Sitz desselben nach Barbing verlegt werden, von welchem es auch seinen Namen erhält.

Dasselbe soll bestehen:

1) aus seinen bisherigen Steuer-Districten: Gemünd, Griesau, Schönach, Mötzing, Sünching, Aufhausen, Hellkofen, Riekofen, Pfatter, Teimering, Moosham, Langenehrling, Alteneglofsheim, Köfering, Mintraching, Niedertraubling, Ettheim, Sarching, Harting, Pfellkofen, Hagelstadt, Hauß, Thalmaßing, Luckenpoint, Obertraubling, Gebellkofen, Hinkofen, Burgmeinting, Oberißling.

2) aus dem bisher zum Amte Donaustauf gehörigen Dorfe Friesheim;

3) aus dem Landgericht pfaffenbergischen Orten: Einhausen, Mauern und Rocking, welche bereits dem obenbenannten Steuer-Districte Pfellkofen incorporirt sind.

Dagegen sollen:

4) die Orte Pinkofen und Hörgelsdorf dem Landgerichte Pfaffenberg und der Ort Maßing dem Landgerichte Kellheim zufallen, in deren Steuerbezirke sie bereits aufgenommen sind.

---

a) Diese Verordnung bestimmt, daß die Stadt „Stadtamhof," dann die Dörfer Steinweg, Kumpfmühl, Weichs, Rheinhausen, Prüll und Pfaffelstein dem Stadtgerichte und der Polizeidirection der Stadt Regensburg untergeben seyn sollen. Reg. Bl. v. J. 1810. S. 1456.

Die Criminal-Gerichtsbarkeit über dieses Landgericht wird dem Stadtgerichte zu Regensburg übertragen.

Das Rentamt bleibt nach dem neu formirten Umfange des Landgerichtes einsweilen noch ferner in Pfatter bestehen.

III.

Auf der linken Seite der Donau soll zu einer zweckmässigen Verminderung des sehr großen Landgerichts Burglengenfeld und zur Aufnahme mehrerer auf dem linken Donauufer gelegenen Orte des bisherigen Landgerichts Stadtamhof ein neues Landgericht etablirt werden, welches zu Regenstauf seinen Wohnsitz nimmt.

Es schließt sich solches gegen Süden an die Donau und das Gebiet der Stadt Regensburg an; zieht sich gegen Westen an den Nabfluß und das Landgericht Kellheim hin; durchschneidet von dem Nabfluß an gegen Norden das Landgericht Burglengenfeld, über Haizenhausen und Aichelberg bis an den Regenfluß, und nimmt hier die alte Gränze des ehemaligen Gerichts Hainsacker und des vorigen Landgerichts Regenstauf wieder ein. Gegen Osten gränzt es sodann an einen Theil des Landgerichts Wetterfeld und erstreckt sich an den Gränzen der bisherigen Herrschaft Donaustauf oder des künftigen Landgerichts Wörth bis wieder an die Donau herunter.

Seine Bestandtheile sind:

1) von dem bisherigen Landgerichte Burglengenfeld: die Steuer-Districte Regenstauf, Karlstein, Heilinghausen, Hackenberg, Petenreuth, Küru, Steinrinnen, Bernardswald, Hölzelhof, Haunzenstein, Regendorf, Oppersdorf, Pettendorf, Piehlenhofen, Hainsacker, Schwaighausen, Wolfseck und Eilbrunn;

2) von dem bisherigen Landgerichte Stadtamhof: die Steuer-Districte Schönberg, Grünthal, Zeitlarn, Salern, Rheinhausen, Tegernheim, Kneiting und Kareth.

Die Criminal-Gerichtsbarkeit soll auch über das Landgericht Regenstauf dem Stadtgerichte zu Regensburg zustehen.

Dagegen soll provisorisch das Rentamt von Regenstauf mit dem Rentamte zu Burglengenfeld vereinigt werden, mit dem Vorbehalt, ersteres künftig nach Stadtamhof zu verlegen und mit dem Rentamte Regensburg zu verbinden.

IV.

Aus den bisher regensburgischen Aemtern Donaustauf und Wörth soll mit Zuschlagung einiger auf dem linken Donauufer befindlichen Parzellen des bisherigen Gerichts Stadtamhof und eines Avulsi vom Landgerichte Mitterfels, das neue Landgericht zu Wörth zusammengesetzt werden.

Seine Gränzen sind: gegen Westen die östliche Seite des neuen Landgerichts Regenstauf; gegen Norden das Landgericht Wetterfeld; gegen Osten das Landgericht Mitterfels, nach einer neuen Linie, welche da anfängt, wo das Landgericht Kamm nördlich mit den Steuer-Districten Regelsmais und Schönstein zusammenhängt und sich sodann zwischen

1) den auf mitterfelsischen Seite bleibenden Steuer-Districten Schönstein, Hauckenzell, Falkenfels und Kößnacht; dann

2) den zu Wörth gewiesenen Steuer-Districten Regelsmais, Zinzenzell, Wiesenfelden und Saulburg, an der Kößnacht bis an die Donau herumzieht, welche nun gegen Süden die Gränze schließt. Es erhält zu Bestandtheilen:

a) sämmtliche Orte in den bisher regensburgischen Landgerichten Donaustauf und Wörth, mit Ausnahme des oben zum Landgerichte Barbing repartirten Dorfes Friesheim;

b) von dem bisherigen Landgerichte Stadtamhof: auf der linken Seite der Donau die Steuer-Districte Altenthann und Adelmannstein, die ehemaligen Herrschaften Wiesent, Ober- und Unterbrennberg und mehrere Unterthanen in bisher Mitterfelsischen nun Wörth zugetheilten Steuer-Districten;

c) von dem bisherigen Landgerichte Mitterfels: die Steuer-Districte Prennberg, Frankenberg, Singenstein, Frauenzell, Haag, Rettenbach, Erpfenzell, Falkenstein, Au, Weihern, Zell, Bölling, Dörflarn, Michelsneukirchen, Regelsmais, Saulburg, Wiesenfelden und Zinzenzell.

Das Landgericht Wörth bildet die Gränze des Regenkreises gegen den Unterdonaukreis, in welchem das Landgericht Mitterfels ferner verbleibt.

Das Landgericht zu Wörth übt seine Criminal-Gerichtsbarkeit selbst aus. Es erhält auch in Wörth den Sitz eines eigenen Rentamtes.

Der k. Hofcommission zu Regensburg in Gemeinschaft mit dem k. General-Commissär des Regenkreises wurde anbefohlen, die Polizei-Direction zu Regensburg und die neu normirten Landgerichte, deren Personal-Besetzung unverzüglich nachfolgen wird, unter Mittheilung der örtlichen Verzeichnisse nach vorstehenden Bestimmungen überall gehörig einzuweisen.

München den 20. Februar 1811.

Ministerium des Innern.

Reg. Bl. v. J. 1811 St. XV. S. 293.

D. Für den Oberdonau-Kreis.

§. 67.

(Die Gränze zwischen dem Iller- und Oberdonaukreise betr.)

§. 67. Zutheilung des Landgerichts Günzburg an den Oberdonau-Kreis.

M. J. K.

Wir haben Uns bewogen gefunden, die Gränzen zwischen dem Iller- und Oberdonaukreise dahin näher zu bestimmen, daß den letztern das Landgericht Günzburg, der Uns verbleibende Theil des Landgerichtes Elchingen und des auf dem rechten Donau-Ufer gelegenen Ulmerbanns zugetheilt bleiben sollen.

München den 5. October 1810.

Reg. Bl. v. J. 1810. St. LIV. S. 957.

§. 68.

(Die Vereinigung des Landgerichts Elchingen mit dem Landgerichte Günzburg betr.)

§. 68. Vereinigung des Landgerichts Elchingen mit dem Landgerichte Günzburg.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Da das bisherige Landgericht Elchingen durch die mit der Krone Würtemberg eingetretene Gränz-Purification einen grossen Theil seiner Ortschaften abgegeben hat, so wollen Se.

K. Majestät, daß dasselbe gänzlich aufgelöst und mit dem Landgerichte Günzburg a) vereiniget werde.

München den 2. Februar 1811.

Ministerium des Innern.

Reg. Bl. v. J. 1811. St. XI. S. 219.

§. 69.

(Die Verlegung des Landgerichts und Rentamts Raitenbuch in das Städtchen Greding betr.)

M. J. K.

§. 69. Errichtung des Landgerichts Greding.

Wir haben Uns über die gemeinschaftlichen Anträge des General-Commissariats und der Finanz-Direction des Oberdonau-Kreises, daß in Rücksicht der unzulänglichen Amts-Localitäten des Landgerichts Raitenbuch, dieses Landgericht in das bisher zum Landgerichte Beilngries gehörige Städtchen Greding verlegt werden möchte, Vortrag erstatten lassen und beschliessen hierauf wie folgt:

I.

Der ganze Steuer-District Greding, bestehend aus dem Städtchen gleiches Namens und den Dörfern Hausen und Mettendorf, soll von dem Landgerichte Beilngries getrennt und dem bisherigen Landgerichte Raitenbuch einverleibt werden.

II.

In diesem Städtchen Greding soll das bisherige Landgericht Raitenbuch seinen Wohnsitz nehmen und auch von demselben künftig seinen Namen erhalten.

Der Sitz des bisherigen Rentamts Raitenbuch soll desgleichen nach Greding versetzt werden.

III.

Der Vollzug der vorstehenden Translocation soll erst mit dem Anfange des nächsten Etats-Jahres oder mit dem 1. October l. J. ins Werk gesetzt werden.

München den 10. May 1812.

Reg. Bl. v. J. 1812. St. XXX. S. 883.

E. Für den Isar-Kreis.

§. 70.

M. J. K.

§. 70. Verlegung des Sitzes des Landgerichts Schwaben nach Ebersberg.

Wir bestimmen auf euern Bericht vom 17. Febr. d. J., daß, nachdem der Sitz des bisherigen Landgerichts Schwaben nach Ebersberg verlegt worden ist, dieses Gericht auch von seinem neuen Wohnsitz den Namen führen und künftig Landgericht Ebersberg heissen soll.

Es ist übrigens die Versetzung selbst unverzüglich vollends ins Werk zu setzen. b)

München den 15. März 1812.

---

a) Die Ortschaften Aufheim, Grelenhofen und Hittistetten im Landgerichte Günzburg wurden später wieder dem Landgerichte Illertissen im Iller-Kreise zugewiesen. (Reg. Bl. 1812. S. 1855.)

b) Man vergl. Reg. Bl. v. J. 1812. S. 758.

Dritter Titel.

Eintheilung des Königreichs in 8 Kreise vom 20. Febr. 1817. a)

I. Allerhöchste Verordnung vom 20. Febr. 1817.

§. 71.

(Die Eintheilung des Königreichs in acht Kreise betr.)

M. J. K.

§. 71. Kreis-Eintheilung v. 20. Febr. 1817.

Wir haben zu Vollziehung der durch Unsere Verordnung vom 2. d. Mts. b) in den §§. VI und VII erklärten Willensmeinung

„das Königreich soll in acht Kreise, mit Einschluß des Landes am Rhein „und mit Einverleibung der Local-Commissariate eingetheilt werden."

„Für die oberste Justizpflege wird in jedem Kreise ein Appellationsgericht „bestehen;"

nach Vernehmung Unseres Staatsraths beschlossen, Unser gesammtes Reich in folgende acht Kreise einzutheilen.

I.

Isarkreis.

Der Isarkreis besteht aus folgenden Bestandtheilen:

a) dem bisherigen Isarkreise c) mit Ausnahme der an den Oberdonaukreis abzugebenden Landgerichte Friedberg, Aichach und Schrobenhausen.

b) dem Landgerichte Schongau vom bisherigen Illerkreise, und

c) den Landgerichten Berchtesgaden, Laufen, Reichenhall, Teisendorf, Traunstein und Tittmoning d) vom bisherigen Salzachkreise.

Der Sitz des General-Commissariats und des Appellationsgerichts ist in München e).

---

a) Eine Uebersicht der vollständigen Gerichts-Eintheilung des Königreichs diesseits des Rheins (nach Stadt-, Land- und Herrschafts-Gerichten) wie dieselbe sich in Folge dieser Allerhöchsten Verordnung vom 20. Febr. 1817. und den über die Bildung der Land- und Herrschafts-Gerichte bis zum Schlusse des Jahres 1834 erlassenen Allerhöchsten Verordnungen, dann der am 29. Sept. 1818. Allerhöchst verfügten Organisation der Kreis- und Stadtgerichte (Reg. Bl. v. J. 1818. S. 1132) feststellte, ist diesem ersten Bande der Verordnungen-Sammlung am Schlusse in einem besondern tabellarischen Verzeichnisse beigefügt.

b) Diese Allerhöchste Verordnung über die Bildung und oberste Einrichtung des Staats (Reg. Bl. v. J. 1817. S. 52.) ist weiter unten in der vierten Abtheilung aufgenommen.

c) Man vergl. den vorstehenden §. 61. n. VII.

d) Die Arrondierung dieser Landgerichte nach Wiederabtretung Salzburg's an Oesterreich (vergl. oben §. 43. S. 257 resp. 258.) erfolgte unter Auflösung des Landgerichts Teisendorf am 22. Juni 1818. Man vergl. den nachstehenden §. 73.

e) In dem hiedurch festgestellten Bestand des Isarkreises ergaben sich bis zum Schlusse des Jahres

II.

Unter-Donaukreis.

Der Unter-Donaukreis enthält:

a) den bisherigen Unter-Donaukreis a);

b) die Landgerichte Altenötting, Burghausen, das Polizei-Commissariat Burghausen und das Landgericht Simbach vom bisherigen Salzachkreise und

c) die Landgerichte Cham und Kötzting vom bisherigen Regenkreise.

Der Sitz des General-Commissariats ist in Passau und der Sitz des Appellationsgerichts in Straubing. b).

III.

Regenkreis.

Der Regenkreis besteht:

a) aus dem bisherigen Regenkreise c), mit Ausnahme der an den Unter-Donaukreis abzugebenden Landgerichte Cham und Kötzting.

b) den Landgerichten Neumarkt, Beilngries, Ingolstadt, dem Polizei-Commissariate Ingolstadt und dem Landgerichte Kipfenberg vom bisherigen Ober-Donaukreise.

Der Sitz des General-Commissariats ist in Regensburg und der Sitz des Appellationsgerichts in Amberg. d)

IV.

Ober-Donaukreis.

Der Ober-Donaukreis bildet sich aus folgenden Bestandtheilen:

a) aus dem bisherigen Ober-Donaukreise e) mit Ausnahme der

1834 folgende Veränderungen:

1) Der Sitz des k. Appellationsgerichts wurde nach Landshut verlegt. (Man vergl. nachstehenden §. 72.)

2) Neue Landgerichte wurden errichtet: zu Tegernsee (man vergl. nachstehenden §. 74); zu Bruck (§. 75 unten); zu München, unter Abtheilung des bisherigen Landgerichts in die Landgerichte Au und München (§. 76 unten).

3) Purificationen zwischen dem Isar- und Regenkreise erfolgten durch gegenseitige Ortszutheilungen am 30. Jäner 1822 (Reg. Bl. S. 350); am 28. Feb. 1823 (Reg. Bl. S. 345) und 19. Juni 1823 (Reg. Bl. S. 1150); ferner wurde am 2. Juli 1826 der sogenannte Haslachhof von dem Landgerichte Landau des Unter-Donaukr. getrennt und an das Landgericht Vilsbiburg des Isarkr. überwiesen (Reg. Bl. S. 552).

a) Man vergl. den vorstehenden §. 61. Nro. V.

b) Der Bestand dieses Kreises erlitt eine bereits in der vorstehenden Note Lit. e. Nro. 3. bemerkte Veränderung.

c) Man vergl. den vorstehenden §. 61. Nro. III.

d) die Trennung einzelner Orte von dem Regenkreise ist schon in vorstehender Note Lit. e. n. 3. angeführt.

e) Man vergl. den vorstehenden §. 61. n. IV. Der Bestand des Kreises wurde nur durch die Auflösung des Polizei-Commissariats und Landgerichts Neuulm verändert. (Vergl. den nachstehenden §. 76.)

1) an den Regenkreis kommenden Landgerichte Neumarkt, Beilngries, Ingolstadt, Polizei-Commissariat Ingolstadt und dem Landgerichte Kipfenberg, dann

2) der an den Rezatkreis abzugebenden Landgerichte Pleinfeld, Hilpoltstein, Greding, Heidenheim, Monheim, Nördlingen, das Polizei-Commissariat Nördlingen, der Mediatgerichte Oettingen-Spielberg, Wallerstein, Maihingen, Harburg, Bissingen, Pappenheim und Ellingen mit Weissenburg.

b) der Stadt Augsburg;

c) den Landgerichten Friedberg, Aichach und Schrobenhausen vom bisherigen Isarkreise, und

d) aus den Landgerichten Buchloe, Füssen, Grönnenbach, Illertissen, Immenstadt, Kaufbeuern, Kempten, Polizei-Commissariat Kempten, dem Landgerichte Lindau, dem Polizei-Commissariate Lindau, dem Landgerichte Mindelheim, dem Polizei-Commissariate Memmingen, den Landgerichten Oberdorf, Obergünzburg, Ottobeuern, Roggenburg, Schwabmünchen, Sonthofen, Türkheim, Ursberg, Weiler, den Herrschaftsgerichten Burheim, Edelstetten, Kirchheim, Thannhausen und Babenhausen vom bisherigen Illerkreise.

Der Sitz des General-Commissariats ist in Augsburg und der Sitz des Appellationsgerichts in Neuburg.

V.

Rezatkreis.

Der Rezatkreis enthält:

a) den bisherigen Rezatkreis [a]), mit Ausnahme der an den Ober-Mainkreis abzugebenden Landgerichte Gräfenberg, Forchheim und Höchstadt [b]) und

b) die Landgerichte Pleinfeld, Hilpoltstein, Greding, Heidenheim, Monheim, Nördlingen, das Polizei-Commissariat Nördlingen, die Mediatgerichte Oettingen-Spielberg, Wallerstein, Maihingen, Harburg, Bissingen, Pappenheim und Ellingen mit Weissenburg vom bisherigen Ober-Donaukreise;

c) das ehemalige Local-Commissariat Nürnberg [c]).

Der Sitz des General-Commissariates und des Appellationsgerichts ist in Ansbach.

VI.

Ober-Mainkreis.

Der Ober-Mainkreis besteht:

a) aus dem bisherigen Mainkreise [d]), und

---

a) Man vergl. den vorstehendrn §. 61. n. II.

b) Die Orte Obersteinbach, Lachheim und Lerchenhöchstädt wurden von dieser Zutheilung an den Ober-Main-Kreis ausgenommen. (Reg. Bl. v. J. 1818. S. 1342.)

c) Man vergl. d. Reg. Bl. v. J. 1817. S. 137. Dieser Bestand des Kreises wurde abgeändert durch Errichtung des Landgerichts Wemding. (Vergl. den nachstehenden §. 77.)

d) Man vergl. den vorstehenden §. 61. n. I.

b) den Landgerichten Gräfenberg, Vorchheim und Höchstadt a) vom bisherigen Rezatkreise.

Der Sitz des General-Commissariats ist in Baireuth und der Sitz des Appellationsgerichts in Bamberg.

VII.

Unter-Mainkreis.

Der Unter-Mainkreis besteht aus folgenden Bestandtheilen:

a) dem Großherzogthum Würzburg b);

b) dem Fürstenthume Aschaffenburg c);

---

a) Man vergl. die Note litt. b. S. 330.

b) Ueber die Landgerichts-Eintheilung des Großherzogthums Würzburg vergl. man das fränkische Reg. Bl. v. J. 1804. S. 243.

c) Ueber die Landgerichts-Eintheilung des Fürstenthums Aschaffenburg war bereits am 1. October 1814 Allerhöchst verfügt worden, was folgt:

I. Die Bildung der Landgerichte im Fürstenthume Aschaffenburg wie sie vorgeschlagen worden ist, wird genehmigt; es werden demnach in diesem neuen Kreise des Königreichs in Zukunft folgende Landgerichte bestehen.

a) Als Landgerichte zweiter Classe:

1) Das Landgericht Obernburg,
2) das Landgericht Aschaffenburg, bis jetzt das Gericht Schweinheim genannt,
3) das Landgericht Kaltenberg,
4) das Landgericht Rothenbuch,
5) das Landgericht Orb,
6) das Landgericht Lohr,
7) das Landgericht Klingenberg.

b) Als Landgerichte dritter Classe:

1) das Landgericht Kleinwallstadt,
2) das Landgericht Burgjoß, vielmehr Aura,
3) das Landgericht Frammersbach.

Ferner wird die Bildung folgender Herrschaftsgerichte genehmigt:

1) ein Herrschaftsgericht erster Classe, dem Herrn Fürsten von Löwenstein-Rosenberg zu Rothenfels;

2) ein Herrschaftsgericht erster Classe, dem Herrn Fürsten von Löwenstein-Freudenberg zu Triefenstein;

3) ein Herrschaftsgericht derselben Classe, den Herrn Fürsten von Löwenstein beider Linien zu Kreuzwertheim;

4) ein Herrschaftsgericht erster Classe, dem Herrn Grafen von Erlach zu Eschau,

5) ein Herrschaftsgericht erster Classe dem Herrn Grafen von Schönborn zu Krombach.

Auch wollen Wir

6) dem Freiherrn von Reigersberg die Bildung eines Herrschaftsgerichts gestatten, wenn derselbe sich verbindlich machen wird, den Gerichtssitz in die Stadt Prodselten zu verlegen, und die Gerichtsbarkeit von Uns und Unseren Nachkommen zu Lehen zu erkennen. Gleiche Begünstigung soll

c) den vormaligen hessischen Aemtern *) Alzenau, Amorbach, Miltenberg, Kleinheubach und

---

7) auch dem Grafen von Ingelheim zu Theil werden, wenn er seine Besitzung Meszellbrunn arrondieren und sich verbindlich machen wird, den Gerichtssitz nach Hessenthal an die Landstrasse zu verlegen.

*) Man vergl. das Reg. Bl. v. J. 1816. S. 588. Ueber die Gerichts-Eintheilung dieser Aemter war bereits am 10. Nov. 1816 eine Allerhöchste Verfügung ergangen, welche lautet, wie folgt:

Damit die Verwaltung in den, dem Fürstenthum Aschaffenburg zugetheilten, vormals großherzoglich hessischen vier Aemtern allmählig den bestehenden allgemeinen Normen angepaßt werde, haben Wir auf dem Bericht Unserer Hofcommission in Aschaffenburg vom 2ten October schon dermal folgende Bestimmungen vorläufig zu treffen beschlossen:

1) das mit dem Allerhöchsten Edicten vom 19. März 1807 und vom 16. August 1812 nicht vereinbare Hoheits-Amt zu Miltenberg sowie die Hoheits Schultheissen-Aemter werden aufgehoben.

2) Dem übernommenen Hoheits-Beamten zu Miltenberg, wird provisorisch die Perception Unsrer Gefälle in den Aemtern Amorbach, Miltenberg und Klein-Heubach, dann in den Orten Lautenbach, Windischbuchen, Umpfenbach, Rauhartshausen und Hesselbach unter dem Namen eines Rentamtes übertragen.

3) Das fürstlich leiningische Justizamt Amorbach wird provisorisch mit nachfolgenden Umfange als Herrschaftsgericht erster Classe constituirt, nämlich: die Orte Amorbach, Reuchen, Boxbrunn, Breitenbach, Breitenbuch, Buch, Dörnbach, Göth, Hambrunn, Kirchzell, Neudorf, Obrenbach, Otterbach, Ottorfszell, Reunschen, Raunthal, Schneeberg, Wotterbach, Wettbach, Weilbach, Wiesenthal, Zitterfelden. Diesem Herrschaftsgerichte werden ferners unter Vorbehalt weiterer Verfügung die Orte Ranhartshausen und Hesselbach zugetheilt, so daß dasselbe hiernach 2 $\frac{1}{18}$ □ Meilen 24 Orte und 7315 Einwohner enthält.

4) Das fürstlich leiningensche Justizamt Miltenberg wird ebenfalls provisorisch auf nachstehende Weise als Herrschaftsgericht erster Classe constituirt, nämlich mit den Orten Miltenberg, Berndiel, Breitendiel, Bullau, Bürgstadt, Eichenbühl und Pfollbach, Guggenberg, Riedern, Heppdiel, Mannbrunn, Neukirchen, Richelbach, Riedenau, Schippach und Geisenhof dann Weuschdorf.

Diesem Herrschaftsgerichte werden ebenfalls unter Vorbehalt weiterer Verfügung zugetheilt die beiden Orte Windischbuchen und Umpfenbach, so daß dasselbe auf 2 □ Meilen 17 Orte und 7439 Einwohner in sich faßt.

5) Das fürstlich Löwenstein-Rosenbergische Amt Klein-Heubach wird provisorisch mit den Orten Kleinheubach, Treufurt und Wörth, welchem auch unter Vorbehalt weiterer Verfügung der Ort Lauterbach beigefügt wird, als Herrschaftsgericht erster Classe hergestellt, welches auf $\frac{6}{10}$ □ Meilen in vier Orten 3781 Einwohner enthält.

6) Das unmittelbare Amt Alzenau wird vorläufig als Landgericht dritter Classe mit folgenden Orten bestehen: Alzenau, Albstadt, Geisselbach, Großwelzheim, Hemsbach, Hofstetten, Hörstein, Kahl, Kälberau, Michelbach, Omersbach und Wasserlos, allenthalben mit dem dabei gelegenen Höfen.

Dieses Landgericht enthält demnach auf 2 □ Meilen 12 Orte und 5677 Einwohner.

7) Diese Verfügungen treten in soferne es nicht bereits früher geschehen kann, was Unsrer Hof-Commission zu ermessen überlassen wird, mit dem 1. Jänner 1817 in Wirksamkeit.

d) den fuldaischen Aemtern a) Brückenau, Hammelburg, Biberstein und Weihers.

Der Sitz des General-Commissariats und des Appellationsgerichts ist in Würzburg. b)

VIII.

Rheinkreis.

Der Rheinkreis enthält:

a) den Bezirk Frankenthal;

b) den Bezirk Landau;

c) den Bezirk Kaiserslautern, und

d) den Bezirk Zweibrücken.

Der Sitz des General-Commissariats ist in Speyer, und der Sitz des Appellationsgerichts in Zweibrücken.

Dieser Unser Beschluß soll durch das Regierungsblatt bekannt gemacht werden. Unsere Staatsminister der Justiz, des Innern und der Finanzen, werden die hienach nöthigen Einleitungen in der Art unzesäumt treffen, daß die bisher bestandenen General-Kreis-Commissariate und Finanz-Directionen, so wie die eingehenden Appellationsgerichte Unseres Reiches mit dem letzten des Monats März aufgelöst und dann nach der von Uns beschlossenen neuen Eintheilung die für jeden Kreis bestimmten Verwaltungsstellen ohne Verzug in Wirksamkeit treten.

München den 20. Februar 1817.

Reg. Bl. v. J. 1817. St. VIII. S. 113.

II. Erläuternde und abändernde Bestimmungen zu der vorstehenden Allerhöchsten Verordnung vom 20. Febr. 1817.

A. Für den Isarkreis.

1. Verlegung des Appellationsgerichts nach Landshut.

§. 72.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Se. Majestät der König haben vermög Allerhöchsten Cabinets-Befehls vom 27. April d. J. zu beschliessen geruht, daß der Sitz des Appellations-Gerichts c) für den Isarkreis nach

§. 72. Verlegung des Appellationsgerichts des Isarkreises von München nach Landshut.

a) Man vergl. den nachstehenden §. 80.

b) Dieser Bestand des Untermainkreises wurde in den Jahren 1818 bis Ende 1834 verändert:
1) durch Verlegung des Sitzes des Appellationsgerichtes nach Aschaffenburg (§. 78. unten.)
2) durch Vereinigung der Aemter Eltmann, Zeil und Prölsdorf in ein Landgericht zu Eltmann (§. 79 unten.);
3) durch Vereinigung der Landgerichte Schweinfurt und Mainberg (§. 80 unten.);
4) durch Auflösung des Landgerichts Frammersbach (§. 81 unten.);
5) durch Auflösung der Landgerichte Aura, Prozelten, Kleinwallstadt und Kaltenberg (§. 82 unten);
6) durch Auflösung des Landgerichts Fladungen (§. 83 unten);
7) durch Zutheilung des Ortes Ebersbrunn. (Reg. Bl. v. J. 1822. S. 952.)

c) Man vergl. oben §. 71. nr. I.

Landshut verlegt und daß die Translocation dieses Gerichtshofes dahin bis zum October d. J. bewerkstelligt seyn soll.

Indem dem k. Appellationsgerichte dieses eröffnet wird, werden in möglichst kürzester Zeitfrist dessen Anträge wegen der zu dieser Translocation erforderlichen Verfügungen erwartet.

München den 30. April 1826.

Ministerium der Justiz.

2. Bestimmungen über die Landgerichts-Eintheilung des Isar-Kreises. a)

§. 73.

(Die Arrondirung der vom ehemaligen Salzachkreise zum Isarkreise gekommenen Landgerichte betr.)

M. J. K.

§. 73. Arrondirung der Landgerichte des ehemaligen Salzachkreises:

Wir haben in Folge der Veränderungen, welche sich in den Bestandtheilen und dem Umfange einiger Landgerichts-Bezirke im ehemaligen Salzachkreise ergeben haben, auf den Bericht Unserer Regierung des Isarkreises vom 17. October v. J. beschlossen und verordnen:

1) Das Landgericht Teisendorf wird aufgelöst.

2) Das Landgericht Laufen erhält vom Landgerichte Tittmoning den Steuerdistrict Kirchanschöring und das ganze Landgericht Teisendorf, mit Ausnahme der drei Steuerdistricte Anger, Högel und Piding.

3) Die zuletzt genannten drei Steuerdistricte werden mit dem Landgerichte Reichenhall vereiniget.

4) Das Landgericht Tittmoning erleidet ausser der Abtretung des Steuerdistricts Kirchanschöring keine weitere Veränderung. b)

München den 22. Juni 1818.

Reg. Bl. v. J. 1818. St. XXXIV. S. 723.

§. 74.

§. 74. Errichtung eines Landgerichts III. Classe zu Tegernsee.

Nachdem in Folge des constitutionellen Edicts vom 26. Mai 1818 über die gutsherrlichen Rechte und gutsherrliche Gerichtsbarkeit das Herrschaftsgericht Tegernsee aufgelöset worden, so haben Se. K. Majestät vermöge einer unterm 24. Sept. d. J. an die k. Regierung des Isarkreises ergangenen Allerhöchsten Entschliessung zu bestimmen geruht, bei der Herrschaft Tegernsee für die Zukunft ein Landgericht III. Classe zu errichten, welches den bisherigen Bezirk derselben umfassen soll, mit dem nach der Verordnung vom 31. Aug. 1810 angeordneten Personal. Das bei der Herrschaft Tegernsee zur Verwaltung der Justiz- und Polizei-Geschäfte bis jetzt verwendete Dienstes-Personal wird für die Verwaltung des neuen Landgerichts Tegernsee beibehalten. Der Sitz des Landgerichts ist zu Tegernsee.

Reg. Bl. v. J. 1818. St. XLVIII. S. 1141.

---

a) Man vergl. oben §. 71. nr. I.

b) Ueber den frühern Bestand dieser Landgericht. vergl. man das Reg. Bl. v. J. 1810. (S. 1393.) und das Reg. Bl. v. J. 1811. (S. 49.)

§. 75.

Se. Majestät der König haben durch Allerhöchste Entschliessung vom 29. October d. J. in Rücksicht auf die grosse Ausdehnung der Landgerichts-Bezirke von Landsberg und Dachau, zur Erleichterung und Beförderung der Amtsgeschäfte zu genehmigen geruht, einige Bestandtheile von denselben zu trennen und hieraus ein besonderes Landgericht zu errichten, welches im Markte Bruck seinen Sitz haben und aus folgenden Steuerdistricten bestehen soll, nämlich:

§. 75. Errichtung eines Landgerichts zu Bruck.

a) von dem Bezirke des Landgerichts Landsberg: aus den Steuerdistricten Althegnenberg, Hofhegnenberg, Steinbach, Morenweis, Landsberied, Jesenwang, Odelzhofen, Luttenwang, Kottgeisering, Türkenfeld, Aich, Dunzelbach, Zankenhausen, Geltendorf und Degernbach, mit 5598 Seelen;

b) von dem Bezirke des Landgerichts Dachau: aus den Steuerdistricten Olching, Emering, Bruck, Wildenroth, Buch, Mamendorf, Hattenhofen, Mittelstetten, Gunzelhofen, Aufkirchen, Germerschwang, Maisach, Ueberracker, Rottbach, Weyern und Wenigmünchen mit 6035 Seelen, im Ganzen mit 11633 Seelen.

(Reg. Bl. v. J. 1823. St. XLII. S. 1572.)

§. 76.

(Die Eintheilung des Landgerichts München in zwei Landgerichte und Auflösung des Polizei-Commissariates Neu-Ulm betr.)

§. 76. Abtheilung des Landgerichts München in zwei Landgerichte.

Se. Majestät der König haben vermöge an die k. Regierungen des Isar- und Oberdonaukreises unterm 7. August d. J. erlassener Allerhöchsten Entschliessungen zu bestimmen geruht, wie folgt:

1) Das Landgericht München soll in zwei Landgerichte, Au und München, abgetheilt werden.

Das Landgericht Au wird die Steuerdistricte Au, Haidhausen, Berg am Laim, Bogenhausen, Oberföhring, Obergiesing und Harlaching;

das Landgericht München aber den Ueberrest des dermaligen Landgerichts-Bezirkes München umfassen.

2) Das Landgericht und Polizei-Commissariat Neu-Ulm wird aufgelöst und der Amtsbezirk desselben mit dem Landgerichte Untergünzburg vereinigt.

Reg. Bl. v. J. 1831. St. XXXI. S. 540.

B. Für den Rezatkreis.

§. 77.

§. 77. Errichtung eines Landgerichts zu Wemding.

Se. Majestät der König haben vermöge am 26. August d. J. an die k. Regierung des Rezatkreises erlassener Allerhöchster Entschliessung in Rücksicht auf die grosse Ausdehnung des Landgerichts Monheim, zur Erleichterung der Gerichtssassen und zur Beförderung der Amtsgeschäfte, den Wünschen und Anträgen des Landrathes des Rezatkreises entsprechend, zu genehmigen geruht, daß einige Bestandtheile von dem Landgerichte Monheim getrennt und hieraus ein besonderes, auch mit der Criminalgerichtsbarkeit versehenes Landgericht II. Classe, unter dem Namen Landgericht Wemding errichtet werde.

Dieses Landgericht soll in der Stadt Wemding seinen Sitz haben, und nebst der Stadtgemeinde Wemding aus den Ruralgemeinden Amerbach, Fünfstetten, Gaßheim, Hagau, Huisheim, Laub, Rußbühel, Otting, Wolferstadt und Zwerchstraß, dann aus jenen 86 unmittelbar k. Gerichtssassen bestehen, welche sich in den verschiedenen Gemeinden des Herrschaftsgerichts Oettingen befinden, jedoch bisher zu dem Landgerichte Monheim gerichtsbar waren.

Das Landgericht Wemding wird durch einen Landrichter und einen Actuar verwaltet, deren Ernennung nachfolgen wird; dagegen wird die bisherige Stelle eines Actuars bei dem Landgerichte Monheim eingezogen.

Reg. Bl. v. J. 1834. St. XLII. S. 1038.

C. Für den Unter-Mainkreis.

1. Verlegung des Appellationsgerichts nach Aschaffenburg.

§. 78.

§. 78. Verlegung des Sitzes des Appellationsgerichtes für den Unter-Mainkreis nach Aschaffenburg.

Se. Königliche Majestät haben vermöge Allerhöchster Entschliessung vom 16ten September v. Js. die Verlegung des Sitzes des Appellationsgerichts für den Untermainkreis von der Stadt Würzburg a) in die Stadt Aschaffenburg beschlossen.

Reg. Bl. v. J. 1833. St. II. S. 221.

2. Bestimmungen über die Landgerichts-Eintheilung des Unter-Maynkreises.

§. 79.

§. 79. Vereinigung der drei Aemter Eltmann, Zeil und Prölsdorf in ein Landgericht.

Se. Majestät der König haben vermöge an die k. Regierung des Unter-Mainkreises, unterm 5. Januar d. Js. erlassener Allerhöchster Entschliessung b) die Vereinigung der drei Aemter Eltmann, Zeil und Prölsdorf in ein Landgericht zu Eltmann zu genehmigen, und die Verwaltung desselben dem dermaligen Landrichter in Prölsdorf zu übertragen allergnädigst geruhet.

Reg. Bl. v. J. 1819. St. V. S. 89.

§. 80.

(Landgerichts-Eintheilung im Unter-Mainkreise betr.)

§. 80. Arrondierung der Landgerichte Hammelburg, Brückenau, Weihers, Hilders, Schweinfurt und Eltmann.

M. J. K.

Wir haben auf die Uns vorgelegten Anträge über einige nothwendige Veränderungen in der Formation der Landgerichte und Aemter des Untermainkreises nachstehende Beschlüsse gefaßt:

---

a) Man vergl. §. 71. oben nr. VII.

b) Man vergl. auch die Allerhöchste Verordnung vom 30. Sept. 1819. (im nachfolgenden §. 80.)

I.

Aus den an Unsere Krone gefallenen ehemals fuldaischen Besitzungen werden gebildet:

1) das Landgericht Hammelburg, bestehend aus dem bisherigen Districts-Amte Hammelburg, aus dem Stifts-Amte Waizenbach im Landgerichte Gemünden, und aus dem Condominat-Orte Westheim, Landgerichts Euerndorf, (Sitz: zu Hammelburg.)

2) Das Landgericht Brückenau, zusammengesetzt aus dem bisherigen Bezirks-Amte gleichen Namens, aus dem Patrimonialgerichte Zeitlofs, im Landgerichte Gemünden, aus der dem zum Landgerichte Bischofsheim gehörigen Hälfte des Ortes Riedenberg und aus dem Dorfe Platz im Landgerichte Kissingen, (Sitz: zu Brückenau.)

3) Das Landgericht Weihers, bestehend aus dem bisherigen Justiz-Amte Weihers, (Sitz: im Orte gleichen Namens.)

II.

Die in Olstergrund liegenden Orte des vormals fuldaischen Amtes Biberstein werden dem Landgerichte Hilders zugetheilt.

III.

Die Landgerichte Schweinfurt und Mainberg werden miteinander vereinigt. Zum Gerichtssitz des combinirten Landgerichts wird die Stadt Schweinfurt bestimmt, wo der Landgerichts-Vorstand zugleich die Functionen eines Commissärs bei der Stadtgemeinde übernimmt.

IV.

Die gleichmässige Vereinigung der drei Aemter Eltmann, Zeil und Prölsdorf, in ein einziges Landgericht zu Eltmann, ist bereits durch Rescript vom 5. Januar d. J. a) angeordnet worden.

V.

In den vorbenannten neu formirten Landgerichten richtet sich der Personal- und Besoldungs-Stand nach den im ehemaligen Großherzogthume Würzburg, als dem größten Theile des Untermainkreises, eingeführten und noch bestehenden Normen.

München den 30. September 1819.

Reg. Bl. v. J. 1819. St. XLVI. S. 939.

§. 81.

§. 81. Vereinigung des Landgerichts Frammersbach mit dem Landgerichte Lohr.

Seine Majestät der König haben vermöge an die k. Regierung des Untermainkreises, K. d. J. unterm 22. Nov. 1823 erlassener Allerhöchster Entschliessung zu genehmigen geruht, daß das bisherige Landgericht Frammersbach unverzüglich aufgelöst und dem Landgerichte Lohr einverleibt werde.

Reg. Bl v. J. 1823. St. XLIV. S. 1590.

a) Man vergl. oben §. 79.

§. 82.

(Abänderungen in der Formation der Landgerichte des Untermainkreises betr.)

Seine Majestät der König haben vermöge unterm 30. Juni 1828; 8. und 14. Januar 1829 an die k. Regierung des Untermainkreises ergangener Allerhöchsten Entschliessungen nachstehende Abänderungen in der Formation der Landgerichte des genannten Kreises zu treffen geruht.

1. Die Landgerichte Aura, Prozelten, Kleinwallstadt und Kaltenberg werden aufgelöst.

2. Dem Landgerichte Orb werden von dem bisherigen Landgerichte Aura die Ortschaften: Aura, Mittelsinn, Obersinn, Pfaffenhausen, Deutelsbach, Oberndorf, Burgjoß und Meinerts zugetheilt.

3. Mit dem Landgerichte Gemünden werden vereinigt:

A. Von dem bisherigen Landgericht Aura: die Ortschaften Wohnroth mit Neuhof, Fellen, Rengersbrunn, Trockenbach und Burgsinn.

B. Von dem Landgerichte Lohr: die Ortschaften Rieneck, Dürrhof, Ziegelhütte, Schaippach, Hohenroth und Zollberg.

4. Dem Landgerichte Klingenberg werden einverleibt:

A. Der bisherige Landgerichtsbezirk Prozelten.

B. Von dem bisherigen Landgerichte Kleinwallstadt der Bezirk des vormaligen Herrschaftsgerichtes Eschau, dann der Ort Sommerau.

5. Mit dem Landgerichte Obernburg werden

A. Der bisherige Landgerichtsbezirk Kleinwallstadt.

B. Die Gemeinde Elsenfeld und der Ort Hofstetten von dem Landgerichte Klingenberg vereinigt.

6. Dem Landgerichte Aschaffenburg sind von dem bisherigen Landgerichtsbezirke Kaltenberg: die Ortschaften Steinbach, Rauenthalerhof, Reichenbach, Johannisberg, Ober- und Unteraffenbach, Hagelhof, Münchhof, Wenighöfsbach, Rothenberg, Eichenberg, Obersailauf, Mittelsailauf, Untersailauf, Lauter, Weiberhof, Rückersbach und Sternberg, Hohl bei Johannisberg, Breinsberg und Feldkahl zuzutheilen.

7. Der Ueberrest des Landgerichtes Kaltenberg wird dem Landgerichte Alzenau einverleibt.

8. Die Landgerichte Klingenberg, Obernburg und Alzenau werden zu Landgerichten erster Klasse erhoben.

Reg. Bl. v. J. 1829. St. II. S. 22.

§. 83.

In Folge Allerhöchsten an die k. Regierung des Untermainkreises unterm 6. July v. J. ergangenen Rescripts ist das Landgericht Fladungen aufgelöst und mit Ausnahme der beiden dem Landgerichte Bischofsheim zuzutheilenden Gemeinden Oberelsbach mit Gangolphsberg und Schlagmühle, dann Unterelsbach mit der äussern Mühle, dem Landgerichte Melrichstadt einverleibt.

§. 83. Die Auflösung des Landgerichts Fladungen.

Reg. Bl. v. J. 1829. St. II. S. 24.

Zweite Abtheilung.

Staats-Verfassung.

Uebersicht.

Erster Abschnitt.

Grundgesetze des Staates.

Zweiter Abschnitt.

Einführung der Staats-Verfassung.

Dritter Abschnitt.

Vollziehung der Staats-Verfassung.

Vierter Abschnitt.

Gedächtnissfeier der Einführung der Staats-Verfassung.

Fünfter Abschnitt

Einführung der bestehenden Verwaltungs-Gesetze und Verordnungen in neu erworbenen Gebietstheilen.

Einleitung.

Die gegenwärtige Staats-Verfassung Bayerns findet zunächst ihre feststehende Begründung in der Verfassungs-Urkunde v. 26. Mai 1818 und den dieselbe integrirenden zehn Beilagen a). Mehrere Staatsgrundgesetze, welche dieselbe theils ergänzen, theils erweitern, sind seitdem unter dem Beirathe und der Zustimmung der Stände hinzugekommen b).

---

a) Diese Beilagen enthalten:

die erste: das Edict über das Indigenat (Ges. Bl. v. J. 1818 St. VIII. S. 141—148; Abth. V. Abschn. I. Tit. I. unten);

die zweite: das Edict über die äußeren Rechtsverhältnisse der Einwohner des Königreichs Bayern, in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften (Ges. Bl. v. J. 1818. St. IX. S. 149—180; Abth. VIII. unten); mit zwei Anhängen, nämlich: dem, die innern katholischen Kirchenangelegenheiten im Königreiche ordnenden, Concordate mit Sr. Päbstlichen Heiligkeit Pius VII. vom 24. October 1817. (Ges. Bl. v. J. 1818. St. XVIII. S. 397—436.) und dem Edicte über die innern kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Gesammtgemeinde in dem Königreiche (Ges. Bl. v. J. 1818. St. XVIII. S. 437—450.);

die dritte: das Edict über die Freiheit der Presse und des Buchhandels (Ges. Bl. v. J. 1818. St. X. S. 181—188; Abth. V. Abschn. I. Tit. III.);

die vierte: das Edict über die staatsrechtlichen Verhältnisse der vormals reichsständischen Fürsten, Grafen und Herrn (Ges. Bl. v. J. 1818. St. XI. S. 189—212; Abth. V. Absch. II. Tit. III. unten);

die fünfte: das Edict über den Adel im Königreiche Bayern (Ges. Bl. v. J. 1818. St. XII. S. 213—220; Abth. V. Absch. II. Tit. VI. unten);

die sechste: das Edict über die gutsherrlichen Rechte und die gutsherrliche Gerichtsbarkeit (Ges. Bl. v. J. 1818. St. XIII. S. 221—276; Abth. V. Absch. II. Tit. VII. unten);

die siebente: das Edict über die Familien-Fideicommisse (Ges. Bl. v. J. 1818. St. XIV. S. 277—324; Abth. V. Absch. II. Tit. VI. unten);

die achte: das Edict über die Siegelmäßigkeit (Ges. Bl. v. J. 1818. St. XV. S. 325—332; Abth. V. Absch. II. Tit. VIII. unten);

die neunte: das Edict über die Verhältnisse der Staatsdiener, vorzüglich in Beziehung auf ihren Stand und Gehalt (Ges. Bl. v. J. 1818. St. XVI. S. 333—348; Abth. XVIII. unten);

die zehnte: das Edict über die Ständeversammlung (Ges. Bl. v. J. 1818. St. XVII. S. 349—396; Abth. VI. unten).

b) Namentlich die Gesetze:

1) vom 11. September 1825, die Anwendung und Vollziehung einiger Bestimmungen des Edicts über die Familienfideicommisse betr. (Ges. Bl. v. J. 1825. St. III. S. 31—38; und Abth. V. Absch. II. Tit. VII. unten);

Nach dem bereits oben in der Vorrede ausgesprochenen Grundsatze der Unzertrennlichkeit des materiell Verbundenen wurden jedoch in dieser Abtheilung nur jene aufgenommen, welche die Verfassungs-Urkunde selbst in accessorischer Eigenschaft betreffen; nämlich: 1) das Gesetz vom 9. März 1828, über das Staatsgut und 2) das Gesetz vom 1. Juli 1834, über die bürgerlichen und politischen Rechte der griechischen Glaubensgenossen. Die übrigen und namentlich die constitutionellen Edicte sind in die ihrem Inhalte entsprechenden nachfolgenden Abtheilungen verwiesen, weil die Menge der ihre Paragraphen begleitenden Novellen zu groß ist, als daß sie nicht den Ueberblick des Hauptgesetzes verwirrte; es aber andrerseits eben so wenig räthlich schien, das Edict oder das Gesetz selbst von den dasselbe näher bestimmenden spätern Verordnungen zu trennen. Dieselbe Rücksicht wurde bei dem Staatsbürgereide, dieselbe bei dem Edicte über die Leibeigenschaft genommen.

Bei Einführung der Verfassung war die Leitung ihres gleichmäßigen Vollzuges einer besondern Ministerial-Conferenz übertragen. Die hierüber sprechenden Allerhöchsten Entschließungen vom 29. Mai 1818 und 29. September 1819 erweisen die Rechtsautorität aller von jener Conferenz ausgegangenen noch anwendbaren Erlasse und sind aus diesem Grunde mitgetheilt. Im Rheinkreise wurde die Verfassungs-Urkunde unter mehreren Allerhöchst genehmigten Modalitäten verkündet. Die leztern sind für alle Berührungen der Staats-Verwaltung diesseits des Rheins mit jener auf dem überrheinischen Gebiete von entscheidendem Einflusse; daher auch für den Verwaltungsbeamten der ältern Kreise von practischem Interesse, und gegenwärtiger Abtheilung ebenfalls eingereiht. Diese kleine Ausnahme von dem in der Vorrede entwickelten Prinzip rechtfertigt sich überdieß gewiß durch das vorwiegende Interesse jedes Staatsbürgers an der vollständigsten Kenntniß der Anwendbarkeit der Verfassung. Dasselbe gilt auch von der Aufnahme der ältern Constitution vom 1. Mai 1808. Selbst die aufgehobenen Bestimmungen derselben sind wichtig als rechtserläuternd und als directe Rechtsquelle bei analoger Anwendung. Stellen und Behörden verweisen vielfach auf dieselbe zurück. Sie ist die erste Grundlage der Stätigkeit der Verwaltung.

---

2) vom 9. März 1828, die Bestimmung des §. 2. Ziff. 7. des Tit. III. der Verfassungs-Urkunde, das Staatsgut betr. (Ges. Bl. v. J. 1828. St. I. S. 5—8.);

3) vom 9. März 1828, die Bildung der Kammer der Reichsräthe betr. (Ges. Bl. v. J. 1828. St. II. S. 9—14; und Abth. VI. unten);

4) vom 15. August 1828, die Bestimmungen des §. 5. der I. Beilage zur Verfassungs-Urkunde betr. (Ges. Bl. v. J. 1828. St. IV. S. 37—40; und Abth. V. Absch. I. Tit. I. unten);

5) vom 2. September 1831, den Geschäftsgang der beiden Kammern der Ständeversammlung betr. (Ges. Bl. v. J. 1831. St. III. S. 25—36; und Abtheilung VI. u. VII. unten);

6) vom 28. Dezember 1831, die Rechtsverhältnisse der auf die Gerichtsbarkeit freiwillig verzichtenden Standes- und Gutsherrn betr. (Ges. Bl. v. J. 1831. St. XV. S. 249—262, wo jedoch der Datum des Gesetzes nicht angegeben ist; und Abth. V. Absch. II. Tit. VII. unten);

7) vom 1. Juli 1834, die Festsetzung einer permanenten Civilliste betr. (Ges. Bl. v. J. 1834. St. II. S. 25—32; und Abth. III. unten);

8) vom 1. Juli 1834, die Vindication der Gerichtsbarkeiten betr. (Ges. Bl. v. J. 1834. St. IV. S. 37—40; und Abth. V. Absch. II. Tit. VII. unten);

9) vom 1. Juli 1834, die bürgerlichen und politischen Rechte der griechischen Glaubensgenossen betr. (Ges. Bl. v. J. 1834. St. V. S. 41—44).

Erster Abschnitt.

Grundgesetze des Staates.

§. 1.

Verfassungs-Urkunde vom 26. Mai 1818.

M. J. K.

Von den hohen Regenten-Pflichten durchdrungen und geleitet — haben Wir Unsere bisherige Regierung mit solchen Einrichtungen bezeichnet, welche Unser fortgesetztes Bestreben, das Gesammtwohl Unserer Unterthanen zu befördern, beurkunden. — Zur festern Begründung desselben gaben Wir schon im Jahre 1808 Unserm Reiche eine seinen damaligen äußern und innern Verhältnissen angemessene Verfassung, in welche Wir schon die Einführung einer ständischen Versammlung, als eines wesentlichen Bestandtheiles, aufgenommen haben. — Kaum hatten die großen seit jener Zeit eingetretenen Weltbegebenheiten, von welchen kein deutscher Staat unberührt geblieben ist, und während welcher das Volk von Bayern gleich groß im erlittenen Drucke wie im bestandenen Kampfe sich gezeigt hat, in der Acte des Wiener-Congresses ihr Ziel gefunden, als Wir sogleich das nur durch die Ereignisse der Zeit unterbrochene Werk, mit unverrücktem Blicke auf die allgemeinen und besondern Forderungen des Staatszweckes zu vollenden suchten; — die im Jahre 1814 dafür angeordneten Vorarbeiten und das Decret vom 2. Februar 1817 a) bestätigen Unsern hierüber schon früher gefaßten festen Entschluß. — Die gegenwärtige Acte ist, nach vorgegangener reifer und vielseitiger Berathung, und nach Vernehmung Unseres Staats-Rathes — das Werk Unseres eben so freien als festen

§. 1. Verfassungs-Urkunde vom 26. Mai 1818.

---

a) Reg. Bl. v. J. 1817. St. IV. S. 49. resp. 53. sub nr. X.

Willens. — Unser Volk wird in dem Inhalte desselben die kräftigste Gewährleistung Unserer landesväterlichen Gesinnungen finden.

Freiheit der Gewissen, und gewissenhafte Scheidung und Schützung dessen, was des Staates und der Kirche ist;

Freiheit der Meinungen, mit gesetzlichen Beschränkungen gegen den Mißbrauch;

Gleiches Recht der Eingebornen zu allen Graden des Staatsdienstes und zu allen Bezeichnungen des Verdienstes;

Gleiche Berufung zur Pflicht und zur Ehre der Waffen;

Gleichheit der Gesetze und vor dem Gesetze;

Unpartheilichkeit und Unaufhaltbarkeit der Rechtspflege;

Gleichheit der Belegung und der Pflichtigkeit ihrer Leistung;

Ordnung durch alle Theile des Staats-Haushaltes, rechtlicher Schutz des Staats-Credits, und gesicherte Verwendung der dafür bestimmten Mittel;

Wiederbelebung der Gemeinde-Körper durch die Wiedergabe der Verwaltung der ihr Wohl zunächst berührenden Angelegenheiten;

Eine Standschaft — hervorgehend aus allen Klassen der im Staate ansässigen Staatsbürger, — mit den Rechten des Beirathes, der Zustimmung, der Willigung, der Wünsche und der Beschwerdeführung wegen verletzter verfassungsmäßiger Rechte, — berufen, um in öffentlichen Versammlungen die Weisheit der Berathung zu verstärken, ohne die Kraft der Regierung zu schwächen;

Endlich eine Gewähr der Verfassung, sichernd gegen willkührlichen Wechsel, aber nicht hindernd das Fortschreiten zum Bessern nach geprüften Erfahrungen.

Bayern! — Dies sind die Grundzüge der aus Unserm freien Entschlusse euch gegebenen Verfassung, — sehet darin die Grundsätze eines Königs, welcher das Glück seines Herzens und den Ruhm seines Thrones nur von dem Glücke des Vaterlandes und von der Liebe seines Volkes empfangen will! —

Wir erklären hiernach folgende Bestimmungen als Verfassung des Königreichs Bayern:

Erster Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Das Königreich Bayern in der Gesammt-Vereinigung aller ältern und neuern Gebietstheile ist ein souverainer monarchischer Staat nach den Bestimmungen der gegenwärtigen Verfassungs-Urkunde.

§. 2. (I. 2.) a)

Für das ganze Königreich besteht eine allgemeine in zwei Kammern abgetheilte Stände-Versammlung.

---

a) Die in Parenthese gestellten römischen und arabischen Ziffern bezeichnen die Titel und Paragraphe inhaltsverwandter Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde vom 1. Mai 1808.

Zweiter Titel.

Von dem Könige und der Thronfolge, dann der Reichsverwesung. a)

§. 1.

Der König ist das Oberhaupt des Staates, vereiniget in sich alle Rechte der Staats-Gewalt, und übt sie unter den von Ihm gegebenen in der gegenwärtigen Verfassungs-Urkunde festgesetzten Bestimmungen aus.

Seine Person ist heilig und unverletzlich. b)

§. 2. (II. 1.)

Die Krone ist erblich in dem Mannsstamme des Königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt, und der agnatisch-linealischen Erbfolge.

§. 3.

Zur Successions-Fähigkeit wird eine rechtmäßige Geburt aus einer ebenbürtigen — mit Bewilligung des Königs geschlossenen Ehe erfordert.

§. 4. (II. 2.)

Der Mannsstamm hat vor den weiblichen Nachkommen den Vorzug, und die Prinzessinnen sind von der Regierungsfolge in so lange ausgeschlossen, als in dem Königlichen Hause noch ein successionsfähiger männlicher Sprosse oder ein durch Erbverbrüderung zur Thronfolge berechtigter Prinz vorhanden ist.

§. 5. (II. 3. 4.)

Nach gänzlicher Erlöschung des Mannsstammes und in Ermanglung einer mit einem andern fürstlichen Hause aus dem deutschen Bunde für diesen Fall geschlossenen Erbverbrüderung geht die Thronfolge auf die weibliche Nachkommenschaft nach eben der Erbfolge-Ordnung, die für den Mannsstamm festgesetzt ist, über, so, daß die zur Zeit des Ablebens des letzt regierenden Königs lebenden Bayerischen Prinzessinnen oder Abkömmlinge von denselben, ohne Unterschied des Geschlechtes eben so, als wären sie Prinzen des ursprünglichen Mannsstammes des Bayerischen Hauses, nach dem Erstgeburts-Rechte und der Lineal-Erbfolge-Ordnung zur Thronfolge berufen werden.

Wenn in dem regierenden neuen Königlichen Hause wieder Abkömmlinge des ersten Grades von beiderlei Geschlecht geboren werden, tritt alsdann der Vorzug des männlichen Geschlechts vor dem weiblichen wieder ein.

---

a) M. vergl. d. Abth. III. unten, wo auch das Grundgesetz über die Festsetzung der permanenten Civilliste vom 1. Juli 1834 aufgenommen ist.

b) Man vergl. hiezu die Art. 309 bis 312. Th. I. des Strafgesetzbuches über die Beleidigung der Majestät; dann den Art. 404. desselben Gesetzbuches, über die Verletzung der dem Monarchen schuldigen Ehrfurcht, und die Anmerkungen zu diesen Gesetzesstellen (Bd. 3 dieser Anmerkungen S. 33. folg. und S. 270.)

§. 6.

Sollte die Bayerische Krone nach Erlöschung des Mannsstammes an den Regenten einer größern Monarchie gelangen, welcher seine Residenz im Königreiche Bayern nicht nehmen könnte, oder würde, so soll dieselbe an den zweitgebornen Prinzen dieses Hauses übergehen, und in dessen Linie sodann dieselbe Erbfolge eintreten, wie sie oben vorgezeichnet ist.

Kömmt aber die Krone an die Gemahlin eines auswärtigen größern Monarchen, so wird sie zwar Königin, sie muß jedoch einen Vice-König, der seine Residenz in der Hauptstadt des Königreichs zu nehmen hat, ernennen, und die Krone geht nach ihrem Ableben an ihren zweitgebornen Prinzen über.

§. 7. (II. 8.)

Die Volljährigkeit der Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses tritt mit dem zurückgelegten achtzehnten Jahre ein.

§. 8. (II. 5. 6. 7.)

Die übrigen Verhältnisse der Mitglieder des Königlichen Hauses richten sich nach den Bestimmungen des pragmatischen Familien-Gesetzes. a)

§. 9.

Die Reichsverwesung tritt ein:

a) während der Minderjährigkeit des Monarchen;

b) wenn derselbe an der Ausübung der Regierung auf längere Zeit verhindert ist, und für die Verwaltung des Reichs nicht selbst Vorsorge getroffen hat, oder treffen kann.

§. 10. (II. 9.)

Dem Monarchen steht es frei, unter den volljährigen Prinzen des Hauses den Reichsverweser für die Zeit der Minderjährigkeit seines Nachfolgers zu wählen.

In Ermanglung einer solchen Bestimmung gebührt die Reichsverwesung demjenigen volljährigen Agnaten, welcher nach der festgesetzten Erbfolge-Ordnung der Nächste ist.

Wäre der Prinz, welchem dieselbe nach obiger Bestimmung gebührt, selbst noch minderjährig, oder durch ein sonstiges Hinderniß abgehalten, die Regentschaft zu übernehmen, so fällt sie auf denjenigen Agnaten, welcher nach ihm der Nächste ist.

§. 11.

Sollte der Monarch durch irgend eine Ursache, die in ihrer Wirkung länger als ein Jahr dauert, an der Ausübung der Regierung gehindert werden, und für diesen Fall nicht selbst Vorsehung getroffen haben, oder treffen können, so findet mit Zustimmung der Stände, welchen die Verhinderungs-Ursache anzuzeigen sind, gleichfalls die für den Fall der Minderjährigkeit bestimmte gesetzliche Regentschaft statt.

§. 12.

Wenn der König nach §. 10. den Reichsverweser für den Fall der Minderjährigkeit ernennt, so wird die darüber ausgefertigte Urkunde durch denjenigen Minister, welchem die Ver-

a) Die Familiengesetze des Allerhöchsten Königlichen Hauses finden sich unten in der dritten Abtheilung.

richtungen eines Ministers des Königlichen Hauses übertragen sind, im Hausarchiv bis zum Ableben des Monarchen aufbewahrt, und dann dem Gesammt-Staats-Ministerium zur Einsicht und öffentlichen Bekanntmachung vorgelegt. Dem Reichs-Verweser wird die über seine Ernennung ausgefertigte Urkunde zugleich mitgetheilt.

§. 13. (II. 9.)

Wenn kein zur Reichs-Verwesung geeigneter Agnat vorhanden ist, der Monarch jedoch eine verwittibte Königin hinterläßt, so gebührt dieser die Reichs-Verwesung.

In Ermanglung derselben aber übernimmt sie jener Kronbeamte, welchen der letzte Monarch hiezu ernennt, und wenn von demselben keine solche Bestimmung getroffen ist, so geht sie an den ersten Kronbeamten über, welchem kein gesetzliches Hinderniß entgegensteht.

§. 14. (II. 9.)

In jedem Falle gebührt einer verwittibten Königin unter der Aufsicht des Reichs-Verwesers die Erziehung ihrer Kinder nach den in dem Familiengesetze hierüber enthaltenen näheren Bestimmungen.

§. 15. (II. 9.)

In den im §. 9. a und b bezeichneten Fällen wird die Regierung im Namen des minderjährigen, oder in der Ausübung der Regierung gehinderten Monarchen geführt.

Alle Ausfertigungen werden in seinem Namen und unter dem gewöhnlichen Königlichen Siegel erlassen; alle Münzen mit seinem Brustbilde, Wappen und Titel geprägt.

Der Regent unterzeichnet als:

„des Königreichs Bayern Verweser.“

§. 16.

Der Prinz des Hauses, die verwittibte Königin oder derjenige Kronbeamte, welchem die Reichs-Verwesung übertragen wird, muß gleich nach dem Antritte der Regentschaft die Stände versammeln, und in ihrer Mitte und in Gegenwart der Staats-Minister, so wie der Mitglieder des Staats-Rathes nachstehenden Eid ablegen:

„Ich schwöre, den Staat in Gemäßheit der Verfassung und der Gesetze des Reichs „zu verwalten, die Integrität des Königreiches und die Rechte der Krone zu erhalten „und dem Könige die Gewalt, deren Ausübung mir anvertraut ist, getreu zu über„geben, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium;“

worüber eine besondere Urkunde aufgenommen wird.

§. 17.

Der Regent übt während seiner Reichs-Verwesung alle Regierungs-Rechte aus, welche durch die Verfassung nicht besonders ausgenommen sind.

§. 18. (II. 9.)

Alle erledigten Aemter, mit Ausnahme der Justiz-Stellen, können während der Reichs-Verwesung nur provisorisch besetzt werden. Der Reichs-Verweser kann weder Krongüter veräussern, oder heimgefallene Lehen verleihen, noch neue Aemter einführen.

§. 19.

Das Gesammt-Staats-Ministerium bildet den Regentschafts-Rath, und der Reichs-Verweser ist verbunden, in allen wichtigen Angelegenheiten das Gutachten desselben zu erholen.

§. 20.

Der Reichsverweser hat während der Dauer der Regentschaft seine Wohnung in der Königlichen Residenz, und wird auf Kosten des Staats unterhalten; auch werden ihm nebstdem zu seiner eigenen Verfügung jährlich zweimal hundert tausend Gulden in monatlichen Raten auf die Staats-Kasse angewiesen.

§. 21.

Die Regentschaft dauert in den im §. 9. bemerkten zwei Fällen — im ersten bis zur Großjährigkeit des Königs, und im zweiten — bis das eingetretene Hinderniß aufhört.

§. 22.

Nachdem die Regentschaft beendigt ist, und der in der Regierung eintretende neue König den feierlichen Eid (Tit. X. §. 1.) abgelegt hat, werden alle Verhandlungen der Regentschaft geschlossen und der Regierungs-Antritt des Königs wird in der Residenz und in dem ganzen Königreiche feierlich kund gemacht.

Dritter Titel.

Von dem Staatsgute.

§. 1.

Der ganze Umfang des Königreichs Bayern bildet eine einzige untheilbare unveräußerliche Gesammtmasse aus sämmtlichen Bestandtheilen an Landen, Leuten, Herrschaften, Gütern, Regalien und Renten mit allem Zugehör.

Auch alle neuen Erwerbungen aus Privat-Titeln, an unbeweglichen Gütern, sie mögen in der Haupt- oder Neben-Linie geschehen, wenn der erste Erwerber während seines Lebens nicht darüber verfügt hat, kommen in den Erbgang des Mannsstammes, und werden als der Gesammtmasse einverleibt angesehen.

§. 2.

Zu dem unveräußerlichen Staatsgute, welches im Falle einer Sonderung des Staats-Vermögens von der Privat-Verlassenschaft in das Inventar der letztern nicht gebracht werden darf, gehören:

1) Alle Archive und Registraturen;

2) Alle öffentlichen Anstalten und Gebäude mit ihrem Zugehör;

3) Alles Geschütz, Munition, alle Militaire-Magazine und was zur Landeswehr nöthig ist;

4) Alle Einrichtungen der Hof-Capellen und Hof-Aemter mit allen Mobilien, welche der Aufsicht der Hofstäbe und Hof-Intendanzen anvertraut und zum Bedarf oder zum Glanze des Hofes bestimmt sind;

5) Alles, was zur Einrichtung oder zur Zierde der Residenzen und Lustschlösser dienet;

6) Der Hausschatz und was von dem Erblasser mit demselben bereits vereiniget worden ist;

7) Alle Sammlungen für Künste und Wissenschaften, als: Bibliotheken, physicalische, Naturalien- und Münz-Cabinete, Antiquitäten, Statüen, Sternwarten mit ihren Instrumenten, Gemählde- und Kupferstich-Sammlungen und sonstige Gegenstände, die zum öffentlichen Gebrauche oder zur Beförderung der Künste und Wissenschaften bestimmt sind; [a])

8) Alle vorhandenen Vorräthe an baarem Gelde und Capitalien in den Staats-Kassen oder an Naturalien bei den Aemtern, sammt allen Ausständen an Staatsgefällen;

9) Alles, was aus den Mitteln des Staates erworben wurde.

§. 3. (II. 9.)

Sämmtliche Bestandtheile des Staatsguts sind, wie bereits in der Pragmatik vom 20. Oktober 1801 [b]) bestimmt war, aus welcher die nach den veränderten Verhältnissen hierüber noch geltenden Bestimmungen in gegenwärtige Verfassungs-Urkunde übertragen sind, auf ewig unveräußerlich, vorbehaltlich der unten folgenden Modificationen.

Vorzüglich sollen ohne Ausnahme alle Rechte der Souveränität bei der Primogenitur ungetheilt und unveräußert erhalten werden.

§. 4.

Als Veräußerung des Staatsguts ist anzusehen, nicht nur jeder wirkliche Verkauf, sondern auch eine Schenkung unter den Lebenden, oder eine Vergebung durch eine letzte Willens-Verordnung, Verleihung neuer Lehen, oder Beschwerung mit einer ewigen Last, oder Verpfändung oder Hingabe durch einen Vergleich gegen Annahme einer Summe Geldes.

Auch kann keinem Staatsbürger eine Befreiung von den öffentlichen Lasten bewilliget werden.

§. 5.

Die bisher zur Belohnung vorzüglicher dem Staate geleisteter Dienste verliehenen Lehen, Staats-Domainen und Renten sind von obigem Verbote ausgenommen.

Auch steht dem Könige die Wiederverleihung heimfallender Lehen jederzeit frei.

Zu Belohnung großer und bestimmter dem Staate geleisteter Dienste können auch andere Staats-Domainen oder Renten, jedoch mit Zustimmung der Stände, in der Eigenschaft als Mannlehen der Krone verliehen werden.

Anwartschaften auf künftige der Krone heimfallende Güter, Renten und Rechte, können eben so wenig als auf Aemter oder Würden ertheilt werden.

§. 6.

Unter dem Veräußerungs-Verbote sind ferner nicht begriffen:

---

a) M. vergl. hiezu das Gesetz vom 9. März 1828 in dem nachstehenden §. 3. gegenwärtiger Abtheilung. (Ges. Bl. v. J. 1828 St. I. S. 6.)

b) M. vergl. d. Reg. Bl. v. J. 1805. St. V. S. 161—179. und St. VI. S. 201—212. Dieses pragmatische Gesetz ist in der gegenwärtigen Sammlung nicht aufgenommen, weil dasselbe nach den Bestimmungen des allegirenden §. 3. der Verfassungs-Urkunde als nicht mehr geltend zu betrachten ist.

1) alle Staats-Handlungen des Monarchen, welche innerhalb der Gränzen des Ihm zustehenden Regierungs-Rechts nach dem Zwecke und zur Wohlfahrt des Staats mit Auswärtigen oder mit Unterthanen im Lande über Stamm- und Staatsgüter vorgenommen werden; insbesondere was

2) an einzelnen Gütern und Gefällen zur Beendigung eines anhängigen Rechtsstreites gegen Erhaltung oder Erlangung anderer Güter, Renten oder Rechte, oder zur Gränzberichtigung mit benachbarten Staaten, gegen andern angemessenen Ersatz abgetreten wird;

3) Was gegen andere Realitäten und Rechte von gleichem Werthe vertauscht wird;

4) Alle einzelnen Veräußerungen oder Veränderungen, welche bei den Staatsgütern dem Staatszwecke gemäs, und in Folge der bereits erlassenen Vorschriften nach richtigen Grundsätzen der fortschreitenden Staatswirthschaft, zur Beförderung der Landes-Cultur oder sonst zur Wohlfahrt des Landes, oder zum Besten des Staats-Aerars, und zur Aufhebung einer nachtheiligen Selbstverwaltung für gut gefunden werden.

§. 7.

In allen diesen Fällen (§. 6.) dürfen jedoch die Staats-Einkünfte nicht geschmälert, sondern es soll als Ersatz entweder eine Dominical-Rente — wo möglich in Getreide, dafür bedungen, oder der Kaufschilling zu neuen Erwerbungen oder zur zeitlichen Aushilfe des Schuldentilgungs-Fonds, oder zu andern das Wohl des Landes bezielenden Absichten verwendet werden.

Mit dem unter dem Staatsgute begriffenen beweglichen Vermögen (§. 2.) kann der Monarch nach Zeit und Umständen zweckmäßige Veränderungen und Verbesserungen vornehmen.

Vierter Titel.

Von allgemeinen Rechten und Pflichten.

§. 1.

Zum vollem Genusse aller bürgerlichen, öffentlichen und Privatrechte in Bayern wird das Indigenat erfordert, welches entweder durch die Geburt oder durch die Naturalisirung nach den nähern Bestimmungen des Edicts über das Indigenat erworben wird. (Beilage I.) [a])

§. 2.

Das Bayerische Staats-Bürgerrecht wird durch das Indigenat bedingt, und geht mit demselben verloren.

§. 3.

Nebst diesem wird zu dessen Ausübung noch erfordert:

a) die gesetzliche Volljährigkeit; [b])

---

a) Man vergl. Abth. V. Abschn. I. Tit. I. gegenwärtiger Sammlung.

b) Die Großjährigkeit tritt bei jedem Bayer. Unterthan ohne Unterschied des Geschlechts nach zurückgelegtem 21sten Jahre ein. S. die Verordnung vom 26. Oct. 1813 (Reg. Bl. S. 1337.) und das Gesetz vom 1. Juni 1822, den Eintritt der Großjährigkeit mit dem zurückgelegten 21sten Jahre in den ehemals Fuldaischen Gebietstheilen und in dem Markte Redwitz betr. (Ges. Bl. v. J. 1822. St. VIII S. 205.); dann den Art. 12. des Edicts über das Indigenat v. J. 1812. (Reg. Bl. S. 214.)

b) die Ansäßigkeit im Königreiche, a) entweder durch den Besitz besteuerter Gründe, Renten oder Rechte, oder durch die Ausübung besteuerter Gewerbe oder durch den Eintritt in ein öffentliches Amt.

§. 4. (I. 7.)

Kron-Aemter, oberste Hof-Aemter, Civil-Staatsdienste und oberste Militär-Stellen, wie auch Kirchen-Aemter oder Pfründen können nur Eingebornen oder verfassungsmäßig Naturalisirten ertheilt werden.

§. 5.

Jeder Bayer ohne Unterschied kann zu allen Civil-, Militär- und Kirchen-Aemtern oder Pfründen gelangen.

§. 6. (I. 3.)

In dem Umfange des Reichs kann keine Leibeigenschaft bestehen, nach den näheren Bestimmungen des Edictes vom 3. August 1808. b)

§. 7.

Alle ungemessenen Frohnen sollen in Gemessene umgeändert werden, und auch diese ablösbar seyn.

§. 8. (I. 7.)

Der Staat gewährt jedem Einwohner Sicherheit seiner Person, seines Eigenthums und seiner Rechte.

Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

Niemand darf verfolgt oder verhaftet werden, als in den durch die Gesetze bestimmten Fällen, und in der gesetzlichen Form.

Niemand darf gezwungen werden, sein Privat-Eigenthum, selbst für öffentliche Zwecke abzutreten, als nach einer förmlichen Entscheidung des versammelten Staatsraths, und nach vorgängiger Entschädigung, wie solches in der Verordnung vom 14. August 1815 c) bestimmt ist.

§. 9. (I. 6. 7.)

Jedem Einwohner des Reichs wird vollkommene Gewissensfreiheit gesichert; die einfache Hausandacht darf daher Niemanden, zu welcher Religion er sich bekennen mag, untersagt werden.

Die in dem Königreiche bestehenden drei christlichen Kirchen-Gesellschaften d) genießen gleiche bürgerliche und politische Rechte.

Die nicht christlichen Glaubens-Genossen e) haben zwar vollkommene Gewissens-Freiheit;

---

a) Man vergl. Abth. XIII. unten.

b) Man vergl. Abth. V. Absch. I. Tit. II. gegenwärtiger Sammlung.

c) Man vergl. hierüber die betreffende Materie in der vierten Abtheilung gegenwärtiger Sammlung.

d) Auch die griechische sowohl unirte als nicht unirte Kirche hat durch Gesetz vom 1. Juli 1834 gleiche Rechte erhalten. Man vergl. Ges. Bl. v. J. 1834 St. 5. pag. 41 und den nachstehenden §. 4. dieser Abtheilung.

e) Man vergl. Abth. V. Absch. III. gegenwärtiger Sammlung.

sie erhalten aber an den staatsbürgerlichen Rechten nur in dem Maaße einen Antheil, wie ihnen derselbe in den organischen Edicten über ihre Aufnahme in die Staats-Gesellschaft zugesichert ist.

Allen Religionstheilen, ohne Ausnahme, ist das Eigenthum der Stiftungen und der Genuß ihrer Renten nach den ursprünglichen Stiftungs-Urkunden und dem rechtmäßigen Besitze, sie seyen für den Cultus, den Unterricht oder die Wohlthätigkeit bestimmt, vollständig gesichert.

Die geistliche Gewalt darf in ihrem eigentlichen Wirkungs-Kreise nie gehemmt werden, und die weltliche Regierung darf in rein geistlichen Gegenständen der Religions-Lehre und des Gewissens sich nicht einmischen, als in soweit das Oberstthoheitliche Schutz- und Aufsichts-Recht eintritt, wonach keine Verordnungen und Gesetze der Kirchen-Gewalt ohne vorgängige Einsicht und das Placet des Königs verkündet und vollzogen werden dürfen.

Die Kirchen und Geistlichen sind in ihren bürgerlichen Handlungen und Beziehungen — wie auch in Ansehung des ihnen zustehenden Vermögens den Gesetzen des Staats und den weltlichen Gerichten untergeben; auch können sie von öffentlichen Staatslasten keine Befreiung ansprechen.

Die übrigen nähern Bestimmungen über die äußern Rechts-Verhältnisse der Bewohner des Königreichs, in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften, sind in dem der gegenwärtigen Verfassungs-Urkunde beigefügten besondern Edicte [a]) enthalten. (Beilage II.)

§. 10. (I. 6.)

Das gesammte Stiftungs-Vermögen nach den drei Zwecken des Cultus, des Unterrichts und der Wohlthätigkeit, wird gleichfalls unter den besondern Schutz des Staats gestellt; es darf unter keinem Vorwande zu dem Finanz-Vermögen eingezogen und in der Substanz für andere, als die drei genannten Zwecke ohne Zustimmung der Betheiligten, und bei allgemeinen Stiftungen ohne Zustimmung der Stände des Reiches veräußert oder verwendet werden.

§. 11. (I. 7.)

Die Freiheit der Presse und des Buchhandels ist nach den Bestimmungen des hierüber erlassenen besondern Edicts [b]) gesichert. (Beilage III.)

§. 12.

Alle Bayern haben gleiche Pflichtigkeit zu dem Kriegsdienste und zur Landwehr nach den diesfalls bestehenden Gesetzen. [c])

§. 13.

Die Theilnahme an den Staats-Lasten ist für alle Einwohner des Reichs allgemein, ohne Ausnahme irgend eines Standes, und ohne Rücksicht auf vormals bestandene besondere Befreiungen.

§. 14.

Es ist den Bayern gestattet, in einen andern Bundesstaat, welcher erweislich sie zu Un-

---

a) Man vergl. Abth. V. Absch. I. Tit III. und Abth. VIII. gegenwärtiger Sammlung.

b) Man vergl. Abth. V. Absch. I. Tit. IV. gegenwärtiger Sammlung.

c) Man vergl. Abth. X. unten.

terthanen annehmen will, auszuwandern, auch in Civil- und Militär-Dienste desselben zu treten, a) wenn sie den gesetzlichen Verbindlichkeiten gegen ihr bisheriges Vaterland Genüge geleistet haben.

Sie dürfen, so lange sie im Unterthans-Verbande bleiben, ohne ausdrückliche Erlaubniß des Monarchen von einer auswärtigen Macht weder Gehalte noch Ehrenzeichen annehmen.

Fünfter Titel.

Von besondern Rechten und Vorzügen.

§. 1. (II. 10.)

Die Kron-Aemter b) werden als oberste Würden des Reiches, entweder auf die Lebenszeit der Würdeträger oder auf deren männliche Erben, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linealischen Erbfolge als Thron-Lehen verliehen.

Die Kron-Beamten sind durch ihre Reichswürden Mitglieder der ersten Kammer in der Stände-Versammlung.

§. 2.

Den vormals reichsständischen Fürsten und Grafen werden alle jene Vorzüge und Rechte zugesichert, welche in dem ihre Verhältnisse bestimmenden besondern Edicte c) ausgesprochen sind. (Beilage IV.)

§. 3.

Die der Bayerischen Hoheit untergebenen ehemaligen unmittelbaren Reichsadeligen d) genießen diejenigen Rechte, welche in Gemäßheit der Königlichen Declaration durch die constitutionellen Edicte ihnen zugesichert werden.

§. 4. (I. 5.)

Der gesammte übrige Adel des Reiches behält, wie jeder Guts-Eigenthümer, seine gutsherrlichen Rechte nach den gesetzlichen Bestimmungen. e) (Beilage V.)

Uebrigens hat derselbe folgende Vorzüge zu genießen:

1) ausschließend das Recht, eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit ausüben zu können; f) (Beilage VI.)
2) Familien-Fidei-Commisse auf Grundvermögen zu errichten; g) (Beilage VII.)
3) einen von dem landgerichtlichen befreiten Gerichtsstand h) in bürgerlichen und strafrechtlichen Fällen.

---

a) Man vergl. Abth. V. Absch. I. Tit. I. gegenwärtiger Sammlung.
b) Man vergl. Abth. III. gegenwärtiger Sammlung.
c) Man vergl. Abth. V. Absch. II. Tit. III. gegenwärtiger Sammlung.
d) Man vergl. Abth. V. Absch. II. Tit. V. gegenwärtiger Sammlung.
e) Man vergl. Abth. V. Absch. II. Tit. VI. Num: I. gegenwärtiger Sammlung.
f) Man vergl. Abth. V. Absch. II. Tit. VII. gegenwärtiger Sammlung.
g) Man vergl. Abth. V. Absch. II. Tit. VI. Num: II. gegenwärtiger Sammlung.
h) Man vergl. hierüber auch die Verordnung vom 28. Juli 1818 (Ges. Bl. v. J. 1818. S. 472.) die nach der Verfassungs-Urkunde regulirte Competenz der Kreis- und Stadtgerichte als privilegirte erste Instanz betreffend.

4) Die Rechte der Siegelmäßigkeit a) unter den Beschränkungen der Gesetze über das Hypothekenwesen; (Beilage VIII.) endlich

5) bei der Militaire-Conscription die Auszeichnung, daß die Söhne der Adeligen als Cadetten eintreten.

§. 5. (I. 6.)

Einige dieser Vorzüge theilen für ihre Personen die geistlichen und die wirklichen Collegial-Räthe, und die mit diesen in gleicher Cathegorie stehenden höhern Beamten.

Die Geistlichen genießen denselben befreiten Gerichtsstand in bürgerlichen b) und strafrechtlichen Fällen; — die Collegial-Räthe und höhern Beamten ausser diesem auch die Rechte der Siegelmäßigkeit und die obige Auszeichnung bei der Militaire-Conscription.

§. 6. (III. 7.)

Die Dienstes-Verhältnisse und Pensions-Ansprüche der Staatsdiener und öffentlichen Beamten richten sich nach den Bestimmungen der Dienst-Pragmatik. c) (Beilage IX.)

Sechster Titel.

Von der Stände-Versammlung. d)

§. 1.

Die zwei Kammern der allgemeinen Versammlung der Stände des Reichs sind:

a) die der Reichs-Räthe,

b) die der Abgeordneten.

§. 2.

Die Kammer der Reichs-Räthe e) ist zusammengesetzt aus

1) den volljährigen Prinzen des Königlichen Hauses;

2) den Kron-Beamten des Reichs;

3) den beiden Erz-Bischöfen;

4) den Häuptern der ehemals Reichsständischen-fürstlichen und gräflichen Familien, als erblichen Reichs-Räthen, so lange sie im Besitze ihrer vormaligen Reichsständischen im Königreiche gelegenen Herrschaften bleiben;

5) einem vom Könige ernannten Bischofe und dem jedesmaligen Präsidenten des protestantischen General-Consistoriums;

---

a) Man vergl. Abth. V. Absch. II. Tit. VIII. gegenwärtiger Sammlung.

b) Man vergl. hierüber die Verordnung vom 28. Juli 1818, die Vollziehung der Verfassung Tit. V. §. 4. Nro. 3. und 5. betr. (Ges. Bl. S. 469); dann die Verordnung vom nämlichen Tage, die nach der Verfassungs-Urkunde regulirte Competenz der Kreis- und Stadtgerichte als privilegirte erste Instanz betreffend. (Ges. Bl. S. 472.)

c) Man vergl. Abth. V. Absch. II. Tit. IX., und Abth. XVIII. gegenwärtiger Sammlung.

d) Man vergl. Abth. VI. gegenwärtiger Sammlung.

e) Man vergl. auch das Gesetz über die Bildung der Kammer der Reichsräthe vom 9. März 1828 (Ges. Bl. v. J. 1828 S. 9), welches in der Abth. VI. gegenwärtiger Sammlung aufgenommen ist.

6) aus denjenigen Personen, welche der König entweder wegen ausgezeichneter dem Staate geleisteter Dienste, oder wegen ihrer Geburt, oder ihres Vermögens zu Mitgliedern dieser Kammer entweder erblich oder lebenslänglich besonders ernennt.

§. 3.

Das Recht der Vererbung wird der König nur adeligen Gutsbesitzern verleihen, welche im Königreiche das volle Staatsbürgerrecht, und ein mit dem Lehen- oder Fidei-Commissarischen Verbande belegtes Grund-Vermögen besitzen, von welchem sie an Grund- und Dominical-Steuern in simplo Dreihundert Gulden entrichten, und wobei eine agnatisch-linealische Erbfolge nach dem Rechte der Erstgeburt eingeführt ist.

Die Würde eines erblichen Reichs-Raths geht jedesmal mit den Gütern, worauf das Fidei-Commiß begründet ist, nur auf den nach dieser Erbfolge eintretenden Besitzer über.

§. 4.

Die Zahl der lebenslänglichen Reichs-Räthe kann den dritten Theil der erblichen nicht übersteigen.

§. 5.

Die Reichs-Räthe haben Zutritt in die erste Kammer nach erreichter Volljährigkeit; eine entscheidende Stimme aber kömmt den Prinzen des Königlichen Hauses erst mit dem Einundzwanzigsten, den übrigen Reichs-Räthen mit dem Fünfundzwanzigsten Lebensjahre zu.

§. 6.

Die Kammer der Reichs-Räthe kann nur dann eröffnet werden, wenn wenigstens die Hälfte der sämmtlichen Mitglieder anwesend ist.]

§. 7. (IV. 1.)

Die zweite Kammer der Stände-Versammlung bildet sich

a) aus den Grundbesitzern, welche eine gutsherrliche Gerichtsbarkeit ausüben, und nicht Sitz und Stimme in der ersten Kammer haben;
b) aus Abgeordneten der Universitäten;
c) aus Geistlichen der katholischen und protestantischen Kirche;
d) aus Abgeordneten der Städte und Märkte;
e) aus den nicht zu a) gehörigen Landeigenthümern.

§. 8.

Die Zahl der Mitglieder richtet sich im Ganzen nach der Zahl der Familien im Königreiche, in dem Verhältnisse, daß auf 7000 Familien ein Abgeordneter gerechnet wird.

§. 9.

Von der auf solche Art bestimmten Zahl stellt:

a) die Klasse der adeligen Gutsbesitzer ein Achttheil;
b) die Klasse der Geistlichen der katholischen und protestantischen Kirche ein Achttheil;
c) die Klasse der Städte und Märkte ein Viertheil; — und

d) die Klasse der übrigen Landeigenthümer, welche keine gutsherrliche Gerichtsbarkeit ausüben, zwei Viertheile der Abgeordneten;

e) jede der drei Universitäten ein Mitglied.

§. 10.

Die jede einzelne Klasse treffende Zahl von Abgeordneten wird nach den Bestimmungen des über die Stände-Versammlung hier beigefügten besondern Edictes a), auf die einzelnen Regierungs-Bezirke vertheilt. (Beilage X.)

§. 11.

Jede Klasse wählt in jedem Regierungs-Bezirke die sie daselbst treffende Zahl von Abgeordneten nach der in dem angeführten Edicte vorgeschriebenen Wahlordnung für die sechsjährige Dauer der Versammlung. Die während derselben erledigten Stellen werden aus denjenigen ersetzt, welche den Gewählten in der Stimmenzahl zunächst kommen.

§. 12.

Jedes Mitglied der Kammer der Abgeordneten muß ohne Rücksicht auf Standes- oder Dienst-Verhältnisse ein selbstständiger Staatsbürger seyn, welcher das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat und den freien Genuß eines solchen im betreffenden Bezirke oder Orte gelegenen Vermögens besitzt, welches seinen unabhängigen Unterhalt sichert und durch die im Edicte (Beil. X.) b) festgesetzte Größe der jährlichen Versteuerung bestimmt wird.

Er muß sich zu einer der drei christlichen Religionen c) bekennen, und darf niemals einer Special-Untersuchung, wegen Verbrechen oder Vergehen unterlegen haben, wovon er nicht gänzlich freigesprochen worden ist.

§. 13. (IV. 3.)

Alle sechs Jahre wird eine neue Wahl der Abgeordneten vorgenommen und sonst nur in dem Falle, wenn die Kammer von dem Könige aufgelöset wird.

Die austretenden Mitglieder sind wieder wählbar.

§. 14.

Der Austritt eines bereits ernannten Mitgliedes erfolgt während der Dauer der Versammlung

1) wenn dasselbe die Realität, das Gericht, Gewerbe oder die geistliche Pfründe, welche seine Wahl für den betreffenden Regierungs-Bezirk, oder die Klasse besonders begründeten, aus was immer für Veranlassungen zu besitzen aufhört, ohne einen gleichen Ersatz in demselben Bezirke, Orte, oder in derselben Klasse zu erwerben;

2) wenn das Mitglied unter der Zeit eine der oben (§. 12) zur passiven Wahlfähigkeit wesentlich erforderlichen Eigenschaften verliert.

In diesen Fällen hat die Kammer der Abgeordneten auf die geschehene Anzeige und nach Vernehmung des Betheiligten zu entscheiden.

---

a) M. vergl. die Abth. VI. der gegenwärtigen Sammlung.

b) M. vergl. die Abth. VI. der gegenwärtigen Sammlung.

c) Auch den griechischen Glaubensgenossen ist durch das Gesetz vom 1. Juli 1834 (§. 4. unten) nunmehr das Recht der Wählbarkeit zur Ständeversammlung verliehen.

§. 15.

Zur gültigen Constituirung der Kammer der Abgeordneten wird die Anwesenheit von wenigstens zwei Drittheilen der gewählten Mitglieder erfordert.

§. 16.

Die Kammer der Reichs-Räthe wird gleichzeitig mit jener der Abgeordneten zusammenberufen, eröffnet und geschlossen.

§. 17.

Kein Mitglied der ersten oder zweiten Kammer darf sich in der Sitzung durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen.

§. 18.

Die Anträge über die Staats-Auflagen geschehen zuerst in der Kammer der Abgeordneten und werden dann durch diese an die Kammer der Reichs-Räthe gebracht.

Alle übrigen Gegenstände können nach der Bestimmung des Königs der einen oder der andern Kammer zuerst vorgelegt werden.

§. 19.

Kein Gegenstand des den Ständen des Reichs angewiesenen gemeinschaftlichen Wirkungskreises kann von einer Kammer allein in Berathung gezogen werden, und die Wirkung einer gültigen Einwilligung der Stände erlangen.

Siebenter Titel.

Von dem Wirkungskreise der Stände-Versammlung. a)

§. 1.

Die beiden Kammern können nur über jene Gegenstände in Berathung treten, die in ihren Wirkungskreis gehören, welcher in den §§. 2 bis 19 näher bezeichnet ist.

§. 2.

Ohne den Beirath und die Zustimmung der Stände des Königreichs kann kein allgemeines neues Gesetz, b) welches die Freiheit der Personen oder das Eigenthum der Staats-Angehörigen betrifft, erlassen, noch ein schon bestehendes, abgeändert authentisch erläutert oder aufgehoben werden.

§. 3.

Der König erholt die Zustimmung der Stände zur Erhebung aller directen Steuern, so wie zur Erhebung neuer indirecten Auflagen, oder zu der Erhöhung oder Veränderung der bestehenden.

---

a) Man vergl. die Abth. VI. unten.

b) Ueber die Berathung neuer oder revidirter Gesetzbücher in den Kammern wurden für die Dauer der Stände-Versammlung der dritten Finanz-Periode, am 9. August 1831 und 1. Juli 1834, besondere Gesetze erlassen; m. vergl. das Ges. Bl. v. J. 1831 St. I. S. 1, und das Ges. Bl. v. J. 1834 St. III. S. 33.

§. 4.

Den Ständen wird daher nach ihrer Eröffnung die genaue Uebersicht des Staatsbedürfnisses, so wie der gesammten Staats-Einnahmen (Budget) vorgelegt werden, welche dieselbe durch einen Ausschuß prüfen, und sodann über die zu erhebenden Steuern in Berathung treten.

§. 5.

Die zur Deckung der ordentlichen beständigen und bestimmt vorherzusehenden Staats-Ausgaben, mit Einschluß des nothwendigen Reserve-Fonds, erforderlichen directen Steuern werden jedesmal auf sechs Jahre bewilligt.

Um jedoch jede Stockung in der Staatshaushaltung zu vermeiden, werden in dem Etats-Jahre, in welchem die erste Stände-Versammlung einberufen wird, die in dem vorigen Etats-Jahre erhobenen Staats-Auflagen fort entrichtet.

§. 6.

Ein Jahr vor dem Ablaufe des Termins, für welchen die fixen Ausgaben festgesetzt sind, somit nach Verlauf von sechs Jahren, läßt der König für die sechs Jahre, welche diesem Termine folgen, den Ständen ein neues Budget vorlegen.

§. 7.

In dem Falle, wo der König durch ausserordentliche äußere Verhältnisse verhindert ist, in diesem letzten Jahre der ordentlichen Steuer-Bewilligung die Stände zu versammeln, kömmt Ihm die Befugniß einer Forterhebung der letztbewilligten Steuer auf ein halbes Jahr zu.

§. 8.

In Fällen eines außerordentlichen und unvorhergesehenen Bedürfnisses und der Unzulänglichkeit der bestehenden Staats-Einkünfte zu dessen Deckung, wird dieses den Ständen zur Bewilligung der erforderlichen außerordentlichen Auflagen vorgelegt werden.

§. 9.

Die Stände können die Bewilligung der Steuern mit keiner Bedingung verbinden.

§. 10.

Den Ständen des Reichs wird bei einer jeden Versammlung eine genaue Nachweisung über die Verwendung der Staats-Einnahmen vorgelegt werden.

§. 11.

Die gesammte Staatsschuld [a]) wird unter die Gewährleistung der Stände gestellt.

Zu jeder neuen Staatsschuld, wodurch die zur Zeit bestehende Schulden-Masse im Capitals-Betrage oder der jährlichen Verzinsung vergrößert wird, ist die Zustimmung der Stände des Reichs erforderlich.

---

a) Ueber das Staatsschulden-wesen sind seitdem folgende Gesetze erlassen worden: Gesetz vom 22. Juli 1819, das Staatsschuldenwesen des Reichs betr. (Ges. Bl. v. J. 1819 St. XI. S. 243); Gesetz vom 22. Juli 1819, die Schulden der ehemaligen Reichsstadt Nürnberg betr. (G. Bl. v. J. 1819 St. XII S. 257); Gesetz vom 1. Juni 1822, die Staatsschuld betr. (Ges. Bl. v. J. 1822 nr. 3. S. 141); Gesetz vom 11. Sept. 1825, das Staatsschuldenwesen betr. (G. Bl. v. J. 1825. St. XVIII. S. 191); Gesetz vom 28. Dezember 1831, über das Staatsschuldenwesen (G. Bl. v. J. 1831 nr. 10. S. 217).

§. 12.

Eine solche Vermehrung der Staatsschulden hat nur für jene dringenden und außerordentlichen Staatsbedürfnisse statt, welche weder durch die ordentlichen noch durch außerordentliche Beiträge der Unterthanen, ohne deren zu große Belastung bestritten werden können, und die zum wahren Nutzen des Landes gereichen.

§. 13.

Den Ständen wird der Schuldentilgungs-Plan vorgelegt, und ohne ihre Zustimmung kann an dem von ihnen angenommenen Plane keine Abänderung getroffen, noch ein zur Schuldentilgung bestimmtes Gefäll zu irgend einem andern Zwecke verwendet werden.

§. 14.

Jede der beiden Kammern hat aus ihrer Mitte einen Commissaire zu ernennen, welche gemeinschaftlich bei der Schuldentilgungs-Commission von allen ihren Verhandlungen genaue Kenntniß zu nehmen, und auf die Einhaltung der festgesetzten Normen zu wachen haben.

§. 15.

In außerordentlichen Fällen, wo drohende äußere Gefahren die Aufnahme von Capitalien dringend erfordern, und die Einberufung der Stände durch äußere Verhältnisse unmöglich gemacht wird, soll diesen Commissaire's die Befugniß zustehen, zu diesem Anleihen im Namen der Stände vorläufig ihre Zustimmung zu ertheilen.

Sobald die Einberufung der Stände möglich wird, ist ihnen die ganze Verhandlung über diese Capitals-Aufnahme vorzulegen, um in das Staatsschulden-Verzeichniß eingetragen zu werden.

§. 16.

Den Ständen wird bei jeder Versammlung die genaue Nachweisung des Standes der Staatsschulden-Tilgungs-Kasse vorgelegt werden.

§. 17.

Die Stände haben das Recht der Zustimmung zur Veräußerung oder Verwendung allgemeiner Stiftungen in ihrer Substanz für andere als ihre ursprünglichen Zwecke.

§. 18.

Eben so ist ihre Zustimmung zur Verleihung von Staats-Domainen oder Staats-Renten zu Belohnung großer und bestimmter dem Staate geleisteter Dienste erforderlich.

§. 19.

Die Stände haben das Recht, in Beziehung auf alle zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Gegenstände dem Könige ihre gemeinsamen Wünsche und Anträge in der geeigneten Form vorzubringen.

§. 20.

Jeder einzelne Abgeordnete hat das Recht, in dieser Beziehung seine Wünsche und Anträge in seiner Kammer vorzubringen, welche darüber: ob dieselben in nähere Ueberlegung gezogen werden sollen, durch Mehrheit der Stimmen erkennt, und sie im bejahenden Falle an den betreffenden Ausschuß zur Prüfung und Würdigung bringt.

Die von einer Kammer über solche Anträge gefaßten Beschlüsse müssen der andern

Kammer mitgetheilt, und können erst nach deren erfolgten Beistimmung dem Könige vorgelegt werden.

§. 21.

Jeder einzelne Staatsbürger, so wie jede Gemeinde kann Beschwerden über Verletzung der constitutionellen Rechte an die Stände-Versammlung, und zwar an jede der beiden Kammern bringen, welche sie durch den hierüber bestehenden Ausschuß prüft, und findet dieser sie dazu geeignet, in Berathung nimmt.

Erkennt die Kammer durch Stimmenmehrheit die Beschwerde für gegründet, so theilt sie ihren diesfalls an den König zu erstattenden Antrag der andern Kammer mit, welcher, wenn diese demselben beistimmt, in einer gemeinsamen Vorstellung dem Könige übergeben wird.

§. 22. (IV. 4.)

Der König wird wenigstens alle drei Jahre die Stände zusammenberufen.

Der König eröffnet und schließt die Versammlung entweder in eigener Person, oder durch einen besonders hiezu Bevollmächtigten.

Die Sitzungen einer solchen Versammlung dürfen in der Regel nicht länger als zwei Monate dauern, und die Stände sind verbunden, in ihren Sitzungen die von dem Könige an sie gebrachten Gegenstände vor allen übrigen in Berathung zu nehmen.

§. 23. (IV. 4.)

Dem Könige steht jederzeit das Recht zu, die Sitzungen der Stände zu verlängern, sie zu vertagen, oder die ganze Versammlung aufzulösen.

In dem letzten Falle muß wenigstens binnen drei Monaten eine neue Wahl der Kammer der Abgeordneten vorgenommen werden.

§. 24.

Die Staats-Minister können den Sitzungen der beiden Kammern beiwohnen, wenn sie auch nicht Mitglieder derselben sind. [a]

§. 25.

Jedes Mitglied der Stände-Versammlung hat folgenden Eid zu leisten:

„Ich schwöre Treue dem Könige, Gehorsam dem Gesetze, Beobachtung und Auf-„rechthaltung der Staats-Verfassung und in der Stände-Versammlung nur des „ganzen Landes allgemeines Wohl und Beste ohne Rücksicht auf besondere Stände „oder Classen nach meiner innern Ueberzeugung zu berathen; — So wahr mir „Gott helfe und sein heiliges Evangelium.“

§. 26.

Kein Mitglied der Stände-Versammlung kann während der Dauer der Sitzungen ohne

---

a) Nach der k. Erklärung in dem Landtags-Abschiede v. J. 1819. sub nr. III. 3. (Ges. Bl. v. J. 1819. S. 51.) kann den Staatsministern die Zulassung auch zu den geheimen Sitzungen der Kammer der Abgeordneten nicht verweigert werden, außer wenn die Kammer zur Abstimmung über einen berathenen Gegenstand schreitet.

Einwilligung der betreffenden Kammer zu Verhaft gebracht werden, den Fall der Ergreifung auf frischer That bei begangenem Verbrechen ausgenommen.

§. 27.

Kein Mitglied der Stände-Versammlung kann für die Stimme, welche es in seiner Kammer geführt hat, anders als in Folge der Geschäfts-Ordnung durch die Versammlung selbst zur Rede gestellt werden.

§. 28.

Ein Gegenstand, über welchen die beiden Kammern sich nicht vereinigen, kann in derselben Sitzung nicht wieder zur Berathung gebracht werden.

§. 29.

Die Königliche Entschließung auf die Anträge der Reichsstände a) erfolgt nicht einzeln, sondern auf alle verhandelten Gegenstände zugleich bei dem Schlusse der Versammlung.

§. 30.

Der König allein sanctionirt die Gesetze und erläßt dieselben mit seiner Unterschrift und Anführung der Vernehmung des Staatsraths und des erfolgten Beiraths und der Zustimmung der Lieben und Getreuen, der Stände des Reiches. b)

§. 31.

Wenn die Versammlung der Reichsstände vertagt, förmlich geschlossen oder aufgelöst worden ist, können die Kammern nicht mehr gültig berathschlagen, und jede fernere Verhandlung ist ungesetzlich.

Achter Titel.

Von der Rechtspflege.

§. 1. (V. 1.)

Die Gerichtsbarkeit geht vom Könige aus. — Sie wird unter Seiner Oberaufsicht durch eine geeignete Zahl von Aemtern und Obergerichten in einer gesetzlich bestimmten Instanzen-Ordnung verwaltet.

§. 2. (V. 2.)

Alle Gerichtsstellen sind verbunden, ihren Urtheilen Entscheidungsgründe beizufügen. c)

---

a) Man vergl. den §. 7. lit. A. nr. 8. der Instruction f. d. königl. Staatsrath vom 18. Nov. 1825. (Abth. IV. unten und Reg. Bl. v. J. 1825. S. 869.)

b) Man vergl. §. 7. lit. A. nr. 8. der Instruction f. d. königl. Staatsrath vom 18. Nov. 1825. (Abth. IV. unten und Reg. Bl. v. J. 1825. S. 869.)

c) Ueber zweckmäßige Fassung dieser Entscheidungs-Gründe besteht eine landesherrliche Verordnung vom 27. April 1813. (Reg. Bl. S. 561.)

§. 3. (V. 3.)

Die Gerichte sind innerhalb der Gränzen ihrer amtlichen Befugniß unabhängig, und die Richter können nur durch einen Rechtsspruch von ihren Stellen mit Verlust des damit verbundenen Gehaltes entlassen — oder derselben entsetzt werden.

§. 4. (V. 4.)

Der König kann in strafrechtlichen Sachen Gnade ertheilen, die Strafe mildern oder erlassen; — aber in keinem Falle irgend eine anhängige Streitsache, oder angefangene Untersuchung hemmen.

§. 5. (V. 5.)

Der Königliche Fiskus wird in allen streitigen Privatrechts-Verhältnissen bei den Königlichen Gerichtshöfen Recht nehmen.

§. 6. (V. 6.)

Die Vermögens-Confiscation hat in keinem Falle, den der Desertion ausgenommen, statt.

§. 7. (V. 7.)

Es soll für das ganze Königreich ein und dasselbe bürgerliche [a]) und Straf-Gesetzbuch bestehen.

Neunter Titel.

Von der Militaire-Verfassung.[b])

§. 1.

Jeder Bayer ist verpflichtet, zur Vertheidigung seines Vaterlandes, nach den hierüber bestehenden Gesetzen mitzuwirken.

Von der Pflicht, die Waffen zu tragen, ist der geistliche Stand ausgenommen.

§. 2. (VI. 1.)

Der Staat hat zu seiner Vertheidigung eine stehende Armee, welche durch die allgemeine Militaire-Conscription ergänzt, und auch im Frieden gehörig unterhalten wird.

§. 3.

Neben dieser Armee bestehen noch Reserve-Bataillons und die Landwehr.

§. 4.

Die Reserve-Bataillons sind zur Verstärkung des stehenden Heeres bestimmt, und theilen im Falle des Aufgebots alle Verpflichtungen, Ehren und Vorzüge mit demselben.

Im Frieden bleibt sämmtliche in den Reserve-Bataillons eingereihte Mannschaft, die zu den Waffenübungen erforderliche Zeit ausgenommen, in ihrer Heimath, frei von allem militairi-

---

a) M. vergl. die Gesetze vom 9. Aug. 1831 (Ges. Bl. S. 1.) und vom 1. Juli 1834 (Ges. Bl. S. 35) über die Behandlung neuer oder revidirter Gesetzbücher.

b) M. vergl. die Abth. X. gegenwärtiger Sammlung.

schen Zwange, blos der bürgerlichen Gerichtsbarkeit und den bürgerlichen Gesetzen unterworfen, ohne an der Veränderung des Wohnsitzes, der Ansäßigmachung oder Verehelichung gehindert zu seyn.

§. 5.

Die Landwehr kann in Kriegszeiten zur Unterstützung der schon durch die Reserve-Bataillons verstärkten Armee auf besondern königlichen Aufruf, jedoch nur innerhalb der Gränzen des Reichs, in militairische Thätigkeit treten.

Zur zweckmäßigen Benützung dieser Masse wird dieselbe in zwei Abtheilungen ausgeschieden, deren zweite die zur Mobilisirung weniger geeigneten Individuen begreift, und in keinem Falle außer ihrem Bezirke verwendet werden soll.

In Friedenszeiten wirkt die Landwehr zur Erhaltnng der innern Sicherheit mit, in so ferne es erforderlich ist, und die dazu bestimmten Truppen nicht hinreichen.

§. 6. (VI. 3.)

Die Armee handelt gegen den äußern Feind und im Innern nur dann, wenn die Militaire-Macht von der competenten Civil-Behörde förmlich dazu aufgefordert wird.

§. 7. (VI. 4.)

Die Militaire-Personen stehen in Dienstsachen, dann wegen Verbrechen oder Vergehen unter der Militaire-Gerichtsbarkeit, in Real- und gemischten Rechtssachen aber unter den bürgerlichen Gerichten. a)

Zehnter Titel.

Von der Gewähr der Verfassung.

§. 1.

Bei dem Regierungs-Antritte schwört der König in einer feierlichen Versammlung der Staatsminister, der Mitglieder des Staats-Raths, und einer Deputation der Stände, wenn sie zu der Zeit versammelt sind, folgenden Eid:

„Ich schwöre nach der Verfassung und den Gesetzen des Reichs zu regieren, so wahr „mir Gott helfe, und sein heiliges Evangelium."

Ueber diesen Act wird eine Urkunde verfaßt, in das Reichs-Archiv hinterlegt und beglaubigte Abschrift davon der Stände-Versammlung mitgetheilt.

§. 2.

Der Reichsverweser leistet in Beziehung auf die Erhaltung der Verfassung den Titel II. §. 16. vorgeschriebenen Eid.

Sämmtliche Prinzen des Königlichen Hauses leisten nach erlangter Volljährigkeit ebenfalls einen Eid auf die genaue Beobachtung der Verfassung.

---

a) M. vergl. das Gesetz vom 15. August 1828, über die Militaire-Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtssachen (Ges. Bl. v. J. 1828. S. 41.)

§. 3. (I. 8.)

Alle Staatsbürger sind bei der Ansäßigmachung und bei der allgemeinen Landes-Huldigung, so wie alle Staatsdiener bei ihrer Anstellung verbunden, folgenden Eid a) abzulegen:

„Ich schwöre Treue dem Könige, Gehorsam dem Gesetze und Beobachtung der Staats-„Verfassung; so wahr mir Gott helfe, und sein heiliges Evangelium!“

§. 4.

Die k. Staats-Minister und sämmtliche Staatsdiener sind für die genaue Befolgung der Verfassung verantwortlich.

§. 5.

Die Stände haben das Recht, Beschwerden über die durch die Königlichen Staats-Ministerien oder andere Staatsbehörden geschehene Verletzung der Verfassung in einem gemeinsamen Antrag an den König zu bringen, welcher denselben auf der Stelle abhelfen, oder, wenn ein Zweifel dabei obwalten sollte, sie näher nach der Natur des Gegenstandes durch den Staatsrath oder die oberste Justiz-Stelle untersuchen, und darüber entscheiden lassen wird. b)

§. 6.

Finden die Stände sich durch ihre Pflichten aufgefordert, gegen einen höhern Staats-Beamten wegen vorsätzlicher Verletzung der Staats-Verfassung eine förmliche Anklage zu stellen, so sind die Anklags-Puncte bestimmt zu bezeichnen, und in jeder Kammer durch einen besondern Ausschuß zu prüfen.

Vereinigen sich beide Kammern hierauf in ihren Beschlüssen über die Anklage; so bringen sie dieselbe mit ihren Belegen in vorgeschriebener Form an den König.

Dieser wird sie sodann der obersten Justiz-Stelle — in welcher im Falle der nothwendigen oder freiwilligen Berufung auch die zweite Instanz durch Anordnung eines andern Senats gebildet wird, — zur Entscheidung übergeben, und die Stände von dem gefällten Urtheile in Kenntniß setzen.

§. 7.

Abänderungen in den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde oder Zusätze zu derselben können ohne Zustimmung der Stände nicht geschehen.

Die Vorschläge hiezu gehen allein vom Könige aus, c) und nur wenn Derselbe sie an die Stände gebracht hat, dürfen diese darüber berathschlagen.

---

a) Ueber die Leistung des Verfassungs-Eides vergl. man Abth. V. Absch. IV. gegenwärtiger Sammlung.

b) In den Instructionen für den k. Staatsrath vom 18. Nov. 1821 (Reg. Bl. S. 53.) und v. 9. Januar 1825 §. 7. nr. 4. (Reg. Bl. S. 869) sind die von den Kammern vorgelegten Beschwerden über Verletzung constitutioneller Rechte den Berathungen des Staatsrathes unterstellt.

c) In dem Stände-Abschied v. J. 1819 wurde sub. nr. III. 1 et 2. (Ges. Bl. v. J. 1819. S. 31.) ebenfalls bestimmt ausgesprochen, daß der Ständeversammlung die Befugniß nicht zustehe, eine Bitte um Veranlassung einer Initiative auf einen Zusatz zu der Verfassung an Se. Maj. den König zu stellen.

Zu einem giltigen Beschlusse in dieser höchst wichtigen Angelegenheit wird wenigstens die Gegenwart von drei Viertheilen der bei der Versammlung anwesenden Mitglieder in jeder Kammer und eine Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen erfordert.

Indem Wir dieses Staats-Grundgesetz zur allgemeinen Befolgung und genauen Beobachtung in seinem ganzen Inhalte, einschlüssig der dasselbe ergänzenden und in der Haupt-Urkunde als Beilagen bezeichneten Edicte, hierdurch kund machen, so verordnen Wir zugleich, daß die darin angeordnete Versammlung der Stände zur Ausübung der zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Rechte am 1. Januar 1819 einberufen, und inzwischen die hiezu erforderliche Einleitung veranstaltet werde. a)

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München, am sechs und zwanzigsten Tage des Monats Mai im Eintausend achthundert und achtzehnten Jahre, Unseres Reiches im dreizehnten.

Ges. Bl. v. J. 1818. St. VII. S. 101—140.

§. 2.

Accessions-Urkunde Seiner Königl. Hoheit des damaligen Kronprinzen zur Verfassungs-Urkunde vom 26. Mai 1818.

Wir
Ludwig, Kronprinz von Bayern ꝛc. ꝛc.
Urkunden und fügen hiemit zu wissen:

Nachdem des Königs Unsers Herrn und vielgeliebtesten Herrn Vaters Majestät dem Königreiche eine seinen äußern und innern Verhältnissen angemessene Verfassung mit ständischer Einrichtung unterm 26. dieses Monats zu geben geruhet haben, und die desfallsige Urkunde Uns vollständig mitgetheilt worden ist, und nachdem Wir nach genommener Einsicht über den Inhalt derselben nicht die mindeste Erinnerung zu machen gefunden haben, so erklären Wir hierdurch, daß Wir diese Urkunde als ein bindendes Staats-Grundgesetz in allen seinen Theilen vollkommen anerkennen, und haben zu Bekräftigung dieser Unserer Erklärung gegenwärtige Urkunde eigenhändig unterzeichnet und besiegelt.

§. 2. Accessions-Urkunde Sr. k. Hoheit des damaligen Kronprinzen zur Verfassungs-Urkunde.

So geschehen München den 30. Mai 1818.

Ges. Bl. v. J. 1818. St. XVIII. pag. 451.

§. 3.

Gesetz vom 9. März 1828, die Bestimmung des §. 2. Ziff. 7. des Tit. III. der Verfassungs-Urkunde, das Staatsgut betreffend.

L. K.

Wir haben Uns von der Nothwendigkeit überzeugt, die Bestimmung des §. 2. Ziffer 7. des Tit. III. der Verfassungs-Urkunde, das Staatsgut betreffend, zu mehrerer Deutlichkeit und

§. 3. Gesetz vom 9. März 1828 über das Staatsgut.

a) Man vergl. die Verordnung vom 30. Nov. 1818, die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betr. (Ges. Bl. v. J. 1818. S. 629.)

Genauigkeit derselben zu erweitern, und verordnen deshalb, nach Vernehmung Unseres Staatsrathes und mit Beirath und Zustimmung Unserer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, unter genauer Beobachtung der im §. 7. Tit. X. der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Formen, wie folgt:

Art. I.

Gegenstände, welche sich in den, im §. 2. und Ziff. 7. des Tit. III. der Verfassungs-Urkunde gedachten Sammlungen befinden, aber weder aus Staatsmitteln noch durch Staatsverträge, noch in fideicommissarischer Eigenschaft, sondern aus den dem Monarchen zur Privatdisposition gestellten Einnahmen oder aus sonstigen Privattiteln erworben, und dem Vermögen des Staates und der Krone nicht förmlich einverleibt wurden, sohin zu der Privatverlassenschaft des Monarchen gehören und als dessen Privateigenthum unter der Fertigung derjenigen Staatsbeamten, welchen die Aufsicht über die treffenden Sammlungen anvertraut ist, in den Verzeichnissen vorgemerkt sind, gehen in das Privateigenthum der Erben über, und verbleiben auch dann in solchem, wenn dieselben sie ferner, jedoch mit der geeigneten Bemerkung in den Verzeichnissen bei diesen Sammlungen belassen.

Art. II.

Gegenwärtiges Gesetz soll als ein Grundgesetz des Reiches angesehen werden; es hat vom heutigen Tag anfangend die Kraft, als stünde es wörtlich in der Verfassungs-Urkunde selbst, und kann nur in der durch den §. 7. Tit. X. der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Art verändert werden.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den neunten März im Jahre eintausend achthundert und acht und zwanzig.

Ges. Bl. v. J. 1828. St. I. S. 5.

§. 4.

Gesetz vom 1. July 1834, die bürgerlichen und politischen Rechte der griechischen Glaubensgenossen betreffend.

§. 4. Gesetz vom 1. July 1834, die Rechte d. griechischen Glaubensgenossen betr.

L. S.

Wir haben nach Vernehmung Unsers Staatsrathes, und mit Beirath und Zustimmung Unserer Lieben und Getreuen der Stände des Reiches, unter genauer Beobachtung der im §. 7. Tit. X. der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen, was folgt:

Art. I.

Die Bekenner der unirten sowohl, als der nicht unirten griechischen Kirche genießen mit den Bekennern der in dem Königreiche bereits verfassungsmäßig bestehenden drei christlichen Kirchen-Gesellschaften gleiche bürgerliche und politische Rechte.

Art. II.

Gegenwärtiges Gesetz soll als ein Grundgesetz des Reiches angesehen werden; es hat von dem Tage der Bekanntmachung anfangend dieselbe Kraft, als stünde es wörtlich in der

Verfassungs-Urkunde, und kann nur in der durch §. 7. des Tit. X. der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Art wieder abgeändert werden.

Gegeben, München am 1. Juli 1834.

Ges. Bl. v. J. 1834. St. V. pag. 41.

Anhang zu Abtheilung II. Abschnitt I.

Verfassungs-Urkunde vom 1. Mai 1808.

M. J. K.

Von der Ueberzeugung geleitet, daß der Staat, so lange er ein bloßes Aggregat verschiedenartiger Bestandtheile bleibt, weder zur Erreichung der vollen Gesammtkraft, die in seinen Mitteln liegt, gelangen, noch den einzelnen Gliedern desselben alle Vortheile der bürgerlichen Vereinigung, in dem Maaße, wie es diese bezwecket, gewähren kann, haben Wir bereits durch mehrere Verordnungen die Verschiedenheit der Verwaltungsformen in Unserm Reiche, so weit es vor der Hand möglich war, zu heben, für die directen Auflagen sowohl, als für die indirecten ein gleichförmigeres System zu gründen, und die wichtigsten öffentlichen Anstalten dem Gemeinsamen ihrer Beistimmung durch Einrichtungen, die zugleich ihre besondern sichern, entsprechender zu machen gesucht. Ferner haben Wir, um Unsern gesammten Staaten den Vortheil angemessener gleicher bürgerlicher und peinlicher Gesetze zu verschaffen, auch die hiezu nöthigen Vorarbeiten angeordnet, die zum Theil schon wirklich vollendet sind. Da aber diese einzelnen Ausbildungen besonderer Theile der Staats-Einrichtung nur unvollkommen zum Zwecke führen, und Lücken zurücklassen, deren Ausfüllung ein wesentliches Bedürfniß der nothwendigen Einheit des Ganzen ist; so haben Wir beschlossen, sämmtlichen Bestandtheilen der Gesetzgebung und Verwaltung Unsers Reichs, mit Rücksicht auf die äussern und innern Verhältnisse desselben, durch organische Gesetze einen vollständigen Zusammenhang zu geben, und hiezu den Grund durch gegenwärtige Constitutions-Urkunde zu legen, die zur Absicht hat, durch entsprechende Anordnungen und Bestimmungen den gerechten, im allgemeinen Staatszwecke gegründeten Foderungen des Staats an seine einzelnen Glieder, so wie der einzelnen Glieder an den Staat, die Gewährleistung ihrer Erfüllung, dem Ganzen feste Haltung und Verbindung, und jedem Theile der Staatsgewalt die ihm angemessene Wirkungskraft nach den Bedürfnissen des Gesammt-Wohls zu verschaffen. Verfassungs-Urkunde vom 1. Mai 1808.

Wir bestimmen und verordnen demnach, wie folgt:

Erster Titel.

Hauptbestimmungen.

§. 1.

Das Königreich Bayern bildet einen Theil der rheinischen Föderation.

§. 2. (I. 2.) a)

Alle besondern Verfassungen, Privilegien, Erbämter und landschaftliche Corporationen der einzelnen Provinzen sind aufgehoben. Das ganze Königreich wird durch eine National-

a) Die in Parenthese gestellten römischen und arabischen Ziffern bezeichnen die Titel und Paragraphen inhaltsverwandter Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde vom 26. Mai 1818.

repräsentation vertreten, nach gleichen Gesetzen gerichtet und nach gleichen Grundsätzen verwaltet; dem zu Folge soll ein und dasselbe Steuersystem für das ganze Königreich seyn. Die Grundsteuer kann den fünften Theil der Einkünfte nicht übersteigen.

§. 3. (IV. 6.)

Die Leibeigenschaft wird da, wo sie noch besteht, aufgehoben.

§. 4.

Ohne Rücksicht auf die bis daher bestandene Eintheilung in Provinzen, wird das ganze Königreich in möglichst gleiche Kreise, und, so viel thunlich, nach natürlichen Gränzen getheilt.

§. 5. (V. 4.)

Der Adel behält seine Titel, und, wie jeder Guts-Eigenthümer, seine gutsherrlichen Rechte nach den gesetzlichen Bestimmungen; übrigens aber wird er in Rücksicht auf die Staats-lasten, wie sie dermal bestehen oder noch eingeführt werden mögen, den übrigen Staatsbürgern ganz gleich behandelt. Er bildet auch keinen besondern Theil der National-Repräsentation, sondern nimmt mit den übrigen ganz freien Landeigenthümern einen verhältnißmäßigen Antheil daran. Eben so wenig wird ihm ein ausschließliches Recht auf Staatsämter, Staatswürden, Staatspfründen zugestanden. Die gesammten Statuten der noch bestehenden Corporationen müssen nach diesen Grundsätzen abgeändert oder seiner Zeit eingerichtet werden.

§. 6. (IV. 9 et V. 5.)

Dieselben Bestimmungen treten auch bei der Geistlichkeit ein.

Uebrigens wird allen Religionstheilen, ohne Ausnahme, der ausschließliche und vollkommene Besitz der Pfarr-, Schul- und Kirchen-Güter, wie sie nach der Verordnung vom 1. October 1807 [a]) unter die drei Rubriken: des Cultus, des Unterrichts und der Wohlthätigkeit, in einer Administration vereinigt sind, bestätigt. Diese Besitzungen können weder unter irgend einem Vorwande eingezogen noch zu einem fremden Zwecke veräußert werden. Dasselbe gilt auch von den Gütern, welche seiner Zeit den zu errichtenden Bisthümern und Capiteln zur Dotation angewiesen werden sollen.

§. 7. (IV. 8. 9. 11.)

Der Staat gewährt allen Staatsbürgern Sicherheit der Personen und des Eigenthums — vollkommene Gewissensfreiheit — Preßfreiheit nach dem Censur-Edict vom 13. Junius 1803 [b]) und den wegen der politischen Zeitschriften am 6. Sept. 1799 [c]) und 17. Febr. 1806 [d]) erlassenen Verordnungen.

---

a) Man vergl. Abth. VIII. gegenwärtiger Sammlung.

b) Man vergl. das Reg. Bl. v. J. 1803 St. XXV. S. 377.

c) Man vergl. das Reg. Bl. v. J. 1799 St. XLI. und die Mayerische Gen.-Sammlung v. J. 1800. Bd. I. S. 227.

d) Man vergl. das Reg. Bl. v. J. 1806. St. IX. S. 70.

Nur Eingeborne, oder im Staate Begüterte, können Staats-Aemter bekleiden.

Das Indigenat kann nur durch eine Königliche Erklärung oder ein Gesetz ertheilt werden.

§. 8. (X. 3.)

Ein jeder Staatsbürger, der das ein und zwanzigste Jahr zurückgelegt hat, ist schuldig, vor der Verwaltung seines Kreises einen Eid abzulegen, daß er der Constitution und den Gesetzen gehorchen — dem Könige treu seyn wolle. Niemand kann ohne ausdrückliche Erlaubniß des Monarchen auswandern, in das Ausland reisen oder in fremde Dienste übergehen, noch von einer auswärtigen Macht Gehälter oder Ehrenzeichen annehmen, bei Verlust aller bürgerlichen Rechte. Alle jene, welche ausser den durch Herkommen oder Verträge bestimmten Fällen, eine fremde Gerichtsbarkeit über sich erkennen, verfallen in dieselbe Strafe und können nach Umständen mit einer noch schärfern belegt werden.

Zweiter Titel.

Von dem Königlichen Hause.

§. 1. (II. 2.)

Die Krone ist erblich in dem Manns-Stamme des regierenden Hauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linealischen Erbfolge.

§. 2. (II. 4.)

Die Prinzessinnen sind auf immer von der Regierung ausgeschlossen, und bleiben es von der Erbfolge in so lange, als noch ein männlicher Sprosse des regierenden Hauses vorhanden ist.

§. 3. (II. 5.)

Nach gänzlicher Erlöschung des Manns-Stammes fällt die Erbschaft auf die Töchter und ihre männliche Nachkommenschaft.

§. 4. (II. 5.)

Ein besonderes Familiengesetz wird die Art, wie diese Erbfolge eintreten soll, bestimmen; jedoch mit Vorbehalt der im §. 34 *) der rheinischen Föderationsacte erwähnten erblichen Ansprüche, in so weit sie anerkannt und bestimmt sind.

Der Letztlebende vom Königlichen Hause wird durch zweckmäßige Maßregeln die Ruhe und Selbstständigkeit des Reichs zu erhalten suchen.

§. 5.

Die nachgebornen Prinzen erhalten keine liegende Güter, sondern eine jährliche Appanagial-Rente von höchstens Einmal Hundert Tausend Gulden aus der Königlichen Schatzkammer in monatlichen Raten ausbezahlt, die nach Abgang ihrer männlichen Erben dahin zurück fällt.

§. 6.

Zweimal Hundert Tausend Gulden jährliche Einkünfte, nebst einer anständigen Residenz, sind als Maximum für das Witthum der regierenden Königin bestimmt; das Heurathgut einer Prinzessin ist auf Einmal Hundert Tausend Gulden festgesetzt.

*) Bd. I. S. 225. gegenwärtiger Sammlung.

§. 7.

Alle Glieder des Königlichen Hauses stehen unter der Gerichtsbarkeit des Monarchen, und können bei Verlust ihres Erbfolge-Rechts nur mit dessen Einwilligung zur Ehe schreiten.

§. 8. (II. 7.)

Die Volljährigkeit der Königlichen Prinzen tritt mit dem zurückgelegten achtzehnten Jahre ein.

§. 9. (II. 10, 13, 14, 15, 18.)

Einem jeden Monarchen steht es frei, unter den volljährigen Prinzen des Hauses den Reichsverweser während der Minderjährigkeit seines Nachfolgers zu wählen. In Ermanglung einer solchen Bestimmung gebührt sie dem nächsten volljährigen Agnaten. Der weiter Entfernte, welcher wegen Unmündigkeit eines nähern die Verwaltung übernommen hat, setzt sie bis zur Volljährigkeit des Monarchen fort. Die Regierung wird im Namen des Minderjährigen geführt; alle Aemter, mit Ausnahme der Justizstellen, können während der Regentschaft nur provisorisch vergeben werden. Der Reichsverweser kann weder Krongüter veräußern, noch neue Aemter schaffen. In Ermanglung eines volljährigen Agnaten verwaltet der erste Kronbeamte das Reich. Einer verwittweten Königin kann die Erziehung ihrer Kinder unter Aufsicht des Reichsverwesers, nie aber die Verwaltung des Reichs übertragen werden.

§. 10.

Es sollen vier Kronämter des Reichs errichtet werden. [a]) Ein Kron-Oberst-Hofmeister — ein Kron-Oberst-Kämmerer — ein Kron-Oberst-Marschall — ein Kron-Oberst-Postmeister, die den Sitzungen des geheimen Raths beiwohnen.

Alle wirklich dirigirenden geheimen Staats-Minister genießen alle mit der Kronämter-Würde verbundenen Ehren und Vorzüge.

§. 11. (III. 3. 5.)

Die am 20. Oct. 1804 wegen Unveräußerlichkeit der Staatsgüter erlassene Pragmatik wird bestätigt; [b]) jedoch soll es dem Könige frei stehen, zur Belohnung großer und bestimmter, dem Staate geleisteter Dienste, vorzüglich die künftig heimfallenden Lehen oder neu erworbene Staats-Domainen dazu zu verwenden, die sodann die Eigenschaft von Mannlehen der Krone annehmen, und worüber keine Anwartschaft ertheilt werden kann.

Dritter Titel.

Von der Verwaltung des Reichs.

§. 1. (X. 4.)

Das Ministerium theilt sich in fünf Departements: jenes der auswärtigen Verhältnisse, der Justiz, der Finanzen, des Innern und des Kriegswesens. Die Geschäfts-Sphäre eines

a) Man vergl. die Abth. III. unten.

b) Reg. Bl. v. J. 1805. St. V. S. 161.

jeden ist und bleibt durch die Verordnung vom 26. Mai 1801 [a]), 29. October 1806 [b]), und 9. März 1801 [c]) bestimmt.

Mehrere Ministerien können in Einer Person vereinigt werden. Das Staats-Secretariat wird von einem jeden Minister für sein Departement versehen; daher müssen alle Königliche Decrete von demselben unterzeichnet werden und nur mit dieser Formalität werden sie als rechtskräftig angesehen. Die Minister sind für die genaue Vollziehung der Königlichen Befehle sowohl, als für jede Verletzung der Constitution, welche auf ihre Veranlassung oder ihre Mitwirkung Statt findet, dem Könige verantwortlich. Sie erstatten jährlich dem Monarchen einen ausführlichen Bericht über den Zustand ihres Departements.

§. 2.

Zur Berathschlagung über die wichtigsten inneren Angelegenheiten des Reichs wird ein geheimer Rath angeordnet, der neben den Ministern aus zwölf oder höchstens sechszehen Gliedern besteht. Die geheimen Räthe werden von dem Könige anfänglich auf Ein Jahr ernannt, und nicht eher, als nach sechsjährigem Dienste als permanent angesehen. Der König und der Kron-Erbe wohnen den Sitzungen des geheimen Raths bei; in beider Abwesenheit präsidirt der älteste der anwesenden Staats-Minister. Der geheime Rath entwirft und discutirt alle Gesetze und Haupt-Verordnungen nach den Grundzügen, welche ihm von dem Könige durch die einschlägigen Ministerien zugetheilt werden, besonders das Gesetz über die Auflagen, oder das Finanz-Gesetz. Er entscheidet alle Competenz-Streitigkeiten der Gerichtsstellen und Verwaltungen, wie auch die Frage: ob ein Verwaltungs-Beamter vor Gericht gestellt werden könne oder solle?

Zur Führung der Geschäfte wird der geheime Rath in drei Sectionen getheilt: jene der bürgerlichen und peinlichen Gesetzgebung, der Finanzen und der innern Verwaltung. Eine jede Section besteht wenigstens aus drei Mitgliedern, und bereitet die Geschäfte zum Vortrage im versammelten Rathe vor.

§. 3.

Der geheime Rath hat in Ausübung seiner Attributen nur eine berathende Stimme.

§. 4.

An der Spitze eines jeden Kreises steht ein Königlicher General-Commissär, dem wenigstens drei, höchstens fünf, Kreis-Räthe untergeordnet sind; ferner besteht in einem jeden Kreise

a) eine allgemeine Versammlung, und

b) eine Deputation.

Erstere wählt die National-Repräsentanten; letztere wird vom König aus der Mitte der Kreis-Versammlung gewählt, und bringt

1) die zur Bestreitung der Local-Ausgaben nöthigen Auflagen in Vorschlag, welche gesondert in den jährlichen Finanz-Etat aufgenommen, von den Rent- und Steuer-Beamten mit den Auflagen des Reichs erhoben, und ausschließlich zu dem Zwecke, wozu sie bestimmt sind, verwendet werden müssen.

---

a) Reg. Bl. v. J. 1801. St. XXIII. S. 353.

b) Reg. Bl. v. J. 1806. St. XLVIII. S. 425.

c) Reg. Bl. v. J. 1801 St. XIII. S. 293.

2) Läßt sie die, die Verbesserung des Zustandes des Kreises betreffenden Vorschläge und Wünsche, durch das Ministerium des Innern an den König gelangen.

Die Stellen bei der allgemeinen Versammlung werden von dem König auf Lebenszeit vergeben; sie werden aus denjenigen vierhundert Landeigenthümern, Kaufleuten oder Fabrikanten des Bezirks, welche die höchste Grundsteuer bezahlen, nach dem Verhältnisse von 1 zu 1000 Einwohnern gewählt, und versammeln sich, so oft die Wahl eines Repräsentanten vorfällt, oder es der Monarch befiehlt. Ihre Versammlungen dauern höchstens acht Tage. Der König ernennt den Präsidenten und die übrigen Offizianten auf eine oder mehrere Sessionen: erstere Stelle kann auch dem General-Commissär des Kreises übertragen werden.

Die Kreis-Deputation wird jährlich zu dem dritten Theile erneuert. Der König ernennt die Glieder derselben aus den Deputirten der allgemeinen Versammlung. Der Name der Austretenden wird durch das Loos bestimmt. Die Deputation versammelt sich jährlich auf höchstens drei Wochen. Zeit und Ort des Zusammentrittes werden von dem Monarchen bestimmt. Mit dem Vorstande und den Secretärs wird es so, wie bei der General-Versammlung gehalten.

§. 5.

Die Landgerichte üben die Local-Polizei unter der Aufsicht der General-Commissariate aus und erhalten zu diesem Behufe einen oder mehrere Polizei-Actuarien. Für eine jede Städtische- und Rural-Gemeinde wird eine Local-Verwaltung angeordnet werden.

§. 6.

Die Gefälle, Steuern und Auflagen des Reichs werden, so wie die Local-Nebenbeischläge, durch die Rentämter und die übrigen zur Einnahme der Auflagen bestimmten Beamten erhoben.

§. 7. (V. 6.)

Alle Verwaltungs-Beamte, von dem wirklichen Rathe an, unterliegen den Bestimmungen der Hauptverordnungen vom 1. Jänner 1805 [a]), und 8. Junius 1807 [b]); jedoch werden alle künftig Anzustellende nur dann als wirkliche Staats-Beamte angesehen, wenn sie ein Amt, welches dieses Recht mit sich bringt, sechs Jahre lang ununterbrochen verwaltet haben.

Wegen der Unterstützungs-Beiträge der übrigen Königlichen Diener und ihrer Wittwen wird eine eigene zweckmäßige Verordnung erlassen werden.

Vierter Titel.

Von der National-Repräsentation.

§. 1. (VI. 7.)

In einem jeden Kreise werden aus denjenigen zwei hundert Land-Eigenthümern, Kaufleuten oder Fabrikanten, welche die höchste Grundsteuer bezahlen, von den Wahlmännern sieben Mitglieder gewählt, welche zusammen die Reichs-Versammlung bilden.

---

a) Reg. Bl. v. J. 1805. St. VII. S. 225.

b) Reg. Bl. v. J. 1807. St. XXIX. S. 1105.

§. 2.

Der König ernennt einen Präsidenten und vier Secretärs aus den Mitgliedern der Versammlung auf eine oder mehrere Sitzungen.

§. 3. (VI. 13.)

Die Dauer der Functionen der Deputirten wird auf sechs Jahre bestimmt; jedoch sind sie nach Verlauf dieser sechs Jahre erwählbar.

§. 4. (VII. 22. 23.)

Die National-Repräsentation versammelt sich wenigstens einmal im Jahre auf die vom König erhaltene Zusammenberufung, welcher die Versammlung eröffnet und schließt. Er kann sie auch vertagen oder auflösen; jedoch muß im letzten Falle wenigstens innerhalb zwei Monaten eine neue zusammenberufen werden.

§. 5.

So oft die Wahl eines Deputirten oder auch der ganzen Reichs-Repräsentation vorzunehmen ist, werden entweder alle oder die betheiligte Kreis-Versammlung durch Königliche offene Briefe, welche der Minister des Innern expedirt, hiezu aufgefordert.

§. 6.

Die Versammlung wählt unter sich Commissionen von drei, höchstens vier Mitgliedern, jene der Finanzen, der bürgerlichen und peinlichen Gesetzgebung, der innern Verwaltung und der Tilgung der Staatsschulden. Diese versammeln sich und correspondiren mit den einschlägigen Sectionen des geheimen Raths über die Entwürfe der Gesetze und Haupt-Reglements sowohl, als den jährlichen Finanz-Etat, so oft es die Regierung von ihnen verlangt.

§. 7.

Die auf solche Art vorbereiteten Gesetze werden an die Repräsentation durch zwei, höchstens drei Mitglieder des geheimen Raths gebracht; die Versammlung stimmt darüber durch den Weg des geheimen Scrutiniums nach der absoluten Mehrheit der Stimmen. Niemand ist befugt, das Wort zu führen, als die Königlichen Commissärs aus dem geheimen Rathe und die Glieder der einschlägigen Commission der Repräsentation.

Fünfter Titel.

Von der Justiz.

§. 1. (VIII. 1.)

Die Justiz wird durch die, in geeigneter Zahl bestimmten Ober- und Untergerichte a) verwaltet. Für das ganze Reich besteht eine einzige oberste Justiz-Stelle.

§. 2. (VIII. 2.)

Alle Gerichts-Stellen sind verbunden, bei End-Urtheilen die Entscheidungsgründe anzuführen.

---

a) Man vergl. das organische Edict über die Gerichts-Verfassung vom 24. Juli 1808. (Reg. Bl. v. J. 1808. St. XLIII. S. 1785.)

§. 3. (VIII. 3.)

Die Glieder der Justiz-Collegien werden von dem Könige auf Lebenszeit ernannt, und können nur durch einen förmlichen Spruch ihre Stellen verlieren.

§. 4. (VIII. 4.)

Der König kann in Criminal-Sachen Gnade ertheilen, die Strafe erlassen oder mildern; aber in keinem Falle irgend eine anhängige Streit-Sache oder angefangene Untersuchung hemmen, vielweniger eine Partei ihrem gesetzlichen Richter entziehen.

§. 5. (VIII. 5.)

Der Königliche Fiscus wird in allen streitigen Privat-Rechts-Verhältnissen bei den Königlichen Gerichts-Höfen Recht nehmen.

§. 6. (VIII. 6.)

Die Güter-Confiscation hat in keinem Falle, den der Desertion ausgenommen, statt; wohl aber können die Einkünfte während der Lebenszeit des Verbrechers sequestrirt und die Gerichtskosten damit bestritten werden.

§. 7. (VIII. 7.)

Es soll für das ganze Reich ein eigenes bürgerliches und peinliches Gesetzbuch eingeführt werden.

Sechster Titel.

Von dem Militär-Stande.

§. 1. (IX. 2.)

Zur Vertheidigung des Staats, und zur Erfüllung der durch die rheinische Bundes-Acte eingegangenen Verbindlichkeiten wird eine stehende Armee unterhalten.

§. 2. (IX. 1.)

Die Truppen werden durch den Weg der allgemeinen Militär-Conscription ergänzt.

§. 3. (IX. 6.)

Die Armee handelt nur gegen äussere Feinde; im Innern aber nur dann, wenn es der Monarch in einem besondern Falle ausdrücklich befiehlt, oder die Militär-Macht von der Civil-Behörde förmlich dazu aufgefordert wird.

§. 4. (IX. 7.)

Die Militär-Personen stehen nur in Criminal- und Dienst-Sachen unter der Militär-Gerichtsbarkeit; in allen übrigen aber sind sie, wie jeder Staatsbürger, den einschlägigen Civil-Gerichten unterworfen.

§. 5.

Die Bürger-Miliz wird bestätigt. Zur Erhaltung der Ruhe in Kriegszeiten wird eine National-Garde, und zur Handhabung der Polizei eine Gensdarmerie errichtet werden.

Dieß sind die Grundlagen der künftigen Verfassung Unsers Reichs. Ihre Einführung



wird hiemit festgesetzt auf den ersten October dieses Jahres. In der Zwischenzeit werden die hienach zu entwerfenden Gesetz-Bücher, so wie die einzelnen organischen Gesetze, welche obigen Bestimmungen theils zur nähern Erläuterung dienen, theils die Art und Weise ihres Vollzugs vorzeichnen, nachfolgen.

Völker Unsers Reichs! Die Befestigung eurer gemeinschaftlichen Wohlfahrt ist Unser Ziel. Je wichtiger auch dasselbe erscheint, und je durchdrungener ihr von der Erkenntniß seyd, daß kein besonderes Wohl sich anders, als in der engsten Verbindung mit dem allgemeinen dauerhaft erhalten kann, desto sicherer wird dieses Ziel erreicht, und Unsere Regenten-Sorge belohnt werden.

So gegeben in Unserer Haupt- und Residenz-Stadt München, am ersten Tage des Monats Mai, im Eintausend Acht Hundert und Achten Jahre, Unsers Reichs im Dritten.

Reg. Bl. v. J. 1808. Bd. I. St. XXII. S. 985—1000.

Zweiter Abschnitt.

Einführung der Staats-Verfassung.

I. In den sieben ältern Kreisen des Königreichs.

§. 5.

Nro. pr. 9077.

(Die Verkündigung der neuen Verfassung betr.)

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

§§. 5—7. Einführung der Staats-Verfassung.

Se. Majestät der König haben beschlossen, dem Reiche eine neue Verfassung mit ständischer Einrichtung zu geben, und wollen, daß der Act ihrer Einführung am 27. d. Mts. im ganzen Reiche in feierlicher Art vollzogen werde.

In Folge dieses Allerhöchsten Beschlusses, und unter vorläufiger Bemerkung, daß die Verfassungs-Urkunde und die constitutionellen Edicte demnächst nachfolgen, werden in dieser Hinsicht vorläufig nachstehende Bestimmungen ertheilt:

1) Der General-Commissär und Präsident der Regierung versammelt am 27. d. Mts. Morgens den ganzen ihm untergeordneten Dienstespersonalstand in der Kreishauptstadt mit Einschluß der Stadtpfarrer und läßt demselben die neue Verfassungs-Urkunde verkünden.

2) Nach geschehener Verkündigung nimmt er dem gesammten bezeichneten Personal den Schwur auf die Verfassung a) ab; läßt über die ganze Verhandlung ein Protocoll aufnehmen, und fügt diesem für seine Person den Eid schriftlich bei. — Hierauf wird am benannten Tage

3) in den, in der Kreishauptstadt befindlichen, Pfarrkirchen jeder Confession ein feierlicher Gottesdienst abgehalten, um den Segen der Vorsehung für das vollbrachte Verfassungswerk zu erbitten.

4) Die Land- und Herrschaftsrichter, dann die Vorstände der Localpolizeibehörden, welche sich in der Kreishauptstadt nicht selbst befinden, sind anzuweisen, nach erhaltener Mittheilung der Verfassungs-Urkunde, dieselbe in der nämlichen Art und unter den nämlichen kirchlichen Feierlichkeiten ihrem untergebenen Dienstespersonal, dann den im Gerichts- und Polizei-Bezirke angestellten Gerichtsärzten und Pfarrern zu verkünden, solchen den Eid auf die Constitution abzunehmen, und das über den Publications- und Beeidigungsact abgehaltene Protocoll zur Kreisregierung einzusenden.

---

a) Man vergl. auch Abth. V. Absch. IV. unten.

Für ihre Personen haben die genannten Land- und Herrschafts-Richter, dann Polizei-Vorstände den Eid auf die Verfassung schriftlich zur einschlägigen Regierung einzubefördern. Endlich ist

5) Ueber den Vollzug gegenwärtiger Bestimmungen im ganzen Kreisbezirke Bericht zu erstatten, und mit solchem sämmtliche obenbemerkten Protocolle zur Vorlage zu bringen.

München den 22. Mai 1818.

Staatsministerium des Innern.

An

sämmtliche General-Commissäre und Präsidenten der Kreisregierungen mit Ausnahme jener des Isar- und Rheinkreises.

Mittheilung hievon dem General-Commissär und Präsidenten der Regierung des Rheinkreises zur Kenntniß, mit dem Auftrage, bei der am 27. d. Mts. an dem Geburtstage Sr. Majestät des Königs ohnehin stattfindenden Kirchenfeierlichkeit die bevorstehende Einführung der neuen Verfassung, jedoch mit der Erklärung bekannt zu machen, daß solche im Rheinkreise nur in so ferne in Vollzug kommen könne, als es mit den daselbst bestehenden besonderen Einrichtungen vereinbarlich ist.

II. Im Rheinkreise.

§. 6.

Nr. Pr. 9917.

(Die Verkündigung der Verfassung des Königreichs betr.)

M. J. K.

Es ist euch durch ein Ministerial-Rescript vom 22. l. Mts. a) vorläufig bekannt geworden, daß Wir Unserm Königreiche eine ständische Verfassung gegeben haben. Wir lassen euch nunmehr eine Anzahl Exemplare davon mit dem Auftrage mittheilen, dieselbe in gleicher Art zu verkünden, dann die Regierung und die untergeordneten Behörden darauf zu verpflichten, wie für die übrigen Regierungs-Bezirke in der oben angeführten Entschließung vorgeschrieben ist.

Da jedoch mehrere Bestimmungen in dem Titel V. von §. 2. bis 5. einschlüssig, mit den darauf sich beziehenden Edicten, so wie einige im Titel VI., so weit sie die Classe des Adels mit einer grundherrlichen Gerichtsbarkeit betreffen, mit den im Rheinkreise bestehenden besondern — von Uns demselben gesicherten Institutionen nicht vereinbarlich sind; so soll die Vollziehung der mitgetheilten Verfassung mit den Modificationen geschehen, welche jene besondern Institutionen erfordern, — worüber Wir seiner Zeit die Anzeige, oder bei sich ergebenden Anständen, vor der Verkündigung nähern gutachtlichen Bericht erwarten.

München den 24. Mai 1818.

An

den k. General-Commissär des Rheinkreises.

Die vorstehenden beiden Allerhöchsten Rescripte vom 22. u. 24. Mai 1818 wurden von der k. Regierung des Rheinkreises verkündet, wie folgt:

---

a) Man vergl. vorstehend §. 5.

(Die Verfassung des Königreichs Bayern betr.)

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Seine K. Majestät haben durch Allerhöchste Rescripte vom 22. und 24. Mai allergnädigst beschlossen, daß die Verfassungs-Urkunde des Königreichs Bayern auch auf den Rheinkreis ausgedehnt, und die Gemeinden und Einwohner desselben ebenso an den Wohlthaten und Vortheilen derselben Theil nehmen sollen, als die übrigen Theile des Königreichs.

Da jedoch mehrere Bestimmungen, vorzüglich in dem Titel V. von §. 2. bis 5. einschließlich mit den sich darauf beziehenden Edicten, so wie einige in dem Titel VI., so weit sie die Classe des Adels mit einer grundherrlichen Gerichtsbarkeit betreffen, mit den im Rheinkreise bestehenden besonderen von Seiner K. Majestät dem Lande gesicherten Institutionen nicht vereinbarlich sind, so ist der ausdrückliche Königliche Wille, daß die Vollziehung der Verfassung nur mit den Modificationen geschehen solle, welche jene besondern Institutionen erfordern.

Mit dieser Erklärung Seiner K. Majestät wird hiemit die vorstehende neue Verfassungs-Urkunde, welche bereits von sämmtlichen Angestellten beschworen worden ist, allen Unterthanen und Angehörigen des Rheinkreises kund gemacht.

Speyer den 12. Juni 1818.

K. Regierung des Rheinkreises, K. d. J.

Amtsblatt der k. Regierung des Rheinkr. v. J. 1818. Nr. 14. pag. 717.

§. 7.

Nro. Pr. 10.

(Die Verfassung des Königreichs Bayern betr.)

M. J. K.

Auf den von Unserm General-Commissär und Präsidenten der Regierung des Rheinkreises unterm 14. Juni erstatteten Bericht über die allenfallsigen Modificationen, welche die dem Königreiche Bayern gegebene Verfassung nach den im Rheinkreise bestehenden besonderen Institutionen erheischen dürfte, wird demselben zur Entschließung eröffnet, wie folgt:

A.

Titel I., II. und III. der Verfassungs-Urkunde.

Die Bestimmungen des Titel I., II. und III. der Verfassungs-Urkunde unterliegen in Beziehung auf den Rheinkreis keiner Abänderung.

B.

Titel IV.

Eben so finden die im Titel IV. enthaltenen Rechte und Pflichten nebst den hieher bezüglichen Beilagen sub Numris I, II und III auf den gedachten Kreis ihre volle Anwendung mit einziger Ausnahme der nachfolgenden Modificationen, daß nämlich

1) die im gedachten Titel §. 7 anbefohlene Umwandlung der ungemessenen Frohnen in gemessene für den Rheinkreis, wo derlei Frohnen nicht bestehen, von selbst cessire, daß ferners

2) die im §. 8 angeordnete Behandlung der Privat-Eigenthums-Abtretung zu öffentlichen

Zwecken nicht nach der Verordnung vom 14. August 1815, da dieselbe in dem Rheinkreise noch nicht publicirt ist, sondern zur Zeit noch nach den dortselbst bestehenden Gesetzen zu pflegen sey, und daß

3) durch die im erwähnten Titel §. 9. enthaltene Bestimmung, über die Religions-Verhältnisse, den staatsbürgerlichen Rechten, welche die Juden in dem Rheinkreise bisher genossen haben, kein Entgang zugehen solle; doch verbleibt es hinsichtlich der Wahlfähigkeit zur Ständeversammlung bei den diesfalls verordneten Bestimmungen.

C.

Titel V.

Ueber die Anwendung des Titel V., von den besonderen Rechten und Vorzügen, auf den Rheinkreis ist schon in dem Rescripte vom 24. Mai bemerkt worden, daß einige Bestimmungen desselben auf den gedachten Kreis nicht in Anwendung kommen können. Hierunter gehören:

a) die im §. 2 u. 3. den ehemals reichsständischen Fürsten und Grafen, so wie den ehemaligen unmittelbaren Reichsadeligen zugesicherten Rechte nebst der hierauf bezüglichen Beilage Nro. IV;

b) die im §. 4, dann in der Beilage sub. Nro. V. §. 16, dem übrigen Adel des Reichs vorbehaltenen gutsherrlichen Rechte;

c) die Ausübung gutsherrlicher Gerichtsbarkeit nach Tit. V. §. 4. Nro. 1, und der Beilage V. §. 14 u. 22, dann der ganzen Beilage VI;

d) der von dem landgerichtlichen befreite Gerichtsstand ibid. Nro. 3 I, und Beilage V. §. 11;

e) die Rechte der Siegelmäßigkeit ibidem Nro. 4, Beilage V. §. 10, und die ganze Beilage VIII. Doch bezieht sich die Beschränkung dieses Rechts nur auf die in dem Rheinkreise befindlichen Besitzungen und die dortselbst abgeschlossenen Contracte und Handlungen der Adeligen.

Von den übrigen in der Beilage V. der Verfassungs-Urkunde zugestandenen Rechten kommen dem Adel des Rheinkreises nur jene zu, welche mit den Gesetzen und besondern Institutionen dieses letztern vereinbarlich sind.

Ueber die Anwendung der im §. 6. der Urkunde und der Beilage IX geordneten Dienstes-Verhältnisse und Pensions-Ansprüche der Staatsdiener in dem Rheinkreise ist bereits die geeignete Entschließung [a]) erlassen worden.

D.

Titel VI und VII.

1) Die Anordnungen über die Stände-Versammlung und ihren Wirkungskreis sind in gleichem Maaße für den Rheinkreis, wie für die übrigen Theile des Königreiches geltend, und es bleibt Uns daher die Ernennung von Reichsräthen auch aus den im erwähnten Kreise entweder wegen ausgezeichneter Verdienste oder wegen ihrer übrigen

a) Diese Entschließung ist unten in der Abth. XVIII. gegenwärtiger Sammlung aufgenommen.

Verhältnisse zu Mitgliedern dieser Kammer geeigneten Individuen nach §. 2. Nro. 6 vorbehalten. Dagegen erleidet

2) die im §. 7 enthaltene Bildung der zweiten Kammer der Ständeversammlung in so weit eine Modification, daß hievon die Classe der Grundbesitzer mit gutsherrlicher Gerichtsbarkeit, welche in erwähntem Kreise nicht besteht von selbst wegfällt, und der hiedurch verursachte Abgang von der den Rheinkreis treffenden verhältnißmäßigen Zahl der Abgeordneten in den übrigen Classen ergänzt, und bei der künftigen Ausschreibung der geeignete Bedacht hierauf genommen werden wird.

3) Was jedoch die Classe der Abgeordneten der Städte und Märkte anbelangt, so haben die in der Urkunde und der Beilage X. angeordneten Bestimmungen auch auf den Rheinkreis ihre volle Anwendung, indem unbeschadet der Gleichheit der Rechte und der Formen in der Gemeinde-Verfassung der größern Städte und der Landgemeinden die Theilnahme an der allgemeinen Stände-Versammlung für beide um so mehr besonders ausgeschieden werden muß, als die Interessen der Fabrication nicht immer die nämlichen, wie jene der Production sind, und es sofort die Gerechtigkeit erfordert, aus jeder dieser Classen eine bestimmte verhältnißmäßige Zahl in die Repräsentation aufzunehmen, welche mit den Bedürfnissen und Wünschen ihrer Classe bekannt — ihr Interesse wahren und vertreten könne.

4) Da in der Beilage X. über die Stände-Versammlung §. 8 ausdrücklich festgesetzt ist, daß die Abgeordneten aus der Classe der Geistlichen nur in selbstständigen Pfarrern bestehen können, die Succursal-Pfarrer aber diese Eigenschaft nicht besitzen, so kann ihnen auch die Wahlfähigkeit nicht zugestanden werden. Daher fällt auch

5) die im §. 19 für jedes Decanat angeordnete erste Wahlhandlung zur Auswahl der Wahlmänner in dem Rheinkreise hinweg, und die 31 Cantons-Pfarrer sind von selbst als die legitimen Wahlmänner anzusehen, welche sodann unter sich nach §. 20 die sie treffende Zahl der Abgeordneten zu erwählen haben. *)

6) Nachdem in dem Rheinkreise keine Land- und Herrschaftsgerichte bestehen, so ist die im §. 27 der Beilage X. festgesetzte Leitung der Wahlen den Landcommissariaten zu übertragen.

7) Wenn gleich der in dem Rheinkreise bisher bestehende Gemeinde-Rath den in der Verordnung über die künftige Verfassung der Gemeinden angeordneten Gemeinde-Ausschuß, von welchem auch nach §. 28 die Urwahl vorzunehmen ist, ersetzt, so kann diesem doch die Vornahme dieser Urwahl zur Zeit nicht überlassen werden, weil nach der gegenwärtigen Verfassung des erwähnten Kreises die Gemeindevorsteher und der Gemeinde-Rath nicht frei und unmittelbar von der Gemeinde gewählt wird, sohin auch nicht angenommen werden kann, daß er das zu diesem wichtigen Momente erforderliche volle Vertrauen der Gemeinde besitze; sondern es ist, so lange die Bestimmungen des erwähnten Gemeinde-Edicts vom 17. Mai d. Js. nicht auch in dem Rheinkreis in Anwendung gebracht sind, die Urwahl von der gesammten Gemeinde nach der Anordnung des genannten Edicts §. 96 vorzunehmen, welches nämliche sich auch auf die Wahl der Abgeordneten der Städte und Märkte bezieht.

---

*) Ueber diese Bestimmungen sub nr. 4. und 5. vergl. man jedoch die Abtheil. VI. unten.

E.

Titel VIII.

Der Titel von der Rechtspflege ist für den Rheinkreis durchgehends verbindlich, denn obgleich in dem §. 7. bestimmt ist, daß für das ganze Königreich ein und dasselbe bürgerliche und Strafgesetzbuch bestehen soll, so bezieht sich dieses keineswegs auf die dermaligen Gesetze der ältern Kreise des Königreiches, sondern erst auf das noch zu erlassende allgemeine Gesetzbuch, wobei die Verhältnisse des Rheinkreises auch gehörig gewürdiget werden sollen.

F.

Titel IX. und X.

Im gleichen Maaße treten die Bestimmungen des Titel IX. u. X. von der Militär-Verfassung und der Gewähr der Verfassung für den Rheinkreis ohne Ausnahme in Anwendung.

G.

Da der Wirkungskreis und die Geschäftsführung des künftigen Landraths mit jenem der Ständeversammlung nicht collidirt, so kann solcher auch nebst der Ständeversammlung noch ferner fortbestehen, nur wird hiebei festgesetzt, daß die zur Ständeversammlung allenfalls gewählten Landräthe bei dem Landrathe durch andere ersetzt werden müssen, indem die Functionen eines Mitgliedes der Ständeversammlung und des Landrathes nicht vereinbarlich sind.

Nach diesen gegebenen Bestimmungen hat Unser General-Commissär und Präsident der Regierung des Rheinkreises sich in vorkommenden Fällen zu achten, und die Modificationen auf geeignete Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

München den 5. October 1818.

An
den k. General-Commissär und Präsidenten der Regierung des Rheinkreises
also ergangen.

Dieses Allerhöchste Rescript wurde in der Hauptsache gleichlautend von der k. Regierung des Rheinkreises mittelst Entschließung vom 17. Oct. 1818 im Amtsbl. Jahrg. 1818 Nr. 23 pag. 817 verkündet.

Dritter Abschnitt.

Vollziehung der Staats-Verfassung.

I. Bestimmungen über Vollziehung der Verfassungs-Urkunde.

A. Durch eine besondere Ministerial-Conferenz.

§. 8.

(Die Revision der Verfassung des Reichs und der damit in Verbindung stehenden Edicte betr.)

M. J. K.

§§. 8 u. 9. Vollziehung der Verfassungs-Urkunde durch eine besondere Ministerial-Conferenz.

Wir haben aus der Einsicht der Sitzungs-Protocolle, welche bei der durch Unser Rescript vom 16. Februar 1818 angeordneten Ministerial-Conferenz zur Revision der im Jahre 1814 entworfenen Verfassungs-Urkunde und der damit in Verbindung stehenden Edicte abgehalten wurden, die angenehme Ueberzeugung erhalten, daß die Mitglieder dieser Ministerial-Versammlung, so wie die derselben zugetheilten Staatsräthe Unserm in sie gesetzten Vertrauen bei diesem höchst wichtigen und mühevollen Geschäfte mit eben so großer patriotischer Freimüthigkeit als ausdauerndem Eifer vollkommen entsprochen haben; — Wir bezeugen derselben hierüber Unsere Allerhöchste Zufriedenheit und damit die nunmehr von Uns genehmigte und bereits öffentlich verkündete Verfassungs-Urkunde in ihrem ganzen Umfange in demselben Geiste, in welchem sie verfaßt worden, ausgeführt werde; — so übertragen Wir mit fortgesetztem Vertrauen derselben Ministerial-Conferenz auch die Vollziehung — sowohl der Verfassung selbst, als der damit verbundenen Edicte, bis die erste Sitzung der Stände-Versammlung beendigt seyn wird. a) — Die vorbereitenden und laufenden Geschäfte sollen durch einen engern Ausschuß, — bestehend aus Unseren Staatsministern des Hauses und des Aeußern, und der Finanzen, dann dem Staatsrathe und Generaldirector von Zentner, oder in dessen Verhinderung oder Abwesenheit dem Staatsrathe und Generaldirector von der Becke, mit Beiziehung des Ministerialraths von Stürmer, von dem Staatsministerium des Innern, und des Ministerialraths von Sutner von dem Staatsministerium der Finanzen besorgt werden. —

In allen wichtigen Gegenständen, welche Unsere Entscheidung erfordern, hat dieser Ausschuß Vortrag an die versammelte Ministerial-Conferenz, bestehend — unter dem Vorsitze Unseres Staats-Ministers der Justiz — aus sämmtlichen übrigen Staatsministern, dem Feldmarschall, dem Präsidenten des Staatsraths und den General-Directoren, — zu erstatten, und durch diese in der durch Unsere Entschließung vom 16. Februar d. J. vorgeschriebenen Art, Unsere Beschlüsse zu erholen. — In der Ministerial-Conferenz führt, wie zeither, der General-Secretär des Staatsraths und in dem angeordneten engeren Ausschusse, ein geheimer Secretär die Protocolle. — Alle Berichte und Anfragen, sowohl der äußern Stellen, als der einzelnen Staats-

---

a) Man vergl. nachstehenden §. 10.

ministerien, in Verfassungs-Gegenständen, sind an Unsere Person, mit dem Beisatze zur Seite der Aufschrift: — „Zu der für die Vollziehung der Verfassung Allerhöchst angeordneten Ministerial-Conferenz" — zu richten; — die Ausschreiben, Entschließungen und sonstigen Ausfertigungen an sämmtliche Stellen geschehen, nach Verschiedenheit der Gegenstände, entweder unter Unsrer eigenhändigen Unterschrift und der Contrasignatur sämmtlicher Minister, des Feldmarschalls und des Präsidenten des Staatsraths, oder aus Unserem Special-Auftrage nur unter der Unterschrift der dem kleinern Ausschuße vorsitzenden Staatsminister. —

Der Einlauf wird durch das General-Secretariat des Staatsraths, welches ein eigenes Protocoll hierüber zu führen hat, — an den vorsitzenden Minister des engeren Ausschusses befördert, der denselben an die einschlägigen Referenten vertheilt. —

Die Berathungs-Sitzungen werden in den Zimmern des Staatsraths gehalten, und der vorsitzende Staatsminister hat dieselben, so oft die vorkommenden Geschäfte es erfordern, besonders ansagen zu lassen. —

Diese Unsere Anordnung soll, soweit es erforderlich ist, durch das allgemeine Intelligenzblatt sämmtlichen Stellen zur Nachachtung in geeigneter Art bekannt gemacht werden.

München am 29. Mai 1818.

An
die für die Revision der Verfassung des Reiches und der damit in Verbindung stehenden Edicte durch das Allerhöchste Rescript vom 16. Febr. d. Js. angeordnete Ministerial-Conferenz also ergangen.

Ausgeschrieben wurde dieses Allerhöchste Rescript im Regierungsblatte wie folgt:

§. 9.

(Die Vollziehung der Verfassungs-Urkunde betr.)

M. J. K.

Wir haben die Vollziehung der Verfassungs-Urkunde und der damit verbundenen Edicte einer von Uns angeordneten Ministerial-Conferenz a) und die Besorgung der diesfallsigen vorbereitenden und laufenden Geschäfte einem engeren Ausschusse dieser Conferenz übertragen.

Indem Wir dieses öffentlich bekannt machen lassen, befehlen Wir, daß sowohl die obern Kreisstellen, als auch Unsere Staatsministerien alle Berichte und Anfragen in Verfassungs-Gegenständen an Unsere Person mit dem zur Seite anzufügenden Beisatze: „Zu der für die „Vollziehung der Verfassung Allerhöchst angeordneten Ministerial-Confe-„renz" richten sollen, wo sodann die Entschließungen und Ausfertigungen in der geeigneten von Uns vorgeschriebenen Form geschehen werden.

München den 1. Juni 1818.

Reg. Bl. v. J. 1818. St. XXX. S. 635.

---

a) Man vergl. jedoch auch den nachstehenden §. 10.

B. Durch die Verwaltungs-Stellen und Behörden.

§. 10.

(Die der k. Ministeral-Conferenz übertragen gewesene Vollziehung der Verfassungs-Urkunde und der damit verbundenen Edicte betr.)

M. J. K.

§§. 10, 11, u. 12. Vollziehung der Staats-Verfassung durch die Verwaltungs-Stellen und Behörden.

Da Wir vermöge Unserer Allerhöchsten Entschließung vom 29. Mai a) v. J. Unsere Ministerial-Conferenz mit der Vollziehung sowohl der Verfassung des Königreichs selbst als der damit verbundenen Edicte bis zum Schlusse der ersten Stände-Versammlung beauftragt, und Wir schon bei dieser Gelegenheit die angenehme Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Mitglieder dieser Ministerial-Versammlung Unsere Absichten vollkommen erreicht, und das in sie gesetzte besondere Vertrauen durch Lösung der wichtigen und mühevollen Aufgabe gerechtfertigt haben; so wollen Wir nunmehr, da die erste Sitzung der Ständeversammlung beendigt ist, unter wiederholter Bezeugung Unserer besondern Allerhöchsten Zufriedenheit Unsere Ministerial-Conferenz der ihr durch erwähnte Entschließung vom 29. Mai v. J. übertragenen Geschäfte entheben, und befehlen, daß künftig diejenigen Gegenstände, welche Bezug auf die Verfassungs-Urkunde und auf die damit verbundenen Edicte haben, durch die betreffenden Staatsministerien erledigt, oder im erforderlichen Falle von denselben an den Staatsrath gebracht, sohin zu diesem Zwecke durch die untergeordneten Stellen an die einschlägigen Staatsministerien gesendet werden sollen. Gegenwärtige Entschließung soll durch das allgemeine Intelligenzblatt zur Nachahmung bekannt gemacht werden.

München den 29. September 1819.

Reg. Bl. v. J. 1819. St. XLV. S. 921.

§. 11.

(Die Vollziehung der Verfassungs-Urkunde und der dazu gehörigen Edicte betr.)

M. J. K.

Wir rechnen es zu einer Unserer ersten Regenten-Angelegenheiten, daß der Verfassungs-Urkunde Unseres Reichs und den dazu gehörigen Edicten eine thätige und wirksame Vollziehung gesichert, daß die diesfallsigen Geschäfte mit ununterbrochener Aufmerksamkeit verfolgt, und daß die Erledigung derselben auf jede mögliche Weise befördert werde.

In dieser Absicht befehlen Wir euch b), für alle Geschäfte, welche auf die Vollziehung der besagten Verfassungs-Urkunde und der integrirenden Bestandtheile derselben unmittelbare Beziehung haben, ein eigenes und gesondertes Protocoll unverzüglich anlegen und fortführen zu lassen, in welches nicht nur die von nun an sich ergebenden Einläufe, Signate und Expeditionen der bezeichneten Art aufgenommen, sondern auch die bis jetzt schon getroffenen diesfallsigen Einleitungen und gepflogenen Verhandlungen nachgetragen werden sollen, und welches mit Ende

a) Man vergl. vorstehenden §. 9.

b) Man vergl. auch die §§. 13. u. 24. der Allerh. Verordnung vom 17. Dez. 1825, die Organisation und den Wirkungskreis der obersten Verwaltungs-Stellen in den Kreisen betr. (Abth. IV. unten.)

eines jeden Monats geschlossen, sodann aber innerhalb der ersten acht Tage des darauf folgenden Monats an die von Uns angeordnete Ministerial-Conferenz zur Einsicht und geeigneten Verfügung eingesendet werden soll.

Das Präsidium ist zunächst verantwortlich, daß nichts, was zur Realisirung Unserer Anordnungen erforderlich und sachdienlich ist, vernachläßigt, daß alle Vorbereitungen und exekutiven Maßregeln mit eben so viel Schnelligkeit als Umsicht getroffen, daß kein Termin versäumt und keine Verzögerung zu Schulden gebracht, daß allenfallsige Hindernisse mit Kraft und Klugheit beseitigt, und daß vorzüglich die untergeordneten Beamten zur Erfüllung ihrer Pflichten zu rechter Zeit mit Ernst angehalten werden.

Wir setzen übrigens in Unsere Regierung und sämmtliche Mitglieder derselben das Vertrauen, daß sie bei dieser folgenreichen Gelegenheit, wo es auf die Grundverhältnisse des Staats und des öffentlichen Wohls ankömmt, von der Wichtigkeit eines so entscheidenden Augenblicks und von der Wichtigkeit ihres amtlichen Berufes gleich innig durchdrungen, mit verdoppeltem Eifer bestrebt seyn werden, Unseren landesväterlichen Absichten allenthalben auf das vollkommenste und zu Unserer Zufriedenheit Genüge zu leisten.

München den 16. Juli 1818.

An
sämmtliche k. Kreis-Regierungen also ergangen.

Anhang zu §. 11.

(Die Geschäfts-Controlle in Verfassungs-Angelegenheiten betr.)

M. J. K.

Bei dem vorgerückten Stande, welchen gegenwärtig die Vollziehung der constitutionellen Edicte allenthalben erreicht hat, wollen Seine K. Majestät die angeordnete periodische Einsendung der diesfallsigen Geschäfts-Protocolle nunmehr wieder nachlassen.

München den 21. Februar 1819.

An
sämmtliche k. Kreis-Regierungen also ergangen.

§. 12.

(Die Remonstration des Stadtmagistrats zu N. gegen die unterm 28. Januar d. J. zum Vollzuge des §. 2. der III. Beilage zur Verfassungs-Urkunde erlassene Verordnung a) betr.)

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Auf den Bericht vom 27. v. M. wird der k. Regierung des Unter-Mainkreises K. d. J. die Entschließung ertheilt, daß die erwähnte Remonstration bei dem Ungrunde der Voraussetzungen, auf welchen dieselbe beruht, zur Berücksichtigung nicht geeignet befunden worden sey.

Die k. Kreisregierung hat hievon den Stadtmagistrat mit dem Beifügen in Kenntniß zu setzen, daß ihm zwar ohne allen Zweifel die Befugniß zustehe, gegen den Vollzug einer von der vorgesetzten Stelle ausgegangenen Anordnung Vorstellung zu machen, daß aber von dem Augen-

a) Man vergl. Abth. V. Absch. I. Titel IV. unten; Reg. Bl. v. J. 1831 St. 4. S. 33—40.

blicke an, in welchem ihm die Abweisung der übergebenen Remonstration bedeutet worden, ihm eben so wenig, als irgend einer andern untergeordneten Behörde gestattet werden könne, sich der Pflicht des Gehorsams durch die Berufung auf eine Verantwortlichkeit zu entziehen, die mit dem bezeichneten Momente ausschließlich auf die anordnende Stelle übergeht; daß übrigens die mit der Remonstration verbundene Rechtsverwahrung als eine ungeeignete Anmaßung befremdet habe, da die verfassungsmäßigen Rechte in Ansehung des freien Gebrauches der Presse nur als Rechte der Einzelnen anzusehen sind, nicht aber zu den Gemeinderechten gehören, und da die Magistrate nach den Bestimmungen der §§. 55 flg. des Gemeinde-Edictes nur die letztern, nicht aber die ersteren zu vertreten berufen sind.

München den 25. März 1831.

Staatsministerium des Innern.

An
die k. Regierung des Unter-Mainkreises K. d. J. also ergangen.

III. Vorsorge gegen die Uebertretung verfassungsmässiger Bestimmungen.

§. 13.

Nro. Pr. 26096. (Die Uebertretung der organischen Edicte be tr.)

M. J. K.

§. 13. Vorsorge gegen Uebertretung verfassungsmäßiger Bestimmungen.

Wir finden Uns bewogen, euch anzuweisen, daß ihr die euch durch euere Instruction bereits aufgetragene Aufmerksamkeit auf die Handhabung und Befolgung Unserer in Folge der Constitution des Reiches erschienenen Edicte um so mehr verdoppelt, als Uns einzelne Fälle angezeigt worden, in welchen einzelne Gutsherrn sich erlaubten, gegen ihre Grundholden auf Forderungen zu bestehen, welche diesen organischen Edicten zuwiderlaufen. Ihr habt solche Anmaßungen, wenn ihr dieselben in Erfahrung bringt, entweder sogleich abzustellen, oder diese bei Uns anzuzeigen, überhaupt aber in eueren Jahresberichten anzugeben, in wie ferne ihr von solchen Verletzungen Unserer Edicte Kenntniß erhalten habt. a)

München am 29. Dezember 1810.

An
den k. General-Commissär des Mainkreises also ergangen.

Diese Allerhöchste Entschließung wurde im Rezat-Kreise ausgeschrieben wie folgt:

(Die genaue Einhaltung der organischen Edicte betr.)

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Durch Allerhöchst unmittelbare Ausschreibung vom 29. vor. Mts. und Jahres, haben des Königs, unsers allergnädigsten Herrn Majestät, zu befehlen geruht, daß auf die Handhabung und Befolgung der als ergänzende Theile der Constitution des Königreichs bestehenden organischen Edicte alle Aufmerksamkeit verdoppelt werden soll.

---

a) Ueber die Anwendbarkeit dieses Allerhöchsten Rescripts vergl. man den Anhang zu nachstehendem §. 14.

Darunter sind vorzüglich zu verstehen:

1) das Edict vom 25. Juli 1808 wegen des Adels im Königreiche, mit der unterm 22. December ejusdem anni nachgefolgten Erklärung über dasselbe;
2) das Edict vom 31. August 1808 wegen Aufhebung der Leibeigenschaft;
3) das Edict über die Confiscationen vom 29. August 1808;
4) das Edict über die gutsherrlichen Rechte vom 28. Juli 1808;
5) das Edict über die Lehen-Verhältnisse im Königreiche vom 7. Juli 1808;
6) das Edict über die Patrimonial-Gerichtsbarkeit vom 8. September 1808;
7) das Edict über die äußern Rechtsverhältnisse in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften vom 24. März 1809;
8) das Edict über das Gemeindewesen vom 24. September 1808, und endlich
9) die im V. Titel §. 59. des Edictes vom 24. Juli 1808 enthaltenen, allgemeinen Bestimmungen über die Justizverfassung im Königreiche.

Die anbefohlene Aufmerksamkeit erscheint um so nöthiger, als mehrere Jurisdictionsberechtigte gegen ihre Hintersassen noch auf Forderungen zu beharren scheinen, welche mit den Bestimmungen der vorallegirten Fundamentalgesetze im Widerspruche stehen. Sämmtliche Polizeibehörden haben daher über derselben genaue Beobachtung sorgfältig zu wachen und jene Contraventionen dabei, die zu ihrer Kenntniß gelangen, sogleich anzuzeigen, damit jede Anmassung der Art schon im ersten Augenblicke ihres Entstehens nachdrücklich reprimirt werde.

Ansbach den 7. Januar 1811.

Königliches General-Commissariat des Kreises.

An

sämmtliche Polizeibehörden des Kreises also ergangen.

V. Behandlung einzelner Ausnahms- und Entschädigungs-Forderungen, welche der Verfassung entgegenstehen.

§. 14.

M. J. K.

Wir finden Uns bewogen, zur Entfernung aller irrigen Ansichten, hiedurch im allgemeinen gesetzlich zu erklären, daß bei allen Rechten der Privaten, welche in Folge der Constitution des Reiches und der damit verbundenen Edicte, ohne ausdrückliche Festsetzung eines Ersatz-Anspruches, aufgehoben worden sind, die Forderung einer Entschädigung weder vom Staate, noch von andern Interessenten statt habe.

§. 14 — 16. Behandlung einzelner Forderungen, welche der Verfassung entgegen stehen.

München den 6. Jänner 1809.

Reg. Bl. v. J. 1809. St. V. S. 97.

Anhang zu §. 14.

(Die Vorstellung der Fürstlich N'schen Domainen-Kanzlei zu N. wegen Aufhebung der Leibeigenschafts-Gefälle betr.)

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Der k. Regierung wird die Entschließung ertheilt, daß die angebrachte Entschädigungs-

forderung nach dem in der Verordnung vom 6. Jänner 1809 (Reg. Bl. 1809. S. 97.) anerkannten allgemeinen staatsrechtlichen Grundsatze der Unstatthaftigkeit von Ersatzansprüchen für die durch Staats-Grundgesetze aufgehobenen Rechte nicht berücksichtiget werden könne.

München am 29. December 1827.

Staatsministerium des Innern.

An

die k. Regierung des Unter-Mainkreises K. d. J. also ergangen.

§. 15.

Nro. Pr. 15231.

(Die Verwaltung des Patrimonial-Gerichts II. Cl. zu N. betr.)

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Auf den Bericht vom 9. Septbr. d. J. wird zur Entschließung erwiedert, daß Dispensationen von dem Vollzuge staatsgrundgesetzlicher Bestimmungen nicht ertheilt werden können, und daß daher die k. Kreisregierung die Wiederbesetzung des erledigten Patrimonialgerichtes II. Classe zu N. auf dem durch das Edict VI. vorgezeichneten Wege ohne längern Aufschub zu bewirken habe.

München den 21. September 1829.

Staatsministerium des Innern.

An

die k. Regierug des Ober-Donaukreises K. d. J. also ergangen.

§. 16.

Nro. Pr. 8491.

(Das Einwanderungsgesuch des N. N. und Consorten aus Baubach im Großherzogthume Baden betr.)

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Das Einwanderungsgesuch des N. N. und Consorten folgt hiebei mit dem Auftrage, den Bittstellern zu eröffnen, daß Staatsrealitäten nach den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde nicht unentgeltlich abgetreten werden dürfen, die weitere Bitte um eine Unterstützung aus Staatsmitteln sohin von selbst ihre Erledigung finde.

München den 23. Juni 1830.

Staatsministerium des Innern.

An

die k. Regierung des Unter-Mainkreises, K. d. J.

Vierter Abschnitt.

Gedächtnissfeier der Einführung der Staats-Verfassung.

I. Vertheilung einer Denkmünze auf die Verfassung.

a) An sämmtliche Gemeinden.

§. 17.

Nro. Pr. 8082.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Aus dem heute an die k. unmittelbare Münz-Commission erlassenen und abschriftlich anliegenden Befehle a) ersieht das k. Regierungs-Präsidium des N. Kreises, daß demselben von dem, eine wichtige Epoche der vaterländischen Geschichte andeutenden Bayerischen Thaler ein Exemplar in Gold für jede Kreisstadt Iter und IIter Klasse, und ein Exemplar in Silber für jede andere Gemeinde des Kreises mitgetheilt werden wird. §. 17 bis 19 Gedächtnißfeier der Einführung der Staats-Verfassung.

Das k. Präsidium hat Sorge zu tragen, daß diese Münzen den Gemeinden auf eine des Gegenstandes würdige Weise zur Aufbewahrung zugestellt werden, indem hiedurch für alle Gemeinden des Reiches eine Sammlung von Denkmünzen der Regenten Bayerns, vom erhabenen Stifter der Verfassungs-Urkunde angefangen, begründet werden soll.

Wenn dann alle Jahre am Tage der Stiftung der Schuljugend diese Denkmünzen gewiesen und erklärt werden, so wird das Bild des erhabenen Stifters der Verfassung mit dem dankbaren Andenken an denselben in den Herzen aller Bayern auch nach Jahrhunderten fortleben und der Segen des Himmels für Ihn und alle seine Nachfolger mit dankbarer Rührung erflehet werden.

München den 25. Mai 1819.

Staatsministerium der Finanzen.

An
die k. Regierungs-Präsidien der 8 Kreise des Reiches also ergangen.

---

a) Dieses Rescript wurde nicht aufgenommen, weil dessen Inhalt in dem hier mitgetheilten Ministerial-Rescripte angedeutet ist.

Die vorstehende Ministerial-Verfügung wurde ausgeschrieben:
a) Von der k. Regierung des Ober-Donaukreises, wie folgt:

(Die Aufbewahrung der im Jahre 1819 den Gemeinden Allergnädigst verliehenen Denkmünze betr.)

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Der ewig denkwürdige 26. Mai 1818 veranlaßte die Entstehung einer Münze.

Ihr Avers stellt das Brustbild Seiner Majestät des Höchstverewigten Königs Maximilian Joseph dar und führt die Umschrift:

„Maximilianus Josephus Bavariae Rex."

Ihr Revers zeigt auf Bayerischem Boden das Sinnbild der Dauer (den Cubus) mit den Worten:

„Charta magna Bavariae, 26. Maii MDCCCXVIII."

und die Umschrift:

„Magnus ab integro saeculorum nascitur Ordo."

Exemplare dieser Denkmünze gingen sämmtlichen Gemeinden des Königreichs und zwar den Städten Iter und IIter Klasse in Gold, den übrigen in Silber mit der Weisung zu, selbe als Beginn einer vaterländischen Sammlung aufzubewahren und jährlich an dem Jahres-Tage der gestifteten Verfassung die k. Schaukung der Schuljugend erklärend vorzuzeigen.

Die Anordnungen des Allerhöchsten Rescripts lauteten wörtlich, wie folgt:

„Das k. Regierungs-Präsidium hat Sorge zu tragen, daß diese Münzen den Ge-„meinden auf eine des Gegenstandes würdige Weise zur Aufbewahrung zugestellt „werden, indem hierdurch für alle Gemeinden des Reichs eine Sammlung von „Denkmünzen der Regenten Bayerns, vom erhabenen Stifter der Verfassungs-Ur-„kunde angefangen, begründet werden soll. Wenn dann alle Jahre am Tage der „Stiftung der Schul-Jugend diese Denkmünzen gewiesen und erklärt werden; so wird „das Bild des erhabenen Stifters der Verfassung mit dem dankbaren Andenken an „denselben in den Herzen aller Bayern auch nach Jahrhunderten fortleben und der „Segen des Himmels für ihn und alle seine Nachfolger mit dankbarer Rührung „erfleht werden."

Nun vermißt die unterzeichnete Stelle in mehreren ihr vorgelegten Communal-Inventarien die Anzeige dieser Münzen. Ferner beklagen sich einige Schulbehörden darüber, daß ihnen diese Münze am 26. Mai nur in Folge förmlicher Requisitionen und zahlreicher Schreibereien zugestellt werden.

Sämmtliche Polizei- und Communal-Behörden des Ober-Donaukreises erhalten daher die Weisung, sich von dem Vorhandenseyn und der sorgfältig gesicherten Aufbewahrung dieser Münzen zu überzeugen, dort, wo es noch nicht geschehen seyn sollte, für deren richtigen Eintrag in die Inventarien zu sorgen und auch über die Conservation der Exemplare genau zu wachen.

Ferner erhalten sämmtliche Polizei- und Communal-Behörden die Weisung, alle sonst in dem Besitze der Communen befindlichen Münzen der erhabenen Bayerischen Könige — namentlich auch die nach dem Ausschreiben vom 23. Januar d. J. (Intelligenz-Bl. Nro. 3. S. 105) etwa aufbewahrten Medaillen der Bürgermeister, dieser Denkmünze anzureihen und selbe sämmtlich als Ergänzung der Reihenfolge zu betrachten.

Ebenso erhält der Vorstand der Gemeinde den Auftrag, die Münze vom 26. Mai 1818 jeden Jahrs ohne weitere Anforderung, Allerhöchster Verordnung gemäs, dem Local-Schul-Inspector auszuhändigen und von diesem auch wieder an demselben Tage nach vollzogener Vorzeigung zurück zu empfangen.

Dagegen werden aber auch sämmtliche Districts- und Local-Schul-Inspectionen wiederholt ermahnt, auch ihrerseits dem Allerhöchsten Befehle genau nachzukommen, der am 26. Mai jeden Jahres stattfindenden Vorzeigung der Denkmünze persönlich beizuwohnen, diesen Act zu einer wohlbemessenen herzlichen Belehrung der Kinder über die Wohlthaten der vaterländischen Gesetze zu benützen und auch diesen Allerhöchst gegebenen Anlaß zu gebrauchen, um die zarten Gemüther der Jugend in der Ehrfurcht gegen den Thron, in der Liebe zu dem erlauchten Königs-Hause und in den Gefühlen ächt Bayr'scher Treue zu erziehen und zu befestigen und sich jährlich in ihren Local- und Districts-Schul-Inspections-Berichten über die Art des Vollzuges ausführlich zu verbreiten.

Augsburg den 17. Febr. 1829.

K. Regierung des Ober-Donaukreises, K. d. J.

An
sämmtliche Polizei- und Communal-Behörden des Ober-Donaukreises also ergangen.

b) Von der k. Regierung des Rezatkreises durch Entschließung vom 19. Aug. 1819, ohne besondern Beisatz.

c) Von der k. Regierung des Unter-Mainkreises, wie folgt:

(Die auf die Verfassung des Reichs geprägte Denkmünze betr.)

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Nr. Pr. 124.

Nach einem unter dem 25. Mai d. J. ergangenen Allerhöchsten Rescripte sollen allen Gemeinden des Reichs Denkmünzen mitgetheilt werden, welche dem Andenken der Verfassung gewidmet sind.

Da nun jene für die Städte III. Classe, so wie für die Märkte und Ruralgemeinden dahier angekommen sind; so werden alle Land- und Herrschaftsgerichte des Unter-Mainkreises angewiesen, solche, unter genauer Nachweisung des Bedarfes durch Beilegung eines Verzeichnisses der betreffenden Gemeinden mit Inbegriff der Patrimonialgerichte, bei dem Expeditions-Amte der k. Regierung K. d. J. dahier alsbald abholen zu lassen und den vorerwähnten Gemeinden auf nachstehende Art zuzustellen.

A. In den Städten III. Klasse und Märkten hat der k. Land- oder Herrschafts-Richter in Einvernehmung mit den Magistraten die Einleitung zu treffen, daß diese Gedächtniß-Münze an einem Sonntage, nach einem in der Pfarrkirche zu veranstaltenden Gottesdienste, wobei der ganze Magistrat sammt den Gemeinde-Deputirten, dann die Schullehrer mit der erwachsenen für die Auffassung des Sinnes dieser Handlung empfänglichen Schuljugend, zum Erscheinen vorzuladen, und nach einer von dem k. Land- oder Herrschafts-Gerichte über die Entstehung, den Zweck und simbolischen Inhalt dieser Münze gesprochenen kurzen Rede, von ihm dem Bürgermeister behändiget, und die sorgfältige Aufbewahrung empfohlen werde. Nach diesem Act ist diese Münze den anwesenden Mitgliedern des Magistrats, den Gemeinde-Deputirten, den Lehrern und ihren Schülern von Hand zu Hand zur Anschauung darzeigen und sodann dem Bürgermeister zurück behändigen zu lassen, worauf sodann über diesen Act von dem Land- oder Herrschafts-Gerichte eine umfassende Beschreibung zu verfassen ist, von welcher eine Abschrift zu der Denkmünze, die nunmehr einen Theil des Gemeinde-Inventars ausmacht, hinterlegt werden soll. Endlich ist die geeignete Sorge zu tragen, daß künftig alljährlich an dem Gedächtniß-Tage der Verfassung des

Reichs diese Denkmünze der versammelten sämmtlichen Schuljugend der betreffenden Stadt oder des Marktes vorgezeigt und erklärt werde. Was aber

B. die Rural-Gemeinden betrifft, so hat das k. Land- oder Herrschafts-Gericht die sämmtlichen Orts-Vorstände seines Amtes mit Inbegriff jener der Patrimonial-Gerichte vorzurufen, selben diese Denkmünzen gegen Quittung einzuhändigen und solche anzuweisen, die Vorzeigung derselben in ihren Gemeinden auf eine zweckmäßige Art vorzunehmen, worüber sodann die Orts-Vorstände eine schriftliche Anzeige an das Landgericht zu erstatten und für die zweckmäßige Aufbewahrung dieser Denkmünze die geeignete Sorge zu tragen haben.

Ueber den in allen Amts-Orten geschehenen Vollzug dieser Weisung wird von den k. Land- und Herrschafts-Gerichten binnen 4 Wochen Anzeige gewärtigt.

Würzburg den 11. October 1819.

K. Regierung des Unter-Mainkreises, K. d. J.

An
sämmtliche Land- und Herrschafts-Gerichte also ergangen.

Kr. Int. Bl. f. d. Unter-Mainkreis v. J. 1819. Bd. II. Nro. 113. S. 3037.

B. An sämmtliche Schulen der Stadtgemeinden.

Nro. Pr. 6163. §. 18.

(Die Vertheilung der auf die Verfassungs-Urkunde geprägten Medaille an die Lyzeen, Gymnasien, latein. Vorbereitungs-Schulen und Volksschulen in den Städten betr.)

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Der k. Regierung werden Exemplare der auf die Verfassungs-Urkunde geprägten Denkmünze zugeschlossen, mit dem Auftrage, sie unter die im anliegenden Verzeichnisse aufgeführten Studien-Anstalten und Volks-Schulen mit einer passenden Feierlichkeit vertheilen zu lassen, und wegen ihrer Aufbewahrung und jährlichen Vorzeigung am Mai-Feste das Geeignete anzuordnen.

München den 5. Mai 1820.

Staatsministerium des Innern.

An
sämmtliche Kreis-Regierungen also ergangen.

Ueber den Vollzug dieser Ministerial-Verfügung wurde angeordnet:
a) von der k. Regierung des Ober-Donaukreises, was folgt:

Nr. Pr. 18292. (Die Vorzeigung der Constitutions-Medaille betr.)

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Nachdem der 26. Mai als der Tag, an welchem die Vorzeigung der Constitutions-Medaille in den Schulen statt finden soll, herannaht; so werden sämmtliche Polizei- und Schulbehörden auf die in diesem Betreff am 17. Febr. d. J. erlassene, und im V. Stück des Kreis-Intelligenz-Blatts Seite 227 enthaltene diesseitige Ausschreibung aufmerksam gemacht, und an-

gewiesen, ausnahmsweise für 18$\frac{2}{3}$ jedem Local-Inspectorate einen ausführlichen Bericht über die Art und die Spezialitäten des Vollzuges aufzutragen, und diesen Bericht ungesäumt mittelst gemeinsam unterzeichneten landgerichtl. und Districts-Schul-Inspections-Berichtes der unterzeichneten Stelle vorzulegen.

Uebrigens wird es der unterfertigten Stelle zur besondern Zufriedenheit gereichen, zu erfahren, daß die k. Local-Schul-Inspectoren die Vorzeigung der Constitutions-Medaille und die Erläuterung ihrer Entstehung nicht den Lehrern überlassen, sondern selbe persönlich vollziehen, oder in ihrer Anwesenheit vollziehen lassen, indem von erfahrnen, würdigen, der Religion und dem Staate ergebenen Seelsorgern zu erwarten ist, daß sie mit gleich angemessener Vermeidung des zuwenig und des zuviel diesen Anlaß benützen werden, um in den jungen Gemüthern neue Anhänglichkeit an König und Dynastie, Liebe zum Vaterlande und Erkenntniß der dem Bayerischen Bürger, zugegangenen Wohlthaten auf passende, nach dem Alterbegriffs-Vermögen der Jugend bemessene Weise zu erwecken und anzufeuern.

Augsburg am 15. Mai 1829.

K. Regierung des Ober-Donaukreises K. d. J.

An

sämmtliche Polizei-Behörden, Districts-Schul-Inspectionen und unmittelbare Local-Schul-Commissionen also ergangen.

(Die Vorzeigung der Constitutions-Medaille in den Schulen betr.)

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Da der Termin zu Vorzeigung der Constitutions-Medaille herannaht, so werden sämmtliche Districts-Polizei-Behörden, Districts- und Local-Schul-Inspectionen, dann unmittelbare Local-Schul-Commissionen des Ober-Donaukreises genau auf die unterm 17. Febr. v. Js. erlassene Ausschreibung (Kreis-Int. Blatt 1829. Seite 227) und das lithographirte Generale vom 15. Mai desselben Jahres (Nro. 18392) rubrizirten Betreffes hingewiesen und erinnert, jene Vorzeigung an besagtem Tage unter jenen ertheilten Vorschriften zu vollziehen, und den Vollzug in jener Weise nachzuweisen, wie solches die obgedachten Regierungs-Ausschreibungen vorzeichnen.

Das unterzeichnete k. Regierungs-Präsidium erwartet, daß sämmtliche Local-Inspectionen in würdiger Begehung dieser Handlung und in zweckmäßiger Entwicklung der durch das Verfassungs-Geschenk der Nation gewordenen Wohlthaten wetteifern, und auch in dem Laufe dieses Jahres beweisen werden, daß der Clerus des Ober-Donaukreises im Geiste seines würdigen Bischofes in den schönen Aufschwung einstimmt, den Bayern unter der Herrschaft König Ludwigs gewonnen hat.

Uebrigens sind die Resultate sammt den Original-Berichten und Reden sämmtlicher k. Local-Schul-Inspectoren durch gemeinsame Berichte der k. Districts-Polizei-Behörden und Districts-Schul-Inspectionen spätestens am letzten Juni d. J. bei der unterzeichneten k. Regierung zur Vorlage zu bringen.

Augsburg am 20. April 1830.

Präsidium der k. Regierung des Ober-Donaukreises.

An

sämmtliche Districts-Polizei-Behörden, Districts-Schul-Inspectionen, Local-Schul-Inspectionen, dann unmittelbare Local-Schul-Commissionen also ergangen.

b) Von der k. Regierung des Unter-Mainkreises, wie folgt:

Nr. Pr. 18570.

(Die Vertheilung der auf die Verfassungs-Urkunde geprägten Medaille an die Lyceen, Gymnasien, lateinische Vorbereitungsschulen und Volksschulen in den Städten des Kreises betr.)

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Mittelst Allerhöchsten Rescripts vom 5. Mai l. Js., präsentirt unter dem 2. dieses, sind der k. Regierung 155 Exemplare der auf die Verfassungs-Urkunde geprägten Denkmünze mit dem Auftrage zugeschlossen worden, sie unter die im unten folgenden Verzeichnisse angeführten Studienanstalten und Volksschulen der benannten Gemeinden mit einer passenden Feierlichkeit vertheilen zu lassen, und wegen ihrer Aufbewahrung und jährlichen Vorzeigung am Maifeste das Geeignete anzuordnen.

Dem zu Folge werden die obengenannten Behörden andurch aufgefordert, bei dem diesseitigen Expeditionsamte gegen Quittung so viele Exemplare der erwähnten Denkmünze abholen zu lassen, als zu ihrem Districte gehörige Studien- und Volksschulen in dem nachstehenden Verzeichnisse vorgemerkt sind.

Diese Exemplare sind den Schülern der Studienanstalten und Volksschulen mit einer über die Entstehung, den Zweck und den symbolischen Inhalt der Denkmünze gesprochenen kurzen Rede, welche in den Studienanstalten von den Rectoren, in den Volksschulen aber von den Local-Schul-Inspectoren gehalten werden soll, vorzuzeigen, als ein Eigenthum der Schule in das Schul-Inventarium einzutragen, und unter Haftung der Schulbehörden sicher aufzubewahren, und jedes Jahr am Maifeste unter Wiederholung der gleichen Feierlichkeit vorzuzeigen.

Ueber den Empfang sind von den treffenden Local-Schul-Inspectionen Bescheinigungen abzuverlangen und anher vorzulegen.

Würzburg den 5. Juni 1820.

K. Regierung des Unter-Mainkreises K. d. J.

An

die Studien-Rectorate und Local-Schul-Commissionen und Districts-Schul-Inspectionen des Kreises also ergangen.

Kr. Int. Bl. f. d. Unter-Mainkr. v. J. 1820. Nro. 65. pag. 1089.

II. Feier des Jahrtages der Verkündung der Staats-Verfassung.

§. 19.

Nr. Pr. 6311. (Feier des 27. Mai's betr.)

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Auf den Bericht der herzoglich Leuchtenbergischen Regierungs- und Justiz-Canzlei vom 2. d. Mts. *) wird derselben erwiedert, daß es rücksichtlich der Gedächtnißfeier des 27. Mai

*) Dieser Bericht enthielt die Anfrage, ob die Vorzeigung der Constitutions-Denkmünze nicht auf einen Sonntag verlegt werden dürfe, wenn der 27. Mai auf einen andern Tag falle.

1818 in so lange bei den bisher beobachteten Allerhöchsten Anordnungen [a]) verbleibe, bis andere Befehle ausdrücklich erfolgen werden.

München den 10. Mai 1826.

Staats-Ministerium des Innern.

An

die herzoglich Leuchtenbergische Regierungs- und Justiz-Canzlei also ergangen.

§. 20.

Nr. Pr. 6468. (Die Jahresfeier der Einführung der Staats-Verfassung betr.)

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Der k. Regierung des Unter-Mainkreises K. d. J. wird auf Bericht vom 2. l. Mts. zur Entschliessung erwiedert, daß, so lange die bisherigen Bestimmungen [b]) nicht durch ausdrückliche Befehle abgeändert werden, sich die Regierung genau an die ersteren zu halten habe.

München den 19. Mai 1826.

Staatsministerium des Innern.

An

die k. Regierung des Unter-Mainkreises K. d. J. also ergangen.

---

a) Man vergl. die vorstehenden §§. 17 und 18.

b) Man vergl. die vorstehenden §§. 17 und 18.

Fünfter Abschnitt.

Einführung der bestehenden Verwaltungsgesetze und Verordnungen in neuerworbenen Gebietstheilen.

Einleitung.

Nur von der Einführung der bestehenden Verwaltungs-Gesetze und Verordnungen in neuerworbenen Gebietstheilen im Allgemeinen ist in diesem Abschnitt die Rede. Es kann nicht gemeint seyn hier zu zeigen, inwieferne eine bestimmte Categorie von Verordnungen eingeführt oder jede einzelne Particular-Verordnung durch die allgemeinen Landesgesetze aufgehoben oder noch für sich bestehend sey. Dieser Nachweis findet sich in den besonderen Abtheilungen des ganzen Werks, indem bei jeder Allerhöchsten- oder Ministerial-Entschliessung, wo es nöthig, angegeben seyn wird, ob und mit welchen etwaigen Zusätzen dieselbe in den verschiedenen Kreisen bekannt gemacht worden ist. Eben so wenig haben hier die Bestimmungen über Verkündung (von der Kanzel, durch die Gemeinde-Vorsteher ꝛc.) der Verordnungen oder ähnliche Vorschriften, die der Dienst-Ordnung angehören, eine Aufnahme finden können. Was dem Ressort der Justiz ausschliessend angehört, wurde auch hier umgangen. Die denkbaren Fälle der Anwendung (namentlich bei administrativ cont. Gegenständen) jedoch mögen es rechtfertigen, wenn wir in dieser kurzen Einleitung auf diejenigen Generalien verweisen, wodurch die gesetzliche Kraft dem Codex juris Bavarici judiciarii im ganzen Königreich gegeben worden ist. Diese sind:

A. Im Allgemeinen:

Allerhöchste Verordnung, die Einführung des Codex j. B. j. in allen Theilen des Königreichs betr., vom 4. October 1810. Regsbl. 1810. S. 873.

B. Insbesondere:

1) Verordnung vom 2. Jänner 1804, die Einführung der Bayer. Gerichtsordnung in Schwaben betr. Schwäb. Regsbl. 1804. S. 6.

2) Allerhöchste Verordnung, die Form der Justizpflege in den neuerworbenen Landestheilen der Provinz Schwaben betr. vom 14. August 1806. Regsbl. 1806. S. 305.

3) Allerhöchste Verordnung, die Ressortsverhältnisse und den Geschäftsgang bei den fränkischen Landesjustizstellen betr. §. 12. vom 26. Sept. und 22. Oct. 1803. Fränkisches Regsbl. 1803. S. 258 und 368.

(Ausgedehnt wurde diese Verordnung auf die im Jahre 1806 mediatisirten vormaligen ritterschaftlichen Besitzungen durch Verordnungen vom 9. Juli 1807 die Rechte und Ver-

bindlichkeiten der adelichen Gutsbesitzer in dem Großherzogthume Würzburg. Großherzogthum Würzburg'sches Regsbl. 1807. S. 51.

Ferner ausgedehnt auf die neuerworbenen Parzellen des ehemaligen Großherzogthums Würzburg durch die Verordnung vom 4. October 1810, den Geschäftsgang und die Beobachtung der Würzburg'schen Landesgesetze in Justiz- und Criminalsachen in den neuen Gebietstheilen. Würzburg'sches Regsbl. 1810. S. 68.

4) Verordnung, die Einführung der Bayerischen Gerichtsordnung in den ehemaligen Fuldaischen Aemtern betr. vom 1. October 1816. Großherzoglich Würzburg'sches Regsbl. 1816. S. 2729.

5) Eine ungedruckte Verordnung, die Anwendung des Codex juris Bavarici judiciari auf die abgetretenen großherzoglich Hessischen Aemter betr. vom 22. October 1816.

6) Allerhöchste Verordnung, die Gesetzeskraft im Amte Redwitz betr. vom 31. Juli 1817. Regsbl. 1817. S. 740.

(Das Gesetz über die Einführung der Bayerischen Gesetze und Verordnungen im Amte Steinfeld vom 1. Juni 1822 wurde in diesem Abschnitt deßwegen aufgenommen, weil der Art. V. desselben von der Einführung auch der Polizei- und Verwaltungs-Gesetze handelt.)

Nicht aufgenommen wurden ferner die ungedruckten Verordnungen vom 1. Febr. 1812 und 1813, die Einführung der Bayerischen Polizei-Verordnungen im Inn- und Hausruckviertel betr., nachdem diese Gebietstheile in Folge des Pariserfriedens vom 3. Juni 1814 in derselben Weise, wie sie durch Vertrag vom 14. October 1809 von Oesterreich an Bayern abgetreten worden waren, von Bayern wieder an Oesterreich übergingen. Man vergl. oben Abth. I. Staatsgebiet. §. 43. Bd. I. S. 257. Anders verhält es sich mit dem ehemaligen Fürstenthum Salzburg, wovon nach ebendemselben Vertrag (l. c.) mehrere Theile, namentlich die Landgerichte Waging, Tittmanning, Teisendorf und Laufen, dann auch Berchtesgaden bei Bayern auch nach geschehener Abtretung verblieben. Um dieser willen mußte die untenstehende Verordnung vom 4. Januar 1812 (§. 4) recipirt werden. Die im §. 1. enthaltene allerhöchste Verordnung vom 23. Febr. 1811, so wie die im §. 2 nachfolgende verbreitet sich über die Rechtsgrundsätze bei Anwendbarkeit der Landesgesetze in neuerworbenen Gebietstheilen. Nach diesen Principien ist zu erklären, weßwegen sich nicht für jede einzelne neuerworbene Parzelle des gegenwärtigen Bayerischen Staatsgebiets ein besonderes Einführungsgesetz findet.

Erster Titel.

Allgemeine Rechtsgrundsätze über die Anwendbarkeit der älteren Landesgesetze in neuerworbenen Gebietstheilen. a)

§. 1.

(Die Wirksamkeit der organischen Edicte in dem ehemaligen Fürstenthume Salzburg betr.)

§§. 1 u. 2. Rechtsgrundsätze über die Anwendbarkeit der Landesgesetze in neuerworbenen Gebietstheilen.

M. J. K.

Wir haben zwar in Unserer Verordnung vom 7. October v. J. ausgesprochen, „daß die Constitution Unsers Königreichs, so wie alle den Organismus ihrer Anwendung bestimmenden Edicte auf die neuerworbenen Gebiete ohne Ausnahme übergehen sollen. Wir haben aber die völlige Gleichstellung derselben mit dem übrigen Reichsgebiete ausdrücklich bis zu dem

a) Man vergl. auch Titel II. §. 7.

Zeitpunkte ausgesetzt, wo der Uebergang zu jener Gleichstellung durch die Anträge der General-Commissäre gehörig vorbereitet seyn werde." a)

Wenn hienach Unsere Edicte über die Gerichts-Verfassung und die Patrimonial-Gerichtsbarkeit mit dem eintretenden Organismus der die Anwendung derselben bedingenden Gerichts- und Polizei-Behörden, diejenigen constitutionellen Verfügungen aber, welche reine persönliche Verhältnisse Unseren Unterthanen als Staatsbürger betreffen, (wie die Gesetze über die Verhältnisse derselben gegen auswärtige Staaten, über Preß- und Gewissens-Freiheit) mit der neuen Kreis-Eintheilung in den neu erworbenen Bezirken in Wirksamkeit getreten sind, so setzen dagegen diejenigen constitutionellen Verfügungen, welche sich auf die innere Verfassung des Landes beziehen, oder ihre rechtliche Wirkung von Fristen abhängig machen, oder endlich noch nicht vollendete Vorbereitungs-Arbeit fordern, wohin die Edicte über den Adel, das Aufhören der Steuer-Freiheiten und Exemtionen, die Lehen-Verhältnisse, das Conscriptions-Gesetz ꝛc. gehören, zu ihrer Wirksamkeit die Auflösung der dermal noch bestehenden ständischen Verfassung, die Festsetzung des erforderlichen Termins, die Vollendung der nöthigen Vorarbeiten voraus.

Was endlich Polizei-Gesetze oder eigentliche Polizei-Verordnungen betrifft, so können dieselben, soweit sie nicht bloße Instructionen für die Beamten sind, sondern auch verbindliche Normen für die Unterthanen enthalten, ohne besondere Kundmachung, welche durch das Kreis-Intelligenz-Blatt zu geschehen hat, rechtlich um so weniger wirken, als Unsere oben erwähnte Verordnung vom 7. October v. J. sich ausdrücklich auf die organischen Edicte beschränkt.

München den 23. Februar 1811.

An
den k. General-Commissär des Salzachkreises also ergangen.

Nachricht: sämmtlichen General-Commissariaten (mit Ausnahme des Isarkreises) zur gleichen Darnachachtung.

Nr. Pr. 16376.

§. 2.

(Die Beschwerde des N. N. zu N. gegen die dortigen Krämer wegen Gewerbsbeeinträchtigung betr.)

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Der k. Regierung des Regenkreises, K. d. J., wird auf den Bericht vom 24. l. J. erwiedert, was folgt:

Wenn auch die Allerhöchste Verordnung vom 10. Juni 1805 b) schon vor dem Uebergange des ehemaligen Fürstenthums Regensburg an die Krone Bayern in das Leben trat, so

---

a) Die allegirte Verordn. v. 7. Oct. 1810 betrifft die Formation der General-Kreiscommissariate und die hier mit Anführungszeichen versehene Stelle macht fast wörtlich den Artikel X. derselben aus. Man vergl. Reg. Bl. 1810. S. 899. und die Einleitung zu Abth. IV. Abschnitt III. „Kreisregierungen."

b) Die Wirthschaften (resp. den Titel unfürdenklicher Verjährung bei Gewerben) betr. Reg. Bl. 1805. S. 732. M. vergl. Abth. XV.

kann deswegen ihre Giltigkeit in Beziehung auf die Unterthanen dieses Gebietstheiles keinem Anstande unterliegen, da nach bekannten Rechtsgrundsätzen die Promulgation eines Gesetzes auch durch stillschweigende Anerkennung bewirkt wird, und ferner im Ressort der Verwaltung die natürliche Vermuthung dafür streitet, daß die Staatsregierung zu allen Zeiten nach gleichen Prinzipien zu verwalten beabsichtigt, mithin allgemein bindende Grundsätze und Verordnungen auch allgemein in allen jenen Gebietstheilen in Anwendung gebracht wissen wolle, in welchen weder eine ausdrückliche Garantie der frühern Institutionen gegeben wurde, noch ein speciell garantirtes Institut sich befand, das mit den generellen Verwaltungsnormen in Collision kommen konnte, und da endlich die Bayerische Staats-Regierung von jeher die seiner Zeit allgemein promulgirten Verwaltungs-Gesetze und Verordnungen, und die Verwaltungs-Normen überhaupt auf die später incorporirten Gebietstheile in so ferne angewendet hat, als nicht abweichende Provinzial- und Local-Institutionen und Verordnungen ausdrücklich aufrecht erhalten wurden, da also die Präsumtion für, nicht gegen das Eingeführtseyn einer vor der Einverleibung des Wörthischen Gebietes bestandenen Administrativ-Verordnung streitet.

München den 27. Juli 1834.

An
die k. Regierung des Regenkreises K. d. J. also ergangen.

Nachricht den übrigen Kreisregierungen.

Zweiter Titel.

Einführung der Verwaltungsgesetze und Verordnungen.

A. In der Stadt Mühldorf.

§. 3.

(Die künftige Beobachtung der Bayerischen Gesetze und Verordnungen zu Mühldorf betr.)

§§. 3—9. Einführung der Verwaltungsgesetze in den einzelnen neuerworbenen Gebieten.

Im Namen Seiner Churfürstlichen Durchlaucht.

Nachdem die Stadt Mühldorf mit dem Bayerischen Staatskörper vereinigt worden ist, so haben Seine Churfürstliche Durchlaucht vermög höchster Entschliessung vom 15. Jänner d. J. gnädigst verordnet, daß zur gänzlichen Gleichstellung der Privatrechte, die in Bayern geltenden Gesetze und Verordnungen in allen bürgerlichen, peinlichen und Polizei-Angelegenheiten auch in Mühldorf angewendet und beobachtet werden sollen.

München den 21. Jänner 1803.

Churfürstliche General-Landesdirection.

Reg. Bl. v. J. 1803. St. IV. S. 41.

B. In den ehemaligen Fürstenthümern Salzburg und Berchtesgaden.

§. 4.

Nr. Pr. 20390.

(Die Einführung der Bayerischen Polizei-Gesetze betr.)

M. J. K.

Wir weisen euch auf euern Bericht vom 31. October d. J. hiermit an:

Die Bayer. Polizei-Gesetze, mit Ausnahme der Cultur-Gesetze, nach ihrem ganzen Umfange in den Bestandtheilen der ehemaligen Fürstenthümer Salzburg und Berchtesgaden sogleich einzuführen. Ergeben sich in einzelnen Fällen Localhindernisse, so ist hierüber jedesmal zu berichten.

München den 4. Januar 1812.

An
das k. General-Commissariat des Salzachkreises also ergangen.

C. In den ehemaligen fränkischen Fürstenthümern.

a) Bamberg.

§. 5.

Nr. Pr. 7882.

(Die gräflich Schönbornischen Polizei-Verordnungen betr.)

M. J. K.

Auf euern Bericht vom 26. vorigen Monats in Betreff der gräflich Schönbornischen Polizei-Verordnungen erwiedern Wir euch zur Entschliessung, daß Wir den ersten Theil des Uns vorgelegten Gesetzbuches zu Unserer Bestätigung nicht geeignet finden können; sondern über die betreffenden Gegenstände vielmehr Unsere allgemeinen Polizei-Gesetze beobachtet wissen wollen.

München den 2. October 1807.

An
die k. Landes-Direction in Bamberg also ergangen.

b) Baireuth.

§. 6.

Nr. Pr. 4000.

(Die Einführung der Bayerischen Gesetze betr.)

M. J. K.

Wir haben Uns über euern Bericht vom 9. d. M. wegen Einführung der Bayerischen Gesetze in dem Fürstenthume Baireuth den erforderlichen Vortrag erstatten lassen und ertheilen euch hierauf folgende Entschliessungen:

1) die Einführung der bürgerlichen und peinlichen Gesetze, dann der Bayerischen Gerichtsord-

nung a) bleibt auf unbestimmte Zeit ausgesetzt und es sollen bis auf weitere Weisungen die bisherigen Gesetze hierinfalls in Anwendung bleiben.

2) Die Verordnungen in Polizei-, Militär-, Administrativ- Justiz- Gegenständen u. dgl. sollen, wenn nicht einzelne Verordnungen bereits früher durch besondere Weisungen eingeführt worden, vom 1. October d. J. anfangend in Wirkung treten.

3) Wenn die constitutionellen Anordnungen, organischen Edicte und Reglementar-Verfügungen in Anwendung kommen sollen, wird durch besondere Entschliessungen bestimmt werden.

4) Bis dahin habt ihr zu trachten, daß die Behörden und Beamten sich vorläufig mit den bestehenden Einrichtungen und Verordnungen hinlänglich bekannt machen und zu solchem Ende die Regierungsblätter vom Jahre 1806 anfangend, sich beischaffen. Auch ist denselben das bei der Redaction des Regierungsblattes erscheinende Handbuch der Staatsverfassung und Staatsverwaltung des Königreichs Bayern hiezu anzuempfehlen.

München den 18. Juli 1810.

An
den k. Hofcommissär in Baireuth also ergangen.

D. In den dem dermaligen Untermainkreise einverleibten Aemtern Steinfeld und Redwitz.

a. Steinfeld.

§. 7.

Nro. Pr. 1754.

(Die Vereinigung des Amtes Steinfeld mit dem Königreiche betr.)

M. J. K.

Wir haben Uns über die erhobene Frage wegen Einführung der Verfassungs-Urkunde und der andern für die übrigen Theile des Königreichs bestehenden Gesetze und Verordnungen in dem mit dem Königreiche vereinigten Amte Steinfeld, in Unserm Staatsrathe umständlichen Vortrag erstatten lassen und eröffnen euch auf euern desfallsigen Bericht vom 15. November 1819 nachstehende Entschliessung:

Nachdem das Amt Steinfeld in Folge der Bestimmungen des Pariser Conferenzprotokolls vom 3. November 1815 und des am 14. April 1816 geschlossenen Staats-Vertrags nach dem Schlusse der unter den betheiligten Höfen gepflogenen Verhandlungen im October 1819 an Unsre Krone förmlich übergeben worden, so ist dasselbe hierdurch ein integrirender Theil Unsers Reiches geworden und hat durch diese Einverleibung auch an allen Rechten und Verbindlichkeiten der Verfassungs-Urkunde mit dem übrigen Gebiete des Reichs gleichen Antheil.

Eine unmittelbare Folge hievon ist, nebst der Verkündung der Verfassungs-Urkunde und der Edicte, auch die Einführung aller in denselben ausdrücklich benannten allgemeinen Gesetze und Verordnungen, so wie jener Verordnungen, die hiemit in unmittelbarer Verbindung stehen

a) Man vergl. die Einleitung zu diesem Abschnitt.

oder selbst eine Vorbedingung zu ihrer Ausführung sind, dann der neuen allgemeinen Gesetze, die von Uns mit Zustimmung der Stände in der letzten Stände-Versammlung erlassen worden sind.

Dagegen sind alle übrigen das Eigenthum und die Freiheit der Personen betreffenden positiven Gesetze, wenn sie nicht für das ganze Königreich als allgemein verbindlich und verfassungsmäßig anerkannt sind, sohin namentlich auch die Würzburger Tax- und Sportel-Ordnung, welche zugleich mit der bürgerlichen Gesetzgebung im engen Verbande steht, hievon auszunehmen.

Hiernach habt Ihr das Weitere zu verfügen.

München den 15. Febr. 1821.

An
die k. Regierung des Untermainkreises K. d. J. also ergangen.

§. 8.

(Gesetz, die Einführung der Bayerischen Gesetze und Verordnungen im Amte Steinfeld betr.)

M. J. K.

Um so weit, als es dermal schon geschehen kann, in allen Theilen Unseres Reiches eine Gleichförmigkeit der Gesetzgebung herzustellen, verordnen Wir, nach Vernehmung Unseres Staatsrathes, mit Beirath und Zustimmung Unserer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, wie folgt:

I.

Mit dem 1. Januar 1823 werden in dem bereits im October 1819 in Besitz genommenen fürstlich Löwensteinischen Amte Steinfeld alle daselbst bestandenen, das bürgerliche und Strafrecht, dann das gerichtliche Verfahren in beiden betreffenden Gesetze ausser Kraft und Giltigkeit gesetzt.

II.

Mit diesem Tage treten in dem genannten Amte in gesetzliche Kraft und Wirksamkeit:

1) das Würzburgische Landrecht und hilfsweise das gemeine Recht;
2) die Bayerische Gerichts-Ordnung vom Jahre 1753 (codex juris bavarici judiciarii) mit den im fürstlich Löwensteinischen Herrschaftsgerichte Rothenfels ohnehin schon eingeführten Novellen zu derselben und mit dem Gesetze vom 28. Juli 1819, einige Verbesserungen der Gerichtsordnung betreffend;
3) das Straf-Gesetzbuch für das Königreich Bayern vom Jahre 1813 mit den nach Vorschriften Unsers Rescripts vom 19. October 1813 zu beachtenden, dazu gehörigen Anmerkungen und nach den in Unserm, diesem Gesetzbuche vorgedruckten Promulgations-Patente enthaltenen Bestimmungen mit den seither erschienenen in den allgemeinen Regierungsblättern enthaltenen Zusätzen und Erläuterungen, insbesondere mit der am 25. März 1816 erlassenen Verordnung über den Diebstahl (Regsbl. v. J. 1816 S. 145 und folgende).

III.

Von dieser allgemeinen Einführung der Gerichts-Ordnung im Amte Steinfeld bleibt jedoch das zwanzigste Capitel derselben von dem Prioritäts-Rechte der Gläubigen, dann den verschiedenen Klassen derselben und dem Separations-Rechte ausgeschlossen, und es findet daselbst

in Fällen des Concurses der Gläubiger solange, bis für Unser ganzes Königreich die allgemeine Prioritäts-Ordnung in Wirksamkeit treten wird, die Würzburgische Prioritäts-Ordnung ihre Anwendung.

IV.

Wenn bei dem gerichtlichen Verfahren in solchen Rechtssachen, welche am 1. Jänner 1823 schon rechtshängig gewesen sind, sich neue Abschnitte ergeben, zum Beispiel: wenn das Beweisverfahren anfängt und die Parteien sich die Einleitung des Verfahrens nach Unserer Bayerischen Gerichtsordnung gefallen lassen, so wollen Wir, daß das Gericht es bei der freien Wahl der Parteien bewenden lassen und das Verfahren nach der Bayerischen Gerichtsordnung einleiten soll.

V.

Ferner sollen in dem mehrerwähnten Amte Steinfeld die allgemeinen, für den Untermainkreis geltenden Gesetze und Verordnungen in Polizei- und Verwaltungs-Gegenständen, insbesondere aber über die Kirchenpolizei, den öffentlichen Unterricht und die Erziehung, das Sanitätswesen, die Anstalten für Arme und Vaganten, dann die Brandassecuranz und die Gend'armerie, nebst der Tax- und Sportel-Ordnung und dem Diäten-Regulativ, mit Aufhebung der daselbst bestandenen nach vorausgegangener alsbald zu verfügender Verkündung derselben, vom 1. October 1822 an, eingeführt und vollzogen werden.

Gegenwärtiges Gesetz soll im Gesetzblatt auch am Amtssitze und in allen Gemeinden des Amtes Steinfeld bekannt gemacht werden.

Gegeben Tegernsee den ersten Juni im Jahre Eintausend acht hundert zwei und zwanzig.

Ges. Bl. v. J. 1822. Nr. VI. S. 193.

b. Redwitz.

§. 9.

Nro. Pr. 1983.

(Die Einführung der Polizei-Verordnungen im Markte Redwitz betr.)

M. J. K.

Wir haben nach Vernehmung Unsers Staatsraths beschlossen, daß die in den ältern Theilen Unsers Reichs bestehenden Polizei-Verordnungen nunmehr auch in dem Markte Redwitz nach vorläufiger Verkündung derselben eingeführt und in Vollziehung gesetzt werden sollen.

Wir eröffnen euch dieses mit dem Auftrage, hiernach das Weitere zu verfügen.

München den 21. Febr. 1822.

An
die k. Regierung des Obermainkreises K. d. J. also ergangen.



